

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1968 · TEIL I

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), G. Bondi † (DDR), E. Hobsbawm (England), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen), H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), A. Pesenti (Italien), T. Prager (Österreich), J. Purš (Tschechoslowakei), S. I. Tjulpanow (Sowjetunion)

Redaktion

Wolfgang Jonas (Chefredakteur), Roswitha Czollek (Redaktionssekretär),
Horst Handke, Heinz Kreißig (Wirtschaftsgeschichte des Altertums), Karl Lärmer,
Elli Mohrmann, Hans-Heinrich Müller (Agrargeschichte), Helga Nussbaum (Literaturkritik),
Hermann Roth, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann

Verantwortlich für Bibliographie: Renate Günther

1968 · TEIL I

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

mit beigelegtem Gesamtinhalts- und Gesamtautorenenverzeichnis
für die Jahrgänge 1960 bis 1967



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1968

Redaktionsschluß: 1. 8. 1967

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Clara-Zetkin-Str. 26

Erschienen im Akademie -Verlag GmbH, 108 Berlin, Leipziger Straße 3 - 4

Copyright 1968 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/41/68

Gesamtherstellung: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza

Bestellnummer: 2103/68/1 · ES 5 B 2 · 14 D

Einzelpreis des Bandes 20, - M

Abonnementspreis des Bandes 18, - M

INHALT

Zu diesem Band 7

MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

H. Mottek	Die Wahl der richtigen Technik und die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern	11	A
H. Grienig	Soziale und ökonomische Widersprüche in der Landwirtschaft Ägyptens, Syriens und des Irak vor den Agrarreformen	97	E
R. Czollek/ D. Eichholtz	Zur wirtschaftspolitischen Konzeption des deutschen Imperialismus beim Überfall auf die Sowjetunion. Aufbau und Zielsetzung des staatsmonopolistischen Apparats für den faschistischen Beute- und Vernichtungskrieg.	141	BA
G. Helling	Berechnung vergleichbarer Indizes der Agrarproduktion entwickelter kapitalistischer Länder im 19. Jahrhundert	183	A
R. Zeise	Zur sozialen Struktur und zur Lage der Volksmassen auf dem Lande am Vorabend der Revolution von 1848/49 in Sachsen.	239	BE
H. Godehardt	Die Auswanderung von Bewohnern des Kreises Mühlhausen i. Thür. nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, unter besonderer Berücksichtigung der eichsfeldischen Gemeinden des Kreises.	275	BE
E. J. Hobsbawm	Soziale Bewegungen und Kämpfe auf dem Lande in England in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. .	309	C
V. Pazdernik	Wirtschafts- und Rechtsfragen in Homers Gedichten	333	A

BETRIEBSGESCHICHTE

H. Harnisch	Agrare Betriebsgeschichtsschreibung im Bezirk Potsdam. Zwei Konferenzen im Bezirk Potsdam zur Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution für die regionale Agrarbetriebsgeschichte	351
-------------	--	-----

BERICHTE

H. Handke	Eine neue Etappe in der Zusammenarbeit zwischen den kubanischen und deutschen Wirtschaftshistorikern. Zweiter Bericht über die Tätigkeit der deutsch-kubanischen Wirtschaftshistorikergruppe	355
-----------	--	-----

LITERATURKRITIK

- J. Kuczynski Das verschwundene Monopol — Kein staatsmonopolistischer Kapitalismus? Hans Mauersberg, Deutsche Industrien im Zeitgeschehen eines Jahrhunderts. Eine historische Modelluntersuchung zum Entwicklungsprozeß deutscher Unternehmen von ihren Anfängen bis zum Stand von 1960; Paul A. Baron and Paul M. Sweezy, Monopoly Capital. An essay on the American economic and social order. 369
- W. Rusiński Rückblick und Analyse zu Roczniki Dziejów Społecznych i Gospodarczych. Annales d'histoire sociale et économique. 377
- H. Schwab „Lange Wellen“ als Modell für die Erklärung des Geschichtsablaufs? Bemerkungen zu: Rosenberg, Hans, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa 390

BIBLIOGRAPHIE

- H. Fischer Bibliographie von Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Altertums (1945 bis 1966), Teil I. . 409
- Autorenverzeichnis 431

Vier Teile des Jahrbuchs sind nun bereits im Offsetverfahren erschienen. Wir hatten unseren Lesern zugesagt, das drucktechnische Bild weiter zu verbessern. Der vorliegende Band zeigt den Erfolg unserer Bemühungen.

Aus der großen Palette der im vorliegenden Teil behandelten Themen sei diesmal nur auf die umfangreiche theoretische Studie von Hans Mottek verwiesen. Ihr Untersuchungsgegenstand ist die Wechselbeziehung zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Ökonomik unter den allgemeinen Bedingungen der Entwicklungsländer. Es bedarf wohl keiner Begründung, wie bedeutsam und hochaktuell die wissenschaftliche Untersuchung dieser Problematik ist. In diesem Zusammenhang möchten wir die Aufmerksamkeit unserer Leser auch schon auf eine weitere Studie von S. I. Tjul'panov, "Der staatliche Sektor als zentrale Kategorie der Ökonomik der Entwicklungsländer", lenken, die wir in Fortsetzung der Behandlung von ökonomischen Problemen der Entwicklungsländer im Teil II/1968 bringen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir unsere Leser darüber informieren, daß wir, beginnend mit diesem Jahrgang, zusätzlich zu den vier Quartalsbänden jährlich einen *Sonderband des Jahrbuchs für Wirtschafts-geschichte* herausgeben werden. Damit können wir der ständig an Bedeutung und Umfang gewinnenden wirtschaftshistorischen Forschung weiteren Publikationsraum bieten. Diese Sonderbände sind jeweils einer bestimmten Thematik gewidmet. Ihr Umfang und Preis (20,- M) entsprechen denen der Quartalsbände.

Der erste Sonderband, der im Herbst 1968 erscheinen wird, steht unter dem Thema "Studien zur Struktur der Arbeiterklasse" und wird von einem Redaktionskollegium unter Leitung von D. Baudis herausgegeben. Das Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der

Wissenschaften zu Berlin führt gemeinsam mit der Redaktion des Jahrbuchs am 6. und 7. November 1967 ein internationales Kolloquium zu Problemen der Struktur der Arbeiterklasse durch. Die Ergebnisse dieses Kolloquiums und spezielle, größere Studien zu dieser Thematik werden in dem Sonderband zusammengefaßt.

Wir haben dem vorliegenden Band eine Karte beigelegt und bitten unsere Leser, sich zur rechtzeitigen Bestellung des Sonderbandes 1968 dieser Bestellkarte zu bedienen. Damit schaffen wir die Möglichkeit, auch den Sonderband zum ermäßigten Abonnementspreis von 18,- M zu beziehen.

Oktober 1967

Monographien, Studien und Referate

Die Wahl der richtigen Technik und die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern⁺

von Hans Mottek

I. Die Fragestellung

II. Die Wirkungen einzelner die Wahl der Technik in den Entwicklungsländern modifizierender Faktoren

A Die Wirkungen der vorhandenen Überschussbevölkerung

B Die Wirkungen der potentiellen Überschussbevölkerung

C Die Wirkungen des vorhandenen Niveaus der Produktivkräfte auf die Technikwahl auch ohne Berücksichtigung der Überschussbevölkerung

D Wachstumsfaktoren und Technikwahl

III. Zur Durchsetzung der richtigen Wahl der Technik

⁺ Für die gründliche Durchsicht und teilweise Neuformulierung des mathematischen Teils dieser Arbeit möchte ich Herrn Diplomökonom Helmut Michael meinen Dank aussprechen - d. Verf.

I. Die Fragestellung

Mit dem Zerfall des Kolonialsystems nach dem zweiten Weltkrieg ist in den ehemaligen Kolonialstaaten die Entschlossenheit immer stärker geworden, mit der als Erbe hinterlassenen Rückständigkeit zu brechen, ein rasches Wachstum zu erreichen und im Endergebnis die führenden Industrieländer der Welt einzuholen. Gerade in dieser Richtung betrachten die fortschrittlichen Kräfte dieser Länder ihre ökonomischen Probleme. Gerade in dieser Richtung diskutieren auch außerhalb der ehemaligen Kolonialstaaten die fortschrittlichen Wirtschaftstheoretiker und Wirtschaftspraktiker die ökonomischen Probleme der Entwicklungsländer. An dieser umfassenden internationalen Diskussion nimmt auch die öffentliche Meinung der sozialistischen Länder in immer stärkerem Maße teil.

Gibt es eine Vielzahl von ökonomischen Problemen, so sucht man - wie immer in solchen Situationen - nach Ruhepunkten, nach grundlegenden Wahrheiten; man könnte auch - vielleicht nicht ganz exakt - sagen, nach Axiomen. Wenn man nun im Zusammenhang mit der Ökonomik der Entwicklungsländer die Frage der Technik betrachtet, so bietet sich als eine solche nahezu selbstverständlich klingende Wahrheit, die als Ausgangspunkt für weitere Überlegungen gelten könnte, die folgende an:

Die Entwicklungsländer brauchen, um ihre Rückständigkeit zu überwinden, eine hochproduktive Technik, sie brauchen die Technik, die die führenden Industrieländer jetzt schon besitzen bzw. zu dem Zeitpunkt, zu dem der Rückstand ausgeglichen sein soll, besitzen werden.

So selbstverständlich eine solche Zielstellung auch vom Standpunkt des fortschrittlichen, auf die Überwindung der Rückständigkeit der ehemaligen Kolonialländer gerichteten Standpunktes klingen mag, eines darf dabei nicht vergessen werden: Sie stößt, obwohl sie heute von den Wirtschaftspolitikern überall anerkannt wird, in diesen Ländern auf erhebliche Widerstände, die mit vorhandenen konservativen Traditionen zusammenhängen. Technische Veränderungen bedeuten bekanntlich auch Veränderungen in den Gewohnheiten der Menschen in ihrem täglichen Leben, gegen die es zahlreiche Trägheitswiderstände gibt. Man muß gerade in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß ein so bedeutender Politiker des asiatischen Kontinents wie Mahatma Gandhi die arbeitsintensive Technik, die Handarbeit deshalb verewigen wollte, weil die Maschinen angeblich die Menschen unglücklich ma-

chen. Darum ist es nicht einfach eine überflüssige Betonung trivialer Wahrheiten, wenn in den Entwicklungsländern die Losung "moderne Technik" eine solche Rolle spielt.

Die unbestreitbare Tatsache, daß die Technik der führenden Industriestaaten das Vorbild für die Entwicklungsländer sein muß, kann aber nur bedeuten, daß die Technik in den Umrissen hier wieder dieselbe ist, nicht jedoch, daß sie in allen Einzelheiten übereinstimmt. Die Tatsache, daß die Entwicklungsländer zumeist andere klimatische Bedingungen haben, daß ihnen häufig bestimmte Bodenschätze fehlen, die in Europa und Nordamerika Ausgangspunkt der Industrialisierung waren, führt zu einer gewissen Modifizierung. Als Beispiel sei der Sektor der Energetik, der Mangel an Kohle in manchen dieser Länder aufgeführt. Dort ist also die Anwendung neuer Energiequellen, wie die der Atomenergie, und die leider noch nicht bewältigte unmittelbare Ausnutzung der Sonnenstrahlung von dringender Bedeutung.

Dieses Beispiel lehrt übrigens, daß bestimmte neueste Errungenschaften von Wissenschaft und Technik für viele Entwicklungsländer von noch größerem Nutzen sein können als für die entwickelten und daß das Streben nach neuester Technik daher seine Rechtfertigung findet. Weitere Beispiele sind die unterschiedliche Rohstoffgrundlage für die Papierherstellung; das Fehlen geeigneter Hölzer macht die Anwendung anderer Materialien, zum Beispiel Reisstroh, erforderlich. Das wichtigste Beispiel aber für die besonderen technischen Probleme der Entwicklungsländer ist die Beschaffung von Wasser, und nicht umsonst gewinnen die Entsalzungsanlagen mittels Atomenergie für die in den subtropischen und tropischen Regionen befindlichen Länder eine so große Bedeutung. Die Lösung des Problems der Wasserbeschaffung ist in diesen Gebieten - wie von jeher schon in der ältesten Geschichte, so erst recht heute - eine entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung der Produktivkräfte.

Wenn aber trotz dieser durch die Naturbedingungen gegebenen Modifizierung die Entwicklungsländer mit Recht ihre Ausrüstung mit einer in den Grundzügen gleichen Technik erstreben, wie sie zu diesem Zeitpunkt die führenden Länder besitzen, wie kommt es dann, daß das Problem der Wahl der Technik eines der schwierigsten und am meisten diskutierten ökonomischen Probleme dieser Länder ist, ein Problem, über das es auch bei den fortschrittlichen Ökonomen noch keine Übereinstimmung gibt? Deuten nicht unsere bisherigen Feststellungen über das Ziel der technischen Politik der Entwicklungsländer darauf hin, daß mit

dieser Zielsetzung die Frage der Wahl der Technik schon entschieden ist, und zwar entschieden im Sinne der Aneignung der modernsten Technik, wie sie die führenden Industrieländer besitzen, oder - wie wir es von jetzt ab nennen wollen - der Erreichung des technischen Weltstandes? Um diese Frage zu beantworten, muß man die bisherige allgemeine Charakterisierung dieses Ziels konkretisieren. Man muß hierbei beachten, daß die Erreichung des Weltstandes als entscheidender Faktor bei der Überwindung der Rückständigkeit der Entwicklungsländer nur bedeuten kann, daß die Produzenten in diesen Ländern vollständig bzw., exakter gesagt, in einem mit den führenden Ländern zu vergleichenden *Ausmaße* mit einer "modernen Technik" ausgerüstet sein müssen, wozu noch das notwendige Wissen kommt, um diese Technik optimal zu nutzen. Es genügt also nicht, wenn nur ein *Teil* der Produzenten eine solche Technik besitzt. Die Überwindung der technischen Rückständigkeit hat also nicht nur qualitative, sondern auch vor allem quantitative Seiten. Mit diesen quantitativen Seiten aber hängt die Tatsache zusammen, daß die Erreichung des Weltstandes selbst bei größtmöglicher Beschleunigung einen längeren Zeitabschnitt verlangt. Dieser Zeitabschnitt ist als Übergangsphase durch das Nebeneinanderbestehen von alter und neuer Technik gekennzeichnet. Ein solches Nebeneinanderbestehen ist ökonomisch notwendig und auch in den führenden Industrieländern zu beobachten. Auch dort wird weniger moderne Technik noch neben modernerer angewandt, weil auch die reichsten Industrieländer nicht sofort nach dem Aufkommen einer neuen Technik die alte verschrotten können, um die neue einzuführen. Nur ist in diesen Ländern der Abstand zwischen dem Niveau der verschiedenen angewandten Techniken nicht so groß, wie er in den Entwicklungsländern ist bzw. nach den verschiedenen Varianten der technischen Politik sein kann. In den Entwicklungsländern entsteht, wenn sie bei Neuanlagen sofort die modernste Technik einführen, ein gewaltiger Abstand zwischen dieser Ausrüstung und der primitiven Ausrüstung der großen Masse der Produzenten.

Wir können uns das veranschaulichen, wenn wir die Techniken des verschiedenen Niveaus mit den Buchstaben β , γ , δ bezeichnen. Als Beispiele dafür könnten Handwebstuhl, mechanischer Webstuhl und automatischer Webstuhl gelten. Als rückständigste Stufe verbliebe dann noch die α -Technik. Darunter wollen wir die Technik verstehen, deren Produktivitätseffekt = 0 ist, also in unserem Beispiel "kein Webstuhl", darüber hinaus nicht nur die fehlende Ausrüstung von Produktionsmitteln, sondern auch die Ausrüstung mit solchen Produktionsmit-

teln, deren Gebrauch unter den gegebenen Bedingungen zu keiner erhöhten Produktion führt, die also keinen Gebrauchswert besitzen.

Wenn wir zunächst davon ausgehen, daß bei allen Neuinvestitionen die δ -Technik eingeführt wird, die β -Technik aber sonst noch vorherrscht - von der α -Technik sehen wir zunächst ab -, so haben wir eine außerordentlich große Kluft: $\delta - \beta$. Für eine längere Zeit würde diese Kluft erhalten bleiben. Die Kluft der fortgeschrittensten Technik zu der für lange Zeit vorherrschenden β -Technik würde sich eher noch vergrößern, wenn der technische Fortschritt in den führenden Industrieländern einen Übergang des qualitativen Weltstandes von der δ - zur Σ -Technik brächte.

Unter der Voraussetzung, daß bei Neuanlagen immer die neueste Technik gewählt wird, bliebe nur die Frage offen, in welchen Bereichen der Wirtschaft diese neue Technik eingeführt werden sollte, oder - was die andere Seite der Medaille ist - welcher Bereich unter der Voraussetzung der Beschränktheit der Investitionsmittel zur Beibehaltung eines rückständigen technischen Niveaus, also der β - oder sogar der α -Technik, verurteilt werden soll.

Teilen wir zunächst die Wirtschaftsbereiche nach den angewandten Techniken auf, so lautet die erste Frage: Einführung der δ -Technik in den γ -Bereich oder in den β -Bereich oder schließlich in den α -Bereich? Einführung in den γ - oder β -Bereich bedeutet aber nichts anderes als Ersatz der dort vorhandenen Ausrüstungen, Kapazitäten durch modernere vor ihrem physischen Verschleiß. Das läuft auf die Frage hinaus, inwieweit es einen moralischen Verschleiß unter Bedingungen eines breiten β - oder sogar α -Bereichs, das heißt der Produktion unter primitivsten Bedingungen bzw. der Unterbeschäftigung geben kann. Damit ist eng das Problem des Verhältnisses von Ersatz- bzw. Modernisierungs- zu kapazitätserweiternden Investitionen verbunden; denn eine Investition außerhalb des α -Bereiches bedeutet ja Ersatz vorhandener Ausrüstungen. Aber auch, wenn die Einführung der neuen Technik beim Vorhandensein eines breiten α -Bereichs in diesem Bereich erfolgen, also in dieser Phase der Ersatz der α -Technik durch δ -Technik im Vordergrund stehen sollte, so bleibt die Frage offen, in welchem Zweig die neue Technik eingeführt werden soll, in Industrie oder Landwirtschaft, in Textilindustrie oder Bergbau, in Konsumgüterindustrie oder Schwerindustrie. Wir wollen uns mit diesem Problem hier nicht näher beschäftigen, da es im Grunde mit der Frage identisch

ist, welchem Zweig bei der Produktionssteigerung, bei der Investitionsmittelverteilung der Vorrang gebührt. Es handelt sich hierbei um einen Fragenkomplex, der bei seiner außerordentlichen Bedeutung besonders zu behandeln wäre. Hier mag nur daran erinnert werden, daß solche Investitionsentscheidungen zwischen Zweigen auch Entscheidungen darüber sind, welche Zweige eine längere oder kürzere Zeit bei der alten Technik verbleiben sollen, daß sie auch Entscheidungen sind über die Art und Weise des Nebeneinanderbestehens von alter und neuester Technik in der Übergangsphase zur Erreichung des qualitativen und quantitativen Weltstandes.

Näher in die eigentliche Problematik der Wahl der Technik führt uns schon die Frage, ob es ein Nebeneinanderbestehen zwischen alter und neuester Technik nur zwischen Zweigen bzw. zwischen Betrieben eines Zweiges geben soll und nicht auch innerhalb der einzelnen Betriebe selbst. Gerade zu dieser Lösung griffen manche rasch entwickelte Länder. Bei einer solchen Lösung würden bei Neuinvestitionen neue Werke entstehen, die nicht sofort vollständig auf der Grundlage der δ -Technik, also des qualitativen Weltstandes, beruhen. Das führt uns auf die zentrale und am meisten umstrittene Frage, ob es bei Neuanlagen wirklich der zweckmäßigste Weg ist, sofort die δ -Technik zu wählen, ob also die von uns bisher gemachte Voraussetzung auch den ökonomischen Bedürfnissen des Entwicklungslandes entspricht. Oder mit anderen Worten: Wird der qualitative und quantitative Weltstand nicht schneller erreicht, wenn bei dem notwendigen Nebeneinanderbestehen von alter und neuer Technik die Differenz von beiden eine möglichst große ist ($\delta - \beta$), oder ist nicht eine geringere Differenz ($\gamma - \beta$) vorzuziehen? Es mag zunächst paradox wirken, daß das Endziel δ -Technik für alle - wir wollen das von jetzt ab mit Δ bezeichnen - rascher zu erreichen ist, wenn man es über die Zwischenstufen γ -Technik bzw. des Zuwachses der vorhandenen γ -Technik anstrebt. Aber solche Wirkungen beruhen nicht nur auf Widersprüchen zu unseren Denkgewohnheiten und nicht notwendigerweise auf logischen Widersprüchen zu feststehenden Wahrheiten.¹ Die wissenschaftliche Untersuchung muß vielmehr feststellen, ob ein solcher Widerspruch vorliegt oder nicht.

¹ Vgl. dazu Meschkowski, Herbert, Wandlungen des mathematischen Denkens, Braunschweig 1960, S. 45 f., der zwischen Paradoxie und Antinomie einen grundsätzlichen Unterschied macht. Seine Ausführungen dürften nicht nur für die Grundlagenprobleme der Mathematik Bedeutung haben.

Der paradoxe Charakter des Zwischenstufenweges zum Δ -Niveau ist aber ein ernstes psychologisches Hindernis für eine sachliche Prüfung dieser Frage. Der Kurzschluß Δ -Niveau durch sofortige δ -Technik bei der Neuanlagen hat in hohem Maße dazu beigetragen, daß Wirtschaftler in den Entwicklungsländern sich bei solchen Neuanlagen auf die δ -Technik unmittelbar orientieren. Hinzu kommt, daß diejenigen Entwicklungsländer, die über keine eigene Produktionsmittelindustrie verfügen, für die Beschaffung von Produktionsmitteln auf den Weltmarkt angewiesen sind, wenn sie ihre Mittel nicht auf die Entwicklung einer solchen Industrie konzentrieren. Auf diesem Weltmarkt wird ihnen überwiegend nur δ -Technik angeboten, in einem sehr geringeren Maße γ -Technik zu preisgünstigen Bedingungen. Außerdem wollen die Entwicklungsländer mit Recht die Zeit der Einholung ihrer fortgeschrittensten Länder verkürzen. Zu diesem Zweck verwenden sie die Planungsinstrumente. Das ist aber auf völlig konsequente Weise nur möglich, wenn sie den nichtkapitalistischen Weg beschreiten und damit die sozialökonomische Entwicklungsstufe des entfalteten Kapitalismus überspringen. Darüber hinaus aber erstreben die Entwicklungsländer eine Verkürzung des Weges zum Δ -Niveau durch Überspringen auch von technischen Zwischenstufen, welche die heute führenden Länder zu gehen gezwungen waren. In dieser Beziehung führt man das Beispiel Deutschlands und Japans an, wo dieses Überspringen historisch-technischer Zwischenstufen zum Erfolg, das heißt zum beschleunigten Wachstumstempo geführt haben soll. Und tatsächlich würde in dem Fall, daß die Wahl der δ -Technik bei Neuanlagen unter den Bedingungen des Überwiegens der β - bzw. α -Technik zu einem solchen rascheren Wachstum führt, ein Effekt in besonders starkem Maße gegeben sein, den wir positiven Übersprungungseffekt nennen wollen. Dabei bedeutet auch die Wahl einer δ -Technik, also nicht der modernsten Technik, gewöhnlich ein Überspringen historisch-technischer Entwicklungsstufen. Die Frage besteht also nicht darin, ob ein solches Überspringen notwendig ist. Auf dem Überspringen, auf dem Übersprungungseffekt beruht sicherlich - und dabei ist die in den Entwicklungsländern vorherrschende Meinung zweifellos völlig berechtigt - ein rasches Entwicklungstempo dieser Länder in hohem Maße. Die eigentliche Frage liegt vielmehr in der Maximierung des Übersprungungseffekts.

Wenn wir davon ausgehen, daß die δ -Technik in den führenden Ländern den höchsten ökonomischen Effekt bringt, könnte als Argument gegen die Wahl dieser Technik in den Entwicklungsländern bei Neuanlagen und damit gegen die Existenz eines positiven Übersprungungseffektes bei

dieser Wahl naturgemäß nur auf die unterschiedliche Situation in diesen Ländern verwiesen werden. Da wir von den natürlichen Bedingungen, die eingangs kurz behandelt wurden, absehen wollen, blieben dabei nur technisch-ökonomische, sozialökonomische und sozialpolitische Bedingungen übrig. Dabei kann als wichtigste in Betracht kommende unterschiedliche Bedingung in ökonomischer Hinsicht die beherrschende Rolle der α - und β -Technik, also die zu überwindende Rückständigkeit, selbst unter der Voraussetzung angesehen werden, daß dadurch

1. die Differenz zwischen dem voraussichtlichen Bruttoergebnis der Volkswirtschaft bei dem Gebrauch der Produktionsmittel des δ -Typus zu dem des kleineren γ - oder zumindestens $\langle\delta$ -Typus entscheidend verringert wird (die Differenz könnte sogar verschwinden bzw. eine negative Größe werden) oder bzw. und

2. die entsprechende Differenz zwischen den Beschaffungskosten für die Volkswirtschaft bei der in Betracht kommenden Technik sich ebenfalls zu Ungunsten der δ -Technik entscheidend vergrößert. (Es wäre möglich, daß die δ -Technik in den führenden Ländern gar nicht teurer, vielleicht sogar billiger ist als die γ -Technik). Dabei beziehen sich die Beschaffungskosten sowohl auf die Produktion im eigenen Land, als auch auf den Ankauf im Außenhandel, wobei man die wirklichen Gegenleistungen der Entwicklungsländer für die importierten Produktionsmittel voll in Rechnung stellen muß. Grob gesagt läge diese Voraussetzung dann vor, wenn dadurch die δ -Technik weniger einbringt und bzw. oder mehr kostet als in den führenden Industrieländern.

Beide Voraussetzungen können sogar erfüllt sein, wenn gar keine α -Technik vorhanden ist, sondern die Rückständigkeit wie bei manchen Entwicklungsländern nur durch das Vorherrschen der β -Technik primitiver Handwerkzeuge gekennzeichnet ist.

Das ändert jedoch nichts daran, daß in den meisten, wenn auch nicht in allen Entwicklungsländern ein α -Niveau bei einem großen Teil der Produzenten besteht. Oder mit anderen Worten: Die agrarische und sonstige Überschußbevölkerung, die offene und versteckte Arbeitslosigkeit können als Argument gegen die Einführung der δ -Technik nicht nur bei dem Ersatz alter Anlagen, sondern auch bei Kapazitätserweiternden Neuanlagen angeführt werden. Ist doch allgemein bekannt, daß in den meisten Entwicklungsländern eine solche Überschußbevölkerung besteht, wie sie uns zum Beispiel aus der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands vor dem ersten Stadium der industriellen Revolution geläufig ist. Man kann sogar sagen, daß die Ausmaße dieser Überschußbevölkerung im

heutigen Indien, in den dicht bevölkerten Ländern Nordafrikas und Asiens weit größer sind, als sie es in Deutschland waren. Gerade diese Tatsache hat viele Ökonomen und praktische Politiker dazu geführt, die Wahl der Technik, den richtigen Einsatz der Technik eingehend zu untersuchen und zu diskutieren. Sie führte viele Ökonomen dazu, sich zwar nicht gegen die Anwendung jedweder δ -Technik, aber zumindest einer solchen δ -Technik, deren Vorteile gegenüber Techniken früherer Stufen nur in der Ersparung von lebendiger Arbeit besteht, zu wenden. Viele Ökonomen vertreten die Ansicht, daß es besser sei, die vorhandenen Arbeitskräfte zu beschäftigen, was nur durch die Anwendung einer von den führenden Industrieländern unterschiedlichen, also nicht kapitalintensiven, sondern arbeitsintensiven Technik möglich sei. Grob formuliert lautet der Gedankengang etwa so: Diese Entwicklungsländer haben wenig Kapital und viele Arbeitskräfte. Sie brauchen deshalb eine Technik, die auf diese Lage eingestellt ist, also wenig Kapital und viele Arbeitskräfte erfordert.²

Insgesamt läuft das Problem, ob die Entwicklungsländer - allerdings nur in einer längeren oder kürzeren Phase ihres Wachstums - eine andere Technik wählen sollen als die führenden Industrieländer - insofern wir unter Technik vor allem Produktionsmittel verstehen -, auf die Frage hinaus, inwieweit der Gebrauchswert der Produktionsmittel von den unterschiedlichen ökonomischen Bedingungen, von der Entwicklungsstufe eines bestimmten Landes, abhängt. Es ist zu prüfen, ob Produktionsmittel, die in einem führenden Industrieland den höchsten Nutzeffekt gewährleisten, unter anderen Bedingungen einen vergleichsweise niedrigeren Nutzeffekt haben. Es geht dabei um die Relativität des Gebrauchswertes, um sein historisch-ökonomisches Wesen. Diese Frage ist vor allem in bezug auf die neu herzustellenden bzw. zu importierenden Produktionsmittel durch die Festlegung ihres Sortiments zu lösen. Darüber hinaus bezieht sie sich aber auch auf den Gebrauchswert vorhandener Produktionsmittel, auf die Notwendigkeit und Möglichkeit ihres Gebrauchs bzw. ihrer Ersetzung (moralischer Verschleiß). In diesem Zusammenhang geht es um den Umfang der Ausnutzung vorhandener Produktionsmittel, vorhandener Kapazitäten, vor allem entsprechend den vorhandenen Arbeitskräftenreserven und schließlich um die Erhöhung bzw. Verminderung dieses Gebrauchswertes durch unterschiedliche Produktionsmethoden.

² Vgl. dazu z.B. die in *Industrialization and Productivity*, Nr.1/1958, S. 6, angeführten Argumente einer Expertengruppe für die Bevorzugung der arbeitsintensiven Technik.

Auf die Beantwortung dieser Frage umfassend einzugehen, kann nicht Aufgabe der folgenden Untersuchung sein. Hier soll vor allem der Einfluß der Unterbeschäftigung bei gleichzeitig sehr niedrigem Niveau der Produktivität auf den Gebrauchswert der Produktionsmittel, und zwar in engem Zusammenhang mit dem ökonomischen Wachstumsprozeß unter Heranziehung historischer Parallelen mit der Beschleunigung dieses Wachstumsprozesses, behandelt werden. Danach erst wird auf den unmittelbaren Einfluß der vorherrschenden β -Technik, selbst unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig keine Unterbeschäftigung besteht, eingegangen werden. Dabei wird der gesamte Fragenkomplex vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft und nicht der einzelnen Betriebe erörtert werden.

II. Die Wirkungen einzelner die Wahl der Technik in den Entwicklungsländern modifizierender Faktoren

A Die Wirkungen der vorhandenen Überschußbevölkerung

Das entscheidende Kriterium für die Wahl der Technik bzw. für die Feststellung des Gebrauchswertes der Produktionsmittel war in den Entwicklungsländern nach unseren bisherigen Überlegungen die Eignung der vorhandenen bzw. noch zu produzierenden Produktionsmittel, zur schnellstmöglichen Erreichung des qualitativen und quantitativen Weltstandes beizutragen. Die Produzenten sollten danach zu einem möglichst frühen Zeitpunkt mit Anlagen, aber auch Qualifikationsfonds ausgerüstet werden, die ihnen erlauben, so viel pro Kopf zu produzieren wie die Produzenten der führenden Industrieländer. Dabei sind unter dem "so viel" dieses erstrebten Pro-Kopf-Quantums zunächst nur Konsumgüter, Güter für die individuelle und gesellschaftliche Konsumtion gemeint; denn sie stellen ja das eigentliche Ziel der Produktion dar. Zu diesem Zweck sollen also die Produzenten die Weltstandsausrüstung besitzen. Das bedeutet zunächst, daß zu diesem Zeitpunkt der Konsumgütersektor, der die Produktion der für die fertigen Konsumgüter erforderlichen Halbfabrikate, Rohstoffe, das heißt die erforderlichen Arbeitsgegenstände, einschließt, die Weltstandstechnik benötigt. Gehen wir nun von der irrealen Voraussetzung aus, daß es zu dem Zeitpunkt, wo der Weltstand erreicht werden soll, keinen technischen Fortschritt gibt, sowie von der nicht ganz so irrealen Voraussetzung, daß es zu diesem Zeitpunkt kein Bevölkerungswachstum oder richtiger kein Wachstum der Arbeitsfähigen gibt, so wäre ein Produktionsgütersektor, welcher die Produktion der fertigen Produktionsmit-

tel einschließlich der dazu erforderlichen Arbeitsgegenstände umfaßt, ja gar nicht mehr notwendig, wenn wir von dem Ersatz physisch verschlissener Produktionsmittel absehen. Ohne solche irrealen Voraussetzungen wäre auch bei der Erreichung des qualitativen und quantitativen Weltstandes des Konsumgütersektors ein den volkswirtschaftlichen Zielen und Gegebenheiten entsprechend starker Produktionsmittelsektor notwendig, der ebenfalls mit der Weltstandstechnik ausgerüstet sein müßte. Dasselbe gilt auch für den Sektor, der indirekt der Beschaffung von Produktionsgütern, allerdings auf dem Importwege, dient, indem er die dafür notwendigen Exportgüter produziert.

Auf alle Fälle ist zur Erreichung des quantitativen und qualitativen Weltstandes ein starker Produktionsgüter- bzw. auch Bildungsgüter-Versorgungssektor erforderlich.³ Und niemand wird bezweifeln, daß von der Ausdehnung dieses Sektors die Schnelligkeit des Wachstums abhängt. Die Ausdehnung dieses Sektors und damit der Investitionen bedeutet aber Erweiterung der Beschäftigung in diesem Sektor, eine entsprechende Umverteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, der Beschäftigung B bzw. des Beschäftigungs-(Arbeits-)Potentials \mathcal{L} . Bestünde zwischen \mathcal{L} und B eine größere Differenz, ist $(\mathcal{L} - B) \gg 0$ - worunter wir die Tatsache der Unterbeschäftigung verstehen -, dann läge doch nichts näher, als die Beschäftigungsreserve $(\mathcal{L} - B)$ für Investitionen einzusetzen. Und wir werden auch sehen, daß nicht nur die scheinbare, sondern auch die wirkliche Lösung sowohl des Unterbeschäftigungs- als auch des Investitionsproblems - wie das Beispiel der Sowjetunion zeigt - gerade hierin liegt.⁴ Das Beispiel der Sowjetunion zeigt aber auch, daß dieser Weg nicht leicht zu gehen ist. Um das zu verstehen, ist es notwendig, sich mit dem Problem der Unterbeschäftigung näher auseinanderzusetzen. Wir stoßen dabei auf die Frage nach den Hindernissen, die selbst unter fortschrittlichen sozialökonomischen Bedingungen bei einer geplanten Wirtschaft der Überwindung der Unterbeschäftigung überhaupt entgegenstehen können. Dabei wollen wir zunächst von der Landwirtschaft als dem in den Entwicklungsländern all-

3 Wir verstehen unter Versorgungssektor die eigene Produktion von Produktionsmitteln und Bildungsgütern plus der eigenen Produktion von solchen Gütern, durch deren Export die entsprechenden Produktions- und Bildungsgüter erlangt werden sollen.

4 Diese Lösung wird unter den bürgerlichen Ökonomen theoretisch vor allem befürwortet von Nurkse, Ragnar, Problems of Capital Formation in underdeveloped Countries, Oxford 1953, Kap. 2, insbes. S. 32-52, der jedoch die sozialökonomischen Voraussetzungen für einen solchen Weg in den Entwicklungsländern ignoriert.

gemein im Vordergrund stehenden Zweig und den von ihr abhängigen Gewerben ausgehen.

In diesen Zweigen besteht das entscheidende Hindernis darin, daß die Mehrbeschäftigung zu keinem Zuwachs der Produktion führt bzw. sogar als desorganisierender Faktor die Produktion verringert. Und tatsächlich wird von allen Experten festgestellt, daß eine solche Lage in den Entwicklungsländern mit großer Überschußbevölkerung besteht. Das gilt jedenfalls in dem entscheidenden Zweig, der Landwirtschaft, und den von ihr unmittelbar abhängigen Gewerben. Dabei hat es eine ähnliche Lage in der Wirtschaftsgeschichte auch der europäischen Länder im 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegeben.

Es könnte nun den Anschein haben, als hinge die fehlende Arbeitsproduktivität der zusätzlich in der Landwirtschaft Beschäftigten und damit die mangelnde Absorbierbarkeit der von ihr abhängigen Gewerbe mit einem absoluten Fehlen von Produktionswerkzeugen zusammen, was es nicht ermöglichte, den Beschäftigungszuwachs produktiv tätig sein zu lassen. Auf dieser Grundlage könnte man folgern, es reiche hin, den Beschäftigungszuwachs mit Produktionsmitteln alten Typs bzw. auch mit den Kenntnissen und der Qualifikation des bestehenden niedrigen Niveaus auszurüsten und damit ohne Änderung des technischen Niveaus zu einer Steigerung der Agrarproduktion, der von ihr abhängigen Gewerbe und damit der produktiven Beschäftigung zu kommen. Das hieße also, den Weg der völlig konsequenten extensiven Reproduktion zu gehen, in der der Fortschritt der Produktivkräfte nur quantitative Formen annimmt, die - wie bereits an anderer Stelle - mit F 1 bzw. f 13 bezeichnet werden.⁵ Daß dies jedoch praktisch nicht möglich ist, zeigt sich gerade bei den Entwicklungsländern mit einer großen Überschußbevölkerung. Hier führt eine Erweiterung der Beschäftigung ohne qualitative Veränderung der benutzten Technik nur durch erhöhte Beschaffung von alter Technik nicht zu einer Steigerung der Produktion.

Das gilt einmal für die Landwirtschaft unmittelbar, das gilt aber auch für die außeragrarisches Produktion, soweit sie auf die Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe und auf den landwirtschaftlichen Absatzmarkt angewiesen ist. Auch für die europäischen Länder vor dem Zeitalter der industriellen Revolution gab es nicht den Weg, die agra-

⁵ Mottek, Hans, Zu einigen Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer gesellschaftlichen Bedingungen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 2/3, S. 184 ff.

rische Produktion auf der Grundlage der bestehenden Technik nur durch Ausdehnung der Beschäftigung und Vermehrung der Ackergeräte des bisherigen technischen Niveaus auszudehnen. Und das galt ebenso auch für das Gewerbe, und zwar noch in stärkerem Maße als heute für die Entwicklungsländer, da die gewerbliche Produktion damals noch viel mehr auf agrarische Rohstoffe und den agrarischen Markt angewiesen war. Allerdings gab es schon damals Zweige, die auf anderen Rohstoffen basierten, die zu einer Ausdehnung der Produktion, jedenfalls von der Rohstoffseite her, fähig waren. Das gilt für den Werkzeugbau, zum Teil für die Metallurgie und für die Werkzeuge, Apparate produzierenden Handwerker, insoweit sie mineralische Rohstoffe oder auch Holz als Werkstoff verarbeiteten, da ein Holzmangel nicht überall bestand, und dort, wo er bestand, vor allem die Verwendung des Holzes als Primärquelle für die Wärmeenergie betraf. Die Ausdehnung der Produktion im Arbeitsmittel erzeugenden Sektor wurde damals, zum Beispiel in Deutschland und anderen zentraleuropäischen und westeuropäischen Gebieten, vor allem dadurch behindert, daß die vorhandene Produktion von Werkzeugen mehr als ausreichend war. Eine Steigerung der Produktion wäre deshalb sinnlos gewesen, weil sie nicht im Endergebnis zu einer Produktionssteigerung in den die Werkzeuge anwendenden Zweigen geführt hätte, also bei Beibehaltung der alten Technik nicht notwendig war. Es bestand also eine Überschußkapazität. Eine Erweiterung der Produktion von Produktionsmitteln konnte nur dann einen Sinn haben, wenn Produktionsmittel vollständig neuer Qualität entstanden. Das konnten nur solche Produktionsmittel sein, die einerseits den vorhandenen bei weitem überlegen waren, die aber andererseits mit den bestehenden Werkzeugen und vorhandenen Fertigkeiten hergestellt werden konnten. Und gerade das geschah in der Epoche der industriellen Revolution zunächst in England, aber dann auch in Frankreich, Deutschland und den Ländern, die zuerst den Weg der Industrie und der modernen Landwirtschaft beschritten. Die Erweiterung der Produktion von Produktionsmitteln in Gestalt von Maschinen, Apparaturen, Lokomotiven, Schienen, Kanälen, Straßen, Fabrikgebäuden und Dampfschiffen war also zunächst durch eine revolutionäre Erweiterung der Information, des Wissens der Produzenten möglich geworden. Die Informationserweiterung bezog sich erstens auf die Art und Weise des zu produzierenden Gegenstandes, zum Beispiel Spinnmaschinen im Vergleich zum Spinnrad, und zweitens auf die Art und Weise, wie man mit der bestehenden technischen Basis, mit den bestehenden Werkzeugen qualitativ neue Produkte herstellen konnte. Die Voraussetzung der Mehrbeschäftigung im Produk-

tionsmittelsektor war also eine Wissenserweiterung in doppelter Hinsicht. Diese ermöglichte erst eine sinnvolle Mehrbeschäftigung im Produktionsmittelsektor Maschinen- und Apparatebau, Kanal- und Bahnbau, Bau von Fabrikgebäuden, Dampfschiffen, eisernen Brücken als Endprodukte sowie der dazu erforderlichen Rohmaterialien und Halbfabrikate. Diese Möglichkeit wurde dadurch erleichtert, daß gleichzeitig, ja sogar schon vorher, eine Steigerung der Produktionskapazität in der Landwirtschaft möglich geworden war. Das Zerbrechen bzw. die Zersetzung der feudalen Produktionsverhältnisse erlaubte die Verbreitung und praktische Verwirklichung des Wissens um bessere Produktionsmethoden in der Landwirtschaft, den Übergang zur verbesserten Dreifelderwirtschaft, den Fruchtwechsel sowie auch bodenverbessernde Investitionen auf der Grundlage einer Handarbeitstechnik.

Durch letztere wurde auch eine Mehrbeschäftigung in der Landwirtschaft nutzbringend, was aber keineswegs zu einer Beseitigung der agrarischen Überschußbevölkerung führte. In der industriellen Revolution vollzog sich dann ein widerspruchsvoller Prozeß, in dem einerseits durch die industrielle Revolution, insbesondere außerhalb der führenden Länder, die agrarische Überschußbevölkerung gesteigert wurde, indem man den Landlosen und Landarmen den Ausweg ins Dorfgewerbe in großem Maße nahm⁶, der im Endergebnis aber auf eine qualvolle Weise zur Beseitigung der agrarischen Überschußbevölkerung in Deutschland, England und in anderen führenden Industrieländern führte, ja sogar zu einem Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts.

In den Entwicklungsländern gibt es heute sicherlich auch große Möglichkeiten zur Steigerung der agrarischen Produktion durch Steigerung der Effektivität der Handarbeit mit besseren Produktionsmethoden. Sicherlich können auch in diesen Ländern Veränderungen in den Produktionsverhältnissen, Beseitigung feudaler Überreste sowie Agrarreformen die Hemmnisse gegen die Durchsetzung neuer Produktionsmethoden verringern, den Antrieb zur Steigerung der Erträge erhöhen. Aber in manchen der dichtbevölkerten Entwicklungsländer sind heute die Möglichkeiten zur Erhöhung der Erträge ohne neue Produktionsmittel begrenzter, als es an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in West- und Zentraleuropa der Fall war. Auf der anderen Seite mag die Versorgung mit Geräten des bisherigen technischen Niveaus in der Landwirtschaft geringer sein, obwohl zumeist mehr primitive landwirtschaft-

⁶ Derselbe, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1964, S. 222 ff.

liche Werkzeuge existieren mögen als gebraucht werden. Auf alle Fälle wollen wir bei der näheren Analyse zunächst die Möglichkeiten einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ohne qualitativ neue Produktionsmittel und nicht nur Produktionsmethoden vernachlässigen. Wir werden weiter davon ausgehen, daß eine Erweiterung der agrarischen Produktion nicht *nur* durch Verbreitung landwirtschaftlicher Kenntnisse, durch Verbreitung des Wissens um neue Produktionsmethoden und damit dieser Produktionsmethoden selbst, sondern vor allem durch eine vorhergehende Erweiterung der Produktion von solchen Produktionsmitteln möglich ist, die auf diese Ertragsteigerung hinwirken. Aufgabe dieser neuen Produktionsmittel ist es, die Produktion von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen dadurch zu erweitern, daß sie den vorhandenen Menschen und Werkzeugen die notwendige Ergänzung geben, die zur Steigerung einer Produktion notwendig ist. Dabei spielen sie eine ähnliche Rolle, wie es urbargemachte Bodenflächen tun würden. Sie stellen also ebenso wie diese eine komplementäre Veränderung⁷ zu dem vorangegangenen Wachstum der Produzenten und - wie wir auch zunächst annehmen wollen - der Ackergeräte dar. Daß zu solchen ergänzenden Produktionsmitteln die ertragsteigernden künstlichen Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel gehören, steht außer Zweifel.

Was die Steigerung der Produktion industrieller Konsumgüter betrifft, so können wir, wenn wir vom Außenhandel und der Möglichkeit mineralischer oder synthetischer Rohstoffe absehen, ebenfalls feststellen, daß ihre Steigerung ohne Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion nicht möglich ist, weil diese dafür die Rohstoffgrundlage bildet. Dementsprechend gibt es also keine Möglichkeiten der Erhöhung der Konsumgüterproduktion ohne vorangegangene Erhöhung der Produktionsmittelproduktion.

Unter diesen Voraussetzungen gibt es, jedenfalls für das erste Stadium, keine Wahl zwischen den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft. Es muß zunächst der Sektor (i) entwickelt werden. Dabei verstehen wir unter diesem Sektor die Produktionsmittelproduktion, dem der andere Sektor, die Konsumgüterproduktion (k) gegenübersteht. Die Wirtschaft ist dabei vertikal aufgeteilt, und dementsprechend nehmen k und i auch die

7 Zu diesem Begriff vgl. *derselbe*, Die Gründungskrise. Produktionsbewegung, Wirkungen, theoretische Problematik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 1, S. 110 f.

gesamte Produktion von Arbeitsgegenständen und Halbfabrikaten für die Endprodukte auf.

Im ersten Stadium werden also vorhandene Reserven von Arbeitskräften zur Schaffung einer neuen Technik für die gesamte Wirtschaft eingesetzt. Der Zuwachs der Beschäftigung beschränkt sich fast ausschließlich auf die Produktionsmittelindustrie. Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Entwicklungsländer ist aber dieser Zuwachs - solange wir jeden Maschinenexport ausschließen - nur durch einen Informationsimport aus den technisch weiter entwickelten Ländern möglich. Damit ist dieser Informationsimport auch Voraussetzung für die Mehrbeschäftigung.

Eine Mobilisierung der Arbeitskräftereserven, die durch Informationsimport möglich wird, entspricht weitgehend dem, was in den europäischen Ländern am Beginn der industriellen Revolution geschah, wo sich auch die agrarische und handwerkliche Überschußbevölkerung in Arbeiter verwandelte, die Fabriken, Bahnen, Straßen, Maschinen, Bergwerke bauten bzw. errichteten. Insoweit war und ist diese Überschußbevölkerung ein positiver Faktor, der den Fortschritt der Produktivkräfte erleichtert, und das gilt auch für das sozialistische Wirtschaftswachstum. Sie stellt die notwendige ursprüngliche Akkumulation von Arbeitskraft dar, die die marxistische Theorie als Ausgangspunkt der Entwicklung für den industriellen Kapitalismus ansieht, die aber als ein Ausgangspunkt auch die Industrialisierung in den nichtkapitalistischen Entwicklungsländern erleichtern kann. Ohne solche Arbeitskräftereserven wäre die Errichtung einer neuen Technik, einer neuen Industrie, *nur* durch Wegnahme von Arbeitskräften aus anderen Zweigen, also durch Einschränkung der Konsumgüterproduktion, möglich gewesen. Dieser Weg ist viel schwieriger oder, exakter ausgedrückt, auf diese Weise würden zusätzliche Hemmnisse für die Herausbildung einer Industrie und damit auch einer modernen Landwirtschaft geschaffen. Berücksichtigen wir, daß es solche Hemmnisse für den Fortschritt der Produktivkräfte ohnehin gibt, so könnte dadurch die Waage auf seiten der Hemmnisse entscheidend gesenkt werden. Das gilt nicht nur für die Produktion einer bodenersetzenden, aber nicht arbeitssparenden Technik in der Landwirtschaft, oder für eine entsprechende Technik im Bergbau und Hüttenwesen, wie sie vor dem Beginn der industriellen Revolution auftauchte, sondern auch für eine arbeitssparende Technik, deren Herstellung notwendig ist, um den Übergang von der Phase der Unterbeschäftigung in die Phase der Vollbeschäftigung zu vollziehen. So er-

klärt sich das scheinbare Paradoxon, daß die Schaffung einer arbeitsparenden Technik durch Reserven überschüssiger Arbeitskräfte zumindest erleichtert würde. Die Konzentration auf zusätzliche Beschäftigung, auf Ausnutzung der Arbeitskräftereserven, ist somit nur während dieses Zunahmeprozesses selbst ein extensiver Weg. Im Endergebnis schafft diese zunehmende Anwendung lebendiger Arbeit in dem ersten Zeitabschnitt die Voraussetzungen für die erhöhte Produktivität in dem darauffolgenden Abschnitt. In diesem darauffolgenden Abschnitt ist der vorangegangene Aufwand an lebendiger Arbeit eben zu vergegenständlichter Arbeit geworden; ein Weg, der die Arbeitskräftereserven ausschließlich für die Steigerung der Konsumgüterproduktion verwendete, würde die weiteren Steigerungsmöglichkeiten eben dieser Konsumgüterproduktion in der Zukunft, das heißt nach Beseitigung der Unterbeschäftigung, ausschließen bzw. vermindern.

Allerdings ist in der Entscheidung, daß zunächst unter den dargelegten Voraussetzungen nur die Mehrbeschäftigung im Sektor i in Betracht kommt, noch nicht eingeschlossen, wie lange eine Konzentration der Mehrbeschäftigung und darüber hinaus überhaupt der Mehrproduktion in diesem Sektor dauern soll. Soweit es sich um Produktionsmittel für den Konsumgütersektor k einschließlich Landwirtschaft handelt, kann dieser Vorrang nur solange dauern, bis die Produktionsmittel für diesen Sektor fertig sind. Anders wäre es nur, wenn die neuen Produktionsmittel ungenutzt blieben oder wenn sie vorhandene Produktionskapazitäten weniger erweiterten als ersetzten. Eine längere Konzentration auf den Sektor i wäre nur möglich, wenn die Mehrerzeugung dieses Sektors der Erweiterung dieses Sektors ausschließlich oder überwiegend diene. Eine Begründung für eine solche Konzentration, die mit einer ständigen Vergrößerung der Akkumulationsmasse bei gleichbleibender Konsumtion identisch ist, wäre der Wunsch, so rasch wie möglich den Rückstand gegenüber den führenden Ländern aufzuholen, so rasch wie möglich alle ihre Produzenten mit der höchsten Technik auszurüsten, um dann schließlich auch eine solche Konsumtion zu sichern, die dem bestehenden Niveau der Produktivkräfte entspricht.

Ganz gleich aber, welche Variante gewählt wird, der zeitliche Vorlauf der Produktionsgüterproduktion bleibt naturgemäß bestehen; ebenso auch ihr quantitativ großer Umfang, wenn dadurch die Absorbierung größerer Arbeitsreserven möglich sein soll. Das wirft aber wiederum die Frage auf, woher die Produktionsmittel für die Produktionsmittelproduktion kommen sollen. In der Wirtschaftsgeschichte gab es vor

der Schaffung der Industrie keine andere Möglichkeit, als mit Handarbeit und Handwerkzeugen die Produktionsmittel herzustellen, das heißt mit alter Technik die neue Technik zu schaffen. Man konnte die ersten Werkzeugmaschinen ebensowenig durch Werkzeugmaschinen herstellen wie im 20. Jahrhundert die ersten elektronischen Rechenmaschinen mit elektronischen Rechenmaschinen konstruieren bzw. produzieren. Gerade weil keine Maschinen vorhanden waren, bestand der Zwang, die Produktionsgüterindustrie zu schaffen und dazu eben die vorhandene Überschußbevölkerung heranzuziehen. Gerade um die moderne Technik zu schaffen, brauchte man notwendigerweise viel Handarbeit, viel lebendige Arbeit. Das gilt nicht nur für England, Deutschland und andere europäische Länder, sondern auch für die USA, die ja Teile der europäischen Überschußbevölkerung importierten. Allerdings gab es damals eine bedeutende Überschußkapazität an Handwerkzeugen und an handwerklich geschulten Arbeitskräften, so daß die neue Technik nicht mit bloßen Händen völlig ungeübter Arbeiter hergestellt werden mußte. In manchen Entwicklungsländern steht es damit anders, und es sind vorhergehende Bildungsinvestitionen in noch viel stärkerem Maße als in Deutschland am Beginn der industriellen Revolution nötig, und es ist auch weiterhin nötig, nicht nur vorhandene überschüssige Produktionsmittel für die Produktionsmittelindustrie zu benutzen, sondern für diesen Zweck auch neue Produktionsmittel herzustellen. Insoweit ist also der Mangel an Kenntnissen und Werkzeugen selbst primitiven Charakters vielfach ein Hindernis für die Ausnutzung der Arbeitskräftereserven.

Daß ein solches Hindernis besteht, wird zum Beispiel von Nurkse, der in der Mobilisierung der Arbeitskräftereserven ein Mittel zur Akkumulation sieht⁸, bestritten. Er hält es jedenfalls theoretisch für durchaus möglich, daß die in der Produktionsgüterindustrie Beschäftigten die notwendigen primitiven Werkzeuge mit ihren eigenen bloßen Händen herstellten. So plausibel aber diese Ansicht zu sein scheint, sie entspricht durchaus nicht den wirtschaftshistorischen Erfahrungen. Selbst in der Vorgeschichte der Menschheit wurden die Werkzeuge mit Werkzeugen hergestellt, wobei man in den ersten Anfängen vorgefundene geeignete Steine verwandte, eine Möglichkeit, die heute in den dichtbevölkerten Entwicklungsländern nicht besteht. Bei Mangel selbst an

8 "The investment workers, before they start building a piece of fixed capital such as a road, could, after all, sit down and make the most necessary primitive tools with their own shovels, wheelbarrows, carts, hoists and other things to help them build the road."
(Nurkse, Ragnar, a. a. O., S. 44.)

primitivsten Handwerkzeugen und auch Fertigkeiten gibt es nur die Möglichkeit, die vorhandenen Fonds vollständiger auszunutzen, und der historisch bewährte Weg dafür ist die Manufaktur, was bei der Ersparung von gelernten Arbeitskräften offensichtlich ist, aber sich auch bei den Handwerkzeugen nachweisen läßt. Elemente der Manufaktur und damit auch einer solchen vollständigeren Fondsausnutzung enthalten aber bekanntlich auch alle nicht voll mechanisierten Fabriken, Baubetriebe. Reicht diese Reserve nicht aus und sieht man von der Hilfe fortgeschrittener Länder ab, so bleibt eben das Fehlen selbst primitiver Produktionsmittel und Kenntnisse ein ernstes Hindernis für die Überwindung der Unterbeschäftigung.

Ein in der Praxis noch ernsteres Hindernis gegen die rasche Mobilisierung der Arbeitskräfte reserven zwecks Schaffung einer modernen Industrie, Landwirtschaft, eines modernen Transportwesens ist ideologischer und psychologischer Natur. Hierauf beruht der Widerstand, vorhandene primitive Produktionsmittel zur Herstellung moderner zu benutzen. Dabei findet sich gegen eine solche Benutzung auch ein zwar ökonomisch falsches, aber dennoch sehr effektives Argument. Dieses Argument stützt sich auf die Tatsache, daß es unter den Bedingungen einer primitiven Ausrüstung an Werkzeugen und Bildungsfonds keine Möglichkeiten gäbe, bestimmte Produktionsgüter herzustellen, wenn wir vom Import zunächst absehen. Aber eine solche Tatsache dürfte doch nur die Entscheidung nach sich ziehen, einfachere Produktionsgüter anstelle von komplizierteren zu setzen, also eine technische Zwischenstufe einzufügen, nach der man erst fähig ist, die modernste Technik herzustellen, worauf noch einzugehen sein wird. Solche Argumente gegen den vernünftigen Weg, die Arbeitskräfte reserven zu mobilisieren, um eine Industrie und moderne Landwirtschaft zu schaffen, um Industrie und Landwirtschaft, wenn nicht sofort mit der modernsten, der δ -Technik, so doch zumindest mit einer moderneren, der γ -Technik, auszurüsten, sind also irreführend. Zu hohe Forderungen an die Ausrüstung eines Arbeitsplatzes in der Produktionsgüterindustrie zu stellen heißt, einem großen Teil der Bevölkerung zu verwehren, zunächst mit primitivsten Mitteln am Kampf um die Überwindung der Rückständigkeit, um die Erreichung des Δ -Niveaus, des Weltstandes, teilzunehmen. Das wäre ebenso falsch, als wollte die vietnamesische Befreiungsbewegung diejenigen Vietnamesen, denen noch keine modernen Ausrüstungen im Kampf gegen die Aggressoren zur Verfügung stehen, am Kampf mit einfachen, selbstgefertigten Waffen hindern, mit solchen Waffen also, die sich trotz ihrer Primitivität als recht wirksam erwiesen haben. Unter

den Bedingungen eines Entwicklungslandes behalten primitive Ausrüstungen Gebrauchswert, die in den führenden Industrieländern, wo es hinreichend moderne und modernste Technik gibt, auf Grund des moralischen Verschleißes faktisch kaum mehr einen Gebrauchswert besitzen. Darauf wird an anderer Stelle noch einzugehen sein.

Unter diesen Bedingungen erfordert eine rasche Akkumulation, eine Beschleunigung der Produktion von Produktionsmitteln, die Mobilisierung der Arbeitskräftereserven, genau wie in der Geschichte der führenden Länder eine massenhafte Anwendung von Handarbeit zur Produktion von Produktionsmitteln erforderlich war.

Im Unterschied zur industriellen Entwicklung der führenden Industrieländer gibt es aber heute die Möglichkeit des Maschinenimports. Dieser Import kann zweifellos einen wichtigen Wachstumsfaktor darstellen. Er kann allerdings dann zu einem Hindernis werden, wenn unter dem Eindruck der Importe an einen Arbeitsplatz in der Produktionsmittelindustrie Anforderungen gestellt werden, die den importierten Ausrüstungen entsprechen. Auf diese Weise gelangt man zu hohen und immer stärker zunehmenden Kosten eines Arbeitsplatzes⁹, die für die Entwicklungsländer prohibitiv wirken müssen und die Ausnutzung ihrer Arbeitskräftereserven für die Produktionsgüterindustrie hemmen. Richtig ist es vielmehr, auch bei Importen von einem Nebeneinanderbestehen alter und neuer Technik bei der Versorgung mit Produktionsmitteln auszugehen. Schlechter wäre es, solange zu warten, bis ausreichend Produktionsgüter importiert werden oder bis mit Hilfe der Importe von Produktionsmitteln hinreichend modernste Technik geschaffen wird, um den Bedarf an modernsten Produktionsmitteln zu befriedigen. Zu einem Teil kann das Dilemma - und darauf laufen manche Argumente von Nurkse hinaus, der sich für eine Mobilisierung von Arbeitskräftereserven für die Produktion von Produktionsmitteln einsetzt¹⁰ - dadurch gelöst werden, daß man diese Reserven für den Bau von Straßen, Kanälen und Bewässerungsanlagen sowie für andere Bereiche der sogenannten Infrastruktur heranzieht, wofür die Wirtschaftsgeschichte hinreichende Beispiele gibt. Aber bei aller Betonung der Bedeutung dieser Produktionssphäre in der industriellen Revolution, sowohl in der früheren Industrialisierung ebenso wie in der Industrialisierung heute, dürfte die entsprechende Lösung, die entsprechenden Arbeitskräfte nur für die Anlagen der sogenannten Infrastruk-

⁹ Derselbe, a. a. O., S. 49.

¹⁰ Ebenda, Kap. 2.

tur zu mobilisieren, die Anlagen für Industrie und Landwirtschaft aber zu importieren, zwar vielleicht zu einer moderneren Technik für die Entwicklungsländer, aber keineswegs zu einer quantitativ ausreichenden Technik führen. Der Import darf auch, also auch in bezug auf die Produkte der Schwerindustrie und des Maschinenbaus, die Produktionskapazität nur effektiver gestalten, aber nicht ihren Umfang bestimmen.

In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß ein Aufbau der Produktionsmittelindustrie sowie auch einer Industrie überhaupt mittels einer starken Zunahme von Importen in Gestalt von Produktionsmitteln ein Wachstum von Exporten voraussetzt. Diese Exporte könnten bei Ländern mit geringem ökonomischen Entwicklungsniveau nur Güter der Landwirtschaft bzw. des Bergbaus umfassen. Umfassen sie den Bergbau, dann bedeutet das - ohne eigene Opfer bei dem Verbrauch von bergbaulichen Produkten - den raschen Aufbau eines Bergbaus als Teil der Schwerindustrie. Umfassen sie landwirtschaftliche Produkte, dann setzt das - wiederum ohne entsprechende Opfer - ein vorangegangenes Wachstum der Agrarproduktion voraus. Gerade dieses Wachstum erweist sich, wie bereits erwähnt, ohne vorhergehende Einführung einer neuen Technik, die zumindest in neuen ertragsteigernden Produktionsmethoden bestehen muß, als unmöglich.

Die Situation ändert sich auch nicht grundlegend, wenn wir als Ausgangspunkt nicht eine Wirtschaft nehmen, die - ganz abgesehen von einem großen α -Bereich - von der β -Technik, also von der Handarbeit, völlig beherrscht ist, sondern in der es, wie etwa in der Sowjetunion vor dem ersten Fünfjahrplan oder in Indien heute, eine größere Industrie gibt. Gerade aus diesem Grunde konnten wir auch den ersten Fünfjahrplan der Sowjetunion als Beispiel bereits angeben. Allerdings schafft das Vorhandensein einer Industrie, das Vorhandensein einer größeren Zahl von Menschen, die in einem Produktionsprozeß tätig sind, der nicht ausschließlich auf Handarbeit beruht, auch bestimmte Hemmnisse bei der Auswahl der Technik. In diesem Fall verstärkt sich die Abneigung bei der raschen Überwindung der Rückständigkeit, insbesondere beim Aufbau der Produktionsmittelindustrie, in genügendem Maße die vorhandenen Arbeitskräfte-reserven heranzuziehen, insoweit das einschließt, daß die neue Technik mit Hilfe der Handarbeit produziert wird, und zwar solange, bis hinreichend höhere Technik für die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte vorhanden ist. Das findet seinen Ausdruck in der Neigung, die Erweiterung der Kapazität der Schwerin-

dustrie auf das Ausmaß zu beschränken, das durch die zur Verfügung stehende Menge modernster Ausrüstungen gegeben ist. Im Falle der Sowjetunion allerdings kann man nicht davon sprechen, daß dort die Mobilisierung von Arbeitskräftereserven für die Überwindung der noch vorhandenen Rückständigkeit vernachlässigt wurde, vor allem nicht seit dem Beginn des ersten Fünfjahrplans. Hier mobilisierte man alle Kapazitäten, ganz gleich welchen technischen Niveaus, zur Erweiterung der Schwerindustrie.

Was hinderte aber eine solche Mobilisierung in fortschrittlichen Entwicklungsländern und was hat sie sogar in der Sowjetunion vor dem ersten Fünfjahrplan gehindert, wenn wir hierbei von den bereits erörterten Hindernissen, die in einem ungenügenden Quantum selbst primitiver Produktionsmittel und entsprechender Kenntnisse zur Herstellung von Produktionsmitteln einschließlich Straßen, Bahnen, Wirtschaftsgebäuden, Häfen usw. sowie von den erwähnten ideologischen, psychologischen Hindernissen gegen den Gebrauch nichtausgenutzter primitiver Technik zur Herstellung moderner absehen bzw. wenn wir diese Hindernisse als überwunden ansehen? Gibt es überhaupt ein solches Hindernis, wenn wir auch organisatorische und planungstechnische Fragen außer acht lassen? Ein solches Hindernis gibt es tatsächlich; mehr noch, es ist das in der historischen Praxis bedeutungsvollste. Es liegt dann vor, wenn die Erhöhung der Beschäftigung ein mindestens entsprechendes Wachstum des Konsumfonds voraussetzt und deshalb mehr erfordert als den Einsatz primitiver Werkzeuge und Qualifikationen zwecks rascher Erreichung des Weltstandes.

Inwieweit kann man nun annehmen, daß die Mehrbeschäftigung - auf den Übergang in der Beschäftigung von der β - in die γ - oder δ -Stufe bzw. von der γ - in die δ -Stufe wollen wir nicht näher eingehen - eine höhere Konsumtion voraussetzt, abgesehen von Ausrüstung und Ausbildungskosten? Das kann dann der Fall sein, wenn die zusätzlich Beschäftigten mehr verbrauchen, als sie in ihrer früheren Lage verbraucht haben bzw. als Unterbeschäftigte verbrauchen würden. Gerade von dieser Situation gehen solche marxistischen Forscher, wie Bettelheim¹¹, Dobb¹², der indische Ökonom Sen¹³, sowie eine Reihe nicht-

11 *Bettelheim, Charles*, Studies in the Theory of Planning, Bombay/Calcutta/New Delhi/Madras/London/New York 1959, z. B. S. 392 ff. u. 397.

12 *Dobb, Maurice*, A Note on the so-called Degree of Capital-Intensity of Investment in Under-Developed Countries [1954] (im folgenden: Investment in Under-Developed Countries), in: On Economic Theory and Socialism, London 1955, Artikel VII, insbes. S. 141 - 151; der-

marxistischer Wissenschaftler aus. Für die Bedeutung dieses Faktors spricht auch die Tatsache, daß in den Entwicklungsländern der Lohn des Industriearbeiters höher ist als das Einkommen des versteckt Arbeitslosen und natürlich erst recht des voll Arbeitslosen. Diese Situation entspricht unserer historischen Erfahrung. Auch diejenigen, die am Beginn der industriellen Revolution Fabriken, Eisenbahnen, Straßen, Kanäle und Schiffe bauten bzw. später in ihnen tätig wurden, verdienten, wenn sie aus der agrarischen Überschußbevölkerung als zunächst ungelernete Arbeiter kamen, mehr, als sie als Mitglieder der agrarischen Überschußbevölkerung verdient hatten. Das war selbst dann der Fall, wenn - wie das in Europa zumeist geschah - der Reallohn der bereits vorhandenen städtischen Arbeiter unter dem Eindruck des Einströmens der agrarischen Überschußbevölkerung sank. Die landarmen bzw. landlosen Landarbeiter waren mit Recht nur bereit, sich in Industriearbeiter zu verwandeln, wenn sie dort ein höheres Einkommen bezogen, als sie als unterbeschäftigte Mitglieder der agrarischen Überschußbevölkerung bezogen hatten. Ein wenig anders sah es allerdings dann aus, wenn die Auswanderer aus den Reihen von Kleinbauernfamilien in die Industriezentren kamen. In diesem Falle ist die Verbrauchsdifferenz sicherlich zumindest geringer. Das gilt auch für heutige Entwicklungsländer mit einer großen Überschußbevölkerung wie zum Beispiel Indien. In diesen Ländern ist allerdings das Einkommen des Industriearbeiters im allgemeinen sogar höher als das Einkommen solcher Kleinbauern, bei denen man nicht von Unterbeschäftigung sprechen kann, die also nicht in dem Sinne ein Mitglied der agrarischen Überschußbevölkerung sind, als daß sich bei ihrer Überführung in die Industrie die landwirtschaftliche Produktion nicht wesentlich vermindern würde. Wir haben in diesen Ländern, das gilt wohl auch für China - und auch für die Sowjetunion vor dem ersten Fünfjahrplan -, eine erhebliche Einkommensdifferenz zwischen Stadt und Land. Damit bedeutet jede Vermehrung der Stadtbevölkerung, der industriellen Arbeiterklasse, eine Erhöhung der Konsumtion, der Nachfrage nach Konsumgütern. Insoweit sind also die Kosten der zusätzlichen Beschäftigung im Sinne einer Erhöhung des Konsumtionsfonds in vielen

selbe, Second Thoughts on Capital-Intensity of Investment, in: The Review of Economic Studies 1956-57, Nr. 63, 24. (1.) Jg., insbes. S. 34 ff.; *derselbe*, An Essay on Economic Growth and Planning, London 1960.

13 Sen, Amartya Kumar, Choice of Techniques, Oxford 1960, insbes. Kap. 1.

der heutigen Entwicklungsländer höher als in Deutschland am Vorabend oder im ersten Stadium der industriellen Revolution

Darüber hinaus darf man nicht nur nicht den zusätzlichen Verbrauch, den Mehrverbrauch der Industriearbeiter gleichsetzen mit dem des bisherigen Landbewohners; denn dabei würden wir stillschweigend voraussetzen, daß jedenfalls die Gütermenge, insbesondere von Lebensmitteln, die die früheren Dorfbewohner verbraucht hatten, jetzt für die Ernährung und Versorgung der zusätzlichen Industriebevölkerung frei werden. Aber in vielen Fällen könnte eine solche Verminderung der bäuerlichen Bevölkerung bei gleichbleibender Produktion zu einer Erhöhung des Verbrauchs im Dorf führen. Das heißt mit anderen Worten: Wir können bei Verminderung der Dorfbevölkerung durch Industrialisierung nicht notwendig mit einer entsprechenden Zunahme der agrarischen Marktproduktion rechnen. Diese Zunahme ist aber für die Ernährung der zusätzlichen Stadtbevölkerung unbedingt erforderlich. Somit ist die Zunahme der agrarischen Warenproduktion, nicht nur der agrarischen Produktion, und darüber hinaus der Konsumgüterproduktion unter solchen Bedingungen eine Voraussetzung für die Mehrbeschäftigung in der Industrie. Das entspricht auch ganz der historischen Erfahrung. Sowohl in Deutschland wie in England und auch bei den ersten Industrieländern insgesamt ging eine Steigerung der agrarischen Produktion im allgemeinen und der agrarischen Marktproduktion im besonderen der Zunahme der Beschäftigung in der Industrie, der Mobilisierung der agrarischen Überschußbevölkerung für den Bau von Fabriken, Bahnen und Kanälen usw. voraus bzw. damit einher. Dieser Vorlauf der landwirtschaftlichen Produktion bei industrieller Revolution und Industrialisierung, der Vorlauf der agrarischen Umwälzung vor der industriellen Umwälzung ist eine Tatsache, die heute wenige Wirtschaftshistoriker bestreiten werden.

Die Kosten der Mehrbeschäftigung im Sinne der Erhöhung des Konsumtionsfonds machen es aber unmöglich, sich bei der Überwindung der Rückständigkeit ausschließlich auf den i-Sektor zu konzentrieren; denn wir sahen ja, daß eine Steigerung der Konsumgüterproduktion, insbesondere der landwirtschaftlichen Produktion, eine Voraussetzung für die Steigerung der Produktion auch solcher Güter ist, die gar keine agrarischen Rohstoffe für ihre Erzeugung erfordern. Das trifft selbst dann zu, wenn die sozialökonomische Differenzierung der Landbevölkerung in die Schichten der landlosen und landarmen auf der einen und der übrigen Bauern und Grundbesitzer auf der anderen Seite nicht besteht, wie es zum Beispiel in der sozialistischen Landwirtschaft der Fall ist.

Allerdings gingen die bisherigen Erörterungen davon aus, daß eine Steigerung der agrarischen Produktion ohne Einführung einer neuen Technik, das heißt nur durch zusätzliche Beschäftigung, nicht möglich ist. Es bestände hier also insofern ein fehlerhafter Kreislauf, als die neue Technik nicht ohne Mehrbeschäftigung, die Mehrbeschäftigung wiederum nicht ohne neue Technik möglich wäre. Dieser Kreislauf könnte, so hat es den Anschein, nur dann durchbrochen werden, wenn der Gesamtverbrauch während des Prozesses der Schaffung der neuen Technik auf der bisherigen Höhe gehalten wird, was eine Verminderung der bisherigen Löhne der Industriearbeiter bedeuten würde. Auf der anderen Seite aber bestand in dem realen historischen Prozeß beim Beginn der Industrialisierung zum Beispiel in Europa - wie wir sahen - die Möglichkeit, die agrarische Produktion ohne eine vorangegangene Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln für die Landwirtschaft zu erhöhen. Es gab eine Stufe der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, in der diese Steigerung nicht unmittelbar industrieabhängig, sondern mit den Mitteln des Dorfes, allerdings mit Hilfe eines Informationsimports von der Stadt, möglich war.¹⁴

Die Herstellung einer neuen Technik war in der europäischen Wirtschaftsgeschichte während der ersten Stufe der industriellen Revolution vor allem bei der Verarbeitung von agrarischen Rohstoffen insbesondere in der Textilindustrie notwendig. Der Produktionsgütersektor stellte zunächst hauptsächlich Maschinen und Apparaturen für die Leichtindustrie her, für Bergbau und Hüttenwesen sowie die Transportmittel, die für alle diese Zweige, sowie für den Produktionsmittelsektor selbst, erforderlich waren. Der Umfang und die Erweiterung der Beschäftigten im Produktionsgütersektor hingen aber wiederum in der Hauptsache von den Überschüssen der Landwirtschaft, dann aber auch von denen des gesamten Konsumgütersektors ab. Dabei wurde der Produktionsgütersektor nur in geringem Maße durch Anwendung einer arbeitssparenden Technik, vielmehr hauptsächlich durch Mehrbeschäftigung und Wissenszuwachs in bezug auf neue Produktionsgüter, ein neues Produktionsgütersortiment (Erfindungen) sowie auch durch neue Methoden zur Anwendung der alten Technik erweitert. Die Anwendung der arbeitssparenden Technik in Form von Maschinen im Konsumgütersektor, vor allem der Textilindustrie, stellte eine notwendige Bedingung der Akkumulation und Akkumulationssteigerung dar. Wollten

¹⁴ Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., Bd. 2, S. 94 f.

wir diesen Begriff für die Bedingungen der damaligen Zeit verwenden, so bestand er im volkswirtschaftlichen Maßstab in der Wahl einer arbeitssparenden Produktionstechnik in der Konsumgüterindustrie und einer arbeitsintensiven in der Landwirtschaft und in der Produktionsgüterindustrie. Allerdings kann man von einer Wahl der Technik im Unterschied zur Gegenwart insoweit nicht sprechen, als arbeitssparende Techniken außerhalb der Konsumgüterindustrie kaum vorhanden waren, obwohl dieses Nichtvorhandensein, zum Teil wenigstens, auf dem Fehlen darauf hinwirkender Triebkräfte beruhte.

Die Lage in den heutigen Entwicklungsländern unterscheidet sich von dieser Situation also einmal darin, daß jetzt die hochentwickelten arbeitssparenden Techniken sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Produktionsmittelindustrie vorhanden sind und durch Informationsimport diesen Ländern, wenn auch mit den oben gemachten Einschränkungen, zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten, mit geringem Aufwand durch Verbreitung von Kenntnissen nach den notwendigen Agrarreformen die agrarische Produktion zu steigern, wie bereits erwähnt, wesentlich kleiner. Trotzdem bildet die Ausnutzung dieser Möglichkeiten die Voraussetzung, um solche Industriezweige zu entwickeln, die Mittel für die Steigerung der agrarischen Produktion schaffen. Dafür haben die Entwicklungsländer allerdings die Möglichkeit, den gesamten Zuwachs der agrarischen Produktion für diesen Zweck zu verwenden, die gesamten Überschüsse der Akkumulation zugänglich zu machen, indem sie den sozialistischen Weg wählen, infolge des Bestehens des sozialistischen Lagers auch wählen können und damit die in diesen Ländern sehr hohe parasitäre Konsumtion der Oberschichten ebenso wie die entsprechenden Investitionen zur Produktion von Luxusgütern zu beseitigen und damit einen größeren Teil des Nationaleinkommens für die Ausdehnung der dem Fortschritt der Landwirtschaft dienenden Industriezweige (Chemie und Buchdruck) zu verwenden.

Überschüsse der Landwirtschaft und darüber hinaus des gesamten Konsumgütersektors (k) sind natürlich - dieses Faktum haben wir bisher vernachlässigt - Voraussetzung für jeden Produktionsgütersektor (i); denn die Produzenten in k - die Existenz von Großgrundbesitzern und Kapitalisten schließen wir bei dieser Betrachtung aus - müssen immer mehr erzeugen als sie verbrauchen. Bezeichnen wir diese Erzeugung, die Konsumgüterproduktion, mit P_k und den Verbrauch, das mit dem Eigenverbrauch gleichgesetzte Realeinkommen im k -Sektor, mit L_k , wobei wir hier und danach der Abstraktionsmethode Dobbs¹⁵ folgen, dann kön-

nen wir folgende Definitionsgleichung für den Überschuß (\bar{U}) in einer Produktionsperiode aufstellen¹⁶:

$$\bar{U} = P_k - L_k \quad (1a);$$

$$\text{und da } P_k = B_k \cdot p_k \quad (1b),$$

wobei unter B_k die Beschäftigung und unter p_k die Arbeitsproduktivität in diesem Sektor verstanden wird, sowie

$$L_k = 1 \cdot B_k \quad (1c)$$

(1 , der Lohn, ist hier Realeinkommen aller Produzenten - Arbeiter oder Bauern -, das überdies für alle Sektoren als gleich angenommen wird), dann gilt weiter:

$$\bar{U} = B_k \cdot p_k - 1 \cdot B_k \cdot (p_k - 1) \quad (1d)$$

und wenn wir für $p_k - 1$ das Symbol \bar{u} einsetzen,

$$\bar{U} = B_k \cdot \bar{u} \quad (1e).$$

\bar{U} wiederum ist nicht nur die Voraussetzung für die Beschäftigung im i -Sektor (B_i), sondern bestimmt, von allen komplizierenden Faktoren abgesehen, auch den Umfang von B_i . Wenn wir mit L_i das mit dem Eigenverbrauch gleichgesetzte Realeinkommen im i -Sektor bezeichnen, ist

$$L_i = B_i \cdot 1 \quad \text{und} \quad \bar{U} = L_i.$$

Daraus ergibt sich unter Berücksichtigung von (1d) die grundlegende Dobbsche Gleichung¹⁷, von der Sen¹⁸ ebenfalls ausgeht und die auch von Bettelheim¹⁹ nahezu zur gleichen Zeit aufgestellt wurde.

$$B_i = \frac{B_k \cdot (p_k - 1)}{1} = \frac{\bar{U}}{1} \quad (2)$$

Auch diese Gleichung gilt natürlich ebenfalls unter den Bedingungen, die wir zuerst angenommen hatten. Obschon nicht völlig zwingend, kann

15 Vgl. Anm. 12 der vorliegenden Arbeit.

16 Eine Zusammenstellung der verwendeten Symbole befindet sich am Ende der Arbeit.

17 Dobb, Maurice, Investment in Under-Developed Countries, a. a. O., S. 141; derselbe, Second Thoughts on Capital-Intensity of Investment, a. a. O., S. 35; derselbe, An Essay on Economic Growth and Planning, a. a. O., S. 36.

18 Sen, Amartya Kumar, a. a. O., S. 23.

man darüber hinaus doch annehmen, daß auch ein Zuwachs von B_i selbst dann, wenn P_k nicht oder nicht in demselben Maße steigen soll wie B bzw. B_i , wenn also

$$\frac{\frac{dB}{dt}}{B} > \frac{\frac{dP_k}{dt}}{P_k} \quad (\text{nach den von uns zuerst angenommenen Bedingungen})$$

doch das Wachstum von B , wenn schon nicht nur das Wachstum von P_k , so doch durch ein Wachstum von \dot{U} bedingt ist. Trotzdem gewinnt die Gleichung (2) eine besondere Bedeutung, wenn infolge der mindestens gleichen Steigerung von P_k und B

$$\frac{\frac{dB}{dt}}{B} \leq \frac{\frac{dP_k}{dt}}{P_k} \quad (\text{Annahme von Dobb, Sen und Bettelheim})$$

1 entweder als gleichbleibend angenommen wird wie bei Dobb²⁰, oder sogar als langsam steigend wie bei Bettelheim²¹, wobei die erstere Annahme den realen Bedingungen in der Phase der Unterbeschäftigung, natürlich nicht in der darauffolgenden Phase, angemessener sein dürfte.

Bei konstantem 1 folgt nämlich aus Gleichung (2), daß die Steigerungsrate von B_i gleich der Steigerungsrate von \dot{U} ist; denn es gilt

$$\frac{B_{in} - B_{in-1}}{B_{in}} = \frac{\dot{U}_n - \dot{U}_{n-1}}{\dot{U}_n}$$

oder

$$\frac{\frac{\Delta B_i}{\Delta t}}{B_i} = \frac{\frac{\Delta \dot{U}}{\Delta t}}{\dot{U}}$$

und wenn wir von den Differenzen zu den Differentialquotienten übergehen

$$\frac{\frac{dB_i}{dt}}{B_i} = \frac{\frac{d\dot{U}}{dt}}{\dot{U}} \quad (3).$$

19 Bettelheim, Charles, a. a. O., S. 343.

20 Dobb, Maurice, An Essay on Economic Growth and Planning, a. a. O., S. 30.

21 Bettelheim, Charles, a. a. O., S. 374 ff.

Darin kommt die zentrale Rolle von \bar{U} und seiner Vergrößerung für das Wachstum der Investitionen und damit der gesamten Wirtschaft im Dobb-schen System zum Ausdruck.

Diese Rolle von \bar{U} , die Rolle des Mehrprodukts im Konsumgütersektor, insbesondere der Landwirtschaft, wird auch durch die historischen Erfahrungen bestätigt. Das schließt allerdings nicht aus, daß die Gleichung oder richtiger die Bedingung (3) in der Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus vor allem während der industriellen Revolution verletzt wurde; denn damals war zwar das Realeinkommen der neuen Lohnarbeiter - wie erwähnt - größer als das Einkommen, das sie als Angehörige der agrarischen Überschußbevölkerung gehabt hatten. Aber auf der anderen Seite war der Lohn aller Arbeiter, ja das Realeinkommen aller Werktätigen pro Kopf jetzt geringer als vorher. In diesem Sinne besteht J. Kuczynskis Feststellung²² zu Recht, daß die Industrialisierung gewöhnlich Opfer fordert.

Das Industrialisierungsoffer wird durch eine Tatsache, auf welche die polnische Ökonomin Dobrska²³ aufmerksam macht, gemindert, aber zu meist nicht völlig aufgehoben. Ihre Beweisführung läuft darauf hinaus, daß eine erhöhte Beschäftigung selbst bei etwas vermindertem Lohn zu einem gesteigerten *Familieneinkommen* führt. Man muß hinzufügen, daß das in vielen Entwicklungsländern, in denen die Familieneinheit weit über die europäischen Maßstäbe hinausgeht und das erhöhte Einkommen selbst eines Neffen und Großneffen der gesamten Familie zugute kommt, besonders stichhaltig ist. Soweit aber Opfer für die Industrialisierung notwendig sind, ist dazu die Arbeiterklasse mit Recht nur dann bereit, wenn sie sich nicht in erhöhte Profite der Kapitalisten verwandeln. Dieser Standpunkt ist um so mehr berechtigt, als die Profite, wie auch bürgerliche Ökonomen zugeben, in diesen Ländern in einem weit geringeren Maße als in der entsprechenden historischen Phase in Europa bzw. als in USA für Investitionen in der Industrie und noch weniger für die notwendigen Investitionen verwendet werden. Nicht zuletzt aus diesem Grunde findet der sozialistische Weg der Industrialisierung immer mehr Anhänger in den Entwicklungsländern. Darüber hinaus darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Opfer der Sowjet-

22 In einem Diskussionsbeitrag im Arbeitskreis "Geschichte der Produktivkräfte" des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Sitzung am 4. und 5. 10. 1965 in Halle.

23 Dobrska, Zofia, Wybor techniki w krajach gospodarcze zacofanych (Die Wahl der Technik in den wirtschaftlich rückständigen Ländern), in: Ekonomista, Nr. 6/1961, S. 1267.

union in der Phase der raschen und radikalen Überwindung der Unterbeschäftigung während des ersten Fünfjahrplans nicht vollständig und vielleicht nicht einmal überwiegend auf dieser Überwindung beruhen, sondern vielmehr auf der kapitalistischen Umkreisung und der damals akuter werdenden Gefahr eines Aggressionskrieges gegen die Sowjetunion. Der ursprüngliche Entwurf des Fünfjahrplans hatte vorgesehen, die steigende Beschäftigung, die Absorbierung der Überschußbevölkerung, der Arbeitslosigkeit mit einer wesentlichen Erhöhung der Konsumtion zu verbinden.²⁴

Schließlich muß festgestellt werden, daß diese Opfer nur dann den vollen erstrebten Wachstumseffekt nach sich ziehen, wenn diese Phase, und mit ihr die Phase der Überwindung der Unterbeschäftigung, kurz ist. Das hängt damit zusammen, daß das Opfer der zeitweiligen Verminderung des Reallohns - auch bei gleichbleibendem Konsumtionsfonds - auch einen negativen Wachstumseffekt hat. Die Leistung des Arbeiters, die Arbeitsproduktivität, stellt, worauf auch Dobb hinweist²⁵, gerade in den Entwicklungsländern, aber nicht nur dort, keine vom Lohn unabhängige Größe dar. Beim Zustand der Unterernährung in vielen dieser Länder bedeutet verbesserter Lohn auch verbesserte Reproduktion der Arbeitskraft, erhöhte Leistungen²⁶; und das Entsprechende gilt auch für eine Senkung des Lohnes. Insoweit das aber der Fall ist, insoweit die Arbeitsproduktivität durch einen höheren Lohn mindestens in demselben Maße gesteigert bzw. durch einen geringeren gesenkt wird, stellt die Arbeitsproduktivität also für ein bestimmtes Intervall eine zunehmende Funktion des Lohnes dar. Es gilt also

$$p = f(l) \quad (4)$$

$$\text{mit } \frac{dp}{dl} > 0.$$

Durch Verminderung des Lohnes braucht also bei gleichbleibender Produktionstechnik der Überschuß nicht immer erhöht zu werden. Er kann in manchen Fällen sogar gemindert werden. Umgekehrt bedeutet Produktivitätssteigerung bei gleichbleibender Produktionstechnik Erhöhung

²⁴ Vgl. dazu auch *Dobb, Maurice*, *Soviet Economic Development Since 1917*, London 1951, S. 235.

²⁵ *Derselbe*, *Second Thoughts on Capital-Intensity*, a. a. O., S. 38. - Dobb führt aus, daß die entscheidende Differenz $p_k - l$ sich durch höheren Lohn dann nicht zu vergrößern braucht, wenn p_k als Folge der Erhöhung des Lohnes entsprechend steigt.

²⁶ *Leibenstein, Harvey*, *Economic Backwardness and Economic Growth*, New York/London 1957, S. 62 - 69, beweist nicht nur die Abhängigkeit der Produktivität vom Lohn, von der Ernährung, sondern belegt das auch mit konkreten Tatsachen.

des Nutzeffekts der Investitionen, bessere Ausnutzung der vorhandenen bzw. geplanten Produktionsfonds. Darüber hinaus besteht unter bestimmten Bedingungen diese Abhängigkeit der Produktivität vom Lohn nicht nur in bezug auf die Reproduktion der Arbeitskraft, sondern auch in bezug auf den Anreiz für die Produzenten einschließlich der technischen Kader, Werkleiter usw. Gerade beim neuen ökonomischen System haben wir dieser Verbindung von materiellen Anreizen und den Leistungen der Betriebe mit Recht große Bedeutung beigemessen. Die Arbeitsproduktivität und damit auch die Produktionskapazität der Betriebe hängt eben nicht nur von der Beschaffenheit der Produktionsanlagen, den Kenntnissen der an der Produktion beteiligten Menschen, sondern auch von den Antrieben ab, diese Technik voll auszunutzen. Materielle Anreize sind aber nur bei einer bestimmten Lohnhöhe möglich. Das vergrößert das Intervall, indem die Beziehung (2) gilt, in der also ein höherer Lohn zur höheren Arbeitsproduktivität führt. Darüber hinaus hängen Antriebe und Produktivität nicht nur von der Lohnhöhe (1), sondern auch von der Lohnbewegung (1') ab, so daß also über (4) hinaus gilt:

$$p = f(1) = \varphi(1(t), 1'(t)) \quad (5)$$

mit $\frac{\partial \varphi}{\partial 1} > 0$ für ein kleineres Intervall und

$\frac{\partial \varphi}{\partial 1'} > 0$ für zumindest ein sehr großes Zeitintervall.

In einer kurzen Periode der Opfer könnten die negativen Wirkungen einer Reallohnverminderung bzw. auch nur einer Reallohnstagnation durch moralische Anreize ersetzt werden, welche von einer raschen Vorwärtentwicklung der Produktion, der Schaffung der Industrie unter sozialistischen Produktionsverhältnissen ausgehen, kompensiert werden. In einem längeren Zeitraum ist das aber nicht wahrscheinlich. Hier gewinnen die materiellen Anreize auf der Grundlage steigender Reallöhne wesentlich an Bedeutung, ohne daß der moralische Anreiz deshalb vernachlässigt werden darf.

So spricht viel dafür, die Unterbeschäftigung der agrarischen Überschußbevölkerung durch rasche Mobilisierung der Arbeitskräftereserven für den Aufbau einer Industrie, zunächst aber für den Aufbau der Produktion von Produktionsmitteln, zu verwenden, wie das die Sowjetunion und das volksdemokratische Osteuropa nach 1945 getan haben und

wie es auch von dem bürgerlichen Ökonomen Nurkse mit Recht heute für die Entwicklungsländer gefordert wurde²⁷, ohne daß er aber die notwendige Bedingung dafür nennt, die in einer Planung durch fortschrittliche Nationalstaaten auf der Grundlage des antikapitalistischen Weges besteht. Insoweit aber die rasche Mobilisierung der Arbeitskräftenreserven ausgeschlossen ist, insoweit die Periode der Unterbeschäftigung auch infolge eines raschen Bevölkerungswachstums für einen längeren Zeitraum andauern muß, wovon Dobb anscheinend bei der Analyse des Problems der Wahl der Technik ausgeht, Bettelheim jedoch nicht²⁸, wird nicht nur das Investitionstempo verlangsamt, sondern die Wahl der Technik dadurch notwendig im Sinne einer weniger modernen, weniger arbeitssparenden Technik im Sinne der Verminderung des positiven Übersprungseffektes beeinflußt.

Wie beeinflußt nun im einzelnen eine so lange Periode der Unterbeschäftigung die Wahl der Technik, den Gebrauchswert der Produktionsmittel?

Zunächst wird unabhängig von der Dauer der Unterbeschäftigung für die Zeit der Unterbeschäftigung der Gebrauchswert der *vorhandenen* Produktionsmittel entscheidend beeinflußt. Auch das Dobbsche System ändert daran nichts, da es die Produktion von Produktionsmitteln mittels Handwerkzeugen, mittels primitiver Technik keineswegs ausschließt, sondern diese Produktion - besser gesagt, die entsprechende Beschäftigung - nur durch $Ü$, den laufenden Überschuß des k -Sektors, beschränkt. Durch das Einströmen von Informationen über neue Produktionsmittel wird, wenn man die alten primitiven Produktionsmittel zur Produktion solcher vervollkommneten verwendet, der Gebrauchswert der alten sogar vorübergehend erhöht, das heißt, die alten Produktionsmittel können dadurch mehr als früher zum ökonomischen Wachstum und letzten Endes zu einer hohen Konsumgüterproduktion und Konsumtion beitragen. Das heißt aber nichts anderes, als daß unter diesen Voraussetzungen in den Entwicklungsländern mit großer Arbeitslosigkeit die Schließung von Betrieben bzw. die Verschrottung oder Nichtbenutzung von Produktionsmitteln wegen niedriger Arbeitsproduktivität im allgemeinen nicht gerechtfertigt ist.

27 Nurkse, Ragnar, a. a. O., Kap. 2; derselbe, Reflections on India's Development Plan, in: The Quarterly Journal of Economics, Nr. 2/1957, S. 198 ff., der aber wiederum die Produktionsmittelproduktion nur auf Mittel der sogenannten Infrastruktur, wie Straßen, Dämme, Kanäle, Eisenbahnen, beschränken will.

28 Bettelheim, Charles, a. a. O., z. B. S. 424.

Zu einer anderen Beurteilung könnte man nur dann kommen, wenn wegen Rohstoffmangels ohnehin nicht alle Produktionskapazitäten ausgenutzt werden können und die veraltete Technik mit einem zu hohen Rohstoffverbrauch verbunden ist. Eine ähnliche Situation liegt bei der Landwirtschaft dann vor, wenn die vorhandenen Arbeitsmittel für eine Mehrproduktion ausreichen, aber infolge Mangels an geeignetem Boden nicht zu einer Mehrproduktion führen können. Hier könnte man - soweit vorhanden - Arbeitstiere durch Traktoren ersetzen und auf diese Weise die Nettoproduktion durch Einsparung von Futtermitteln vermehren. Abgesehen davon muß, auch wenn der Einsatz von Traktoren in neuerschlossenen Landflächen nicht möglich ist, die Erhöhung der Bruttoerträge pro Hektar durch Traktoren auf alten Flächen berücksichtigt werden. Die Traktoren können beträchtlich zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion beitragen. Zwar trifft die Bemerkung M. S. Randhawas, Generaldirektor der Gebiete mit intensiver Landwirtschaft und Außerordentlicher Sekretär der indischen Regierung: "Rechtzeitige Feldbearbeitung ist besonders nach dem Ende der Monsune notwendig, wenn der Boden für den Weizenanbau vorbereitet und die Feuchtigkeit in kurzer Zeit konserviert werden muß" nicht für alle Entwicklungsländer gleichermaßen zu, aber für alle gilt: "Viele vervollkommnete Arbeitsmethoden, wie z. B. Zwischenanbau, Kontrolle des Abstands und der Tiefe beim Säen und bei der Düngerstreue, können bei der Feldbearbeitung mit Ochsen nicht angewendet werden."²⁹

Auf der anderen Seite dürfte es klar sein, daß, wenn die Investitionsmittel nicht für eine gleichzeitige Chemisierung und Mechanisierung der betreffenden Landwirtschaft ausreichen, bei dichter Bevölkerung und Bodenmangel die Chemisierung den Vorrang haben muß, was auch seine Parallele in der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands hat. In diesem Fall hat also doch die Hinzufügung neuer Produktionsmittel, eben der Chemikalien, ohne Ersatz alter den Vorrang. Das gilt um so mehr für die Mechanisierung der Ernte- und Pflegearbeiten auf bereits kultivierten Böden, da diese zu keiner Erweiterung der Produktionskapazität führt, also nur die Produktivität, aber nicht die Produktion steigert. Die Mechanisierung solcher Arbeiten in dichtbevölkerten Gebieten mit agrarischer Überschußbevölkerung wäre sicherlich eine falsche Wahl der Technik, jedenfalls dann, wenn ein

29 *Randhawa, M. S.*, Die Rolle von Wissenschaft und Technik in der indischen Landwirtschaft, in: *Wissenschaftliche Welt*, Nr. 3/1965, S. 22.

sofortiger Abfluß des alten und des neuen Arbeitskräfteüberschusses in die Industrie nicht möglich ist.

Im allgemeinen gilt somit für die technische Politik eines Entwicklungslandes mit Überschußbevölkerung, daß ein Ersatz von nicht ausgenutzten Ausrüstungen abzulehnen ist. Das gilt selbst dann, wenn mit solchen Ersatzmodernisierungsinvestitionen eine Erweiterung der Produktionskapazität verbunden ist, was nicht notwendigerweise der Fall zu sein braucht; denn das Produktionspotential nimmt stärker zu, wenn die alten Ausrüstungen erhalten bleiben und die Neuausrüstungen zur Ablösung der α -Technik, also zur Absorbierung der Überschußbevölkerung, verwendet werden, also den neu produzierenden Bereich produktiver machen. Aus diesem Grunde wollen selbst diejenigen Ökonomen, die für den Einsatz der neuesten Technik in den Investitionsvorhaben der Entwicklungsländer sind³⁰, die neueste Technik nicht - wenn wir von der Frage des physischen Verschleißes absehen - zum Ersatz der alten Technik, sondern zur Vergrößerung der Produktionskapazität, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, verwenden. Man ist sich also darin einig, daß - im Unterschied zu den führenden Industriestaaten - die alten technischen Ausrüstungen, solange noch ein solches Ausmaß der Überschußbevölkerung besteht, nicht rascher durch neue ersetzt werden sollen, als das dem physischen Verschleiß entspricht. Mit anderen Worten: Man ist sich im Grunde - ohne das so zu formulieren - einig, daß die uns wohlbekannte Kategorie des moralischen Verschleißes für solche Entwicklungsländer keine Anwendung finden kann. Damit geben diese Theoretiker zu, daß der Gebrauchswert der Produktionsmittel von den ökonomischen Bedingungen und insbesondere dem Vorhandensein von Arbeitskräftereserven abhängt, der Gebrauchswert derselben Produktionsmittel in einem sozialistischen Industrieland wie der Deutschen Demokratischen Republik ein anderer sein kann als in einem Agrarland mit großer Überschußbevölkerung. Damit ist eine wichtige Entscheidung über das Grundproblem der Wahl der Technik schon gefallen.

30 Hier ist vor allem *Bettelheim, Charles*, a. a. O., S. 407 - 426, insbes. S. 416 u. 422, gemeint; vgl. weiter für eine treffende Formulierung dieses Standpunkts *Robinson, Joan*, *Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft*, München 1965, S. 146 f., der schreibt: "Zuerst einmal sollte man keine Anlage verschrotten und keine Produktionsverfahren ablehnen, solange die in ihnen verwendeten Materialien und die sie bedienenden Arbeitskräfte nicht anderswo eine bessere Verwendung finden. Die besten Techniken müssen sich in den neuen Investitionen verkörpern, aber die neuen ersetzen nicht die alten, sie treten an ihre Seite. Bis einmal alle Arbeiter mit den besten Anlagen ausgerüstet sein werden, sind schlechtere Anlagen immer noch besser als gar keine."

Nach der genannten übereinstimmenden Meinung der Theoretiker richtet sich aber die wirtschaftliche Praxis vor allem in den Entwicklungsländern, die dem kapitalistischen Weg folgen, keineswegs. Insbesondere die dem Auslandskapital gehörenden Unternehmungen verwenden ihre Investitionsmittel in nicht geringem Maße zur Modernisierung vorhandener anstatt zur Neuschaffung von Produktionskapazitäten. Anders als in bezug auf die vorhandenen Produktionsmittel ist die Frage der Wahl der Technik in bezug auf die noch zu produzierenden zu stellen. Bei den vorhandenen Produktionsmitteln gibt es nur die Frage der Benutzung und Nichtbenutzung. Bei Handwerkzeugen, wie Hammer und Schaufel, gibt es wohl die Möglichkeiten höherer Nutzung durch die Manufaktur, aber selten die Möglichkeit wie beim Schubkarren, den Produktionseffekt durch Hinzufügung eines Arbeiters, durch zusätzliche Arbeitskräfte zu erhöhen. Eine andere Wahl der Produktionstechnik gibt es nicht. Wenn wir von der Einfuhr absehen, müssen eben die vorhandenen primitiven Werkzeuge eingesetzt werden, und zwar für die Produktionsmittelproduktion. Die einzige Wahlmöglichkeit gibt es unter den gleichen Bedingungen nur in bezug auf das Sortiment der mit der Handarbeit bzw. überhaupt mit der primitiveren Technik herzustellenden Produkte, also der Produktionsgüter. Dieses Sortiment wiederum entscheidet über die Ausrüstung der Produzenten mit Produktionsmitteln im nächsten Zeitabschnitt.

Die Festlegung des Produktionsgütersortiments ist aber heute in den Entwicklungsländern viel schwieriger als in der industriellen Revolution in Europa und den USA, und zwar deshalb, weil die internationale Technik inzwischen gewaltige Fortschritte gemacht hat. Wenn wir annehmen, daß diese Fortschritte durch Informationsimport - etwa durch Literatur und ausländische Experten - zugänglich gemacht würde, so entsteht die Frage, ob man sofort im aufzubauenden Produktionsmittel-sektor die neueste Technik produzieren oder ob man sich auf die Technik früherer technischer Stufen konzentrieren soll bzw. ob man schließlich mit Hilfe der führenden sozialistischen Länder und unter Ausnutzung der letzten Erkenntnisse der Wissenschaft solche Technik produzieren soll, die bestimmte Züge der Technik früherer Zeiten mit der neuen der Gegenwart kombiniert.

Bei der Festlegung des Sortiments, bei der Entdeckung und beim Vergleich des Gebrauchswertes der verschiedenen in Frage kommenden Produktionsgüter müssen die ökonomischen Bedingungen zur Zeit der Nutzung und nicht nur der Herstellung berücksichtigt werden. Wir gehen dabei davon aus, daß der Gebrauchswert von Produktionsmitteln in der

Differenz zwischen dem ökonomischen Wachstum und letzten Endes der Konsumtion *ohne* die Produktionsmittel und dem Wachstum *mit* den betreffenden Produktionsmitteln besteht. Wir müssen dann also sowohl die Kosten - den Umfang der Produktion sowie der Mittel, welche der Konsumgüterproduktion durch die Herstellung der Produktionsmittel entzogen werden - berücksichtigen und damit also die Bedingungen zur Zeit der Produktion der Produktionsmittel, als auch den Effekt der in Betrieb genommenen Produktionsmittel und damit also die Bedingungen zur Zeit ihrer Nutzung. Deshalb gerade ist es so wichtig, festzustellen, inwieweit die Gebrauchszeit der herzustellenden Produktionsmittel in die Periode der Unterbeschäftigung fällt, in eine Periode also, in der eine Steigerung der Produktion noch durch eine Erhöhung der Beschäftigung und nicht nur durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität möglich ist. Darum hat eine Verkürzung der Unterbeschäftigungsphase durch rasche Mobilisierung der Arbeitskräfte-reserven wie in der Sowjetunion auch den Vorteil, daß dann bei der Auswahl des Produktionsgütersortiments die Bedingungen der Unterbeschäftigung nicht so sehr bzw. überhaupt nicht berücksichtigt zu werden brauchen und man sich bei der Produktion der Technik mehr auf ihre zukünftige Verwendung in der Phase der Vollbeschäftigung orientiert. Daraus erwächst ein Faktum, das man als ein Paradoxon der Wahl der Technik bezeichnen und folgendermaßen formulieren könnte: Je mehr man die Hemmungen und Hindernisse gegen den Gebrauch der primitiven Produktionstechnik in der Phase der Unterbeschäftigung überwindet, je kürzer die Phase der Unterbeschäftigung ist, um so weniger arbeitsintensiv, um so effektiver, moderner kann die Technik sein, die man produziert. Anders ausgedrückt heißt das: Die Tatsache, daß man den Schwerpunkt in der Phase der Unterbeschäftigung weniger auf die Steigerung der laufenden Arbeitsproduktivität und mehr auf die Steigerung der Beschäftigung legt, beschleunigt um so mehr die Steigerung der zukünftigen Arbeitsproduktivität.

Demgegenüber wird durch eine längere Phase der Unterbeschäftigung auch die Sortimentswahl der neu produzierten Technik, der Gebrauchswert der herzustellenden Produktionsmittel in bedeutendem Maße modifiziert. Bei dieser Modifizierung darf man aber, wenn alle anderen Kriterien bei bestimmten Produktionsmitteln für die Industrialisierung und Modernisierung der Landwirtschaft auf einen Übergang von der α - und β -Technik zur γ - anstatt zugleich zur δ -Technik und damit auch zu einer Begrenzung des Übersprungungseffekts hinweisen, einen entgegengesetzten Faktor nicht außer acht lassen. Dieser Faktor ist

dann gegeben, wenn man damit rechnen kann, daß die physische Existenzdauer der Produktionsmittel länger währt als die Phase der Unterbeschäftigung. Dann bestände nämlich der wesentliche Nachteil, daß die betreffenden Ausrüstungen bei Ende der Unterbeschäftigung moralisch verschleißten könnten. Allerdings bestünde ein solcher Nachteil nur dann, wenn beim Ende der Unterbeschäftigung keine weniger effektive, etwa die β -Technik, vorhanden wäre, deren "Verschrottung" dann den Vorrang hätte. Und gerade diese Situation dürfte in den Entwicklungsländern kaum vorliegen. Ganz abgesehen davon müßte man den Nachteil gegenüber dem Vorteil abwägen, den Dobb als den "compounding effect" bezeichnet.³¹ Kann doch der höhere Kapazitätswachstum in der Phase der Unterbeschäftigung später eine beschleunigte Produktion modernster Technik ermöglichen. Auch weniger leistungsfähige Technik kann in dem Zeitabschnitt bis zum Ende der Unterbeschäftigungsphase wiederum modernere Technik produzieren, jedenfalls mehr als gar keine Technik. Eine Nichtberücksichtigung dieses Faktors entspräche dem Verhalten eines Kapitalisten, der seine Kapitalfonds deshalb nicht nutzt, weil er später höhere Profite damit zu erreichen wünscht.

Auf der anderen Seite muß aber berücksichtigt werden: Wenn die Maximierung des Kapazitäts- und Produktionswachstums infolge länger dauernder Unterbeschäftigungsphase die Wahl einer billigeren aber weniger modernen, das heißt mit einer geringeren Arbeitsproduktivität, einem geringeren Mechanisierungsgrad verbundene Technik erfordert, kann die vorzeitige Verschrottung der Ausrüstungen bei späterer ökonomischer Notwendigkeit eines höheren Mechanisierungsgrades vielfach vermieden werden.³² Das kann einmal dadurch geschehen, daß man, wie in der Sowjetunion am Beginn der sozialistischen Industrialisierung, zuerst die Kernprozesse vieler neuer Werke auf die Basis der modernsten Technik stellt, während die Hilfs- und Nebenprozesse, die an der Qualität des Endprodukts nichts änderten, zunächst noch für Handarbeit, also für die β -Technik, produziert wurden. Hier führte also die spätere Mechanisierung dieser Arbeiten nicht zum vorzeitigen Verschleiß der Anlagen für die Kernprozesse oder des gesamten Werkes.³³ Die Mechanisierung wird als ein - wie wir es nennen wollen - additives Ele-

31 Dobb, Maurice, Investment in Under-Developed Countries, a. a. O., S. 45 - 47, 62 u. 146 f.

32 Tinbergen, Jan, Die Wahl der Technologie bei der industriellen Planung, in: Industrialization and Productivity, Nr. 1/1958.

33 Der Unterschied zwischen Kernprozessen, für die es bei der Produktion bestimmter Güter keine Wahl der Technik gäbe, und den Hilfsprozessen, wie innerbetrieblicher Transport, Verpackung, Instandhaltung usw. wird z. B. auch in: Industrialization and Productivi-

ment der früheren Maschinerie hinzugefügt. Dieser Weg hatte in der Industrialisierung der Sowjetunion den Vorteil, daß durch ihre Beschäftigung in einem weitgehend mechanisierten Betrieb auch die mit primitivster Technik, nicht moderner Technik Beschäftigten an die Disziplin und die Bedingungen des Industriebetriebes herangeführt wurden. Daraus ergaben sich ein außerordentlich großer Lerneffekt sowie eine Erweiterung der Arbeiterklasse in den großen Industriebetrieben. Ein ähnlicher additiver Effekt kann, wenn es sich nicht um Werke, sondern um Maschinen handelt, wesentlich schwerer erzielt werden, doch könnte man auch hier in manchen Fällen bei Neukonstruktion die Möglichkeit einer späteren Modernisierung bzw. zusätzlichen Mechanisierung oder Automatisierung berücksichtigen.

Die zuletzt behandelte Problematik hat nur für den Fall Bedeutung, daß die Unterbeschäftigungsphase wesentlich kürzer als die physische Lebensdauer der zu produzierenden Produktionsmittel ist. Prüfen wir aber jetzt, welchen Einfluß die Unterbeschäftigung in den Entwicklungsländern auf die Wahl der Technik hat, wenn man einen so lange andauernden Zeitraum dieser Unterbeschäftigung als unumgänglich ansetzt, so daß die Nutzungszeit der herzustellenden Produktionsmittel ganz oder wenigstens überwiegend in diese Periode fällt. Und gerade von einer solchen Voraussetzung geht Dobb in seinen Analysen, bei denen ihm vor allem das Beispiel Indiens vorschwebt, im Gegensatz zu Bettelheim³⁴, aus. Und obwohl Dobb selbst diese Folgerung nicht zieht, läßt sich doch beweisen, daß das Sortiment der Produktionsmittelproduktion durch eine Phase der Unterbeschäftigung beeinflußt werden muß.

Zunächst bedeutet die Aussicht auf eine lange Periode der Unterbeschäftigung, daß für dieselbe Zeit nicht mit dem moralischen Verschleiß der herzustellenden Produktionsmittel zu rechnen ist. Die Gesichtspunkte, die für den Gebrauchswert der *vorhandenen* Produktionsmittel und gegen den moralischen Verschleiß unter den Bedingungen der Unterbeschäftigung sprechen, werden dann einfach von der Gegenwart in die Zukunft projiziert. Dieselbe Vernachlässigung des moralischen Verschleißes in der Verbrauchsperiode der Produktionsmittel bedeutet aber, daß man dem physischen Verschleiß für dieselbe Periode um so mehr Beachtung schenken muß, als die Bewertungsgrößen des physischen und moralischen Verschleißes sich umgekehrt propor-

ty, Nr. 7/1964, S. 32, gemacht.

³⁴ Bettelheim, Charles, a. a. O., z. B. S. 424.

tional verändern. Entsprechend muß bei der Festlegung des Produktionsgütersortiments sowohl für die eigene Produktion, als auch für den Import die Gebrauchseigenschaft der Dauerhaftigkeit in solchen Ländern eine wesentlich größere Rolle als in den fortgeschrittenen Industrieländern spielen. Aus der Wirtschaftsgeschichte wissen wir, daß unter kapitalistischen Bedingungen die Bewertung der Dauerhaftigkeit der Produktionsmittel sehr unterschiedlich war, so wurde zum Beispiel im 19. Jahrhundert in den USA unter den Bedingungen eines vorwiegenden Arbeitskräftemangels auf die Dauerhaftigkeit der Produktionsmittel weniger Wert gelegt und der dafür notwendige Aufwand nicht bezahlt, während in England unter anderen Bedingungen des Reproduktionsprozesses bei reichlichem Angebot von Arbeitskräften bei geringerem moralischen Verschleiß die produzierten Maschinen dauerhafter waren.³⁵

Dieselben Erwägungen wie für die Unterbeschäftigung gelten in modifizierter Form auch ohne Unterbeschäftigung, und zwar beim Überwiegen der β -, der Handarbeitstechnik, wenn wir jetzt die Kategorie physischer und moralischer Verschleiß auf die β -Technik, die industriell-mechanische anwenden. Auch hier kommt es mehr als in den führenden Industrieländern auf eine Minimierung des physischen Verschleißes und eine entsprechende Sortimentswahl für Produktionsgüter, die Wahl der Technik, an. In einer Situation, in der es darum geht, möglichst viele Produzenten mit einer höheren als der Handarbeitstechnik zu versehen, ist es offensichtlich, daß diese Aufgabe gehemmt wird, wenn man die Ausrüstung von Produzenten, die bereits über eine solche Technik verfügen, erneuern muß; denn das bedeutet, daß die Ausrüstung einer entsprechenden Anzahl von Handarbeitsproduzenten mit einer höheren Technik verzögert wird. Damit wird, was allgemein anerkannt ist, die Frage der Instandhaltung der vorhandenen Ausrüstungen in den Entwicklungsländern noch wichtiger als in den führenden Industrieländern, obwohl sie infolge des Mangels an geeigneten Kadern und mangelnder Gewöhnung an den Umfang mit einer höheren als der Handarbeitstechnik dort auch schwerer durchzuführen ist als in diesen Industrieländern.³⁶

Wesentlich komplizierter wird das Problem, wenn wir von dem physischen Verschleiß absehen, wie das zum Beispiel Dobb tut³⁷, und fra-

35 Habakkuk, H. J., *American and British Technology in the Nineteenth Century*, Cambridge 1962, S. 6 ff. u. 107. vgl. auch die Besprechung dieses Buches durch Mottek, Hans, in: *Deutsche Literaturzeitung*, H. 10/1964, S. 923.

36 Vgl. dazu z. B. Hirschman, Albert O., *The Strategy of Economic Development*, New Haven 1958.

gen, inwieweit in anderer Hinsicht die Perspektive einer lang andauernden Unterbeschäftigung die Wahl der Technik beeinflussen muß. Wir wollen dieses komplizierte Problem hier nur für den Konsumgütersektor, also für das Produktionsgütersortiment für diesen Sektor, der ja die Landwirtschaft einschließt, und damit den Gebrauchswert dieser Produktionsmittel, untersuchen. Diese Beschränkung auf den k-Sektor ist um so eher gerechtfertigt, als wir ja für eine längere Phase der Unterbeschäftigung Dobb jedenfalls insoweit folgen, als wir die Erhöhung der Beschäftigung von einer Erhöhung der Konsumgüterproduktion abhängig machen und damit von der Wirkung des Produktionsgütersortiments auf den k-Sektor bei der Überwindung der Rückständigkeit ausgehen müssen, was wiederum eine längere Konzentration des Produktionsmittelsektors auf seine eigene Erweiterung ausschließt.

Bevor wir uns nun unter diesen Voraussetzungen mit der Beeinflussung der Wahl der Technik durch die Perspektive einer längeren Unterbeschäftigungsphase auseinandersetzen, ist es notwendig, das Kriterium für die Wahl der Technik im allgemeinen noch mehr zu präzisieren. Da die schnellstmögliche Erreichung des Weltstands, die Wachstumsgeschwindigkeit, nicht nur letzten Endes einer maximalen Konsumgüterproduktion dient, sondern auch selbst jetzt auf einer stetigen Steigerung der Konsumgüterproduktion beruht, liegt es nahe, diejenige Sortimentswahl der Produktionsgüterproduktion für den Konsumsektor als optimal anzusehen, welche die höchste Steigerung der Konsumgüterproduktion unmittelbar bei ihrer Benutzung bringt. Da die Höhe der Konsumgüterproduktion wiederum von der Beschäftigung B_k in diesem Sektor sowie von der Arbeitsproduktivität p_k abhängig ist, sich als Produkt von beiden ($B_k \cdot p_k$) darstellen läßt, wären bei den verschiedenen Techniken zwei Effekte zu unterscheiden: der Effekt auf die Beschäftigung im Konsumgütersektor und der Effekt auf die Arbeitsproduktivität. Die Beschäftigung im Konsumgütersektor im Zeitpunkt $t = 1$ hängt davon ab, wieviel Beschäftigungseinheiten im k-Sektor durch eine Beschäftigungseinheit im Investitionsgütersektor geschaffen werden. Sie hängt ab von dieser Fähigkeit, die wir Beschäftigungseffektivität E nennen wollen, die aber Dobb, dem wir in dem zugrunde liegenden Gedankengang folgen³⁸, als Arbeitsproduktivität des i-Sektors bezeichnet. Diese läßt sich also folgendermaßen definieren:

37 Dobb, Maurice, An Essay on Economic Growth and Planning, a. a. O., S. 31.

38 Ebenda, S. 36.

$$E = \frac{B_{k1} - B_{ko}}{B_{io}},$$

ein Verhältnis, dessen Umkehrung Sen³⁹ als Kapitalintensität bezeichnet. Bei Sen⁴⁰ wird der Zusammenhang noch dadurch vereinfacht, daß er vom Anfang des Akkumulationsprozesses, von der Zeit der ursprünglichen Akkumulation ausgeht. Dann wird nicht nur der Zuwachs der Beschäftigung im Konsumgütersektor, sondern der ganze, bei Sen als modern bezeichnete Sektor durch die Produktion von Produktionsmitteln während des Zeitabschnitts $t=1$ durch die Produktion von Produktionsmitteln im Zeitabschnitt $t=0$ ermöglicht. Es würde also für die Ausgangsposition gelten

$$E = \frac{B_{k1}}{B_{ko}}.$$

Bei all diesen Erwägungen gehen wir davon aus, daß sämtliche Produktionsmittel des i -Sektors in den k -Sektor gehen, und sehen von der physischen Abnutzung der Produktionsmittel ab. Stehen wir also vor einer Sortimentswahl der Produktion in i für k vor der Entscheidung zwischen einer γ - und δ -Technik, so können sich die beiden Techniken dadurch unterscheiden, welche Zahl von Arbeitsplätzen in k bei der jeweiligen Technik die Konzentration von B_i auf diese Technik bringt, also von E , sowie davon, zu welcher unterschiedlichen Arbeitsproduktivität in k beide Techniken führen. Nach der historischen Erfahrung kann man nun annehmen, daß in den meisten, aber keineswegs in allen Fällen E_γ größer ist als E_δ und p_k^γ kleiner als p_k^δ . Die Technik δ wäre dann zu bevorzugen, wenn die Verteuerung durch die höhere Kapitalintensität $\frac{1}{E}$, den höheren Aufwand für einen Arbeitsplatz in k und damit die geringere Beschäftigungseffektivität E durch eine höhere Arbeitsproduktivität in k mehr als ausgeglichen wird. Das ist im Grunde nichts anderes als die den marxistischen Ökonomen wohlbekannteste Feststellung, daß die Einsparungen an lebendiger Arbeit größer sein müssen als der zusätzliche Aufwand an vergegenständlichter Arbeit. Damit kämen wir zu folgender Bedingung, die wir als erste Dobb/Sensche Bedingung für die Wahl der Technik bezeichnen wollen. Danach ist die Technik δ nur dann der Technik γ vorzuziehen, wenn nach Sen⁴¹

39 Sen, Amartya Kumar, a. a. O.

40 Ebenda.

41 Ebenda, S. 23 (Condition 1).

und Dobb⁴², deren Gedanken wir dabei mit anderen Symboliken zusammenfassen,

$$E_{\mathcal{J}} \cdot p_k^{\mathcal{J}} > E_{\mathcal{I}} \cdot p_k^{\mathcal{I}} \quad \text{Bedingung I}$$

Die Verwendung eines griechischen Buchstabens als oberer Index drückt aus, daß mit Hilfe der entsprechenden Technik produziert wird, während seine Verwendung als unterer Index auf die Herstellung der entsprechenden Technik als Produkt hingewiesen wird.

Wir dürfen jedoch bei dem Erfordernis einer starken Akkumulation besonders in einer Phase lang andauernder Unterbeschäftigung die verschiedenen Techniken nicht nur danach bewerten, welche einen Zuwachs an Konsumgüterproduktion sie in der nächsten Zeit bringen, sondern müssen auch danach urteilen, welchen sie auf lange Sicht und deshalb, welche einen Überschuß, \bar{U} , welche eine B_i sie bringen, welche ein Ausmaß von Investitionen sie ermöglichen. Das Überschußkriterium entspricht auch weit mehr dem Ziel des raschen Wachstums, der Überwindung des Rückstandes der Entwicklungsländer. Eine solche Konzentrierung auf den Überschuß, wie sie vor allem von Dobb vertreten wird, müßte dazu führen, daß die Technik \mathcal{J} dann der Technik \mathcal{I} vorgezogen wird, wenn

$$E_{\mathcal{J}} \cdot (p_k^{\mathcal{J}} - 1) > E_{\mathcal{I}} \cdot (p_k^{\mathcal{I}} - 1) \quad \text{Bedingung II}^{43}$$

Analysieren wir nun unter Beachtung dieser Bedingungen, insbesondere der letzten, den Einfluß der Unterbeschäftigung auf die Wahl der Technik, so stoßen wir zunächst auf die Tatsache, daß Dobb, dem wir diese Bedingungen verdanken, und noch mehr übrigens Bettelheim, sich gegen eine solche Beeinflussung, die etwa zur Wahl einer weniger kapitalintensiven Technik führen müßte, wehrte. Dennoch sind solche Folgerungen aus dem Dobbschen System möglich. Zunächst einmal ist theoretisch einleuchtend, daß zwei ganz unterschiedliche, etwa eine \mathcal{I} - oder \mathcal{J} -Technik, dann denselben Überschuß bringen, wenn im Falle der \mathcal{I} -Technik die geringere Arbeitsproduktivität durch die größere Beschäftigungseffektivität ausgeglichen wird; $\frac{p_k}{2} \cdot 2 E$ ist nun einmal

⁴² Dobb, Maurice, Investment in Under-Developed Countries, a. a. O., S. 141 ff.; derselbe, Second Thoughts on Capital-Intensity of Investment, a. a. O., S. 35 ff.; derselbe, An Essay on Economic Growth and Planning, a. a. O., S. 37 ff.

⁴³ Das entspricht der Condition 2 bei Sen, Amartya Kumar, a. a. O., S. 24, sowie den entsprechenden Gedanken bei Dobb.

gleich p_k . E. Liegt aber dieser Fall vor, dann wird man unter den Bedingungen der Unterbeschäftigung im Gegensatz zu den Bedingungen eines Arbeitskräftemangels die weniger kapitalintensive γ -Technik bevorzugen. Nun ist sicherlich eine solche Gleichheit bei völlig unterschiedlichen Techniken nicht objektiv wahrscheinlich. Aber vom Standpunkt der planenden Voraussicht aus gibt es ja immer eine Ungewißheitswolke, die auch die Fälle umfaßt, in denen zwar die Gleichheit des Nutzeffekts beider Techniken sich in eine Ungleichheit verwandelt, aber eine genaue Aussage darüber infolge der Unvollkommenheit der Daten nicht möglich ist. Man kann das vielleicht so formulieren: Objektiv kann es häufig vorkommen, daß der gleiche Nutzeffekt zweier verschiedener Techniken als gleich angenommen werden kann. Um ein Beispiel zu nennen, könnte bei der Erschließung neuer Flächen für die Landwirtschaft durch Bewässerung, Dschungelbeseitigung oder Ausrottung der Tsetsefliege⁴⁴ durchaus der Fall eintreten, daß die Anwendung einer hochmechanisierten Technik auf den neu erschlossenen Flächen einen ebenso großen Überschuß gibt wie die Anwendung einer weniger mechanisierten Technik, da ja viele kleine Überschüsse zu einem ebenso großen oder noch größeren Gesamtüberschuß führen können wie weniger große.

Die Unterbeschäftigung kann aber nicht nur bei gleich erscheinendem Überschuß den Ausschlag geben, sie kann auch zwischen den Überschüssen bei den verschiedenen Techniken in den Entwicklungsländern eine andere Differenz und dementsprechend auch eine andere Präferenz entstehen lassen als in den führenden Industrieländern. Das könnte dann der Fall sein, wenn sie den Lohn l beeinflußt. Inwieweit eine solche Beeinflussung wirklich vorliegt, mag sehr umstritten sein. Zweifellos ist aber, daß der Lohn in solchen Entwicklungsländern außerordentlich niedrig ist, ein Ausgangspunkt, mit dem auch die Planung auf der Grundlage eines nichtkapitalistischen Weges rechnen muß. Die Beeinflussung durch die Unterbeschäftigung wird noch größer, wenn man folgendes beachtet:

Auch dann, wenn die Konsumgüterproduktion bei der Erhöhung der Beschäftigung selbst wächst, kann ihr Wachstum doch für ein gewisses Zeitintervall zurückbleiben. Das wird dann der Fall sein, wenn die Mehrbeschäftigung in ländlichen Industrien erfolgen soll. Die Entwick-

⁴⁴ Popoola, Bode, Die wirtschaftliche Lage bzw. die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in Nigeria während der Kolonialzeit bis 1960, Hausarbeit im Institut für Wirtschaftsgeschichte der Hochschule für Ökonomie, Berlin-Karlshorst.

lung solcher ländlichen Industrien ist auch unter den Bedingungen eines nichtkapitalistischen Weges sogar bei Vorherrschen von Genossenschaften in der Landwirtschaft möglich. Sie öffnen in diesem Fall den Genossenschaften einen Weg zur Mobilisierung ihrer Beschäftigungsreserven, wodurch das genossenschaftliche Einkommen, das Einkommen der Genossenschaftsmitglieder erhöht wird, ohne daß deshalb der in der ländlichen Industrie Arbeitende denselben Lohn erhalten wird wie der städtische Arbeiter. In diesem Fall werden überdies noch zusätzliche Kosten, die bei einer Abwanderung in die Städte, bei einer Verwandlung in städtische Industriearbeiter entstehen würden, für einen gewissen Zeitabschnitt vermieden. In Entwicklungsländern, denen der rasche Weg der Mobilisierung der agrarischen Überschußbevölkerung zwecks Überwindung der Rückständigkeit im Gegensatz zur Sowjetunion nicht möglich ist, bleibt nur der kombinierte Weg, die Beschäftigungsreserven sowohl für den Aufbau einer städtischen Produktionsmittelindustrie als auch einer ländlichen Industrie einzusetzen. In diesem Fall wird aber, was uns für die Wahl der Technik interessiert, durch die Entwicklung der ländlichen Industrie 1 im Sinne des durchschnittlichen Realeinkommens pro Beschäftigungseinheit gesenkt, so daß hier ganz zweifellos auch unter nichtkapitalistischen Bedingungen eine Beeinflussung des Lohns durch Unterbeschäftigung vorliegt. Das ist allerdings hier, entgegen den Dobbschen Voraussetzungen, mit einem unterschiedlichen Einkommen pro Arbeitseinheit in der ländlichen Industrie auf der einen und der städtischen Industrie auf der anderen Seite verbunden.

Der kleinere Betrag von 1 kann dazu führen, daß eine Technik mit einer verhältnismäßig niedrigeren Arbeitsproduktivität, die bei einem höheren Lohn zu überhaupt keinem Überschuß bzw. einem negativen Überschuß führt, bei dem also $p_k - 1 \leq 0$, demgegenüber in den Entwicklungsländern einen Überschuß bringt. Die Unterschiede im Lohn können auch bei der γ -Technik, bei ihrer gewöhnlich höheren Beschäftigungseffektivität in den Entwicklungsländern, im Unterschied zu den führenden Industrieländern, zu einem größeren Überschuß als die δ -Technik führen. Gegen die naheliegende Schlußfolgerung wendet sich Dobb mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, daß die Erhöhung des Überschusses auf Grund des niedrigeren Lohnes in den Entwicklungsländern durch die Senkung des Überschusses auf Grund einer entsprechend niedrigeren Arbeitsproduktivität ausgeglichen wird.⁴⁵ Auf diese Weise kann er-

⁴⁵ Vgl. z. B. Dobb, Maurice, An Essay on Economic Growth and Planning, a. a. O., S. 39 f.; derselbe, Second Thoughts on Capital-Intensity

klärt werden, warum genau dieselben Techniken in Entwicklungsländern und führenden Industrieländern trotz unterschiedlichen Lohnes mit gleichem Ergebnis angewendet werden. Das trifft aber keineswegs auf den erwähnten Fall zu, in dem bei demselben Land die niedrigere Technik - in der ländlichen Industrie - auch mit einem niedrigeren Lohn verbunden war, aber auch sonst trifft es keineswegs immer zu, sondern nur dann, wenn die Arbeitsproduktivität bei der γ -Technik in den Entwicklungsländern im Vergleich zu der Arbeitsproduktivität derselben Technik in den führenden Industrieländern ebenso verringert wird, wie die Arbeitsproduktivität bei der δ -Technik. Da wir diese Frage der unterschiedlichen Arbeitsproduktivität bei gleicher Technik noch berühren, soll darauf hier nicht näher eingegangen werden.

Was den Einfluß des Lohnes aber anbetrifft, so gibt es immerhin neben der Anwendung der gleichen Technik bei verschiedenen Löhnen doch auch die aus der historischen und gegenwärtigen Praxis wohlbekannte Tatsache, daß bei einem höheren Lohnniveau eine weniger arbeitsintensive Technik gewählt wird als bei einem niedrigeren. Bemerkenswert ist weiter, daß Sen, dessen Betrachtungsweise der Dobbschen nahe verwandt ist, zwar ohne eine solche Begründung, doch in einem konkreten Beispiel, nachweist, daß in der indischen Textilindustrie eine solche Wahl der Technik optimal ist, die jener Wahl entspricht, die in Deutschland beim Vorhandensein einer größeren agrarischen Überschussbevölkerung im 19. Jahrhundert getroffen wurde.⁴⁶ Stellt doch Sen fest, daß unter den indischen Bedingungen und dem indischen Lohnniveau die Handweberei nahezu denselben Nutzeffekt hat wie die mechanische Weberei, diese wiederum aber einen weit höheren als die auf dem automatischen Webstuhl beruhende. Das hängt damit zusammen, daß der automatische Webstuhl zwar eine höhere Arbeitsproduktivität, aber dafür eine sehr viel geringere Fondseffektivität und noch geringere Beschäftigungseffektivität unter den dortigen Bedingungen mit sich bringt.

Wie diese und die vorher angeführten Tatsachen zeigen, kann die Unterbeschäftigung in den Entwicklungsländern durchaus dazu führen, daß eine Technik, die in bezug auf Arbeitsproduktivität und Kapitalintensität nicht dem Weltstand entspricht, ökonomisch effektiver ist, höhere Überschüsse, ein höheres Wachstumstempo mit sich bringt und damit der quantitativ-qualitative Weltstand rascher erreicht wird.

of Investment, a. a. O., S. 37 f.

⁴⁶ Sen, Amartya Kumar, a. a. O., Appendix C.

Die Sortimentswahl der d -Technik unter diesen Bedingungen würde also zu keinem positiven, sondern eher zu einem negativen Übersprungungseffekt führen; zumindest aber wäre der positive Übersprungungseffekt bei einer c -Technik höher als bei der d -Technik.

B Die Wirkungen der potentiellen Überschußbevölkerung

Der Einfluß der Unterbeschäftigung auf die Wahl der Technik, die Besonderheiten der Unterbeschäftigungsphase werden noch deutlicher, wenn wir die Technikwahl jetzt unter den Bedingungen prüfen, unter denen die Unterbeschäftigung bereits überwunden ist. Gehen wir in diesem Zusammenhang auf die Grundfragen der technischen Politik in dieser Phase ein.

Die Phase der Vollbeschäftigung unterscheidet sich von der Phase der Unterbeschäftigung in bezug auf die Investitionspolitik insoweit, als jetzt nicht nur die Ausrüstung neuer Werke, sondern auch die Modernisierung alter oder - bescheidener ausgedrückt - die Ablösung alter Ausrüstungen, Produktionsmittel, durch neue in den Vordergrund tritt. Während in der Phase der Unterbeschäftigung die Notwendigkeit besteht, die alten Ausrüstungen, sofern mit ihnen überhaupt mehr produziert wird oder werden kann als ohne sie, in Gang zu halten bzw. in Gang zu setzen, verlangt in der Phase der Vollbeschäftigung das Einströmen moderner Ausrüstungen über den physischen Ersatz hinaus die Stilllegung alter. Anderweitig entsteht ein Arbeitskräftemangel, der mit einer keineswegs optimalen Nutzung der Produktionskapazität verbunden ist. Das entspricht dem volkswirtschaftlichen Ziel der maximalen Steigerung der Produktion, die diese maximale Steigerung des Produktionspotentials (P_{am}), aber nicht nur der materiell-technischen Produktionskapazität (P_a) voraussetzt⁴⁷, wobei ja der Unterschied zwischen beiden darin besteht, daß letzteres das Vorhandensein der erforderlichen Arbeitskräfte einschließt. Das heißt nichts anderes, als daß eine Produktionssteigerung in der Zeit der Vollbeschäftigung größere Investitionen erfordert als in der Zeit der Unterbeschäftigung, weil dazu nicht nur - wie in der ersten Phase - eine Erweiterung von P_a , sondern auch von P_{am} benötigt wird.

Abgesehen von Stilllegungen, Verschrottungen, können - wie bereits bemerkt - auch noch Modernisierungsinvestitionen zwecks Freisetzung

⁴⁷ Mottek, Hans, Zu einigen Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer gesellschaftlichen Bedingungen, a. a. O., S. 183 f. Anm. 5.

der benötigten Arbeitskräfte vorgenommen werden. Auf der anderen Seite müssen auch jetzt Modernisierungsinvestitionen plus Stilllegungen, die wir als Ersatz von Veränderungsfaktoren mit negativem Beschäftigungseffekt bezeichnen wollen⁴⁸, ausbalanciert sein, das heißt mit gleichbleibendem Bevölkerungs- bzw. exaktem Beschäftigungspotential (\mathcal{L}) müssen sich die negativen und positiven Beschäftigungseffekte bei der Gruppen von Veränderungsfaktoren ausgleichen, und zwar um der Erhaltung der Vollbeschäftigung willen.

Die Vollbeschäftigung wird in dieser Phase nämlich zur entscheidenden Nebenbedingung, die bei der Verwirklichung der Zielfunktion - Maximierung des Wachstumstempos, des Produktionszuwachses auf lange Sicht - in Betracht gezogen werden muß. Das gilt jedenfalls für alle Länder, die durch die Industrialisierung die Beschäftigungsreserven mobilisiert haben und in denen sozialistische Produktionsweisen bzw. Übergangsverhältnisse zum Sozialismus herrschen. Wenn wir berücksichtigen, daß in allen sozialistischen Ländern die Zielfunktion der Volkswirtschaftsplanung, ohne Berücksichtigung des physischen Ersatzes der Produktionsmittel, die maximale Steigerungsrate der Produktion war und mit Berücksichtigung dieses Ersatzes die maximale Steigerung des Nationaleinkommens, so macht die Nebenbedingung Vollbeschäftigung, wenn man dieselbe Bedingung für die maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität stellt, entgegen dem Schein, beide Kriterien, Steigerung der Gesamtproduktion und Steigerung der Arbeitsproduktivität, identisch.⁴⁹ Setzen wir \mathcal{L} für das Beschäftigungspotential und B für die Beschäftigung, so lautet die Bedingung bei beiden Kriterien

$$B = \mathcal{L}.$$

48 Ebenda, S. 202 ff.

49 Das setzt allerdings voraus, daß wir den Gebrauchswert der Produktionsmittel bei der Messung des Produktionsumfangs berücksichtigen, was in der Praxis der sozialistischen Länder in gewissem Umfange geschieht. Die konsequente Lösung, die Dobb bietet, schließt jedoch die Berücksichtigung des Gebrauchswertes aus; denn bei Dobb ist die Arbeitsproduktivität im i-Sektor gleich dem, was wir als E bezeichnet haben, und dementsprechend wäre die Produktionsmittelproduktion gleich $B \cdot p_i$ oder $B \cdot E_i$, eine Qualitätserhöhung der Produktionsmittel durch technischen Fortschritt oder die sonstige Veränderung des Sortiments würde nach dieser Messung zu keiner Erhöhung der Produktionsmittelproduktion, ja könnte sogar zu ihrer Senkung führen. In der sozialistischen Praxis wäre eine solche Messung unbrauchbar, ebenso aber auch eine Methode, die die gesamte Gebrauchswertenerhöhung durch technischen Fortschritt der Produktionsgüterindustrie zugute kommen läßt. Darum setzt sich hier die sogenannte Nutzensteilung zwischen Abnehmer und Produzenten durch.

Nehmen wir dieses Potential zunächst als konstant an, dann kann das Wachstum der Produktion nicht größer sein als das der Arbeitsproduktivität, es darf aber, um eine Verletzung der Bedingung $B = \mathcal{L}$ zu vermeiden, auch nicht kleiner sein.⁵⁰

Es muß - da mit B konstant $\frac{dB}{dt} = 0$ - gelten

$$\frac{\frac{dP}{dt}}{P} = \frac{\frac{d(p \cdot B)}{dt}}{p \cdot B} = \frac{p \cdot \frac{dB}{dt} + B \cdot \frac{dp}{dt}}{p \cdot B} = \frac{\frac{dp}{dt}}{p} \quad (6)$$

Nehmen wir aber \mathcal{L} nicht mehr als konstant, sondern als zunehmend an, was der Realität mehr entspricht, kann die Produktion wohl rascher wachsen als die Produktivität und muß es zur Aufrechterhaltung der Bedingung $B = \mathcal{L}$ sogar tun; das gilt, da jetzt also

$$\frac{dB}{dt} = \frac{d\mathcal{L}}{dt} > 0$$

$$\frac{\frac{dP}{dt}}{P} = \frac{\frac{d(p \cdot B)}{dt}}{p \cdot B} = \frac{p \cdot \frac{dB}{dt} + B \cdot \frac{dp}{dt}}{p \cdot B} = \frac{\frac{dB}{dt}}{B} + \frac{\frac{dp}{dt}}{p} =$$

$$\frac{\frac{d\mathcal{L}}{dt}}{\mathcal{L}} + \frac{\frac{dp}{dt}}{p} > \frac{\frac{dp}{dt}}{p}$$

Solange also $B = \mathcal{L}$ ist, muß der Produktionszuwachs entweder gleich dem Produktivitätszuwachs oder um genau soviel wie die relative Zunahme des Beschäftigungspotentials größer als der Produktionszuwachs sein. Es ist also bei der genannten Nebenbedingung gleichgültig, ob wir von der Maximierung der Produktion oder der Produktivität als Wachstumskriterium ausgehen.

Warum ist aber in allen sozialistischen Industrieländern die Einhaltung der Bedingung $B = \mathcal{L}$, die Erhaltung der Vollbeschäftigung notwendig? Von einer solchen Notwendigkeit auszugehen, mag um so merkwürdiger erscheinen, als wir bei der Analyse der Unterbeschäftigungsphase keinesfalls von einer ähnlichen Nebenbedingung bzw. Zielfunktion ausgegangen sind. Zur Klärung dieser Frage sind einige Bemerkungen über die soziale Bedeutung der Unterbeschäftigung im all-

50 Mottek, Hans, Zu einigen Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer gesellschaftlichen Bedingungen, a. a. O., S. 201, Gleichung (1).

gemeinen und in den Entwicklungsländern notwendig. Zunächst ist aber festzustellen, daß die Unterbeschäftigung, die Kurzarbeit und die Arbeitslosigkeit - wie auch die geschichtliche Erfahrung zeigt - mehrere Seiten haben, die darin bestehen, daß ein Teil der Bevölkerung zu wenig verdient, obwohl er bei mehr Arbeitsgelegenheit durch Mehrarbeit oder durch Arbeit überhaupt mehr verdienen möchte; daß selbst für die beschäftigten Arbeiter zu geringe Sicherheit des Arbeitsplatzes vorhanden ist, daß Müßiggang erzwungen wird, "zuwenig zu tun" ist.

Diese Faktoren gelten auch für die Entwicklungsländer, allerdings mit folgender Einschränkung:

Soweit die Unterbeschäftigung die Form der agrarischen Überschußbevölkerung annimmt, handelt es sich hierbei überwiegend um Kurzarbeit und nicht um eigentliche Arbeitslosigkeit.⁵¹ Das zeigt sich zum Beispiel darin, daß Bauernfamilien die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten auf mehr Personen verteilen, als sie es unter anderen Bedingungen tun würden, so daß die Arbeitskraft der einzelnen Mitglieder der Bauernfamilien nicht voll ausgelastet ist. Die agrarische Überbevölkerung ist also nicht mit der Arbeitslosigkeit, wie wir sie von der Entwicklung des Kapitalismus in den führenden Ländern her kennen, identisch.

Durch diese Einschränkung wird ein Teil der genannten sozialen Wirkungen der Unterbeschäftigung gemindert. Auf der anderen Seite steht in diesen Ländern unter den Bedingungen eines sehr niedrigen Lebensstandards die Unterernährung und nicht die Unterbeschäftigung im Vordergrund. Schließlich ist der Umfang der agrarischen Überschußbevölkerung so groß, daß er unter bestimmten bereits angeführten Bedingungen nicht in kurzer Zeit überwunden werden kann.

Aus all diesen Gründen wird mit Recht von den meisten fortschrittlichen Wissenschaftlern, die sich mit dieser Problematik auseinandersetzen, betont, daß in diesen Ländern die Vollbeschäftigung nicht die unmittelbare Hauptaufgabe und dementsprechend auch nicht eine unbedingt einzuhaltende Nebenbedingung der anders gearteten Zielfunktion der Volkswirtschaft darstellen kann. Diese Situation muß sich aber ändern, wenn durch Industrialisierung die Unterbeschäftigung überwunden wird. Wenn also eine solche Industrie geschaffen ist, entsteht in den Entwicklungsländern eine Situation, die derjenigen der soziali-

51 Sen, Amartya Kumar, a. a. O., Kap. 1, insbes. S. 13 f.

stischen Industrieländer ähnelt. Es gelten damit auch für sie jene Argumente, die die sozialistischen Industrieländer veranlassen, die Erhaltung der Vollbeschäftigung als Nebenbedingung für die Verwirklichung der Zielfunktion der Volkswirtschaft zu stellen. Für diese Haltung der sozialistischen Industrieländer aber gibt es entscheidende politische Gründe: Die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Industrieländern hat immer um die Vollbeschäftigung, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit gerungen, und es ist dem Druck der Arbeiterklasse, dem Druck des sozialistischen Lagers zu verdanken, wenn in den führenden kapitalistischen Ländern seit dem zweiten Weltkrieg die Vollbeschäftigung als offizielles Ziel der Wirtschaftspolitik deklariert wird, wenn die Staaten gezwungen werden, Maßnahmen zur Förderung der Vollbeschäftigung zu erlassen, obwohl die Vollbeschäftigung nicht im unmittelbaren Interesse der monopolistischen Herrschaftsschicht liegt, ihre Herrschaft sogar in bedeutendem Maße erschwert.⁵² Die Vollbeschäftigung ergibt sich aber auch in den sozialistischen Industrieländern nicht spontan, sondern als Ergebnis einer diese Bedingung bewußt berücksichtigenden Wirtschaftspolitik. Allerdings gibt es für die sozialistischen Industrieländer die Möglichkeit, auf Arbeitskräfteersparnis durch Automatisierung nicht durch Schaffung von Arbeitsplätzen zu antworten, sondern durch Verringerung der Arbeitszeit. Diese Variante ist jedoch dann nicht erstrebenswert, wenn den gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnissen eine erhöhte Produktion mehr entspricht, wenn die Werktätigen es vorziehen, in derselben Arbeitszeit mehr Konsumgüter zu produzieren, um einen höheren Reallohn zu erhalten, als ihre Freizeit zu vergrößern.

Die technische Investitionspolitik in der Phase der Vollbeschäftigung oder, exakter gesagt, in der Phase der "Industrialisierungs-Vollbeschäftigung", kann also das Verbot der Verschrottung von Ausrüstungen vor ihrem physischen Verschleiß nur insoweit aufheben und die alte Technik, wenn man von der Arbeitszeitverkürzung absieht, nur dann aufgeben, die betreffenden Betriebe nur dann schließen, die betreffenden Maschinen nur dann verschrotten, wenn genügend neue Technik da ist, um die freigesetzten Arbeiter zu beschäftigen. Die Entwicklung im Kapitalismus zum Zeitalter der industriellen Revolution und Industrialisierung ist demgegenüber gerade dadurch gekennzeichnet,

52 Aus diesem Grunde häufen sich allerdings auch die Angriffe von seiten der herrschenden Klasse in den kapitalistischen Ländern Westeuropas gegen die Vollbeschäftigung, wobei man selbst vor dem Anfachen künstlicher Krisen nicht zurückschreckt.

daß die alte Technik früher verschwindet als Arbeitsplätze in der neuen Technik in hinreichendem Maße bestehen. Während der Entwicklung des Kapitalismus war es gewöhnlich so, daß die alte Technik während der absteigenden Phase des Zyklus ausgeschaltet bzw. zurückgedrängt wurde⁵³, ohne daß durch eine entsprechende Steigerung der Produktion in derselben Zeit die freigesetzten Arbeiter absorbiert wurden. Die absteigende Phase des Zyklus kennt also eine Steigerung der Arbeitsproduktivität bei sinkender, stagnierender oder zumindestens hinter der Produktivitätsbewegung zurückbleibender Produktion. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts wurde nur selten, und dann nur auf dem Höhepunkt der Konjunktur, die alte Technik deshalb aufgegeben, weil Arbeitskräftemangel bestand, weil die Betriebe mit einer neuen Technik die knappen Arbeitskräfte den Betrieben mit alter Technik entzogen. Das hat sich seit der Mitte des 20. Jahrhunderts insoweit geändert, als die erzwungene Vollbeschäftigung den letzteren Weg der Überwindung der alten Technik in den Vordergrund stellte, wobei wir auf der anderen Seite in den USA eine "technische" Arbeitslosigkeit sogar während der Hochkonjunktur haben. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, daß im 19. Jahrhundert eine Steigerung der Produktivität auch dann sehr häufig mit einer zurückbleibenden Produktion, also mit einer Freisetzung von Arbeitskräften verbunden war, wenn die technische Produktionskapazität ebenso stieg wie die Produktivität. Das war vor allen Dingen in der Textilindustrie insoweit der Fall, als das Anwachsen ihrer Produktionskapazität im nationalen und internationalen Maßstab hinter dem Anwachsen der Rohstoffgrundlage, also der Kapazität der internationalen Landwirtschaft in bezug auf Baumwolle, Wolle, Flachs usw., zurückblieb. Das pflegte sich dann in einer Preisschere zwischen den Rohstoffpreisen und den Fertigprodukten zu zeigen, welche die Textilbetriebe mit einer niedrigen Technik zum Schließen bzw. zu einer technischen Politik, die die Produktivitätssteigerung vor die Produktionssteigerung stellte, zwang. Diese Disproportionen hatten also eine Vergeudung der Produktivkraft Mensch zur Folge. Auch die sozialistische Wirtschaft ist nicht automatisch vor solchen Disproportionen geschützt, sondern kann diese nur durch bewußte und weit-schauende Planung, also vor allem durch die Verhinderung von Dispro-

53 Mottek, Hans, Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960, S. 14 = Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Hochschule für Ökonomie, Bd. 1; derselbe, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2, a. a. O., S. 75; derselbe, Die Gründerkrise, a. a. O., S. 96 - 105.

portionen zwischen Landwirtschaft und Industrie, vermeiden. Dabei kommt ihr zugute, daß die moderne Chemie die Landwirtschaft von ihrer Rolle als Lieferant für die verarbeitende Industrie in immer stärkerem Maße befreit. Wir konnten also feststellen, daß der Beschäftigungseffekt gewählter Techniken auch bei Beseitigung der vorhandenen Überschußbevölkerung zu berücksichtigen ist, ja, wenn man sich daran erinnert, daß die notwendige Nebenbedingung der Vollbeschäftigung in der Phase der Unterbeschäftigung noch nicht besteht, dann kommen wir zu dem, was wir als zweites Paradoxon der Wahl der Technik bezeichnen können: Die Sicherung von Arbeitsplätzen spielt bei der Wahl der Technik in der Phase der Vollbeschäftigung in bestimmter Hinsicht eine größere Rolle als in der Phase der Unterbeschäftigung. Es ist eben nicht nur die aktuelle, sondern auch die "potentielle Überschußbevölkerung" von der sozialistischen Planung zu berücksichtigen, diejenige Überschußbevölkerung, die durch die technischen Veränderungen herbeigeführt werden kann.

Auch in fortgeschrittenen Industrieländern zeigt sich diese Tatsache darin, daß bei Einführung von in außerordentlich hohem Maße arbeits-sparender Technik (Automation, Kybernetisierung) ein komplementärer Effekt durch das Wachstum der Beschäftigung in überdurchschnittlich arbeitsintensiven Techniken (Dienstleistungsbetrieben) eintritt. Jedoch können schwächer entwickelte Länder diesen Weg nicht ohne weiteres gehen. Da ihr Lebensstandard wesentlich geringer ist als in den führenden Industrieländern, steht bei ihnen doch bei Erhöhung des Lebensstandards nicht die Erweiterung der Dienstleistungen, sondern die der Konsumtion von elementaren, stofflichen Gütern im Vordergrund. Es entspräche nicht ihren Interessen, wenn sie durch eine bestimmte Wahl der Technik zu einer vorfristigen Erweiterung des Dienstleistungssektors gezwungen werden, der bei ihnen ohnehin häufig schon zu groß ist. Unter diesen Bedingungen verlangt, soweit eine wesentliche Herabsetzung der Arbeitszeit aus denselben Gründen nicht in Betracht kommt, jede Automatisierungsinvestition einen außerordentlichen Aufwand an kostspieligen Komplementärinvestitionen mit positivem Beschäftigungseffekt. Diese Feststellung gilt allerdings in vollem Umfange nur, wenn die Automatisierungsinvestitionen vorhandene Technik ersetzen bzw. den Bedienungsaufwand vorhandener Ausrüstungen herabsetzen. Das Erfordernis der Vollbeschäftigung beeinflußt eben vor allem den Gebrauchswert der vorhandenen Produktionsmittel, den Zeitpunkt ihres moralischen Verschleißes und weniger den Gebrauchswert der im geplanten Sortiment herzustellenden Produktionsmittel. Letztere beeinflußt

er nur dann, wenn physisch verschlissene Produktionsmittel durch neue ersetzt werden, die eine geringere Anzahl von Arbeitskräften erfordern. Sehen wir von solchen Ersatzinvestitionen ab und berücksichtigen wir nur die Neuschaffung von Produktionskapazitäten, so ist damit immer ein positiver Beschäftigungseffekt verbunden.

Diese Feststellungen reichen wiederum nur aus, wenn wir auch das Bevölkerungswachstum außer acht lassen, das ja in fast allen Entwicklungsländern außerordentlich großen Umfang angenommen hat und das auch in manchen sozialistischen Industrieländern eine bedeutende Rolle spielt. Dieses Bevölkerungswachstum bedeutet bei Vollbeschäftigung nichts anderes als eine potentielle Überschußbevölkerung; es bedeutet, daß die Notwendigkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen durch neue Produktionsmittel nicht nur bei physischem Verschleiß entsteht.⁵⁴ Sicherlich ist hier der erste sich anbietende Ausweg bei beschränkter Akkumulationsquote, bei beschränkter Möglichkeit der Versorgung mit neuen Produktionsmitteln, den moralischen Verschleiß zu minimieren und den Gebrauchswert der vorhandenen Produktionsmittel zu erhöhen. Aber insofern Bevölkerungswachstum und physischer Verschleiß zu groß bzw. die Akkumulationsmöglichkeiten zu gering sind, liegt es nahe, die zusätzlichen Arbeitskräfte mit einer arbeitsintensiveren Technik zu beschäftigen. Das kann aber bedeuten, daß auch bei Neuausrüstungen nicht die modernste arbeitssparendste Technik gewählt wird. Das wird besonders dann der Fall sein, wenn die Investitionen in "natürlich" arbeitsintensiven Zweigen nicht der Rangordnung der Bedürfnisse entsprechen, sondern wenn diese Rangordnung Güter verlangt, für die der in-

54 Dafür, daß dieses Problem in der Sowjetunion und in einigen volksdemokratischen Ländern eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt, zwei Beispiele: Bei *Schatalin, S.*, Die Proportionen der wirtschaftlichen Entwicklung und der ökonomische Nutzeffekt der gesellschaftlichen Produktion, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, H. 7/1965, insbes. S. 694, heißt es: "Mangelt es an Arbeitskräften, so erhält bei sonst gleichen Bedingungen die 'fondsintensive' Variante den Vorzug; ist dagegen ein Arbeitskräfteüberhang vorhanden, so ist die andere Variante zu wählen. Für einzelne Gebiete der UdSSR ist gegenwärtig gerade diese Situation kennzeichnend. Deshalb besteht eine wichtige Aufgabe darin, die Fondsintensität der Produktion zu senken und den Wirkungsgrad der Investitionen zu heben." Bei *Todorow, Stanko*, Die Aufgaben des Maschinenbaus in Bulgarien, in: Internationale Arbeiterbewegung, H. 14/1965, S. 10, heißt es: "Die vorgezeichnete Entwicklung der Elektronik und des Gerätebaus ist deshalb notwendig, weil ihre Produktion einen hohen Nutzeffekt aufweist. Die Herstellung von Geräten und Apparaturen ist relativ wenig material-, dafür aber äußerst arbeitsaufwendig. Das ist sehr vorteilhaft, um bei uns das Beschäftigungsproblem zu lösen."

ternationale technische Stand eine sehr kapitalintensive Technik fordert, die aber unter Benutzung einer weniger kapitalintensiven Technik in höherem Maße produziert werden können.

C Die Wirkungen des vorhandenen Niveaus der Produktivkräfte auf die Technikwahl auch ohne Berücksichtigung der Überschußbevölkerung

Aber auch ohne Berücksichtigung der tatsächlichen und potentiellen Überschußbevölkerung wird die Wahl der Technik als Festlegung des Produktionsgütersortiments in den Entwicklungsländern durch eine Reihe besonderer Faktoren beeinflusst. Sie wirken, wenn wir wiederum nur die Wahl des Produktionsgütersortiments für den Konsumgütersektor betrachten, auf die Arbeitsproduktivität beim Gebrauch der gewählten Techniken. Deshalb brauchen die oben erwähnten Dobb/Senschen Bedingungen I und II, auch wenn wir zunächst nur p_k betrachten, deshalb nicht erfüllt zu sein, weil sie in den führenden Industrieländern erfüllt sind. Ergibt sich doch aus den genannten Bedingungen, daß der positive Wert, vor allem aber die Größe der Differenz, $p_k^d - p_k^f$, für die Bevorzugung der d -Technik entscheidend ist. Die unterschiedlichen Bedingungen können, wie die historischen und aktuellen Erfahrungen zeigen, tatsächlich die Produktivitätsdifferenzen beim Gebrauch unterschiedlicher Techniken ändern. Diese Differenzen können also in den Entwicklungsländern stark von den entsprechenden Differenzen in den führenden Industrieländern abweichen.⁵⁵ Das muß sich auf die Wahl der Technik jedenfalls dann auswirken, wenn die im Vergleich zu den führenden Industrieländern niedrigere Produktivität bei der Ausnutzung der modernen Technik nicht durch den niedrigeren Lohn kompensiert wird, wovon anscheinend - wie bereits erwähnt - Dobb ausgeht. Die Faktoren, welche die produktivitätssteigernden Wirkungen der d -Technik vermindern, bestehen im Zurückbleiben der Qualifizierung, im Zurückbleiben der Infrastruktur, der Organisation einschließlich der arbeitsteiligen Kooperation und nicht zuletzt des Marktes, wozu noch die Bedingungen der Reproduktion der Arbeitskraft, der materiellen Anreize kommen.

Fassen wir diese Ursachen zusammen, so können wir sagen, daß sie alle darauf beruhen, daß der Übergang zur modernsten Technik nur dann voll

⁵⁵ Vgl. dazu auch *Dobrska, Zofia*, a. a. O., S. 1256 ff., die sich um die Untersuchung anderer Faktoren als der Überschußbevölkerung für die Technikwahl in den Entwicklungsländern bedeutende Verdienste erworben hat. Ihre These besteht vor allem darin, daß die Kapitalkosten ein und derselben Technik in den Entwicklungsländern allgemein höher sind.

effektiv sein kann, wenn er durch bestimmte komplementäre Veränderungen in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft ergänzt wird. Dieses Zurückbleiben der Veränderungen bei der Wahl der modernsten Technik ist zum großen Teil notwendig. Es ist zum Beispiel wesentlich rascher möglich, δ -Technik zu produzieren bzw. zu importieren, als die dafür notwendigen Kader zu qualifizieren. Außerdem kann eine Qualifizierung im Arbeitsprozeß selbst bei der Benutzung einer δ -Technik effektiver sein. Eine ähnliche Notwendigkeit besteht auch beim Markt. δ -Technik erfordert in vielen Fällen eine Losgröße und dementsprechend einen Betriebsumfang, der durch das Entwicklungsbedarfsniveau der betreffenden Länder noch nicht gerechtfertigt ist.⁵⁶ Allerdings kann dieser Mangel durch ökonomischen Zusammenschluß mehrerer Nationalstaaten bzw. Zusammenarbeit mit sozialistischen Ländern behoben bzw. gemildert werden.

Daß fehlende Komplementarität die Einführung der modernsten Technik in der Vergangenheit gehindert hat, wissen wir zum Beispiel aus der Geschichte der deutschen oder auch der indischen Textilindustrie. Dort war zwar die Produktivität bei der β -Technik, der Handarbeitstechnik, im Vergleich zu England keineswegs geringer.

Anders aber war es bei der γ -Technik, der ersten Stufe der Mechanisierung. Hier war die Produktivitätssteigerung durch Anwendung der γ -Technik für längere Zeit geringer. Diese historische Erfahrung entspricht einer Feststellung, die Z. Dobrska für die Gegenwart macht. Dabei bezieht sie sich allerdings nur auf den Vergleich zwischen dem, was wir β - und γ -Technik genannt haben, sieht aber keine zusätzlichen Schwierigkeiten beim Übergang zur δ -Technik.⁵⁷ Für die gegenwärtigen Entwicklungsländer wird allerdings behauptet, daß zumindest ein hoher Grad der Mechanisierung, eine größere Regelmäßigkeit, eine größere Disziplin, ein gleichmäßigeres Arbeitstempo erzwingen und deshalb der Produktivitätsunterschied zwischen beiden Gruppen von Ländern bei hoher Mechanisierung geringer werde.⁵⁸ Es bedarf jedoch einer sorgfältigen

56 Darauf verweist besonders *Nurkse, Ragnar*, Problems of Capital Formation in underdeveloped Countries, a. a. O., vgl. S. 11 ff., insbes. S. 18.

57 Vgl. *Dobrska, Zofia*, a. a. O., S. 1257. - Gegen diese Ansicht Dobrskas gibt es insoweit Bedenken, als die Arbeiten, die z. B. bei automatischen Webstühlen notwendig sind, zu denen am Handwebstuhl eben doch einen größeren qualitativen Abstand aufweisen, als die Arbeiten am mechanischen Webstuhl, was durch die historischen Erfahrungen bestätigt wird.

58 Das ist jedenfalls dann der Fall, wenn bei der Mechanisierung das Produktionstempo durch die Maschine bestimmt wird. Das betont insbesondere *Hirschman, Albert O.*, a. a. O., S. 145 f.

Nachprüfung, inwieweit dieses Argument, das gegebenenfalls für die sofortige Anwendung der δ -Technik sprechen könnte, wirklich in den konkreten Bedingungen des betreffenden Landes begründet ist. Man muß hierbei beachten, daß auch, insoweit das Produktionstempo durch die Maschine bestimmt wird, eine Produktivitätsdifferenz bei komplizierter Technik zu Ungunsten des Entwicklungslandes durch Stillstandszeiten entstehen kann, durch ungenügende Möglichkeiten zur Instandhaltung und zu Reparaturen.⁵⁹

Die Arbeitsproduktivität im Produktionsgütersektor oder, in unserer Darstellung der Dobb/Senschen Bedingungen, die Beschäftigungseffektivität E , wird zum Teil durch ähnliche Faktoren wie p_k und in derselben Richtung verringert. Und während diese Verringerung bei dem Gebrauch der δ -Technik, bei dem Gebrauch einer komplizierteren Technik größer ist als bei der γ - und β -Technik, also bei dem Gebrauch einer einfacheren Technik, so ist entsprechend auch die Verringerung von E bei der Produktion einer komplizierteren Technik größer als bei der Produktion einer einfacheren Technik. Oder mit anderen Worten: Die Verringerung der Beschäftigungseffektivität E , mit der gewöhnlich der Übergang zu einer höheren Technik, mit höherer p_k , erkaufte wird, ist in den Entwicklungsländern insoweit stärker, als es schwerer ist, eine komplizierte Technik zu produzieren, während der Import von Produktionsmitteln auch zur raschen Überwindung des β -Niveaus, zur raschen Industrialisierung nicht ausreicht.⁶⁰

Zur Präzisierung dieses Tatbestandes empfiehlt es sich, die Dobb/Senschen Bedingungen neu zu formulieren. Dabei soll die höhere Stelle β, γ, δ für eine größere ökonomische Effektivität in den führenden Industrieländern stehen. Wir müssen jedoch berücksichtigen, daß die Annahme von nur drei Stufen, β, γ, δ , eine weitgehende Vereinfachung darstellt. In der historisch-ökonomischen Wirklichkeit ist die Anzahl der Stufen und ebenso die Anzahl der für die Entwicklungsländer zur Auswahl stehenden Techniken wesentlich größer. Um das auszudrücken,

59 Ebenda, S. 40 - 43.

60 Auch diese Erwägung lehnt Dobrska mit dem Hinweis auf Erfahrungen in Indien und Brasilien "in den wenigen rückständigen Ländern, in denen Kapitalausrüstungen produziert werden", ab. *Dobrska, Zofia*, a. a. O., S. 1257. Es muß aber bezweifelt werden, ob in diesen Ländern wirklich überwiegend Produktionsmittel im δ -Niveau produziert werden. Für das Gegenteil spricht eine an einer anderen Stelle der vorliegenden Arbeit erwähnte Notiz über Indien, wonach die Schwierigkeiten zur Erzeugung komplizierter, modernster Produktionsmittel in Indien doch größer zu sein scheinen als die Schwierigkeiten bei der Produktion einfacher Produktionsmittel. Allerdings handelt es sich hierbei um Werkzeugmaschinen.

empfiehlt es sich, die einzelnen Techniken mit $x_1, x_2, x_3 \dots$ zu bezeichnen, wobei der höhere Index auf eine höhere Stufe hinweisen soll. Drücken wir die Maßzahlen der Effektivität durch F^β, F^γ und F^δ aus, so gilt für die führenden Industrieländer

$$F^\beta \ll F^\gamma \ll F^\delta$$

oder ganz allgemein

$$F^1 \ll F^2 \ll F^3 \ll F^4 \ll \dots$$

Bezeichnen wir nun die Veränderungskoeffizienten, um die sich die Größen

$$E, p_k, 1$$

in den Entwicklungsländern verringern bzw. auch erhöhen, mit

$$q_e, q_p, q_1$$

und drücken wir weiterhin die unterschiedliche Verringerung bei den verschiedenen Techniken durch einen zweiten Index aus, so stellen wir die Veränderungskoeffizienten folgendermaßen dar:

$$q_{e\beta} \quad q_{e\gamma} \quad q_{e\delta}$$

$$q_{p\beta} \quad q_{p\gamma} \quad q_{p\delta}$$

$$q_{1\beta} \quad q_{1\gamma} \quad q_{1\delta}$$

Insoweit wir aber nach den Dobbschen Bedingungen entgegen den realen Tatbeständen und entgegen unseren Feststellungen über die ländliche Industrie in den Entwicklungsländern den Lohn unter den unterschiedlichen Techniken als gleichbleibend ansehen, können wir bei den entsprechenden q -Werten auf die zweite Indexstelle verzichten. Damit können wir folgende Bedingungen, die wir als modifizierte Dobb/Sensche Bedingungen bezeichnen wollen, formulieren:

Die Technik δ ist in den Entwicklungsländern nur dann der Technik γ vorzuziehen, wenn die folgende

Erste modifizierte Dobb/Sensche Bedingung

$$\frac{E_\delta^+}{q_{e\delta}} \cdot \frac{p_k^{\delta}}{q_{p\delta}} > \frac{E_\gamma^+}{q_{e\gamma}} \cdot \frac{p_k^{\gamma}}{q_{p\gamma}}$$

gilt, wobei die Sterne andeuten sollen, daß es sich um die Größen in den führenden Industrieländern handelt.

Wenn wir gleichen Lohn bei unterschiedlichen Techniken voraussetzen, lautet die

$$\frac{E_{\sigma}^+}{q_{e\sigma}} \cdot \left(\frac{p_k^+}{q_{p\sigma}} - \frac{1^+}{q_1} \right) > \frac{E_{\gamma}^+}{q_{e\gamma}} \cdot \left(\frac{p_k^+}{q_{p\gamma}} - \frac{1^+}{q_1} \right)$$

Die Verminderung von E in den Entwicklungsländern bei der Produktion einer bestimmten Technik, also von q_e , ist aber nicht nur - wie wir bisher erörtert haben - von ähnlichen Faktoren, wie die Veränderung von p_k , also q_p , bestimmt.

Die Verminderung, die entsprechende q-Größe, wird in den Entwicklungsländern auch aus anderen Gründen erheblich verstärkt. Diese Gründe hängen von Faktoren ab, die von der Wahl der Technik nicht beeinflusst werden, sondern bei dieser Wahl bereits als Erbschaft der Vergangenheit vorgefunden werden, nämlich den vorhandenen "Ausrüstungen". Es geht hier also um die Komplementarität der zu produzierenden Technik zu der Technik, mit der man produziert.

Auf dieses Problem, also die unterschiedlichen Bedingungen, die in der vorgefundenen Produktionstechnik, im vorgefundenen Produktionsapparat für die Herstellung der Produktionsmittel bestehen, soll hier näher eingegangen werden, wobei wir unsere Betrachtungen aber keineswegs auf die Produktion von Produktionsmitteln für den Konsumgütersektor beschränken wollen. Dabei wird Ausgangspunkt unserer Überlegungen eine Tatsache bilden, auf die wir bereits als Argument gegen die Anwendung primitiver Techniken gestoßen sind. Wird doch die Wahl der Technik als Sortimentsauswahl der Produktionsgüterproduktion dadurch begrenzt, daß man nicht mit jeder Technik jede Technik herstellen kann, mit der Handarbeitstechnik nicht unmittelbar alle modernen Ausrüstungen. Das ist vor allem dann der Fall, wenn diese Herstellung einen besonderen Genauigkeitsgrad verlangt. Dasselbe tritt dann ein, wenn zwar die Herstellung der modernsten Technik mit Hilfe der primitiven nicht unmöglich, aber zumindest unwirtschaftlich ist. In all diesen Fällen besteht ein Zwang, Zwischenstufen einzuschieben, das heißt neue Technik zwischen die alte und die neueste Technik zu schieben. Damit fällt der Wahl der Technik in dieser Situation die entscheidende Funktion zu, die unmittelbar zu erreichende nächste Stufe herauszufinden, vor allem herauszufinden, wann die Effektivität der Herstellung der neuen Technik durch die alte Technik geringer und das Einschleiben von Zwischenstufen vorzuziehen

ist. Insgesamt kann man wohl sagen, daß die Effektivität um so geringer ist, je weiter die alte Technik von der neuen Technik entfernt ist, je größer die Entfernung ist zwischen der Technik, mit der man produziert, und der Technik, die man produziert. Wir kommen dabei auf das Problem zurück, mit dem wir begonnen haben. Einerseits ermöglicht es der Import von Informationen über die neueste Technik dem Produzenten, insbesondere auch den Sektor i_{II} früherer Stufen zu überspringen, also nicht in der gesamten Entwicklung der Produktionsmittel die Technikgeschichte der führenden Länder seit Beginn des Zeitalters der industriellen Revolution zu wiederholen. Dadurch entsteht eben das, was an anderer Stelle ein positiver Übersprungungseffekt genannt wurde. Und an diesen denkt man vielfach in den Entwicklungsländern, und man spricht in dieser Hinsicht auch, unter Hinweis auf die Erfahrungen Deutschlands, von einem gewissen Vorteil des Späterkommens.⁶¹ Auf der anderen Seite kann aber, wie wir eben gesehen haben, das Überspringen infolge primitiver Ausrüstungen für die Herstellung von Produktionsmitteln sogar dann, wenn es technologisch möglich ist, vom ökonomischen Standpunkt aus nicht zu einer Beschleunigung, sondern zu einer Verlangsamung des Entwicklungstempos führen. In diesem Falle läge ein besonders anschauliches Beispiel für das vor, was wir an anderer Stelle bereits einen negativen Übersprungungseffekt genannt haben.

Das Problem des Überspringens und der Ausrüstungen zur Herstellung von Produktionsmitteln, das Problem der technischen Zwischenstufen hat tatsächlich, wenn auch unter den kapitalistischen Bedingungen, in der deutschen Wirtschaftsgeschichte eine Rolle gespielt. Dort gab es, wie oft ausgeführt wird, ein Überspringen technischer Stufen, jedoch war der technische Abstand zu den damals führenden Ländern keineswegs so groß wie in manchen der heutigen Entwicklungsländer. Beim Überspringen technischer Zwischenstufen spielte auch in Deutschland der Informationsimport eine Rolle. Einen solchen Informationsimport gab es zum Beispiel in Deutschland am Beginn der Vorbereitungsperiode der industriellen Revolution, als das Wissen von neuen Textil- und Dampfmaschinen Englands die Produktion dieser Maschinen in Deutschland selbst erreichte. Man brauchte nicht zu warten, bis die Erfindungen in Deutschland selbst gemacht wurden. Man muß hierbei beachten, daß es sich nicht um die Kenntnis einer neuen Technologie zur Herstellung eines Gegenstandes handelte, sondern um das Wissen über die Beschaf-

fenheit des Gegenstandes, also der Maschine selbst. Durch dieses Wissen vermochten die deutschen Werkzeugbauer auf der Grundlage der alten Handarbeitstechnik wesentlich leistungsfähigere Gebrauchsgüter, eben Maschinen, herzustellen. In der deutschen Produktionsmittelproduktion erhöhte sich somit die Arbeitsproduktivität⁶² entscheidend durch Neukonstruktionen und nicht durch eine grundsätzliche, neue Technologie. Eine solche Möglichkeit der Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch Neukonstruktion anstatt durch neue Technologie hat es auch in der späteren Entwicklung der Produktivkräfte immer dann gegeben, wenn mit der alten Technik ein Produkt höheren Gebrauchswertes ohne entsprechende Kostensteigerung hergestellt werden konnte. Im weiteren Sinne allerdings handelte es sich hierbei um eine bessere Ausnutzung der alten Technik zur Produktion höherer Gebrauchswerte, ähnlich wie das auch bei einer Steigerung der Produktion ungeänderter Güter der Fall sein kann. Dennoch konnte sich das geänderte Gut, eben die Maschine, im Vergleich zum Handwerkszeug in Deutschland aber nur durchsetzen, weil sie bereits auf der Grundlage der alten Technik geringere Kosten bei ihrer Anwendung ermöglichte. Sicherlich wurden dabei in der Sortimentsstruktur des deutschen Maschinenbaues bestimmte Stufen übersprungen, die der englische Maschinenbau durchmachen mußte. Auf der anderen Seite war das Sortiment des deutschen Maschinenbaues zunächst auf einfachere Maschinen beschränkt, und der englische Qualitäts- und Sortimentsstand konnte erst im Laufe mehrerer Jahrzehnte erreicht werden.

Natürlich kann bei umfassender Hilfe durch Information über Produktionsmethoden und Konstruktion heute leichter eine wirtschaftliche Ausnutzung der alten Technik zur Produktion einer neuen Technik möglich sein. Jedoch gibt es auch gewisse Erschwernisse, weil in den entwickelten Ländern nicht unmittelbar ein Wissen darüber vorhanden ist, wie man mit einer noch auf Handarbeit beruhenden Technik Produktionsgüter einer höheren Entwicklungsstufe produzieren kann. Das kann die Produktionsmittelindustrie bei fehlendem Maschinenimport dahin drängen, Produktionsgüter zu produzieren, die zwar einen Fortschritt gegenüber den bisher benutzten darstellen, aber hinter dem Weltstand weit zurückbleiben. Insgesamt bedarf also die Wirtschaftlichkeit des Überspringens technischer Entwicklungsstufen einer exakten wirtschaftlichen Begründung, einer konkreten Prüfung im Einzelfall.

62 Hier verwenden wir den üblichen Begriff der Arbeitsproduktivität bei der Produktion von Produktionsmitteln, der vom Dobbschen abweicht. Für die Begründung vgl. Anm. 49 der vorliegenden Arbeit.

Für eine solche Prüfung liegt es jedoch nahe - und damit haben wir auch unsere Erörterung der Wirkungen der Ausrüstungen auf die Beschäftigungseffektivität begonnen -, die Differenz $E_T - E_S$ und damit die Akkumulationsdifferenz bei dem jeweiligen Sortiment als Maßstab zu nehmen. Hier muß man jedoch beachten, daß Dobb und insbesondere Sen, denen wir diese Bedingung verdanken, Handarbeit bei der Produktion der Produktionsmittel, ja streng genommen sogar Handarbeit ohne Unterstützung von Werkzeugen, voraussetzen.⁶³ Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist eben nicht nur die Entscheidung zu fällen, welche Produktionsgüter für den k-Sektor hergestellt bzw. beschafft werden sollen, sondern auch inwieweit, wann und mit welchem ökonomisch-technischen Niveau Produktionsmittel für die Produktion von Produktionsmitteln geschaffen werden sollten. Dabei bedeutet die Entscheidung, Produktionsmittel für den Produktionsmittelsektor anstatt nur für den Konsumgütersektor in größerem Umfang herzustellen, eine Verzögerung in der Ausrüstung der Produzenten im k-Sektor mit produktiverer Technik. Die Technik im k-Sektor verbliebe deshalb länger auf einem primitiven Niveau, um dann später um so rascher das höchste Niveau erreichen zu können. Die Wahl der Technik für das Sortiment von Produktionsmitteln für den Konsumgütersektor ist so mit der Wahl des Sortiments von Produktionsmitteln zur Produktion von Produktionsmitteln eng verbunden. Diese Tatsache bildet aber keinen hinreichenden Grund, auf die Bedingung II als Kriterium für die Messung des Effektes der Wirkung unterschiedlicher Ausrüstungen auf die Beschäftigungseffektivität zu verzichten. Ein solcher Grund liegt jedenfalls dann nicht vor, wenn man die Aufteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf diesen Sektoren i_I - worunter wir die Produktion von Produktionsmitteln (zum Beispiel Traktoren) für den Konsumgütersektor - und i_{II} - worunter wir die Produktion von Produktionsmitteln (zum Beispiel Drehbänken) für den Produktionsmittelsektor selbst verstehen wollen - als gegeben ansieht und darüber hinaus auch die Ausrüstungen, die der i_I -Sektor vom i_{II} -Sektor erhalten soll. Noch einfacher wird der Sachverhalt, wenn man annimmt, daß der i_I -Sektor für eine längere Zeit gar keine Produktionsmittel vom i_{II} -Sektor erhält und wir vom physischen Verschleiß absehen. Dann stellen die Ausrüstungen des i_I -Sektors eben nur ein Erbe der Vergangenheit dar, von der die Produktivität in diesem Sektor abhängt; ein Erbe, das man aber hinnehmen muß, da man ja von der Vergangenheit zwar sehr viel lernen, aber sie nicht mehr än-

63 Sen, Amartya Kumar, a. a. O., S. 22.

dern kann. Die Sortimentswahl im i_I -Sektor ist dann von der im i_{II} -Sektor unabhängig.

Hier werden die Schwierigkeiten offensichtlich und die Möglichkeiten klarer, auf einer historisch niedrigen Ausrüstungsstufe modernste Ausrüstungen zu produzieren. Die Differenz $E_{\gamma} - E_{\delta}$ und damit die Akkumulationsdifferenz bei dem jeweiligen Produktionsgütersortiment des i_I -Sektors kann also durchaus als Maßstab genommen werden. Dabei müssen die im Vergleich zu den führenden Industrieländern primitiven Ausrüstungen bzw. die Handarbeitstechnik, von der wir ausgehen wollen, natürlich sowohl E_{γ} wie E_{δ} in den Entwicklungsländern wesentlich vermindern. Es kommt aber für die Wahl der Technik darauf an, ob E_{δ} wesentlich stärker von den primitiven Ausgangsausrüstungen beeinflusst wird als E_{γ} . Eine andere Wahl der Technik ausschließlich infolge unterschiedlicher Ausgangsausrüstungen kommt in den Entwicklungsländern dann in Betracht, wenn

$$\frac{E_{\gamma}}{q_{e\gamma}} - \frac{E_{\delta}}{q_{e\delta}} > E_{\gamma} - E_{\delta}$$

Dabei könnte man verlangen, daß die erste Differenz wesentlich größer als die zweite ist. Das hinge mit der unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung größeren Gefahr des Veraltens der hergestellten Ausrüstungen zusammen. Berücksichtigen wir aber, daß auch unter Vollbeschäftigung in den Entwicklungsländern infolge vorwiegender β -Technik die γ -Technik nicht so schnell veralten wird, kann man diese Gefahr unter ähnlichen Bedingungen vernachlässigen, die wir bereits für Verhältnisse mit einem starken α -Sektor, einer starken Überschußbevölkerung, gemacht haben.

Dieselben Erwägungen gelten auch für die Sortimentswahl des i_{II} -Sektors. Hier käme es ebenfalls darauf an zu messen, wieviel Beschäftigungseinheiten im i_I -Sektor, zum Beispiel bei der Produktion von Traktoren, mit den jeweiligen, von dem i_{II} -Sektor herzustellenden Produktionsmitteln, zum Beispiel Drehbänken, geschaffen werden könnten, also die Beschäftigungseffektivität des i_{II} -Sektors, die wir mit E_{II} bezeichnen wollen. Grob gesagt ließe sich dann der Nutzeffekt der Gesamtwahl der verschiedenen Techniken anstatt durch $E \cdot (p_k - 1)$ durch $E_{II} \cdot E_I \cdot (p_k - 1)$ messen, wobei wir jedoch voraussetzen müssen, daß die gesamte Produktion von i_{II} bzw. i_I in die nachgeordneten Sektoren, also nach i_I bzw. k , geht.

Allerdings macht sich, je weiter wir uns von der Konsumgüterproduktion entfernen, ein wesentlicher Nachteil dieses Herangehens bemerkbar. Dieser Nachteil besteht in der Vernachlässigung des Zeitfaktors; solch eine Vernachlässigung wäre um so mehr zu beanstanden, als der Ausgangspunkt unserer Untersuchungen das Ziel einer *raschen* Überwindung der Rückständigkeit bildete. Auch die Berücksichtigung, die dieser Faktor in der zweiten Dobb/Senschen Bedingung in gewissem Maße findet, reichen bei einer solchen Entfernung von der Konsumgüterproduktion nicht aus. Die Schwierigkeiten werden auf die Spitze getrieben, wenn die Produktionsmittelproduktion für eine längere Phase, wobei wir vom physischen Verschleiß absehen, nicht für i_{II} bzw. für k , sondern überwiegend bzw. ausschließlich für sich selbst, also für die eigene Weiterentwicklung, verwendet wird. Dieser Fall führt uns aber besonders die Problematik des Wachstumstempos und des Überspringungseffekts deutlich vor Augen. Wir werden deshalb gerade von diesem Fall ausgehen, um die Einwirkungen der Ausrüstungen auf das damit herzustellende Produktionsgütersortiment deutlicher herauszuarbeiten. Dabei werden wir von allen anderen Faktoren absehen, die nach unserer bisherigen Analyse in den Entwicklungsländern zu einer von den führenden Industrieländern unterschiedlichen Sortimentswahl der Produktionsgüter führen könnten. Wir nehmen also auch an, um uns auf einen etwaigen, durch das Vorhandensein primitiver Ausrüstungen bedingten Nachteil eines δ -Sortiments konzentrieren zu können, daß das δ -Sortiment, wenn wir von der Frage der Ausrüstungen absehen, das ökonomisch Optimale sei. Damit sprechen wir also der δ -Sortimentstechnik ohne Berücksichtigung der Ausrüstungen den höchsten Gebrauchswert zu. Wir haben unter diesen Voraussetzungen für die Messung der Wirkung der unterschiedlichen Ausrüstungen auf den Nutzeffekt des mit den Ausrüstungen herzustellenden Sortiments, für die Größe des Überspringungseffekts, einen von der Konsumgüterproduktion relativ unabhängigen Maßstab gefunden. Wir haben aber damit den Maßstab unter extremen Bedingungen nur wiedergefunden bzw., exakter ausgedrückt, für den extremen Fall der Produktion von Produktionsmitteln ausschließlich für die Produktionsgüterproduktion selbst angewandt, von dem wir bei unserer Untersuchung ursprünglich ausgegangen waren. Mit anderen Worten: Es konkretisiert sich für diesen Fall die allgemeine Frage, ob das Δ -Niveau durch sofortige Konzentration auf das δ -Sortiment am schnellsten erreicht wird, oder ob eine Zwischenstufe, etwa die γ -Stufe, vorzuziehen sei. Dabei bedeutet das Einlegen einer Zwischenstufe die Veränderung im Sortiment des i_{II} -Sektors. Die Identität von Zwi-

schenstufen und von nicht sofortiger Aufnahme der \mathcal{G} -Technik in das Produktionsgütersortiment wird hier besonders deutlich.

Gegen die Einlegung einer solchen Zwischenstufe spricht die Tatsache, daß dadurch erst später \mathcal{G} -Technik für den i_{II} -Sektor hergestellt wird. Es handelt sich also um einen Umweg. Aber wie die Ökonomen schon seit Hunderten von Jahren immer wieder festgestellt haben, führen Umwege in der Ökonomie häufig rascher zum Ziel als der direkte Weg. Das gilt ja schon für die Produktion von Produktionsmitteln als Ablenkung von Kräften von der Konsumgüterproduktion und noch mehr wiederum für die Produktion von Produktionsmitteln für den Produktionsmittelsektor selbst. Diese Anhäufung von Umwegen, dieser Aufwand von Zeit wird ja nach den elementarsten Erkenntnissen der Ökonomie eben durch das später um so raschere Wachstum in der Produktion auf einer der Konsumtion näheren Stufe gerechtfertigt. Man produziert eben mehr von den Dingen, die man nicht unmittelbar verbrauchen kann, um später noch mehr von solchen zu produzieren, die man unmittelbar verbrauchen kann.

Dieselbe Erwägung gilt auch für die Produktion der \mathcal{G} -Technik selbst, und zwar wenn man diese wie ein Konsumgut betrachtet. Somit sind die Erwägungen, die eine Zwischenstufe zwischen der Produktion von Produktionsmitteln mit Handarbeitstechnik und der Produktion von Produktionsmitteln mit \mathcal{G} -Technik rechtfertigen, im Grunde dieselben wie die, welche die Schaffung eines mit mechanischer Technik ausgerüsteten Produktionsgütersektors begründen. Verschieden ist allerdings das Erscheinungsbild⁶⁴ des Produktionsumweges insoweit, als im zweiten Fall Produkte unterschiedlicher Funktion, wie etwa Drehbänke, Fräsmaschinen auf der einen, Traktoren, Spinnmaschinen auf der anderen Seite, in den unterschiedlichen Sektoren erscheinen, während im ersten Fall für den äußeren Betrachter der Unterschied zwischen den betreffenden Produktionsmitteln nur als Unterschied im Grad der Modernität auftritt. Damit fällt hierbei auf den Produktionsumweg ein ungünstiges Licht, weil er als Wahl einer zwar neuen, aber keineswegs neuesten, modernsten Technik im Produktionsgütersortiment erscheint und damit starke Widerstände hervorruft. Das hängt damit zusammen, daß bei den Produktionsmitteln keineswegs alle Grade der Modernität nebeneinander bestehen müssen, sondern daß - wie wir wissen - ein Auslassen bestimm-

64 Zum Begriff des Erscheinungsbildes vgl. Mottek, Hans, Die Gründerkrise, a. a. O., S. 95 f.

ter Grade, das heißt ein Überspringen historisch-technischer Stufen, möglich ist, ja, daß hierauf die Chance eines rascheren Wachstumstempus der Entwicklungsländer in hohem Maße beruht.

Wir wollen nun das Problem der Zwischenstufen und damit des Übersprungungseffekts, insbesondere des Einflusses der Ausrüstungen darauf, anhand der bereits angedeuteten extremen Varianten untersuchen, von der sich aber wirkliche Elemente im historischen Wachstumsprozeß finden. Dabei ist die Darstellungsform dieser Variante so beschaffen, daß die Sortimentswahl einer α -Technik als Einfügung technisch-historischer Zwischenstufen bis zur Aufnahme des Weltstandssortiments erscheint. Diese Form könnte aber über die extreme Variante hinaus einem allgemeinen Wachstumsmodell zugrunde gelegt werden, in dem auch die bereits analysierte Wahl des Produktionsgütersortiments für den k-Sektor als Wahl von Zwischenstufen bzw. des Überspringens dieser Stufen erscheint. Jedoch würde die Darstellung eines solchen allgemeinen Wachstumsmodells, das für die ökonomische Geschichte der Produktivkräfte von Interesse wäre, den Rahmen dieser Untersuchung sprengen.

Die von uns zu behandelnde extreme Variante soll durch folgende hauptsächliche Bedingungen gekennzeichnet werden:

1. Alle Beschäftigungsreserven werden für die Produktion von Produktionsmitteln für die Produktionsgüterindustrie mit Hilfe der in hinreichendem Maße vorhandenen β -Technik eingesetzt und dort solange zur Erhöhung der Produktivität der dort Beschäftigten verwendet, bis dieser Sektor den qualitativen und quantitativen Weltstand, das Δ -Niveau, erreicht hat. Damit kommt es in dieser Zeit zu keinem Zuwachs der Beschäftigung und Produktion im Konsumgütersektor, zu keiner Erhöhung der Konsumtion. Wir gehen hier ausdrücklich von den Bedingungen des Dobbschen Modells ab. Die Beziehung zur Konsumtion ist bei unserem jetzigen Modellfall - im Gegensatz zu unseren früheren Analysen - nur durch das Endziel, das Δ -Niveau, gegeben, das die maximale Konsumgüterproduktion und Konsumtion sichern soll.
2. Dabei wird ausschließlich eine Beschäftigung in den Sektoren i sowie k angenommen.
3. Vom Außenhandel, mit Ausnahme des Informationsaustausches, wird abgesehen.
4. Die Bevölkerungszahl bleibt während des Prozesses unverändert.

5. Es gibt keinen Fortschritt des qualitativen Weltstandes bei den führenden Ländern.

6. Von der physischen Abnutzung wird abgesehen.

7. In der Ausgangssituation sollen die Produzenten nur mit der β -Technik (Handwerkszeuge in Landwirtschaft und Gewerbe) ausgerüstet sein.

Bei der weiteren Analyse dieser extremen Variante, die in zwei Formen - als Variante I und Variante II - untersucht werden soll, wollen wir folgende Symbole für die Kennzeichnung der Beschäftigung (Zahl der Beschäftigten) verwenden:

B^β Beschäftigung im Konsumgütersektor mit der β -Technik.

B_f^β Beschäftigung im Produktionsgütersektor zur Herstellung der γ -Technik mit Hilfe der β -Technik.

Ein zusätzlicher unterer Index (0 oder t) kennzeichnet die jeweilige Zeitperiode bzw. den jeweiligen Zeitpunkt. (Die Zeitperiode t dauert vom Zeitpunkt t-1 bis zum Zeitpunkt t.)

Nunmehr können wir die Ausgangsposition, den Zeitpunkt t = 0, charakterisieren. Es gilt

$$B_0 = B_0^\beta + B_{f0}^\beta,$$

wenn wir annehmen, daß einerseits alle Arbeitskräfteressourcen mit der β -Technik ausgerüstet sind und daß andererseits unter den zur Wahl stehenden Techniken sofort und allseitig zu der modernsten, der f -Technik, übergegangen werden soll. Das vorläufige Endziel, das Δ -Niveau, wird dann zum Zeitpunkt T erreicht, und es gilt

$$B_T = B_T^f + B_{fT}^f,$$

bzw., wenn zum Zeitpunkt T der Übergang zur ϵ -Technik erfolgen soll,

$$B_T = B_T^\epsilon + B_{\epsilon T}^\epsilon.$$

Prüfen wir aber entsprechend den vorher genannten Bedingungen nicht den Abschnitt bis zur Erreichung des Endzieles, sondern nur den bis zur Ausrüstung der Arbeitskräfteressourcen mit der f -Technik zur Erzeugung von f -Technik, dann können wir uns auf die Beschäftigung im Investitionsgütersektor beschränken.

Variante I sei dadurch charakterisiert, daß mit Hilfe der β -Technik unmittelbar f -Technik hergestellt wird. Es gilt festzustellen, wieviel Zeitperioden (zum Beispiel Jahre) notwendig sind, um den gesam-

ten Investitionsgütersektor mit δ -Technik auszurüsten; die Zahl dieser Zeitperioden wollen wir mit T_{δ}^{β} bezeichnen. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die in einer Zeitperiode hergestellte δ -Technik bereits in der folgenden Periode benutzt werden soll, um mit ihrer Hilfe weitere δ -Technik herzustellen. Hierdurch ergibt sich, daß die Zahl der im Investitionsgütersektor mit der β -Technik ausgerüsteten Beschäftigten immer kleiner wird, während die Zahl der mit Hilfe der δ -Technik tätigen Arbeitskräfte ständig steigt.

Während zum Zeitpunkt $t = 0$ die Bedingungen

$$B_{\delta 0}^{\beta} = B_i \quad B_{\delta 0}^{\delta} = 0$$

gelten, müssen zum Zeitpunkt $t = T_{\delta}^{\beta}$ die Bedingungen

$$B_{\delta t}^{\beta} = 0 \quad B_{\delta t}^{\delta} = B_i$$

erfüllt sein.

Variante II wird dadurch gekennzeichnet, daß zunächst von der β -Technik zur γ -Technik und anschließend zur δ -Technik übergegangen wird. Hierfür seien T_{δ}^{β} bzw. T_{δ}^{γ} Zeitperioden erforderlich. Zum Zeitpunkt $t = 0$ bestehen folgende Gleichungen:

$$B_{\delta 0}^{\beta} = B_i, \quad B_{\delta 0}^{\gamma} = 0, \quad B_{\delta 0}^{\delta} = 0, \quad B_{\delta 0}^{\sigma} = 0.$$

Der Übergang zur γ -Technik ist zum Zeitpunkt $t = T_{\delta}^{\beta}$ beendet, das heißt, zu dem Zeitpunkt t , wenn folgender Stand erreicht ist:

$$B_{\delta t}^{\beta} = 0, \quad B_{\delta t}^{\gamma} = B_i, \quad B_{\delta t}^{\delta} = 0, \quad B_{\delta t}^{\sigma} = 0.$$

Nunmehr wird mit der Herstellung der δ -Technik begonnen, und es gilt:

$$B_{\delta t}^{\beta} = 0, \quad B_{\delta t}^{\gamma} = 0, \quad B_{\delta t}^{\delta} = B_i, \quad B_{\delta t}^{\sigma} = 0.$$

Die vollständige Umstellung zur Anwendung der δ -Technik ist zum Zeitpunkt $t = T_{\delta}^{\beta} + T_{\delta}^{\gamma}$ erreicht:

$$B_{\delta t}^{\beta} = 0, \quad B_{\delta t}^{\gamma} = 0, \quad B_{\delta t}^{\delta} = 0, \quad B_{\delta t}^{\sigma} = B_i.$$

Unter den genannten Voraussetzungen ist die Variante I als die günstigere anzusehen, falls

$$T_{\delta}^{\beta} < T_{\delta}^{\beta} + T_{\delta}^{\gamma},$$

während im Falle

$$T_{\delta}^{\beta} > T_{\delta}^{\beta} + T_{\delta}^{\gamma}$$

die Variante II zu bevorzugen ist.

Wir wollen nunmehr die beiden Varianten, die natürlich nicht die einzigen möglichen sind, über die ersten Gleichungen hinaus analysieren.

Die Schnelligkeit des Wachstums hängt wesentlich von der Beschäftigungseffektivität ab, mit der eine Art von Technik mit Hilfe einer anderen (oder auch der gleichen) Art von Technik erzeugt wird. Die bisher mit E_β , E_f usw. bezeichneten Koeffizienten der Beschäftigungseffektivität sollen zur Vermeidung einer allzu häufigen Schreibung einer großen Anzahl von Indizes in den kommenden Darlegungen folgendermaßen gekennzeichnet werden:

$$r = \frac{B_{f,t+1}^\beta - B_{f,t}^\beta}{B_{f,t}^\beta}$$

$$s = \frac{B_{f,t+1}^\beta - B_{f,t}^\beta}{B_{f,t}^\beta}$$

$$u = \frac{B_{f,t+1}^\beta - B_{f,t}^\beta}{B_{f,t}^\beta}$$

$$v = \frac{B_{f,t+1}^\beta - B_{f,t}^\beta}{B_{f,t}^\beta}$$

$$w = \frac{B_{f,t+1}^\beta - B_{f,t}^\beta}{B_{f,t}^\beta}$$

Diese Zahlen, die auch als Transformationskoeffizienten zur neuen Technik bezeichnet werden können, sollen als zeitlich konstant angesehen werden, das heißt, sie gelten innerhalb des betrachteten Gesamtzeitraumes für jedes t . Dabei sind r und w nichts anderes als die Maßzahl von s in den führenden Industrieländern, dividiert durch die entsprechenden Verringerungskoeffizienten q_e , wobei in q_e nur der unterschiedliche Einfluß der Ausrüstungen zum Ausdruck kommt.

Variante I

Im Basiszeitraum $t = 0$ arbeiten sämtliche Beschäftigte des Investitionsgütersektors nach der β -Technik und stellen f -Technik her

$$B_{f,0}^\beta = B_i.$$

Im Zeitraum $t = 1$ können bereits

$$B_{\mathcal{J}1}^{\mathcal{J}} = B_i r$$

Beschäftigte nach der \mathcal{J} -Technik produzieren, und es verbleiben

$$B_{\mathcal{J}1}^{\beta} = B_i - B_{\mathcal{J}1}^{\mathcal{J}} = B_i (1 - r)$$

Beschäftigte, die nach β -Technik arbeiten und \mathcal{J} -Technik herstellen.

Im Zeitraum $t = 2$ setzt sich die Zahl der Beschäftigten, die nach der \mathcal{J} -Technik arbeiten, aus drei Gruppen zusammen.

a) Beschäftigte, die schon im vorangegangenen Zeitraum nach der \mathcal{J} -Technik arbeiteten

$$B_{\mathcal{J}1}^{\mathcal{J}} = B_i r$$

b) Beschäftigte, deren Technik im vorangegangenen Zeitraum mit Hilfe der \mathcal{J} -Technik hergestellt wurde

$$B_{\mathcal{J}1}^{\mathcal{J}} s = B_i r s$$

c) Beschäftigte, deren Technik im vorangegangenen Zeitraum mit Hilfe der β -Technik hergestellt wurde

$$B_{\mathcal{J}1}^{\beta} r = B_i (1 - r) r.$$

Insgesamt erhalten wir also

$$\begin{aligned} B_{\mathcal{J}2}^{\mathcal{J}} &= B_{\mathcal{J}1}^{\mathcal{J}} (1 + s) + B_{\mathcal{J}1}^{\beta} r \\ &= B_{\mathcal{J}1}^{\mathcal{J}} (1 + s - r) + B_i r. \end{aligned}$$

Nach der β -Technik arbeiten im Zeitraum $t = 2$

$$B_{\mathcal{J}2}^{\beta} = B_i - B_{\mathcal{J}2}^{\mathcal{J}}.$$

Für den Zeitraum $t = 3$ erhalten wir folgende Zahlen:

$$\begin{aligned} B_{\mathcal{J}3}^{\mathcal{J}} &= B_{\mathcal{J}2}^{\mathcal{J}} (1 + s) + B_{\mathcal{J}2}^{\beta} r \\ &= B_{\mathcal{J}2}^{\mathcal{J}} (1 + s) + B_i r - B_{\mathcal{J}2}^{\mathcal{J}} r \\ &= B_i r + B_{\mathcal{J}2}^{\mathcal{J}} (1 + s - r) \\ &= B_i r + B_i r (1 + s - r) + B_i r (1 + s - r)^2 \\ B_{\mathcal{J}3}^{\beta} &= B_i - B_{\mathcal{J}3}^{\mathcal{J}}. \end{aligned}$$

Schließlich erhält man allgemein für den Zeitraum t folgende Formeln:

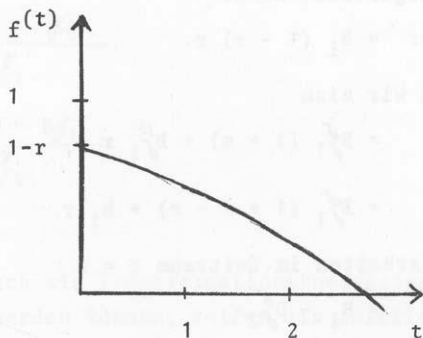
$$\begin{aligned}
 B_{\mathcal{J}t}^{\mathcal{J}} &= B_{\mathcal{J}t}^{\mathcal{J}} - 1 (1 + s) + B_{\mathcal{J}t-1}^{\beta} r \\
 &= B_{\mathcal{J}t}^{\mathcal{J}} - 1 (1 + s) + B_i r - B_{\mathcal{J}t-1}^{\mathcal{J}} r \\
 &= B_i r + B_{\mathcal{J}t-1}^{\mathcal{J}} (1 + s - r) \\
 &= B_i r + B_i r (1 + s - r) + \dots + B_i r (1 + s - r)^{t-1} \\
 &= B_i r \sum_{\tau=0}^{t-1} (1 + s - r)^{\tau}
 \end{aligned}$$

$$B_{\mathcal{J}t}^{\beta} = B_i - B_{\mathcal{J}t}^{\mathcal{J}} = B_i [1 - r \sum (1 + s - r)^{\tau}].$$

Der Zeitpunkt $t = T_{\mathcal{J}}^{\beta}$ ist offensichtlich dann erreicht, wenn $B_{\mathcal{J}t}^{\beta} = 0$ gilt. Das ist dann der Fall, wenn der von B_i unabhängige Ausdruck

$$f(r, s, t) = 1 - r \sum (1 + s - r)^{\tau}$$

verschwindet:



Bei dieser Graphik wurde davon ausgegangen, daß auf Grund allgemeiner Erfahrungen folgende Ungleichungen bestehen:

$$0 < r < s < 1$$

Variante II

Wir stellen hier zunächst die gleichen Überlegungen wie bei Variante I an, jedoch mit dem Unterschied, daß mit der vorhandenen β -Technik nicht gleich zur modernsten, der \mathcal{J} -Technik, sondern zunächst zur

γ -Technik übergegangen wird. Für den Zeitraum t erhält man folgende Formel:

$$B_{\gamma t}^{\gamma} = B_{\gamma t-1}^{\gamma} (1 + v) + B_{\gamma t}^{\beta} - 1 u$$

$$= B_i u \sum_{\tau=0}^{\tau=t-1} (1 + v - u)^{\tau}$$

$$B_{\gamma t}^{\beta} = B_i - B_{\gamma t}^{\gamma} = B_i [1 - u \sum (1 + v - u)^{\tau}].$$

Sobald $B_{\gamma t}^{\beta} = 0$ gilt, das heißt sobald der Ausdruck

$$f(u, v, t) = 1 - u \sum (1 + v - u)^{\tau}$$

verschwindet, ist der Zeitpunkt $t = T_{\gamma}^{\beta}$ erreicht.

Nunmehr kann zur zweiten Phase der Variante II übergegangen werden, zur Produktion der σ -Technik mit Hilfe der γ -Technik. An die Stelle des Zeitpunktes $t = 0$ tritt jetzt der Zeitpunkt $t = T_{\gamma}^{\beta}$; im übrigen werden die gleichen Überlegungen angestellt, die zu folgenden Formeln führen:

$$B_{\sigma t}^{\sigma} = B_{\sigma t}^{\sigma} (1 + s) + B_{\sigma t}^{\gamma} - 1 w$$

$$= B_i w (1 + s) \sum_{\tau=0}^{\tau=T} (1 + s - w)^{\tau}$$

$$\text{mit } T = t - T_{\gamma}^{\beta} - 1$$

$$B_{\sigma t}^{\gamma} = B_i - B_{\sigma t}^{\sigma} = B_i [1 - w \sum (1 + s - w)^{\tau}].$$

Durch Nullsetzung des Ausdrucks

$$f(w, s, t) = 1 - w \sum (1 + s - w)^{\tau}$$

wird der Zeitpunkt $t = T_{\gamma}^{\beta} + T_{\sigma}^{\gamma}$

ermittelt.

Ehe wir zum Vergleich der Ergebnisse der Varianten I und II übergehen, sei noch auf folgendes hingewiesen. Bei einer Verallgemeinerung des Modells unter Einbeziehung der Dobb/Senschen Bedingungen müßte bei der Beschäftigungseffektivität vom Konsumgütersektor ausgegangen werden, wodurch die Rolle dieses Sektors als Wachstumssektor zum

Ausdruck kommt. Dazu brauchte man einen weiteren Koeffizienten, der ausdrückt, wieviel Investitionsarbeiter bei festgelegtem Lohn durch die Überschüsse des Konsumgütersektors beschäftigt werden können. Bezeichnen wir diesen Koeffizienten mit c , so wäre

$$c = \frac{p_k - 1}{1}$$

und nach Gleichung (2)

$$B_i = c \cdot B_k.$$

Da in unserem Modell

$$B_i = B_{f0}^\beta \quad \text{bzw.} \quad B_i = B_{f0}^\beta$$

gilt, folgt weiterhin

$$B_{f0}^\beta = c B_0^\beta \quad \text{bzw.} \quad B_{f0}^\beta = c B_0^\beta$$

sowie $B_1^\beta = r c B_0^\beta$ bzw. $B_1^\beta = u c B_0^\beta$.

Gehen alle Produkte des i -Sektors in den k -Sektor, so können wir die folgenden Gleichungen so formulieren, daß der k -Sektor als grundlegender Wachstumssektor erscheint und wir dann unter B_{f0}^β bzw. B_{f0}^β nicht die Beschäftigung im i -, sondern im k -Sektor verstehen.

Beim Vergleich der Endergebnisse der beiden Varianten kommen wir zunächst zu folgenden Feststellungen:

Die 2. Variante kommt jedenfalls dann allein in Betracht, wenn $r = 0$ ist; denn dann kann von einem Fortschritt zur f -Technik überhaupt nicht die Rede sein. Das läuft auch auf den von uns bereits erörterten Fall hinaus, daß es unmöglich ist, mit der primitiven β -Technik unmittelbar die f -Technik zu erzeugen. Entsprechendes gilt, wenn sie im Verhältnis zu u sehr klein ist. Insgesamt kann nach den Erfahrungen nur festgestellt werden, daß die Beschäftigungseffektivität u gewöhnlich sehr viel kleiner sein wird als r . Der Grund dafür liegt einmal darin, daß die f -Technik im allgemeinen wesentlich komplizierter ist als β -Technik und die Schaffung eines f -Arbeitsplatzes viel höheren Arbeitsaufwand erfordert. Weiterhin wird sicherlich im allgemeinen w sehr viel größer als r , da es offensichtlich leichter ist, Einheiten der f -Technik mit β -Technik, zum Beispiel mit Revolverdrehbänken, als mit β -Technik, das heißt zum Beispiel mit einfachen Drehbänken, zu fabrizieren.

Auch die Beschäftigungseffektivität der γ -Technik mit γ -Technik, also v , wird im allgemeinen wesentlich größer sein als r , und zwar sowohl weil hier eine bessere Ausrüstung, nämlich die γ -Technik, vorliegt und weil die herzustellende Ausrüstung, also die γ -Technik, im allgemeinen weniger kompliziert ist als δ -Technik. Demgegenüber ist die Produktion der δ -Technik mit δ -Technik produktiver als die Produktion der δ -Technik mit γ -Technik, womit s immer größer als w anzusehen ist. Insgesamt gelten nach der Erfahrung folgende Ungleichungen:

$$\begin{array}{ll} u \gg r & w \gg r \\ v \gg r & \text{aber } w \ll s. \end{array}$$

Ob ein Umweg wirklich notwendig ist, könnte aber nur dann entschieden werden, wenn man die Werte von r , s , u und v genau kennt. Aufgabe unserer Analyse konnte nur sein, auf die Möglichkeit aufmerksam zu machen, daß mit einem Umweg das Δ -Niveau rascher zu erreichen sein kann als auf dem direkten Wege. Außerdem besteht für die Entwicklungsländer nicht nur die Frage, wie groß die Strecke sein muß, die sie in der Entwicklung des Produktionsgütersortiments zu überspringen hatten, sondern auch, welchen Teil dieser Strecke sie zu überspringen haben. So zum Beispiel spräche nicht wenig dafür, den ersten Schritt von der β - zur γ -Technik zu machen, um dann von der γ -Technik, nicht wie wir bisher angenommen haben, zur δ -Technik überzugehen, sondern zur ε -Technik, die sich dann gerade in den führenden Ländern herausgebildet hat.⁶⁵ Vor allem aber ist zu beachten, daß in Wirklichkeit bei manchen Produktionsmitteln der Umweg über die γ -Stufe zweckmäßig, bei anderen nicht zweckmäßig sein wird. Bleiben doch selbst in den führenden Industrieländern Elemente der γ -, ja der β -Technik im Maschinenbau nicht nur deshalb bestehen, weil eine Erneuerung durch modernste Technik auch dort nicht sofort möglich ist, sondern auch, weil man für manche Arbeitsgänge technologisch immer wieder β - und γ -Technik anwenden muß. So entwickeln sich nach Pressemeldungen⁶⁶, weil die DDR trotz Übergangs zu automatisierten

65 Dabei geben wir dann Bedingung (5) auf, wo vom Fortschritt in den führenden Ländern abstrahiert wird.

66 Vgl. *Kooperation ist nützlich*, in: Berliner Zeitung, Nr. 202, v. 27. 7. 1966, S. 4, wo es in bezug auf kooperationsbeziehungen zwischen Indien und der DDR heißt: "Eine für beide Parteien nützliche Arbeitsteilung beginnt sich auf dem Gebiet der Werkzeugmaschinenproduktion zu entwickeln. Da unsere Republik sich immer stärker auf die Produktion moderner programm- und numerisch gesteuerter Maschinen konzentriert, haben wir in Indien die Möglichkeit, einen Teil unseres Bedarfs an herkömmlichen Werkzeugmaschinen zu

Maschinen auch einfache Werkzeugmaschinen und Indien, trotz Überwiegens einfacher Werkzeugmaschinen auch in absehbarer Zukunft, kompliziertere Maschinen benötigt, Kooperationsbeziehungen zwischen Indien und der DDR derart, daß die DDR Maschinen des δ -Niveaus nach Indien exportiert und Maschinen des γ -Niveaus aus Indien importiert.

Bei der Analyse unseres Modells ist noch zu berücksichtigen, daß wir dabei von jedem anderen Einfluß auf die Beschäftigungseffektivität als dem der Ausrüstungen abstrahiert haben. So haben wir also in unserem Gleichungssystem die Beschäftigungseffektivität mit der δ -Technik s als konstant angenommen, unabhängig davon, wann zur δ -Produktion übergegangen wurde. In Wirklichkeit muß aber s viel höher werden, wenn dieser Übergang nach einer Zwischenstufe, γ -Technik, erfolgt. Das hängt mit dem von uns bisher vernachlässigten Qualifizierungseffekt zusammen, der mit der Einführung einer Technik verbunden ist, insbesondere, wenn es sich um einen Nebeneffekt der Produktion selbst und nicht um das Ergebnis besonderer Qualifizierungsmaßnahmen, Bildungsinvestitionen, handelt. Damit kommen wir zu einem weiteren Vorzug der Zwischenstufe γ -Technik.

Soweit wir angenommen haben, daß u sehr viel größer als r ist, bedeutet das, daß sehr viel mehr Arbeiter des Produktionsmittelsektors verhältnismäßig rasch zu einer höheren Stufe der Produktionstechnik gelangen. Mehr Produzenten arbeiten dann in Betrieben mit einem höheren technischen Niveau als dem β -Niveau. Das heißt, ein Nebenprodukt der Wahl der γ -Technik ist eine zusätzliche Qualifizierung von Arbeitskräften in doppelter Hinsicht: einmal hinsichtlich der Gewöhnung an die mechanische industrielle Arbeit, dann aber in bezug auf den Erwerb bestimmter Fähigkeiten, Geschicklichkeiten und technischen Wissens, die für die Industrie erforderlich sind.

Gerade solche Nebenprodukte der Technikwahl, die nicht auf einem gesonderten Aufwand für Qualifizierung, also auf Bildungsinvestitionen beruhen, sind für die Entwicklungsländer sehr wichtig, weil der not-

decken. Kürzlich erst ist eine Delegation nach Indien gereist, um weitere solcher Handelsbeziehungen anzubahnen. Eine ähnliche Arbeitsteilung gibt es bereits zwischen der DDR und Brasilien sowie mit anderen Ländern."

Insgesamt dürfte die Ansicht weitgehend berechtigt sein, die für das Produktionsgütersortiment der Entwicklungsländer einfachen, wenig spezialisierten, also Mehrzweckmaschinen, auch wegen der geringen Losgröße den Vorzug gibt. Jedenfalls gilt das für die meisten Produktionsprozesse. - Zu diesem Fragenkomplex findet sich ein reiches Material bei *Boon, Gerard Karel, Economic Choice of human and physical Factors in Production, Amsterdam 1964.*

wendige Aufwand für Bildungs- und Qualifizierungsinvestitionen bzw. für die sehr kostspielige Beschaffung ausländischer Fachleute an sich sehr hoch ist. Das ist bei der Maximierung des Übersprungungseffekts, bei der Entscheidung der Frage, inwieweit bei der Entwicklung des Produktionsgütersortiments Zwischenstufen einzusetzen sind, zu beachten. Und solche Erwägungen gelten nicht nur unter den engen Bedingungen unseres Modells, des entsprechenden Gleichungssystems, sondern auch über diese Bedingungen hinaus für das Produktionsgütersortiment im i_{II} - und i_I -Sektor, für die gesamte Sortimentswahl der Technik. Sie führen uns letzten Endes auf das Verhältnis der Technikwahl in den Entwicklungsländern zu den grundsätzlichen Wachstumsfaktoren, worauf wir noch mit einigen kurzen Bemerkungen eingehen wollen.

D Wachstumsfaktoren und Technikwahl

Die technologische Möglichkeit, in den meisten Fällen mit primitiven Ausrüstungen modernste Technik herzustellen, beruht auf einer gewissen, durch historische und aktuelle Erfahrungen immer wieder bestätigten Unabhängigkeit der Technik, die man produziert, von der Technik, mit der man produziert. Es ist diese Tatsache, die überhaupt den produktionstechnischen Fortschritt erst möglich macht. Das schließt aber, wie wir gesehen haben, auch eine gewisse Abhängigkeit, oder - wie wir bereits an anderer Stelle bemerkt haben - eine gewisse Komplementarität der zu produzierenden Technik zu der Technik, mit der man produziert, nicht aus. Hinzu kommt, daß man viele modernste Techniken wohl mit primitiven Ausrüstungen, aber keineswegs mit einer primitiven Qualifizierung herstellen kann. Die Abhängigkeit des Produktionsgütersortiments von der Qualifizierung ist deshalb um so sehr vieles größer als die Abhängigkeit vom Ausrüstungsniveau. Ist unter Beachtung dieser Faktoren die Wahl der f -Technik für das Produktionsgütersortiment nicht die ökonomisch effektivste, so ist das darauf zurückzuführen, daß die ökonomische Effektivität die Einhaltung der Komplementarität der Veränderungen erfordert.⁶⁷ Fehlende Komplementarität ist es ja auch, die unter bestimmten Bedingungen die Anwendung derselben Produktionsmittel in den Entwicklungsländern weniger produktiv macht als in den führenden Industrieländern. Darüber hinaus kann man auch sagen, daß die agrarische Überschußbevölkerung selbst eine Wachstumsstörung darstellt, die auf der Verletzung des Komplementaritätsprinzips unter den retardierenden Wirkungen der Kolonialherrschaft be-

⁶⁷ Vgl. Mottek, Hans, Die Gründerkrise, a. a. O., S. 110 f.

ruht. Basiert sie doch zum großen Teil darauf, daß eine wichtige Veränderung der Wirtschaft, das rasche Bevölkerungswachstum, die rasche Zunahme der Produktivkraft Mensch nicht von einer entsprechenden Zunahme der materiell-technischen Produktivkräfte, der materiell-technischen Kapazität der Wirtschaft (P_a) begleitet war⁶⁸, daß hier also eine Diskrepanz oder - um zu dem gebräuchlicheren Ausdruck zurückzukehren - eine Disproportion entstand. Darin, wie die daraus entstandene schwere Störung beseitigt, auf welche Weise der Rückstand der materiell-technischen Produktionskapazität aufgeholt werden kann, liegt ja in hohem Maße das Problem der Wahl der Technik in den Entwicklungsländern.

Die Komplementarität ist aber nicht der einzige Faktor, der beim Wirtschaftswachstum in Vergangenheit und Gegenwart eine Rolle spielt und damit bei der Wahl der Technik beachtet werden muß. Wesentlich ist auch die weit bekanntere Rolle der Akkumulation, wobei wir unter Akkumulation in der Geschichte die Größe des Anteils der Investitionsarbeit an der gesellschaftlichen Gesamtarbeit verstehen. In unserer Analyse des Problems der Wahl der Technik spielt gerade die Akkumulation dementsprechend auch eine große Rolle. Sie tritt als entscheidendes Kriterium in den Dobbschen Bedingungen auf. Dabei bestimmt die Akkumulation das Ausmaß des wichtigsten Veränderungsfaktors, eben der Investitionen. Die Größe dieses Faktors sagt aber noch nichts über seine Komplementarität aus, von der eben die Effektivität, der Nutzeffekt der Akkumulation entscheidend abhängt.

Die Analyse des historischen Wachstumsprozesses zeigt aber schließlich auch, daß Akkumulation und Komplementarität für sich allein nicht genügen. Von entscheidender Bedeutung erweist sich dazu noch der Antrieb, der auf die maximale Ausnutzung der vorhandenen Produktivkräfte im Sinne ihrer Weiterentwicklung gerichtet ist. In der sozialistischen Wirtschaft wird die Rolle der Antriebe in der Form materieller und moralischer Anreize größer. Sie wirken auf die Produktivität der Arbeit sowie auf den mit der Arbeit verbundenen spontanen und auch nicht spontanen Lerneffekt positiv ein.

Es gab allerdings, wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, zwischen Komplementarität und Antrieb insoweit einen Widerspruch, als fehlen-

68 Vgl. Mottek, Hans, Zu einigen Fragen der Entwicklung der Produktionskräfte und ihrer gesellschaftlichen Bedingungen, a. a. O., S. 183 Anm. 5.

de Komplementarität, das heißt Engpässe, Teil- und Totalkrisen ihrerseits einen entscheidenden Antrieb für die Fortschritte der Produktivkräfte darstellten. Man muß nur einen Blick auf die bekannten Tatsachen der industriellen Revolution in England werfen, um das zu bestätigen. Sprechen doch nahezu alle Darstellungen der industriellen Revolution in England den entstandenen Engpässen wie dem Holz- oder dem Gespinnstmangel entscheidende Bedeutung für Erfindung und Verbreitung der Dampf- und Spinnmaschinen als den entscheidenden strategischen Erfindungen der industriellen Revolution zu. Ebenso offensichtlich ist es zum Beispiel, daß in der älteren Geschichte das Voraneilen des Bevölkerungswachstums vor der Zunahme der materiell-technischen Produktivkräfte zu qualitativen Fortschritten zwang. Gerade hierauf ist zumindest die Ausbreitung des eisernen Pfluges in Europa zurückzuführen, ebenso der Übergang zur Dreifelderwirtschaft. Gerade auf dieser positiven Rolle von Engpässen beruht im Grunde die These Hirschmans, daß nicht "balanced growth", sondern das Gegenteil davon, also Disproportion, "unbalanced growth", den stärksten Wachstumsfaktor darstellt⁶⁹, und es ist auch kein Zufall, daß Hirschman der sofortigen Anwendung modernster Technik in den Entwicklungsländern den Vorzug gibt.⁷⁰

Jedoch sind Engpässe und Krisen nur für kapitalistische und vorkapitalistische Formationen notwendige Wachstumsfaktoren. Und selbst dort führten solche Störungen bzw., exakter ausgedrückt, ihre Beseitigung - jedenfalls in den großen alten traditionsbelasteten Zivilisationen - keineswegs immer zum Wachstum, zur Herstellung eines neuen, höheren, sondern überwiegend zur Wiederherstellung des alten Zustandes nach vorläufiger Beseitigung des Störungsherd; statisches und nicht dynamisches Gleichgewicht stand also dort und überhaupt in der Weltgeschichte viel mehr als man gemeinhin annimmt im Vordergrund. Die Struktur der gesamten Zivilisation, der Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte, war so stabil - man könnte vielleicht sagen: überstabil -, daß sie durch schwere Störungen, Krisen, entweder gar nicht oder nur langsam verändert werden konnte. Darin, in dieser Überstabilität, liegt meines Erachtens zum Beispiel auch die Problematik der in der marxistischen Forschung jetzt wieder viel diskutierten "asiatischen Produktionsweise"⁷¹, ganz im Gegensatz zu

69 Hirschman, Albert O., a. a. O., bes. Kap. 2 - 4.

70 Ebenda.

71 Vgl. für die Diskussion über die asiatische Produktionsweise von Sakai, Atsume, Die Polemik in Japan über das Manuskript "Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen" von Marx. Über-

der labileren Struktur der späteren Zivilisation des europäischen Feudalismus mit seinen souveränen Städten, seinem schwachen feudalen Oberbau, seinen Gegensätzen zwischen Kirche und Staat.⁷² In den heutigen Entwicklungsländern braucht man Engpässe, Störungen des Gleichgewichts gar nicht künstlich zu schaffen. Überschußbevölkerung und Hunger sind ja in furchtbarer Stärke vorhanden; und wenn Hirschman glaubt, nur die Einführung einer Technik, die mit dem Qualifikationsniveau, die mit der gesamten Infrastruktur nicht übereinstimme, erzwingen erst staatliche Entscheidungen zur Erhöhung des Qualifikationsniveaus, zur Veränderung der Infrastruktur, so ist das, gelinde gesagt, eine Unterschätzung der fortschrittlichen Kräfte in den Entwicklungsländern des nichtkapitalistischen Weges, welche die Bedeutung dieser Fragen längst erkannt haben und bei denen Entscheidungen in dieser Richtung nicht durch künstliche Engpässe erzwungen zu werden brauchen. Aus diesen Gründen erweisen sich die folgenden allgemeinen Feststellungen als berechtigt:

Eine vorausschauende Planung vermag unter sozialistischen Produktionsverhältnissen, aber auch bei einem nichtkapitalistischen Weg für die Entwicklungsländer den Widerspruch zwischen Komplementaritäts- und Antriebsfaktoren zu überwinden, indem sie nicht aktuelle, sondern eher potentielle Engpässe zur Grundlage von Planaufgaben macht und überhaupt Antriebe sowohl moralischer als auch materiel-ler Natur vorausschauend lenkt. Auf diese Weise kann es auch möglich werden, eine optimale Wahl der Technik, die den Komplementaritäts-, Akkumulations- und den Antriebsanforderungen entspricht, auch wirklich durchzusetzen.

setzung aus dem Japanischen (Ms.), Hochschule für Ökonomie, Institut für Wirtschaftsgeschichte, und die dort zitierte Literatur; vgl. auch *Sachs, Ignacy, Européocentrisme et découverte du Tiers Monde*, in: *Annales*, Nr. 3, Paris 1966, S. 486, und die dort zitierte Literatur, insbes. die Artikel in der französisch-marxistischen Zeitschrift *La Pensée*, Nr. 114/1964; 117/1964; 122/1965. - In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß Sachs in seiner Auseinandersetzung mit dem Europa-Zentrismus auch die Herausbildung eigener Techniken für die Entwicklungsländer fordert. (*Sachs, Ignacy*, a. a. O., S. 486.)

(Zum Stand der Diskussion über die Problematik der asiatischen Produktionsweise vgl. auch die Beiträge von E. Ch. Welskopf, E. Varga, G. Lewin, B. Töpfer und T. Büttner im *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1967, T. 4. - Die Redaktion.)

⁷² Vgl. *Mottek, Hans*, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands*, Bd. 1, Berlin 1957, S. 124 f.

III. Zur Durchsetzung der richtigen Wahl der Technik

Die besten theoretischen Feststellungen über die Wahl einer optimalen Technik sind praktisch von geringem Nutzen, wenn nicht die Möglichkeit besteht, die entsprechenden Erkenntnisse auch wirklich durchzusetzen. Diese Möglichkeit ist sicher in den kapitalistischen bzw. in den auf dem kapitalistischen Weg befindlichen Entwicklungsländern nicht, oder exakter ausgedrückt, nicht in hinreichendem Maße vorhanden. Demgegenüber mag es verwunderlich erscheinen, daß vor allem für diese Länder die Diskussion über die Wahl der Technik in so umfassender Weise geführt wird. Könnten die Ökonomen es nicht den Kapitalisten in diesen Ländern überlassen, diejenige Technik zu wählen, welche ihnen die höchsten Profite zu bringen verspricht? Gegen eine bejahende Beantwortung dieser Frage gibt es sogar vom Standpunkt solcher Ökonomen, die die Profitmaximierung als alleiniges und bestes Kriterium für wirtschaftliche Entscheidungen sehen, ernste Bedenken. Die tatsächlichen Grundlagen für diese Bedenken ergeben sich aus der Tatsache, daß sogar in den führenden kapitalistischen Ländern die kapitalistischen Unternehmungen nicht immer die von ihrem Standpunkt aus ökonomisch effektivste Technik gewählt haben. Die Wirtschaftsgeschichte kennt nicht wenige solcher Fälle, in denen die Unternehmer aus Trägheit und Konservatismus die Profitmöglichkeiten einer neuen Technik unterschätzen, sie kennt aber auch solche Fälle, in denen die Unternehmer in der Begeisterung für die Perspektiven einer neuen Technik, insbesondere wenn sie diese produzieren und weniger, wenn sie mit dieser produzieren wollten, die damit verbundenen Kosten unter- bzw. die Gewinnmöglichkeiten überschätzt haben. Das hängt damit zusammen, daß sich beide Faktoren, insbesondere der letztere, nicht vollständig voraussehen lassen. Aber mangelnde Voraussehbarkeit führt wiederum dazu, daß subjektive Faktoren, wie zum Beispiel Konservatismus oder auf der anderen Seite reiner Technik-Enthusiasmus bzw. Wunschdenken überhaupt, eine Rolle spielen können; denn der Einfluß solcher subjektiven, manchmal sogar irrationalen Faktoren ist um so größer, je geringer die Voraussehbarkeit der zukünftigen Entwicklung ist. Dabei werden hier unter irrationalen Faktoren natürlich nicht solche verstanden, die nicht rational erklärbar sind, sondern solche, die mit dem bewußten, rational festgelegten Ziel der handelnden Personen, hier also dem der maximalen Profite, nicht im Einklang sind. Vielfach folgen Unternehmer bei der Einschätzung der profitbestimmenden Faktoren auch Moden, wobei gerade durch diese Gefolgschaft die Profitabilität des Modeweges gefährdet wird.

Darüber hinaus aber gibt es noch genügend Beispiele, daß Unternehmungen Investitionen nicht allein nach dem Kriterium des maximalen Profits beurteilen, sondern in größerem oder geringerem Maße auch Prestige- und Machtfragen in Betracht ziehen. Das zeigt sich ganz deutlich beim Ankauf von Grundbesitz, Zeitungen usw. durch Großkapitalisten. Das spielt auch bei der Wahl der Technik eine Rolle. Es gibt eben im modernen Kapitalismus auch Prestige-Investitionen mit Prestige-Techniken. Man könnte hierin sogar eine Parallele zur bekannten Erscheinung des Prestige-Konsums finden. In Wirklichkeit ist es aber mehr als eine Parallele; denn insoweit eine Investition nicht von der Profitmaximierung ausgeht und entsprechende Bedürfnisse, wie eben das nach Macht und Prestige, befriedigen soll, trägt die Investition in Wirklichkeit teilweise Züge der Verausgabung von Revenue. Die strenge theoretische Trennung zwischen Revenueausgabe und Kapitalerweiterung wird durch ihre teilweise gegenseitige Durchdringung aufgehoben. Das anzuerkennen, heißt keineswegs Apologetik des Kapitalismus zu betreiben. Im Gegenteil erscheint der Kapitalismus, wenn man den kapitalistischen Unternehmer einfach als Profitoptimierungsautomaten ansieht, eher geordneter als er in Wirklichkeit ist, und die anarchischen Elemente des Kapitalismus werden dabei vernachlässigt. Privateigentum schließt immer Willkür in sich ein; Privateigentum an den Produktionsmitteln um so mehr, wenn natürlich auch nur Willkür in bestimmten Grenzen. Aber in diesen bestimmten Grenzen ist eben auch eine gewisse Durchdringung von Revenueausgaben und Kapitalerweiterung möglich.

Diese Erwägungen gelten ganz besonders auch für Entscheidungen kapitalistischer Unternehmungen in den Entwicklungsländern. Eine Prestige-, aber auch eine Trägheitswahl der Technik ist hier in noch höherem Maße möglich, wie überhaupt dort der Revenueeinfluß, so zum Beispiel der der Luxuskonsumtion, auf das Geschäftsgebaren der dortigen Bourgeois eine große Rolle spielt.

Wenn aber solche Ökonomen, wie zum Beispiel Tinbergen, gerade in den Entwicklungsländern die Wahl der Technik nicht dem spontanen Wirken der kapitalistischen Unternehmer überlassen wollen, dann hat das noch andere Ursachen. Tinbergen und andere bürgerliche Ökonomen sind der Meinung, daß die spontane Wahl der Technik durch die kapitalistischen Unternehmer auch aus anderen Gründen nicht zu optimalen Ergebnissen führt. Das sei deshalb der Fall, weil die den Investitionsentscheidungen zugrunde gelegten tatsächlich geltenden Zinsen und Löhne zu

Fehlentscheidungen führen müssen, die eine volle Auslastung der sogenannten Produktionsfaktoren, insbesondere des Produktionsfaktors Arbeit, nicht ermöglichen.⁷³ Daher schlägt Tinbergen vor, Investitionsentscheidungen niedrigere Buchlöhne und höhere Buchzinsen zugrunde zu legen. (Auch der Ausdruck Schattenlohn und Schattenzinsen ist möglich.) Es ist offensichtlich, daß solche niedrigeren Buchlöhne die Lohnkostenverminderung bei arbeitssparenden Maschinen geringer und die höheren Zinsen die Investitionskosten höher erscheinen lassen. Das führt zur Benachteiligung der kapitalaufwendigeren Technik und zur Bevorzugung einer arbeitsintensiveren Technik, als es nach den tatsächlich geltenden Zinsen und Löhnen der Fall sein müßte.

Natürlich erfordert ein solches System, das in Indien für die Finanzierung einer zusätzlichen Beschäftigung durch Handspinnerei angewandt wird⁷⁴, wogegen aber von Sen und Bettelheim wohlbegründete Einwände erhoben wurden, stärkere staatliche Eingriffe. Solche staatlichen Eingriffe sind aber auch in den Entwicklungsländern, die sich auf dem kapitalistischen Wege befinden, nichts Ungewöhnliches. Auch dort spielt der Staat eine sehr bedeutende Rolle. Staatliche Programme, sogenannte Fünfjahrpläne, gibt es auch bei ihnen. Staatliche Investitionen beeinflussen die wirtschaftliche Entwicklung wesentlich. Das gilt auch für die technische Politik der betreffenden Staaten. Auf diese technische Politik jedoch kann die Diskussion über die Wahl der Technik auch dann, wenn sich dabei der Tinbergen-Standpunkt nicht durchsetzt, sicherlich Einfluß haben.

Eine größere Bedeutung hat die Diskussion über die Kriterien, nach denen die optimale Technik gewählt werden kann, für die Entwicklungsländer, die sich auf dem sozialistischen Weg befinden. Schafft doch nur dieser Weg die Voraussetzungen für eine optimale Nutzung der Ressourcen, der Produktivkräfte und dabei nicht zuletzt der Produktivkraft Mensch. Allerdings gibt es bei der Verwirklichung dieser Möglichkeit

73 Vgl. z. B. *Tinbergen, Jan, The Design of Development, Rotterdam 1956.* - Aus denselben Gründen fordert Tinbergen auch Schattenpreise, die mehr als die wirklichen Preise zu rationalen Entscheidungen in bezug auf die Wahl der Technik führen können; vgl. dazu auch *Boon, Gerard Karel, a. a. O., XVII, sowie Kap. 3, T. 4.* - Zu Fehlentscheidungen könnten aus Prestige Gründen festgesetzte Währungsrelationen für die Entwicklungsländer führen, indem dadurch importierte Produktionsmittel im Vergleich zu selbst erzeugten Produktionsmitteln zu billig erscheinen.

74 *Sen, Amartya Kumar, a. a. O., S. 115 - 119.* - Dieses Programm, das die Einführung des Ambar Charkha, eines verbesserten Handspinnrades, mittels staatlicher Subsidien vorsieht, wird im Appendix D sowie bei *Bettelheim, Charles, a. a. O., S. 344 - 350, eingehend kritisiert.*

ernste Hindernisse. Sie liegen einerseits, wie wir bereits an anderer Stelle erwähnten, in den vorhandenen Traditionen, in einem Konservatismus, im Trägheitswiderstand gegen technische Neuerungen. Viele Hindernisse liegen andererseits in einem gewissen Modernismus. Darunter verstehen wir eine Einstellung, die das Neue nicht um seiner höheren Effektivität willen durchzusetzen sucht, sondern nur deswegen, weil es neu, weil es modern ist. Nicht selten gibt es sogar in sozialistischen Industrieländern die spontane Neigung, die moderne Technik als eine Art Selbstzweck anzusehen, an der technischen Leistung sich zu berauschen und die Frage des ökonomischen Nutzens zu vernachlässigen.

Gegen eine solche Neigung wandte sich der Vorsitzende des Minister-rats der Deutschen Demokratischen Republik, Willi Stoph, auf der 4. Baukonferenz am 16. November 1965.⁷⁵ Seine Feststellung: "Es genügt heute nicht mehr, schlechthin die Fortschrittlichkeit irgendeiner Bauweise, irgendeiner Konstruktion oder eines Typs zu behaupten", ist dabei nicht nur an die Techniker, sondern auch an die Ökonomen gerichtet. Haben doch die Ökonomen vielfach ihr Hauptaugenmerk auf die Durchsetzung eines gegebenen technischen Fortschritts gerichtet und nicht so sehr auf die Nachprüfung, ob die vorgeschlagenen technischen Veränderungen wirklich einen solchen Fortschritt darstellen. Es ist aber doch offensichtlich, daß diese Analyse der erstgenannten Aufgabe vorangehen muß. Dabei kommt es bei der konkreten ökonomischen Entscheidung auch im volkswirtschaftlichen Maßstab darauf an, daß die vorgeschlagene Veränderung nicht nur im allgemeinen, sondern auch gerade zum gegebenen Zeitpunkt, im gegebenen Zweig, in dem gegebenen Land unter den konkreten ökonomischen Bedingungen ein Fortschritt ist. Es genügt also nicht der abstrakte Nachweis, daß sie einmal später in einem anderen Zweig ein Fortschritt sein kann, sondern die Anerkennung als Fortschritt vom ökonomischen Standpunkt aus ist von der ökonomischen Zeit und vom ökonomischen Ort abhängig.⁷⁶

Gerade diese Beachtung der Ort-Zeit-Koordinaten für die exakte Analyse, ob eine gegebene technische Veränderung als ökonomischer Fortschritt anzusehen ist, ist für die Entwicklungsländer besonders wich-

⁷⁵ *Einheit von Technik und Ökonomie*. Willi Stoph auf der 4. Baukonferenz, in: Neues Deutschland, Nr. 316, v. 16. 11. 1965, S. 3.

⁷⁶ Bei der Analyse der Kriterien für den technischen Fortschritt werden bei Mottek, Hans, Zu einigen Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer gesellschaftlichen Beziehungen, a. a. O., S. 208 ff., nur die allgemeinen Kriterien behandelt. Von der ökonomischen Zeit und dem ökonomischen Ort wird abstrahiert.

tig. Aber es ist schwer für diese Länder, noch viel schwerer als für die sozialistischen Industrieländer, den Kampf gleichzeitig an zwei Fronten, nämlich sowohl gegen den technischen Konservatismus als auch gegen den technischen Modernismus, zu führen. Die technische Politik in den auf dem nichtkapitalistischen Weg befindlichen Entwicklungsländern wird sich aber im Rahmen ihrer Möglichkeiten bemühen müssen, diese beiden Gefahren zu vermeiden.

Dabei wird natürlich die technische Politik unterschiedliche Methoden zur Durchsetzung einer optimalen Wahl der Technik benutzen müssen, je nachdem, ob in den verschiedenen Ländern ein stark zentralisiertes System der Volkswirtschaftsplanung oder eine weniger zentralisierte Form vorhanden ist. Bekanntlich sind die europäischen sozialistischen Industrieländer von der hochzentralisierten Form in den letzten Jahren immer mehr abgegangen. Sie räumen den Betrieben und Betriebsvereinigungen wesentlich mehr Entscheidungsbefugnisse ein als früher. Und bei den staatlichen, zentralisierten Weisungen spielen außerdem die Festlegung ökonomischer Hebel, die Benutzung von Kategorien der Warenproduktion eine wesentlich größere Rolle als bisher. Es kann nicht unsere Aufgabe in diesem Zusammenhang sein, den auf dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg befindlichen ehemaligen Kolonialländern zu dem System der Planung zu raten, das die sozialistischen Industrieländer früher benutzten, oder zu dem, das sie heute benutzen. Immerhin spricht für den ersteren Ratschlag die Tatsache, daß die meisten Entwicklungsländer, ähnlich wie seinerzeit die Sowjetunion und andere osteuropäische Länder am Beginn der Industrialisierung, über große Arbeitskräftereserven verfügen und noch nicht imstande sind, die elementarsten Bedürfnisse voll zu befriedigen. In der Zeit, wo es darauf ankommt, die Arbeitskräftereserven zu mobilisieren, spielen zentrale Entscheidungen, zentrale Investitionen eine viel größere Rolle als später, wo die in vielen Betrieben durchzuführende intensivere Reproduktion in den Vordergrund rückt. Auf der anderen Seite spricht gegen eine allzu starke Zentralisierung im Stadium der Unterbeschäftigung die Notwendigkeit, neben großen zentralen Investitionen, die mit denen der Sowjetunion im ersten Fünfjahrplan zu vergleichen sind, auch lokale Industrien stärker zu entwickeln.

Auf alle Fälle ist zu beachten, daß, wenn in der Phase der Unterbeschäftigung stärker als in der Sowjetunion in der Zeit des ersten Fünfjahrplans, auf ökonomische Hebel, auf Marktkategorien orientiert wird, es schwerer ist, eine technische Politik im Sinne einer optima-

len Wahl der Technik durchzuführen. Das Problem, die zentralen volkswirtschaftlichen Kriterien in Kriterien der einzelnen Betriebe so umzuwandeln, daß die Beschäftigungsreserven mobilisiert werden, könnte mit dem Gewinninteresse der Betriebe kollidieren, wenn nicht gegengerichtete Hebel eingesetzt würden. Wenn wir bedenken, daß es unter den Bedingungen des Arbeitskräftemangels in der Deutschen Demokratischen Republik Stimmen unter den Ökonomen gibt, die für eine Lohnfondsabgabe eintreten, weil nach den sonst wirkenden Hebeln der volkswirtschaftliche Nutzeffekt von Arbeitskräfte freisetzenden Investitionen nicht stark genug zum Ausdruck kommt, dann wäre für die Entwicklungsländer mit starker Unterbeschäftigung auch das Umgekehrte denkbar, nämlich Lohnfondszuschüsse, um den volkswirtschaftlichen Nutzeffekt von Arbeitsplätze schaffenden Investitionen ebenfalls deutlicher zu machen. Wenn diese Zuschüsse vorzugsweise in den Produktionsmittelsektor gehen, dürften die meisten der von Bettelheim und Sen gegen das Ambar-Charkha-System erhobenen Einwände entfallen. Insgesamt müßte also das Hebelsystem dem Zustand der Unterbeschäftigung und anderen ökonomischen Bedingungen in den ehemaligen Kolonialländern angepaßt werden. Das ist ein Fragenkomplex, auf den hier nicht näher eingegangen werden kann. Seine Behandlung ist vor allem Aufgabe der Ökonomen in den Entwicklungsländern, die sich auf dem nichtkapitalistischen Wege befinden. Aber sicherlich kann die Auswertung der Erfahrungen der sozialistischen Industrieländer, vor allem aus der Zeit, in der eine Unterbeschäftigung auch bei ihnen bestand, zur Lösung dieser Probleme beitragen.

Einen Beitrag dazu unter besonderer Berücksichtigung der historischen Erfahrungen zu leisten, ist die Aufgabe, die sich die vorliegende Abhandlung zum Ziel gestellt hat. Dabei konnten wichtige Teilprobleme entweder gar nicht oder nur am Rande erörtert werden. Das gilt zum Beispiel für die Frage des Bildungsaufwandes oder auch der Marktgröße bzw. des Außenhandels bei der Wahl der Technik. Aber wenn in der vorliegenden Abhandlung keineswegs irgendwelche Rezepte für die Technikwahl der Entwicklungsländer gegeben wurden, so liegt das nicht allein und nicht in erster Linie an dieser Begrenzung des Untersuchungsgebietes, sondern vielmehr darin: Es kam uns darauf an - abgesehen von der Notwendigkeit, auch die primitivste Technik zur Produktion fortgeschrittener auszunutzen -, die Möglichkeit nachzuweisen, daß bei vielen, aber keineswegs allen Produktionsprozessen eine andere Auswahl von Produktionsmitteln in den Entwicklungsländern im Vergleich zu den führenden Industrieländern ökonomisch effektiver sein kann, ohne zu

behaupten, daß sie es immer sein muß. Das Bewußtwerden solcher Möglichkeiten aber ist die Voraussetzung für eine rationelle Technikwahl und damit für eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Wir konnten dabei beobachten, daß das Ziel einer rationellen Technikwahl nicht leicht zu verwirklichen ist, daß ihr die Hemmnisse des Konservatismus oder auch des Modernismus entgegenstehen. Und das gilt nicht nur für die Entwicklungsländer selbst, sondern ganz allgemein. Denken wir nur an die weit verbreitete Furcht vor dem "Dämon" Technik oder auf der anderen Seite an den Glauben an den "Gott" Technik. Bei solchen Stimmungen und Vorstellungen mag es erzieherisch wirken, wenn man nicht von der Technik im allgemeinen spricht, sondern einzelne Techniken nach ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Effektivität untersucht und bewertet und damit diese Techniken als das behandelt, was sie sind bzw. sein sollten - Instrumente, Diener der Vorwärtsbewegung der Menschheit.

A n h a n g

Zusammenstellung der verwendeten Symbole

B_k	Beschäftigung im Konsumgütersektor
B_i	Beschäftigung im Produktionsgütersektor
$B = B_i + B_k$	Beschäftigung insgesamt
\mathcal{L}	Beschäftigungspotential
P_k, P_i, P	Produktion
L_k, L_i, L	Realeinkommen aller Beschäftigten des betreffenden Sektors bzw. insgesamt
l_k, l_i, l	Realeinkommen (Lohn) des einzelnen Beschäftigten
P_k, P_i, P	Arbeitsproduktivität
$Ü = P_k - L_k$	Überschuß im Konsumgütersektor
$\ddot{u} = p_k - l_k$	Überschußproduktion eines Beschäftigten im Konsumgütersektor
E^γ	Beschäftigungseffektivität bei Anwendung der γ -Technik
r	Beschäftigungseffektivität bei Anwendung der β -Technik für die Herstellung der δ -Technik (β für δ)
s	Beschäftigungseffektivität δ für δ
u	Beschäftigungseffektivität β für γ
v	Beschäftigungseffektivität γ für γ
w	Beschäftigungseffektivität γ für δ
$q_{p\beta}$	Veränderungskoeffizient der Arbeitsproduktivität bei Anwendung der β -Technik in den führenden Industrieländern gegenüber den Entwicklungsländern
$q_{l\gamma}$	Veränderungskoeffizient des Lohnes bei Anwendung der γ -Technik in den führenden Industrieländern gegenüber den Entwicklungsländern
B^β	Beschäftigte, die im Konsumgütersektor mit Hilfe der β -Technik produzieren
$B_{\gamma t}^\beta$	Beschäftigte im Produktionsgütersektor, die mit Hilfe der β -Technik Erzeugnisse der γ -Technik im Zeitraum t produzieren

Soziale und ökonomische Widersprüche in der Landwirtschaft Ägyptens, Syriens und des Irak vor den Agrarreformen

von Horst Grienig

Hauptrichtungen der Entwicklung des Agrarsektors während der Kolonialperiode

Grundzüge der Agrarverfassung Ägyptens, Syriens und des Irak vor der Agrarreform

Hauptmerkmale der Klassenstruktur in der Landwirtschaft Ägyptens, Syriens und des Irak

Die kolonial-halbfeudale Agrarverfassung - Haupthindernis der Entwicklung der Produktivkräfte

Die Krise der kolonial-halbfeudalen Agrarverfassung

Die Agrarumgestaltung ist ein grundlegender Bestandteil des revolutionären Prozesses, der sich in allen Sphären der Gesellschaft der VAR, Syriens und des Irak entfaltet. Eingeleitet wurde die Agrarumgestaltung in Ägypten mit dem Agrarreformgesetz vom 9. September 1952¹, in Syrien mit dem Gesetz über die Regulierung der Pachtverhältnisse im syrischen Dorf und über die Lage der Landarbeiter vom 4. September 1958² und dem Dekret des Präsidenten über die Begrenzung des Bodenbesitzes der Großgrundbesitzer und über die Verteilung der enteigneten

1 *Agrarian Reform*, Decree-Law Nr. 178 of 1952, hg. v. Agrarian Reform Organization, Kairo 1957.

2 *Al-gānīda ar-rasmiya* v. 4. 11. 1958, zit. nach: Gataullin, M. F., Siriskij rajon OAR (Syrische Region der VAR), in: *Agrarnye reformy v stranach Vostoka* (Agrarreformen in den Ländern des Ostens), Moskau 1961, S. 176.

Böden unter die syrischen Bauern vom 28. September 1958³, im Irak durch das Agrarreformgesetz vom 30. September 1958.⁴

Es entsteht die Frage, welche Widersprüche die Agrarumgestaltung in diesen Ländern objektiv notwendig machten, sie zu einer unaufschiebbaren sozialen, ökonomischen und nationalen Aufgabe werden ließen. Die Beantwortung der Frage nach den ökonomischen und sozialen Ursachen der Agrarumgestaltung ist zugleich für die Analyse der Triebkräfte, des Charakters, der angewandten Methoden und schließlich der Ergebnisse des Umwandlungsprozesses in der Landwirtschaft während der verschiedenen Etappen selbst von Bedeutung.

Als Ausgangspunkt der Analyse kann die Tatsache dienen, daß die Landwirtschaft vor Einführung der Agrarreformgesetze den wichtigsten Sektor der gesamten Ökonomik Ägyptens, Syriens und des Irak bildete. Das hatte zur Folge, daß vom Zustand des Agrarsektors im entscheidenden Maße das Niveau und die Entwicklung der gesamten Ökonomik abhängen mußte.

Einige Kennziffern über die Stellung der Landwirtschaft im System der Volkswirtschaft besagter Staaten seien genannt:

1. Die Landwirtschaft war die Hauptsphäre der produktiven Tätigkeit der Bevölkerung Ägyptens, Syriens und des Irak. So waren vor Einführung der Agrarreform in Ägypten 63,7 Prozent aller beschäftigten Personen in der Landwirtschaft tätig.⁵ Im Irak betrug ihr Anteil 1956 etwa 78,8 Prozent und in Syrien 1957 etwa 75,4 Prozent.⁶

2. Die Landwirtschaft war in der Regel die wichtigste Quelle des erzeugten Nationaleinkommens. So stammten vor Einführung der Agrarreform in Ägypten 31,3 Prozent (1952), in Syrien 40,2 Prozent (1956)

3 United Arab Republic, *Legislation Order Nr. 161 on Agrarian Reform in the Province of Syria*, FAO Legislation, hg. v. FAO, V. 7, 1958, Nr. 4, S. 1 - 14; *Industry and Labour*, Nr. 12, Genf 1958 (v. 15. 12. 1958), S. 540 f. - Bereits vor 1958 wurden in Syrien einige Gesetze über die Regulierung des Landbesitzes erlassen. Da sie sich jedoch ausschließlich auf staatliche Böden erstreckten, hatten sie keine nennenswerten sozialökonomischen Veränderungen zur Folge.

4 *Land Reform Act* Nr. 30/1958 siehe FAO *Mediterranean Development Projekt*, Iraq, Country Report, hg. v. FAO, Rom 1959, S. II/49 ff. *The Iraqi Revolution. One Year of Progress and Achievement*, Bagdad 1959, S. 22 ff.

5 *Year Book of Labour Statistics* 1962, hg. v. International Labour Office, Genf, S. 14 f. (Zensus des Jahres 1947).

6 Fenelon, K. G., *Iraq National Income and Expenditures, 1950-56*, Bagdad 1958, zit. nach: FAO *Mediterranean Development Projekt*, Iraq, a. a. O., S. II/12; FAO *Mediterranean Development Projekt*, United Arab Republic, Syrian Region, Country Report, Rom 1959, S. II/11.

und im Irak 25,7 Prozent (1956) des gesamten Nationaleinkommens aus der Landwirtschaft.⁷

3. Agrare Erzeugnisse dominierten eindeutig im Export dieser Länder. In Ägypten war 1953 allein die Baumwolle mit 81,9 Prozent am Gesamtexportwert beteiligt, während in Syrien und im Irak im Jahre 1959 agrare Erzeugnisse 80,2 bzw. 83,8 Prozent des gesamten Exportwertes ausmachten.⁸ Vom kontinuierlichen Absatz der Agrarprodukte auf dem Weltmarkt hing folglich der Zustand der Außenhandels- und Zahlungsbilanz entscheidend ab.

4. Agrarprodukte bildeten die Ernährungsgrundlage der ständig wachsenden Bevölkerung und die hauptsächliche Rohstoffbasis der einheimischen Industrie. Im Irak zum Beispiel waren 51 Prozent aller Betriebe auf die Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe orientiert, 19 Prozent verarbeiteten teilweise landwirtschaftliche Produkte, während 12 Prozent mineralische Rohstoffe und 18 Prozent importierte Rohmaterialien verarbeiteten.⁹

5. Schließlich hatte die Landwirtschaft auch grundlegende Bedeutung für die Akkumulation und die Größe und Entwicklungsfähigkeit des inneren Marktes.

Um die Notwendigkeit der Agrarreform in den unterdrückten Ländern begründen zu können, ist es erforderlich, die Entwicklung des Agrarsektors während der Kolonialperiode in den Grundzügen zu umreißen:

7 *Yearbook of National Accounts Statistics* 1961, New York 1962, S. 250; *FAO Mediterranean Development Projekt*, Iraq, a. a. O., S. II/13; *Statistical Pocket-Book of the UAR 1952 - 1962*, hg. v. Administration of Public Mobilisation and Statistics, Kairo 1963, S. 123. - Es muß in dieser Beziehung vermerkt werden, daß der wirkliche Anteil der Landwirtschaft am erzeugten Nationaleinkommen wesentlich höher ist, als die verfügbare Statistik ausweist, da in der bürgerlichen Nationaleinkommensstatistik auch unproduktive Sphären der Ökonomik erfaßt werden, in denen kein Nationaleinkommen erzeugt wird (z. B. öffentliche und private Dienstleistungen, Finanzen usw.).

8 Irak ohne Erdölexporte. - Errechnet und zusammengest. nach: *International Financial Statistics*, New York, November 1962, S. 264 f.; *FAO Trade Yearbook* 1961, Bd. 15, Rom 1962; *Der Außenhandel der BRD*, hg. v. Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Ergänzungsreihe: Der Außenhandel des Auslandes; siehe auch *Grienig, Horst/Kück, G.*, Die Bedrohung der arabischen Länder durch die Agrarpolitik der EWG, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig*, Sonderbd. 2: Arbeiterklasse und nationaler Befreiungskampf, Leipzig 1963, S. 210.

9 *Dancig, B. M.*, Irak v prošlom i nastojaščem (Der Irak in Vergangenheit und Gegenwart), Moskau 1960, S. 193.

Hauptrichtungen der Entwicklung des Agrarsektors während der Kolonialperiode

Das Eindringen der entwickelten kapitalistischen Mächte in die Ökonomie der Länder Asiens und Afrikas¹⁰ und die Errichtung der Kolonialherrschaft über sie - ganz gleich in welcher konkreten Form sie erfolgte - hatte tiefgreifende politische, ökonomische und soziale Folgen. Die Wirtschaft dieser Länder, insonderheit die Landwirtschaft, wurde dem Weltmarkt, speziell der Ökonomie der Metropole, untergeordnet, die Länder verwandelten sich in Agrar- und Rohstoffanhängsel der Kolonialmächte. Für die Landwirtschaft brachte dieser Prozeß eine beschleunigte und ständige Zerstörung der Naturalwirtschaft. Von der Küste und den Verkehrsknotenpunkten ausgehend, dehnten sich bis in die inneren abgelegenen Gebiete die Ware-Geld-Beziehungen aus. Teilweise ist diese Erscheinung bis heute zu beobachten.

Die konkreten Formen der Unterordnung des Agrarsektors unter die Wirtschaft der Metropole, das heißt die Methoden, mit denen die Landwirtschaft der Kolonialländer in die kapitalistische Weltwirtschaft einbezogen wurden, sind verschieden. Während zum Beispiel die französische und italienische Kolonialmacht die Landwirtschaft Marokkos, Algeriens, Tunesiens und Lybiens vorwiegend direkt ihren Ausbeuterinteressen unterordnete, indem sie die besten Ländereien beschlagnahmte und auf ihnen eine durch Colons (aus den entsprechenden europäischen Ländern eingewanderte Siedler) und große Agrargesellschaften betriebene und auf den Export in die Mutterländer orientierte, kapitalistische Landwirtschaft aufbaute, ist die Unterordnung der Landwirtschaft der Länder des Nahen und Mittleren Ostens vor allem durch indirekte Formen und Methoden gekennzeichnet.¹¹ Sie

10 Im Manifest der Kommunistischen Partei schrieben Marx und Engels dazu: "Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen." (Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1954, S. 465.)

11 Das bedeutet keineswegs, daß in den Nah- und Mittelostländern kein ausländischer Besitz an Grund und Boden anzutreffen ist. In Ägypten betrug er z. B. im Jahre 1952 insgesamt 164 000 Feddan Land. (Siehe *Statistical Pocket Year-Book* 1953. Republic of Egypt, hg. v. Ministry of Finance and Economy, Statistical Department, Kairo 1954, S. 32.) Die Inbesitznahme der Ländereien durch Institutionen und Personen aus den Kolonialländern und die Errichtung großer auf den Export orientierter, kapitalistischer Landwirtschaftsbetriebe war jedoch in diesen Ländern nicht die Hauptmethode der Unterordnung des Agrarsektors unter die Wirtschaft der Metropole.

ging so vor sich, daß die traditionelle Agrarverfassung nur insoweit umgestaltet wurde, wie sie den Ausbeuterinteressen der Kolonialmächte widersprach; prinzipiell blieb sie jedoch unverändert. Die ursprüngliche Agrarverfassung und die Art der Einbeziehung der Landwirtschaft in die kapitalistische Weltwirtschaft gab und gibt noch heute der Agrarstruktur der einzelnen Länder ihr besonderes Gepräge. Entsprechend den Grundtypen kolonial geprägter Agrarverfassungen lassen sich drei Hauptgruppen von Ländern unterscheiden.

1. Länder mit einem kolonial-vorfeudalen Typ der Agrarstruktur. In dieser Ländergruppe haben die einheimischen feudalen, semifeudalen und kapitalistischen Produktionsverhältnisse keine Entfaltung erfahren oder sind nur in Anfangsformen entwickelt; es herrscht noch das Gemeineigentum der Stämme an Grund und Boden in dieser oder jener Form vor. Ein spezifisch koloniales Gepräge erhielt die Landwirtschaft vor allem dadurch, daß sie den in der Zirkulationssphäre herrschenden ausländischen Gesellschaften untergeordnet wurde. Zu dieser Ländergruppe gehören eine Reihe westafrikanischer Staaten.

2. Länder mit einem kolonial-halbfeudalen Typ der Agrarstruktur. Diese Agrarverfassung - auf die noch näher einzugehen ist - war für die Länder des Nahen und Mittleren Ostens charakteristisch.

3. Länder mit einem vorherrschenden kolonial-kapitalistischen Typ der Agrarverfassung. In dieser Staatengruppe, deren Landwirtschaft - wie oben dargestellt - direkt den Interessen der Kolonialmächte untergeordnet wurde, nimmt das fremdländische Eigentum an Grund und Boden eine dominierende Stellung ein. Neben diesem von außen "aufgepfropften" kapitalistischen Sektor existiert in der Landwirtschaft noch ein volkswirtschaftlich weniger bedeutender einheimischer Sektor. Als typisches Beispiel eines solchen Landes kann Algerien genannt werden.

Es versteht sich von selbst, daß es sich hier nur um Grundtypen von Agrarverfassungen handeln kann. In einzelnen Ländern und Regionen nehmen sie vielgestaltige Formen an, weisen unterschiedliche Stufen der Entwicklung bzw. des Zerfalls auf, sind zum Teil alle mehr oder weniger vorhanden, und nicht selten werden sie durch das Eigentum des Staates an Grund und Boden modifiziert. Dadurch hat die Agrarverfassung in jedem Land bzw. jeder Region ihre eigenen Besonderheiten, die bei der Agrarumgestaltung nicht unterschätzt werden dürfen. Allen Ländern ist jedoch gemeinsam, daß die vorhandene Agrarverfassung, ganz gleich welchen Typs, in tiefen Widerspruch zu den Erfordernissen der nationalen Entwicklung gerät.

Das Wesen der Agrarfrage besteht in den Entwicklungsländern in der Existenz dieser überlebten, reaktionären kolonial geprägten Agrarverfassung. Entsprechend dem Gegenstand der Analyse steht die Agrarverfassung kolonial-halbfeudalen Typs im Mittelpunkt der Betrachtung, da sie für die untersuchten Länder des Nahen und Mittleren Ostens charakteristisch war.

Die Integration der Landwirtschaft Ägyptens, Syriens und des Irak in die hochentwickelte Wirtschaft der entsprechenden Kolonialmacht trat in einer Spezialisierung der Agrarproduktion der genannten Länder auf einige wenige Erzeugnisse, die dem Marktbedürfnis der Kolonialmacht entsprach, zutage. Die Intensität, in der die Spezialisierung erfolgte, war sowohl in zeitlicher als auch räumlicher Hinsicht nicht gleichmäßig, sondern entsprechend den Interessen der Kolonialmächte differenziert. Während in Ägypten die Hauptrichtung der kolonialen Ausbeutung direkt den Agrarsektor betraf und dadurch diese Entwicklung in einer ausgeprägten Monokultur - der Baumwolle¹² - augenfällig wird, interessierte sich das internationale Monopolkapital im Irak und den Ländern der arabischen Halbinsel vor allem für die reichen Erdölvorkommen, und die Landwirtschaft ist bis heute schwächer mit dem Weltmarkt verbunden. Die daraus resultierenden Unterschiede sind jedoch nur quantitativer Art und ändern nichts am Wesen der Erscheinung.

Eine große Bedeutung für die Unterordnung der Landwirtschaft unter die Interessen der Kolonialmächte kam dem Auslandskapital zu, das in der Zirkulationssphäre speziell im Bereich des Handels und des Bankwesens angelegt war. Im Jahre 1914 entfielen zum Beispiel von den gesamten in der ägyptischen Wirtschaft investierten ausländischen Kapitalien in Höhe von rund 92 Millionen £E 54,5 Millionen £E auf Hypothekenbanken, 6,0 Millionen £E auf übrige Banken und Kreditanstalten und 12,3 Millionen £E auf landwirtschaftliche Gesellschaften.¹³ Obgleich - wie erwähnt - der ausländische Bodenbesitz an der Gesamtfläche der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Vergleich zum Beispiel zu den Maghrebländern relativ gering war, so übten die imperialistischen Mächte durch Agrar- und Hypothekenkredite in indi-

¹² Siehe hierzu im einzelnen *Voigt, Manfred*, Die Außenhandelsbeziehungen der Deutschen Bundesrepublik zu Ägypten (1949 - 1958), wirtschafswiss. Diss. Leipzig 1961, Kap. I.

¹³ *Haikal, A. F.*, Die Auswirkungen der britischen Kolonialpolitik auf die Wirtschaft Ägyptens, in: *Kolonialismus und Neokolonialismus in Nordafrika und Nahost*, Berlin 1964, S. 233.

rekter Form einen unmittelbaren Einfluß auf einen großen Teil der landwirtschaftlichen Betriebe aus. Die mächtigste ausländische Bank dieser Art war in Ägypten die Crédit Foncier Egyptien, eine von französischem Kapital beherrschte Finanzinstitution.¹⁴

Schließlich besaßen die imperialistischen Mächte oft noch die bedeutendsten Bewässerungssysteme¹⁵, wodurch sie eine Schlüsselstellung in der Landwirtschaft dieser Staaten einnahmen.

Die Unterordnung der Landwirtschaft unter die kapitalistische Weltwirtschaft brachte in der sozialökonomischen Entwicklung des Agrarsektors Ägyptens, Syriens und des Irak äußerst widersprüchliche Resultate. Die Verdrängung der Naturalwirtschaft infolge der beschleunigten Entfaltung der Ware-Geld-Beziehungen und die Spezialisierung der Agrarproduktion führten zur Unterhöhnung der traditionellen patriarchalischen Stammesbeziehungen, der feudalen Wirtschaftsstruktur überhaupt. Friedrich Engels bemerkte zu diesem Prozeß: "Der orientalische Despotismus und die wechselnde Herrschaft erobernder Nomadenvölker konnten diesen alten Gemeinwesen Jahrtausende hindurch nichts anhaben; die allmähliche Zerstörung ihrer naturwüchsigen Hausindustrie durch die Konkurrenz der Erzeugnisse der großen Industrie bringt sie mehr und mehr in Auflösung."¹⁶ Gleichzeitig war die Spezialisierung der Agrarproduktion mit der Herausbildung und Entfaltung des inneren Marktes verbunden. Darüber hinaus schufen die Ausweitung der Ware-Geld-Beziehungen, die Spezialisierung der Agrarproduktion sowie die fortschreitende gesellschaftliche Arbeitsteilung im Agrarsektor notwendige, jedoch - wie die Entwicklung der Landwirtschaft dieser Länder zeigt - nicht ausreichende Bedingungen für das schnelle Entstehen kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft. Insofern dieser Prozeß jedoch Voraussetzungen für das Entstehen neuer, höherer Produktionsverhältnisse, das heißt kapitalistischer Produktionsverhältnisse schuf und erweiterte, war er im Wesen der Sache - von den Formen und Methoden, in der er infolge der kolonialen Einflußnahme vor sich ging, abgesehen - progressiv. In der Tat war der Prozeß der Ausdehnung der Ware-Geld-Beziehungen nicht von einem entsprechend schnellen Wachstum kapitalistischer Pro-

14 Siehe *Fridman, L. A.*, Kapitalističeskoe razvitie Egipta (Die kapitalistische Entwicklung Ägyptens) (1882 - 1939), Moskau 1963, S. 89 f.

15 Ebenda.

16 *Engels, Friedrich*, Herrn Eugen Dührings Umwälzungen der Wissenschaft ("Anti-Dühring"), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 150.

duktionsverhältnisse begleitet. Im Gegenteil verlief dieser Prozeß, da er nicht so sehr den nationalen Bedingungen als vielmehr den Erfordernissen der kolonialen Ausbeutung entsprach, unter prinzipieller Beibehaltung, ja sogar direkter politischer und ökonomischer Stärkung der feudalen Kräfte. Diese, der anderen Entwicklungsrichtung diametral entgegengesetzte Tendenz hatte ihre Ursache darin, daß die Kolonialherren die relativ entwickelte Oberschicht - Feudalherren, Stammesscheiks, die Hofaristokratie, privilegierte Beamte - als soziale Stütze ihrer Herrschaft und Ausbeutung ausnutzen und sie deshalb ökonomisch und politisch stärkten. Besonders offensichtlich wurde dies darin, daß die Kolonialmächte unmittelbar dazu beitrugen, das Monopol der Großgrundbesitzer an Grund und Boden - dem wichtigsten Produktionsmittel der Landwirtschaft - herauszubilden, zu entwickeln und zu festigen. War vor der kolonialen Einflußnahme in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens im allgemeinen das Eigentum des Staates an Grund und Boden charakteristisch¹⁷, so verstärkte sich mit ihr die Übergabe des Landes an die proimperialistische Oberschicht. Myrdal beschrieb die Auswirkung der imperialistischen Einflußnahme auf die Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft Ägyptens wie folgt: "Die Auswirkungen auf die Grundeigentumsverhältnisse waren besonders stark, da die Kolonialmacht versuchte, eine Schicht von Grundeigentümern zu schaffen, deren Interessen eng mit den ihren verbunden waren, und mit deren Hilfe sie ihren Einfluß auf Ägypten verstärken und festigen konnten."¹⁸

Eine Hauptmethode, die dabei zur Anwendung gelangte, war die "Katastererfassung"¹⁹ des Landes. Sie war in allen untersuchten Ländern

17 Karl Marx schrieb darüber: "Der Staat ist hier der oberste Grundherr. Die Souveränität ist hier das auf nationaler Stufe konzentrierte Grundeigentum. Dafür existiert dann aber auch kein Privateigentum, obgleich sowohl Privat- wie gemeinschaftlicher Besitz und Nutzung des Bodens." (*Marx, Karl*, Das Kapital, Bd. 3, in: *Marx/Engels, Werke*, Bd. 25, Berlin 1964, S. 799.)

18 Myrdal, G., Development and Underdevelopment, in: Economic Bulletin, National Bank of Egypt, zit nach: *Khalil, S.*, Grundeigentum und Landreform in Ägypten, Diss. Bonn 1959, S. 23.

19 Gleichzeitig gelangten noch eine Reihe anderer Methoden zur Anwendung. Über die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft während der Kolonialperiode siehe: *Alitovskij, S. N.*, Agrarnyj vopros v sovremennom Irake (Die Agrarfrage im heutigen Irak), Moskau 1966, S. 3 - 40; *Gataullin, M. F.*, Agrarnye otnošenije v Sirii (Die Agrarverhältnisse in Syrien), Moskau 1957, S. 34 - 40, 42 - 45, 53 - 56; *Dancig, B. M.*, a. a. O., S. 131 - 139; *Agrarnyj vopros i nacional 'no-osvoboditel'noe dviženie* (Die Agrarfrage und die nationale Befreiungsbewegung), Moskau 1963, S. 25 u. 109 f.; *Khairi, Zeki*, Report on Agrarian Reform, in: Iraq Review, Bagdad,

mit der Expropriation der unmittelbaren Produzenten von ihrem Grund und Boden verbunden, führte zur Übergabe des Bodenfonds des Staates bzw. der Gemeinden in die Hände einer privilegierten Oberschicht und legalisierte diesen Landraub juristisch. So waren im Irak im Jahre 1932, als das Landsiedlungsgesetz erlassen wurde, noch 85 Prozent des kultivierten Landes staatliches bzw. kollektives Eigentum.²⁰ Über die Auswirkung des Gesetzes, das mit einer Katastererfassung des Landes verbunden war, schreibt Fischer: "Die praktische Auswirkung des Gesetzes war, daß durch entsprechende Manipulationen das kollektive Stammeseigentum sich in persönliches Eigentum der Scheiks verwandelte und das Staatsland vorzugsweise in den Besitz einflußreicher Persönlichkeiten gelangte."²¹

Gleichzeitig erhielten die Großgrundbesitzer von den Kolonialmächten noch eine Reihe anderer politischer und ökonomischer Privilegien. Beispielsweise wurden sie von Zahlungen der Grundsteuern und anderen Abgaben an den Staat völlig oder teilweise befreit.

Unter diesen Bedingungen entstand die paradoxe Situation, daß die Kolonialherrschaft - ganz gleich in welcher konkreten Form sie ausgeübt wurde (direkte Kolonialherrschaft, Mandatsystem oder Beibehaltung der formalen staatlichen Souveränität) - mit der Ausweitung der Ware-Geld-Beziehungen, der Spezialisierung der Agrarproduktion und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung im Agrarsektor objektive Voraussetzungen für eine schnelle kapitalistische Entwicklung schuf, bzw. diese erweiterte, gleichzeitig jedoch die vorkapitalistischen Kräfte stärkte und ihre Herrschaft konservierte, das heißt die kapitalistische Entwicklung des Agrarsektors maximal hemmte. In gleicher Richtung wirkte auch die Verhinderung der nationalen Industrialisierung seitens der Kolonialmächte auf die Entwicklung des Agrarsektors.²²

Unter diesen in sich widersprüchlichen Entwicklungsbedingungen bildete sich eine agrare Struktur besonderer Art heraus, die kolonial-

Bd. 1, Nr. 27 u. 28; *Hairi, Ziki*, Taqrir 'an mašākil fi al-išlāh al-zira'ī (Bericht über Probleme der Bodenreform), Bagdad 1960, S. 12 - 16.

20 *Fischer, K. H.*, Die Landwirtschaft im Irak, in: Berichte über Landwirtschaft, H. 2, 1957, S. 458.

21 Ebenda, S. 458 f.

22 Im Hinblick darauf muß vor allem die Tatsache erwähnt werden, daß - wie noch zu zeigen sein wird - die Verhinderung der Industrialisierung die agrare Überbevölkerung förderte, die ein wesentliches Hemmnis der kapitalistischen Entwicklung des Agrarsektors ist.

halbfeudalen Charakter trug. Den unreifen, widersprüchlichen Bedingungen entsprangen unreife Übergangsformen der Produktionsverhältnisse, die mit typisch kolonialen Merkmalen behaftet waren. Trotz der Mannigfaltigkeit der Formen, die einer jeden Übergangsperiode eigen sind²³, handelte es sich im Wesen um eine Verschmelzung von vorkapitalistischen und kapitalistischen Formen der Produktionsverhältnisse.

Die untrennbare Einheit von kolonialen und halbfeudalen Charaktermerkmalen, die der Agrarstruktur der untersuchten Länder ein spezifisches Gepräge verliehen, wird von vielen bürgerlichen Ökonomen geleugnet. Sie versuchen, das Wesen der Agrarverfassung, die vor der Agrarumgestaltung herrschte, einseitig auf die feudalen und halbfeudalen Merkmale zu reduzieren, um damit die Ursachen der Rückständigkeit der Landwirtschaft, der Not und Armut der Dorfbevölkerung sowie der sich aus der Agrarverfassung ergebenden Widersprüche im Interesse einer neokolonialistischen Expansion zu verschleiern. Nur die dialektische Einheit von kolonialen und halbfeudalen Merkmalen bringt den Charakter der Agrarverfassung in den untersuchten Ländern klar zum Ausdruck und gestattet, notwendige Schlußfolgerungen für die Richtung, die Formen und Methoden der notwendigen Agrarumgestaltung zu ziehen. Die wichtigste Schlußfolgerung für die Agrarumgestaltung dürfte darin bestehen, daß sie entsprechend der gegebenen Agrarverfassung objektiv in antifeudaler und antikolonialer bzw. antineokolonialistischer Richtung erfolgen muß.

Grundzüge der Agrarverfassung Ägyptens, Syriens und des Irak vor der Agrarreform

Das wesentlichste Merkmal der Agrarverfassung in den untersuchten Ländern bildete das Monopol der Großgrundbesitzer an Boden und teilweise an Wasser.²⁴ Der überwältigende Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche war in den Händen einer kleinen Schicht von Grundbesitzern konzentriert. In Ägypten besaßen 1952 etwa 0,7 Prozent aller Bodenbesitzer mit über 30 Feddan Land (1 Feddan = 0,42 Hektar) 40,0 Prozent des gesamten Bodens, der sich in Privathand befand.²⁵ Darüber hinaus beherrschten die Großgrundbesitzer noch indirekt den

23 Lenin, W. I., Werke, Bd. 3, Berlin 1960, S. 188.

24 Über das Monopol der Großgrundbesitzer an Boden und Wasser siehe auch Khalatbari, P., Agrarfrage im Iran, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1961, S. 1 ff.

25 Vgl. *Statistical Pocket Yearbook* 1953. Republic of Egypt, hg. v. Ministry of Finance and Economy, Statistical Department, Kairo 1954, S. 33.

staatlichen Bodenfonds.²⁶ Allein 5 300 der größten Grundeigentümer (0,2 Prozent aller Eigentümer von Land) verfügten über 1 614 000 Feddan Land, das heißt über 27,1 Prozent des gesamten privaten Bodenbesitzes, während 2,64 Millionen kleine und kleinste Bodenbesitzer (94,2 Prozent aller Eigentümer von Land) nur 2 122 000 Feddan Land oder 35,5 Prozent der besagten Gesamtfläche besaßen. Die königliche Familie hatte 180 000 Feddan Land in ihren Händen konzentriert.²⁷

T a b e l l e 1

Verteilung des Landeigentums in Ägypten nach
Größengruppen im Jahre 1952

Größengruppe (in Feddan)	Eigentümer		Fläche	
	Anzahl (in 1000)	in Prozent der Gesamt- zahl	Umfang (in 1000 Feddan)	in Prozent der Gesamt- fläche
bis 1	2 018,1	72,0	778	13,0
1 - 5	623,8	22,2	1 344	22,5
5 - 10	79,3	2,8	526	8,8
10 - 20	46,8	1,8	638	10,7
20 - 30	13,1	0,5	309	5,0
30 - 50	9,2	0,3	344	5,7
50 - 100	6,4	0,2	429	7,2
100 - 200	3,2	0,1	437	7,3
über 200	2,1	0,1	1 177	19,8
	2 802,0	100	5 982	100

Quelle: *Statistical Pocket Year-Book 1953*. Republic of Egypt, hg. v. Ministry of Finance and Economy, Statistical Department, Kairo 1954, S. 33.

In Syrien umfaßten die Besitzungen über 50 Hektar nach einer Schätzung der Weltbank 59 Prozent des gesamten privaten Bodenfonds, während der bäuerliche Bodenbesitz bis zu 10 Hektar Fläche nur mit

²⁶ Über das Ausmaß des staatlichen Bodenfonds siehe ebenda, S. 32.

²⁷ *Vatolina, L.*, *Ökonomika OAR (Die Wirtschaft der VAR)*, Moskau 1962, S. 9 f.

13 Prozent beteiligt war.²⁸ Gleichzeitig beherrschten auch hier die Großgrundbesitzer noch den wesentlichsten Teil des staatlichen Bodenfonds²⁹, der etwa 23 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche umfaßte.³⁰ Allein 304 Großgrundbesitzer besaßen mehr als 500 und davon 95 sogar mehr als 1 000 Hektar bewässerten Landes. Auf den unbewässerten Ländereien gab es 1914 Grundbesitzer mit mehr als 500 Hektar Land, darunter 333 Grundbesitzer mit mehr als 1 000 Hektar Land.³¹

T a b e l l e 2

Verteilung der Landbesitzungen nach Größengruppen in Syrien im Jahre 1958 (alle Besitzungen)

Größengruppe in ha	Anzahl der Besitzungen	
	bewässertes Land	unbewässertes Land
1 - 50	42 752	225 424
50 - 100	780	15 264
100 - 500	546	5 297
50 - 1 000	209	1 581
über 1 000	95	333
Gesamt	44 382	247 899

Quelle: *The Year-Book 1959, The United Arab Republic, Kairo* o. J., hg. v. Information Department, S. 261/62.

In noch ungerechterer Weise war der Grundbesitz vor der Revolution im Irak verteilt. Nach dem Landwirtschaftszensus von 1958/59³² um-

28 *The Economic Development of Syria*, hg. v. International Bank for Reconstruction and Development, Baltimore 1955, 3. Aufl. 1963, S. 354 f.

29 Gataullin, M. F., a. a. O., S. 44 f.

30 *The Economic Development of Syria*, a. a. O.

31 Siehe *The Yearbook 1959. The United Arab Republic*, hg. v. Information Department, Kairo o. J., S. 261 f. - Von den statistischen Angaben der Tabelle 2 etwas abweichende Angaben über die Zahl der Großgrundbesitzungen sind in einem UN-Bericht enthalten. Siehe *Economic Development in the Middle East 1958 - 1959, Supplement to World Economic Survey*, hg. v. United Nations, Department of Economic and Social Affairs, New York 1960, S. 62.

32 *Results of the Agricultural and Livestock Census in Iraq for the Year 1958 - 1959*, Republic of Iraq, hg. v. Ministry of Planning, Central Bureau of Statistics, Bagdad 1961, S. 9.

faßten die Besitzungen über 200 Donum (1 Donum = 0,25 Hektar) - das sind 7,0 Prozent der Gesamtzahl aller Besitzungen - 78,7 Prozent des gesamten landwirtschaftlich genutzten Bodens des Landes, während andererseits 64 Prozent aller Besitzungen (bis 30 Donum) nur 3,6 Prozent der gesamten besagten Bodenfläche einnahmen. Acht der größten Bodenbesitzungen umfaßten größere Landflächen als alle Besitzungen über 30 Donum. In der Provinz (Liwa) Basra konzentrierte ein Grundbesitzer so umfangreiche Dattelpflanzungen in seinen Händen, daß er ein Drittel der gesamten irakischen Dattelerzeugung beherrschte.³³

T a b e l l e 3

Grundbesitzverhältnisse in der irakischen Landwirtschaft vor Einführung der Agrarreform - Verteilung der Landbesitzungen nach Größengruppen (alle Arten von Landbesitz)

Größengruppe in Donum	Besitzungen		Fläche	
	Anzahl	in %	in Donum	in %
weniger als 1	23 089	9,1	8 599	0,0 (0,03)
1 - 10	90 496	35,8	336 726	1,0
10 - 20	30 431	12,0	411 152	1,3
20 - 30	18 038	7,1	419 151	1,3
30 - 50	22 580	8,9	841 181	2,6
50 - 100	29 884	11,8	2 055 856	6,4
100 - 200	21 000	8,3	2 788 997	8,7
200 - 500	10 508	4,2	3 010 015	9,4
500 - 1 000	2 916	1,2	1 992 431	6,2
1 000 - 2 000	1 832	0,7	2 560 190	8,0
2 000 - 10 000	2 128	0,8	8 550 322	26,6
über 10 000	352	0,1	9 180 193	28,5
Gesamt	253 254	100	32 154 813	100

Quelle: *Results of the Agricultural and Livestock Census in Iraq for the Year 1958 - 59*, Republic of Iraq, hg. v. Ministry of Planning, Central Bureau of Statistics, Bagdad 1961, S. 9.

³³ Siehe *Gataullin, M. F.*, Irakskaja Respublika (Die Irakische Republik), in: *Agrarneye reformy v stranach Vostoka*, a. a. O., S. 185.

Auf bewässerten Ländereien fand das Monopol an Grund und Boden seine Ergänzung im Monopol der Großgrundbesitzer an Wasser. Mangels anderer Kapitalanlagensphären legten zahlreiche Grundeigentümer, Händler, Wucherer, privilegierte Beamte usw. ihre akkumulierten Geldmittel in Bewässerungsanlagen an, wodurch sie nicht nur zusätzliche Bodenflächen in ihren Händen konzentrieren konnten, sondern vor allem in Syrien und im Irak auch die Wasserquellen monopolisierten. Wie bereits erwähnt, wurden oft die bedeutendsten Bewässerungsanlagen vom Auslandskapital beherrscht.

Die spezifische Erscheinungsform, die den Übergangscharakter der Agrarverfassung verdeutlichte, war das in den Ländern dominierende Bewirtschaftungssystem, das zwangsläufig den Eigentumsverhältnissen entsprang. Dieses Bewirtschaftungssystem ist dadurch charakterisiert, daß der Grundbesitz im allgemeinen nicht durch eine oder mehrere große Betriebseinheiten (Gutswirtschaften) bewirtschaftet wird, sondern in kleinen Parzellen an landlose oder landarme Bauern zur Verpachtung gelangt. Die Verbreitung der Pachtbeziehungen zeigt sich darin, daß im Jahre 1949 in Ägypten mehr als 60 Prozent des gesamten Ackerlandes in Pacht gegeben³⁴, das heißt vom Grundeigentümer nicht selbst bewirtschaftet wurden. Die vorherrschende Form der Pachtbeziehungen zwischen Grundbesitzer und Pächter war die Teilpacht. Die Teilpacht existierte in den untersuchten Ländern in vielfältigen Formen.³⁵

Im allgemeinen wurde jedoch die erzeugte Ernte entsprechend den "Produktionselementen", die Großgrundbesitzer und Pächter zur Wirtschaftsführung beitrugen, unter beiden Parteien geteilt. In der Regel stellte der Pächter neben seiner Arbeitskraft noch die tierischen Produk-

34 *Marai, S.*, U. A. R. Agriculture Enters a New Age. An Interpretative Survey, Kairo 1960, S. 41.

35 Über Wesen, Entwicklung und Formen des Teilpachtsystems gibt es eine Reihe grundlegender marxistischer Analysen, so daß in diesem Zusammenhang nur auf einige Grundzüge eingegangen werden soll. Siehe dazu u. a. *Khalatbari, P.*, a. a. O.; *Al-Kala, A. R. A.*, Versuch einer Analyse der Struktur der Volkswirtschaft Syriens nach Erringung der politischen Unabhängigkeit, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1962, S. 75 ff.; *Al-Kaylani, M. H. I.*, Die ökonomischen Grundlagen der nationalen Front im Libanon, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1962, S. 61 ff.; *Maksimov, M. A./Rastjannikov, V. G.*, Agrarne reformy v stranach Vostoka (Agrarreformen in den Ländern des Ostens), in: *Agrarne reformy v stranach Vostoka*, a. a. O., S. 19 ff.; *Moiseev, P. P.*, *Agrarne otnošenija v sovremennoj Turcii* (Die Agrarverhältnisse in der heutigen Türkei), Moskau 1960, S. 57 ff.; *Dancig, B. M.*, a. a. O., S. 140 ff.; *Sovremennyj, Iran* (Der heutige Iran), Handbuch, Moskau 1957, S. 148 ff.; *Gataullin, M. F.*, *Agrarne otnošenje v Sirii*, a. a. O., S. 58 ff.

tionsmittel und das Saatgut, während vom Grundbesitzer neben dem Grund und Boden noch das Wasser und der andere Teil der Produktionsmittel zur Wirtschaftsführung beigesteuert wurden. Somit beanspruchte der Grundeigentümer über die Grundrente hinaus noch einen Teil des Produktes als Verleiher von Produktionsmitteln, und dem Pächter kam neben seiner eingebrachten Arbeitskraft auch ein Teil des Produktes als Besitzer des anderen Teils der Produktionsmittel zu.³⁶ Das Teilpachtsystem war eines der brutalsten und räuberischsten Systeme der Ausbeutung der Landbevölkerung durch den Großgrundbesitzer. Obwohl die Höhe und die Formen der Pachtzahlungen im einzelnen von vielen Faktoren, wie Bodenfruchtbarkeit, Art des Anbaus und der erzeugten Produkte, Ausmaße der agraren Überbevölkerung und der dadurch bedingten Konkurrenz zwischen den Pächtern, der Macht der Großgrundbesitzer usw., abhängig war³⁷, kann jedoch allgemein festgestellt werden, daß der Großgrundbesitzer dem Bauern das gesamte Mehrprodukt und nicht selten einen Teil des notwendigen Produkts entzog. Pachtsicherheiten garantierte das Teilpachtsystem dem unmittelbaren Produzenten in keiner Weise. Nur selten überstieg der Pachtzeitraum ein Jahr, in Ägypten betrug er mitunter nicht einmal eine Vegetationsperiode. Dadurch war der Pächter vollständig der Willkür des Grundeigentümers ausgeliefert. Langfristige Maßnahmen zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit, zur Verbesserung der Produktionsbedingungen überhaupt, waren für den Pächter unmöglich, da er daraus keinen Nutzen zu ziehen vermochte.

Seinem Charakter nach stellt das Teilpachtsystem eine Übergangsform von der "ursprünglichen Form der Rente zur kapitalistischen Rente" dar.³⁸ Es vereint in sich sowohl feudale als auch kapitalistische

36 Marx schrieb in bezug auf ähnliche Bewirtschaftungssysteme in Europa, die er Metäriewirtschaft nannte, folgendes: "Auf der einen Seite soll der Maier, ob er nur eigne oder auch fremde Arbeit anwende, Anspruch haben auf einen Teil des Produkts, nicht in seiner Qualität als Arbeiter, sondern als Besitzer eines Teils der Arbeitswerkzeuge als sein eigener Kapitalist. Auf der andren Seite beansprucht der Grundeigentümer seinen Anteil nicht ausschließlich auf Grund seines Eigentums am Boden, sondern auch als Verleiher von Kapital." (Marx, Karl, a. a. O., S. 811.) Siehe dazu auch *Khalatbari, P.*, Zur Gruppierung der Entwicklungsländer nach dem Kriterium der Agrarfrage, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie, Nr. 4/1964, S. 424.

37 In Ägypten z. B. herrschte auf Grund des vorwiegenden Anbaus von agraren Rohstoffen für die Industrie die Geldrente als abgeleitete Form der Produktionsrente vor. Diese Besonderheit ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß es sich im Wesen um vorkapitalistische Formen der Pacht handelte.

38 Marx, Karl, a. a. O., S. 811.

Wesensmerkmale. Der Pächter ist weder ein doppelt freier Lohnarbeiter, da er noch gewisse Produktionsmittel besitzt und neben der ökonomischen Abhängigkeit vom Grundbesitzer durch vielfältige Formen des außerökonomischen Zwanges geknechtet und ausgebeutet wird, noch kapitalistischer Pächter, weil er nur über begrenzte Entscheidungsmöglichkeiten im Produktionsprozeß und über wenig Produktionsmittel verfügt. Im gleichen Sinne unterscheidet sich Grundeigentümer sowohl vom Feudalherren traditionellen Typs als auch vom kapitalistischen Unternehmer.

Die Teilpacht vereinigt weiterhin in sich Elemente der Natural- und der Warenwirtschaft. Warencharakter nimmt in der Regel nur der dem Grundeigentümer zufallende Teil der Ernte und ein sehr begrenzter Teil des dem Pächter verbleibenden Produkts an. Die Unterordnung der Landwirtschaft unter die Ware-Geld-Wirtschaft blieb folglich unvollkommen und einseitig. Die Bodenrente verwandelte sich in einen kolonialen und feudalen Tribut.

Das Auslandskapital hatte - und dies sei an dieser Stelle besonders vermerkt, da es in der einschlägigen Literatur oft nicht konstatiert wird - durch den Besitz von Grund und Boden, von Bewässerungsanlagen und anderen Mobilien und Immobilien einen direkten Anteil an der Grundrente in der Landwirtschaft dieser Staaten. Gleichzeitig war es vor allem über die eindeutig beherrschten Positionen in der Zirkulationssphäre in vielfacher Weise auch direkt an der Ausbeutung der Bauernschaft beteiligt. In diesem Zusammenhang soll nur an den nicht-äquivalenten Austausch und an die Ausbeutung der Bauern durch das System der Banken, speziell der Agrarkredit- und Hypothekenbanken erinnert werden.

Es ergibt sich die Frage, warum die Übergangsformen der Produktionsverhältnisse so lange, bis ins 20. Jahrhundert, existieren konnten, ohne sich schnell in das höhere System kapitalistischer Wirtschaftsbeziehungen zu verwandeln, wie das ehemals in den heute industriell hochentwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas der Fall war. Der Grund dafür lag in einer Reihe von Umständen, die, vor allem der kolonialen Unterdrückung dieser Länder entspringend, die Entfaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse hemmten. Drei Hauptfaktoren waren dabei entscheidend:

1. Die Existenz des Monopols der Großgrundbesitzer an Boden und Wasser, das während der Kolonialperiode - wie oben dargestellt - entstand bzw. erweitert und gefestigt wurde.

2. Eine extrem entwickelte agrare Überbevölkerung infolge der fehlenden Industrialisierung dieser Länder.
3. Die mangelnden bzw. völlig fehlenden Akkumulationsmöglichkeiten der Bauernschaft.

Die primäre Existenzgrundlage des Systems war das Monopol der Großgrundbesitzer an Boden und Wasser. Ohne Einschränkung dieses Monopols ist kein grundlegender Fortschritt bezüglich der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft zu erreichen.

Auch die agrare Überbevölkerung entstand und entwickelte sich im Zuge der kolonialen Einflußnahme. Der Imperialismus unterhöhlt und zerstört die traditionelle sozialökonomische Struktur in den untersuchten Ländern, behindert aber gleichzeitig das Entstehen einer eigenständigen kapitalistischen Entwicklung in allen Wirtschaftszweigen, besonders im Sektor der Industrie. Die massenhafte Ruinierung der kleinen Warenproduzenten der Städte und die Expropriation der Bauernschaft bei gleichzeitiger Hemmung der eigenständigen industriellen Entwicklung seitens der Metropole schuf eine enorme relative Überbevölkerung, die ständig - nicht zuletzt auf Grund des schnellen Bevölkerungswachstums - auf höherer Stufe reproduziert wurde. Die in der Landwirtschaft laufend freigesetzten Arbeitskräfte konnten in den anderen Sphären der Ökonomie keine Beschäftigung finden. Nach Berechnungen der FAO wurde das Arbeitskräftepotential in der Landwirtschaft Syriens und des Irak nur 160 bzw. 196 Tage im Jahr (1956) ausgenutzt.³⁹ In Ägypten betrug die Beschäftigung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ebenfalls nur 151 Tage im Jahr (1953).⁴⁰

- 39 *FAO Mediterranean Development Project. The Integrated Development of Mediterranean Agriculture and Forestry in Relation to Economic Growth, Study and Proposals for Action*, hg. v. FAO, Rom 1959, S. 43.
- 40 *Economic Bulletin*, hg. v. National Bank of Egypt, Nr. 1/1962, S. 16. - Nach einzelnen Provinzen ergibt sich folgende durchschnittliche Beschäftigung (Zahl der Arbeitstage im Jahr):

Provinz	Männer	Frauen	Kinder
Charbia	185	140	140
Sharkia	180	120	170
Assuan	175	115	90
Assiut	150	140	100
Giza	220	160	190

(Quelle: *Labour Survey of North Africa*, hg. v. International Labour Office, Genf 1960, S. 101.)

Diese Situation zwang die Bauern bei Strafe ihres Untergangs, unter allen Bedingungen vom Großgrundbesitzer Land zu pachten. Für letztere bestand folglich im allgemeinen keinerlei Anreiz, sich der modernen Agrartechnik zu bedienen und ihre Ländereien auf kapitalistischer Grundlage zu bearbeiten, sicherten doch die Not und das Elend der Bauernschaft den Großgrundbesitzern ständig eine Armee billiger Arbeitskräfte, die gezwungen waren, unter unwürdigsten Bedingungen Land zu pachten. Die Verpachtung von Land im System der Teilpacht garantierte dem Großgrundbesitzer Einnahmen, die er bei keiner anderen Kapitalanlage zu erzielen vermochte⁴¹, wodurch die Verpachtung des Landes auf vorkapitalistischer Grundlage in der Regel für ihn rentabler war als der Übergang zur kapitalistischen Wirtschaftsführung.

"Die Entwicklung der rein kapitalistischen Lohnarbeit trifft das System der Abarbeit an den Wurzeln"⁴², schrieb Lenin bei seiner Untersuchung der Agrarverfassung Rußlands. Eben dieser Faktor fehlte jedoch in den untersuchten Ländern infolge des Arbeitskräfteüberschusses und der fehlenden Industrialisierung völlig. Somit trug die Hemmung der industriellen Entwicklung durch die Kolonialmächte gleichzeitig zur Konservierung der rückständigen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft dieser Staaten entscheidend bei. Die Verwandlung der Großgrundbesitzer in kapitalistische Unternehmer und der Pächter in Lohnarbeiter erfolgte also langsam, einseitig und deformiert, für die breiten Massen der Landbevölkerung auf äußerst qualvolle Weise, auf dem Wege der "unproletarischen Verarmung" der unmittelbaren Produzenten. Sie ist oft äußerlich kaum wahrnehmbar. Lenin schrieb über diese Richtung der kapitalistischen Entwicklung: "Schließlich muß festgestellt werden, daß das System der Abarbeit bisweilen in kapitalistisches System übergeht und mit diesem derart verschmilzt, daß es fast unmöglich wird, das eine vom anderen zu trennen und zu unterscheiden."⁴³ In Ägypten, Syrien und im Irak war diese Erscheinung von primärer Natur.

Ebenso wie die bestehende Situation die Evolution der Großgrundbesitzerwirtschaften in kapitalistische Unternehmerbetriebe behinderte, erschwerte sie auch die Differenzierung der Bauernschaft. Die kolonial-halbfeudale Ausbeutung der Landbevölkerung setzte die Akkumu-

41 *Khalatbari, P.*, a. a. O.

42 *Lenin, W. I.*, a. a. O., S. 203 f.

43 *Ebenda*, S. 192.

lation und damit der erweiterten Reproduktion seitens der Bauernschaft enge Grenzen bzw. verhinderte sie völlig. Selbst wenn die wohlhabenden Schichten der Bauern gewisse Geldsummen akkumulieren konnten, waren sie nicht in der Lage, die Produktionsmittel zu kaufen, die die Erweiterung ihrer Wirtschaften erheischte, da speziell der Grund und Boden und die Wasserquellen bereits monopolisiert waren.⁴⁴ Dies alles mußte die Differenzierung der Bauernschaft grundlegend hemmen, die Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse von "unten" erschweren. Kapitalistische Entwicklungstendenzen konnten sich folglich weniger in der Weise durchsetzen, daß ein Teil der Pächter bzw. der Bauernschaft überhaupt sich zu kapitalistischen Pächtern bzw. Unternehmern entwickelten, sondern vor allem auf dem Wege der kapitalistischen Evolution der Großgrundbesitzerwirtschaften bei gleichzeitiger Verwandlung der Masse der Teilpächter in Lohnarbeiter, wobei die vielfältigsten vorkapitalistischen Formen und Methoden ihrer Ausbeutung weiterhin bestehen blieben. Es bildeten sich vorwiegend niedere Formen kapitalistischer Wirtschaften heraus die die Masse der Arbeitskräfte unterworfen, die technische Basis der Produktion jedoch nicht verändert hatten.⁴⁵

Eines der Hauptmerkmale des Agrarsystems der untersuchten Länder ist folglich sein statisches Wesen. Auf Grund der geringen Impulse für eine kapitalistische Entwicklung existieren die Übergangsformen der Produktionsverhältnisse über einen längeren Zeitraum in fast unveränderter Gestalt, so daß von einer relativen Versteinerung bzw. Erstarrung der Übergangsverhältnisse gesprochen werden kann.

Kapitalistische Produktionsverhältnisse reinen Typs und die ihnen entsprechenden Bewirtschaftungsmethoden - breite Anwendung der modernen Agrartechnik mittels doppeltfreier Lohnarbeiter - entwickelten sich in der Regel in den relativ spät kolonisierten Regionen, in denen die feudalen Überreste nicht so stark entwickelt waren und vor allem die agrare Überbevölkerung nicht massenhaften Charakter annahm (Geziragebiet in Syrien), oder in den Gebieten, in denen die Spezifik des Anbaus einer Großflächenwirtschaft a priori begünstigte (zum Beispiel Zuckerrohranbaugelände Ägyptens). Die Entwicklung einer kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft war in der Regel mit dem Eindringen kapitalkräftiger städtischer Schichten in den Agrarsektor verbunden.

44 Maksimov, M. A./Rastjannikov, V. G., a. a. O., S. 12 ff.

45 Ebenda, S. 17 ff.

Trotz der allgemeinen Grundzüge, die für alle untersuchten Länder gleichermaßen charakteristisch sind, gab es zwischen ihnen und zwischen einzelnen Regionen eines Landes nicht unbeträchtliche Unterschiede in den Agrarverhältnissen. Diese Unterschiede resultierten vor allem aus den historischen Besonderheiten der Entwicklung in jedem Land und traten vor allem im Niveau der Entfaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse innerhalb des bestehenden kolonial-halbfeudalen Agrarsystems zutage.

Im Irak prädominierten die feudalen Überreste am stärksten; die kapitalistischen Tendenzen in der Landwirtschaft waren relativ schwach. Die Agrarverfassung entwuchs erst in jüngster Zeit dem Stammessystem, wodurch wesentliche Rudimente der traditionellen Stammesbeziehungen bis in die Gegenwart erhalten blieben.⁴⁶ Vor allem in einigen Liwas der zentralen Regionen und im Unterirak gaben die patriarchalischen Überreste der Agrarverfassung ein spezifisches Gepräge. Die Stammes-scheiks, die sich in Großgrundbesitzer verwandelt hatten, übten noch eine Reihe traditioneller außerökonomischer Funktionen aus, was die Ausbeutung der Fellachen verstärkte. So oblag ihnen die Gerichtsbarkeit des Stammes; sie hatten eigene Gefängnisse und Privatarmeen, die zur Unterdrückung der Fellachen eingesetzt wurden.⁴⁷ Die Bewirtschaftung in Form der Teilpacht dominierte in diesen Gebieten bei weitem. Ein anderer Weg der Formierung des Großgrundbesitzes bestand darin, daß städtische Unternehmerschichten zu Großgrundbesitzern wurden, indem sie mittels verschiedener juristischer Machenschaften Bodenflächen in ihren Händen konzentrierten bzw. in Ermangelung anderer profitabler Kapitalanlagesphären Bewässerungsstationen installieren ließen und Landmaschinen kauften. Ein Teil der so gewonnenen Landfläche wurde vom Großgrundbesitzer oft unter eigener Regie als einheitliche

46 1933 zeigte die Struktur der irakischen Bevölkerung noch folgendes Bild (Zensus):

Landbevölkerung	700 000
Stadtbevölkerung	500 000
Nomaden und Halbnomaden	1 800 000
Gesamt	<u>3 000 000</u>

(Quelle: *Iraq Times* v. 27. 8. 1933, zit nach Hershlag, Z. Y., Introduction to the Modern Economic History of the Middle East, Leiden 1964, S. 227. - Über die Stammesbeziehungen in der irakischen Landwirtschaft zu Beginn des 20. Jh.; siehe auch *Alitovskij, S. N.*, a. a. O., S. 3 ff.)

47 *Wirth, E.*, Agrargeographie des Irak, in: *Hamburger geographische Studien*, H. 13/1962, S. 89.

Betriebsfläche bewirtschaftet.⁴⁸ Eine derartige Genesis hatten die Grundbesitzverhältnisse vor allem im Nordwesten des Landes und einigen Gebieten der zentralen irakischen Liwas. Charakteristisch war hier die enge Verflechtung zwischen städtischen Unternehmerschichten (Handelskapitalisten, Beamten, Hotelbesitzern usw.) und den Großgrundbesitzern. Bäuerliches Eigentum an Grund und Boden war im Irak nur im Bergland von Kurdistan stärker verbreitet.

Formaljuristisch gehörte im Irak der Hauptteil des Grund und Bodens dem Staat. Lediglich die Nutzungsrechte wurden in Form des Lasma und Tapaun Privatpersonen übertragen. Da jedoch diese Nutzungsrechte derart umfassend waren - der Besitzer erhielt das Recht, den Boden zu verkaufen, zu verpfänden und an seine Nachkommen zu vererben -, blieb das staatliche Eigentum an diesen Ländereien nur eine "juristische Fiktion."⁴⁹

Die Agrarverfassung Syriens war durch eine außerordentliche Heterogenität der Produktionsverhältnisse und Bewirtschaftungssysteme in den einzelnen landwirtschaftlichen Regionen charakterisiert. Typische kapitalistische Wirtschaftsformen entstanden in den in jüngster Vergangenheit kolonisierten Gebieten Nordostsyriens (Ostteil der Provinz Aleppo und die Provinzen Deir-ez-Zor, Raschid und Hassakeh).⁵⁰ Es handelte sich dabei um große Besitzungen, die von Landarbeitern mit Traktoren und Landmaschinen bebaut wurden und im großen Maße für den Markt produzierten (sogenannte "Getreidefabriken"). In diesen Gebieten existierte eine Schicht typischer kapitalistischer Pächter; es dominierte die kapitalistische Form der Pacht. Die Kolonisierung der Region erfolgte auf Initiative städtischer Unternehmer, die - ebenso wie im Nordwestgebiet des Irak - im Agrarsektor relativ umfangreiche Kapitalinvestitionen für Landmaschinen, Traktoren und Bewässerungsanlagen vornahm. Den Charakter der Maschinenanwendung in der Landwirtschaft resümierte Lenin wie folgt:

48 Im Mosulgebiet gibt es auch Wirtschaften, in denen ein kapitalistischer Pächter existiert, der im größeren Umfange Landarbeiter beschäftigt und an den Eigentümer des Landes eine dem Wesen nach kapitalistische Grundrente entrichtet. Diese Schicht der kapitalistischen Pächter rekrutiert sich größtenteils aus städtischen Unternehmerschichten, speziell Kaufleuten. Der kapitalistische Pächter ist hier Beherrscher der Produktion. (Vgl. ebenda, S. 83.)

49 Siehe *Gorelikov, S. G.*, Irak - ekonomiko-geografičeskaja charakteristika (Irak - Wirtschaftlich-geographische Charakteristik), Moskau 1963, S. 101 f.

50 Siehe hierzu im einzelnen *Warriner, D.*, Land Reform and Development in the Middle East. A Study of Egypt, Syria, and Iraq, 2. Aufl. Oxford University Press London/New York/Toronto 1962, S. 84 ff.

"Einerseits ist gerade der Kapitalismus der Faktor, der die Anwendung von Maschinen in der Landwirtschaft hervorruft und erweitert; andererseits trägt die Anwendung von Maschinen in der Landwirtschaft kapitalistischen Charakter, d. h. sie führt zur Bildung kapitalistischer Verhältnisse und zu deren weiteren Entwicklung."⁵¹ Gerade diese Erscheinung trat in den Nordostprovinzen Syriens klar zutage. Begünstigt wurde die breite Anwendung von Maschinen in dieser Region durch das weitestgehende Fehlen der agraren Überbevölkerung, wodurch folglich auch die kapitalistische Entwicklung starke Impulse erhielt.

Demgegenüber herrschten in den Westgebieten des Landes der halbfeudale Großgrundbesitz und als Bewirtschaftungssystem die Teilpacht vor. Bei Bewässerungskulturen war die kapitalistische Evolution des Großgrundbesitzes weiter fortgeschritten als in den Regenfelddaugebieten mit extensiver Landwirtschaft, was sich in der stärkeren Verbreitung der Geldpacht zeigte. Ungeachtet dessen gaben in diesen Gebieten vorkapitalistische Merkmale der Wirtschaftsführung und der Ausbeutung der Bauernschaft den Agrarverhältnissen ein besonderes Gepräge. Vorherrschend war das bäuerliche Eigentum in den Provinzen Lathakia, Sweida und Daraa.

Eine größere Homogenität der Agrarstruktur wies die Landwirtschaft Ägyptens vor der Agrarreform auf. Infolge der relativ ausgeprägten marktwirtschaftlichen Verflechtung der Landwirtschaft, die durch die Struktur der erzeugten Produkte bedingt war - die Baumwolle ist a priori ein Markterzeugnis -, hatten die Ware-Geld-Beziehungen im Agrarsektor ein relativ hohes Niveau erreicht. Das vorherrschende Bewirtschaftungssystem blieb jedoch die vorkapitalistische Form der Pacht. Die Bewirtschaftung in kleinen Pachtparzellen wurde vor allem durch die extreme agrare Überbevölkerung begünstigt. Die innere Umbildung des Pachtsystems in kapitalistischer Richtung war in Ägypten auf Grund der relativ starken Verbreitung der Ware-Geld-Wirtschaft im Agrarsektor weiter fortgeschritten als im Irak und in Syrien. Ausdruck dessen ist die oben erwähnte stärkere Verbreitung der Geldrente im ägyptischen Dorf.

Die Pächter unterschieden sich nach ihrer sozialökonomischen Stellung nur wenig von einem Landarbeiter, wenn man von den zahlreichen vorkapitalistischen Ausbeutungsmethoden, denen sie unterworfen waren, absieht. Eine zentrale Bewirtschaftung der großen Landbesitzungen war

⁵¹ Lenin, W. I., Werke, Bd. 3, Berlin 1960, S. 225.

in den Zuckerrohranbaugebieten in Oberägypten vorherrschend. Ein weiteres spezifisches Merkmal der ägyptischen Agrarstruktur war die außerordentlich starke Zersplitterung des bäuerlichen Eigentums an Grund und Boden.

Hauptmerkmale der Klassenstruktur in der Landwirtschaft Ägyptens, Syriens und des Irak

Das kolonial-halbfeudale Agrarsystem bildete die sozialökonomische Basis extrem reaktionärer gesellschaftlicher Schichten, die zugleich ein Charakteristikum dieses Systems bildeten. Die Großgrundbesitzer - aus der Schicht der Scheiks, der reichen Handelskapitalisten, der privilegierten Beamten und der Hofclique hervorgegangen - nahmen unter den Bedingungen der indirekten Unterordnung der Landwirtschaft dieser Länder unter die kapitalistische Weltherrschaft im System des Kolonialismus die Stellung eines Vermittlers, eines Vollstreckers und Garanten der Ausbeutung der Völker ein. Ihre Existenz war eng mit der imperialistischen Herrschaft verknüpft. Als Handlanger der kolonialen Ausbeutung - aus der sie selbst großen Nutzen zogen - waren sie deshalb ökonomisch und politisch an der Beibehaltung des status quo interessiert. Als Hauptkräfte der inneren Reaktion sind sie schärfste Gegner jeder fortschrittlichen Entwicklung.

Die parasitärste Schicht der Großgrundbesitzer waren die "absentees", die in der Stadt lebten, ihr Land an Zwischenpächter⁵² oder Steuereintreiber vergaben und selbst keinerlei Funktionen im landwirtschaftlichen Produktionsprozeß erfüllten. Ihren unermeßlichen Reichtum erlangten diese Schichten allein auf Grund ihrer Besitzrechte an Grund und Boden sowie Wasser. Der größte Teil ihrer jährlichen Einnahmen wurde parasitär verausgabt. Die Großgrundbesitzer beuteten die Bauernschaft brutal aus. Unter diesem Gesichtspunkt muß besonders auf die enge Verflechtung kapitalistischer Ausbeutungsmethoden mit vielfältigsten Formen der feudalen Unterdrückung und Knechtung hingewiesen werden, wodurch die Ausraubung der Bauernschaft vervielfacht wurde. So betrug zum Beispiel in Ägypten vor der Revolution der Anteil der Rente an den Gesamtbruttoeinnahmen der Bauern 73 Prozent.⁵³

52 Als Zwischenpächter, die Land vom Großgrundbesitzer pachten, um es zu ihrem Nutzen an landlose und landarme Bauern weiter zu verpachten, beschäftigten sich nicht selten wohlhabende Bauern, Händler und Beamte des Staatsapparates. Das System der Zwischenpacht verschärft die Ausbeutung der Bauernschaft bedeutend.

53 Die durchschnittlichen Bruttoeinkünfte eines ägyptischen Fellachen können pro Feddan mit 48 £E (ägyptische Pfund) (errechnet nach:

Eigentum an Land war für den Großgrundbesitzer jedoch nicht nur eine Garantie für höchste Einnahmen, es bedeutete für ihn zugleich gesellschaftliches Prestige und politische Macht.⁵⁴ Umfangreiche Bodenspekulationen waren folglich für die Tätigkeit der Großgrundbesitzer charakteristisch, wodurch die Bodenpreise enorme Ausmaße erreichten. In Ägypten betrug zum Beispiel der Preis für ein Feddan Land im Durchschnitt 400 bis 600 £E⁵⁵, nicht selten sogar 800 £E und bei Gartenland 1 000 £E, obwohl der reale Bodenpreis, der sich aus der kapitalisierten Rente errechnet, niemals 280 £E überstieg.⁵⁶

Parallel mit der Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen erfolgte auch die Entfaltung der Handels- und Wucherausbeutung der Bauernschaft. In der Regel trat der Großgrundbesitzer dem Bauern nicht nur als Verpächter von Land, sondern auch als Händler und Geldverleiher gegenüber. Die Wucherausbeutung, ermöglicht durch das Fehlen eines gut organisierten weitverzweigten Kreditsystems und die Notlage der Produzenten, verschärfte die Ausbeutung der Bauern in vielfacher Weise und versklavte sie. Über die Rolle der Wucherausbeutung bei der sozialökonomischen Entwicklung schrieb Karl Marx: "Das Wucherkapital, in dieser Form, worin es in der Tat alle Mehrarbeit der unmittelbaren Produzenten sich aneignet, ohne die Produktionsquelle zu ändern; worin das Eigentum resp. der Besitz der Produzenten an den Arbeitsbedingungen - und die ihr entsprechende vereinzelt Kleinproduktion - wesentliche Voraussetzung ist; wo das Kapital also die Arbeit sich nicht direkt unterordnet und ihr daher nicht als industrielles Kapital gegenübertritt, dies Wucherkapital verelendet diese Produktionsweise, lähmt die Produktivkräfte, statt sie zu entwickeln, und verewigt zugleich diese jammervollen Zustände, in denen nicht, wie in der kapitalistischen Produktion, die gesellschaftliche Produktivität

Economic Bulletin, a. a. O., Nr. 2/1964, S. 246) und die durchschnittliche Höhe der Pachtzahlung mit 35 £E pro Feddan (als Basis diente die jährliche Pachtsumme pro Feddan in der Provinz Assiut, die in etwa dem Landesdurchschnitt entsprach, vgl. *Ghonemy, M. R., Resources Use and Income in Egyptian Agriculture before and after the Land Reform with Particular Reference to Economic Development*, Thesen, University of North Carolina 1953, S. 55, zit. nach Abdel Samie, H. M., *Agrarreform und Maßnahmen zur Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung der Vereinigten Arabischen Republik und des Iraks*, landwirtsch. Diss., Kiel 1960, Anhang) angenommen werden.

54 Siehe *Sevud, H. A., General Aspects of Land Reform in Egypt*, Kairo o. J. (etwa 1956 - H. G.), S. 6.

55 *Warriner, D., a. a. O., S. 32.*

56 *Siehe Marei, S., a. a. O., S. 41.*

der Arbeit auf Kosten der Arbeit selbst entwickelt wird."⁵⁷ Ebenso führt das Handelskapital, insofern es nicht dem industriellen Kapital untergeordnet ist - und dies war für die untersuchten Länder typisch -, nicht zu einer Umwälzung der alten Produktionsweise, sondern "konserviert" sie und behält sie als seine Voraussetzung bei.⁵⁸ Unter den Bedingungen der Kolonialherrschaft führte die Entwicklung des Handels- und Wucherkapitals nicht zur kapitalistischen Umwälzung des Agrarsektors, sondern verzögerte die Klassendifferenzierung der Bauernschaft und trug zum statischen Charakter der Agrarverfassung bei.

Zwischen dem vom Imperialismus beherrschten Finanzsystem und der Wucherausbeutung der Bauernschaft bestand ein enges Wechselverhältnis. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte angenommen werden, daß die Kreditoperationen der Banken - wie das in der Regel der Fall ist - dazu führten, die Wucherausbeutung einzuschränken. In den untersuchten Ländern ist das Gegenteil festzustellen. Die Großgrundbesitzer nutzten nicht selten die von den Banken gewährten Kredite und Anleihen dazu aus, sie mit Wucherzinsen an die Bauern zu verleihen. Fridman weist bei seiner Analyse der Wirtschaft Ägyptens berechtigterweise darauf hin, daß das Auslandskapital mit wachsender hypothekarischer Verschuldung der Großgrundbesitzer auch einen steigenden Anteil an der Feudalrente realisierte und daß der "imperialistische Kredit, der sich nach außen in Form kapitalistischer Anleihen mit 'maßvollen' Zinsen darbot, bei hypothekarischen Operationen im Grunde genommen die Rolle eines gigantischen Wucherers einnahm, der auf der Basis der herrschenden vorkapitalistischen Methoden der Ausbeutung die koloniale Bauernschaft aussaugte."⁵⁹ Die kleinen Bauernwirtschaften waren, da sie keine Sicherheiten in Form von Grundeigentum usw. bieten konnten, gewöhnlich nicht kreditwürdig und folglich vom Wucher abhängig. Selbst die eigens für die Kreditvergabe an Kleinbauern 1930 in Ägypten mit staatlichem Kapitalanteil gegründete Bank Crédit Agricole et Coopératif konnte nur in äußerst begrenztem Umfang die Lage einiger weniger Bauern verbessern.⁶⁰

Auf der Bauernschaft der Länder des Nahen und Mittleren Ostens lastete das gesamte reaktionäre und parasitäre gesellschaftliche System.

57 Marx, Karl, a. a. O., S. 609.

58 Ebenda, S. 347.

59 Fridman, L. A., a. a. O., S. 120.

60 *Agricultural and Cooperative Credit. Past - Present - Future*, hg. v. Crédit Agricole et Coopératif, Kairo 1962, S. 21 f.

Die Bauern wurden sowohl von den Kolonialmächten, Großgrundbesitzern und Wucherern als auch zum Teil von der städtischen Bourgeoisie ausgebeutet. Die Deckung des steigenden Bedarfs an Agrarprodukten, hervorgerufen durch die erhöhte Nachfrage auf dem Weltmarkt, durch die einheimische Industrie und das Bevölkerungswachstum, erfolgte nicht über die allseitige Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft, sondern vielmehr unter im wesentlichen gleichen Produktionsbedingungen über immer brutalere Formen der Ausbeutung der Bauernschaft und der Entwicklung des Ausbeutungssystems in die Breite. In gleicher Richtung wirkten die wachsenden Geldbedürfnisse der parasitären Schichten. Die enge Verflechtung von kapitalistischen und vor-kapitalistischen Ausbeutungsmethoden, die knechtende persönliche Abhängigkeit der Bauern vom Großgrundbesitzer, Händler und Wucherer, die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sowie die primitiven Produktionsmethoden potenzierten die Ausbeutung der Bauernmassen und machten ihre soziale Lage besonders unerträglich. Die Lebenslage der Landbevölkerung war folglich durch Armut und Not gekennzeichnet. Das Einkommen der Mehrheit der bäuerlichen Massen reichte nicht aus, um ihre einfachsten Bedürfnisse zu befriedigen, und jede Mißernte stieß sie in knechtende Verschuldung.⁶¹ Über die Lebenslage der Bauern in den Entwicklungsländern schrieb der FAO-Experte Schickele: "Ob der Boden fruchtbar war oder karg, ob die Bodennutzung intensiv war oder extensiv, ob die Betriebseinheiten groß waren oder klein, ob der Bauer Besitzer war oder Pächter - was immer die Umstände waren, die Bauernfamilie war arm, ihr blieb nur gegeben, was nötig war zur Erhaltung und Fortpflanzung."⁶² "Das Arbeitseinkommen war gänzlich geregelt wie die Futtereinnahme eines Pferdes - gerade genug zur Erhaltung und nötigen Arbeitsleistung."⁶³ Angesichts der Tatsache, daß die Großgrundbesitzer den Boden monopolisierten und diese parasitären

61 Nach einer Untersuchung von 1 071 Bauernfamilien im ägyptischen Dorf Sindbis (Provinz Qalioubia) durch die Rockefeller-Stiftung im Jahre 1948 hatten 5 % ein Jahreseinkommen von weniger als 12 £E, 61 % ein Jahreseinkommen von 12 - 60 £E, 27 % ein Einkommen von 60 - 120 £E, und nur 7 % erreichten über 120 £E im Jahr. Dieses geringe Einkommen widerspiegelte sich in der Ernährungslage der Bauernfamilien: 12 % von ihnen lebten in erster Linie von Brot und Käse, 56 % hatten dazu gelegentlich Milch und Gemüse, 25 % ernährten sich von Brot, Käse und gelegentlich Milch, Gemüse und Fleisch, und nur 6 % aßen regelmäßig Gemüse und Fleisch. (Zit. nach *Issawi, Ch.*, Egypt at Mid-century, Oxford University Press, London/New York/Toronto 1954, S. 88.)

62 *Schickele, R.*, Verbesserung der Agrarstruktur in unterentwickelten Gebieten, in: Berichte über Landwirtschaft, Neue Folge, 168. Sonderh. 1957, S. 41.

63 Ebenda.

Schichten in der Regel das gesamte Mehrprodukt und nicht selten einen Teil des notwendigen Produkts der unmittelbaren Produzenten absorbierten, vollzog sich ein ständiger Prozeß der Verarmung und Ruinierung der Bauernschaft. Dies gab auch der Klassenstruktur in den untersuchten Ländern ein spezifisches Gepräge. Die Hauptmasse der Landbevölkerung waren landlose und landarme Bauern, die sich entweder als Lohnarbeiter verdingen mußten, zu versklavten Pächtern wurden oder aber völlig aus dem Produktionsprozeß ausschieden und in den Sumpf des Pauperismus gerieten. Neben direkten Lohnarbeitern existierte eine zahlenmäßig überaus starke Gruppe von versklavten Teilpächtern, die sich in verschiedenen Stadien des Überganges zum doppeltfreien Lohnarbeiter befanden. Ihre Lage und ihre Stellung unterschied sich in der Regel nicht vom Lohnarbeiter.⁶⁴ Dies traf auch mutatis mutandis auf die Vielzahl kleiner und kleinster Bodenbesitzer zu, deren Landparzellen nur unvollständig die Existenz der Bauernfamilie sicherte. Sie waren entweder darauf angewiesen, zusätzlich Landflächen unter knechtenden Bedingungen vom Grundeigentümer zu pachten oder selbst ihr Land zu verpachten und sich - soweit es die Arbeitskräftesituation erlaubte - zeitweilig oder ständig als Lohnarbeiter zu verdingen. Die völlige Proletarisierung der zahlreichen halbproletarischen Schichten wurde infolge der Vorherrschaft feudaler Überreste in der Landwirtschaft und des Mangels an Beschäftigungsmöglichkeiten aufgehalten. Charakteristisch für die halbproletarischen Schichten des Dorfes sind ihre festen Bindungen an den Boden.

Ebenso wie die Agrarverhältnisse die völlige Proletarisierung der armen Bauernschaft behinderte, hemmten sie auch die Klassendifferenzierung im Dorf dergestalt, daß sie die Entwicklung der Dorfbourgeoisie nur in engen Grenzen zuließen. In einzelnen Regionen der untersuchten Länder konnte sich die Dorfbourgeoisie nur in Keimform entwickeln. Die Groß- und Mittelbauernschaft hatte auch unter dem kolonial-halbfeudalen Joch zu leiden, engte es doch ihr Betätigungsfeld stark ein. Diese Schichten hatten sich deshalb revolutionärer Potenzen im Sinne des antiimperialistischen und antifeudalen Kampfes enthalten.

64 Über die Lage der Landarbeiter vor der Revolution heißt es in der Nationalcharta der VAR: "Tausende von Landarbeitern lebten zudem unter Bedingungen, die mit Zwangsarbeit zu vergleichen waren, und erhielten Hungerlöhne. Sie arbeiteten ohne Garantie für die Zukunft und konnten ihr Leben nur in Elend und Not fristen." (Nicht-autorisierte Übersetzung d. Verf.)

Die quantitative Gruppierung der Landbevölkerung Ägyptens, Syriens und des Irak nach sozialökonomischen Gesichtspunkten erweist sich auf Grund der Existenz mannigfaltiger Übergangsformen zwischen den sozialen Hauptkategorien und infolge des lückenhaften statistischen Materials als außerordentlich schwierig.

Praktisch kann nur eine gewisse Quantifizierung auf der Basis des Landbesitzes vorgenommen werden.⁶⁵

In Ägypten waren 1947 etwa 3 661 000 in der Landwirtschaft beschäftigte Personen landlose und landarme Bauern, die bis zu einem Feddan Land besaßen, das heißt 83 Prozent aller landwirtschaftlichen Arbeitskräfte.

T a b e l l e 4

Landlose und landarme Personen in der Landwirtschaft Ägyptens 1947

Anzahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen	4 398 000
Gesamtzahl der Landeigentümer	2 663 500
Anzahl der in der Landwirtschaft beschäftigten landlosen Personen	1 734 500
Anzahl der Landeigentümer bis zu einem Feddan	1 927 000
Anzahl der landlosen und landarmen Bevölkerung	3 661 500

Quelle: Vgl. *Acamba, M. F.*, Formirovanie rabočego klasa v Egipte i ego ekonomičeskoe položenie (Die Herausbildung der Arbeiterklasse in Ägypten und ihre ökonomische Lage), Moskau 1960, S. 83.

65 Eine solche Betrachtung schließt zwangsläufig eine Reihe Ungenauigkeiten ein, da die Bodenfläche allein noch keine genauen Rückschlüsse auf den Charakter des landwirtschaftlichen Betriebes zuläßt. In diesem Zusammenhang spielen eine Reihe Faktoren eine wichtige Rolle, wie Intensität und Art der Bodennutzung (Intensivkulturen oder extensive Landwirtschaft), Qualität des Bodens und Art der Bewässerung, Lage des Betriebes, Entwicklungsniveau der Viehzucht in den einzelnen Wirtschaften usw.

Nach dem Bevölkerungszensus desselben Jahres gab es im Agrarsektor 1 427 000 Lohnarbeiter (34,6 Prozent aller landwirtschaftlichen Arbeitskräfte), 1 163 000 unbezahlte Familienarbeiter (28,2 Prozent) und 1 536 000 Personen (37,2 Prozent), die eine eigene Wirtschaft führten⁶⁶ (Pächter, Teilpächter, Eigentümer von Land und Eigentümer von Land mit Zupacht). Von insgesamt 1 003 000 Landbesitzern (Eigentümer und Pächter verschiedener Kategorien), die die Statistik des Jahres 1950 ausweist⁶⁷, waren 21,4 Prozent kleinste Landbesitzer (bis 1 Feddan), 57,1 Prozent kleine Landbesitzer (1 bis 5 Feddan) und 17,4 Prozent mittlere Landbesitzer (5 bis 20 Feddan). Aus der letztgenannten Gruppe formierten sich im großen Maße die mittlere Bauernschaft und die wohlhabenden Bauern.

2,6 Prozent aller Besitzer hatten Bodenflächen von 20 bis 50 Feddan, während der Rest (1,5 Prozent) auf den Großgrundbesitz über 50 Feddan entfiel.

Im Irak lebten 1958/59 insgesamt 4,76 Millionen Personen von der Landwirtschaft⁶⁸, wovon aber nur 23,5 Prozent Besitzer von Land (einschließlich arbeitende Familienangehörige) waren.⁶⁹ Somit blieben 76,5 Prozent der Landbevölkerung ohne jeglichen Landbesitz. 36,6 Prozent der von der Landwirtschaft lebenden Personen verfügten darüber hinaus über keinerlei regelmäßiges Einkommen, das heißt, sie hatten weder Land noch ständige Arbeit (Arbeitslose und deren Familienangehörige sowie zum Teil Saison- und Wanderarbeiter und deren Familienangehörige).

66 Siehe *Year Book of Labour Statistics*, hg. v. International Labour Office, Genf 1961, S. 14 f.

67 *Economic Bulletin*, a. a. O., Nr. 1/1957, S. 46.

68 *Al-Feel*, M. R., Iraq Geographic Study. Social and Economic Development, veröffentl. v. The Ministry of Culture and Guidance, Bagdad 1964, S. 31.

69 Errechnet nach *Results of the Agricultural and Livestock Census in Iraq for the Year 1958-59*, a. a. O., S. 12.

Landbevölkerung des Irak und ihre soziale Zusammensetzung
(Schätzung für das Jahr 1958/59)

Kategorie	Anzahl in 1 000	in % der Gesamtzahl
1. Personen mit einem regelmäßigen Einkommen aus der Landwirtschaft (Landeigentümer, Besitzer von Land, Teilpächter, Landarbeiter und deren Familienangehörige)	3 020	63,4
1.1 davon in der Landwirtschaft beschäftigte Personen mit Landbesitz und deren arbeitende Familienmitglieder	1 120	37,1
1.2 in der Landwirtschaft beschäftigte Personen ohne Landbesitz	470	15,5
1.3 nicht arbeitende Personen, die ihr Einkommen über beschäftigte Familienangehörige (Kategorie 1.1 und 1.2) beziehen	1 430	47,4
2. Personen ohne ein regelmäßiges Einkommen aus der Landwirtschaft (darunter Saison- und Wanderarbeiter, Arbeitslose usw. und deren Familienangehörige)	1 740	36,6
Gesamtzahl der Personen, die von der Landwirtschaft leben	4 760	100,0

Quelle: Schätzung d. V. auf Basis des Landwirtschaftszensus von 1958/59 (*Results of the Agricultural and Livestock Census in Iraq for the Year 1958 - 59*, a. a. O., S. 12), und *Al-Feel*, M. R., a. a. O., S. 31.

Von der Gesamtzahl der Landbesitzer (einschließlich Familienmitglieder) verfügten nur 36,0 Prozent über Bodenflächen mit mehr als 30 Donum.⁷⁰ Daraus folgt, daß nur 9,6 Prozent der gesamten von der Landwirtschaft lebenden Personen des Irak (einschließlich Familienangehörige) mehr als 30 Donum Land besaßen und damit eine einigermaßen gesicherte Existenz hatten. Der mittlere Grundbesitz (je nach Boden und Bewässerungsart 50/100 bis 200/500 Donum) war in diesem Lande außerordentlich schwach entwickelt.

Die sozialen Gruppierungen in der syrischen Landwirtschaft sind statistisch nicht erfaßbar, da die syrische Statistik nur den Anteil der einzelnen Besitzgruppen am Gesamtbodenbesitz ausweist. Allgemeinen Schätzungen zufolge waren nur etwa ein Drittel aller Bauern Besitzer von Land, wovon jedoch ein großer Teil nur über so geringe Bodenflächen verfügte, daß die Existenz der Bauernfamilie nicht gesichert war.⁷¹ Der Anteil der Besitzgruppen bis 10 Hektar betrug nur 13 Prozent der gesamten statistisch erfaßten landwirtschaftlichen Bodenfläche.⁷² Gegenüber dem Irak fand in Syrien, besonders in den Nordostprovinzen des Landes, die Schicht der kapitalistischen Pächter auf der einen und der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter auf der anderen Seite eine stärkere Verbreitung. Der mittlere Grundbesitz hatte einen relativ hohen Anteil an der Gesamtfläche des Landes.

T a b e l l e 6

Grundbesitzverhältnisse in der syrischen Landwirtschaft vor Einführung der Agrarreform. Prozentualer Anteil der Betriebe nach Größengruppen an der gesamten Fläche des Landbesitzes⁺

Größengruppe (in ha)	in Prozent der Gesamtfläche
bis 1	1
2 - 5 ⁺⁺	5
5 - 10	7
10 - 25	17

(Forts. nächste Seite)

⁺Bis Ende 1952 registriertes Privatland (2,2 Mill. ha).

⁺⁺Offensichtlich muß es 1 - 5 heißen - H. G.

70 Errechnet nach ebenda, S. 9, auf der Basis von 5 Familienmitgliedern pro Besitzer von Land. Siehe Tabelle 3.

71 Gataullin, M. F., Agrarnye otnošenija v Sirii, a. a. O., S. 20.

72 Siehe Tabelle 6.

Größengruppe (in ha)	in Prozent der Gesamtfläche
25 - 50	11
50 - 100	10
100 - 500	24
500 - 1 000	9
über 1 000	16

Quelle: Vgl. *The Economic Development of Syria*, hg. v. International Bank for Reconstruction and Development, Baltimore 1955, 3. Aufl. 1963, S. 354 f.

Angesichts dieser sozialökonomischen Situation, die dadurch charakterisiert ist, daß eine kleine privilegierte, eng mit dem Imperialismus liierte Schicht von Großgrundbesitzern, Wucherern und Händlern über die Hauptmasse des von der Bauernschaft geschaffenen Reichtums verfügt und diese brutal ausbeutet, die Mehrheit der Landbevölkerung - und damit auch die Mehrheit der Bevölkerung überhaupt - zu Not, Elend und Rechtlosigkeit verurteilt und in einen Zustand der gesellschaftlichen Apathie stößt, nimmt die Agrarfrage eine Schlüsselstellung bei der Lösung der sozialen Widersprüche in diesen Ländern ein.

Auch die Arbeiterklasse tritt entschieden für die restlose Überwindung der kolonial-halbfeudalen Agrarverfassung ein, weil diese die sozialökonomische Basis der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung bildet, weil die Bauernschaft ihr Hauptverbündeter in der nationaldemokratischen Revolution sein muß und weil schließlich die Agrarverfassung unmittelbar ihre eigene Lebenslage negativ beeinflusst. Einmal trägt die reaktionäre Agrarstruktur entscheidend zur ständig erweiterten Reproduktion der relativen Überbevölkerung bei, was das Lohnniveau des städtischen Proletariats sehr niedrig hält, und zum anderen ist auch das Proletariat gezwungen, über die steigenden Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse einen wachsenden Tribut an den Großgrundbesitzer zu zahlen.⁷³ Die nationale Bourgeoisie hat ebenfalls ein unmittelbares ökonomisches und politisches Interesse an der Überwindung der kolonial-halbfeudalen Agrarverfassung⁷⁴, die ihre Entfaltung grundlegend behindert.

⁷³ Siehe *Khalatbari, P.*, Zur Gruppierung der Entwicklungsländer nach dem Kriterium der Agrarfrage, a. a. O., S. 421.

Folglich kann Khalatbari zugestimmt werden, wenn er resümierend feststellt: "Unter den Bedingungen der ökonomisch schwach entwickelten Länder berührt die Agrarfrage die Interessen aller Klassen und Schichten. Sie ist letztlich der Knotenpunkt der sozialen Frage in diesen Ländern ..."⁷⁵

Die kolonial-halbfeudale Agrarverfassung - Haupthindernis der Entwicklung der Produktivkräfte

Die in der Landwirtschaft Ägyptens, Syriens und des Irak herrschenden Produktionsverhältnisse standen in krassem Widerspruch zur Entwicklung der Produktivkräfte sowohl des Agrarsektors selbst als auch aller übrigen Zweige der Volkswirtschaft. Die kolonial-halbfeudale Ausbeutung schränkte die Akkumulation der Bauernschaft entscheidend ein bzw. verhinderte sie völlig. Die Masse der Landbevölkerung hatte weder die objektiven materiellen Voraussetzungen noch überhaupt ein Interesse daran, Investitionen im Agrarsektor vorzunehmen, da deren Ergebnisse vom Großgrundbesitzer, Wucherer und Händler absorbiert wurden. Die Großgrundbesitzer andererseits hatten ebenfalls keine Veranlassung, umfassende Investitionen im Agrarsektor vorzunehmen, da ihnen die traditionellen Kapitalanlagesphären in der Regel viel höhere Gewinne garantierten.⁷⁶ Aus all diesen Gründen ließ die kolonial-halbfeudale Agrarverfassung nur eine einfache Reproduktion im Agrarsektor zu. Diese gesellschaftlichen Schranken für die Entwicklung der Produktivkräfte waren letztlich die Ursache für die Rückständigkeit und den Verfall der Landwirtschaft. Das außerordentlich niedrige Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte kam in folgenden Merkmalen klar zum Ausdruck:

1. Extreme Abhängigkeit der Landwirtschaft von den Naturbedingungen.

Besonders in Syrien und im Irak kam es periodisch zu Mißernten. Jährlich wurde je nach den natürlichen Bedingungen ein mehr oder weniger großer Teil der Ernte durch Trockenheit, Überschwemmungen, Schädlingsbefall, Sandstürme usw. vernichtet.⁷⁷ Hinzu kam ferner, daß in-

74 Ebenda.

75 Ebenda.

76 Zahlenbeispiele über die Höhe der Kapitalerträge, die die Großgrundbesitzer im Iran erzielen, siehe ebenda, S. 424.

77 Vgl. hierzu z. B. die landwirtschaftliche Situation im Irak in einzelnen Jahren, in: *The Annual Report on the Operation of the Agricultural Bank for the Financial Year 1959, 1960 and 1961 ended on 31st March 1961*, Republic of Iraq, Bagdad 1961, S. 15 ff.; u. dasselbe 1961-62, Bagdad 1962, S. 5 ff.

folge der geringen Lagerkapazität und der unterentwickelten Transportverbindungen ein Teil der erzeugten landwirtschaftlichen Produkte dem Verderb ausgeliefert war, ehe er zum Verbraucher gelangte.⁷⁸ Das niedrige Niveau der landwirtschaftlichen Produktion und deren Schwankungen beeinflussten die gesamte volkswirtschaftliche Entwicklung negativ.

2. Auf niedrigem Niveau erstarrte Produktionsinstrumente.

Praktisch herrschten in der Landwirtschaft Ägyptens, Syriens und des Irak im allgemeinen einfache Handarbeitsgeräte (Hacke, Hakenpflug usw.) im Produktionsprozeß vor. Selbst die Anwendung tierischer Zugkraft blieb im allgemeinen auf die notwendigsten Arbeitsgänge (Pflügen usw.) beschränkt. Die moderne Agrartechnik fand dagegen nur sehr selten und nur in räumlich begrenzten Gebieten (zum Beispiel Nordostprovinzen Syriens) Anwendung. Infolge der hohen agraren Überbevölkerung und des niedrigen Ausbildungsniveaus der Landbevölkerung bestand kein Anreiz zur Veränderung der Produktionsinstrumente in der Landwirtschaft. Das primitive Niveau der in der Landwirtschaft angewandten Produktionsinstrumente hatte eine äußerst niedrige Arbeitsproduktivität und relativ hohe Preise der erzeugten Produkte zur Folge.

Das niedrige Niveau der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft wird durch das Verhältnis zwischen dem Arbeitseinsatz bei landwirtschaftlichen Haupterzeugnissen in Ägypten und in den USA verdeutlicht⁷⁹:

		Verhältnis USA : Ägypten
Weizen	pro Flächeneinheit	1 : 26
	pro Mengeneinheit	1 : 16
Baumwolle	pro Flächeneinheit	1 : 3,7
	pro Mengeneinheit	1 : 1,2
Gerste	pro Flächeneinheit	1 : 13,6
	pro Mengeneinheit	1 : 10

Gleichzeitig schränkte die niedrige Arbeitsproduktivität auch die Möglichkeiten ein, die vorhandenen natürlichen Ressourcen im Agrarsektor maximal auszunutzen.

78 Siehe *Salama, Z.M.*, Problems of Agricultural Marketing in Arab Countries, in: Arab World Affairs, Kairo, Nr. 21, 23.11.1961; Nr. 22, 30.11.1961.

79 *El-Shafie, M.*, Population Pressure on Land and the Problem of Capital Accumulation in Egypt (Thesen 1951), zit. nach: *Issawi, Ch.*, Egypt in Revolution. An Economic Analysis, Oxford University Press, London/New York/Toronto 1963, S. 135.

3. Ungenügende Ausnutzung der vorhandenen natürlichen Ressourcen in der Landwirtschaft.

Trotz der Allgemeingültigkeit dieses Merkmals für alle Länder kann nicht übersehen werden, daß zwischen Ägypten einerseits und Syrien und dem Irak andererseits nicht unbeträchtliche Unterschiede existierten. Während in Ägypten infolge des hohen Bevölkerungsdruckes, der begrenzten Ackerfläche, der Spezifik des Anbaues und der Besonderheiten der kolonialen Ausbeutung eine intensive Landnutzung erfolgte⁸⁰, blieb in weiten Gebieten Syriens und des Irak die extensive Landwirtschaft dominierend. Die ungenügende Nutzung der natürlichen Ressourcen der Landwirtschaft trat folglich in den letztgenannten Ländern besonders kraß zutage. So blieben zum Beispiel im Irak jährlich etwa 50 Prozent der verfügbaren landwirtschaftlichen Nutzfläche als Brachland liegen (1952/53 waren 49,2 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Brachland).⁸¹ Das bedeutet, daß im Irak im Landesdurchschnitt nur etwa eine Ernte in zwei Jahren pro Flächeneinheit erzielt wurde. In Syrien waren 1958 von 7,1 Millionen Hektar kulturfähigen Landes nur 65 Prozent landwirtschaftlich genutzt⁸², während die übrige Fläche Brachland bildete bzw. wegen Wassermangels nicht bebaut werden konnte. Die Flächenerträge Syriens und des Irak betragen nur einen Bruchteil der ägyptischen Erträge, obwohl insbesondere in weiten Gebieten des Irak ähnliche natürliche Bedingungen wie in Ägypten vorhanden sind.

Die Erweiterung der Ackerfläche erfolgte nicht im gleichen Tempo, in dem die Bevölkerung zunahm. Speziell in Ägypten entstand dadurch eine sehr ernste ökonomische Situation. So wurden in den zwanzig Jahren vor 1952 jährlich nur 2 500 Feddan Land gewonnen.⁸³ Die kultivierte Fläche pro Kopf der Bevölkerung verringerte sich von 0,51 Feddan im Jahre 1897 auf 0,26 Feddan bis zur Revolution von 1952.⁸⁴

80 Die Erträge der ägyptischen Landwirtschaft pro Flächeneinheit zählen infolge der günstigen natürlichen Bedingungen und der intensiven Landnutzung mit zu den höchsten der Welt. Vgl. hierzu *Basic Factors Effecting the Growth of Productivity in Agriculture*, in: *The State of Food and Agriculture 1963*, hg. v. FAO, Rom, S. 95 ff. - Im Landesdurchschnitt wurden 1952 etwa 1,7 Ernten pro Flächeneinheit erzielt.

81 *Irak*. Allgemeine Statistik des Auslandes, hg. v. Statistischen Bundesamt Wiesbaden, 1959, S. 5.

82 *Weltkartei der Wirtschaftspresse*. Hamburgisches Weltwirtschafts-Archiv, Syrien-Wirtschaftslage, nach: *Economic Bulletin*, a. a. O., Nr. 1/1958.

83 *Land Reclamation and Desert Development*. United Arab Republic, hg. v. Information Department, Kairo 1963, S. 3.

84 Errechnet nach *Garzousi, E.*, *Old Ills and New Remedies in Egypt*,

Auch die verfügbaren Wasserressourcen wurden in allen untersuchten Ländern nur in begrenztem Umfange für die Bewässerung nutzbar gemacht. In Syrien betrug die bewässerte Fläche 1958 nur etwa 15 Prozent der genutzten Ackerfläche.⁸⁵ Im Irak flossen trotz des Baues zahlreicher Staudämme in der Zeit vor der Revolution erhebliche Wasserressourcen jährlich ungenutzt ins Meer.⁸⁶ Für alle untersuchten Länder war charakteristisch, daß die primitiven Bewässerungsmethoden erhebliche Wasserverluste zur Folge hatten. So wurde im Irak auf 58 Prozent des bewässerten Ackerlandes nur eine einfache direkte Überflutung der Felder vorgenommen.⁸⁷ Das Be- und Entwässerungskanaalsystem befand sich in allen Ländern im Verfall. Eine bedeutende Erweiterung der Ackerfläche und der Bewässerungskapazitäten erforderte die Inangriffnahme großer Projekte von seiten des Staates.

4. Raubbau am Boden.

Die kolonial-halbfeudale Agrarverfassung führte zu einem Raubbau am Boden, dem wichtigsten Produktionsmittel der Landwirtschaft. Speziell die Monokultur wirkte sich äußerst negativ auf die Bodenfruchtbarkeit aus. Die Bauerschaft war mit ihren primitiven Arbeitsinstrumenten nicht in der Lage, eine gründliche Bodenbearbeitung vorzunehmen, und notwendige langfristige Maßnahmen zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit wurden durch das Pachtsystem und die Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft verhindert. Die Zersplitterung der Landflächen und die traditionellen Anbaumethoden verhinderten eine wissenschaftlich fundierte Fruchtfolge.⁸⁸ Im Irak und in weiten Gebieten Syriens war eine künstliche Düngung weitestgehend unbekannt, und die Anwendung der natürlichen Düngung blieb sehr beschränkt. Alle diese Faktoren zerstörten die natürliche Bodenfruchtbarkeit. Die ungenügende Drai-

Dar al-Maaref, Kairo 1958, S. 15. - Einschränkend muß jedoch vermerkt werden, daß im besagten Zeitraum die Landnutzung intensivst gestaltet werden konnte.

85 *Weltkartei der Wirtschaftspresse*, a. a. O.

86 Siehe *Michaelis, A.*, Die Rolle der Landwirtschaft in der Entwicklung des Mittleren Ostens, in: *Gegenwartsprobleme der Agrarökonomie*, Festschrift für Fritz Baade zum 65. Geburtstag, Hamburg 1958, S. 270.

87 *Caesar, K./Ghraiib, A.*, Grundlagen und Struktur der irakischen Landwirtschaft, in: *Berichte über Landwirtschaft*, Nr. 1/1960, S. 198.

88 Versuche in Ägypten zeigten, daß bei einer einheitlichen Fruchtfolge etwa 50 % der Bewässerungskosten einzusparen sind. - *Marai, S.*, Landreform in Egypt, Kairo 1957, zit. nach: *Khalil, S.*, Grundeigentum und Landreform in Ägypten, rechts- u. staatswiss. Diss. Bonn 1959, S. 39 ff.

nage bei ständiger Bewässerung, besonders die Überflutung des Ackerlandes, hatte eine zunehmende Versalzung der Bodenflächen zur Folge. Speziell im Irak, aber auch zum Teil in Ägypten, führte dies dazu, daß jährlich große Ländereien für den Ackerbau völlig ungeeignet wurden oder die Erträge in den bedrohten Gebieten ständig zurückgingen.

5. Rückständigkeit der Viehwirtschaft.

Charakteristisch für die Viehwirtschaft war die Tatsache, daß sie sich zu einem mehr oder weniger großen Teil in den Händen von Nomaden und Halbnomaden befand und folglich noch keinen harmonischen Bestandteil der gesamten Landwirtschaft bildete.⁸⁹ Die Viehzucht erfolgte hier auf extensiver Grundlage. Der Viehbestand der Fellachen war zahlenmäßig äußerst gering und auch qualitativ unzureichend. Ein großer Teil des vorhandenen Großviehs wurde zur Arbeitsleistung herangezogen, wodurch der Ertrag der Viehwirtschaft sehr niedrig blieb. Infolge der unzureichenden Futtergrundlage konnte das Vieh nur ungenügend ernährt werden. Hinzu kamen die hohen Verluste, hervorgerufen durch Krankheiten und Parasitenbefall. Die tierischen Erzeugnisse waren dadurch größtenteils von schlechter Qualität. Die Viehwirtschaft zeigte eine starke Unbeständigkeit vor allem in Syrien und im Irak. In Trockenjahren mußte ein erheblicher Teil des Viehbestandes geschlachtet werden.

6. Zerstörung der menschlichen Produktivkraft.

Auf diesen Umstand wurde schon oben hingewiesen. In diesem Zusammenhang soll nur erwähnt werden, daß die Masse der Landbevölkerung unter den Bedingungen der kolonial-halbfeudalen Agrarverfassung nicht über die dringendsten Subsistenzmittel zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft verfügte. Not, Armut und Krankheit kennzeichneten die Lage des größten Teiles der Landbevölkerung. Im Hinblick darauf ist es nicht verwunderlich, daß sich die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nicht in der Lage befanden, ihre volle Leistungsfähigkeit in der Produktion zu entfalten. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Landbevölkerung blieb extrem niedrig. Hinzu kam ihr außerordentlich niedriges kulturell-geistiges Niveau, was ebenfalls die Entwicklung der agraren Produktion negativ beeinflussen mußte. So waren zum Beispiel im Irak vor 1958 etwa 99 Prozent der Landbevölkerung Analphabeten.⁹⁰ Die physische und geistige Degradation der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte

⁸⁹ Vgl. hierzu *Al Kala*, A. R. A., a. a. O., S. 106 ff.

⁹⁰ *Kirchner*, W., Die Entwicklung im Irak nach dem Sturz der Monarchie, in: Deutsche Außenpolitik, Nr. 1/1959, S. 70.

ist eine der verheerendsten und schlimmsten Folgen der kolonial-halbfeudalen Agrarverfassung.

Die Rückständigkeit und der Verfall der landwirtschaftlichen Produktivkräfte, deren Ursachen in der Agrarverfassung lagen, bildeten zugleich die Existenzgrundlage dieser Agrarverhältnisse.

Da - wie oben dargestellt - der Charakter und die Entwicklung der Landwirtschaft, des Hauptzweiges der Volkswirtschaft dieser Länder, den Zustand der gesamten Wirtschaft bestimmte, führten die Rückständigkeit und der Verfall des Agrarsektors zugleich zu einer Reihe komplizierter volkswirtschaftlicher Widersprüche.

Das niedrige Niveau der Produktivkräfte in der Landwirtschaft und deren begrenzte Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen der bestehenden kolonial-halbfeudalen Agrarverfassung gerieten in scharfen Widerspruch zur Entwicklung der nationalen Industrie.⁹¹ Durch folgende Hauptfaktoren wurden die rückständigen Agrarverhältnisse zu einem entscheidenden Hemmnis der Entwicklung der nationalen Industrie.

1. Die Landwirtschaft war nicht in der Lage, in genügendem Umfange den steigenden Bedarf an agraren Rohstoffen für die Industrie zu befriedigen. Besonders nachteilig wirkten sich die permanenten Schwankungen in der landwirtschaftlichen Produktion, die oftmals mangelnde Qualität der agraren Rohstoffe und deren schmales Sortiment auf die Entwicklung der entsprechenden Zweige der nationalen Industrie aus.⁹²

2. Die niedrige Arbeitsproduktivität im Agrarsektor, das hohe Rentenniveau, die ungenügende Bedarfsdeckung und die aufgeblähten Zirkulationskosten bedingten andererseits hohe Preise für agrare Rohstoffe, was die Rentabilität der verarbeitenden Industriebetriebe negativ beeinflussen und deren Akkumulationsmöglichkeiten a priori gewisse Gren-

91 Über die industrielle Entwicklung dieser Staaten siehe besonders die Materialien der Industrialisierungskonferenz der arabischen Staaten in Kuwait im Jahre 1966 (Conference on Industrial Development in the Arab Countries): *Industrial Situation and its Development*, hg. v. the Republic of Iraq, CIDAC, KUW/I/Irq-2; *Industrial Development in the United Arab Republic*, CIDAC, KUW/I/UAR-4; *A Compendium of Selected Statistical Tables on Manufacturing Industries in Six Countries of the Middle East*, CIDAC, KUW/IV/UN-5.

92 Siehe hierzu auch folgende Konferenzbeiträge (Conference on Industrial Development in the Arab Countries, Kuwait 1966): *Economic Significance and Accelerated Development of Industries Based on Renewable Natural Resources Policies and Institutional Supply and Manufacture of Essential Requisites*, CIDAC, KUW/V/FAO-2; *Food and Food Products Industries*, CIDAC, KUW/II/FAO-8; *Food Industries in the Syrian Arab Republic*, presented by Syrian Arab Republic (Summary), CIDAC, KUW/II/Syr-22.

zen setzen mußte. So betrugen in der ägyptischen Industrie im Jahre 1945 (Industriezensus) die Ausgaben für Rohmaterial etwa 80 Prozent der gesamten Betriebskosten, während auf Löhne, Gehälter, Abschreibungen, Ausgaben für Brennstoffe, Elektrizität usw. nur 20 Prozent der Gesamtbetriebskosten entfielen.⁹³ In der Textilindustrie machten die Rohstoffkosten 65,4 Prozent und in der Nahrungsmittelindustrie sogar 87,6 Prozent der genannten Gesamtkosten aus.⁹⁴

3. Die ausgeprägte Landflucht großer Teile der Dorfbevölkerung verstärkte die Arbeitslosigkeit in den Städten und senkte das Lohnniveau der Industriearbeiter. Diese Tatsache hemmte den technischen Fortschritt in der Industrie. Für die untersuchten Länder war folglich in der Regel eine außerordentlich niedrige organische Zusammensetzung der in der Industrie fungierenden Kapitalien charakteristisch. Im Irak gab es zum Beispiel nach dem Industriezensus des Jahres 1954 lediglich 12 Betriebe mit über 500 Beschäftigten.⁹⁵ Im Landesdurchschnitt betrug die Maschinenkraft nur 4,1 PS pro Betrieb und 1 PS pro Beschäftigten.⁹⁶ Der durchschnittliche Wert der Maschinen und Ausrüstungen erreichte lediglich 173 ID (irakische Dinar) je Beschäftigten.⁹⁷

4. Der kolonial-halbfeudalen Agrarverfassung entspricht ein äußerst begrenzter und wenig entwicklungsfähiger Markt für industrielle Konsumtions- und Produktionsmittel im Bereich der Landwirtschaft.⁹⁸ Da die Landwirtschaft in der ersten Phase der Industrialisierung der hauptsächliche Sektor für den Absatz von Industrieerzeugnissen ist, geriet die sich entwickelnde nationale Industrie mit der Begrenztheit des inneren Marktes in Widerspruch. Die Enge des inneren Marktes kann folgendes Beispiel verdeutlichen:

93 *Anis, M. A., A Study of the National Income of Egypt*, in: *L'Egypte contemporaine*, hg. v. Société Foudat Ier D'Economie Politique de Statistique et de Législation, Nr. 261/262, November/Dezember 1950, Kairo 1950, S. 789 - 791.

94 Ebenda.

95 *Statistical Abstract 1957*, Republic of Iraq, hg. v. Ministry of Economic, Bagdad 1958, S. 104.

96 *Wirth, E., Irak - landeskundlich-statistische Übersicht eines Entwicklungslandes*, in: *Geographisches Taschenbuch 1958/59*, Wiesbaden, S. 398.

97 *Statistical Abstract 1957*, a. a. O., S. 101.

98 Siehe hierzu im einzelnen *Grienig, Horst*, Zur Agrargestaltung in einigen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens unter besonderer Berücksichtigung der VAR (Ägypten), wirtschaftswiss. Diss. Leipzig 1966, S. 271 ff.

Im Jahre 1956 betrug der Gesamtwert des irakischen Warenumsatzes 82,586 Millionen ID⁹⁹, das heißt nur etwa 15 ID pro Kopf der Bevölkerung. Dabei entfielen allein 45 Prozent aller Käufe auf Bagdad.¹⁰⁰ Die Begrenztheit des inneren Marktes und dessen geringe Entwicklungsfähigkeit im Rahmen der bestehenden Agrarverfassung setzten der Industrialisierung a priori Grenzen.

5. Die Investitionstätigkeit in der Industrie wurde ebenfalls negativ durch die rückständigen Agrarverhältnisse beeinflusst. Angesichts der beherrschenden Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft dieser Länder - der Agrarsektor bildete die Hauptquelle der gesellschaftlichen Einkommen - entschieden die Produktionsverhältnisse in diesem Wirtschaftssektor zugleich weitestgehend über Größe, Richtung und Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Akkumulation. Einen überwältigenden Teil des ohnehin niedrigen Nationaleinkommens realisierten die Großgrundbesitzer, Wucherer und Händler, die im allgemeinen keine Investitionen im industriellen Sektor vornahmen. So entfielen 1956 im Irak 41 Prozent des gesamten Nationaleinkommens auf diese gesellschaftlichen Schichten¹⁰¹ und in Syrien realisierten sie 39,4 Prozent.¹⁰² Etwa 18,6 Prozent betrug 1952/53 allein der Anteil der Rente am Nationaleinkommen in Ägypten.¹⁰³

Die kolonial-halbfeudale Agrarverfassung war letztlich auch die Ursache für die angespannte und sich ständig weiter verschärfende Nahrungsmittelsituation in den untersuchten Ländern. Die Nahrungsmittelherzeugung blieb weit hinter der Bedarfsentwicklung zurück. Die Landwirtschaft konnte in einigen Ländern nicht einmal mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten. So erhöhte sich in Ägypten von 1935/39 bis 1952 die Nahrungsmittelproduktion um 9 Prozent, während die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um 35 Prozent anstieg.¹⁰⁴ Ständig verschlechterte sich folglich das Lebensniveau der breiten Schichten des Volkes.

Die auf niedrigem Niveau stagnierende, einseitige, permanenten Schwankungen unterworfenene agrikole Produktion verursachte hohe Aufwendungen an Valuta für den Import von Agrarprodukten und verstärkte somit die

99 Danøig, B. M., a. a. O., S. 117.

100 Ebenda.

101 Siehe Fenelon, K. G., a. a. O., S. II/26.

102 Al-Kala, A. R. A., a. a. O., S. 393.

103 Errechnet nach *Economic Bulletin*, a. a. O., Nr. 4/1954, S. 275 f.

104 Siehe ebenda, Nr. 2/1964, S. 247; *Statistical Pocket Book UAR*, 1952-1962, a. a. O., S. 9.

Abhängigkeit dieser Länder von den Kolonialmächten. Die Zahlungsbilanzschwierigkeiten wurden immer größer.

Als Hauptursache für den niedrigen Stand der Produktivkräfte in der Volkswirtschaft der untersuchten Länder und für das Entstehen der Kolonialstruktur der Wirtschaft war die kolonial-halbfeudale Agrarverfassung eine der materiellen Basen für die ständige Reproduktion der Abhängigkeit dieser Länder von den imperialistischen Mächten. Gleichzeitig bildete - wie oben dargestellt - die Landwirtschaft die soziale Basis der kolonialen "Elite", der Kräfte, die eng mit dem Imperialismus zusammenarbeiteten und die Völker der kolonialen Ausbeutung und Unterdrückung auslieferten.

Die Krise der kolonial-halbfeudalen Agrarverfassung

Die kolonial-halbfeudale Agrarverfassung geriet durch die Verschärfung der ihr innewohnenden und durch sie hervorgerufenen Widersprüche in eine tiefe Krise. Diese Krise ist sowohl ein inhärenter Bestandteil der Krise des Kolonialsystems als auch der permanenten sozial-ökonomischen Krise des Agrarsektors, die das gesamte kapitalistische Weltwirtschaftssystem erfaßt hat. Während jedoch die Widersprüche in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern aus der hohen Entwicklungsstufe des Kapitalismus in der Landwirtschaft resultieren, hat die Krise in den ehemaligen Kolonien und abhängigen Ländern andere, entgegengesetzte Ursachen. Sie entstanden aus der vom Kolonialismus ererbten extremen Rückständigkeit und Unterentwicklung der Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte. Die unterschiedlichen Ursachen für das Entstehen und die ständige Verschärfung der Widersprüche in der Landwirtschaft der kapitalistisch hochentwickelten und der ökonomisch schwachentwickelten Länder sind zugleich Ausdruck der Kolonialpolitik der Metropole gegenüber den ehemaligen Kolonien, die darauf abzielte, die überlebten Produktionsverhältnisse zu erhalten und zu festigen und die Herausbildung eines eigenen nationalen Kapitalismus zu verhindern.¹⁰⁵

¹⁰⁵ Im System der neokolonialistischen Expansion der imperialistischen Mächte tritt bezüglich dieser Frage eine bedeutende Veränderung gegenüber der traditionellen Kolonialpolitik ein. Um die Entwicklungsländer im System der kapitalistischen Weltwirtschaft zu halten, ist heute das Streben der imperialistischen Mächte primär darauf gerichtet, eine Schicht kapitalistischer Unternehmer in allen Zweigen der Wirtschaft zu schaffen und deren Entfaltung zu fördern.

Das Wesen der sozialökonomischen Krise des Agrarsektors besteht folglich in den Entwicklungsländern in der Existenz einer überlebten, kolonial geprägten Agrarverfassung. Der für die untersuchten Länder charakteristische kolonial-halbfeudale Typ der Agrarverfassung, dessen Hauptmoment das Monopol der Großgrundbesitzer an Boden und Wasser ist, bringt ein der kolonialen Ausbeutung weitestgehend entsprechendes, durch mannigfaltige Übergangsverhältnisse charakterisiertes, zu niederen Formen der kapitalistischen Wirtschaftsführung tendierendes, jedoch mit "tausend Fäden" mit dem Feudalismus verbundenes System von Produktionsverhältnissen zum Ausdruck. Es ist im Wesen statisch, durch brutalste Formen der Ausbeutung und Knechtung der Bauernschaft - speziell der Teilpächter - charakterisiert, hemmt die Entfaltung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft aber auch der übrigen Zweige der Volkswirtschaft, vor allem der Industrie, maximal und wird durch tiefe Widersprüche zerrissen. Dieses System von Produktionsverhältnissen muß grundlegend umgestaltet werden. Ohne die kolonial-halbfeudale Agrarverfassung zu überwinden, ist es weder möglich die ökonomischen Probleme und sozialen Widersprüche zu lösen, noch ausreichende Bedingungen für die nationale Wiedergeburt dieser Länder zu schaffen. Die Lösung der Agrarfrage avancierte folglich zu einer Schlüsselaufgabe bei der ökonomischen, politischen, sozialen und nationalen Entwicklung Ägyptens, Syriens und des Irak. Von der Beantwortung der Frage, welcher Weg bei der Agrarumgestaltung eingeschlagen werden soll, hing nicht nur entscheidend ab, in welchem Tempo sich die Wirtschaft entwickeln würde, in welchem Maße das Lebensniveau der breiten Massen der Bevölkerung gehoben werden kann und inwieweit es möglich sein würde, sich der imperialistischen Ausbeutung zu entziehen - die Entscheidung darüber bedeutet zugleich auch eine Fixierung des weiteren Entwicklungsweges.

Im gesellschaftlichen Leben äußerte sich die sozialökonomische Krise des Agrarsektors in schweren Klassenauseinandersetzungen, in zahlreichen, oft noch spontanen revolutionären Bewegungen der Bauernschaft. Das muß auch von bürgerlichen Wissenschaftlern und Politikern immer mehr anerkannt werden. So schrieb der Agrarexperte der FAO Dr. Schickele: "Hier (in Afrika - H. G.) wie fast überall in der unterentwickelten Welt ist das Agrarproblem der Kern der wirtschaftlich-politischen Unruhe. Die Landerbeiter und kleinen Bauern nehmen nicht mehr ihren Hunger und ihre Not, ihre soziale Geltungslosigkeit und politische Ohnmacht als unvermeidliches Naturgesetz an."¹⁰⁶

106 Schickele, R., Richtige und falsche Entwicklungspolitik in den

Die Bauernschaft ist eine soziale Haupttriebkraft der gesamten revolutionären Bewegung in diesen Ländern.¹⁰⁷ Das feste Bündnis der Arbeiterklasse und aller progressiven nationalen Elemente mit der Bauernschaft ist eine Grundvoraussetzung für den endgültigen Sieg über die innere und äußere Konterrevolution und für das Vorwärtsschreiten auf dem Weg des sozialökonomischen Fortschritts.

Die Erringung der staatlichen Souveränität, der Übergang der Staatsgewalt in die Hände von nationalen Kräften, schuf objektive notwendige Voraussetzungen, um die Agrarfrage in Ägypten, Syrien und im Irak zu lösen.

Entwicklungsländern, in: Entwicklungsländer, Nr. 4/1961, S. 104.

107 Ghoneim, A., Agrarian Problem in Africa. "Peace and Socialism" - "Al-Talia" - Seminar, Thema: Africa: National and Social Revolution, Kairo, 24. - 29. Oktober 1966.

Zur wirtschaftspolitischen Konzeption des deutschen Imperialismus beim Überfall auf die Sowjetunion.

Aufbau und Zielsetzung des staatsmonopolistischen Apparats für den faschistischen Beute- und Vernichtungskrieg

von Roswitha Czollek

Die Sowjetunion war seit ihrem Bestehen der eigentliche "Erbfeind" der reaktionärsten und aggressivsten Elemente des deutschen Finanzkapitals. In der faschistischen Diktatur verfügten diese Kräfte zum erstenmal über einen Staat, der offiziell den Antikommunismus zur Staatsdoktrin und äußerste Aggressivität gegenüber der UdSSR zur obersten Maxime seiner Außenpolitik erhob. Der "Drang nach Osten" unter dem Hakenkreuz stellt nichts anderes dar als die auf eine grobe Formel verdichtete doppelte Zielsetzung des deutschen Imperialismus, eine Sigle seiner Expansionsgier sowohl als auch seines Programms der extremen sozialen Reaktion.

Die Liquidierung des Sozialismus in der UdSSR erschien den deutschen Monopolen als die wichtigste politische Voraussetzung nicht nur für das barbarische Okkupationsregime, das sie dort errichten wollten und auch errichteten, soweit sie gelangten, sondern für die "Neuordnung" Europas und der Welt überhaupt und nicht zuletzt für die dauernde Niederhaltung des eigenen Volkes. Die Zerschlagung der Sowjetunion war für den deutschen Imperialismus gerade auch in dieser Beziehung "der wichtigste Schritt auf dem Wege zur Weltherrschaft."¹

Wirtschaftlich ging es dem deutschen Imperialismus beim Überfall auf die Sowjetunion zunächst um jenen Zuwachs an kriegswirtschaftlichem Potential, mit dessen Hilfe er später seine Expansion gegen Großbritannien, weit über die Grenzen Europas hinaus und schließlich nach Übersee voranzutreiben gedachte.² Bereits im April 1939 verkündete

1 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 5, Berlin 1966 S. 291.

2 Zum Kriegszielprogramm der deutschen Monopole vgl. allgemein *Eichholtz, Dietrich*, Die IG-Farben-"Friedensplanung", in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (im folgenden: JfW) 1966, T. 3, S. 271 ff., Einführung; *derselbe*, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945*, T. 1: Von 1939 bis 1941 (Manuskript, zum

Carl Krauch - Vorstandsmitglied und Mitglied des Zentralausschusses des IG-Farben-Konzerns, Generalbevollmächtigter für Chemie und Leiter der Reichsstelle Chemie, erster wirtschaftlicher Berater Görings und zentrale Figur der Vierjahresplanbehörden - vor dem für die unmittelbare wirtschaftliche Kriegsvorbereitung damals maßgeblichen staatsmonopolistischen Gremium, dem "Generalrat des Vierjahresplans", das rüstungswirtschaftliche Programm des deutschen Imperialismus. Als Resümee eines hundert Seiten langen Berichts über die rüstungswirtschaftliche Situation des deutschen Imperialismus und die Kriegsvorbereitungen des Vierjahresplans brachte er es auf eine kurze kategorische Formel: "Deutschland muß das eigene Kriegspotential und das seiner Verbündeten so stärken, daß die (sc. faschistische - d. Verf.) Koalition den Anstrengungen fast der ganzen übrigen Welt gewachsen ist"; in diesem Zusammenhang betonte er wie selbstverständlich "die zwingende Notwendigkeit, im Kriegsfall die Ukraine wehrwirtschaftlich auszunutzen."³

Vor allem aber gehörte die Aneignung und Ausbeutung der unerschöpflichen Produktivkräfte und materiellen Ressourcen des Sowjetlandes zu den grundsätzlichen Zielen, den eigentlichen Kriegszielen der deutschen Monopole. War doch der wesentliche Zweck, den sie mit dem Krieg verfolgten, die Neuverteilung der Reichtümer der Welt zugunsten des deutschen Imperialismus, eben die Eroberung von "Lebensraum" für die Monopole in Form von Bodenschätzen, Ländereien und Lebensmitteln ebenso wie von Patenten und Erfindungen, Fabriken, Hütten- und Bergwerken und sonstigen Produktionsstätten und -mitteln, von Rohstoffquellen, Absatzmärkten und billigen Arbeitskräften.

Die UdSSR nahm damit in der wirtschaftlichen "Neuordnung" der deutschen Monopole einen ganz besonderen Platz ein. Im Vergleich zu der "Neuordnungs"-Politik und den "Friedensplanungen" des Frühjahrs und Sommers 1940 setzten diesmal - wie auch die rüstungswirtschaftlichen Planungen und Vorkehrungen des deutschen Faschismus für den Überfall - die Kriegszielplanungen der führenden Konzerne und entsprechende umfangreiche staatsmonopolistische Vorbereitungen noch weitaus früh-

Druck vorbereitet, im folgenden: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft), passim.

- 3 Dok. EC-282, "Arbeitsbericht des Generalbevollmächtigten des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring für Sonderfragen der chemischen Erzeugung Dr. C. Krauch vor dem Generalrat am 28. April 1939" (Entwurf v. 20./21. April 1939), Fall VI, ADB 20, Deutsches Zentralarchiv Potsdam (im folgenden: DZA Potsdam), Filmsammlung, IG-Farben, Film Nr. 413, gleichfalls Fall XI, ADB 119, ebenda, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 408, Bl. 118, 115.

zeitiger ein. Schon viele Monate vor dem 22. Juni 1941 wurden zahlreiche besondere Organisationen aufgebaut, die sich gründlich und bis ins einzelne auf die Inbesitznahme der sowjetischen Wirtschaft und ihrer materiellen Ressourcen und auf deren Einbeziehung in die deutsche Kriegswirtschaft vorbereiteten. Es waren die Monopole selbst und ihre "Selbstverwaltungs"-Organe, die an der Bildung dieser vielschichtigen staatsmonopolistischen Apparatur beteiligt waren - ebenso wie eine Vielzahl von staatlichen Behörden und Militärdienststellen, vor allem der Beauftragte für den Vierjahresplan (Göring), OKW und OKH, verschiedene Reichsministerien und Alfred Rosenbergs neugeschaffene Dienststelle, das spätere "Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete".

Die wichtigsten Teile dieser Apparatur waren der "Wirtschaftsstab Ost", der "Wirtschaftsstab z. b. V. Oldenburg" (später: "Wirtschaftsstab Ost") und das System der sogenannten Ostgesellschaften. Bildung und Zielsetzung dieser Institutionen sind Gegenstand der folgenden Untersuchungen, die im Falle der Ostgesellschaften zeitlich über den 22. Juni 1941 hinausgehen, da das System dieser spezifischen Einrichtungen erst Wochen und Monate nach dem Überfall seine volle Ausprägung fand. Außer Betracht muß hier ein weiterer, erst kürzlich entdeckter, höchst wichtiger und aufschlußreicher Teil des staatsmonopolistischen Mechanismus bleiben, den maßgebliche Vertreter führender Konzerne direkt leiteten und handhabten.⁴

Zwischen den beiden Hauptbereichen, aus denen die Elemente dieser Gesamtapparatur erwachsen - der 1936 von Staat und Monopolen inaugurierten Vierjahresplanbehörde und der militärischen "Wehrwirtschafts"organisation -, bestanden von Anfang an enge sachliche und personelle Beziehungen. Noch nachträglich über diese wirkungsvolle "straffe Zusammenfassung aller einschlägigen Zuständigkeiten in Partei und Staat" frohlockend, stellte General Georg Thomas, Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW (bis November 1939: Wehrwirtschaftsstab), in seinen 1943/44 verfaßten Grundlagen für eine Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft⁵ fest, mit der Verkündung des

⁴ Das bisher hierüber bekannte Material findet sich gedruckt bei Czollek, Roswitha/Eichholtz, Dietrich, Die deutschen Monopole und der 22. Juni 1941, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), H. 1/1967, S. 72 ff.; siehe auch Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, a. a. O., Abschn. 5.1.

⁵ Vorgelegt und auszugsweise abgedr. als Dok. PS-2353 der Anklagebehörde im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß (siehe Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärge-

Vierjahresplans sei "ein bedeutsamer Teil der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung eingeleitet" worden.⁶ "Die große Bedeutung, die die Arbeit des Vierjahresplanes für die Rüstung hatte, führte zu einer engen Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen des Vierjahresplanes und dem WStb (Wehrwirtschaftsstab im OKW - d. Verf.)", berichtete er. Besonders zu den Abteilungen des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe, deren Leiter später zum Teil an den Hebeln des Okkupationsregimes in der Sowjetunion saßen, unterhielt der Wehrwirtschaftsstab ständige enge Beziehungen, die nach den Worten von Thomas zu einer erfreulichen, positiven Zusammenarbeit führten.⁷ Worum es sich dabei im einzelnen handelte, wissen wir ebenfalls aus erster Hand: Neben den unmittelbaren Rüstungsvorhaben leistete der Wehrwirtschaftsapparat des OKW den Monopolen schon lange vor dem Kriege unter anderem auch durch seine systematische Spionagetätigkeit wertvolle Vor- und Zuarbeit für ihre Expansionsziele. Ständige Objekte der Erkundung in den Ländern der potentiellen Kriegsgegner waren

- a) industrielle Leistungsfähigkeit, insbesondere der Rüstungsindustrie, d. h. die Fertigung von Kriegsgeräten unter Berücksichtigung von Engpässen, industriellen Zusammenballungen, Grenznähe usw.,
- b) Rohstoff- und Energieversorgung, und zwar vorhandene Rohstoffquellen wie auch fehlende Rohstoffe, und damit die Abhängigkeit der Rüstungsindustrie von kontinentalen oder überseeischen Importen,
- c) Arbeitseinsatzlage und ihre voraussichtliche Veränderlichkeit im Kriege,
- d) Ernährungslage,
- e) Finanzlage und Finanzkraft eines Landes und seine eventuelle Abhängigkeit von Verbündeten,
- f) Außenhandel,
- g) Verkehrsverhältnisse im Land und über die Grenzen,
- h) Hafenanlagen, Umschlagseinrichtungen und deren Verlagerungsmöglichkeiten,
- i) soziale Verhältnisse,
- k) Versorgungseinrichtungen."⁸

Auf diese Weise baute sich der Wehrwirtschaftsstab "bis zum Beginn des Krieges einen persönlichen Sachkennerapparat auf ..., so daß sich

richtshof Nürnberg, 14. 11. 1945 - 1. 10. 1946, Nürnberg 1947 ff.
[im folgenden: IMT], Bd. 30, S. 259 ff.), jetzt vollständig veröffentlicht in: *Thomas, Georg, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918 - 1943/45)*, hg. v. Wolfgang Birkenfeld, Boppard (Rhein) 1966.

⁶ Ebenda, S. 113.

⁷ Ebenda.

⁸ Ebenda.

die Abteilung Ausland des WStb bzw. des Wi Rü Amtes im Kriege als ausgezeichnetes Auskunftsorgan nicht nur für die Wehrmacht, sondern auch für andere Reichsbehörden und für die Wirtschaft erwies."⁹ Um der vollen Wahrheit willen hätte Thomas allerdings hinzufügen müssen, daß sich sein Amt, wie auch andere OKW-Stellen, bei dieser Tätigkeit wiederum sehr weitgehend auf die "persönlichen Sachkenner" aus führenden Monopolen stützte und beispielsweise von der IG-Farben sowohl mit Spezialisten als auch regelmäßig mit einer Fülle von Material, volkswirtschaftlichen Berichten über andere Länder usw. versorgt wurde.¹⁰

Aber nicht nur in dieser Beziehung arbeiteten Militär und Monopole bei der Aggressionsvorbereitung Hand in Hand. Ein enger Kontakt bestand zwischen ihnen auch bei der sachlich-informativischen Schulung und Koordinierung der Kräfte für den geplanten neuen Raubzug zur Eroberung der Weltherrschaft. Thomas verwies ausdrücklich auf die "Bedeutung der Friedensausbildung, die nicht nur aktiven Offizieren und Beamten im Rahmen der Wehrwirtschaftsorganisation zuteil wurde, sondern die durch Einrichtung zahlreicher Kurse auch eine große Zahl von Herren der Wirtschaft erfaßt hat. Die Schulung, die in Friedenszeiten diesen Herren aus dem Gedankengut der Wehrwirtschaft vermittelt wurde, hat sich im Einsatz in den besetzten Gebieten von Ost und West, Nord und Süd hervorragend bewährt."¹¹

Abgesehen von dieser großangelegten, langfristigen Vorarbeit auf dem Gebiet der Spionage und der personellen Koordinierung bot sich die sogenannte Wehrwirtschaftsorganisation des OKW den deutschen Monopolen auch rein institutionell als ausbaufähiger Kern bzw. Kristallisationspunkt jenes allumfassenden Instrumentariums an, das in der letzten Phase der Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion endgültig Gestalt annahm und das im folgenden auf seine Hauptbestandteile hin näher untersucht wird.

Dem Rang entsprechend, den die Eroberung des Sowjetlandes in den Kriegsplänen der deutschen Imperialisten einnahm, wurden die unmittelbaren organisatorischen Vorbereitungen und Planungen für den neuen wirtschaftlichen Raubzug "mit größter Energie und in größtem Ausmaß"

⁹ Ebenda, S. 116.

¹⁰ Siehe Dok. NI-5197, abgedr. bei *Kuczynski, Jürgen*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 16: Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1963, S. 188 ff. u. 233 ff.; Dok. NI-6713, ebenda, S. 227 f.; Dok. NI-7978-con, ebenda, S. 230 ff.

¹¹ *Thomas, Georg*, a. a. O., S. 327.

betrieben.¹² Sie begannen im Herbst 1940, mehr als ein halbes Jahr vor dem Überfall.

In den folgenden Monaten versuchte Göring als "Beauftragter für den Vierjahresplan" mit Erfolg, alle Fäden in seinem Amt zusammenzuhalten. Sehr aufschlußreich für seine Zielsetzung und auch in bezug auf seine maßgeblichen monopolistischen Berater und Hintermänner war jener Punkt, an dem seine Initiative einsetzte. Am 6. November 1940 erklärte er gegenüber Thomas, "daß er eine zentraleuropäische Treibstoffgesellschaft gründen wolle, die den Aufkauf und die Verwertung aller in Zentraleuropa liegenden Treibstoffvorkommen betreiben soll. Die Gesellschaft soll privatwirtschaftlich durch die Industrie aufgezogen werden, Majorität soll aber beim Reich liegen."¹³

Offensichtlich sollte die Gesellschaft schon im Hinblick auf die Erdölbeute in der UdSSR ins Leben gerufen werden. Dafür sprachen auch die weiteren Umstände des Besuches Thomas' bei Göring. Thomas war zur Berichterstattung bei Göring nach Beauvais (Nordfrankreich) gefahren, und hier trug sich zweifellos zu, was er später beschrieb¹⁴: "Im November wurde der Chef Wi Rü Amt zusammen mit den Staatssekretären Körner, Neumann, Backe und General von Hanneken vom Reichsmarschall über die geplante Ostoperation unterrichtet." Natürlich eröffnete Göring seinem Publikum nichts völlig Neues, besonders Thomas nicht, der seit August mit den rüstungswirtschaftlichen Vorbereitungen auf den Überfall beschäftigt war. Aber er teilte ihnen offiziell den Inhalt des Feldzugplans mit, der wenige Wochen später als Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa) von Hitler unterzeichnet wurde und er befahl ihnen, nun detaillierte "Überlegungen über die geplante Ostoperation" anzustellen.¹⁵

Wesentlich erscheint auch der Umstand, daß der von Göring instruierte Personenkreis fast identisch mit dem späteren "Wirtschaftsführungsstab Ost" war.

¹² Siehe ebenda, S. 266.

¹³ Dok. PS-1456, Aktennotiz Thomas' über Vortrag bei Göring am 6. 11. 1940 (v. 8. 11. 1940), Fall XI, ADB 122 A, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 415, Bl. 150 (Teile aus dem Gesamtdokument - rd. 250 Seiten wichtigster Schriftstücke aus den Akten Thomas', die als Anlagen für das Kriegstagebuch des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW dienten - im folgenden generell zitiert als: Dok. PS-1456).

¹⁴ Thomas, Georg, a. a. O., S. 261.

¹⁵ Ebenda, S. 267.

Sogleich begannen die räuberischen Vorbereitungen auf den Eroberungszug. Am 10. Dezember 1940 erhielt nach Dallin das OKW "den ersten vollständigen Bericht über die in Erwägung gezogene Ausnützung der Hilfsquellen des Ostens."¹⁶ Anfang Januar 1941 stellte Thomas in seinem Amt einen besonderen "Arbeitsstab Rußland" zusammen, der, wie er sich brüstete, ein "hervorragendes Sachmaterial" zusammenbrachte¹⁷, so daß "noch nie ein Heer mit wehrwirtschaftlichem Material über das Feindesland so ausgerüstet gewesen ist, wie das deutsche in Rußland."¹⁸ Als Ergebnis der Arbeit dieses Stabes legte Thomas Göring am 13. Februar eine ausführliche Denkschrift über "Die wehrwirtschaftlichen Auswirkungen einer Operation im Osten" vor.¹⁹ Nach der Analyse einer Fülle von Zahlen und Informationen über die sowjetische Wirtschaft schloß er mit der dringenden Forderung, "durch schnelles Zusammenfassen der Zerstörungen der Vorräte, des Verkehrsnetzes, der Kraftwerke, des MTS-Maschinenparks und vor allem der kaukasischen Erdölfelder zu verhindern. "Die Gebiete südlich der Wolga- und Donnmündung einschließlich des Kaukasus müssen in die Operation mit einbezogen werden. Das kaukasische Treibstoffgebiet ist für die Ausnützung der besetzten Gebiete unentbehrlich."²⁰

Eine neue Phase der Organisation setzte Ende Februar ein. Am 26. Februar hielt Thomas wiederum Vortrag bei Göring. Sein Memorandum wurde besprochen und akzeptiert, und er erhielt weitergehende Richtlinien und Vollmachten²¹: "Mit besonderer Betonung sagte mir dann der Reichsmarschall, daß er die Ausnützung des besetzten Rußlands auf wehrwirtschaftlichem Gebiet anders haben will, als es bisher im Westen und Polen der Fall gewesen ist. Er verlange eine Absetzung vom OKH und eine völlig selbständige Organisation unter seinem Befehl, die mit den

16 Dallin, Alexander, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941 - 1945. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958, S. 50. - Die Quellen, die Dallin für Aussage und Datum angibt (gedruckte Dokumente aus dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß), sind jedoch nicht verifizierbar.

17 Thomas, Georg, a. a. O., S. 261 f.

18 Ebenda, S. 266.

19 Denkschrift v. 13. 2. 1941, vollst. abgedr. ebenda, S. 515 ff.; Thomas hat die Ausarbeitung vermutlich anlässlich ihrer Übergabe mit Paul Körner und Erich Neumann, Görings Staatssekretären im Vierjahresplan, besprochen, als er am selben Tag bei ihnen eine Besprechung hatte (siehe Dok. PS-1457, Kriegstagebuch [Kladde] des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW, Fall VI, ADB 20 [auch ADB 24], DZA Potsdam, Filmsammlung, IG-Farben, Film Nr. 413, Eintragung v. 13. 2. 1941).

20 Thomas, Georg, a. a. O., S. 531 f., Hervorhebungen wie im Original.

21 Dok. PS-1456, Bl. 48, Aktennotiz Thomas' über Vortrag bei Göring am 26. 2. 1941 (v. 27. 2. 1941).

vordersten Truppen in das Land hineingehen solle mit ganz bestimmten Weisungen, die vorher aufzustellen seien. Die Leitung der Vorbereitung übertrage er mir mit der Weisung, ihm laufend darüber Vortrag zu halten. Der Führer habe ihm diese Bitte genehmigt. Ich meldete ihm, daß die Vorbereitungen in diesem Sinne bereits im Gange seien, und daß ich ihm in Kürze den Organisationsentwurf vorlegen werde."²² Dies war die Geburtsstunde des berüchtigten Wirtschaftsstabes Ost.

Am 28. Februar gab Thomas in seinem Amt Anweisung, "einen erweiterten Organisationsentwurf für den Reichsmarschall aufzustellen."²³ Der erste wichtige Gesichtspunkt, den er dabei zu beachten gebot, war die Notwendigkeit, führende Vertreter der Monopole zur Mitarbeit heranzuziehen. "Hauptaufgabe der Organisation werde in der Erfassung von Rohstoffen und in der Übernahme aller wichtigen Betriebe bestehen. Für die letztere Aufgabe würden zweckmäßigerweise von Anfang an zuverlässige Persönlichkeiten deutscher Konzerne eingeschaltet werden, da nur mit Hilfe ihrer Erfahrungen von Beginn an erfolgreiche Arbeit geleistet werden könne (z. B. Braunkohle, Erz, Chemie, Erdöl)."²⁴

Weiterhin hob Thomas in betonter Weise die allgemeine Unterstellung unter Göring hervor; die Organisation bekäme ihre "Weisungen direkt von der Zentralstelle in Berlin"²⁵, die Göring mit Hitlers Zustimmung einzurichten plante. Schließlich tauchte anlässlich dieser Sitzung im Wirtschafts- und Rüstungsamt zum erstenmal der künftige Deckname der Organisation auf - Oldenburg -, obwohl noch vom "Arbeitsstab" die Rede war und die volle Bezeichnung "Wirtschaftsstab z. b. V. Oldenburg" noch nicht verwandt wurde.

Kaum drei Wochen später, am 19. März, erstattete Thomas Bericht über die neugeschaffene Organisation. Er beabsichtigte, die Exekutive ganz beim Wirtschaftsstab Ost zu konzentrieren, der bei seinem Amt gebildet worden war. Göring war die Oberaufsicht mittels eines kleinen Ausschusses von Staatssekretären als Führungsstabes (offizielle Bezeichnung danach "Wirtschaftsführungsstab Ost") zgedacht, dem als sein ständiger Vertreter Paul Körner (Vierjahresplan) vorsitzen und dem außer Thomas selbst Herbert Backe (Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft), Hermann v. Hanneken (Reichswirtschaftsministerium)

22 Die von Göring hier erstmals erwähnte Bevollmächtigung durch Hitler wurde am 13. 3. 1941 vom OKW durch Keitels "Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa)" bestätigt (Dok. PS-447, abgedr. in: *IMT*, Bd. 26, S. 53 f.).

23 Dok. PS-1317, Aktennotiz über Besprechung bei Thomas am 28. 2. 1941 (v. 1. 3. 1941), abgedr. in: *IMT*, Bd. 27, S. 170.

24 Ebenda, S. 170 f.

25 Ebenda, S. 170.

und Friedrich Alpers (Reichsforstamt) angehören sollten.²⁶ Geschäfts- und Federführung sollten beim Wirtschaftsstab Ost bzw. beim Wirtschafts- und Rüstungsamt liegen.

Göring war "mit der ihm vorgeschlagenen Organisation voll einverstanden. ... Mit Führung in einzelnen Stellen durch Offiziere ist er einverstanden, insonderheit mit General Schubert. Die Leiter der Wirtschaftsinspektionen will der Reichsmarschall noch persönlich sprechen. Hanneken soll beste Kräfte aus der Wirtschaft namhaft machen."²⁷

Vermutlich war es der Druck der im Wirtschaftsführungsstab direkt oder mittelbar vertretenen Kräfte und Gruppierungen (Vierjahresplan, Ministerien, staatsmonopolistische "Selbstverwaltungs"-Organe und andere Monopolkreise), der auch in den Exekutivorganen den maßgeblichen "fachlichen" Einfluß der genannten Staatssekretäre durchsetzte. Die fachliche Führung lag schließlich "bei den im Führungsstab vereinigten Staatssekretären, die ihre Weisungen über den Wirtschaftsstab Ost an ihre Bearbeiter bei den Wehrwirtschaftsinspektionen gaben."²⁸

Der Wirtschaftsstab Ost war als Führungskern für die später, nach Aufhebung bzw. Lockerung der Geheimhaltung, aufzustellende umfangreiche Wehrmachtsorganisation für die faschistische "Wirtschaftsverwaltung" in der UdSSR gedacht. Im April 1941 war auch der breite Unterbau des Stabes fertig entworfen. Der Wirtschaftsstab Ost unter Generalleutnant Wilhelm Schubert bestand selbst aus einem Stab und fünf Hauptgruppen oder Chefgruppen, die von den Staatssekretären aus dem Wirtschaftsführungsstab mit ihren Fachkräften besetzt wurden.²⁹ Leiter der Hauptgruppe Landwirtschaft wurde Hans-Joachim Riecke (Reichs-

26 Siehe *Dok. PS-1456*, Bl. 43, Aktennotiz Thomas' über Vortrag bei Göring am 19. 3. 1941 (v. 20. 3. 1941); siehe auch *Thomas, Georg*, a. a. O., S. 258 f. - Dem Wirtschaftsführungsstab gehörte tatsächlich auch noch Staatssekretär Friedrich Syrup (Reichsarbeitsministerium) an. In einem später zu datierenden Strukturbild des Wirtschaftsführungsstabes Ost erscheinen als Mitglieder außerdem Robert Ley und, anstelle von v. Hanneken, Friedrich Landfried (siehe Fall XI, Vorläufiger Schriftsatz [der Anklage] über den Wirtschaftsführungsstab Ost und verwandte Fragen, DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 502, Bl. 14).

27 *Dok. PS-1456*; Generalleutnant d. L. Wilhelm Schubert, bisher schon Chef des "Arbeitsstabes Rußland", wurde zum Chef des Wirtschaftsstabes Ost ernannt.

28 *Thomas, Georg*, a. a. O., S. 271.

29 Siehe Strukturdiagramm Wirtschaftsstab Ost, Fall XI, Vorläufiger Schriftsatz der Anklage über den Wirtschaftsführungsstab Ost und verwandte Gebiete, a. a. O., Bl. 13; siehe auch *Dok. NID-12573*, Organisationsschema Wirtschaftsstab Ost, Stand 1942/43, Fall XI, ADB 122 A, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 415, Bl. 280.

ministerium für Ernährung und Landwirtschaft), Leiter der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft Gustav Schlotterer (Reichswirtschaftsministerium). Die übrigen Hauptgruppen leiteten, einige Zeit später eingesetzt:

Hauptgruppe Arbeit	Rachner (RAM)
Hauptgruppe Forstwirtschaft	Barth (Reichsforstamt)
Hauptgruppe Betriebsförderung und Berufserziehung	Marrenbach (DAF)

Der Wirtschaftsstab Ost war die Spitze über einer geplanten Gliederung von 5 Wirtschaftsinspektionen, 23 Wirtschaftskommandos, 12 Außenstellen und verschiedenen anderen, speziellen Institutionen. Der gesamte Apparat sollte nach ersten Plänen einen Personalbestand von 6 845 Mann aufweisen.³⁰

Das ganze, detailliert vorbereitete Organisationsschema wurde am 29. April 1941 den bei Thomas zusammengerufenen Vertretern der Wehrmachtteile erläutert.³¹ Am 9. Juni trat die Organisation offiziell ins Leben.³²

Gleichzeitig mit dem Wirtschaftsstab Ost hatte inzwischen auch ein weiterer wichtiger Teil des staatsmonopolistischen Apparats für die Ausplünderung des Sowjetlandes Gestalt gewonnen. Das europäische Erdölmonopol, das Göring im Herbst 1940 vorgeschwebt hatte, nahm etwa zu gleicher Zeit mit Wirtschaftsstab und Wirtschaftsführungsstab Ost festumrissene organisatorische Formen an. Hier ging es um Erdöl, einen konkreten und besonders wichtigen Teil der erwarteten Beute, und hier drängten alle interessierten großen Monopole zur unmittelbaren Mitarbeit. Formell nahm auch bei der Bildung der "Kontinentale Öl AG" Göring seine umfassenden Vollmachten wahr. Aber alle Umstände zeugen von einer außerordentlich frühen Initiative und aktiven Mitarbeit der Monopole, voran die IG-Farben und die Deutsche Bank.

Eine aufschlußreiche Sitzung über die zu gründende Ölgesellschaft - die früheste, von der wir bis jetzt Kenntnis haben - fand am 21. Januar 1941 statt. Görings Staatssekretär Erich Neumann verhandelte mit führenden Vertretern der Großbanken über die Gründung der Gesellschaft,

30 Dok. EC-38-M, "Vom Chef WiStabOst am 23. 2. 1944 genehmigte Gliederung für die Materialsammlung zur Geschichte des WiStabOst", Abschrift v. 21.(?) 2. 1944 (Auszüge), Fall XI, ADB 122 B, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 416, Bl. 185; siehe auch Thomas, Georg, a. a. O., Strukturbild zwischen S. 258 u. 259.

31 Dok. PS-1157, Unterlage Thomas' für "Besprechung mit den Wehrmachtteilen" am 29. 4. 1941 (bei Hitler?), abgedr. in: *IMT*, Bd. 27, S. 32 ff.

32 Thomas, Georg, a. a. O., S. 258.

wobei, wie zu erwarten, die finanziellen Fragen im Vordergrund standen. Aus der Aktennotiz, die Hermann Josef Abs über diese Sitzung anlegte,³³ ging indessen auch hervor, daß den Großbanken und jedenfalls auch den übrigen als Gründerfirmen vorgesehenen Konzernen das Projekt bereits früher bekannt war. Es erwies sich ferner, daß schon jetzt der IG-Farben-Konzern eine dominierende Position innehatte, nicht nur, weil die vorläufige Geschäftsführung des Projekts in den Händen eines IG-Direktors, nämlich Ernst Rudolf Fischers, lag, "da er erstens Fachmann auf dem Erdölgebiet und zweitens Leiter der Erdöl-Abteilung im Reichswirtschaftsministerium sei und drittens in ganz besonderem Maße das Vertrauen des Reichsmarschalls besitze"³⁴. es kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß Göring überhaupt alle Modalitäten der Gründung nach ausführlicher Beratung mit Krauch festgesetzt hatte, der zunächst nicht selbst hervortrat, sondern E. R. Fischer und Heinrich Bütefisch vorschickte, schließlich aber doch an hervorragender Stelle als Mitglied des Aufsichtsrats der Gesellschaft geführt wurde. Auch wenn Göring sich als Beauftragter für den Vierjahresplan die Majorität durch eine staatliche Holdinggesellschaft, die zu diesem Zweck neu gegründete Borussia GmbH, zu sichern entschlossen hatte, mußte das bei der engen staatsmonopolistischen Verbindung zwischen ihm und der IG in hervorragender Weise die Position dieses Konzerns gegenüber all seinen Konkurrenten stärken.

Göring und seine Berater sahen schließlich voraus, daß Reibungen und Interessenkämpfe - nicht nur um die Gründungsprofite wie auf dieser Sitzung - entstehen würden; durch Bestimmung Funks "als Person und nicht in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsminister oder Präsident der Reichsbank" zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats versuchten sie, solche "Reibungen zu vermeiden, wie sie bei der Gründung der Reichswerke Hermann Göring entstanden sind."³⁵

Am 27. März 1941 wurde das Unternehmen in Gestalt der "Kontinentale Öl AG" (Konti Öl) gegründet. Gründergesellschaften und Aktionäre waren identisch.³⁶ Von den 80 Millionen RM Stammkapital übernahmen

33 Dok. NI-10797, Notiz v. 23. 1. 1941, Fall XI, ADB 124, abgedr. bei Czollek, Roswitha/Eichholtz, Dietrich, Die deutschen Monopole und der 22. Juni 1941, a. a. O., S. 66 f.

34 Ebenda, S. 67.

35 Ebenda.

36 Dies und das Folgende nach Dok. NI-2023, notarielle Niederschrift über die Gründungsversammlung v. 27. 3. 1941, Fall XI, ADB 134, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 424, Bl. 51 ff.; vgl. auch ebenda, Bl. 47 ff., Gründungsbericht v. 27. 3. 1941;

an Namensaktien (mit vielfachem Stimmrecht)

Borussia GmbH ³⁷	30 Millionen RM	
Deutsche Erdöl-AG	3 "	"
Gewerkschaft Elwerath	3 "	"
Wintershall	3 "	"
Preußag	3 "	"
" für die interes- sierten Montan- konzerne weitere	3 "	"
IG-Farben	3 "	"
Brabag	2 "	"

an Inhaberaktien (mit einfachem Stimmrecht)

Deutsche Bank	10,5 "	"
Dresdner Bank	10,5 "	"
Reichskredit- gesellschaft	4,5 "	"
Berliner Handels- gesellschaft	4,5 "	"

Die Gesellschaft leiteten als Vorsitzender des Verwaltungsrates E. R. Fischer und als stellvertretender Vorsitzender Karl Blessing (Konzern Margarine-Union, Treuhänder der holländischen Betriebe des Unilever-Konzerns, Beirat - früher Direktor - der Reichsbank, heute Präsident der westdeutschen Bundesbank). Im Aufsichtsrat saßen Walter Funk (als Vorsitzender), Wilhelm Keppler und Erich Neumann (als stellvertretende Vorsitzende), Abs (Deutsche Bank), Bütefisch (IG-Farben, Brabag), Krauch (IG-Farben), Karl Rasche (Dresdner Bank), August Rohdewald (Reichskreditgesellschaft), August Rosterg (Wintershall), Karl Schirner (Deutsche Erdöl-AG), General Thomas, Hans Weltzien (Berliner Handelsgesellschaft), Heinrich Wisselmann (Preußag) und andere.

Den maßgeblichen Einfluß auf die neue Gesellschaft übten die Deutsche Bank - Abs mit seinen engen Konnexionen zu Blessing, Funk, Schirner - und vor allem der IG-Farben-Konzern - mit Fischer, Bütefisch, Krauch - aus. Dies spiegelte sich auch deutlich in der Besetzung des Verwaltungsrats wider.

ferner Dok. NI-10797 und NI-2018, beide sowie der Gründungsbericht abgedr. bei Czollek, Roswitha/Eichholtz, Dietrich, Die deutschen Monopole und der 22. Juni 1941, a. a. O., S. 66 ff.

37 Görings Beteiligungsgesellschaft, für die E. R. Fischer zeichnete.

Dem besonderen Interesse der mächtigsten deutschen Industrie- und Bankkonzerne an einem Erdölmonopol im europäischen "Großwirtschaftsraum" und vor allem in der Sowjetunion wird nicht nur die allgemeine Idee einer Monopolgesellschaft und nicht nur die dominierende Position zugeschrieben werden müssen, die sie selbst schließlich in der Konti Öl einnahmen, sondern auch der Umstand, daß der Gesellschaft eine eindrucksvolle privatkapitalistische Sondereinstellung eingeräumt wurde. Diesen besonderen Charakter der Konti Öl gegenüber den anderen Monopolgesellschaften, die nach dem Überfall auf die Sowjetunion zur Ausbeutung der okkupierten Gebiete gegründet wurden³⁸, umriß E. R. Fischer später so: "Im Gegensatz zu anderen Monopolgesellschaften, die die von ihnen übernommenen Betriebe treuhänderisch verwalten und sich nach Beendigung des Krieges wieder auflösen, führt die Kontinentöl die der Mineralölwirtschaft dienenden Anlagen des russischen Raumes auf eigene Rechnung und auf eigenes Risiko; sie zahlt hierfür eine Pacht an das Deutsche Reich, bis die Betriebe von ihr käuflich erworben werden."³⁹

Die ersten "Erwerbungen" der Konti Öl waren rumänische Erdölgesellschaften aus französischem und belgischem Besitz.⁴⁰ Die weitere Entwicklung der Gesellschaft hing, wie es Abs schon im Januar 1941 formulierte, "von dem weiteren Fortgang des Krieges ab."⁴¹ Im April 1941 befaßte sich der exklusive "Wirtschafts-Ring" mit der Konti Öl und sagte ihr eine notwendige "Verbreiterung der Kapitalbasis" für jene Zeit voraus, "wenn die Holding an ihre eigentlichen Aufgaben herangehen wird ... Denn die Ziele des Unternehmens sind offensichtlich sehr weit gesteckt."⁴²

Unmittelbar nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurde die Konti Öl dann "mit der Durchführung der auf dem Mineralölgebiet zu treffenden betriebswirtschaftlichen Maßnahmen betraut, d. h. ihr wurde das ausschließliche Recht zur Gewinnung, Verarbeitung, zum Transport und

38 Zum Gesamtkomplex der Monopolgesellschaften, später "Ostgesellschaften", siehe weiter unten.

39 Dok. NI-10162, Protokoll der 2. Aufsichtsratssitzung der Konti Öl am 13. 1. 1942, Fall VI, ADB 64, DZA Potsdam, Filmsammlung, IG-Farben, Film Nr. 419, dasselbe auch Fall XI, ADB 124, ebenda, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 417, Bl. 136 - 157.

40 Siehe Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, a. a. O., Abschn. 4.3.

41 Dok. NI-10797, Fall XI, ADB 124, abgedr. bei Czollek, Roswitha/Eichholtz, Dietrich, Die deutschen Monopole und der 22. Juni 1941, a. a. O., S. 67.

42 Der Wirtschafts-Ring, H. 14 v. 14. 4. 1941, zit. nach Czollek, Roswitha/Eichholtz, Dietrich, Die deutschen Monopole und der 22. Juni 1941, a. a. O., S. 65.

Handel von Mineralerzeugnissen übertragen."⁴³ Dieses absolute Monopol war auf 99 Jahre befristet; dafür sollte das Reich eine Ertrags-
tantieme von 7 1/2 Prozent erhalten.⁴⁴

Ende März 1941 war somit der organisatorische Aufbau des staatsmonopolistischen Apparates für die geplante Ausplünderung der Sowjetunion, mit der eingangs gemachten Einschränkung für die später gegründeten Ostgesellschaften, weitgehend abgeschlossen. In die folgende Zeit fällt die Ausarbeitung des Programms für seine Tätigkeit, vor allem der sogenannten Grünen Mappe. Unter Görings Oberaufsicht waren daran unmittelbar der Wirtschaftsführungsstab Ost und der Wirtschaftsstab Ost sowie der gerade im Aufbau befindliche Stab Alfred Rosenbergs beteiligt, den Hitler im April zum "Beauftragten für die zentrale Bearbeitung der Fragen des osteuropäischen Raumes" ernannt hatte.⁴⁵

Das wichtigste Datum auf dem Wege der Entstehung von Görings berückichtigter Grüner Mappe, die die endgültigen und allgemeingültigen "Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten" enthielt, war der 2. Mai 1941. An diesem Tage legte der Wirtschaftsstab Ost dem Wirtschaftsführungsstab Ost offenbar einen ersten Entwurf programmatischer Richtlinien vor. Bisher ist nur eine Aktennotiz aus dem Wirtschaftsstab Ost über das Ergebnis dieser "Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa" aufgefunden worden, die in wenigen Punkten das festhält, was als Hauptergebnis der Besprechung bzw. der Diskussion anzusehen ist. Ort der Besprechung, genauer Personenkreis und Besprechungsunterlagen sind nicht bekannt.

Die Notiz hat folgenden Wortlaut⁴⁶:

'''Chefsache'

2 Ausfertigungen

1. Ausfertigung Akten I a

2. Ausfertigung Gen. Schubert

⁴³ Dok. NI-10162, a. a. O.

⁴⁴ Hierzu auch *Dallin, Alexander*, a. a. O., dessen Darstellung allerdings insgesamt nicht ohne Ungenauigkeiten ist (hier v. a. hinsichtl. Gründungstermin u. Vorstandsmitgliedern).

⁴⁵ Dok. PS-865, Erlaß Hitlers v. 20. 4. 1941, abgedr. in: *IMT*, Bd. 26, S. 383 f.

⁴⁶ Dok. PS-2718, abgedr. in: *IMT*, Bd. 31, S. 84, zit. nach Vergleich mit der Prozeskopie in Fall XI, ADB 122 A, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 415, Bl. 268. Im Index dieses Dokumentenbandes findet sich als Angabe zur Provenienz des Dokuments (ebenda, Bl. 5): "... from files of General Thomas". (Hervorhebung im Zitat - d. Verf.).

Aktennotiz

über das Ergebnis der heutigen Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa

1. Der Krieg ist nur weiter zu führen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Rußland ernährt wird.
2. *Hierbei werden zweifellos -zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.*
3. Am wichtigsten ist die Bergung und Abtransport von Ölsaaten, Ölkuchen, dann erst Getreide. Das vorhandene Fett und Fleisch wird voraussichtlich die Truppe verbrauchen.
4. Die Beschäftigung der Industrie darf nur auf Mangelgebieten wieder aufgenommen werden, z. B.:

Die Werke für Verkehrsmittel,

die Werke für allgemeine Versorgungsanlagen (Eisen),

die Werke für Textilien,

von Rüstungsbetrieben nur solche, bei denen in Deutschland Engpässe bestehen.

Aufmachung von Reparaturwerkstätten für die Truppe natürlich in erhöhtem Ausmaß.

5. Für die Sicherung der weiten Gebiete zwischen den Rollbahnen müssen besondere Truppen bereitgestellt werden, vielleicht wird man den RAD oder Ergänzungsformationen des Heeres hereinlegen.

Notwendig ist, die besonders wichtige(n) und daher zu schützende(n) Gebiete herauszusuchen."

Als sichere Teilnehmer der makabren Sitzung und der Diskussion über die aufgezeichneten Punkte sind Göring, General Thomas, Generalleutnant Schubert und die Staatssekretäre aus dem Wirtschaftsführungsstab (Körner, Backe, v. Hanneken, Syrup, Alpers) zu nennen. Sehr wahrscheinlich ist die Teilnahme von Rosenberg und Jodl⁴⁷, von weite-

47 Verschiedenen Anzeichen und Beweisen nach ist es durchaus wahrscheinlich, daß die Sitzung am 2. 5. bei Rosenberg stattgefunden hat, „möglicherweise unter Görings und Rosenbergs gemeinsamer Leitung; denn Rosenberg war damals gerade von Hitler als dessen "Ost-Beauftragter" bevollmächtigt worden. Fand die Sitzung aber tatsächlich bei Rosenberg statt, so ist nach einer lakonischen Tagebucheintragung im OKW auch die Teilnahme Jodls als sicher anzunehmen: "2. Mai 1941 (Chef bei Reichsleiter Rosenberg) ..." (*Kriegstage-*

ren Staatssekretären (Neumann, Friedrich Landfried, Keppler, Adolf v. Schell, Fritz Reinhard, Wilhelm Kleinmann) und von weiteren ministeriellen Fachleuten (Schlotterer, Riecke, Werner Mansfeld).

Die Ergebnisse dieser Beratung dienten als Basis aller weiteren programmatischen Überlegungen. Der Wirtschaftsstab Ost überarbeitete nach ihnen seine Richtlinien. Genaue gedankliche, sogar wörtliche Übereinstimmungen mit jener Notiz zeigen zwei grundlegende wirtschaftspolitische Dokumente, die nun binnen weniger Tage und Wochen fertiggestellt und vom Wirtschaftsführungsstab Ost begutachtet und verabschiedet wurden. Die "Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten" - die sogenannte Grüne Mappe Görings - lagen im Juni, noch vor dem Einfall in die UdSSR, gedruckt bereit. Dies war das zentrale Programm des Wirtschaftsführungsstabes Ost. Es gingen ihm voraus und flossen teilweise ein die "Wirtschaftspolitischen Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft" vom 23. Mai 1941, als deren hauptsächliche Verfasser Backe und Riecke gelten müssen.

Beide Dokumente sind Schlüsseldokumente imperialistischer Barbarei von faschistischer Prägung. Sie enthielten im Grunde schon die ganze Konzeption einer vollständigen Kolonialisierung, inbegriffen ausdrücklich die Vernichtung ganzer Völkerschaften, nach der der deutsche Imperialismus im Osten später auch zu verfahren suchte.

Backe und Riecke verbanden in ihrem Programm das "Minimalziel, die Versorgung der Wehrmacht aus Feindesland im dritten und evtl. weiteren Kriegsjahr"⁴⁸ und die Aufstockung der Lebensmittelrationen und -reserven in Deutschland mit dem weitgesteckten Ziel, den europäischen Teil der Sowjetunion auf den Status einer Agrarkolonie herabzudrücken und die volkswirtschaftliche "Struktur von 1909/13 oder sogar diejenige von 1900/1902 wiederherzustellen." Das strategische Ziel der Autoren war die Autarkie des europäischen "Großwirtschaftsraumes". "Das Problem heißt ... Ersatz der Überseeimporten durch Einfuhren aus dem Osten." Hier liegt die enge, direkte Verwandtschaft dieser Richtlinien des Wirtschaftsstabes Ost mit dem Kriegszielpro-

buch des Oberkommandos der Wehrmacht [Wehrmachtsführungsstab] 1940 - 1945), hg. v. P. E. Schramm, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1965, S. 390). Am Nachmittag des 2. 5. war Rosenberg bei Hitler (lt. *Hillgruber, Andreas*, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940 - 1941, Frankfurt a. M. 1965, Itinerar Hitlers, S. 689); dort kann er bereits über die Sitzung berichtet haben.

48 *Dok. EC-128*, "Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft", v. 23. 5. 1941, abgedr. in: *IMT*, Bd. 36, S. 135 ff. Auch das Folgende nach diesem Dokument.

gramm und der Weltherrschaftskonzeption der führenden deutschen Monopole klar zutage.⁴⁹

Der zentrale Gedanke des Dokuments, den seine Verfasser mit wahrhaft mörderischer Konsequenz durch das ganze Manuskript hin verfolgten, war der, daß zu dem genannten Endzweck eine hermetische "Abriegelung" der landwirtschaftlichen Überschußgebiete von den Zuschußgebieten, das heißt des Südens vom Norden des europäischen Teils der UdSSR, zu erfolgen habe. "Die Konsequenz ist die Nichtbelieferung der gesamten Waldzone einschließlich der wesentlichen Industriezentren Moskau und Petersburg. ... Daraus folgt zwangsläufig ein Absterben sowohl der Industrie wie eines großen Teils der Menschen in den bisherigen Zuschußgebieten."

In den südlichen Gebieten sollte die "Erzeugungsschlacht" nach deutschem Muster, aber mit kolonialen Methoden, in einer Art Plantagenwirtschaft, eingeführt werden. "Jeder Versuch, die Großbetriebe (in der Landwirtschaft - d. Verf.) aufzulösen, muß daher mit härtesten Mitteln bekämpft werden."

Im Norden indessen sollte unter der Voraussetzung, daß durch "größte Hungersnot" tatsächlich und planmäßig, wie am 2. Mai festgelegt, "-zig Millionen Menschen" umgebracht würden, mit größter Beschleunigung alles Vorhandene an Getreide, Vieh, Öl- und Faserpflanzen usw. requiriert werden, da man davon ausging, daß später, wenn der Hunger einsetzte, dort nichts mehr zu holen sein würde. Die nüchterne Ausführllichkeit und pedantische Genauigkeit, mit denen dieser Leitgedanke dargelegt wurde, sind unfaßbar. Die "Aufgabe der gesamten Industrie im Zuschußgebiet", einschließlich des Urals, habe als ein Grundbestandteil der Planungen, wie überhaupt die tödliche Abschließung, bereits die "Billigung der höchsten Stellen erfahren ... Eine Zerstörung der russischen Verarbeitungsindustrie in der Waldzone ist auch für die fernere Friedenszukunft Deutschlands eine unbedingte Notwendigkeit." Nur eine Folgerung aus diesem Vorhaben waren die beabsichtigte "Beschlagnahme der Fischereiflotte im Weißen Meer und ihre Überführung nach Norwegen, um die Ausnutzung ihrer Fänge für Deutschland über norwegische Verarbeitungsbetriebe zu ermöglichen. ... Ebenso wird man, um Tauschwaren gegenüber den Bauern der Produktionszone zu haben, die Zuckererzeugung restlos erfassen." Verhängnisvoll erschien

49 Siehe *Eichholtz, Dietrich*, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, a. a. O., Abschn. 4. lu. passim; vgl. auch S. 142 der vorliegenden Arbeit (Zitat Krauch).

den Autoren jede Inkonsequenz bei ihren Verbrechen; alle "Versuche, die Bevölkerung dort vor dem Hungertode dadurch zu retten, daß man aus der Schwarzerdezone Überschüsse heranzieht, können nur auf Kosten der Versorgung Europas gehen."

Das Resultat der Ausraubungsaktion war für 1941/42 - als Mindestanforderung an die ausführenden Stellen - mit 4,5 bis 5 Millionen Tonnen Getreide (Fleisch auf Futtergetreide umgerechnet) für die Ernährung der Wehrmacht aus dem Lande und mit 1,5 Millionen Tonnen Ölsaaten (das entspricht 400 000 bis 500 000 Tonnen Öl und 1 Million Tonnen Ölkuchen) für die Ausfuhr nach Deutschland bereits genau berechnet.⁵⁰

Die grüne Mappe, die programmatische Zusammenfassung des geplanten wirtschaftlichen Raubzuges, kodifizierte alle ökonomischen Aspekte der zukünftigen deutschen Okkupationspolitik in der Sowjetunion.⁵¹ Ihre erste Ausgabe von Mitte Juni 1941, die mit einer Auflage von 1 000 Exemplaren im OKW gedruckt wurde, deckte sich der inhaltlichen Linie nach voll und ganz mit den am 2. Mai besprochenen Grundsätzen und mit Backes Richtlinien vom 23. Mai, wenn angesichts ihres offiziellen Charakters auch manche Formulierung notgedrungen etwas zurückhaltender klang.

Oberste Maxime war es nach diesen Richtlinien des Wirtschaftsführungsstabes, *"die sofortige und höchstmögliche Ausnutzung der besetzten Gebiete zugunsten Deutschlands ... in erster Linie auf den Gebieten der Ernährungs- und der Mineralölwirtschaft zu vollziehen. Soviel wie möglich Lebensmittel und Mineralöl für Deutschland zu gewinnen, ist das wirtschaftliche Hauptziel der Aktion."*⁵² Die Beschaffung von Mineralöl habe "unter allen Umständen den Vorrang" vor anderen industriellen Zielen. Hierfür sei die Konti Öl verantwortlich, "besonders

⁵⁰ Eine Woche nach Erscheinen dieser Richtlinien, am 1. 6. 1941, kam bereits eine "Kreislandwirtschaftsführermappe" für die dem Wirtschaftsstab Ost untergeordneten Organe heraus, die, auf der Basis der Richtlinien abgefaßt, als erstes Backes berühmte "12 Gebote" für das Verhalten der Faschisten im Osten und die Behandlung der einheimischen Bevölkerung enthielt (*Dok. USSR-89*, abgedr. in: *IMT*, Bd. 39, S. 366 ff.).

⁵¹ Dazu auch *Sastavenko, G. F.*, Die aggressiven Pläne des deutschen Imperialismus gegenüber der UdSSR (1939 - 1941), in: *Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg*, Bd. 2, Berlin 1961, S. 639 - 655, bes. 651 ff.

⁵² Dieses und die folgenden Zitate nach *Dok. PS-1743*, abgedr. in: *IMT*, Bd. 28, S. 3 ff.; Ergänzungen der dort abgedr. Auszüge nach Vergleichung mit *Dok. NG-1409*, "Grüne Mappe", T. 1, 2. Aufl. Juli 1941, Fall XI, ADB 80, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 362, Bl. 72 ff.

in Kaukasien". Zunächst müßten für Ernte und Herbstbestellung 7,5 Millionen Tonnen Traktorentreibstoff herangeschafft werden.

Die wirtschaftspolitischen Ziele in der Landwirtschaft wurden - offenbar angesichts der schon vorliegenden Ausarbeitungen Backes - nur summarisch angegeben. Doch der Grundgedanke der verbrecherischen Agrarkonzeption erschien auch hier, kaum abgewandelt, deutlich genug: "Völlig abwegig wäre die Auffassung, daß es darauf ankomme, in den besetzten Gebieten einheitlich die Linie zu verfolgen, daß sie baldigst wieder in Ordnung gebracht und tunlichst wieder aufgebaut werden müßten." Es sei vielmehr eine Differenzierung nötig: "Nur diejenigen Gebiete werden wirtschaftlich gefördert und vordringlich in Ordnung gehalten werden müssen, in denen bedeutende Ernährungs- und Mineralölreserven für uns erschlossen werden können. In anderen Landesteilen, die sich nicht selbst ernähren können - also in großen Teilen Nord- und Mittelrußlands - muß sich die Wirtschaftsführung auf die Ausnutzung der vorgefundenen Vorräte beschränken."

Rüstungswichtige Rohstoffe zogen, wie stets, die besondere Aufmerksamkeit der deutschen Imperialisten auf sich. "Alle für uns brauchbaren Rohstoffe, Halbzeug- und Fertigwaren sind dem Handel zu entziehen" und zu "sichern". Bestände an Platin, Kautschuk und Magnesium seien sofort ins rückwärtige Gebiet zu schaffen.

Über die in der Grünen Mappe allgemein verbindlich festgelegten wirtschaftlichen Ziele des Feldzugs gab es bei allen beteiligten staatsmonopolistischen Institutionen unmittelbar vor seinem Beginn in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung.

Auch Alfred Rosenberg, der im April 1941 schrieb, man könne das riesenhafte Land wirtschaftlich besser, rationeller mittels feinerer, raffinierterer Formen der Unterdrückung ausplündern, vor allem "durch eine verständnisvolle Sonderbehandlung der betreffenden Volkstümer"⁵³, wies in einer Rede am 20. Juni ganz im Sinne der Besprechung vom 2. Mai und der inzwischen erarbeiteten Richtlinien jede Verpflichtung entrüstet ab, aus den Überschußgebieten "das russische Volk mit zu ernähren."⁵⁴

Das Programm einer ökonomisch motivierten selektiven Ausrottung, wie es am klarsten in Backes und Rieckes Richtlinien hervortrat, schien vortrefflich mit Rosenbergs eigenen, politischen Plänen in bezug auf

53 Dok. PS-1024, Denkschrift Rosenbergs über den Aufbau seiner Dienststelle v. 29. 4. 1941, abgedr. in: *IMT*, Bd. 26, S. 562.

54 Dok. PS-1058, Rede Rosenbergs v. 20. 6. 1941, abgedr. ebenda, S. 622.

die "Sonderbehandlung" gerade der russischen Nation (im Gegensatz besonders zur ukrainischen) zu harmonisieren. Jedenfalls vermerkte er wenige Tage nach dem Überfall in einem Bericht über seine bisherige Tätigkeit ausdrücklich zu seinen fortgesetzten Verhandlungen mit Körner, Thomas, Schubert, Funk, Backe und anderen: "In den Ostfragen wurde, was die unmittelbare fachliche Arbeit jetzt und für die Zukunft anbetrifft, weitgehendste Übereinstimmung erzielt."⁵⁵

Diese Einigkeit im Grundsätzlichen fand ihren Niederschlag im Organisatorischen. Auch die organisatorische Struktur des zu diesem Zweck geschaffenen staatsmonopolistischen Apparats schien zentralisiert und einheitlich aufgebaut zu sein, wiewohl der Versuch, den Wirtschaftsführungsstab Ost auch in der Praxis zu einer Art Leitzentrum für alle Teile des neu gebildeten gewaltigen Apparats zu machen, schon von seinen Grundlagen her in Frage gestellt war. Rosenberg arbeitete zwar angestrengt der ausschließlichen Bevollmächtigung Görings in wirtschaftlichen Fragen entgegen⁵⁶; als die Angelegenheit aber zu seinen Ungunsten entschieden war, kam ein staatsmonopolistisches Kompromiß zustande, das die Streitigkeiten um Kompetenzen und Macht auf einfachste Weise aus der Welt zu schaffen schien. Die Staatssekretäre im Wirtschaftsführungsstab Ost delegierten ihre engen Mitarbeiter, die bereits im Wirtschaftsstab Ost zu Leitern der Hauptgruppen bestellt waren, dabei aber ihre führenden Positionen in den Ministerien behielten, gleichzeitig in die Dienststelle Rosenbergs, das spätere Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete. Diese "Lösung" scheint am 8. Mai 1941 in einer Besprechung zwischen Körner und Rosenberg gefunden worden zu sein.⁵⁷

Zentrale staatsmonopolistische Positionen hatten auf diese Weise vor allem die Ministerialdirektoren Riecke und Schlotterer inne.⁵⁸

Hans-Joachim Riecke wurde als hoher Beamter des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und rechte Hand Backes, als Chef der Hauptgruppe Landwirtschaft im Wirtschaftsstab Ost und als Leiter der Hauptgruppe Ernährung und Landwirtschaft in Rosenbergs Ministerium zur Zentralfigur der faschistischen Landwirtschaftspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion.⁵⁹

55 Dok. PS-1039, Tätigkeitsbericht Rosenbergs v. 28. 6. 1941, abgedr. ebenda, S. 587.

56 Siehe Dallin, Alexander, a. a. O., S. 326.

57 Dok. PS-1018, Aktennotiz Rosenbergs über Unterredung mit Körner am 8. 5. 1941, Fall XI, ADB 166, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 462, Bl. 4.

58 Beide leben heute unbehelligt in Westdeutschland.

59 Vgl. Dallin, Alexander, a. a. O., S. 327 u. passim.

Gustav Schlotterer, seit 1935 Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium, seit 1938 Ministerialdirigent, seit 1941 Ministerialdirektor, war nunmehr Leiter der Ostabteilung des Wirtschaftsministeriums und der Wirtschaftsabteilung des Ostministeriums⁶⁰, zugleich als Vertreter des Reichswirtschaftsministers Chef der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft im Wirtschaftsstab Ost. Dieser Mann hatte seit eh und je besonders enge Verbindungen zur Auslandsorganisation der Nazi-*partei*.⁶¹ Seine Karriere war steil und seine Laufbahn außerordentlich aufschlußreich für die Kontinuität und die Konzentration, mit denen im Krieg die staatsmonopolistischen Schlüsselpositionen besetzt wurden. Schlotterer war schon vor dem Krieg stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Außenwirtschaft des Ministeriums geworden. Als solches unterstanden ihm die Abteilung V.O. (Vorbereitung und Ordnung), die im Juni 1940 als Leitzentrale für die wirtschaftliche "Neuordnung Europas" aufgebaut worden war⁶², und nun, ein Jahr später, die Ostabteilung und das Referat "Internationale Kapitalverflechtung". Damals hatte er als maßgeblicher Vertreter der Reichsbehörden zusammen mit den Monopolen an der wirtschaftlichen "Neuordnung" im Westen gearbeitet. Diesmal nahm Schlotterer den entsprechenden Platz schon vor dem neuen faschistischen Feldzug ein. Damit war auch in der behördlichen Spitze des staatsmonopolistischen Apparats die Kontinuität der "Neuordnungs"-Politik des deutschen Imperialismus gesichert.

Als das faschistische Deutschland am 22. Juni 1941 ohne Kriegserklärung den knapp zwei Jahre zuvor geschlossenen Nichtangriffsvertrag zerriß, setzte sich die für diesen Zweck so vorausschauend aufgebaute Apparatur zunächst unter Ausnutzung des Überraschungsmoments mit beklemmender Perfektion in Bewegung. Bereits am 29. Juni bestätigte ein "Erlaß des Führers über die Wirtschaft in den neu besetzten Ostgebieten" die zuvor intern getroffene Festlegung: "In den neu besetzten Ostgebieten ordnet der Reichsmarschall Hermann Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan im Rahmen der ihm als solchem zustehenden Befugnisse alle Maßnahmen an, die zur höchstmöglichen Ausnutzung der

60 Nach Dok. *Körner-462*, Aff. Schlotterer v. 10. 5. 1948, Fall XI, VDB *Körner*, Nr. 3 C, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 64, Bl. 103 ff.

61 Siehe Schreiben Georg v. Schnitzlers an 4 Vorstandsmitglieder der IG-Farben über seine Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium wegen Aussig v. 29. 9. 1938, Fall VI, ADB 170 A, abgedr. bei *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., Bd. 6: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945, Berlin 1964, S. 43 f.

62 Siehe *Eichholtz, Dietrich*, Die IG-Farben-"Friedensplanung", a. a. O., S. 274 u. passim.

vorgefundenen Vorräte und Wirtschaftskapazitäten und zum Ausbau der Wirtschaftskräfte zugunsten der deutschen Kriegswirtschaft erforderlich sind ..."⁶³ Nachdem ein weiterer Erlass Hitlers nunmehr in aller Form Rosenberg als "Reichsminister für die besetzten Ostgebiete" inthronisiert und die sukzessive Übernahme des eroberten Territoriums in Zivilverwaltung angekündigt hatte⁶⁴ - mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Befugnisse Görings nicht davon berührt würden⁶⁵ -, schienen alle Weichen für die Verwirklichung der Raub- und Vernichtungskonzeption gestellt zu sein.

Ein Erlass Görings vom 27. Juli 1941 forderte dabei von allen Beteiligten ein Höchstmaß an Rationalität:

"Es ist nicht das Ziel der Wirtschaftsführung in den besetzten russischen Gebieten, die gesamte Wirtschaft baldigst wieder in Gang zu bringen", hieß es dort in unmittelbarer Anknüpfung an die Leitgedanken des im Mai formulierten Agrarprogramms aus dem Wirtschaftsstab Ost und an die allgemeinen Richtlinien der Grünen Mappe; "die Größe des russischen Raumes und die Knappheit an geeigneten Fachkräften zwingen vielmehr zu klarer Schwerpunktbildung bei den Wirtschaftszweigen, die für die deutsche Kriegswirtschaft entscheidend sind. Diese Schwerpunkte sind Getreide, Ölsaaten, Erdöl und Leichtmetall. Dazu kommen die Industrien, die wie die landwirtschaftliche Maschinenindustrie und die Transportmittelindustrie die Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung der Hauptaufgaben bilden ..."⁶⁶

Dieser Erlass Görings verdient besondere Beachtung als Schlüsseldokument für alle grundlegenden Schritte, die nach dem Überfall zur Verwirklichung der wirtschaftspolitischen Konzeption des deutschen Imperialismus unternommen wurden. Im Anschluß an die Forderung nach "klarer Schwerpunktbildung" wird erläutert, wie mit den einzelnen Bereichen der Volkswirtschaft verfahren werden soll. "Die russische Erdöl-

63 *Erlass des Führers über die Wirtschaft in den neu besetzten Ostgebieten. Vom 29. Juni 1941*, in: "Grüne Mappe", T. 2, 3. Aufl., Berlin Sept. 1942, S. 9.

64 *Dok. NI-10119*, Die Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten (Braune Mappe), Teil A, Richtlinien für die Wirtschaftsführung, Berlin, April 1942, Fall XI, ADB 122 B, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Nr. 416 [im folgenden generell zitiert als *Dok. NI-10119*], hier: Anlage 1, Erlass des Führers über die Verwaltung der neu besetzten Ostgebiete. Vom 17. Juli 1941.

65 "Die Befugnisse des Beauftragten für den Vierjahresplan in den neu besetzten Ostgebieten sind durch meinen Erlass vom 29. Juni 1941 ... besonders geregelt und werden von den nachstehenden Bestimmungen nicht berührt." Ebenda, Par. 3.

66 *Dok. NI-10119*, Anlage 7, Göring-Erlass v. 27. Juli 1941.

wirtschaft", verkündete Göring jetzt offiziell⁶⁷, "muß wegen ihrer überragenden Bedeutung für die deutsche Wehrmacht und Wirtschaft dauernd in deutscher Hand bleiben. Ich habe deshalb die Kontinentale Öl AG beauftragt, alle in deutsche Hand fallenden Mineralölvorkommen zu übernehmen." In diesem Zusammenhang ist dann auch zum erstenmal von weiteren "Monopolgesellschaften" die Rede, deren verbrecherische Rolle bei der Ausplünderung der zeitweilig besetzten Gebiete der Sowjetunion sowohl im Hauptkriegsverbrecherprozeß als auch in den Nürnberger Nachfolgeprozessen immer wieder zur Sprache kam und die auch in der einschlägigen Fachliteratur vielfach Erwähnung finden, ohne daß die genauen Zusammenhänge und Motive ihrer Gründung, ihre kapitalmäßige Zusammensetzung und dergleichen schon befriedigend untersucht und analysiert worden wären.⁶⁸

Der Göring-Erlaß vom 27. Juli 1941 sah zunächst für zwei Hauptbereiche der Volkswirtschaft folgende Gründungen vor: "a) die Ostland Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft m.b.H. (tatsächliche Firmenbezeichnung *Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H.* - d. Verf.) mit der Aufgabe, die russische Kohlen- und Eisenwirtschaft sowie den Eisenerzbergbau im Interesse der deutschen Kriegswirtschaft zu betreiben. b) die Ostland Spinnstoff- und Fasergesellschaft m.b.H. (tatsächliche Firmenbezeichnung *Ost-Faser-Gesellschaft m.b.H.* - d. Verf.) mit der Aufgabe, die russische Spinnstoffwirtschaft im Interesse der deutschen Kriegswirtschaft zu betreiben."

Im Rausch des Siegestaumels - auch im OKH hielt man den neuen Feldzug zu diesem Zeitpunkt schon für gewonnen und eigentlich beendet⁶⁹ - sprach Göring in seinem Erlaß von einer "Übergangszeit", während derer es "für die Wahrung der deutschen Interessen ausreichend sein

67 Vgl. die Ausführungen über die internen Vorgänge bei der Gründung der Kontinentalen Öl AG S. ff. der vorliegenden Arbeit.

68 Das als bürgerliches Standardwerk über die deutsche Besatzungspolitik in der Sowjetunion geltende Buch von Alexander Dallin gibt nur eine sehr grobe Skizzierung von Aufbau und Funktion der wichtigsten "Ostgesellschaften", die überdies im einzelnen zahlreiche Ungenauigkeiten und sachliche Fehler aufweist. Die allgemein unbefriedigende Behandlung gerade der ökonomischen Hintergründe des Geschehens ist durch die grundsätzlich fehlerhafte, antisowjetische Konzeption des Autors bedingt, der die Okkupation von vornherein unter dem Aspekt vermeidbarer Fehlschläge untersucht.

69 "Es ist also wohl nicht zuviel gesagt, wenn ich behaupte, daß der Feldzug gegen Rußland innerhalb [von] 14 Tagen gewonnen wurde." (Halder, Franz, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939 - 1942, Bd. 3: Der Rußlandfeldzug bis zum Marsch auf Stalingrad [22. 6. 1941 - 24. 9. 1942], Stuttgart 1964, S. 38, Eintragung v. 3. 7. 1941.)

(werde), wenn besonders wichtige Industrie- und Handelsbetriebe von deutschen Unternehmern als Einzeltreuhändern geleitet werden. Dabei wird es sich vielfach, wie z. B. bei der chemischen Industrie, empfehlen, zur Unterstützung der Treuhänder bei der Betriebsführung von Deutschland aus Gesellschaften aus deutschen Einzelunternehmungen oder deutschen Wirtschaftsverbänden zu bilden." Von den sogenannten "Betreuungsgesellschaften", die zu diesem Zweck gegründet wurden, wird weiter unten noch die Rede sein. Hier interessiert zunächst noch eine weitere Feststellung Görings, die über die perspektivischen Vorstellungen von der Zerschlagung der sozialistischen Eigentumsformen Aufschluß gibt: "Andererseits wird zu beachten sein, daß die Treuhänderverwaltung, die mit starker Staatsaufsicht verbunden ist, nicht die Endlösung darstellt. Sobald als möglich ist vielmehr die Verpachtung von Betrieben an Deutsche und - wenn der Inhaber der vollziehenden Gewalt dem zustimmt - auch an einheimische Unternehmer anzustreben. Das gilt, soweit ich nicht besondere Ausnahmen anordne, grundsätzlich auch für die von Monopolgesellschaften zentral geleiteten Wirtschaftszweige."

Auf Genesis und Handhabung des hier erwähnten Prinzips der "Treuhänderverwaltung", das mit der sogenannten Haupttreuhänderstelle Ost im besetzten Polen schon antizipiert war, kann im Rahmen der vorliegenden Studie nicht näher eingegangen werden.⁷⁰ Hier interessiert vor allem, daß auch in diesem Erlaß, wie zuvor schon in der Grünen Mappe⁷¹, noch einmal ausdrücklich vor überstürzten Veränderungen der vorgefundenen Betriebsformen gewarnt wird. So müsse in der Landwirtschaft, um Störungen in der Produktion und der Ablieferung zu vermeiden, "die vorgefundene Wirtschaftsform des Kolchos-Systems - wenn auch in der abgemilderten Form des 'Gemeindehofs' und der Sowchosen -" beibehalten werden. Entscheidend sei, "daß in der Landwirtschaft der besetzten Gebiete, und zwar besonders in den Überschußgebieten, möglichst viele deutsche Leiter zum Einsatz kommen, die versuchen müssen, auf den von ihnen betreuten Betrieben eine möglichst hohe Produktion zu erzielen, und daß die Erzeugnisse dahin gelangen, wo sie im Interesse der deut-

70 Die "Treuhänder"-Praxis untersucht am konkreten Beispiel des estnischen Phosphoritbergbaues *Czollek, Roswitha*, Estnische Phosphate im Griff der IG Farbenindustrie AG, in: JfW, 1966, T. 4, S. 201 - 214, gleichfalls veröffentlicht in: *Izvestija Akademii Nauk Estonskoj SSR*, H. 4/1966, S. 433 - 448.

71 Durch Göring-Erlaß v. 30. 7. 1941 wurde die Verbindlichkeit der "Grünen Mappe" ausdrücklich auf die unter Zivilverwaltung gestellten Gebiete ausgedehnt (*Dok. NI-10119*, Bl. 7).

schen Kriegswirtschaft benötigt werden." Um hierbei höchste Zentralisation zu erreichen, war, wie Göring nun bekanntgab, als erste Ostgesellschaft nach der Konti Öl⁷², bereits im Juli die *Zentralhandels-gesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m.b.H.* gegründet worden. Die Genehmigung zur Bildung weiterer Monopolgesellschaften, die von den Erfordernissen der "zentralen Steuerung im Interesse der deutschen Kriegswirtschaft" abhängig gemacht wurde, behielt sich Göring "für jeden Einzelfall" vor.

Wenn man bedenkt, mit welcher hemmungsloser Gier die Spitzengremien des imperialistischen Deutschlands nach den Früchten ihres nahe geglaubten Sieges griffen, wird die Bedeutung der Ostgesellschaften als spezifischer Ausplünderungsinstrumente offenkundig. "Aus den neugewonnenen Ostgebieten müssen wir einen Garten Eden machen; sie sind für uns lebenswichtig; Kolonien spielen dagegen eine ganz untergeordnete Rolle", heißt es im Protokoll jener berüchtigten Besprechung, die am 16. Juli 1941 im Führerhauptquartier zwischen Hitler, Göring, dem soeben offiziell ernannten "Ostminister" Rosenberg, dem Chef der Reichskanzlei, Reichsminister Lammers, und dem Chef des OKW, Keitel, stattgefunden hatte.⁷³ "Grundsätzlich kommt es also darauf an", lautete die Schlußfolgerung, "den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können."⁷⁴ Das erste besorgte die Wehrmacht im Bunde mit Himmlers Einsatzgruppen, das zweite war Sache der Militär- und Zivilverwaltungsstellen - und das dritte die Domäne der Ostgesellschaften, deren wichtigste im folgenden unter dem Aspekt ihrer staatsmonopolistischen Entstehung und Zielsetzung untersucht werden sollen.

Kaum vier Wochen nach Görings Erlass, am 20. August 1941, wurde in Berlin der Gesellschaftsvertrag der Firma "Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m. b. H." (BHO) unterzeichnet. Als Gründer fungierten das Deutsche Reich (vertreten durch Reichswirtschaftsminister Funk), sowie die Reichsgruppe Handel (vertreten durch Franz Hayler und Willy Steckhan), die Wirtschaftsgruppe Bergbau (vertreten durch August Pinkerneil) und die Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie (vertreten

72 Die ursprüngliche Bezeichnung "Monopolgesellschaften" wurde später auf Anweisung Görings durch "Ostgesellschaften" ersetzt (*Informationsdienst* der Chefgruppe Wirtschaftliche Kooperation des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete, Ausg. 2, Anfang Sept. 1942, S. 1).

73 Dok. 221-L, abgedr. in: *IMT*, Bd. 38, S. 86 - 94, hier S. 88. - Das Zeichen "Bo/Fu" auf dem Aktenvermerk läßt darauf schließen, daß auch Bormann an der Besprechung teilnahm.

74 Ebenda.

durch Wilhelm Reichert). Nach § 2 waren Gegenstand der Gesellschaft "die Gewinnung, Aufbereitung, Bearbeitung, Verarbeitung, Verwertung und Verteilung von Kohle, von Erzen, die zur Eisen- und Stahlerzeugung erforderlich sind, von Eisen und von Erzeugnissen der Eisenverarbeitung, sowie der Absatz der dabei anfallenden Erzeugnisse und Nebenprodukte." Die Gesellschaft hatte "das ausschließliche Recht, die in den besetzten Gebieten der UdSSR vorhandenen Werkanlagen des Kohle- und Erzbergbaues, der eisenschaffenden Industrie, der Gießereiindustrie und die damit unmittelbar zusammenhängenden Werkanlagen der Eisen verarbeitenden Industrie zu betreiben und zu nutzen." Sie war "insbesondere berechtigt, von ihr verwaltete Betriebe oder Betriebsteile stillzulegen oder zu schließen, sie zu verpachten oder durch Weitergabe an andere Unternehmen zu verwerten." Weiter hieß es: "Zur Erreichung des Gesellschaftszweckes kann die Gesellschaft sich an fremden Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen, Zweigniederlassungen errichten, Tochtergesellschaften bilden und Interessengemeinschaften mit anderen Gesellschaften eingehen. Sie kann bestimmte Aufgabengebiete anderen Unternehmen zur weiteren Durchführung übertragen." Das Stammkapital in Höhe von 60 000 RM brachten das Deutsche Reich mit 45 000 RM sowie die Reichsgruppe Handel, die Wirtschaftsgruppe Bergbau und die Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie mit je 5 000 RM auf.⁷⁵

Die zur Ausbeutung der sowjetischen Textilindustrie gegründete "Ost-Faser-Gesellschaft m. b. H." (Ost-Faser) hatte, analog zur BHO, "die Erzeugung, Aufbereitung, Be- und Verarbeitung, Verwertung und Verteilung von Baumwolle, Flachs, Hanf, Wolle, Tierhaaren aller Art, sonstigen Textilrohstoffen sowie Zellstoffen und deren Abfällen; ferner die Nutzung der anfallenden Nebenprodukte zum Gegenstand." Ihre Aufgabe war es, "sämtliche vorhandenen Rohstoffe und Wirtschaftsgüter sowie sämtliche in diesen Gebieten gelegenen Unternehmungen und Organisationen, soweit sie sich mit einer der in Ziffer 1 erwähnten Tätigkeiten befassen oder daran beteiligt sind, zu erfassen, zu verwalten, nutzbar zu machen und ihren Absatz zu regeln." Auch die Ost-Faser war in diesem Rahmen befugt, Tochtergesellschaften zu gründen, Interessengemeinschaften mit anderen Gesellschaften einzugehen sowie "bestimmte Aufgabengebiete anderen Unternehmen zur weiteren Durchführung (zu) übertragen." Sie konnte von ihr verwaltete Betriebe oder

75 Vgl. Dok. NI-4565, Gesellschaftsvertrag der BHO, Fall XI, ADB 124, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 417, Bl. 160 - 170.

Betriebsteile an private Unternehmen verpachten.⁷⁶ Auf das Stammkapital von 1 250 000 RM leisteten ihre Gesellschafter - die soeben gegründete Zentralhandels-gesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H., die Wirtschaftsgruppe Textilindustrie, die Wirtschaftsgruppe der Papier-, Zellstoff- und Holzstofferzeugung sowie die Wirtschaftsgruppe Bekleidungsindustrie - Stammeinlagen von je 250 000 RM.⁷⁷ Als Tochtergesellschaften wurden in rascher Folge zunächst die Ostland-Faser-Gesellschaft m. b. H. sowie die Spinnfaser-Ukraine-Gesellschaft m. b. H. und die Ukraine-Faser-Industrie Gesellschaft m. b. H. gegründet.

Außerordentliche Ausmaße hatte, was Kapitalhöhe und Funktionsradius betraf, die Zentralhandels-gesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H. (ZHO oder ZO), die gleich einem vielarmigen Polypen nach der Landwirtschaft der okkupierten sowjetischen Gebiete griff und sie mit einem engmaschigen Netz von Geschäftsstellen überzog, um mit dem im Göring-Erlaß geforderten Nutzeffekt auch das letzte für die Besatzungsmacht und die deutsche Kriegswirtschaft aus dem Lande herauszuholen.

Als Gesellschafter dieser Organisation fungierten die Reichsstellen für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse, für Milcherzeugnisse, Öle und Fette, für Tiere und tierische Erzeugnisse und für Eier sowie die Saatgutstelle und die Reichsgruppe Handel mit Stammeinlagen von je 500 000 RM.⁷⁸ In speziellen Anordnungen des Beauftragten für den Vierjahresplan, Geschäftsgruppe Ernährung, wurde ihre in Görings Erlaß vom 27. Juli 1941 grundsätzlich umrissene Aufgabenstellung präzisiert⁷⁹; sie habe dafür zu sorgen, hieß es, "daß 2/3 der Deutschen Wehrmacht aus dem russischen Raum versorgt werden. Die verbleibenden Überschüsse sind für die Ausfuhr ins Reich bereitzustellen und baldmöglichst auszuführen, soweit sie nicht zur Erfüllung des unbedingt notwendigen Bedarfs der einheimischen Bevölkerung benötigt werden."⁸⁰ Unter Hinweis auf die spezi-

76 Vgl. Dok. NID-13128, Gesellschaftsvertrag der Ost-Faser (Stand v. 1. 5. 1944), Fall XI, ADB 124, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 417, Bl. 52 - 63.

77 Ebenda.

78 Gesellschaftsvertrag der ZO, Abschrift, Staatliches Historisches Zentralarchiv der Lettischen SSR (im folgenden: Zentralarchiv Riga), F. 70, Reg. 1, Nr. 6, Bl. 14 - 18.

79 Ebenda, Bl. 1 - 2.

80 Wie dieser "unbedingt notwendige Bedarf der einheimischen Bevölkerung" bemessen wurde, präzisierete Schlotterer auf einer Tagung der Reichskommissare am 25. 7. 1942: "Zum letzteren (lokales Bedarfs-

fischen Bedingungen in den baltischen Sowjetrepubliken, wo die sozialistischen Umgestaltungen erst ein Jahr vor dem deutschen Überfall begonnen hatten, wurde bemerkt, es beständen dort noch landwirtschaftliche Genossenschaften, die "in den Aufbau der Z. H. O. einzugliedern" seien. "Um sicherzustellen, daß sie ganz im deutschen Interesse arbeiten, wird es erforderlich sein, nicht nur die Spitzen der Trusts, sondern auch die Betriebe selbst mit deutschen Fachkräften zu besetzen."

Ausgestattet mit ihrem Eigenkapital von 3 Millionen RM und einem verbürgten Reichskredit von 300 Millionen RM⁸¹ errichtete die ZO in rascher Folge für jedes der beiden Reichskommissariate Hauptgeschäftsstellen und für die Gebiete der Generalkommissare je eine Geschäftsstelle. Bei Bedarf wurden zusätzlich noch Nebenstellen bei den Gebietskommissaren eingerichtet. Durch Geschäftsanweisung Nr. 2 vom 25. September 1941 übertrug Göring der Gesellschaft sämtliche Fleischfabriken, Schlachthöfe und gleichartigen Betriebe zur Verwertung von Vieh und Fleisch. Seine Geschäftsanweisung Nr. 3 vom 20. Dezember 1941 dehnte ihre Zuständigkeit überdies auf alle ernährungswirtschaftlichen Be- und Verarbeitungsbetriebe aus. Die letzte Geschäftsanweisung des Jahres schließlich, Nr. 4 vom 20. Dezember 1941, verfügte die Übernahme aller vorgefundenen sowjetischen landwirtschaftlichen Produktions- und Erfassungsorganisationen.

Damit waren die Voraussetzungen dafür gegeben, daß sich ganze Scharen sogenannter "Einsatzfirmen" über die ZO in der Landwirtschaft der besetzten Gebiete einnisteten - zunächst im Bereich der Be- und Verarbeitung, später auch auf dem gesamten Gebiet der Erfassung und des Handels.⁸²

minimum - d. Verf.) ist zu bemerken, daß die Bevölkerung nur so viel erhalten soll, wie gebraucht wird, um sie einsatzfähig für die deutsche Kriegswirtschaft zu machen." (Referat über das Arbeitsgebiet der Chefgruppe Wirtschaftliche Kooperation, Abschrift, DZA Potsdam, Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, Nr. 51, Bl. 129 f.).

81 Diese und die folgenden Angaben über die ZO nach "Auszug aus dem 2. und 3. Arbeitsbericht der ZO vom März 1942", Zentralarchiv Riga, F. 70, Reg. 3, Nr. 111, Bl. 92 f.

82 Einen ersten zusammenfassenden Überblick über die konkrete Aktivität der ZO während der gesamten Okkupationszeit gibt Köller, Vera, Zur Rolle der "Zentralhandelsgesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf mbH" bei der Ausplünderung der besetzten sowjetischen Gebiete durch den deutschen Faschismus während des zweiten Weltkrieges, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Bd. 4, Berlin 1961, S. 23 - 42, während das Gesamtsystem der Ostgesellschaften für den Bereich eines einzelnen Reichskommissariats in einer Dissertation über die ökonomischen Ziele und Methoden des deutsch-faschistischen Okkupationsregimes in den bal-

So ausgestattet der Monsterapparat der ZO auch war, den maßgeblichen Stellen in Berlin erschien er noch nicht ausreichend, um restlos alle landwirtschaftlichen Quellen der besetzten Gebiete für die deutsche Kriegswirtschaft zu erschließen. So kam es zur Bildung der *Ost-Erfassungsgesellschaft für Häute, Felle und verwandte Gebiete m. b. H.* (OEG), einer Gründung der Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel und der Wirtschaftsgruppe Lederindustrie mit einem Stammkapital von 60 000 RM. Ihr Zweck war die "Organisation der Erfassung und Verwertung von Häuten, Fellen, Knochen, Hufen, Hörnern, Klauen, Borsten, Federn und verwandten tierischen Produkten in den besetzten Gebieten der UdSSR".⁸³

Neben diesen großen Ostgesellschaften, die speziell für die Ausplünderung der sowjetischen Volkswirtschaft gegründet wurden - entweder, wie die Konti Öl, schon in der Vorbereitungsphase des Überfalls, oder, wie die andern, unmittelbar danach -, bediente sich der deutsche Imperialismus zur Verwirklichung seiner wirtschaftspolitischen Okkupationsziele noch einer Anzahl weiterer Gesellschaften; bei inhaltlich gleichartiger Zweckbestimmung wurden sie nach formalen Kriterien in zwei Kategorien eingeteilt:

1. die "nicht eigentlichen" Ostgesellschaften, die schon vorher existierten und deren Befugnisse nun auf die neubesetzten Gebiete ausgedehnt wurden, und 2. die sogenannten "Betreuungsgesellschaften", die eigens zu dem Zweck gegründet wurden, die "in den Ostgebieten arbeitenden Unternehmungen und Betriebe mit Rat und Tat (zu unterstützen), soweit ihre Wiederaufnahme von den zuständigen deutschen Dienststellen bestimmt wird und sie von deutschen Betriebsführern geleitet werden". Über sämtliche Kategorien informiert eine vom Wirtschaftsstab Ost aufgestellte "Übersicht über die Aufgaben der Ostgesellschaften", die den Stand am Ende des Jahres 1941 widerspiegelt.⁸⁴

Bei den in dieser Zwischenbilanz als "nicht eigentliche" Ostgesellschaften bezeichneten Firmen handelt es sich um die *Rohstoffhandels-gesellschaft (Roges)*, die *Deutsche Forst- und Holzwirtschaftsgesellschaft m. b. H.* und die *Deutsche Rauchwarengesellschaft m. b. H.*

tischen Sowjetrepubliken 1941 - 1944 behandelt wird, an der die erstgenannte Verf. der vorliegenden Studie zur Zeit arbeitet.

83 Vgl. "Prüfungsfeststellungen bei der Ost-Erfassungsgesellschaft für Häute, Felle und verwandte Gebiete mbH in Berlin, Wilhelmstr. 18", DZA Potsdam, Rechnungshof, Nr. 6014, Bl. 2 - 55.

84 Dok. NI-10119, Anlage 9, hiernach auch das Folgende.

Die im Dezember 1940 generell für "Erfassung und Verwertung der Beute in allen besetzten Gebieten sowie Einkauf, Lagerung und Wiederverkauf von kriegswichtigen Rohstoffen" gegründete Rohstoffhandelsgesellschaft war nun in den besetzten sowjetischen Gebieten für den "Abtransport und die Verwertung der Beute (beweglichen Eigentums der feindlichen Wehrmacht) und derjenigen Güter" verantwortlich, "die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Monopolgesellschaften" fielen.

Der Deutschen Forst- und Holzwirtschaftsgesellschaft m. b. H., die zur Realisierung einschlägiger Außenhandelsverträge gegründet worden war, wurde nach dem Überfall auf die Sowjetunion - mit Göring-Erlaß vom 30. September 1941 - zusätzlich "das ausschließliche Recht übertragen, sämtliche forst- und holzwirtschaftlichen Erzeugnisse einschließlich der Beutewaren, die aus den besetzten sowjetrussischen Gebieten in die übrigen besetzten Gebiete oder in das Gebiet des Großdeutschen Reichs gebracht werden sollen, einzukaufen und zu verwerten. Zugleich ist die Gesellschaft ermächtigt, Verhandlungen einzuleiten mit dem Ziel einer treuhänderischen Verwaltung, der Übernahme oder anderweitigen Verwertung holzwirtschaftlicher Betriebe in den genannten Gebieten durch ein von ihr zu bildendes Treuhandorgan."

Die Deutsche Rauchwarengesellschaft m. b. H. schließlich, als Gemeinschaftsgründung des Deutschen Rauchwarenhandels zum Ausbau Leipzigs als Mittelpunkt des europäischen Rauchwarenhandels ins Leben gerufen, hatte ebenfalls spezielle Aufgaben bei der Ausplünderung der von Deutschland überfallenen und besetzten Länder im allgemeinen: a) Erfassung, Aufbereitung, Veredelung, Verwertung und Verarbeitung von Rauchwaren, b) treuhänderische Verwaltung einschlägiger Betriebe und Organisationen, die sie auch verpachten oder abwickeln konnte.

Zur Kategorie der "Betreuungsgesellschaften" gehörten folgende Firmen, von denen der Wirtschaftsstab Ost feststellte, auch sie führten ihre Geschäfte "als Treuhänder des Deutschen Reiches" und die Mitglieder ihrer Verwaltungsräte würden vom Reichswirtschaftsminister ernannt und abberufen:

Die *Soda- und Ätzkalien-Ost-Gesellschaft m. b. H.* mit einem Gesellschaftskapital von 30 000 RM, aufgebracht durch Syndikate und Einzel-firmen der deutschen Industrie, darunter die IG-Farben mit 5000 RM⁸⁵

⁸⁵ Nach *Dok. NI-2996*, "Lagebericht der [IG-] Ostverbindungsstelle über Rußland", den Mitgliedern des Vorstandes und des Kaufmännischen Ausschusses von der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Konzerns am 3. 1. 1942 übersandt, Fall VI, ADB 63, DZA Potsdam, Filmsammlung, IG-Farben, Film Nr. 419.

(Verwaltungsrat: je ein Vertreter des Reichswirtschaftsministers und der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie);

die *Chemie-Ost-Gesellschaft m. b. H.* mit einem Stammkapital von 20 000 RM, aufgebracht durch die Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie mit 10 000 RM und zehn Einzelunternehmen, darunter die IG-Farben⁸⁶, mit je 1 000 RM (Verwaltungsrat: drei Vertreter des Reichswirtschaftsministers, Leiter und Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie sowie je ein Vertreter des OKW und des Wirtschaftsstabes Ost);

die *Superphosphat-Ost-Gesellschaft m. b. H.* mit einem Gesellschaftskapital von 20 000 RM, aufgebracht durch die Deutsche Superphosphat-Industrie-Gesellschaft m. b. H. mit 19 000 RM und die Guano-Werke AG mit 1 000 RM (Verwaltungsrat: je ein Vertreter des Reichswirtschaftsministers, der Geschäftsführung der Gruppe Chemische Industrie und des Wirtschaftsstabes Ost);

die *Stickstoff-Ost-Gesellschaft m. b. H.* mit einem Stammkapital von 100 000 RM, aufgebracht durch nicht näher bezeichnete "einschlägige reichsdeutsche Industriefirmen in verschiedener Höhe", darunter die IG-Farben mit 54 700 RM⁸⁷ (Verwaltungsrat: je ein Vertreter des Reichswirtschaftsministers, der Geschäftsführung der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, des OKW und des Wirtschaftsstabes Ost);

die *Seifen- und Waschmittel-Ost-Gesellschaft m. b. H.* mit einem Stammkapital von 20 000 RM, aufgebracht durch die Fachgruppe Seifen- und Waschmittelindustrie mit 10 000 RM und fünf Einzelunternehmen mit je 2 000 RM (Verwaltungsrat: zwei Vertreter des Reichswirtschaftsministers, je ein Vertreter der Geschäftsführung der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie und des Wirtschaftsstabes Ost sowie Leiter und stellvertretender Leiter der Fachgruppe Seifen- und Waschmittelindustrie).

Das Bild, das die für den Überfall und die Ausplünderung geschaffene staatsmonopolistische Apparatur des deutschen Imperialismus einige Monate nach dem Überfall bot, bliebe lückenhaft ohne eine kurze Darstellung der Entwicklung, die sich in der ersten Phase der Okkupation im Machtbereich der allmächtigen Kontinentalen Öl AG vollzog. Mit einem Schreiben aus dem Reichswirtschaftsministerium vom 22. Juli 1941 erhielt diese Gesellschaft das Fahrt-frei-Signal für die Verwirklichung

86 Ebenda.

87 Ebenda.

ihres eigentlichen Daseinszweckes: "Unter Bezugnahme auf den Ihnen erteilten Auftrag für die Durchführung der auf dem Mineralölgebiet in Rußland zu treffenden Maßnahmen", hieß es darin, "übersende ich Ihnen in der Anlage eine Ausarbeitung über die Aufgabenstellung der Gruppe Mineralöle bei Wi Stab Ost. Ich bitte, Ihrerseits alle erforderlichen Maßnahmen mit Nachdruck zu betreiben. Sie sind berechtigt, sich bei der Durchführung auf diesen Auftrag zu berufen ..." ⁸⁸ Über das eigenartige Verhältnis zwischen der Konti Öl und der Mineralölgruppe des Wirtschaftsstabes Ost gibt die in dem Schreiben erwähnte Anlage ⁸⁹ Aufschluß. Zunächst wird dort noch einmal auf das der Gesellschaft zuerkannte "ausschließliche Recht zur Gewinnung, Verarbeitung und zum Handel mit Mineralölerzeugnissen" verwiesen und der generelle Zuständigkeitsbereich der "Gruppe Mineralöl bei Wi Stab Ost, den Wi In, Wi Kommandos und Außenstellen" umrissen; dieser grundsätzlichen Einführung folgt dann eine überaus bezeichnende Information über die sachliche und personelle Koordinierung zwischen der Gesellschaft und den militärischen Dienststellen: "Zur Vereinfachung und Personalersparnis sollen die Organe der Mineralölgruppen der deutschen Verwaltung und die der Kontinentöl bzw. ihrer Untergesellschaften bis auf weiteres, wenigstens in ihren führenden Personen, personengleich sein. Die Leiter der Mineralölgruppen haben daher in ihrer Doppelfunktion 2 Stäbe unter sich, von denen der eine insbesondere für die behördliche Bearbeitung der Mineralölfragen, der andere als Kontinentöl bzw. Tochtergesellschaft für alle kaufmännischen und praktischen Fragen zuständig ist."

Punkt 14 der Ausarbeitung, der die "Erfassung von Einrichtungen der Mineralölwirtschaft" behandelt, präzisiert die Form des gemeinsamen Vorgehens: "Im Verfolg des besonderen Auftrages, den die Kontinentale Öl AG für die russische Mineralölwirtschaft erhalten hat, nimmt sie im eigenen Namen oder durch Tochtergesellschaften sämtliche der Mineralölwirtschaft dienenden Anlagen in Besitz.

Soweit Vertreter der Kontinentöl oder ihrer Tochtergesellschaften rechtzeitig zur Verfügung stehen, haben diese die erforderlichen Maßnahmen für die Erfassung derartiger Anlagen und Vermögensgegenstände durchzuführen. *Soweit besondere Vertreter der Kontinentöl oder ihrer Untergesellschaften noch nicht zur Stelle sind, müssen die zuständigen Organe der behördlichen Verwaltung (die Mineralölgruppen) bis zur*

⁸⁸ Dok. NI-2021, Fall XI, ADB 124, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 417, Bl. 114.

⁸⁹ Ebenda, Bl. 115 - 124.

Übergabe an die Kontinentöl die erforderlichen Maßnahmen veranlassen. Sie haben im übrigen die Kontinentöl und ihre Tochtergesellschaften bei der Erfassung der Anlagen in jeder Weise zu unterstützen."⁹⁰ In diesem Zusammenhang wird die Gründung von vier Vertriebsgesellschaften der Konti Öl für die jeweiligen Bereiche der Wirtschaftsinspektionen der Wehrmacht angekündigt - je eine für "Nord", "Mitte", "Süd" und "Kaukasus".

Tatsächlich konnte Karl Blessing als Vorstandsmitglied ein halbes Jahr später, am 13. Januar 1942, auf der zweiten Aufsichtsratssitzung der Konti Öl in einer "Aufbau" überschriebenen Darstellung⁹¹ mitteilen, daß im Herbst 1941 die *Ostland Öl Vertriebs Gesellschaft* für den Bereich des Reichskommissariats Ostland (das besetzte Territorium der baltischen Sowjetrepubliken und eines Teils der Belorussischen SSR) und die *Ukraine Öl Vertriebs Gesellschaft m. b. H.* für den Bereich des Reichskommissariats Ukraine gegründet worden war. Zur Ausbeutung der estnischen Ölschiefervorkommen wurde außerdem bereits im Juli 1941 die *Baltische Öl Gesellschaft m. b. H.* mit einem Kapital von 1 000 000 RM gegründet, und auf ihren Einsatz im Kaukasus wartete die *Ost Öl Gesellschaft m. b. H.* mit einem Kapital von 100 000 RM.

In Erwartung eines noch nicht dagewesenen Ölprofitsegens wurde ferner im September 1941 vorsorglich die *Kontinentale Transport Aktiengesellschaft* mit einem Kapital von 3 500 000 RM gegründet, wovon bis Anfang 1942 25 Prozent eingezahlt waren.⁹² Von ihr entwickelte Blessing folgende Zukunftsvision: "Aufgabe dieser Gesellschaft ist es, die Transportbedürfnisse der Kontinentöl und ihrer Tochtergesellschaften zu befriedigen. Die Bereitstellung der notwendigen Transportmittel soll teils durch Abschluß von Fracht- oder Mietverträgen mit bereits bestehenden Reedereien oder Transportunternehmungen erfolgen, teils soll die Kontinentale Transport Aktiengesellschaft Seetankschiffe, Flußtankschiffe und Kesselwagen erwerben oder chartern bzw. vermieten. Daneben wird es notwendig werden, insbesondere in dem Gebiet des Schwarzen Meeres Umschlagseinrichtungen und gegebenenfalls auch Pipelines zu schaffen. Es ist indessen nicht beabsichtigt, bestehende Reedereien oder Transportunternehmungen in ihrem Bestand oder in ihrer Entwicklung zu beeinträchtigen. Es wird vielmehr davon ausgegangen, daß die Anforderungen auf dem Gebiet des Mineralöltransports so erheblich sein werden, daß sowohl die bestehenden Reedereien als auch die Kontinen-

90 Hervorhebg. v. d. Verf.

91 Dok. NI-10162, a. a. O., Anlage I.

92 Auch im folgenden nach ebenda.

tale Transport Aktiengesellschaft eine befriedigende Entwicklung nehmen können."⁹³

Der inzwischen vom Aufsichtsrat in den Vorstand delegierte IG-Direktor E. R. Fischer⁹⁴ goß allerdings einige Wermutstropfen in diesen Becher hoffnungsvoller Siegeszuversicht, als er den Aufsichtsrat in seinen Ausführungen zur "Übernahme der russischen Mineralölwirtschaft"⁹⁵ an die Schwierigkeiten erinnerte, die die immer neuen "Terminverschiebungen" für die Besetzung des Kaukasus mit sich brächten, und darüber klagte, daß von den eroberten Produktionsanlagen meist gerade diejenigen Teile zerstört oder noch rechtzeitig vor dem Herannahen der deutschen Wehrmacht evakuiert worden seien, "für deren Wiederbeschaffung in Deutschland Engpässe bestehen". In diesem Zusammenhang würdigte er die "enge Zusammenarbeit zwischen dem OKW und der Kontinentöl", deren konkrete Form anschaulich illustriert, wie die von General Thomas am 28. Februar formulierten Hinweise für das Zusammengehen von Behörden und Monopolen⁹⁶ in die Praxis umgesetzt wurden: Das Wirtschafts-Rüstungsamt des OKW, sagte Fischer, habe drei Mineralölkommandos aufgestellt, die die vorgefundenen Mineralölbestände zu übernehmen und weiterzuvergeben hätten. Diese Kommandos "setzen sich aus erfahrenen Fachleuten der deutschen Mineralölindustrie und des deutschen Mineralölhandels zusammen. Die Kontinentöl hat hierbei das OKW dadurch unterstützt, daß sie die für den Einsatz passenden Fachkräfte dem OKW bezeichnet hat, die daraufhin militärisch eingezogen wurden."⁹⁷

Tatsächlich war im System der Ostgesellschaften, das in den ersten Monaten nach dem Überfall in rascher Folge ausgebaut wurde und in seinen Grundzügen bis Jahresende fest umrissen war, nichts so zweifelsfrei geregelt wie die Allmachtstellung der Konti Öl. Auf der denkwürdigen Sitzung unter Vorsitz Görings am 8. November 1941, auf der über die weiteren ökonomischen Ziele und Methoden des Okkupationsregimes

93 In eingeweihten Kreisen war bereits die Absicht der norddeutschen Großreeder und Großkaufleute bekannt, sich in der Sowjetunion auf dem Gebiet des Transports und des Handels für den durch den Krieg entgangenen Profit aus dem Überseegeschäft schadlos zu halten. Ihnen sollte das Riesentransportgeschäft, das sie greifbar nahe sahen, auch weitgehend vorbehalten bleiben (siehe *Dok. NI-2996*, a. a. O.).

94 Fischer war, wie oben erwähnt, bei Gründung der Gesellschaft Vorsitzender ihres Verwaltungsrats, eines Gremiums, das offenbar nach dem Überfall auf die Sowjetunion in zwei neue Organe umgebildet wurde: den sogenannten Arbeitsausschuß des Aufsichtsrats und den ordentlichen Vorstand der Gesellschaft.

95 *Dok. NI-10162*, a. a. O., Anlage 3, Bl. 152 - 157.

96 Vgl. S. 149 der vorliegenden Arbeit.

97 *Dok. NI-10162*, a. a. O., Bl. 152.

diskutiert wurde⁹⁸, kam dies zum wiederholten Mal klar und eindeutig zum Ausdruck. Endgültige eigentumsrechtliche Veränderungen, wurde dort festgestellt, seien zwar in den besetzten Ostgebieten so lange grundsätzlich ausgeschlossen, "bis diese Gebiete in den Verband des Großdeutschen Reiches aufgenommen" seien, weshalb einstweilen allgemein nur eine Treuhandverwaltung der Betriebe in Frage komme. Aber: "Petroleum ist eine Ausnahme. Die russische Mineralölindustrie muß auf die Dauer nur den Interessen des Reichs entsprechend verwaltet werden. Die ausschließlichen Rechte, die Mineralölindustrie in den neu besetzten östlichen Gebieten zu betreiben, sind daher auf die Dauer der Kontinentalen Öl A. G. erteilt worden, ... welche zu dem Zweck gegründet wurde, alle deutschen Ölinteressen in Beziehung auf alle fremden Länder zusammenzufassen."⁹⁹ Während für die übrigen Ostgesellschaften eine enge, auch fachliche Zusammenarbeit mit den Reichskommissaren und deren Einflußnahme "auf die Leitung der Anlagen der Monopolgesellschaften gemäß den Instruktionen, die sie vom Reich erhalten", gefordert wurde und bei auftretenden Meinungsverschiedenheiten die endgültige Entscheidung "dem Reichsmarschall vorbehalten" blieb¹⁰⁰, lagen, "was das Petroleum betrifft, ... andere Umstände vor, da man hier nicht entscheiden muß, ob eine Anlage geschlossen oder wieder aufgebaut werden soll. Es ist von vornherein klar, daß die Produktion und Weiterbearbeitung sofort mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wieder in Gang gesetzt werden muß, ohne sich durch Konflikte wegen der Zuständigkeit und ähnlichem hindern zu lassen. Deshalb brauchen die Reichskommissare keinen tatsächlichen Einfluß auf die Maßnahmen der Kontinental-AG auszuüben, welche von dem Reich zur Ausbeutung der russischen Petroleumindustrie errichtet wurde."¹⁰¹

Die Aufzeichnung über die Ergebnisse der Diskussion vom 8. November 1941 enthält jedoch nicht nur grundsätzliche Festlegungen über die Sonderstellung der Konti Öl und die allgemeine Zuständigkeitsabgrenzung der Ostgesellschaften. Sie gibt auch Aufschluß über eine weitere, finanzpolitische Funktion, die diese staatsmonopolistischen Ausplünderungsorgane erfüllen sollten:

98 Vgl. Dok. NI-440, "Memorandum über die wesentlichen Ergebnisse der Diskussion über die Wirtschaftspolitik und Organisation in den neu besetzten Ostgebieten" vom 8. 11. 1941, v. 18. 11. 1941, Fall XI, ADB 122 B, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 416, Bl. 209 - 224, hier: Bl. 223.

100 Ebenda, Bl. 221 f.

101 Ebenda, Bl. 222.

"Es ist der klar zum Ausdruck gebrachte Wille des Führers, daß die sich aus dem Kriege ergebende Schuldenlast des Reiches zum größten Teil durch Einkünfte, die aus den neu besetzten Ostgebieten herauszuziehen sind, gedeckt werden", heißt es dort. Dementsprechend wurde in dem Abschnitt "Allgemeine Grundlagen für die Wirtschaftspolitik in den neu besetzten Ostgebieten" festgestellt: "Auf lange Sicht werden die neu besetzten Ostgebiete nach kolonialen Methoden und Gesichtspunkten ausgebeutet werden ... Die größtmöglichen Produktionspreise¹⁰² für die Versorgung des Reiches und der anderen europäischen Staaten sollen durch billige Produktion und Aufrechterhaltung des niedrigen Lebensniveaus erzielt werden. *Auf diese Art soll eine Einkommensquelle für das deutsche Reich eröffnet werden, die es ermöglichen wird, in einigen Jahrzehnten einen großen Teil der Schulden - verursacht durch die Finanzierung des Krieges - zu decken, während der deutsche Steuerzahler soweit als möglich geschont wird und gleichzeitig der europäische Bedarf an Nahrungsmitteln und Rohmaterialien soweit wie möglich gedeckt wird ...*"¹⁰³

Unter diesem Aspekt wurde von den Ostgesellschaften die Abführung sogenannter "Schleusengewinne" gefordert. Näheres über diese spezifische Aufgabenstellung enthält das Protokoll einer Besprechung über "grundsätzliche Fragen des Einsatzes der Ostgesellschaften", die am 21. November 1941 im Reichswirtschaftsministerium stattfand.¹⁰⁴ Die Ostgesellschaften, die hier als "Übergangerscheinung auf dem Wege vom russischen Staatseigentum zu verpflichtetem Privateigentum, von kriegswirtschaftlicher zu kolonialer Nutzung" charakterisiert wurden, was sich "auch auf die Gestaltung ihrer Beziehungen zur reichsdeutschen Wirtschaft auswirken" müsse, sollten danach die Differenz zwischen dem Preisniveau in den besetzten Gebieten und den deutschen Preisen an das Reich abführen. Dasselbe galt für die Differenz zwischen der Entschädigung für Kriegsgefangene, die als Arbeitskräfte eingesetzt wurden, und den in Deutschland geltenden Löhnen. Um eine möglichst große Spanne zu erzielen, wollte man das Preis- und Lohnniveau in den besetzten Gebieten, wie immer wieder betont wurde, unter allen Umständen auf dem niedrigsten Stand halten.¹⁰⁵

102 Gemeint sind offensichtlich die Preisspannen.

103 Ebenda, Bl. 209 f. (Hervorhebung v. d. Verf.).

104 "Niederschrift über die am 21. Nov. 1941 im Reichswirtschaftsministerium stattgefundene Besprechung über grundsätzliche Fragen des Einsatzes der Ostgesellschaften", Abschrift, Zentralarchiv Riga, F. 70, Reg. 1, Nr. 6, Bl. 103 f., hier: Bl. 103.

105 Ebenda, Bl. 104.

Über diese "Schleusengewinne", die in der Finanzplanung des Reiches eine wesentliche Rolle spielten, weil man sie tatsächlich in erheblichem Maße zur Kriegsfinanzierung heranziehen wollte, wurde auf der Besprechung bei Göring am 8. November 1941 festgestellt: "Die 'Schleusengewinne', die aus der Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten, Rohmaterial und Fertigwaren aus den neu besetzten Ostgebieten stammen, gehören grundsätzlich dem Reich. Der Reichsfinanzminister wird im Einvernehmen mit dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete und den zuständigen Reichsinstanzen bestimmen, in welcher Form diese Schleusengewinne zu behandeln und verwenden sind."¹⁰⁶

Auch die "Braune Mappe" bezeichnete es als "maßgebenden Grundsatz" für die "Preispolitik des Reiches gegenüber den neu besetzten Ostgebieten und für die Lieferungen dieser Gebiete an die Wehrmacht und an das Reich", daß die Preisdifferenz für die Tilgung der laufenden Reichsschuld benutzt werde. Zuvor sollten jedoch bereits auf der unteren Stufe des künstlich geschaffenen Preisgefälles durch eine Differenz zwischen niedrigstem "Erzeugerpreis" und sogenanntem "Ostbeschaffungspreis" Mittel flüssig gemacht werden, über die die Besatzungsbehörden an Ort und Stelle verfügen konnten; ein Teil davon war als direkter Beitrag zu den Besatzungskosten vorgesehen (auf landwirtschaftlichem Gebiet grundsätzlich 15 Prozent des Ostbeschaffungspreises). Erst danach entstand durch eine weitere Preisdifferenz - die Spanne zwischen dem Ostbeschaffungspreis und dem Verkaufspreis, der bei der Einfuhr nach Deutschland gezahlt wurde - der eigentliche Schleusengewinn, der an das Reich abzuführen oder von den Ostgesellschaften nach zentralen Weisungen "zur Durchführung besonderer Aufgaben" zu verwenden war.¹⁰⁷

Welch festen Platz die "Schleusengewinne" der Ostgesellschaften in den finanzpolitischen Spekulationen des faschistischen Deutschlands einnahmen, zeigt eine Denkschrift, die der Finanzminister, Schwerin von Krosigk, am 4. September 1942 den obersten Reichsstellen zusandte.¹⁰⁸ "Das Reich", hieß es dort einleitend, "erwartet von den besetzten Ostgebieten eine wesentliche volks- und finanzwirtschaftliche Entlastung. Diese Gebiete sollen die Ernährung des deutschen Volkes sichern. Öl, Kohle, Erze und andere Rohstoffe sollen für die Zwecke der deutschen, ja der europäischen Volkswirtschaft aus dem Osten herausge-

¹⁰⁶ Dok. NI-440, a. a. O., Bl. 224.

¹⁰⁷ Dok. NI-10119, a. a. O., Bl. 52 f.

¹⁰⁸ Dok. NG-4900, Fall XI, ADB 212, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 485, Bl. 164 - 172.

holt werden. Aus den finanziellen Überschüssen der besetzten Ostgebiete und aus der Abschätzung der Preisunterschiede zwischen Reich und Osten soll ein wesentlicher Teil der Kriegslasten, insbesondere der Zins- und Tilgungslast des Reiches gedeckt werden."¹⁰⁹ Schwerin von Krosigk beklagte, daß die Schleusengewinne, "die nach dem Wort des Führers die deutsche Kriegsschuld verzinsen und tilgen helfen sollen"¹¹⁰, nicht in der erwarteten Höhe hereinkämen, um dann zu postulieren: "Angesichts der steigenden Verschuldung des Reichs, die heute die Summe von 160 Milliarden überschritten hat, und angesichts des riesengroßen Finanzbedarfes des Reiches, der heute besteht und in Zukunft bestehen wird, müssen die besetzten Ostgebiete finanziell weit stärker angespannt werden, als es gegenwärtig der Fall ist. Die Alternative: Lastenerhöhung im Reich oder im Osten kann meines Erachtens überhaupt nur eindeutig im Sinne einer Belastung der Ostgebiete beantwortet werden."¹¹¹

Daß es sich hierbei tatsächlich um eine grundsätzliche finanzpolitische Konzeption des deutschen Imperialismus handelte, beweisen unter anderem auch wiederholte Eintragungen in den "Tischgesprächen" des Führerhauptquartiers.¹¹² Ein darin aufgenommenener offizieller Bormann-Vermerk vom 25. März 1942 betonte, in fast gleichlautenden Formulierungen wie Schwerin von Krosigk, daß die Rüstung seit Wiedereinführung der Wehrpflicht "ungeheure, bisher völlig ungedeckte Beträge verschlungen" habe, für deren Deckung es lediglich zwei Wege gebe: "Entweder wird diese Steuerschuld doch im Laufe der Zeit auf die deutschen Volksgenossen im Reich abgewälzt, oder aber sie wird aus den möglichen Gewinnen der besetzten Ostgebiete bezahlt. Das letztere müsse selbstverständlich sein. Der Führer ist daher auch der Auffassung, Preise wie Löhne müßten in den besetzten Ostgebieten unbedingt festgehalten werden, selbstverständlich damit auch der Lebensstandard der Bewohner in den besetzten Ostgebieten. Die Gewinne aus den Preisunterschieden zwischen Ostgebieten und Reichsgebieten müßten ausschließlich dem Reich zufließen. Aus gleichen Gründen müßte drüben auch der größte Teil des landwirtschaftlichen Besitzes wie bisher Staatsbesitz

¹⁰⁹ Ebenda, Bl. 164.

¹¹⁰ Ebenda, Bl. 170.

¹¹¹ Ebenda.

¹¹² Vgl. *Picker, Henry*, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941 - 1942, neu hg. v. Percy Ernst Schramm in Zusammenarb. mit Andreas Hillgruber u. Martin Vogt, Stuttgart 1963, passim.

bleiben¹¹³, damit auch die Gewinne aus den landwirtschaftlichen Erträgen dieses riesigen Staatsbesitzes ausschließlich dem Staate zugute kämen und zur Deckung der Kriegsschulden verwandt werden können."¹¹⁴

Die Größenordnung dieser "möglichen Gewinne aus den besetzten Ostgebieten", die die Ostgesellschaften um den Preis systematischer Verelendung und Aushungerung von Millionen Menschen verfügbar machen sollten, kennzeichnete Hitler selber wenig später mit der zynischen Feststellung: "Unser Ziel muß es sein, die Kriegsschulden um 10 bis 20 Milliarden im Jahr zu reduzieren, damit wir als einzige kriegführende Macht dieses Krieges innerhalb von zehn Jahren schuldenfrei und in der Lage sind, uns ganz auf die Kolonisierung der gewonnenen Gebiete zu konzentrieren ... Dies mal sind wir selbst die wirklichen Kriegsgewinner."¹¹⁵

Dieses Frohlocken war allerdings längst ein Anachronismus in sich. Im Grunde genommen ist die Grundsatzdiskussion bei Göring vom 8. November 1941 als letzter Akt jener konzeptionellen Planmäßigkeit anzusehen, mit der der faschistische deutsche Imperialismus den Überfall auf die Sowjetunion vorbereitet hatte. "Die schönste Zeit der Heerführung liegt hinter uns", klagte Generaloberst Halder wenige Tage später, am 13. November, bei der Eröffnung einer Chefbesprechung in Orscha. Nun sei der Zeitpunkt gekommen, "wo das gedanklich im Generalstab Vorbereitete verlassen wird." Dabei habe man sich darüber klar zu werden, "daß die Fortsetzung des Krieges im Osten ebenso wie die Gesamtkriegführung überhaupt gewissen wirtschaftlichen Bindungen unterworfen sei."¹¹⁶

113 Mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, bei "treuhänderisch verwalteten Vermögensobjekten" keine endgültige Besitzregelung vorwegnehmen zu wollen, erklärte Göring in seinem Erlaß über die "Verwaltung feindlichen Vermögens" v. 20. 5. 1942 das gesamte bisher beschlagnahmte oder noch zu beschlagnahmende Vermögen in der Sowjetunion zum "Sondervermögen des Reiches" (siehe "Grüne Mappe", T. 2, 3. Aufl., a. a. O., S. 123 f.); die "Verordnung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete über das Wirtschafts-Sondervermögen in den besetzten Ostgebieten" v. 28. 5. 1942 enthielt folgenden Passus: "§ 1. In den besetzten Ostgebieten, die der Zivilverwaltung unterstehen, bildet das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der UdSSR, ihrer Gliedstaaten, Körperschaften, Verbände und Zusammenschlüsse, das der Wirtschaft gedient hat, ein Sondervermögen (Wirtschafts-Sondervermögen)." (Ebenda, S. 47.)

114 Picker, Henry, a. a. O., S. 207 f. (Hervorhebung v. d. Verf.).

115 Hitler's Table Talk, London 1953, S. 625 (Eintragung v. 11.8.1942), zit. nach Dallin, Alexander, a. a. O., S. 405.

116 Dok. NOKW-1535, DZA Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XII, Nr. 114, Bl. 87 ff.

Das war eine vorsichtige Umschreibung der Tatsache, daß von nun an in allen Fragen der Okkupation die ad-hoc-Entscheidungen immer mehr den Ablauf des Geschehens bestimmen würden. Denn da der Krieg gegen die Sowjetunion als ganzes eine Fehlspekulation war, mußten auch die Einzelteile des dafür aufgebauten Räderwerks versagen. Die Schlacht vor Moskau, die das endgültige Scheitern der faschistischen Blitzkriegsstrategie besiegelte, überschattete im November bereits alle weiteren Planungen des deutschen Imperialismus, der sich in einem unentrinnbaren Dilemma befand: Einerseits wuchs seine Abhängigkeit von den Ressourcen der überfallenen Länder, insbesondere der besetzten sowjetischen Gebiete, andererseits wurde es immer schwieriger, ja unmöglich, sie in der konzipierten Weise auszubeuten. Damit verstärkte sich wiederum jenes Element der Brutalität, das alle Planungen von Anfang an gekennzeichnet hatte, während sich gleichzeitig die Versuche mehrten, durch vermeintliche Schläue in der politischen Taktik und Administration den schwanken Boden des Okkupationsregimes zu zementieren. Doch das sind Entwicklungen, die erst im Laufe des Jahres 1942 zur vollen Ausprägung kamen. Sie zeichneten sich zuerst nur in ihren Umrissen ab, etwa in Görings Forderung, "so viele landwirtschaftliche Güter wie nur möglich zu erzeugen und sie der Verwendung durch die Truppe und das Reich zugänglich zu machen", was die "Verfügbarmachung ausreichender Sicherheitskräfte" erfordere, um "1. einen Verbrauch des auf dem Lande gespeicherten Getreides durch die städtische Bevölkerung zu verhindern; 2. notfalls sogar eine zwangsweise Beitreibung zu ermöglichen."¹¹⁷ Die zum Teil noch vorhandenen Viehbestände mußten mit Hilfe der Wehrmacht "erbarmungslos und schnell" ergriffen und abtransportiert werden.¹¹⁸ Die sich daraus für die Stadtbevölkerung der besetzten Gebiete ergebenden Folgen seien "hart aber unvermeidbar".¹¹⁹

Die führenden Monopole trugen der neuen Lage auf ihre Weise Rechnung: Sie meldeten einerseits weitere konkrete Forderungen an und erlegten sich gleichzeitig vorsichtige Zurückhaltung bei endgültigen Festlegungen auf. In dem "Lagebericht der (IG-)Ostverbindungsstelle über Rußland" vom 3. Januar 1942¹²⁰ wird daran erinnert, daß die Ostgesellschaften, "deren Funktionen heute praktisch darin bestehen, das Ver-

¹¹⁷ Dok. NI-440, a. a. O., Bl. 211 f.

¹¹⁸ Ebenda, Bl. 213 f.

¹¹⁹ Ebenda, Bl. 215; eine Brutalität, der die Wehrmachtspitzen an Unbekümmertheit nicht nachstanden: "Der Generalquartiermeister greift in die Auseinandersetzung (Chefbesprechung in Orscha - d. Verf.) ein und erklärt: Nicht arbeitende Kriegsgefangene haben zu verhungern." (Dok. NOKW-1535, a. a. O., Bl. 89).

¹²⁰ Dok. NI-2996, a. a. O.

hältnis zur deutschen Wirtschaft zu regeln, in diesem Sinne lediglich als Zweckgebilde zu betrachten (sein), die später zu einem gegebenen Zeitpunkt nach Kriegsende in irgendeiner Form von der Privatwirtschaft abgelöst werden". Hitler habe Göring gegenüber ausdrücklich betont, man wolle in den besetzten sowjetischen Gebieten keine Staats- oder Parteiwirtschaft einführen, sondern möglichst der Privatwirtschaft freie Bahn lassen.¹²¹ Da indessen grundsätzlich "alle Kräfte auf Landwirtschaft und Mineralöl konzentriert" würden, der Osten also "wesentlich und vorzugsweise ein Agrargebiet ist bzw., soweit er es noch nicht ist, werden soll", lasse dies den Schluß zu, "daß industrielle Planungen grundsätzlich für absehbare Zeit nicht am Platze sind und daher sich auch Aktivierungen in dieser Richtung zunächst als eindeutig überflüssig erweisen dürften." Andererseits müsse aber dafür Sorge getragen werden, rechtzeitig darüber informiert zu sein, sobald aus der Gesamtlage heraus eine Aktivität der IG zweckmäßig erscheine.¹²²

Über all diese Pläne und Erwägungen an der Jahreswende 1941/42 aber ging die historische Entwicklung hinweg. Die Ostgesellschaften ließen auch in der Folgezeit nichts unversucht, um ihren Daseinszweck, die Realisierung des gigantischen Raub- und Vernichtungsprogramms in der Sowjetunion, zu erfüllen. Aus der festgefahrenen Situation Ende 1941 erwuchs die Hektik, mit der in den nächsten Monaten weitere Neugründungen für die verschiedensten Bereiche der okkupierten Volkswirtschaft folgten und schließlich auch um eine Beteiligung ausländischer Kapitalinteressen an dem großen Raubzug geworben wurde.¹²³ Aber das waren im Grunde nur noch Improvisationen, motiviert durch das verzweifelte Bestreben, sich mit den unerbittlichen Tatsachen einer Realität zu arrangieren, die auch die perfektioniertesten Planungen und Konzepte des faschistischen deutschen Imperialismus ad absurdum führte.

¹²¹ Ebenda, Bl. 252.

¹²² Ebenda, Bl. 253.

¹²³ So in Ungarn, Holland, Dänemark, Italien und der Schweiz (ebenda, Bl. 252); zu den Hintergründen vgl. auch DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Handakte Clodius, Nr. 68701.

Berechnung vergleichbarer Indizes der Agrarproduktion entwickelter kapitalistischer Länder im 19. Jahrhundert

von Gertrud Helling

Einleitung

I. Die Agrarproduktion in Frankreich im 19. Jahrhundert

1. Die pflanzliche Produktion
2. Die viehwirtschaftliche Produktion
3. Index der Agrarproduktion auf Getreidewert-
und Geldbasis

II. Die Entwicklung in den USA

1. Zur Problematik der offiziellen US-amerika-
nischen Berechnungen
2. Die Entwicklung der pflanzlichen Produktion
in den USA im 19. Jahrhundert
3. Die viehwirtschaftliche Produktion
4. Index der Agrarproduktion auf Getreidewert-
und Geldbasis

III. Vergleich der Indizes der Agrarproduktion in Frankreich, den USA und Deutschland

Die Entwicklung der Produktivität der Landwirt-
schaft in den drei Ländern

Anhang

Einleitung

Die wirtschaftsgeschichtliche Forschung, die eine Einschätzung der Entwicklung der Agrarproduktion in der Vergangenheit lange Zeit vernachlässigt hat, widmet heute auch in den großen kapitalistischen Staaten diesem Problem erhöhte Aufmerksamkeit. In Paris erschien 1962 die Arbeit von Toutain zur französischen Agrarproduktion von 1700 bis 1958.¹ Aus den USA liegt zwar schon aus den dreißiger und vierziger Jahren unseres Jahrhunderts eine ganze Reihe von Arbeiten vor², die aber, vorwiegend auf Berechnungen des Nationaleinkommens gegründet, recht unterschiedliche und umstrittene Ergebnisse zeitigten. Erst im Jahre 1960 erschien die Untersuchung von Towne und Rasmussen³, die sich umfassend und gründlich mit der Entwicklung der Agrarproduktion in den USA auch in dem schwierigen und umstrittenen Zeitraum von 1800 bis 1840 beschäftigt. Die Ergebnisse erhielten durch ihre Veröffentlichung in den *Historical Statistics*⁴ von 1960 gleichzeitig offiziellen Charakter. Dagegen liegen aus Großbritannien bisher keine zusammenfassenden Ergebnisse zur Entwicklung der Agrarproduktion im 19. Jahrhundert vor. Die einzigen Anhaltspunkte bietet die offiziöse Berechnung des Beitrags der Landwirtschaft zum Nationaleinkommen⁵, die überdies nur in laufenden Preisen veröffentlicht wurde und nicht minder umstritten⁶ ist, wie die analogen Berechnungen in den USA. Die genannten Forschungsergebnisse aus Frankreich und den USA geben einen Einblick in die Entwicklung der Agrarproduktion dieser Länder im 19. Jahrhundert und sind überaus wertvoll als Gesamtrahmen der Entwicklungstendenzen in diesem Zeitraum. Für eine eingehende Analyse reichen sie aber nicht aus. Towne und Rasmussen beschränken sich auf einzelne Jahre in zehnjährigem Abstand, was schon allein durch witterungsbedingte

1 *Toutain, Jean Claude, Le produit de l'agriculture française de 1700 à 1958, Paris 1962.*

2 Siehe hierzu Quellen zur Tabelle 4.

3 *Towne, Marvin W./Rasmussen, Wayne D., Farm Gross Product and Gross Investment in the Nineteenth Century, in: Trends in the American Economy in the Nineteenth Century (Report of the National Bureau of Economic Research, New York), Princeton 1960 (im folgenden: Trends).*

4 *Historical Statistics of the United States Colonial Times to 1957, Washington 1960.*

5 *Mitchell, B. R., Abstract of British Historical Statistics, Cambridge 1962, S. 366.*

6 Vgl. dazu *Hartwell, R. H., The rising Standard of Living in England 1800 - 1850, in: The Economic History Review, Bd. 13, 1961, S. 397; Hobsbawm, E. J., The British Standard of Living 1790 - 1850, in: ebenda, Bd. 10, 1957, S. 46; Jones, E. L., The Changing Basis of English Agricultural Prosperity 1853 - 1873, in: The Agricultural History Review, Bd. 10, T. 2, 1962, S. 102.*

Einflüsse zu erheblichen Verzerrungen führen kann. Die Toutainsche Untersuchung für Frankreich ermittelt Zehnjahres-Durchschnittsergebnisse, eine Methode, die die Gesamttendenz der Entwicklung zweifellos zuverlässiger wiedergibt. Doch in beiden Fällen bleiben die feineren, insbesondere die zyklischen Bewegungen unsichtbar.

Solche Untersuchungen sollen aber der Klärung einer Fülle von Fragen dienen, die nicht nur den Zyklus betreffen, sondern den riesigen Komplex aller Wechselbeziehungen zwischen den großen Bereichen der materiellen Produktion in den verschiedenen Etappen der kapitalistischen Entwicklung. Das bedeutet gleichzeitig, daß die Untersuchung der Vorgänge in einem Land im Vergleich mit anderen gleichgearteten Ländern ergänzt und erhärtet werden muß.

Auf dem Gebiet der Agrarproduktion sind solche Vergleiche schon allein durch den Grad der Einbeziehung der verschiedenen Agrarprodukte erschwert. Die unterschiedlichen Erhebungsmethoden in den einzelnen Ländern und deren Veränderungen innerhalb der Zeiträume, für die offizielle statistische Angaben gemacht werden, bilden weitere die Vergleichbarkeit beeinträchtigende Faktoren, die im vorstatistischen Zeitalter infolge der unterschiedlichen Methodik der einzelnen Forscher noch zusätzlich gestört wird.

In der vorliegenden Studie wird der Versuch unternommen, für Frankreich und die USA Indizes der Agrarproduktion des 19. Jahrhunderts nach derselben Methode zu ermitteln, die für Deutschland angewandt wurde⁷, um so einen möglichst gültigen Vergleich vornehmen zu können. Über die Entwicklung in Großbritannien folgt eine gesonderte Untersuchung, einerseits, weil bekanntlich die Entwicklung des Kapitalismus dort eine ganz spezifische, zeitlich und qualitativ von den kontinentaleuropäischen Ländern abweichende ist; zum anderen erfordert der derzeitige Stand der einschlägigen wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen über Großbritannien weitere detaillierte Untersuchungen der Landesteile, für die weiter zurückreichende statistische Daten vorhanden sind.

⁷ Vgl. *Helling, Gertrud*, Berechnung eines Index der Agrarproduktion in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1965, T. 4, S. 125 - 151.

I. Die Agrarproduktion in Frankreich im 19. Jahrhundert

Der Aufbau eines vergleichbaren Index der Agrarproduktion für Frankreich bietet für das 19. Jahrhundert vergleichsweise weniger Schwierigkeiten als für Deutschland, die USA und Großbritannien, weil die französische Agrarstatistik damals im Vergleich mit diesen drei Ländern umfassender war. Die erste Enquête mit ausreichendem Ergebnis erfolgte ebenso wie in den USA 1840 und dann ab 1852 in zehnjährigem Abstand. Den veränderten Bedingungen und dem jeweiligen Stand der statistischen Wissenschaft entsprechend, unterlagen die einzelnen Untersuchungen gewissen Modifikationen. Da aber im allgemeinen die Daten des vorangegangenen Censuserhebungsjahres dem neuen Status angeglichen wurden, ist die Möglichkeit des Vergleichs relativ günstig. Darüber hinaus gab das Ministerium für Landwirtschaft und Handel im Jahre 1878 einen Überblick über die jährlichen Getreide- und Kartoffelernten von 1815 bis 1876 heraus⁸ und diese Reihe kann auf Grund der dann folgenden jährlichen Agrarstatistik bis zum Ende des Jahrhunderts fortgeführt werden.

Auch in der Erfassung der viehwirtschaftlichen Produktion ist die französische Statistik des 19. Jahrhunderts den anderen Ländern mit Abstand voraus. Die Censuserhebungen von 1862, 1882 und 1892 weisen nicht nur die Anzahl der geschlachteten Tiere einheimischer Herkunft jeder Kategorie aus, sondern auch die durchschnittlichen Schlachtgewichte und die sich daraus ergebende Fleischproduktion, die sogar für 1840 amtlicherseits ermittelt wurde. Und selbst die Milchleistung, die in anderen Ländern offiziell frühestens um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert amtlich festgestellt wurde, findet sich erstmalig schon in der französischen Enquête von 1862.

Natürlich gibt es in diesem reichhaltigen offiziellen Material auch Widersprüche und offizielle Korrekturen, die an die begrenzte Gültigkeit statistischer Daten erinnern; ebenso besteht trotz aller Reichhaltigkeit eine Reihe von Lücken und sonstigen Schwierigkeiten.

1. Die pflanzliche Produktion

Das gilt vor allem für die Jahre vor 1815. Es gibt zwar zeitgenössische amtliche Erhebungen aus einzelnen Departements und Arrondissements⁹,

⁸ *Récoltes des Céréales et des Pommes de terre de 1815 à 1876*, Paris 1878.

⁹ *La Statistique agricole de 1814*, Paris 1914.

die um 1804 mit dem Ziel einer gesamtstaatlichen Einschätzung von der Regierung angefordert wurden. Soweit sie aber überhaupt durchgeführt wurden, haben die Angaben bestenfalls den Charakter grober Schätzungen.¹⁰ Dazu sind sie so lückenhaft, daß keine gesamtfranzösischen Ergebnisse daraus gezogen werden konnten. Und das gilt um so mehr, als auch eine einigermaßen gültige Ermittlung der landwirtschaftlichen Nutzflächen oder wenigstens der Ackerfläche im Landesmaßstab nicht erreicht worden ist. Den einzigen Anhaltspunkt bietet die bekannte kuriose Schätzung von Lavoisier, der diese Aufgabe im Auftrag des Comité de l'assemblée nationale im Jahre 1790 auf der Grundlage der vorhandenen Pflüge löste: 320 000 Pferdepflüge, deren Leistung im Durchschnitt bei der Frühjahrsbestellung mit 30,64 Hektar angenommen wurde, und 600 000 Ochsenpflüge mit 7,66 Hektar ergaben 14,4 Millionen Hektar, zu denen eine gleiche Pferdeflugleistung im Herbst als Brachland zugeschlagen wurde.¹¹

Die Produktion von 1800 bis 1815 kann also nur geschätzt werden, wobei solche offiziösen Angaben wie die von Chaptal¹², Moreau¹³ und andere sowie die Produktion je Kopf der Bevölkerung 1815 und die Bevölkerungsentwicklung von 1800 bis 1815 Berücksichtigung finden.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor, aus dem sich - wie bei allen älteren Erhebungen - weitere Fehlerquellen ergeben, ist die Verwendung von Volumenmaßen. Die französische Agrarstatistik war auch darin insofern fortschrittlich, als sie die Angaben bis 1815 zurück im Dezimalsystem macht. Getreide wird in dem ganzen in Frage stehenden Zeitraum in Hektolitern (hl) gemessen, dasselbe gilt für Kartoffeln bis 1884, die ab 1885 in Doppelzentnern ausgewiesen werden. Im Census von 1862 und 1882 finden sich die einzigen offiziellen Durchschnittsangaben zu den Hektoliter-Gewichten der einzelnen Getreidearten im Landesmaßstab.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß - ebenso wie in Deutschland¹⁴ - in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts keine Daten zur Rüben-, Ackerfutter- und Wiesenheuproduktion ermittelt wurden. Die

10 *Statistique de la France*, 1. Serie, Bd. 4: Agriculture, T. 1, Paris 1840, S. IX - XI.

11 Ebenda.

12 *Chaptal, Count, L'Industrie Française*, Paris 1819.

13 *Moreau, César, Retrospects of Commerce*, London 1827.

14 Vgl. *Helling, Gertrud*, a. a. O., S. 130, 133 u. 134.

ersten französischen Angaben finden sich im Census von 1840. Für die Berechnung eines Index der pflanzlichen Produktion muß also von 1800 bis 1840 die Entwicklung der Getreide- und Kartoffelproduktion zugrundegelegt werden. Eine gleichlaufende Erhöhung der Futterproduktion um 50 Prozent bis 1836/40 anzunehmen, erscheint nicht abwegig, da die Zahl der Rauhfutterverzehrer in diesem Zeitraum, auf Großvieheinheiten (GVE) umgerechnet, um rund 40 Prozent zugenommen hat. Die je GVE verfügbaren Rüben- und Heumengen hätten sich in Getreidewerten dementsprechend leicht erhöht (um rund 6 Prozent).

Auf dieser Basis hätte sich die pflanzliche Hauptproduktion folgendermaßen entwickelt (siehe Tabelle 1).

Nach den Ergebnissen der Tabelle 1 hätte die Zunahme der Produktion der landwirtschaftlichen Haupterzeugnisse das Bevölkerungswachstum weit übertroffen (siehe Tabelle 10), so daß zu Jahrhundertbeginn je Kopf der Bevölkerung 331 Kilogramm GW (einschließlich Kartoffeln), um 1840 schon 425 Kilogramm und Ende des Jahrhunderts über 500 Kilogramm erzeugt wurden; und insgesamt ergeben sich 490 : 625 : 870 Kilogramm GW. Im Hinblick auf die Tatsache, daß das Jahrhundert mit Kriegsjahren begann und besondere Exportbehinderungen bestanden, daß der Ernährungsstandard und die Agrarausfuhr sich im Verlauf des Jahrhunderts beträchtlich entwickelten, ist diese Zunahme durchaus möglich, sollte aber als Maximum betrachtet werden; denn es kann sein, daß die Produktion von 1800/10 zu niedrig geschätzt ist. Verschiedene Faktoren lassen insbesondere die Schätzung der Rüben- und Rauhfufterernte bis 1840 als fragwürdig erscheinen. Selbst unter Berücksichtigung der noch großen Bedeutung der Brachweide zu Jahrhundertbeginn kann die ermittelte Rüben- und Rauhfutterproduktion je GVE zu niedrig angenommen sein; denn die viehwirtschaftliche Leistung war zweifellos schon relativ hoch (besonders verglichen mit Deutschland). Da der Angelpunkt der Schätzungen die Enquête von 1840 ist, entsteht die Frage, ob das Jahr 1840 als Normaljahr angesehen werden kann. Toutain hat die Rauhfufterernte 1803/12 möglicherweise deshalb etwa um ein Fünftel höher angenommen als für 1835/44, weil er den letzteren Zeitraum als schlechte Erntejahre ansah. Hierfür finden sich aber keine Anhaltspunkte. In den Berechnungen zur Enquête von 1840 wird angegeben, daß eine Normalernte ausgewiesen wird, die je nach Witterung nach oben oder unten schwanken kann. Vergleicht man die Produktion nach der Enquête mit der in den Jahresreihen angegebenen (was nur bei Getreide und Kartoffeln möglich ist), so ergibt sich daraus, daß die Ernten höher als

Tabelle 1

Die pflanzliche Produktion Frankreichs im 19. Jahrhundert⁺

Zeitraum	in 1000 t							in Mill. t
	1 Getreide	2 Kartoffeln	1 u. 2 zus. in GW	3 Rüben	4 Acker- futter	5 Wiesen- heu	3 - 5 zus. in GW	
1800/10	(9150) ⁺⁺	(2034)	(9659)				(4600)	14,3
1811/20	9400	2380	9995				(4700)	14,7
1821/25	11100	3070	11868				(5700)	17,6
1826/30	11460	3830	12418				(5900)	18,3
1831/35	12630	4678	13800				(6600)	20,4
1836/40	13040	6100	14565	1600 ⁺⁺⁺	4810 ⁺⁺⁺	10700 ⁺⁺⁺	6845	21,4
1841/45	14055	6946	15790	(2000)	(5950)	(11800)	7895	23,7
1846/50	14990	5868	16457	(2700)	(7100)	(12900)	8980	25,4
1851/55	14787	4780	15980	(3000)	(8200)	(14000)	10000	26,0
1856/60	15886	6346	17470	(4000)	(9400)	(15100)	11140	28,6
1861/65	16310	7830	18270	(5100)	10500	16250	12260	30,5
1866/70	15630	7770	17570	(7800)	(11250)	(16900)	13165	30,7
1871/75	16840	9335	19170	11230	(12000)	(17500)	14123	33,3
1876/80	15840	9085	18110	12525	(12750)	(18100)	14868	33,0
1881/85	17685	10496	20310	14600	13500	18760	15714	36,0
1886/90	17230	11350	20070	14400	(12100)	(17700)	14570	34,6
1891/95	17108	12834	20320	16400	10780	16600	13670	34,0
1896/1900	17592	12500	20720	19400	12690	16500	14885	35,6

Anmerkungen zu Tabelle 1:

+ Die Zahlen wurden auf das Territorium von 1870 umgerechnet, d. h. bis 1860 für Savoyen und Alpes Maritimes 1,7 %, ab 1871 für Elsaß-Lothringen 3 % zu den offiziellen Ausweisen zugeschlagen. Die in hl ausgewiesene Getreideproduktion wurde bis 1820 zu 65,2 kg und dann von Jahrzehnt zu Jahrzehnt um 0,1 kg vermindert umgerechnet. Dabei wurde ein gleichbleibendes spezifisches Gewicht der einzelnen Getreidearten angenommen und lediglich die veränderte Beteiligung berücksichtigt, insbesondere der starke relative Rückgang der Menggetreide-, Roggen- und Maisproduktion, die mit rund 72 kg hohe hl-Gewichte aufweisen. Ihr Anteil ging im Verlauf der 100 Jahre von 26,6 auf 13,6 % zurück.

Die bis 1884 in hl ausgewiesene Kartoffelproduktion wurde bis 1820 mit 70 kg je hl veranschlagt, danach bis 1851/60 von Jahrzehnt zu Jahrzehnt um 0,1 kg auf 66 kg vermindert, um die Qualitätseinbußen sowohl durch den Übergang von der gärtnerischen zur Feldkultur als auch durch die Kartoffelkrankheit zu berücksichtigen. 1861/70 wurden wieder 70 kg, 1871/80 75 kg und 1881/85 80 kg angenommen.

Die Schätzung der hl-Gewichte gründet sich in beiden Fällen auf die offiziellen Angaben im Census von 1862 und 1882 sowie auf Jahre, in denen Produktionsangaben in hl und dz ermittelt werden konnten.

Die Umrechnung auf GW erfolgte zu denselben Sätzen wie in Deutschland, d. h. Getreide = 1; Kartoffeln = 0,25; Rüben = 0,10; Ackerfutter (AF) = 0,5; Wiesenheu = 0,4.

++ Die in Klammern gesetzten Zahlen sind Schätzungen - G. H.

+++ Angaben des Censusjahres 1840.

Quellen:

Récoltes des Céréales et des Pommes de terre de 1815 à 1876, Paris 1878; *Statistique de la France*, 1. Serie, Bd. 6/7: Agriculture, T. 3/4, Paris 1840, S. 664; ebenda, 2. Serie, T. 16: Agriculture. Résultats généraux de l'enquête décennale de 1862, Strasbourg 1870; *Statistique agricole de la France*. Résultats généraux de l'enquête décennale de 1882, Nancy 1887; ebenda 1892, Paris 1897; *Statistique agricole annuelle 1900*, Paris 1901; *Annuaire statistique de la France*, Bd. 1 - 10, Paris 1878 - 1887, Bd. 11 - 12, Nancy 1888 - 1889, Bd. 13 - 14, Paris 1890 - 1891, Bd. 15 (1892/93/94), Paris 1894.

die eines Normaljahres lagen. Auch die Preise dieser Jahre deuten keine schlechten Ernten an, besonders auch die Fleischpreise nicht, was für die Rauhfutterproduktion als Kriterium angesehen werden kann. Als einziges Anzeichen einer unzureichenden Ernte könnten die Weizenimportüberschüsse der Jahre 1839 und 1840 gelten, die aber im Vergleich zu anderen Jahren mit Importüberschüssen gering sind. 1839/40 betragen sie nur rund die Hälfte (51 Prozent) der letzten vorangegangenen Importüberschußjahre 1831/32.¹⁵ In keinem Fall kann es sich um ein ausgesprochenes Mißerntejahr handeln, weil darüber ebenso wie für 1815/16 oder 1852/54 Äußerungen zu finden wären.

Dennoch erschien es zweckmäßig, eine zweite Schätzung der Rauhfutterproduktion für die ersten vier Jahrzehnte des Jahrhunderts vorzunehmen, deren Ergebnisse dann als Minimalentwicklung eines Index der pflanzlichen Produktion zu betrachten wären.

Dabei wurde für 1800/10 aus den sich in den Censusbjahren 1840, 1852 und 1862 ergebenden Futterquoten je GVE der Durchschnitt genommen und dieser, da auch 1852 ein unterdurchschnittliches Erntejahr war, um 5 Prozent erhöht. Auf dieser Grundlage ergibt sich für 1800/10 eine Gesamt-Rüben- und Heuproduktion von 5 852 000 Tonnen GW gegen 6 845 000 Tonnen im Jahre 1840, so daß die Produktionserhöhung in diesem Zeitraum nur 17 Prozent betrüge (statt der in der Tabelle angenommenen 50 Prozent). Für die pflanzliche Produktion insgesamt bedeutet das, daß 1800/10 15,5 Millionen Tonnen GW erzeugt worden wären, so daß die Zunahme bis 1840 nur 38 Prozent erreicht. Bis zum Ende des Jahrhunderts hätte dementsprechend die pflanzliche Produktion statt das 2,5fache (Tabelle 1) nur das 2,3fache erreicht.

Hierzu muß nun allerdings bemerkt werden, daß die von Toutain¹⁶ gegebenen Daten möglicherweise noch darunter bleiben. Ein genauer Vergleich ist nicht möglich, da Toutain - abgesehen von einer anderen zeitlichen Gliederung - für 1803/12 Futterrüben, Heu und Stroh nur zusammengerechnet angibt, ohne Berücksichtigung des verschiedenen Nährstoffgehalts. Es werden auch in den Zeiträumen, in denen offiziell zwischen Ackerfutter und Wiesenheu genau unterschieden wird, die beiden Kategorien einfach addiert gegeben.¹⁷

15 Nach *Annuaire statistique de la France*, Septième Année 1884, Paris 1884, S. 338, betrug der Weizenimport 1839/40 rund 1 Million hl, 1831/32 rund 2 Millionen hl.

16 *Toutain Jean Claude*, a. a. O., S. 13.

17 Bei Übertragung der Bewegung dieser addierten Rüben-, Heu- und

Die geringere Zunahme der Getreideproduktion (um 82 anstelle 92 Prozent in Tabelle 1) dürfte im wesentlichen auf die verwendeten Umrechnungskoeffizienten von Volumen auf Gewicht zurückzuführen sein. Leider werden sie nicht erklärt, doch ergibt die Gegenüberstellung der Toutainschen Gesamtgewichte und der offiziellen Hektoliterproduktion ein sehr unwahrscheinliches Absinken der durchschnittlichen Getreide-Hektoliter-Gewichte (bis zu 5,6 Kilogramm oder 8,5 Prozent).

Aus den Angaben über die Hektolitergewichte von Weizen 1825/31 und 1862 ist ersichtlich, daß sich das spezifische Gewicht praktisch nicht verändert hat. 1882 liegt das Durchschnittsgewicht des Getreides (gewogen nach dem Anteil an der Gesamtproduktion in Hektolitern) um 1 Prozent höher als 1862. Ein Rückgang des Hektolitergewichtes im Verlauf des Jahrhunderts kann also nur in dem Ausmaß angenommen werden, in dem der Anteil der einzelnen Getreidearten sich zugunsten der leichteren verschiebt, und daraus ergeben sich höchstens 1 bis 1,5 Prozent.

2. Die viehwirtschaftliche Produktion

Wie bereits erwähnt, ist die französische Statistik auch auf dem viehwirtschaftlichen Sektor relativ umfassend. Sie gibt, vor allem im Vergleich mit den anderen Ländern, zeitlich früher eine Reihe von Anhaltspunkten, die die Einschätzung der Entwicklung erleichtern. Außer den eingangs genannten offiziellen Daten zur Fleisch- und Milchproduktion werden beispielsweise in der Enquête von 1862 durchschnittliche Schlachtgewichte der Rinderkategorien in den wichtigsten Städten für einzelne Jahre zurück bis 1816 gegeben.¹⁸ Dennoch muß betont werden, daß die folgenden Berechnungen trotz der vergleichsweise fundierten Unterlagen nur als eine grobe Schätzung der Entwicklung angesehen werden dürfen, weil die Viehbestandsentwicklung von 1812 bis 1840 lediglich auf einige inoffizielle Daten gegründet werden kann. Für 1800 bis 1812 kann die Entwicklung sogar nur aus der Bewegung in einzelnen Departements und Arrondissements geschätzt werden.¹⁹ In der ersten

Strohproduktion bzw. der Bewegung der Strohproduktion für 1815 bis 1834 auf die 1845/54 erstmalig auf Getreidewert umrechenbare Produktion steigt nach Toutain die pflanzliche Produktion bis 1835/44 gegenüber 1803/12 auf 136 Prozent.

¹⁸ *Statistique de la France*, 2. Serie, Agriculture, T. 16: Résultats généraux de l'Enquête décennale de 1862, Strasbourg 1870, S. LXX.

¹⁹ *La Statistique agricole de 1814*, a. a. O.

Hälfte des Jahrhunderts bestehen zur Ermittlung der etwaigen Fleischproduktion auch insofern große Unsicherheitsfaktoren, als die Schlachtraten nicht bekannt sind und deren Schätzung aus Schlachtgewicht und Fleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung durch die Unsicherheit des Pro-Kopf-Verbrauchs beeinträchtigt wird. Darüber hinaus ist nach 1892 auch die Fleischproduktion nicht mehr offiziell ausgewiesen.²⁰

Es werden deshalb in Tabelle 2 zwei Reihen nebeneinandergestellt, und zwar unter I die Entwicklung, wie sie aus den zeitgenössischen Daten wahrscheinlich erscheint, und unter II wie Toutain sie darstellt.

Den Arbeiten des französischen Forschers ist bedeutendes Gewicht beizumessen, weil er, schon allein aus der Kenntnis des Landes und dessen historischer Entwicklung heraus, sehr viel tiefere Einblicke in die Zusammenhänge besitzt; möglicherweise stützte er sich teilweise auch auf Unterlagen, die hier nicht verfügbar sind. Ein Mangel der Toutainschen Arbeit liegt jedoch darin, daß im allgemeinen für die zum Teil recht beträchtlichen Abweichungen von den offiziellen Daten keine ausreichenden Begründungen gegeben werden. Toutain legt beispielsweise der Fleischproduktion von 1803/12 die Produktionsquote je Kopf der Bevölkerung von 1840 zugrunde. Wendet man darauf die Nutzviehbestandsdaten und die Schlachtgewichte an, wie sie sich aus inoffiziellen und offiziellen Angaben ergeben, so müßte die Schlachtrate zu Jahrhundertbeginn über der von 1840 gelegen haben (47,5 : 45,5 Prozent der GVE). Eine derartige rückläufige Entwicklung erscheint fragwürdig, um so mehr, als in diesem Zeitraum der Anteil der Schweine am Schlachtviehaufkommen stark steigend anzunehmen ist. Auch im Zusammenhang mit der Entwicklung der Nutzviehbestände erscheint die der Fleischproduktion nach Toutain sehr abnorm, stünde doch einer etwaigen Bestandszunahme um mehr als 40 Prozent zwischen 1816/25 und 1836/45 nur ein Zuwachs der Fleischproduktion von 25 Prozent gegenüber. Oder aber die Nutzviehbestände müßten zu Jahrhundertbeginn beträchtlich größer gewesen sein, als es die zeitgenössischen Daten annehmen lassen. Dieses Zurückbleiben der Fleischproduktion gegenüber der Viehbestandsentwicklung gilt auch für die Zeit zwischen 1826/35 und 1836/45, obwohl für diesen Zeitraum die Viehbestände bereits zuverlässiger erfaßt sind.²¹ Zieht man schließlich die Lage der breiten

20 Nach 1892 finden sich lediglich Angaben über Paris und das Département Seine. (Vgl. z. B. *Statistique Agricole annuelle* 1912, Paris 1914, S. 206 f.)

21 Toutain untersucht die Entwicklung des Viehbestandes nicht.

Tabelle 2

Die Entwicklung der viehwirtschaftlichen Produktion in Frankreich im 19. Jahrhundert⁺

Zeitraum	Viehbestände in 1000 Stück GVE ⁺⁺	Fleischproduktion in 1000 t		Milch in 1000 t		Wolle in 1000 t		Fleisch, Milch, Wolle zusammen ⁺⁺⁺ in 1000 t GW		Index	
		I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
1800/10	(9400)	(470)	508	(3000)		65,5	38,0	8800	8700 ^o	100	100
1811/20	9220	(463)	548	(3050)	4300	62,0	-	8600	-	98	-
1821/25	(9700)	(480)		(3460)		(60,1)		8900		101	
1826/30	10500	(520)	602	(3720)	4700	59,3	58,1	9000	10671	105	123
1831/35	(12000)	(606)		(3695)		(62,3)		10170		115	
1836/40	13448 ^{oo}	694	685	(3920)	5800	65,4	64,3	11190	12386	127	142
1841/45	(13550)	(750)		(4360)		(66,1)		11996		136	
1846/50	(13650)	(800)	823	(4860)	6300	(66,8)	66,6	12800	14000	145	161
1851/55	13740 ^{ooo}	848		(5350)		67,5		13570		154	
1856/60	(13930)	(895)	972	(5830)	7300	(63,3)	60,0	14130	15675	161	180
1861/65	14122 ^x	946		6856 ^{xx}		59,1		15110		172	
1866/70	(14500)	(1020)	1091	(7170)	7400	(55,1)	47,3	15790	16236	179	186
1871/75	13030	(980)		(7070)		51,2		15230		173	
1876/80	13000	(1100)	1251	(7190)	7400	(49,5)	45,7	16250	17516	185	200
1881/85	13300	1221		7288		45,5		17180		195	
1886/90	14461	(1335)	1374	7833	8700	58,7	52,3	19045	19724	216	226
1891/95	14103	1402		7895		48,1		19227		219	
1896/1900	14670	(1546)		(8460)		42,3		20600		234	
1895/1904			1464		8100		40,1		19570		224

Anmerkungen zu Tabelle 2:

- + Die Zahlen wurden auf das Territorium vor 1871 umgerechnet, d. h. mit einem Zuschlag von 1,8 % für Savoyen und Alpes maritimes bis 1860 und von 3,2 % für Elsaß-Lothringen ab 1871. Die Reihen I wurden jeweils nach offiziellen und offiziellen Angaben v. Verf. geschätzt und berechnet, die Reihen II enthalten die Angaben nach *Toutain, Jean Claude, Le produit de l'agriculture française de 1700 à 1958*, Paris 1962 (1803/12, 1815/24, 1825/34, 1835/44, 1845/54 usw. bis 1895/1904).
- ++ Nutztvieh: 1 Rind = 0,8 GVE, 1 Schaf = 0,08 GVE, 1 Schwein = 0,25 GVE.
- +++ Umrechnungskoeffizienten für Fleisch von 8,6 zu Beginn des Jahrhunderts zurückgehend auf 8,4 GW; Milch 0,7 GW; Wolle 40 GW.
- o In dieser Summe wurden v. Verf. für die bei Toutain nicht ausgewiesene Milchproduktion 4 Mill. t angenommen. Das entspräche schätzungsweise einer Milchleistung von 1 640 l je Kuh und Jahr, 1815/24 von 1 680 l. Das ist im ganzen Jahrhundert nach den offiziellen Daten nie erreicht worden. Umgekehrt besteht aber die Möglichkeit, daß die Milchkuhbestände, die 1862 erstmalig ausgewiesen sind, für den davorliegenden Zeitraum nicht real geschätzt sind: 1862 entspricht der Gesamtkuhbestand 50 % des Rindviehbestandes, vom Kuhbestand wiederum waren 70 % Milchkühe. Für 1812 wurden 46 % des Rindviehbestandes als Kuhbestand und davon ebenfalls 70 % als Milchkühe angenommen.
- oo Censusjahr 1840.
- ooo Censusjahr 1852.
- x Censusjahr 1862.
- xx Nach dem Census von 1862 betrug die Milchproduktion 9,76 Mill. t, eine Angabe, die auch nach dem Census von 1882 als revisionsbedürftig angegeben wurde. Die Daten zeigen, daß die Milchleistung je Kuh irrtümlich auf den Gesamtkuhbestand bezogen worden war. Dementsprechend wurde die Korrektur v. Verf. vorgenommen und die Milchleistung auf 70 % des Kuhbestandes bezogen.

Masse der Bevölkerung, die der Arbeiter und besonders der Bauern in dem fraglichen Zeitraum in Betracht, so erscheint es auch von der Verbrauchsseite her zweifelhaft, ob der stetige Produktionsanstieg je Kopf der Bevölkerung, wie er sich aus den Daten Toutains ergibt, real ist oder ob nicht vielmehr eine im Vergleich zu 1800/10 verminderte Quote bis 1830 der Wirklichkeit näher kommt.

Einiges spricht dafür, daß die Schätzungen unter I für 1896/1900, die auf erhöhtem Schlachtgewicht (um 1,5 Prozent) und erhöhter Schlachtrate (von 64,5 auf 67 Prozent) basieren, überhöht sind. Nähme man beides als zu 1891/95 stagnierend an, so entspräche das mit 1,46 Millionen Tonnen für 1896/1900 der von Toutain für 1895/1904 ermittelten Fleischproduktion.

Die Ursachen der unterschiedlichen Ergebnisse von I und II in der Milch- und Wollproduktion gehen aus den Erläuterungen Toutains ebenso wenig hervor.²² Die höhere Milchgesamtproduktion nach Toutain (Reihe II) bis 1895 kann auch nicht etwa mit Zuschlägen für den Eigenverbrauch der Bauern und die verfütterten Mengen erklärt werden, denn sie müßten sich in dem überprüfbaren Zeitraum merklich verringern. Zwischen 1862 und 1885/94 hat die landwirtschaftliche Bevölkerung absolut um rund 10 Prozent abgenommen, während die Gesamtbevölkerung in diesem Zeitraum um rund 5 Prozent wuchs. Auch eine entsprechende Erhöhung der verfütterten Milchmengen läßt sich aus der dafür in Frage kommenden Er-

22 *Toutain, Jean Claude*, a. a. O., Suppl., S. 23, macht zur Methodik folgende Angaben: Zur Wollproduktion: 1865/74 = 1873/74, 1855/64 = 1862. 1825/54 ist die durchschnittliche Schurleistung je Schaf zwischen 1875 und 1938 zugrunde gelegt. Diese wurde aus den Schafbeständen und der Wollproduktion insgesamt mit etwa 2 kg ermittelt. Diese 2 kg wurden auf die drei vorangegangenen Jahrzehnte extrapoliert, das heißt, mit der Zahl der Schafe multipliziert. Für 1815/24 sei die Wollproduktion extrapoliert "nach dem Anteil, den die Wolle an der gesamten viehwirtschaftlichen Produktion im Verlauf der folgenden Jahrzehnte einnimmt." Hierzu muß jedoch bemerkt werden, daß die Toutainsche einschlägige Tabelle (ebenda, S. 14, Tabelle 80) für 1815/24 keine Wollproduktion ausweist, sondern für 1803/12.

Die Milchproduktion (ebenda, S. 24) sei "nach der gleichen Methode" ermittelt. Es heißt jedoch: durch Interpolieren der Milchleistung je Milchkuh und des prozentualen Anteils der Milchkühe am Rindvieh- oder Gesamtkuhbestand in den offiziell gegebenen Zeiträumen auf die Jahrzehnte von 1815 bis 1854 und 1865 bis 1874. - Diese Methodik weicht von der Ermittlung der Wollproduktion auch insofern ab, als sie 1815/24 nicht nach dem Anteil der Milchproduktion an der viehwirtschaftlichen Produktion ermittelt ist. Die Milchleistung wurde aus den offiziellen Daten ermittelt und auf die zu schätzenden Zeiträume übertragen.

höhung der Viehbestände nicht ableiten. Der für den Kälbermilchverbrauch maßgebliche Kuhbestand wuchs nur um etwa 4 Prozent, der milchverbrauchende Schweinebestand allerdings um knapp 13 Prozent, was jedoch auf GVE umgerechnet zusammen eine Zunahme der Futtermilchverbraucher um knapp 8 Prozent ergibt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Schweine insofern weit weniger ins Gewicht fallen, als sie vorwiegend Magermilch erhalten, die der Produktion nicht zuzurechnen ist. Überdies ist in diesem Zeitraum zweifellos eine gewisse Modernisierung der Fütterungsmethoden erfolgt, die zu verringertem Futtermilchverbrauch führte.

Die bei Toutain für 1885/94 gegebene Milch-Gesamtproduktion liegt aber um 11,5 Prozent über den für diese Jahre gegebenen offiziellen Ausweisen²³ und um 10 Prozent über der der Jahre 1886/95, während diese Differenz 1862 nur 6 Prozent betrug. Ebenso unklar bleibt, weshalb 1895/1904 die Toutainschen Daten gegenüber dem vorangehenden Jahrzehnt einen Rückgang um 7 Prozent aufweisen; die offiziellen Angaben zur Milchproduktion zeigen für den Durchschnitt der Jahre 1895/1902 eine Steigerung um 6 Prozent. 1903 und 1904 wird sie zwar nicht ausgewiesen, was auf einen erheblichen Rückschlag schließen läßt, doch kann er nicht so groß gewesen sein, daß er den Zehnjahresdurchschnitt 1895 - 1904 so stark beeinflußt hätte. Angenommen die Milchproduktion wäre in den Jahren 1903 und 1904 auf die Hälfte des Durchschnitts der Jahre 1895/1902 abgesunken, so betrüge der Rückgang erst etwa 5 Prozent. In diesen beiden Jahren werden aber die Kuhbestände trotz starken Rückgangs gegenüber 1902 (10 Prozent) noch um 5 Prozent höher ausgewiesen als der Durchschnitt der Jahre 1895/1902, so daß ein derartiger Produktionsrückgang statistisch nicht gestützt wird.²⁴

Die Differenzen in der Wollproduktion in den Reihen I und II ergeben sich ganz einfach daraus, daß Toutain offenbar eine gleichbleibende Schurleistung und einen gleichbleibenden Anteil an der viehwirtschaftlichen Gesamtproduktion im Verlauf vieler Jahrzehnte annimmt.

Da die Gesamtentwicklung der französischen Agrarproduktion im 19. Jahrhundert gegenüber den Vergleichsländern in jedem Fall zurückbleibt, dieses Zurückbleiben aber nicht überbewertet werden darf, wird dem Aufbau des französischen Index der Agrarproduktion für die

23 *Annuaire Statistique de la France*, treizième Année 1890, Paris 1890, S. 209; ebenda, Bd. 15, 1892/93/94, Paris 1894, S. 333; *Statistique agricole annuelle* 1901, Paris 1902, S. 128.

24 *Statistique agricole annuelle* 1904, Paris 1906, S. 114; ebenda 1902, Paris 1904, S. 122.

pflanzliche Produktion Tabelle 1 und für die viehwirtschaftliche Produktion Tabelle 2, Reihe I, zugrunde gelegt.

3. Index der Agrarproduktion auf Getreidewert- und Geldbasis

T a b e l l e 3

Die Entwicklung der Agrarproduktion Frankreichs im 19. Jahrhundert
(1800/10 = 100)

Zeitraum	auf Getreidewertbasis			auf Basis fester Preise ⁺		
	pflanzl. Produktion	viehwirt- schaftl. Produkt.	ins- ge- samt	pflanzl. Produktion ++	viehwirt- schaftl. Produkt.	ins- ge- samt
1800/10	100	100	100	100	100	100
1811/20	103	98	101	103	199	101
1821/25	123	101	115	125	106	119
1826/30	128	105	118	135	113	128
1831/35	143	115	132	145	124	138
1836/40	149	127	141	160	137	153
1841/45	165	136	154	169	148	163
1846/50	178	145	165	185	160	177
1851/55	182	154	171	173	172	172
1856/60	200	161	185	202	182	196
1861/65	213	172	198	220	200	214
1866/70	215	179	201	226	213	222
1871/75	232	173	210	246	206	234
1876/80	230	185	213	232	220	228
1881/85	252	195	230	246	236	243
1886/90	242	216	232	232	256	240
1891/95	238	219	230	233	265	242
1896/1900	248	234	243	252	288	264

+ In Preisen von 1900, siehe Anhang, Übersicht B (nach *Statistique Agricole anuelle 1900*, Paris 1901, S. 106).

++ Außer den in Tabelle 1 erfaßten Hauptprodukten sind hier die Sonderkulturen Wein, Kastanien, Tabak, Hopfen, Raps, Hanf- und Lein- faser und -saat sowie Oliven einbezogen.

Die Unterschiede, die sich zwischen der Berechnung auf GW- und auf Preisbasis ergeben, sind in der pflanzlichen Produktion im wesentli- chen auf die Einbeziehung der Sonderkulturen zurückzuführen. Ihre Pro- duktion weist allgemein größere Schwankungen auf als die der Hauptpro- dukte.²⁵ Stark steigender Tendenz bis in den Beginn der siebziger Jah-

25 Von 1846/50 zu 1851/55 wird das am krassesten sichtbar. In diesem Zeitraum betrug der Rückgang bei den Sonderkulturen nahezu 35 Pro- zent, während die Hauptprodukte um nur weniger als ein Prozent ver- mindert sind.

re folgt dann ein steiler Rückgang, so daß Ende der achtziger Jahre nur noch 52 Prozent von 1871/75 erzeugt wurden.²⁶ Daneben spielen aber auch die Verschiebungen bei der pflanzlichen Hauptproduktion eine Rolle, sowohl durch die differenzierte Berechnung der Getreidearten, als auch durch das Verhältnis der übrigen Produkte zum Getreidedurchschnittspreis. Entsprechen Kartoffeln auf GW-Basis 25 Prozent, so auf Preisbasis 40 Prozent des Getreides, bei Rüben ist das Verhältnis 10 Prozent (GW) : 13,3 Prozent (Preis); umgekehrt bei Ackerfutter 50 : 39 und bei Wiesenheu 40 : 33.

Weit mehr noch fallen aber die Bewertungsunterschiede in der viehwirtschaftlichen Produktion ins Gewicht, besonders weil Milch statt mit 70 Prozent (GW) mit 86,5 Prozent (Preis) bewertet wird, während die Wolle nicht das 40fache (GW), sondern nur das 7,3fache (Preis) des Getreides gilt, das heißt weniger als Fleisch, das im Schnitt anstatt das 8,4- bis 8,7fache in der GW-Rechnung auf Preisbasis das 8,7- bis 9fache des Getreides gilt.

Die Schwächen der beiden Methoden zur Vereinheitlichung der Agrarproduktion, die sich schon bei der Analyse der Entwicklung in Deutschland²⁷ zeigten, werden hier insofern noch besonders unterstrichen, als das Verhältnis GW zu Preis von Land zu Land Unterschiede aufweist, so daß für den Ländervergleich auf Preisbasis bei der Vereinheitlichung ein weiteres Problem entsteht. Konjunkturelle Einwirkungen, Ernteausfall und Außenhandelseinflüsse verändern das Preisgefüge. So kann beispielsweise die auf GW bezogene hohe Bewertung des Wiesenheus in Deutschland und seine geringe Bewertung in Frankreich durch Heumangel bzw. Heuüberfluß durch den Ernteausfall eines Jahres oder aber durch strukturelle Unterschiede bestimmt sein. Daraus ergibt sich die Frage, ob für den Ländervergleich anstelle der nationalen Preise auf internationale Verrechnungseinheiten überzugehen ist, wie sie von Clark berechnet wurden.²⁸ Die Entwicklung der Agrarproduktion Frankreichs, wie sie sich in Tabelle 3 darstellt, kann nur auf GW-Basis mit der von Toutain ermittelten verglichen werden, da dieser aus der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion auf der Basis fester Preise Saatgut und Futtermittel ausschaltet. Auf diese Weise ergibt sich in den hundert Jahren nur knapp eine Verdoppelung der Agrarproduktion insgesamt

26 Siehe Anhang, Übersicht B.

27 Siehe Helling, Gertrud, a. a. O., S. 126.

28 Clark, Colin, The Conditions of Economic Progress, London 1957.

(1895/1904 = 199 Prozent gegenüber 1803/12).²⁹ Bei der Darstellung sowohl der pflanzlichen wie auch der viehwirtschaftlichen Produktion wurde auf die großen Unterschiede hingewiesen, die sich vor allem daraus ergeben, daß Toutain die Jahre bis zur ersten Enquête anders beurteilt. Bis zur Jahrhundertmitte, also dem Zeitraum, in dem die Forschung überwiegend auf Schätzung angewiesen ist, schätzte Toutain die Entwicklung der pflanzlichen Produktion geringer, die der tierischen höher, bis zur Jahrhundertwende dagegen umgekehrt die der pflanzlichen höher und die der viehwirtschaftlichen geringer ein als in Tabelle 3 angegeben wird. Auf einige Widersprüche, die sich dabei ergeben und die Toutainschen Annahmen zweifelhaft erscheinen lassen, wurde schon hingewiesen, sowohl von der Fütterungs- wie von der Verbrauchsseite her. Aber eine solche Entwicklung ist auch im Hinblick auf die allgemeine Lage Frankreichs nach 1815 bis zum Heranreifen der Revolutionen von 1830 und 1848 unwahrscheinlich. Hier sei nur an die Ausführungen von Marx darüber erinnert, wie die der Generation von 1789 folgenden Generationen von Bauern durch die mit der zunehmenden Parzellierung steigende Hypothekarverschuldung durch Wucher, Steuern usw. "auf die Stufe des irischen Pächters" herabsanken.³⁰ Gegen Ende des Jahrhunderts erscheint schon im Zusammenhang mit den Krisen der siebziger und neunziger Jahre sehr viel wahrscheinlicher, daß die pflanzliche Produktion eingeschränkt und der vorhandene Überschuß als Viehfutter verwertet wurde, so daß die Produktion der pflanzlichen Erzeugnisse langsamer wuchs als die Viehwirtschaft. Überdies fällt in die zweite Hälfte und besonders in das letzte Viertel des Jahrhunderts durch die Entwicklung der Industrie und die Erweiterung des einheimischen Agrarmarktes eine Zunahme der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung um rund zwei Fünftel und eine absolute Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Auch der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung, der in der Stadt (im Durchschnitt der drei ausgewiesenen Censuszahre 1862, 1882 und 1892) rund das 2,7fache des Fleischverbrauchs der Landbevölkerung betrug³¹, spricht gegen eine Verlangsamung der Entwicklung in der viehwirtschaftlichen Produktion, wie sie bei Toutain ausgewiesen wird. Während nach Toutain die Produktionszunahme in der ersten Hälfte des Jahrhunderts 61 Prozent beträgt, macht sie in der zweiten Hälfte nur 39 Prozent aus.

29 Toutain, Jean Claude, a. a. O., S. 126.

30 Marx, Karl, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 7, Berlin 1960, S. 83/84.

31 Nach *Statistique Agricole de la France. Résultats généraux de l'enquête décennale de 1892*, Paris 1897, S. 340 (Städte ab 10 000 Einwohner).

Die Frage, welche der beiden Einschätzungen als die realere anzusehen ist, verliert bei der Betrachtung der Agrarproduktion insgesamt an Bedeutung. Um 1850 bleibt sie nach Toutain um 6 Prozent (oder 10 Punkte) unter und um 1900 liegt sie um 1 Prozent (oder 3 Punkte) über den Ergebnissen der Tabelle 3.³²

II. Die Entwicklung in den USA

1. Zur Problematik der offiziellen US-amerikanischen Berechnungen

Wie in Frankreich wurde die landwirtschaftliche Produktion in den USA mit dem Census von 1840 erstmalig und dann im Zehnjahresabstand offiziell statistisch erfaßt. Jährliche Angaben in vergleichbaren Reihen für die pflanzlichen Hauptprodukte und die Viehbestände stehen im allgemeinen ab 1867 zur Verfügung.³³ Die Tatsache, daß ein Index der Agrarproduktion offiziell erst ab 1909 ausgewiesen wird, kennzeichnet die Schwierigkeiten einer fundierten Einschätzung. Das gilt verstärkt für die Jahre 1800 bis 1840, für die offizielle Anhaltspunkte im Landesmaßstab lediglich im Beitrag der Landwirtschaft zum Nationaleinkommen gegeben sind.³⁴ Bereinigt mit dem Index der Preise für Farmerzeugnisse ergibt sich daraus zwischen 1799 und 1839 eine Erhöhung des landwirtschaftlichen Einkommens auf 240 Prozent, während die Bevölkerung in diesem Zeitraum auf das 3,2fache stieg. Dieses Zurückbleiben der Agrarproduktion hinter der Bevölkerungsentwicklung ist das einheitliche Ergebnis verschiedener Nationaleinkommensberechnungen, die stets nur in laufenden Preisen gegeben wurden. Mit den offiziell anerkannten, von Warren und Pearson³⁵ aufgestellten Preisindizes bereinigt, führen sie zu folgenden Ergebnissen (siehe Tabelle 4).

Nimmt man auf dieser Bewegung basierend bis 1839/40 eine Steigerung der Agrarproduktion auf das 2,8fache an und schließt daran die Entwicklung des landwirtschaftlichen Nationaleinkommens von 1839 bis 1900 an, wie sie in der neuen Ausgabe der Historical Statistics von

32 Siehe hierzu auch Anhang, Übersicht A.

33 *Historical Statistics of the United States 1789 - 1945*, Washington 1949, S. 101 - 109.

34 Ebenda, S. 14 u. 63. - National Income = Realized Private Production Income.

35 *Historical Statistics of the United States Colonial Times to 1957*, a. a. O., S. 115; Warren, George F./Pearson, Frank A., *Gold and Prices*. New York 1935, S. 30/31.

T a b e l l e 4

Entwicklung des Nationaleinkommens in den USA nach verschiedenen Autoren 1799 - 1800 bis 1839 - 1840 im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung⁺

(1799 - 1800 = 100)

Zeitraum	Insgesamt				Landwirtschaft				Bevölkerung
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	
1799 - 1800	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1809 - 1810	132	113	146	130	132	112	95	130	136
1819 - 1820	143	134	204	140	154	132	132	139	181
1829 - 1830	202	192	318	188	212	207	224	206	243
1839 - 1840	296	336	462	287	273	304	277	265	322

Anmerkungen zu Tabelle 4:

Die einzelnen Reihen wurden nach folgenden Quellen berechnet: Die Reihen I nach *Martin, Robert F.*, National Income in the United States 1799 - 1938, N[ational] I[ndustrial] C[onference] B[oard] Studies, Nr. 241, 1939, in: Trends in the American Economy in the Nineteenth Century (Report of the National Bureau of Economic Research, New York), Princeton 1960, S. 360; die Reihen II nach *Silberling, Norman J.*, The Dynamics of Business, Mc Graw Hill 1943, in: ebenda, S. 360; die Reihen III nach *Trescott, Paul B.*, The United States Government and National Income 1790 - 1860, in: ebenda, S. 360 u. 337 ff.; die Reihen IV nach *Rezneck, Samuel*, Comment, in: ebenda, S. 160 u. 213 ff. - Die in laufenden Preisen gegebenen Daten wurden v. Verf. auf feste Preise umgerechnet: das Nationaleinkommen mit dem offiziellen Index der Preise insgesamt und der Anteile der Landwirtschaft am Nationaleinkommen mit den Preisen für Farmerzeugnisse. Der Anteil der Landwirtschaft ist bei den Reihen IV gegeben, bei den Reihen I bis III nach den Sätzen bei *Rezneck, Samuel*, a. a. O., und in den offiziellen Veröffentlichungen berechnet, die in den angegebenen Jahren in Prozent betragen: 39,6; 34,0; 34,4; 34,8; 34,5. - Der Index der Bevölkerungsentwicklung wurde berechnet nach: *Historical Statistics of the United States Colonial Times to 1957*, Washington 1960, S. 115; USA Census Monograph VI: *Farm population of the United States 1920*, Washington 1926, S. 24.

1960³⁶ preisbereinigt gegeben wird, so wäre die Agrarproduktion in den hundert Jahren in den USA auf dieser Basis knapp auf das 14fache gestiegen und hätte mit der Bevölkerungszunahme nicht ganz Schritt gehalten.

Ein völlig anderes Bild ergibt sich dagegen aus den Berechnungen von Towne und Rasmussen (siehe Tabelle 5).

Hier wird das landwirtschaftliche Gesamtprodukt bis 1840 schon auf das 3,5fache erhöht ermittelt, so daß es am Ende des Jahrhunderts das 17,2fache von 1800 und das Bruttoproduct sogar das 18,7fache erreicht hätte.

Trotz der offiziellen Anerkennung dieser Ergebnisse durch die Übernahme in die Historical Statistics von 1960³⁸ bleiben wesentliche Unsicherheitsfaktoren für den Zeitraum vor 1840 bestehen. Die Schätzungen von Towne und Rasmussen wenden die Produktion je Kopf der Bevölkerung von 1840 gleichbleibend auf die Jahre 1800 bis 1830 an. Das erscheint aber insofern zweifelhaft, als sowohl der sehr starke Rückgang der Preise für Farmerzeugnisse³⁹, wie die außergewöhnliche Steigerung der Ausfuhr 1840 auf ein weit über dem Durchschnitt liegendes Erntejahr schließen lassen (Weizenexport 1840 = 242 Prozent von 1839 und 400 Prozent von 1836/39, Mais = 170 bzw. 177 Prozent)⁴⁰.

Ein wesentlicher Faktor der Ungewißheit sind bei all diesen Geldwertberechnungen die zur Preisbereinigung verwendeten Koeffizienten. Towne und Rasmussen haben die Preisentwicklung jeder Erzeugniskategorie untersucht und sind damit zu erheblichen Abweichungen vom Warren/Pearsonschen Index gekommen.

36 *Historical Statistics of the United States Colonial Times to 1957*, a. a. O., S. 139.

38 *Historical Statistics of the United States Colonial Times to 1957*, a. a. O., S. 284.

39 Warren, George F./Pearson, Frank A., a. a. O., S. 30/31.

40 Bidwell, Percy Wells/Falcomer, John J., *History of Agriculture in the Northern United States 1620 - 1860*, Washington 1925, S. 493
=Publication of the Carnegie Institution of Washington, Nr. 358.

Tabelle 5

Landwirtschaftliches Gesamtprodukt der USA 1800 bis 1900 in festen Preisen³⁷

(in Millionen Dollar von 1910/14)

Gegenstand	1800	1810	1820	1830	1840	1850	1860	1870	1880	1890	1900
1. Viehwirtschaft ⁺	194	260	345	462	651	826	1088	1436	2006	2612	3100
2. Pflanzenbau ⁺⁺	113	155	210	302	452	553	897	1000	1778	1992	2803
3. Insgesamt ⁺⁺⁺	307	415	555	764	1103	1379	1985	2436	3784	4604	5903
4. Viehbestandsveränderung	13	16	22	34	33	42	60	74	68	70	109
5. Wohnzins ^o	23	32	42	56	76	100	141	184	277	316	397
6. Bruttoproduktion ^{oo}	343	463	619	854	1212	1521	2186	2694	4129	4990	6409
7. Kosten ^{ooo}	10	15	24	35	56	79	127	215	359	463	669
8. Gesamtprodukt	333	448	595	819	1156	1442	2059	2479	3770	4527	5740

+ Umfaßt 10 Erzeugnisgruppen.

++ Umfaßt alle pflanzlichen Erzeugnisse unter Abzug von Saatgut und Futter.

+++ Summe von 1. und 2.

o Wert der Wohnung.

oo Ohne Verbesserungen und Hausindustrie.

ooo Ausgaben für Gebäude und Geräteinstandhaltung, für Minereraldüngung und für Pachtzins an nichtlandwirtschaftliche Bodenbesitzer.

T a b e l l e 6

Preisindex für Farmerzeugnisse in den USA

(1910/14 = 100)

	1800	1810	1820	1830	1840	1850	1860	1870	1880	1890	1900
Nach:											
Warren/ Pearson ⁺	99	90	68	58	65	71	77	112	80	71	72
Nach:											
Towne/ Rasmussen ⁺⁺	72	75	55	56	63	61	74	105	80	67	66

+ Warren, George F./Pearson, Frank A., *Gold and Prices*, New York, 1935. - Auf diese Berechnungen stützt sich auch *Historical Statistics of the United States Colonial Times to 1957*, Washington 1960, S. 115.

++ Towne, Marvin W./Rasmussen, Wayne D., *From Gross Product and Gross Investment in the Nineteenth Century*, in: *Trends in the American Economy in the Nineteenth Century* (Report of the National Bureau of Economic Research, New York), Princeton 1960, S. 265.

Die Gegenüberstellung zeigt, welche Gefahren eine Umrechnung der in laufenden Preisen berechneten Produktion auf feste Preise in sich birgt. In einem Kommentar von Danhof⁴¹ zur Arbeit von Towne und Rasmussen wird nicht nur auf die Problematik der Preise hingewiesen, sondern auch auf die Methodik der erforderlichen Schätzungen. Danhof kritisiert die Annahme einer konstanten Pro-Kopf-Produktion und einer gleichbleibenden (Flächen-)Produktivität. Auch Taylor⁴² weist darauf hin, daß in den beiden ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts vor allem in der Landwirtschaft der alten Nordstaaten abnehmende Produktivität festzustellen ist. Er präzisiert dies, indem er günstige Bedingungen bis 1807, gedrückten Lebensstandard bis 1813, Aufschwung bis

41 Danhof, Clarence H., Comment, in: *Trends*, a. a. O., S. 312.

42 Taylor, George Roger, *American Economic Growth before 1840*, in: *The Journal of Economic History*, Dezember 1964, S. 427.

zur Krise 1819/20 feststellt, der in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine Periode nur geringen Wachstums folgte, so daß bis 1830 der Stand von 1799/1806 noch nicht wieder erreicht worden sei. Auch Rezneck⁴³ beschäftigt sich mit den Hemmnissen der Entwicklung in der Landwirtschaft "besonders nach 1820" infolge verminderter Einkünfte der Farmer durch den Rückgang der landwirtschaftlichen Hausindustrie. Außerdem weist er darauf hin, daß der Expansion nach dem Westen, der Neulanderschließung erst auf längere Sicht erhöhte Produktion und Produktivität folgten. Schließlich lassen auch die Ausführungen von Bidwell und Falcomer⁴⁴ darauf schließen, daß die in Tabelle 5 wiedergegebene Entwicklung in der ersten Hälfte des Jahrhunderts zu einseitig von konstanten Produktionszahlen je Kopf der Bevölkerung ausgeht. Dennoch ist die Arbeit von Towne und Rasmussen für alle Versuche, einer realen Einschätzung näher zu kommen, eine überaus wertvolle Hilfe, haben sie doch, im Gegensatz zu allen anderen Autoren, die sich mit der Materie befaßten, die ihren Berechnungen zugrunde gelegten Produktionsmengen veröffentlicht.

Der folgende Versuch, einen mit den westeuropäischen Industriestaaten vergleichbaren Index der Agrarproduktion für die USA aufzubauen, stützt sich in erster Linie auf die offiziellen Angaben zur Produktion, geht bei den erforderlichen Schätzungen von der Entwicklung in der Landwirtschaft aus und kontrolliert sie durch die mutmaßliche Entwicklung des Verbrauchs. Die verschiedenen bisher genannten Einschätzungen müssen dabei stets mit im Auge behalten werden.

2. Die Entwicklung der pflanzlichen Produktion in den USA im 19. Jahrhundert

Nach den Censuserhebungen und den offiziellen Jahresreihen ist die Produktion der pflanzlichen Haupterzeugnisse ab 1840 relativ zuverlässig darzustellen. Die Schätzungen zwischen den Censuserhebungen können an der Preis- und Außenhandelsentwicklung überprüft werden.

Entsprechend der Einschätzung Taylors⁴⁵ und anderer wurde für Getreide im Jahre 1800 dieselbe Produktion je Kopf der Bevölkerung zugrunde gelegt wie 1840, das heißt 820 Kilogramm. Da das Ausmaß des Rückgangs der Pro-Kopf-Produktion nicht überschätzt werden sollte, wurde der

43 Rezneck, Samuel, Comment, in: Trends, a. a. O., S. 213/214.

44 Bidwell, Percy Wells/Falcomer, John J., a. a. O., S. 196 - 198.

45 Taylor, George Roger, a. a. O., S. 437.

Tiefpunkt 1820 mit 800 Kilogramm angenommen und daraus die Entwicklung 1800/10 bis 1836/40 abgeleitet. Eine stärkere Reduktion bis auf 740 Kilogramm würde die GW-Produktion 1800/10 um 330 000 Tonnen oder rund 5 Prozent vermindern und der Index dadurch am Jahrhundertende 1980 statt 1880 erreichen.

Die Schätzung der Kartoffelproduktion basiert auf den Angaben von Bidwell und Falcomer⁴⁶ für die Jahre 1788, 1804, 1826 und 1839, aus denen hervorgeht, daß zu Jahrhundertbeginn wenig mehr als eine Produktion von 3 bushel je Farmerfamilie, wie Ende des 18. Jahrhunderts festgestellt, Gültigkeit haben mochte. Erst in den dreißiger Jahre habe sich in den alten Bundesstaaten des Ostens (Neuengland, New York, Pennsylvanien und New Jersey) die Kartoffel als Viehfutter einzubürgern begonnen. 1840 wurden 6,3 bushel je Kopf der Bevölkerung produziert, das waren rund 170 Kilogramm, während zu Jahrhundertbeginn knapp 10 Kilogramm angenommen werden können.

Die Zuckerrohr- und Rübenproduktion ist aus der ausgewiesenen Zuckerproduktion geschätzt, unter der Annahme einer Ausbeute von 10^o Prozent im Schnitt.⁴⁷ Für die Jahre bis 1850 stehen Angaben nur aus Louisiana, dem Hauptanbaugebiet für Zuckerrohr, zur Verfügung. Die Bewegung dieser Produktion wurde an die Gesamtproduktion von 1850 angekettet.

Die Heuproduktion wird - wie Getreide - offiziell in den Censuserhebungen ab 1840 und seit 1866 laufend ausgewiesen. Die Zeiträume zwischen den Censusjahren wurden ebenso geschätzt. Die Schätzungen für die Jahre 1800 bis 1840 beruhen auf der Entwicklung der Wiesen- und Weideflächen und den Flächenertragsangaben aus einzelnen Gebieten ab 1801. Eine Ausgliederung der Ackerfutter-Heuproduktion ist nicht möglich, dürfte aber auch nicht sehr ins Gewicht fallen (siehe Tabelle 7).

Im Hinblick auf die Bedeutung, die einige Sonderkulturen in der Landwirtschaft der USA haben, wurden neben den vergleichbaren Hauptprodukten und ihrer Entwicklung in GW auch die von Baumwolle, Tabak und Reis und deren Einfluß auf den Index der pflanzlichen Produktion dargestellt. Sie sind vor allem auch deshalb interessant, weil offizielle und offiziöse Daten für den Zeitraum vor 1840 vorliegen, so daß die erforderlichen Schätzungen relativ fundiert sind.

46 Bidwell, Percy Wells/Falcomer, John J., a. a. O., S. 98 u. 375.

47 Ebenda, S. 105; Censusedaten von 1840 und 1850 siehe in *Statistical View of the United States*. Compendium of the Seventh Census, Washington 1854.

Tabelle 7

Die Entwicklung der pflanzlichen Hauptproduktion in den USA im 19. Jahrhundert⁺
(in 1000 t)

Zeitraum	1 Getreide ⁺⁺	2 Kartoffeln	3 Heu	4 Zuckerrohr u. -rüben	1 - 4 zusammen in GW ⁺⁺⁺	5 Baum- wolle ^o	6 Tabak ^{oo}	7 Reis ^{ooo}	1 - 7 zusammen in GW
1800	(4350)	(50)	(2000)	(200)	5183	30	59	40 E	5521
1800/10	(5350)	(60)	(2500)	(190)	6384	30	(60)	(42)	6726
1811/20	(6800)	(75)	(3700)	(190)	8318	50	(67)	(44)	8780
1821/25	(8520)	(350)	(4200)	190	10307	91	(75)	(46)	10996
1826/30	(9880)	(900)	(5300)	400	12265	159	(84)	47 E	13317
1831/35	(11500)	(1500)	(7100)	430	14758	199	(91)	58 E	16039
1836/40	(13280)	2950	10300	510	18189	290	99	37	19924
1841/45	(15920)	2200	(12150)	900	21420	395	(95)	(65)	23698
1846/50	19120	1790	14000	1340	25302	459	91	98	27923
1851/55	(23000)	(2407)	(16550)	2000	30422	637	(143)	(92)	34057
1856/60	27310	3024	19100	1250	35831	784	195	86	40325
1861/65	28300	3100	20000	920	37167	389	(150)	(52)	39539
1866/70	32380	3173	27300	300	44126	568	119	33	47297
1871/75	43790	3860	24000	650	54420	788	(166)	(42)	58817
1876/80	58990	4216	31100	900	72574	1096	213	50	78637
1881/85	66613	5209	41000	1180	84433	1277	235	(54)	91460
1886/90	72656	5345	46900	1380	92890	1575	224	58	101383
1891/95	81327	6303	49100	2420	102785	1750	209	(94)	112152
1896/1900	96166	6720	54100	2780	119764	2200	183	129	131351

Anmerkungen zu Tabelle 7:

- + Zusammengestellt und berechnet nach: *Statistical View of the United States*. Compendium of the Seventh Census, Washington 1854; *Preliminary Report on the Eighth Census 1860*, Washington 1862; *Compendium of the Ninth Census 1870*, Washington 1872; *Report on the Statistics in the United States at the Eleventh Census 1890*, Washington 1895; *Census Reports*, Bd. 6: Twelfth Census of the United States taken in the Year 1900, Washington 1902; *Historical Statistics of the United States 1789 - 1945*, Washington 1949; *Bidwell, Percy Wells/Falcooner, John J.*, History of Agriculture in the Northern United States 1620 - 1860, Washington 1925, S. 375 = Publication of the Carnegie Institution of Washington, Nr. 358; *American Almanac and Treasury of Facts, Statistical, Financial, and Political, for the Year 1899*, Washington 1900, S. 346; *Gray, Lewis Cecil*, History of Agriculture in the Southern States to 1860, Bd. 2, Washington 1958, S. 723 u. 1030 ff.; *Yearbook of Agriculture 1940*, Washington 1940, S. 198. - Die in Klammern gesetzten Zahlen sind Schätzungen d. Verf.
- ++ Umfaßt Weizen, Mais, Gerste und Hafer.
- +++ Getreide = 1,0 GW; Kartoffeln = 0,25; Heu = 0,4; Zuckerrohr und -rüben = 0,1; Baumwolle = 5,0; Tabak = 2,5.
- o Die in Ballen angegebenen Originalzahlen wurden umgerechnet auf der Basis: 1 Ballen = 217,723 kg.
 - oo Bei den Angaben für 1800 handelt es sich um die Zahlen des Jahres 1790; 1836/1840 = 1840; 1846/1850 = 1850; 1856/1860 = 1860; 1866/1870 = 1870; 1876 bis 1895 sind in den Quellen nur einzelne Jahre (3 - 4) gegeben, 1896/1900 = 1896.
 - ooo E = nur Export; 1836/1840 = Censushjahr 1840; 1846/1850 = 1850; 1856/1860 = 1860.

Natürlich bleibt dennoch die Entwicklung der pflanzlichen Produktion, wie sie sich in Tabelle 7 darstellt, mit großen Unsicherheitsfaktoren belastet. Das gilt besonders für den Zeitraum bis 1840, aber auch für die ersten Censushjahre, deren Ergebnisse mit den späteren und den Jahresreihen nicht voll vergleichbar sind. So ist es beispielsweise ungewiß, ob die bei Getreide vorgenommenen Zuschläge entsprechend der Differenz von 1870 (0,6 Prozent) ausreichen. Der Vergleich der Indizes der Entwicklung von Bevölkerung, Produktion und Farmpreisen bis 1840 zeigt folgendes Bild (siehe folgende Tabelle).

Infolge der Zweifelhaftigkeit des Warren-Pearsonschen Preisindex können keine gültigen Schlußfolgerungen gezogen werden; immerhin findet die Produktionsentwicklung (nach Tabelle 7) im Vergleich zur Bevölkerung 1811/20 und ab 1826 durch die Preisentwicklung eine Bestätigung, während 1821/25 und 1836/40 die Preis- der Produktionsentwicklung widerspricht. 1821/25 wird der Produktionsindex aber durch den gleichzeitigen Exportrückgang (Getreide 89 Prozent von 1800/10) gestützt, während 1836/40 der noch weit stärker verminderte Getreide- (auf 64 Prozent), Fleisch- und Butterexport (auf 69 Prozent) zusammen

Zeitraum	Bevölke- rung	Produktion nach Tabelle 7		Preise	
		ohne Sonderkulturen	mit Sonderkulturen	nach Towne und Rasmussen ⁺	der Farm- erzeugnis- se ⁺⁺
1800/10	100	100	100	100	100
1811/20	134	130	132	139	111
1821/25	166	162	163	178	72
1826/30	191	193	198	212	65
1831/35	222	232	238	248	73
1836/40	254	285	296	300	89

+ Towne, Marvin W./Rasmussen, Wayne D., From Gross Product and Gross Investment in the Nineteenth Century, in: Trends in the American Economy in the Nineteenth Century (Report of the National Bureau of Economic Research, New York), Princeton 1960, S. 292 f.

++ Warren, George F./Pearson, Frank A., Gold and Prices, New York 1935.

mit dem Anziehen der Preise den Produktionsindex fragwürdig erscheinen lassen, obwohl der durch den Census von 1840 weit besser fundiert ist als die Schätzungen davor. Dieser scheinbare Widerspruch erklärt sich aber aus der raschen Expansion des inneren Marktes im Ergebnis der Erschließung weiter Gebiete durch den Kanal-, Straßen- und den beginnenden Eisenbahnbau.

Die Problematik der Produktionsentwicklung in den ersten vier Jahrzehnten wird noch dadurch unterstrichen, daß die pflanzliche Produktion in den dreizehn alten Bundesstaaten im Verlauf des Jahrhunderts offenbar sehr stark zurückblieb. Während die Produktion von Getreide, Kartoffeln, Zuckerrohr und -rüben sowie Heu im Gesamtgebiet der USA zwischen 1840 und 1900 auf das 6,6fache anstieg (in GW berechnet), erreichte sie in diesen alten Gebieten nur knapp eine Verdoppelung (192 Prozent). In sechs Bezirken von Massachusetts, den einzigen der USA, für die statistische Daten über die produzierten Mengen vom Beginn des Jahrhunderts verfügbar sind, ist die Getreideproduktion 1870 nur um 1 Prozent höher als 1801, und auch die Heuproduktion wuchs nur um 45 Prozent⁴⁸, während im Landesmaßstab das 13,65fache erreicht wurde. In den dreizehn alten Bundesstaaten wurden aber im Jahre 1840 noch 46

48 Bidwell, Percy Wells/Falcomer, John J., a. a. O., S. 90 u. 105.

Prozent des Getreides, nahezu 68 Prozent des Heus, 66 Prozent der Kartoffeln und rund ein Fünftel des Zuckers des gesamten Landes erzeugt.⁴⁹ Deshalb erscheint im ganzen gesehen die Entwicklung nach Tabelle 7 in dem fragwürdigen Zeitraum zweifellos realer, als sie sich nach den Daten von Towne und Rasmussen ergibt.

3. Die viehwirtschaftliche Produktion

Die Erzeugnisse der Viehwirtschaft wurden erst spät offiziell statistisch erfaßt. Die ersten Versuche einer Ermittlung der Fleischproduktion beschäftigten sich mit den Jahren 1899/1900. Ihre Ergebnisse wurden erst 1907 veröffentlicht.⁵⁰ Auch die Milchproduktion insgesamt wird erstmalig für 1889 ausgewiesen⁵¹; doch sind für Schätzungen gewisse Anhaltspunkte dadurch vorhanden, daß bis 1849 zurück die auf Molkereiprodukte verarbeitete Milch und ab 1869 in Abständen auch die Frischmilchverkäufe ermittelt wurden. Die Wollproduktion ist im Census von 1840 und 1850 und ab 1860 laufend angegeben.⁵²

Obwohl vom Ende des 18. Jahrhunderts an Einzeldaten über Schlachtgewichte, Milchleistung je Kuh und Schurertrag zur Verfügung stehen⁵³, sind die erforderlichen Schätzungen vor allem durch die Mängel der Viehbestandsdaten beeinträchtigt. Während bei der pflanzlichen Produktion die Differenzen zwischen Censuszahlen und offiziellen Jahresreihen meist weniger als 1 Prozent betragen, belaufen sie sich bei den Viehbeständen auf 10, 20 und mehr Prozent, wobei diese Sätze sehr stark wechseln. Um nur ein Beispiel zu nennen: 1870 sind die Censuszahlen der Schweinebestände (Junizählung) um rund 26 Prozent niedriger als der Dezemberausweis der Jahresreihe, im Jahre 1880 sind sie dagegen um 12 Prozent, 1890 um 19 Prozent und 1900 sogar um 23 Prozent höher. Dazu kommen nachträgliche Censuskorrekturen, so beispiels

49 *Statistical View of the United States*, a. a. O.; *Compendium of the Ninth Census 1870*, Washington 1872; *Census Reports*. Twelfth Census of the United States taken in the Year 1900, Washington 1902.

50 Holmes, George K., Meat supply and surplus, in: United States Department of Agriculture, Bureau Statistics-Bulletin Nr. 55, Washinton 1907.

51 *Historical Statistics of the United States Colonial Times to 1957*, a. a. O., S. 293.

52 *Statistical View of the United States*, a. a. O., S. 168; *Historical Statistics of the United States Colonial Times to 1957*, a. a. O., S. 294.

53 Bidwell, Percy Wells/Falcomer, John J., a. a. O., S. 108 - 111.

weise die Erhöhung der im Census 1880 ausgewiesenen Schafbestände um 19 Prozent nach den als Censusbestand gegebenen Zahlen für 1880 in den Historical Statistics.⁵⁴

Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus den Unterschieden in den Erhebungen. Bis 1870 wurde nur das Farmvieh erfaßt, ab 1880 auch das "Range"-Vieh und 1900 kommt das der "Barns" noch hinzu. Es gibt aber keine Anhaltspunkte dafür, in welchem Umfang in den vorangehenden Zeiträumen Viehhaltung auf Ranges und in Barns betrieben wurde.

Die Untersuchung von Holmes⁵⁵ läßt diese Frage völlig außer Betracht. Die für 1840 bis 1900 gegebenen Viehbestände je Kopf der Bevölkerung entsprechen bis 1870 den auf Farmvieh beschränkten Censuszahlen, während 1800 bis 1900 das Rangevieh einbezogen ist. Es kann nicht angenommen werden, daß die Rangeviehhaltung vor 1880 von so geringer Bedeutung war, daß sie außer acht gelassen werden darf. Schon Holmes weist eine vorwiegend sinkende Tendenz der Viehbestände je Kopf der Bevölkerung seit 1840 nach, die sich bei einer Berücksichtigung des Rangeviehs durch Schätzungen noch verstärken müßte.

Im Hinblick auf die Unsicherheitsfaktoren bei einer Angleichung an das Volumen ab 1880 wurde die viehwirtschaftliche Produktion in zwei Reihen ermittelt: erstens nach den ausgewiesenen Beständen und zweitens unter Angleichung der früheren Farmbestandszahlen an die Gesamtbestände ab 1880. Diese beiden Reihen werden einer dritten, wie sie sich aus den Angaben von Towne und Rasmussen ergibt, gegenübergestellt (siehe Tabelle 8).

Die Schätzungen der Reihe I und II basieren auf Viehbestand und -leistung, während die Reihe III bei Fleisch und Milch bis 1840 von konstanten Produktionsquoten je Kopf der Bevölkerung ausgeht. Auffallend ist die sehr abweichende Entwicklung der Wollproduktion nach Reihe III, deren Produktionsdaten von 1840 weit unter den Censuszahlen liegen. Es ist anzunehmen, daß dabei für die Jahre 1800 bis 1830 der Eigenverbrauch der Farmer, der in diesen Jahren durch das ländliche Hausgewerbe noch ins Gewicht fiel, unberücksichtigt blieb, da sie für die National Association of Wool Manufacture, auf deren Angaben sich Towne und Rasmussen stützen, uninteressant war. Auf dieser Basis ergeben sich Schurerträge von 500 Gramm für den Jahrhundertbeginn, die nicht

⁵⁴ *Historical Statistics of the United States Colonial Times to 1957*, a. a. O., S. 293; *Compendium of the Tenth Census*, 1. 6. 1880, T. 1, Washington 1883, S. 833.

⁵⁵ *Holmes, George K.*, a. a. O., S. 47.

Tabelle 8

Die Entwicklung der viehwirtschaftlichen Produktion in den USA im 19. Jahrhundert⁺
(1800 = 100)

Zeitraum	Fleisch			Milch			Wolle			insgesamt ⁺⁺		
	I	II	III	I	II	III	I	II	III	I	II	III
1800	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1810	136	134	135	128	128	137	134	133	123	134	133	135
1820	177	177	178	161	161	185	178	177	133	174	175	177
1830	236	237	240	215	216	248	237	236	168	234	233	236
1840	362	362	342	294	305	326	316	314	338	344	344	338
1850	504	510	421	414	453	450	354	274	495	495	470	425
1860	705	680	550	614	600	610	410	316	570	655	630	560
1870	610	635	720	715	725	674	840	(648)	1530	646	648	730
1867/70	822	630		715	665		1090	845		815	648	
1871/75	955	730		838	780		1100	850		955	755	
1876/80	1100	850		970	900		1100	855		1090	868	
1880			940			1150			2190			1000
1881/85	1320	1030		1420	1320		1410	1085		1380	1090	
1886/90	1450	1110		1880	1740		1840	1420		1610	1270	
1890			1170			1600			2600			1280
1891/95	1490	1150		2000	1870		2160	1660		1680	1330	
1896/1900	1570	1200		2150	2000		1800	1390		1730	1370	
1900	1665	1280	1230	2260	2100	2100			2720			1420

Anmerkungen zu Tabelle 8:

+ Die Reihen I sind jeweils Berechnungen d. Verf. (siehe Anhang) mit nichtangeleglichenen Viehbeständen; die Reihen II sind Berechnungen d. Verf. unter Angleichung der Farmbestandszahlen an die Gesamtbestände ab 1880. Die Reihen III sind angegeben nach *Towne, Marvin W./Rasmussen, Wayne D., From Gross Product and Gross Investment in the Nineteenth Century, in: Trends in the American Economy in the Nineteenth Century (Report of the National Bureau of Economic Research, New York), Princeton 1960, S. 283 - 289 (v. Verf. nach den Mengenangaben berechnet).* - Berechnungsmethode und Quellen siehe Übersicht C im Anhang.

++ Auf der Basis von Getreidewerten vereinheitlicht.

nur unwahrscheinlich sind, sondern auch im Widerspruch zu den von Bidwell und Falcomer gemachten Angaben stehen. Zweifelhaft erscheint in Reihe III auch das Hochschnellen der Fleischproduktion zwischen 1860 und 1870, da dem der Rückgang der Rinder- und Schweinebestände entgegensteht, der sich statistisch zeigt und in den Auswirkungen des Bürgerkrieges seine Begründung findet.

Die Ergebnisse der drei Reihen weichen in der Bewegung zum Teil beträchtlich voneinander ab, doch ergibt die Zusammenfassung für den Zeitraum bis 1840, der am stärksten auf Schätzungen beruht, relativ einheitlich eine Produktionserhöhung auf das 3,4fache. Zum Ende des Jahrhunderts zeigen die Reihen II und III ebenfalls Übereinstimmung. Im Verlauf des Jahrhunderts ergibt sich daraus eine Steigerung der viehwirtschaftlichen Produktion auf das 13,7- bis 13,9fache, was der Bevölkerungsentwicklung entspricht. Demgegenüber wäre nach Reihe I die Produktion auf mehr als das 17fache gestiegen. Diese Entwicklung ist insofern unwahrscheinlich, als sie sich auf ein Produktionsniveau zu Jahrhundertbeginn stützt, das eine Pro-Kopf-Erzeugung bedeutet, die zwar die europäische weit übersteigt, die aber für amerikanische Verhältnisse kaum real sein dürfte. So wären an Fleisch je Kopf der Bevölkerung 1840 bis 1860 um 15 Prozent weniger produziert worden, als die Verbrauchsschätzungen annehmen, und zu Jahrhundertbeginn hätte die Produktion um weitere 12,5 Prozent niedriger gelegen und nicht einmal zwei Drittel des für 1840 geschätzten Verbrauchs betragen. Die Milchproduktion je Kopf hätte 1840 und 1850 nicht einmal der Menge entsprochen, die für die Herstellung der Butterverbrauchsquote erforderlich war und 1800 hätte sie noch darunter gelegen. Zu Jahrhundertbeginn wurden außerdem sehr viel größere Mengen an Fleisch und Molkereiprodukten je Kopf der Bevölkerung exportiert als 1840 (Fleisch 1800 rund 2,5 Kilogramm, während sich 1840 nur 0,68 Kilogramm ergeben).⁵⁶ Schließlich spricht auch die Übereinstimmung der Reihen II und III zu Jahrhundertbeginn dafür, daß die Daten der Reihe II der Wirklichkeit nahekommen. Die sich aus den angeglichenen Viehbeständen und Schlachtgewichten ergebende Fleischproduktion je Kopf entspricht der von Towne und Rasmussen ermittelten.

⁵⁶ Bidwell, Percy Wells/Falcomer, John J., a. a. O., S. 494; USA Census Monograph, Bd. 6: Farm Population of the United States 1920, Washington 1926.

Für die Einschätzung der Entwicklung der gesamten Agrarproduktion wird deshalb die viehwirtschaftliche Produktion der Reihe II herangezogen.

4. Index der Agrarproduktion auf Getreidewert- und Geldbasis

T a b e l l e 9

Die Entwicklung der Agrarproduktion der USA im 19. Jahrhundert⁺
(1800/10 = 100)

Zeitraum	Produktion auf GW-Basis			Produktion auf Basis fester Preise		
	pflanzl.	viehwirt- schaftl.	ins- gesamt	pflanzl.	viehwirt- schaftl.	ins- gesamt
1800/10	100	100	100	100	100	100
1811/20	132	132	132	132	132	132
1821/25	163	163	163	167	162	165
1826/30	198	188	193	212	187	202
1831/35	238	224	231	262	223	245
1836/40	296	272	284	343	270	311
1841/45	352	324	338	403	324	368
1846/50	415	378	396	460	384	426
1851/55	505	440	472	570	448	520
1856/60	600	506	551	678	515	608
1861/65	587	545	565	625	565	603
1866/70	705	554	628	772	556	678
1871/75	875	650	760	974	655	835
1876/80	1170	745	955	1190	745	995
1881/85	1360	942	1142	1460	960	1240
1886/90	1510	1095	1297	1630	1140	1410
1891/95	1670	1145	1400	1800	1200	1540
1896/1900	1960	1180	1556	2100	1260	1730

⁺ Berechnet nach Tabelle 7 und den Übersichten C und D des Anhangs; die viehwirtschaftliche Produktion wurde bis 1867 für den 10- und 5-Jahresdurchschnitt aus den angrenzenden Jahren geschätzt.

Die Problematik einer Vereinheitlichung der Produktion durch Umrechnung auf GW oder feste Preise tritt hier erneut zutage. In der pflanzlichen Produktion sind, in Geldwert auf Getreide bezogen, Kartoffeln und Heu, vor allem aber Baumwolle, Tabak und Reis, bedeutend höher bewertet als in GW, so daß die im Vergleich zum Getreide sehr viel größere Produktionssteigerung besonders der Baumwolle und der Kartof-

feln stärker zum Ausdruck gebracht wird. Während die Bewertung in Geld bei Baumwolle zweifellos realer ist als in GW, ist es bei der Kartoffel umgekehrt.

In der viehwirtschaftlichen Produktion ist der Geldwert auf Getreide bezogen bei Rind- und Hammelfleisch um 41,5 bzw. 49 Prozent geringer als der GW, der Geldwert der Milch dagegen um 79 Prozent höher, während Wolle absolut gleich und Schweinefleisch in Geld geringfügig (2,5 Prozent) höher bewertet ist.

III. Der Vergleich der Indizes der Agrarproduktion in Frankreich, den USA und Deutschland

Wird im Hinblick auf die Vorzüge und Mängel der beiden Methoden zur Vereinheitlichung der Produktion in GW oder festen Preisen der arithmetische Durchschnitt der beiden Indexreihen genommen, so ergibt sich in Frankreich in den betrachteten hundert Jahren eine Steigerung der Agrarproduktion auf das 2,5fache, in Deutschland nahezu auf das 3,5fache. Dieses Ergebnis erscheint aber unglaublich sowohl im Hinblick auf die Naturbedingungen wie auch auf die politischen Verhältnisse in den beiden Ländern. Frankreich verfügt über klimatisch günstigere Verhältnisse und in weiten Bereichen über bessere natürliche Bodenqualitäten als Deutschland. Die Jahresdurchschnittstemperatur betrug im Durchschnitt der Jahre 1893 bis 1896, dem ersten Zeitraum, für den vergleichbare Angaben vorliegen, in Frankreich $10,3^{\circ}$, in Deutschland $8,3^{\circ}$ (C).⁵⁷

Für den Vergleich der Bodenqualität sind lediglich durch die Erfassung für Steuerzwecke in Bonitäts- und Grundsteuerreinertragsklassen gewisse Anhaltspunkte gegeben. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß der jeweilige Kulturzustand der Böden einbezogen ist, es sich also keineswegs um die ursprüngliche natürliche physikalisch-geologische Beschaffenheit handelt. Deshalb ist die Vergleichbarkeit durch die unterschiedlichen Erhebungszeiträume und die Einschätzung überdies durch die stark voneinander abweichenden Klassifizierungssysteme gestört. Obwohl die Ergebnisse infolgedessen nur als ganz grobe Schätzungen angesehen werden können, zeigen sie doch zweifellos die

⁵⁷ *Annuaire Statistique de la France*, 1897, Paris 1897, S. 1.

günstigere Lage Frankreichs. Bei einer Zusammenfassung in drei Gruppen ergeben sich folgende Anteile in Prozent⁵⁸:

Land	Art der Böden		
	gute	mittlere	schlechte
Frankreich (1882)	(Klasse 1 - 2) 39	(Klasse 3) 25	(Klasse 4 - 5) 36
Preußen (1866)	(Klasse 1 - 3) 14	(Klasse 4 - 5) 42	(Klasse 6 - 8) 44
Bayern (1866)	(Klasse 10 und darüber) 30	(Klasse 6 - 9) 48	(Klasse 1 - 6) 22

Im Jahre 1879 wurde in Preußen eine Untersuchung angestellt, die lediglich in gute und schlechte Böden gliederte und zu dem Verhältnis 46,5 : 53,5 Prozent kam, während in Frankreich der Vergleichssatz 1882 (bei Halbierung der Mittelklasse 3) 51,5 : 48,5 Prozent ergibt.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse waren in Frankreich weiter entwickelt. Die Revolution von 1789 hatte dem Kapitalismus in der Landwirtschaft einen breiteren Weg gebahnt, als er ihn in Deutschland fand. Es liegt nicht im Rahmen dieser statistischen Untersuchung, die Ursachen dieser unterschiedlichen Produktionsentwicklung in der Landwirtschaft Deutschlands und Frankreichs zu analysieren. Hinzuweisen ist hier lediglich auf den relativ hohen Stand, den die französische Landwirtschaft Ende des 18. Jahrhunderts erreicht hatte und darauf, daß die napoleonischen Kriege in den Jahren 1800 bis 1810 Frankreich weniger beeinträchtigten als Deutschland. Dadurch weisen die Basisjahre des Indexes in Frankreich einen relativ hohen Stand der Produktion auf, während er in Deutschland als besonders niedrig angenommen werden muß.

Es darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß der Kapitalismus, der sich im Ergebnis der Revolution in Frankreich sehr viel rascher entwickelte als in Deutschland, durch die ihm innewohnenden Widersprüche die landwirtschaftliche Entwicklung hemmte. Die feudalen und halbfeudalen Formen landwirtschaftlicher Großproduktion des 18. Jahrhunderts waren zerschlagen. Aber die Herausbildung kapitalistischer Großproduktion wurde durch den Kapitalismus selbst in starkem Maße

⁵⁸ *Statistique Agricole de la France*, 1892, a. a. O., S. 240; *Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus*, 6. Jg. 1866, S. 181 f.; 19. Jg. 1879, S. 246; *Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern*, 15/1866, S. 34/35.

gehemmt. Die Revolution hatte den Bauern den Boden gegeben, aber die kapitalistischen Grundrentenbeziehungen, Steuern und andere Lasten nahmen ihnen die Mittel und Möglichkeiten zur erweiterten Reproduktion. Dadurch wurde die Konzentration zur Großproduktion, die dem Kapitalismus gesetzmäßig eigen ist, von diesem selbst in der Landwirtschaft ganz ungemein gebremst. Demgegenüber blieb in Deutschland im Rahmen der sogenannten Bauernbefreiung nicht nur die halbfeudale Großproduktion weitgehend erhalten, sondern auch ihr Übergang zur kapitalistischen Großproduktion wurde erleichtert und erhielt durch die Ablösungszahlungen, die zum Kapital für die Modernisierung der Bewirtschaftung wurden, bedeutenden Anreiz. Schließlich war die Entwicklung der französischen Landwirtschaft im Verlauf des 19. Jahrhunderts auch durch die zunehmende Konkurrenz aus dem Kolonialbesitz beeinträchtigt, während die deutsche Landwirtschaft keine Kolonialkonkurrenz hatte.

Im Index der Agrarproduktion der USA wird eindrucksvoll sichtbar, welchen Einfluß die überseeische Agrarproduktion zunehmend auf die der europäischen Länder ausüben mußte. Das Kapital, das stets die Anlagensphären seiner höchsten Verwertung sucht, strömte nicht nur in die Industrie, sondern auch in die überseeische Landwirtschaft und trug so zur Schaffung jener Konkurrenz bei, die die europäische Landwirtschaft zum Kampf zwang (siehe Tabelle 10).

In allen drei Ländern übertraf die Zunahme der Agrarproduktion insgesamt das Bevölkerungswachstum beträchtlich. Sie blieb in den beiden europäischen nur bis 1820 und in den USA bis 1825 zurück. In den zwanziger Jahren übertrifft in Frankreich und Deutschland die pflanzliche Produktion die Bevölkerungszunahme, was in der Überproduktionskrise dieses Zeitraums seinen Ausdruck fand, während die viehwirtschaftliche Produktion damals noch nicht Schritt hielt und erst in den dreißiger Jahren in den drei Ländern das Bevölkerungswachstum zu übersteigen beginnt. Die Tendenz der stärkeren Entwicklung der Viehwirtschaft beginnt zuerst in Deutschland; dort übertrifft ihre Produktionszunahme schon zu Beginn der vierziger Jahre die des Pflanzenbaus, während in Frankreich die gleiche Tendenz erst in den neunziger Jahren sichtbar wird. In den USA entwickelt sich die Viehwirtschaft im ganzen Jahrhundert langsamer als die pflanzliche Produktion und bleibt von Mitte der sechziger bis Ende der siebziger Jahre sogar hinter dem Bevölkerungsanstieg zurück.

Auffallend ist in den drei Ländern die stärkere Entwicklung der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion in der ersten Hälfte des Jahrhun-

Tabelle 10

Die Entwicklung der Agrarproduktion⁺ in Deutschland, Frankreich und den USA im 19. Jahrhundert
(1800/10 = 100)

Zeitraum	Pflanzliche Produktion			Viehwirtschaftl. Produktion			Agrarproduktion insgesamt			Bevölkerung		
	Deutsch-land	Frank-reich	USA	Deutsch-land	Frank-reich	USA	Deutsch-land	Frank-reich	USA	Deutsch-land	Frank-reich	USA
1800/10	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1811/20	108	103	132	98	100	132	103	101	132	106	105	134
1821/25	129	124	165	107	104	163	122	117	164	112	110	167
1826/30	136	132	205	117	108	188	130	123	198	118	113	192
1831/35	153	144	250	150	120	224	152	135	238	124	116	222
1836/40	168	155	320	164	132	271	167	147	298	128	117	256
1841/45	182	167	378	185	142	324	183	159	353	134	120	297
1846/50	196	182	438	202	153	381	198	171	411	138	123	346
1851/55	192	178	538	211	163	444	198	172	496	144	125	404
1856/60	209	201	639	235	171	511	217	191	580	148	127	468
1861/65	244	217	606	254	186	555	247	206	584	154	129	530
1866/70	243	220	739	278	196	555	258	212	653	160	132	588
1871/75	266	239	925	291	190	653	274	222	798	168	134	665
1876/80	261	231	1180	311	203	745	272	221	975	177	136	760
1881/85	251	249	1410	328	216	951	275	237	1191	185	137	856
1886/90	258	237	1570	369	236	1118	292	236	1357	193	138	956
1891/95	268	236	1735	405	242	1173	312	236	1469	202	139	1055
1896/1900	299	250	2030	448	261	1220	345	254	1645	216	140	1160

+ Mittelwerte aus den auf GW- und Preisbasis berechneten Indizes.

derts und die beträchtlichen Schwankungen im Produktionszuwachs von Jahrfünft zu Jahrfünft. Die bedeutendsten Rückschläge (jeweils zum vorangegangenen Jahrfünft) finden sich in Deutschland und Frankreich 1826/30, 1851/55, 1866/70 und am stärksten 1876/80, ein Jahrfünft mit absolutem Rückgang. Wenn die Bewegungen in dieser rein statistischen Untersuchung auch nicht gründlich analysiert werden können, so deuten doch allein die Zeiträume der Rückschläge die zyklischen Einflüsse an: zu Beginn der zwanziger Jahre die Getreidekrise, 1847/48 und 1857 die Industriekrisen und schließlich die erste große Agrarkrise im Zusammenhang mit den Industriekrisen von 1866 und 1873. In Deutschland wird in der geringen Zunahme der Agrarproduktion 1881/85⁵⁹ und 1891/95 (jeweils zum vorhergehenden Jahrfünft) ein Zusammenhang mit den Industriekrisen von 1882 und 1890 sichtbar. Die französische Agrarproduktion dagegen zeigt 1881/85 einen beträchtlichen Aufschwung. In Deutschland wird er erst 1886/90 sichtbar, als in Frankreich bereits die bis Mitte der neunziger Jahre anhaltende Stagnation einsetzte.

Bei dem Gesamtbestand der Produktion in der Landwirtschaft der USA sind die Bewegungen weniger ausgeprägt, doch zeigt sich deutlich ein verlangsamter Produktionszuwachs 1841/45 und 1846/50 und nach dem Rückschlag in den Bürgerkriegsjahren und dem folgenden steilen Aufschwung bis Mitte der achtziger Jahre eine abermalige deutliche Verlangsamung bis zur Mitte der neunziger Jahre. Nicht minder interessant sind die Zeiträume des größten Produktionszuwachses: in Deutschland 1821/25, 1831/35, 1856/60 und vor allem 1861/65 und 1896/1900; in Frankreich 1821/25, 1856/60 und 1896/1900; in den USA 1851/55, 1871/75 und 1896/1900.

Die Entwicklung der Produktivität in der Landwirtschaft in den drei Ländern

Bei der Untersuchung der Verhältnisse in Deutschland⁵⁹ wurde schon darauf hingewiesen, daß die Produktivität in der Landwirtschaft nicht einfach der Produktion je Arbeitskraft gleichgesetzt werden kann. Aber selbst auf einer solchen Basis stößt die Konstruktion eines Index auf erhebliche Schwierigkeiten nicht nur bei der Untersuchung Deutschlands,

⁵⁹ *Helling, Gertrud*, Zur Entwicklung der Produktivität in der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsge-schichte 1966, T. 1, S. 136.

sondern auch bei der der beiden Länder, die hier zum Vergleich herangezogen werden. Außer den Schwierigkeiten einer Ermittlung der Arbeitskräfte in Deutschland ergeben sich weitere Unsicherheitsfaktoren vor allem aus der unterschiedlichen Einbeziehung der mithelfenden Familienangehörigen in den drei Ländern. In den USA sind fast nur männliche Arbeitskräfte der Landwirtschaft erfaßt, in Frankreich und Deutschland jedoch auch die mithelfenden weiblichen Familienangehörigen einbezogen. Infolgedessen ist das Produktionsvolumen je Arbeitskraft der USA nicht mit dem in Frankreich und Deutschland vergleichbar. Da es aber hier auf den Vergleich der über die Bewegung der Produktion je Arbeitskraft errechneten Indizes ankommt, wurde von einer Arbeitskräfteangleichung abgesehen, da sie nur neue Fehlerquellen mit sich bringt (siehe Tabelle 11).

Nach diesen Berechnungen liegt Deutschland in der Steigerung der Produktion je Arbeitskraft auf GW-Basis an der Spitze, auf Geldebasis ergibt sich jedoch - insgesamt gesehen - ein Zurückbleiben hinter der französischen Landwirtschaft. Da in der letzteren Berechnung die Sonderkulturen miterfaßt sind, dürfte dieses Ergebnis der Wirklichkeit näherkommen. Im Verlauf des Jahrhunderts zeigt sich ein sehr wechselndes Bild im Verhältnis zwischen den beiden Ländern in der Produktivitätsentwicklung. Auch der Vergleich der Entwicklung der Produktion je Flächen- und Vieheinheit läßt keine eindeutige Überlegenheit der Landwirtschaft des einen oder anderen Landes erkennen. Die Getreideerträge stiegen in beiden Ländern im Verlauf des Jahrhunderts um etwa zwei Drittel, während die Kartoffelerträge nur in Frankreich eine ähnliche Entwicklung zeigten, in Deutschland aber am Ende des Jahrhunderts - nach beträchtlichem Absinken - nur den Stand des Jahrhundertbeginns wieder erreichten. In der Viehwirtschaft ist die stärkere Produktivitätssteigerung in Deutschland eindeutig, das Schlachtgewicht hat sich weit mehr als verdoppelt, die Milchleistung stieg nahezu auf das 2,5-fache und der Schurertrag um rund 60 Prozent. Demgegenüber können in Frankreich beim Schlachtgewicht höchstens 50 Prozent und bei der Milchleistung 20 Prozent Steigerung angenommen werden, während der Schurertrag stagnierte.

In den USA blieb die landwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung im 19. Jahrhundert noch beträchtlich hinter der der beiden europäischen Länder zurück. Das zeigt die Produktion je Arbeitskraft, wie sie sich in Tabelle 11 darstellt, und dürfte sich in der Ertragsentwicklung je Flächeneinheit bestätigen. Die Produktion je Vieheinheit stieg bei

Die Entwicklung der Agrarproduktion je Arbeitskraft⁺ im 19. Jahrhundert in Deutschland⁺⁺, Frankreich und den USA
(1800/10 = 100)

Zeitraum	auf GW-Basis			auf Basis fester Preise (Landeswährung)		
	Deutsch- land	Frank- reich	USA	Deutsch- land	Frank- reich	USA
1800/10	100	100	100	100	100	100
1811/20	104	101	101	101	102	101
1821/25	116	107	102	107	111	102
1826/30	120	111	107	119	119	108
1831/35	139	123	108	133	128	114
1836/40	144	130	116	140	140	125
1841/45	150	142	118	146	149	127
1846/50	165	151	120	160	162	130
1851/55	168	159	126	162	160	139
1856/60	191	180	131	185	192	144
1861/65	223	200	124	217	217	132
1866/70	252	209	131	242	230	142
1871/75	257	224	146	248	250	161
1876/80	270	226	165	230	242	170
1881/85	262	244	181	222	258	195
1886/90	284	250	190	244	260	207
1891/95	306	254	193	266	268	212
1896/1900	302	280	205	260	304	228

+ Siehe Anhang, Übersicht E.

++ Zur Entwicklung in Deutschland vgl. *Helling, Gertrud*, Zur Entwicklung der Produktivität in der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966*, T. 1, S. 134, 136 u. 140.

Die Entwicklung der Flächen- und Viehproduktivität in Deutschland, Frankreich und den USA[†]

	Deutschland		Frankreich		USA	
	1800/10	1896/1900	1800/10	1896/1900	1800/10	1896/1900
Getreide dz/ha	7,8	12,9	7,4	12,3	11,7 ^{††}	11,5
Kartoffeln dz/ha	115,5	116,8	48,4	78,8	49,5 ^{†††}	49
Schlachtgewicht Rind kg	164	394	194	281	177	294
Milchleistung kg	900	2200	1250	1510	875	1796
Schurertrag kg	1,1	1,8	2,0	1,95	1,13	2,93

[†] Infolge der unterschiedlichen Erhebungsmethoden sind die Länderergebnisse nur in ihrer Bewegung, nicht aber absolut vergleichbar. Beispielsweise liegt der Getreideertrag in Deutschland nach der 1892/93 veränderten Erhebungsmethode um 22 Prozent höher und läge dann mit 9,5 bzw. 15,8 dz/ha bedeutend höher als in Frankreich.

^{††} Geschätzt durch Übertragung der Ertragsbewegung bei Weizen und Mais zwischen 1800 und 1900 auf den Getreide-Durchschnittsertrag (Weizen, Mais, Gerste, Hafer) von 1896/1900; ohne Mais ergeben sich 1896/1900 = 9 dz.

^{†††} Die Zahl gilt für 1866/70, für die vorangegangenen Zeiträume war keine Schätzung möglich.

Fleisch in den betrachteten hundert Jahren um etwa 30 Prozent, während die Milchleistung als verdoppelt und der Schurertrag auf das 2,6fache erhöht angenommen werden kann.

Trotz aller Unsicherheitsfaktoren und Fehlermöglichkeiten, die bei der Einschätzung der einzelnen Faktoren in den drei Ländern besonders zu Jahrhundertbeginn sehr groß sind und die bei der Produktivitätsanalyse durch die notwendigen Schätzungen der Arbeitskräftezahlen noch vermehrt werden, lassen gewisse Merkmale, die im Ländervergleich sichtbar werden, darauf schließen, daß die Gesamttendenzen gültig zum Ausdruck gebracht werden. Denn ähnlich wie in den Indizes der Agrarproduktion (Tabelle 10) der Vergleich die Zusammenhänge zwischen Produktionszunahme und Zyklus deutlich macht, ergeben sich auch in der Entwicklung der Produktion je Arbeitskraft analoge Erscheinungen. In der entsprechenden Untersuchung für Deutschland⁶⁰ wurde schon auf das Absinken der Produktionsleistung je Arbeitskraft Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre hingewiesen und auf das verlangsamte Wachstumstempo in gewissen Abschnitten des vormonopolistischen Zeitraums, das den engen Zusammenhang zwischen landwirtschaftlicher Produktionsentwicklung und Krisenzyklus sichtbar macht.

Dieselbe Erscheinung ergibt sich in Frankreich, wenn auch etwas abgeschwächt: deutlich vermindertes Produktivitätswachstum 1826/30, 1846/55, nach 1856/60 bis 1876/80 und nach 1881/85 bis 1891/95. Und selbst in den USA ist diese Bewegung festzustellen, besonders eindeutig in den Jahren zwischen 1876/80 und 1891/95. Interessant sind auch die Unterschiede dieser Bewegung auf GW- und Geldbasis. Während sich in Frankreich bei der Hauptproduktion auf GW-Basis nur ein verlangsamtes Wachstumstempo zeigt, ergeben sich unter Einbeziehung der Sonderkulturen auf Geldbasis 1851/55 und 1876/80 jeweils gegenüber dem vorangegangenen Jahrfünft absolute Rückgänge. In den drei Ländern zeigt sich auch deutlich der steile Anstieg, der dem Rückschlag vorausgeht; der Vorgang ist der gleiche: die verlangsamte Aufnahmefähigkeit an Arbeitskräften in der Industrie, die den relativen Überbesatz mit Arbeitskräften in der Landwirtschaft in der Krisenphase des Industriezyklus bewirkt und die rasche Abnahme der landwirtschaftlichen Überbevölkerung in der Phase des Aufschwungs.

⁶⁰ Ebenda, S. 135.

Der Vergleich der Indizes der Agrarproduktion und der Produktion je Arbeitskraft in den drei Ländern spiegelt die gewaltigen Veränderungen wider, die sich in der Struktur der Weltwirtschaft und speziell der Welt-Landwirtschaft im 19. Jahrhundert vollzogen. Die Expansion der Produktion in Übersee war bekanntlich nicht auf die USA beschränkt, sondern vollzog sich ähnlich in Kanada, Australien und anderen Gebieten. Gleichzeitig verzeichnen die beiden Industriestaaten in der alten Welt nicht nur eine Steigerung der Agrarproduktion, die das Bevölkerungswachstum recht bedeutend übertrifft, sondern auch eine Produktivitätszunahme, in der sich schon die großen Veränderungen der Gegenwart abhahnen.

Übersichtstabelle A

Agrarproduktion Frankreichs im 19. Jahrhundert (nach Angaben von Toutain)⁺

(in Mill. t)

Zeitraum	pflanzliche Hauptprodukte				insgesamt		viehwirtschaftl. Produktion		pflanzl. u. viehwirtschaftl. Produktion	
	Getreide	Kartoffeln	Rüben	Heu	in GW ⁺⁺	Index	insgesamt	Index	zusammen	Index
							GW		GW	
1803/12	9,45	1,50			15,40	100	8,70	100	24,1	100
1815/24	10,40	2,53			16,00	104				
1825/34	11,63	4,22			17,79	115	10,67	123	28,5	118
1835/44	13,14	6,33			20,98	136	12,39	142	33,4	139
1845/54	14,66	4,98	5,0	17,8	23,88	148	14,00	161	38,0	157
1855/64	15,85	6,88	5,2	26,8	29,34	190	15,68	180	45,0	187
1865/74	16,00	8,03	9,0	31,3	32,06	208	16,24	186	48,3	200
1875/84	16,18	9,30	12,8	36,0	34,91	226	17,52	200	52,4	217
1885/94	16,01	11,80	14,3	40,8	37,53	244	19,72	226	57,3	238
1895/1904	17,21	10,62	25,0	41,8	39,92	259	29,57	224	59,5	246

⁺ Toutain, Jean Claude, Le produit de l'agriculture française de 1700 à 1958, Paris 1962, S. 13 f.
⁺⁺ 1803/12 bis 1835/44 wurde die Rüben- und Heuproduktion aus der Bewegung der von Toutain für 1803/12 natural addierten Produktion von Rüben, Heu und Stroh zu derselben Addition für 1845/54 ergänzt. Diese Bewegung wurde auf den sich 1845/54 aus Rüben und Heu ergebenden Getreidewert übertragen. Dabei stand für 1815/24 und 1825/34 nur die Bewegung der Strohproduktion zur Verfügung. Die Umrechnung von Heu auf GW erfolgte zu 42 % entsprechend dem Verhältnis von Ackerfutter- und Wiesenheu 1851/55.

Übersichtstabelle B

Die Sonderkulturen und die pflanzliche und viehwirtschaftliche Hauptproduktion Frankreichs in Preisen 18 von 1900⁺

Zeitraum	in 1000 frs								
	Wein	Tabak	Kastanien	Hopfen	Raps	Hanf- faser	Lein- faser	Hanf- und Leinsaat	Oliven
1800/10	360000	7120	16000						
1811/20	368550	7102	15760						
1821/25	450000	8882	19656						
1826/30	557514	10075	11656						
1831/35	476928	10894	20032						
1836/40	662097	8286	27832	1128	43301	66150	27291	34160	26370
1841/45	522000	9719	20680	1067	43700	65072	29600	32200	25200
1846/50	727400	9888	30248	1016	45600	63994	33300	30240	26100
1851/55	418050	12024	29600	965	38000	62887	24901	21112	22500
1856/60	648252	18379	30400	914	53200	59584	37000	28840	25480
1861/65	856098	22918	55816	842	60895	56281	38709	26368	24300
1866/70	1006560	17800	57600	2921	55100	55272	34780	20720	28440
1871/75	1073124	12905	60584	6050	49400	54292	31080	15140	26244
1876/80	758358	12674	52008	5279	41667	53390	27329	15490	24840
1881/85	686322	16741	47280	5278	23218	45119	28949	11816	20367
1886/90	496278	19758	47360	4875	22059	40229	19462	10550	29394
1891/95	635796	20203	37760	4008	16207	27469	15281	8456	21132
1896/1900	935712	21271	29440	4544	15675	21932	12528	5732	20268
Preise von 1900 in frs je Einheit	18 hl	89 dz	8 hl ⁰⁰⁰	127 dz	19 hl	98 dz	74 dz	28 dz	18 dz ^x

Zeitraum	in Mill. frs Sonderkulturen insgesamt		pflanzl. Hauptpro- dukte ^o	pflanzl. Produkte insgesamt	viehwirtschaftl. Produkte insgesamt ^{oo}	Agrarprodukte insgesamt
	I ⁺⁺	II ⁺⁺⁺				
1800/10	494	502	2458	2960	1310	4270
1811/20	502	511	2531	3042	1301	4343
1821/25	615	626	3082	3708	1388	5096
1826/30	743	756	3228	3984	1481	5465
1831/35	649	662	3628	4290	1620	5910
1836/40	896,6	912	3846	4758	1790	6548
1841/45	749,2	762	4260	5022	1940	6962
1846/50	967,8	984	4512	5496	2100	7596
1851/55	630,0	641	4496	5137	2250	7387
1856/60	902,0	917	5084	6001	2389	8390
1861/65	1142,2	1142	5366	6508	2621	9129
1866/70	1279,2	1279	5418	6697	2786	9483
1871/75	1328,8	1369	5937	7306	2704	10010
1876/80	991,0	1021	5845	6866	2890	9756
1881/85	885,0	912	6383	7294	3096	10390
1886/90	690,0	711	6148	6859	3364	10223
1891/95	786,3	810	6077	6887	3468	10355
1896/1900	1067,1	1099	6376	7475	3780	11255

+ Nach *Statistique Agricole annuelle 1900*, Paris 1901, S. 106.

++ Nach der ausgewiesenen Produktion; 1800/10 bis 1831/35 wurde die Bewegung von Wein, Tabak und Kastanien auf die Gesamtsumme von 1836/40 übertragen.

+++ Territorial angeglichen.

o Berechnet nach den originalen Ernteausweisen, d. h. Getreide und Kartoffeln in hl; Weizen 14,5 frs, Menggetreide 13,0 frs, Roggen 10,4 frs, Gerste 10,6 frs, Buchweizen 10,9 frs, Mais und Hirse 11,2 frs, Hafer 8,3 frs, Kartoffeln 5,8 frs, Rüben 2,4 frs, Ackerfutter 7,0 frs, Wiesenheu 6,0 frs je dz.

oo Fleisch-Durchschnittspreise je t, nach dem Anteil der Kategorien am Gesamtaufkommen gewichtet, von 1612 frs zu Jahrhundertbeginn bis 1561 frs am Jahrhundertende zurückgehend; Milch = 155 frs je t, Wolle 1315 frs je t.

ooo Die ab 1885 in dz ausgewiesene Ernte wurde zu 97 kg je hl (Stand 1892) umgerechnet.

x Soweit die Ernten in hl ausgewiesen sind, wurde zu 56,7 kg (Stand 1882) umgerechnet

Übersichtstabelle C

Die Entwicklung der viehwirtschaftlichen Produktion in den USA im 19. Jahrhundert⁺
(in 1000 t)

Zeitraum	Fleisch ⁺⁺ Schlacht- gewicht			Lebend- gewicht III	Milch ⁺⁺⁺			Wolle			Fleisch, Milch und Wolle insgesamt GW		
	I	II			I	II	III	I	II	III	I	II	III
1800	406	529		915	1314	1414	1225	6,72	8,70	4,8	4831	6079	5996
1810	552	707		1230	1692	1820	1678	9,02	11,55	5,9	6490	8086	8065
1820	722	939		1624	2120	2290	2268	11,99	15,40	6,4	8446	10653	10635
1830	963	1252		2173	2830	3060	3039	15,95	20,46	8,1	11272	14220	14219
1840	1469	1909		3130	3982	4310	3992	21,23	27,28	16,2	16609	20965	20362
1850	2042	2691		3834	5940	6413	5443		23,81	23,7	23847	28728	25494
1860	2856	3584		5005	8080	8485	7484		27,44	27,2	31593	38340	33545
1870	2477	3353		6547	9400	10230	8255		56,36	73,4	31230	39443	43783
1867/70	3337					9422			73,63		39444		
1871/75	3864					(11000)			74,03		46026		
1876/80	4488					12755			74,35		52814		
1880				8532			14106			105,0			60362
1881/85	5374					(18700)			94,87		66798		
1886/90	5879					24660			123,74		77623		
1890				10609			19595			125,0			77189
1891/95	6075					(26500)			144,84		81270		
1896/1900	6390					28350			120,70		83607		
1900	6772			11227		(29800)				130,0			85383

- + *Statistical View of the United States*. Compendium of the Seventh Census, Washington 1854, S. 174; *Preliminary Report on the Eighth Census 1860*, Washington 1862, S. 84/85, 198, 202, 204/205; *Compendium of the Ninth Census*, 1. 6. 1870, Washington 1872, S. 708 bis 711; *Compendium of the Tenth Census*, 1. 6. 1880, T. 1, Washington 1883, S. 677 - 683, 832/833; *Historical Statistics of the United States Colonial Times to 1957*, Washington 1960, S. 290 ff.; *Bidwell, Percy Wells/Falcomer, John J.*, History of Agriculture in the Northern United States 1620 - 1860, Washington 1925, S. 108 ff. = Publication of the Carnegie Institution of Washington, Nr. 358; *Holmes, George K.*, Meat Supply and Surplus, in: United States Department of Agriculture, Bureau of Statistics, Bulletin, Nr. 55, Washington 1907, S. 43ff.; *Towne, Marvin W./Rasmussen, Wayne, D.*, From Gross Product and Gross Investment in the Nineteenth Century, in: Trends in the American Economy in the Nineteenth Century (Report of the National Bureau of Economic Research, New York), Princeton 1960, S. 283 - 289; *Strauß, Frederick/Bean, Louis H.*, Gross Farm Income and Indices of Farm Production and Prices in the United States 1869 - 1937, hg. v. Department of Agriculture = Technical Bulletin, Nr. 703, Dezember 1940, S. 24.

Zur Ermittlung der Produktion wurde von den Viehbeständen und der Leistung je Vieheinheit ausgegangen. Die Zahlen der Viehbestände sind für die Jahre 1800 bis 1830 geschätzt nach den Viehbestandsquoten je Kopf der Bevölkerung des Jahres 1840, die Zahlen der übrigen Jahre sind den offiziellen Ausweisen entnommen. Die Reihen I wurden v. Verf. mit nicht angelegenen Viehbeständen errechnet, ohne Berücksichtigung des unterschiedlichen Erfassungsvolumens. Die Reihen II wurden v. Verf. berechnet unter Angleichung der Censusedaten für die Jahre 1840 bis 1860 im prozentualen Verhältnis von 1870 bei Rindern und Schafen (30 bzw. 28 Prozent) (vgl. auch Abschnitt II.3. dieser Arbeit). Bei Schweinen wurde der Angleichungssatz von 34 Prozent 1870 bis auf 29 Prozent 1840 vermindert.

Die Reihen III sind angegeben nach *Towne, Marvin W./Rasmussen, Wayne D.*, a. a. O., S. 283 - 289. - Die in lb gemachten Angaben wurden v. Verf. auf t umgerechnet (1 lb = 0,45359 kg). Die Koeffizienten für die Umrechnung auf Getreidewerte sind für Fleisch bei Zugrundelegung des Lebendgewichts: für Rinder und Schafe = 6, für Schweine = 5; bei Schlachtgewicht für Rinder = 11, für Schweine = 7, für Schafe = 11,5. Der Umrechnungskoeffizient für Milch ist 0,7, für Wolle = 40.

- ++ Schlachtraten und -gewicht sind geschätzt aus den Angaben für Jahrhundertbeginn und -ende. Bei Rindern stiegen sie von 18 % und 177 kg auf 29 % und 234 kg, bei Schweinen von 42 % und 62 kg auf 78 % und 72,5 kg, bei Schafen von 33 % und 22,7 kg auf 40 % und 29,4 kg. *Towne* und *Rasmussen* (Reihe II) benutzten für die Jahre 1870 bis 1900 die Berechnungen von *Strauß* und *Bean* unter Verringerung der dort für Hammel- und Lammfleisch gemachten Angaben um 5 %. Für die Jahre 1840 und 1860 haben *Towne* und *Rasmussen* eine Schlachtrate von 20 % angenommen und die Censuszählungen im Verhältnis von 1 : 1,06 bei Rindern und 1 : 1,18 bei Schweinen saisonal bereinigt. Als Schlachtgewicht werden gleichbleibend bei Rindern 950 pounds angegeben = 430,9 kg. Dabei dürfte es sich jedoch um Lebendgewicht handeln, da offiziell für das Jahr 1900 nur 237 kg durchschnittliches Schlachtgewicht angegeben werden. Die Schlachtrate für Schweine wird mit 102,2 % für die Jahre 1840 bis 1900 gleichbleibend angenommen, während sich offiziell für

1900 nur 78 % und um 1800 sogar nur 42 % ergeben.

Für den Zeitraum 1800 bis 1830 wurde von Towne und Rasmussen die auf diese Weise ermittelte Fleischproduktion je Kopf der Bevölkerung bei Rindfleisch der Jahre 1840 und 1850, bei Schweinefleisch der Jahre 1840 bis 1860 angenommen. An Hammel- und Lammfleisch wurde 1800 bis 1860 ein Verbrauch von 1,5 pounds je Kopf der Farmbevölkerung und von 5 pounds 1800 bis 1840 je Kopf der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung sowie 8 pounds für 1860 zugrunde gelegt.

+ Milchproduktion: 1889 wird erstmalig die gesamte Milchproduktion, 1869 bis 1899 die auf Molkereiprodukte verarbeitete Milch in zehnjährigem Abstand ausgewiesen. Entsprechend dem Anteil des Farmverbrauchs an der Gesamtproduktion 1849 (15 %) und dem Verhältnis von verarbeiteter zu frisch verkaufter Milch (72 : 28) wurde bis 1849 zurück die Gesamtproduktion geschätzt, unter Berücksichtigung der Veränderung zwischen Farm- und nichtlandwirtschaftlicher Bevölkerung. Aus Milchproduktion und Kuhbestand ergibt sich für das Jahrhundertende eine Milchleistung je Kuh und Jahr von rund 1800 kg, um 1850 von 930 kg. Aus den Angaben von Bidwell und Falcomer wurde die Milchleistung für 1800 mit 900 kg und dann 1830 auf 800 kg zurückgehend angenommen, weil in diesem Zeitraum der Anteil der Intensivbetriebe der alten Atlantikstaaten mit hoher Leistung am Gesamtkuhbestand abnahm. Der Reihe I sind die ausgewiesenen Kuhbestände zugrunde gelegt, in der Reihe II sind diese um die Differenz von 1870 (8 %) zwischen 1800 und 1867 erhöht.

Reihe III: Towne und Rasmussen benutzten 1870 - 1900 die Angaben von Strauß und Bean und leiten die Zahlen für 1850 - 1860 ab aus der Milch-Butter-Produktion und dem von Strauß und Bean berechneten Milchverbrauch je Kopf der Bevölkerung für den Zeitraum 1870 - 1874. Die Umrechnung der Butter auf Milch erfolgte im Verhältnis 1 : 10, die des Käses 2,1 : 10. 1800 bis 1840 wurde der 1850 ermittelte Pro-Kopf-Verbrauch als gleichbleibend angenommen.

Übersichtstabelle D

Die Agrarproduktion⁺ der USA im 19. Jahrhundert in festen Preisen⁺⁺
(in 1000 Dollar)

Zeitraum	Getreide	Kartoffeln	Heu	Zucker	Baumwolle	Tabak	Reis	pflanzliche Produktion insgesamt
1800	69600	800	24000	2000	6480	9086	1440	113406
1800/10	85800	960	30000	1900	6480	9240	1512	135892
1811/20	108800	1200	44400	1900	10800	10318	1584	179002
1821/25	136320	5600	50400	1900	19650	11550	1656	227076
1826/30	158080	14400	63600	4000	34344	12936	1692	289052
1831/35	184000	24000	85200	4300	42984	14014	2088	356586
1836/40	211480	47200	123600	5100	62640	15246	1332	466598
1841/45	254720	35200	145800	9000	85320	14630	2340	547010
1846/50	298272	28640	168000	13400	99144	14014	3528	624998
1851/55	358800	38512	198600	20000	137592	22022	3312	778838
1856/60	429767	48384	229200	12500	169344	30030	3096	922321
1861/65	447140	49600	240000	9200	84024	23100	1872	854936
1866/70	526164	50768	327600	3000	122688	18326	1188	1049734
1871/75	705019	61760	292800	6500	170208	25564	1512	1323363
1876/80	896648	67356	373700	9000	236736	32802	1800	1618042
1881/85	1085792	83344	492000	11800	275832	36190	1944	1986902
1886/90	1181558	85520	562800	13800	340200	34496	2088	2220462
1891/95	1317497	100848	589200	24200	378000	32186	3384	2445315
1896/1900	1567506	107520	649200	27800	475200	28182	4644	2860052

Zeitraum	Rind- fleisch	Schweine- fleisch	Hammel- fleisch	Fleisch insgesamt	Milch	Wolle	vieh-wirt- schaftl. Produk- tion ins- gesamt	pflanzl. u. vieh- wirtschaftl. Pro- duktion insgesamt
1800	20054	31798	5424	57276	28280	5569	91125	204531
1800/10	23695	36881	6293	66869	32340	6480	105689	241571
1811/20	31760	48922	8356	89038	41100	8624	138762	317764
1821/25	39210	60542	10332	110084	49800	10665	170549	397625
1826/30	45260	69868	11955	127083	57800	12284	197167	486219
1831/35	53266	86325	13940	153531	67900	14185	235616	592202
1836/40	63226	109911	16440	189577	79950	16367	285894	752492
1841/45	73220	137491	18597	229308	96715	16904	342927	889937
1846/50	83247	169064	20411	272722	117745	15795	406262	1031260
1851/55	99670	197046	21932	318648	138620	15821	473089	1251927
1856/60	122490	221438	23160	367088	159340	16982	543410	1465731
1861/65	132437	225756	26104	384297	178425	35072	597794	1452730
1866/70	122570	201227	29100	352897	188440	47121	588458	1638192
1871/75	161030	229598	34263	424891	220000	47377	692268	2015631
1876/80	192610	249630	41881	484121	255100	47585	786806	2404848
1881/85	250084	272584	54090	576758	374000	60717	1011475	2998377
1886/90	308382	273366	47761	629509	493180	79190	1201879	3422341
1891/95	312090	291985	47611	651686	530000	92698	1274384	3719699
1896/1900	310277	333362	44998	688637	567000	77248	1332885	4192937

Anmerkungen zur Übersichtstabelle D:

- + Produktionsmengen nach Tabelle 7 u. Anhang, Übersichtstabelle C.
 ++ Preise von 1900 nach *Historical Statistics of the United States 1728 - 1945*, Washington 1949, S. 102 ff.; *Statistical Abstract of the United States 1901*, Nr. 24, S. 370 ff.; Towne, Marvin W./Rasmussen, Wayne D., *Farm Gross Product and Gross Investment in the Nineteenth Century*, in: *Trends in the American Economy in the Nineteenth Century* (Report of the National Bureau of Economic Research, New York), Princeton 1960.

Getreide 1800 - 1840 unter Annahme gleichbleibenden Anteils der einzelnen Getreidearten an der Gesamtproduktion mit 16 Dollar je t berechnet,
 1850 - 1900 nach den ausgewiesenen Angaben:
 Weizen = 23 Dollar je t
 Mais = 14 Dollar je t
 Hafer = 18 Dollar je t
 Gerste = 19 Dollar je t

Daraus ergeben sich durchschnittliche Getreidepreise je t wie folgt:

1850	15,6 Dollar
1860	15,8 Dollar
1866/70	16,3 Dollar
1871/75	16,1 Dollar
1876/80	15,2 Dollar
1881/85	16,3 Dollar
1886/90	16,4 Dollar
1891/95	16,2 Dollar
1896/1900	16,3 Dollar

Bei Berechnung der weiteren Produkte sind folgende Preise je t für 1896/1900 zugrunde gelegt:

Kartoffeln	16 Dollar
Heu	12 Dollar
Zucker	100 Dollar
Baumwolle	216 Dollar
Tabak	154 Dollar
Reis	36 Dollar
Rindfleisch	103 Dollar
Schweinefleisch	115 Dollar
Hammelfleisch	94 Dollar
Milch	20 Dollar
Wolle	640 Dollar

Übersichtstabelle E

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion je Arbeitskraft in Frankreich und den USA im 19. Jahrhundert in GW und festen Preisen

Zeitraum	F r a n k r e i c h		Arbeitskräfte ⁺⁺ in Mill.	Produktion je Arbeitskraft	
	Produktion insgesamt ⁺ in Mill. t GW	frs		in t GW	in frs
1800/10	23,1	4270	(11,60)	1,99	368
1811/20	23,3	4343	(11,60)	2,01	374
1821/25	26,5	5096	12,42	2,13	409
1826/30	27,6	5465	12,47	2,22	438
1831/35	30,5	5910	12,52	2,44	471
1836/40	32,6	6548	12,63	2,58	516
1841/45	35,7	6962	12,68	2,82	550
1846/50	38,2	7596	12,73	3,00	595
1851/55	39,6	7387	12,52	3,16	589
1856/60	42,7	8390	11,90	3,58	705
1861/65	45,6	9129	11,42	4,00	800
1866/70	46,5	9483	11,14	4,16	850
1871/75	48,5	10010	10,84	4,46	925
1876/80	49,3	9756	10,95	4,50	890
1881/85	53,2	10390	10,94	4,85	950
1886/90	53,6	10223	10,73	5,00	955
1891/95	53,2	10355	10,49	5,06	990
1896/1900	56,2	11255	10,05	5,58	1120

Zeitraum	U S A Produktion insgesamt+++ in Mill. t GW		Arbeitskräfte ^o in Mill.	Produktion je Arbeitskraft in t GW in Dollar	
	t GW	Dollar			
1800/10	13,81	241,6	1,40	9,85	172
1811/20	18,15	317,8	1,83	9,94	173
1821/25	22,54	397,6	2,25	10,00	176
1826/30	26,65	486,2	2,60	10,50	187
1831/35	31,95	592,2	3,00	10,60	197
1836/40	39,20	752,5	3,48	11,45	216
1841/45	46,60	889,9	4,02	11,60	220
1846/50	54,71	1031,3	4,60	11,85	224
1851/55	65,19	1251,9	5,23	12,45	239
1856/60	76,26	1465,7	5,88	12,92	248
1861/65	78,16	1452,7	6,37	12,20	228
1866/70	86,74	1638,2	6,69	12,90	245
1871/75	104,84	2015,6	7,28	14,40	277
1876/80	131,45	2404,8	8,15	16,20	294
1881/85	158,26	2998,4	8,92	17,80	336
1886/90	179,01	3422,3	9,60	18,70	356
1891/95	193,42	3719,7	10,18	19,00	364
1896/1900	214,96	4192,9	10,67	20,20	392

Anmerkungen zur Übersichtstabelle E:

- + Produktion insgesamt nach den Tabellen 1 u. 2 sowie nach Übersichtstabelle B berechnet.
- + *Statistique de la France*, 1. Serie, Bd. 3, Paris 1837, S. 214; ebenda, 2. Serie, Bd. 9: Résultats du Dénombrement de la Population en 1856, Strasbourg 1859, S. 70 f.; ebenda, 2. Serie, Bd. 16: Agriculture. Résultats généraux de l'enquête décennale de 1862, Strasbourg 1870, S. lxxxv u. 150 f.; *Statistique agricole de la France*. Résultats généraux de l'enquête décennale de 1882, Nancy 1887, S. 365 ff.; ebenda 1892, Paris 1897, S. 388 ff.; *Annuaire Statistique de la France 1879*, Paris 1879, S. 16, 36 u. 40; ebenda 1881, Paris 1881, S. 16 f.; ebenda 1892/94, Paris 1894, S. 11, 16 u. 29; ebenda 1900, Paris 1900, S. 3, 11, 22 u. 24; *Ciriacy-Wantrup, Siegfried v.*, Agrarkrisen und Stockungsspannen, in: Berichte über Landwirtschaft, N. F., Sonderh. 122/1936, S. 91. - Die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte (AK) wurden in den Enqueten 1862, 1882 und 1892 ermittelt; nur 1862 sind die Familienarbeitskräfte ausgewiesen. Für 1821 und 1861 - 1891 ist die landwirtschaftliche Bevölkerung, 1831 - 1900 die Landbevölkerung im Fünfjahresabstand offiziell gegeben. Aus dem Verhältnis zwischen AK und landwirtschaftlicher Bevölkerung bzw. Landbevölkerung wurden die AK geschätzt. Wo keine solchen Angaben vorhanden waren, wurde die Bevölkerungsbewegung übertragen. Ab 1851 stehen im Fünfjahresabstand Angaben über den prozentualen Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zur Verfügung. Die daraus abgeleiteten Zahlen stimmen mit den erstgenannten Schätzungen weitgehend überein, so daß die für 1821 - 1851 ermittelten Daten als relativ fundiert angesehen werden können. Die Schätzungen für 1800 - 1820 basieren auf der Annahme, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung, die 1821 nach Ciriacy mit 67 % der Gesamtbevölkerung angenommen wird, im Jahre 1800 noch 70 % betragen habe. Die territoriale Angleichung erfolgte bis 1860 durch Erhöhung der gegebenen Zahlen um 1,2 % für Haute Savoyen und Alpes maritimes entsprechend dem Bevölkerungsanteil dieser Gebiete im Jahre 1862 laut Enquete; ab 1871 sind für Elsaß-Lothringen 4 %, nach dem Stand von 1871, zugeschlagen worden. Ein Abzug für teilbeschäftigte AK ist nicht erfolgt, da die Angaben hierzu nicht ausreichen. Beim Ländervergleich ist dies zu berücksichtigen. (1862 kann das Arbeitskräftepotential um 4 % verringert geschätzt werden, wenn Nebenerwerbslandwirte mit Familienarbeitskräften mit 50 % - wie bei der Ermittlung in Deutschland - angenommen werden.) Eine Berücksichtigung der Entwicklung der nebenberuflichen AK erbrächte wahrscheinlich eine leichte Erhöhung der Produktion je AK. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß die Toutainschen Arbeitskräfteangaben zu einer wesentlich verminderten Produktivitätsentwicklung führen würden, denn aus seinen Daten ergibt sich eine Zunahme der AK, die bei territorialer Angleichung Ende des Jahrhunderts 137 % von 1803/12 betragen würde. Die Produktion je AK wäre dann in den 100 Jahren auf GW-Basis nur auf 177 %, auf Basis fester Preise auf 192 % gestiegen.
- + Produktion insgesamt nach Tabelle 7 sowie den Übersichtstabellen C und D berechnet.
- o *Historical Statistics of the United States Colonial Times to 1957*, Washington 1960, S. 74; *USA Census Monograph*, Bd. 6: Farm Population of the United States 1920, Washington 1926. Eingesetzt sind die Mittelwerte aus diesen offiziellen Zahlen über die Beschäftigten über 10 Jahre der Censusjahre ab 1820. 1800 und 1810 v. Verf. geschätzt unter der Annahme, daß ein gleicher Prozentsatz der Bevölkerung wie 1820 beschäftigt war und daß der An-

teil der in der Landwirtschaft Beschäftigten, der 1820 = 72 % be-
trug, 1800 = 75 % und 1810 = 73,5 % betragen habe.

Die offiziellen Angaben über die in der Landwirtschaft Beschäftig-
ten erfassen die Frauen nur ungenügend. Nach dem Census von 1880
waren nur 7,7 %, 1870 sogar nur 6,7 % der in der Landwirtschaft
Beschäftigten Frauen, während 48 bis 49 % der Farmbevölkerung Frau-
en waren. Offensichtlich sind die weiblichen mithelfenden Familien-
angehörigen nicht in die Zahlen einbezogen.

Zur sozialen Struktur und zur Lage der Volksmassen auf dem Lande am Vorabend der Revolution von 1848/49 in Sachsen

von Roland Zeise

In Kürze jährt sich zum 120. Male die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/49. Dieses Jubiläum lenkt die Aufmerksamkeit der Forscher verstärkt auf die großen revolutionären Traditionen dieser Jahre, die noch keineswegs in ihrem ganzen Umfang aufgedeckt sind. Das gilt vor allem für die Rolle der Bauernschaft, des "ältesten und unentbehrlichsten Verbündeten" der Bourgeoisie.¹ Da Deutschland in der Mitte des 19. Jahrhunderts noch vorwiegend ein Agrarland war, hingen Sieg oder Niederlage der bürgerlichen Revolution in entscheidendem Maße von der revolutionären Lösung der Agrarfrage ab, weil nur so "die feudalen Verhältnisse auf dem Lande mit der Wurzel ausgerottet werden konnten und die Bauernschaft als die zahlenmäßig stärkste Kraft voll in die Revolution einbezogen werden konnte."² Die Rolle der ländlichen Volksmassen in der Revolution verdient deshalb besondere Aufmerksamkeit.

Bekanntlich wies die Agrarfrage in Deutschland die Besonderheit auf, daß in den meisten der deutschen Staaten die Umwandlung des feudalen Grundeigentums in bürgerliches - und zwar auf dem für die Volksmassen ungünstigen Wege der Reform - schon vor der Revolution begonnen hatte. Es kommt also besonders darauf an, die Zersetzung der feudalen Produktionsverhältnisse auf dem Lande sowie die soziale Struktur und Lage der Landbevölkerung am Vorabend der Revolution detailliert zu untersuchen, weil sich daraus wichtige Rückschlüsse auf die revolutionären Potenzen der Bauernschaft ergeben.

Die Vielgestaltigkeit der Grundbesitzverteilung und der Agrarverfassung in den einzelnen Teilen Deutschlands, die Differenziertheit

1 Vgl. Engels, Friedrich, Revolution und Konterrevolution in Deutschland, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S. 43.

2 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 1, Berlin 1966, S. 88.

der feudalen Ausbeutungsverhältnisse, die sich nicht nur in dem Nebeneinanderbestehen von Gutsherrschaft und Grundherrschaft, sondern auch in deren unterschiedlichen Erscheinungsformen zeigte, sowie die trotz vieler Gemeinsamkeiten zum Zeitpunkt des Beginns und in ihrem Verlauf voneinander abweichenden Agrarreformen in den einzelnen deutschen Staaten machen zunächst eine derartige Analyse jeweils nur für einen begrenzten territorialen Bereich möglich. Für vergleichende Betrachtungen liegen zur Zeit noch zu wenig Forschungsergebnisse vor. In der folgenden Arbeit soll die Situation im damaligen Königreich Sachsen untersucht werden.

Das Königreich Sachsen hatte sich seit dem 16. Jahrhundert zu einem der wichtigsten Zentren gewerblicher Produktion in Deutschland entwickelt. In seiner sozialökonomischen Struktur zeichnete es sich am Vorabend der Revolution durch eine Reihe von Besonderheiten aus.

Sachsen war der am dichtesten bevölkerte Staat Deutschlands.³ Es gehörte zu den Gebieten, in denen der Übergang vom Agrar- zum Industriegebiet bereits weit vorangeschritten war. Von seinen fast 2 Millionen Einwohnern lebten 1849 zwar noch zwei Drittel in den Dörfern, aber nur 32,24 Prozent ernährten sich aus der Land- und Forstwirtschaft und schon 51,33 Prozent aus handwerklicher und industrieller Tätigkeit.⁴ In Preußen betrug dagegen im gleichen Jahr der Anteil der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung noch 64 Prozent.⁵ Ähnlich verhielt es sich in den anderen deutschen Staaten. Nahezu zwei Drittel der Bevölkerung Deutschlands widmeten sich der Landwirtschaft.⁶

Obwohl sich Sachsen so in seiner ökonomischen Struktur wesentlich vom übrigen Deutschland unterschied und seine Wirtschaft am Vorabend der Revolution ihr Gepräge bereits eindeutig von der außeragraren Produktion erhielt, war das Land in sozialer Hinsicht gegenüber dem linksrheinischen Deutschland zurückgeblieben. Während dort die Auswirkungen der französischen Revolution alle feudalen Fesseln beseitigt und gün-

3 Meyers Großes Konversations-Lexikon, Bd. 4, 6. Aufl. Leipzig/Wien 1908, S. 761, gibt für 1840 folgende Bevölkerungsdichte in den wichtigsten deutschen Staaten an: Sachsen 114; Hessen 100,5; Baden 86; Württemberg 84,4; Bayern 57,1; Preußen 54,1 Einwohner pro km².

4 Statistische Mitteilungen aus dem Königreich Sachsen, hg. v. Statistischem Büro des Ministeriums des Innern, 3. Lieferung: Bevölkerung und Industrie, Dresden 1854, S. 266.

5 Valentin, Veit, Geschichte der deutschen Revolution von 1848 bis 1849, Bd. 1, Berlin 1930, S. 296.

6 Ebenda, S. 289.

stige Voraussetzungen für eine freie Entfaltung des Kapitalismus geschaffen hatten, wurden in Sachsen erst nach den revolutionären Unruhen von 1830/31 vorsichtig - auf dem Wege der Reform - einige besonders stark hemmende feudale Fesseln abgeschafft. Aber nicht nur hinsichtlich seiner sozialökonomischen Entwicklung, sondern auch in anderer Beziehung konnte sich Sachsen nicht mit dem Westen Deutschlands messen. Im Gegensatz zu den Industriezentren im Rheinland und Westfalen besaß Sachsen nur eine gering entwickelte Schwerindustrie. Von den 235 978 Arbeitern, die 1846 in der Statistik als in Fabriken oder fabrikmäßig betriebenen Gewerben beschäftigt ausgewiesen wurden, arbeiteten nur 26 107 (=11 Prozent) im Erzbergbau, in der Stein- und Braunkohलगewinnung, in Hüttenwerken, Maschinen-, Eisen- und Blechwarenfabriken, dagegen 175 500 in der Textilindustrie (= 74 Prozent).⁷ Die Textilindustrie prägte das Profil der sächsischen Industrie. Sie stand allerdings noch auf einer sehr niedrigen Entwicklungsstufe. In den vierziger Jahren war einerseits der Übergang zur maschinellen Produktion, vor allem in der Spinnerei, in vollem Gange. Andererseits dominierte in den weitaus meisten Zweigen am Vorabend der Revolution die Hausindustrie als Betriebsform noch eindeutig und stellte ein ernstes Hemmnis für die industrielle Revolution dar. Sogar vierzig Jahre später zählte Friedrich Engels Sachsen zu den Gebieten Deutschlands, "wo Handweberei noch ankämpft gegen den mechanischen Webstuhl."⁸

Die gewerbliche Wirtschaft hatte sich in Sachsen vorwiegend in ländlichen Gebieten herausgebildet. Als im 19. Jahrhundert der Übergang zur maschinellen Produktion einsetzte, geschah das hauptsächlich in den traditionellen Standorten gewerblicher Produktion. Obwohl sich einige Städte in bedeutende Industriezentren verwandelten und sich Chemnitz, das heutige Karl-Marx-Stadt, sogar den Ruf eines "sächsischen Manchester" erwarb, liefen beispielsweise 1846 noch 76,7 Prozent aller Webstühle sowie 77,6 Prozent aller Feinspindeln der Maschinenspinnereien auf dem Lande.⁹ Von den 235 978 Arbeitern, die im gleichen Jahr insgesamt in Fabriken oder fabrikmäßig betriebenen Gewerben beschäftigt waren, lebten 179 337 (= 76 Prozent) in den

7 Vom Verfasser berechnet nach Mitteilungen des Statistischen Vereins für das Königreich Sachsen, 18. Lieferung, Dresden 1849, S. 74 ff.

8 Engels, Friedrich, Vorwort (zur zweiten, durchgesehenen Auflage "Zur Wohnungsfrage") (im folgenden: Vorwort "Zur Wohnungsfrage"), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 329.

9 Mitteilungen des Statistischen Vereins für das Königreich Sachsen, a. a. O., S. 49.

Dörfern.¹⁰ Die enorme Ausdehnung der Hausindustrie hatte, wie Engels formulierte, die ländlichen Gebiete schon frühzeitig "in die industrielle Bewegung hineingerissen"¹¹ und das Bauerntum mehr und mehr revolutioniert. Da aber die ländliche Hausindustrie in der Regel mit Garten- oder Feldbau verbunden war und auch die meisten Manufaktur- und Fabrikarbeiter noch ein Häuschen mit etwas Land besaßen, befanden sich in Sachsen nicht nur Bauern und grundbesitzende Dorfhandwerker, sondern auch große Teile der proletarischen Schichten in feudaler Abhängigkeit und waren einer doppelten Ausbeutung unterworfen.

Somit bot Sachsen am Vorabend der Revolution von 1848/49 in sozial-ökonomischer Hinsicht ein vielgestaltiges und widersprüchliches Bild. Die frühzeitige Verschiebung des wirtschaftlichen Schwergewichts von der landwirtschaftlichen zur gewerblichen Produktion schuf günstige Voraussetzungen für ein rasches Fortschreiten der industriellen Revolution, die vielen feudalen Überreste und das Vorherrschen der ländlichen Hausindustrie bildeten jedoch wesentlich retardierende Momente.

Die Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung Sachsens beeinflussten auch die soziale Struktur der Landbevölkerung. 1849 lebten nur 47,9 Prozent der Dorfbewohner von der Landwirtschaft und bereits 42,1 Prozent von Gewerbe und Industrie.¹²

Aber auch die Bauern waren in der Mitte des 19. Jahrhunderts längst keine einheitliche Klasse mehr. Die tiefgreifende soziale Differenzierung auf dem Lande fand ihren Ausdruck in der allgemein üblichen Gliederung der Landbevölkerung in Bauern, Gärtner, Häusler und Hausgenossen (Inwohner). Eine Statistik aus dem Jahre 1853 gibt Aufschluß über die erheblichen Besitzunterschiede, die sich herausgebildet hatten.

10 Ebenda, S. 84.

11 Engels, Friedrich, Vorwort "Zur Wohnungsfrage", a. a. O., S. 333.

12 Statistische Mitteilungen aus dem Königreich Sachsen, a. a. O.

Tabelle 1

Verteilung des Grundbesitzes in Sachsen 1853¹³

Größe des Grundbesitzes in ha	Anzahl der Besitzer	in %
bis zu 1,5	58 915	45,37
1,5 - 5	26 021	20,03
5 - 25	36 349	27,99
25 - 50	6 915	5,32
50 - 100	843	0,64
100 - 250	573	0,45
250 - 500	213	0,17
über 500	41	0,03

Trotz des großen Anteils der Besitzungen unter 1,5 Hektar wäre die Schlußfolgerung, in der sächsischen Landwirtschaft sei der Zwergbetrieb vorherrschend gewesen, nicht exakt, weil in dieser Kategorie auch alle die "Grundbesitzer" enthalten sind, die nur einen kleinen Hausgarten von weniger als 0,25 Hektar Fläche besaßen. Selbst dann, wenn sich die Grundstücke der 1,5-Hektar-Grenze näherten, konnten sie, wie Th. Reuning, der Generalsekretär der landwirtschaftlichen Vereine und beste zeitgenössische Kenner der sächsischen Landwirtschaft bemerkte, eine Familie nicht ernähren, wurde also die Landwirtschaft nur als Nebenerwerb betrieben.¹⁴ Bleiben diese Kleinstflächen unberücksichtigt, dann ergibt sich, daß in der sächsischen Landwirtschaft die Betriebe in der Größenordnung von 1,5 bis 50 Hektar dominierten.

¹³ Nach Reuning, Theodor, Die Entwicklung der sächsischen Landwirtschaft in den Jahren 1845 - 1854, Dresden 1856, S. 23. - Da die Flächenangabe in dieser Statistik in Acker erfolgte (1 sächsischer Acker = 0,5534 ha), werden hier die in Hektar umgerechneten Angaben verwendet, die angegeben sind bei Groß, Reiner, Die bürgerliche Agrarreform in Sachsen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, phil. Diss. Rostock 1963, S. 201.

¹⁴ Vgl. dazu auch Gebauer, Heinrich, Die Volkswirtschaft im Königreich Sachsen, Bd. 1, Dresden 1893, S. 91.

T a b e l l e 2

Die prozentuale Verteilung der Grundbesitzer in Sachsen mit mehr als 1,5 Hektar Grundbesitz 1853¹⁵

Größe des Grundbesitzes in ha	Besitzer in %
1,5 - 5	36,67
5 - 25	51,22
25 - 50	9,75
50 - 100	1,19
100 - 250	0,81
250 - 500	0,30
über 500	0,06

In Anlehnung an Reuning¹⁶ soll der Grundbesitz von 1,5 bis 5 Hektar als kleinbäuerlich, der von 5 bis 25 Hektar als mittelbäuerlich und der von 25 bis 50 Hektar als großbäuerlich bezeichnet werden. Die Güter über 50 Hektar waren vorwiegend Rittergüter. Ausgehend von einer solchen Klassifizierung, überwogen in Sachsen die Mittelbauern, denn mehr als die Hälfte aller Besitzer landwirtschaftlicher Grundstücke entfielen auf diese Kategorie. Das Vorherrschen mittelbäuerlicher Besitzungen zeigt sich noch klarer in der Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

T a b e l l e 3

Prozentuale Aufteilung der Grundbesitzer und der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Sachsen 1853¹⁷

Größe des Grundbesitzes in ha	Besitzer in %	Landwirtschaftliche Nutzfläche in %
1,5 - 5	36,67	8
5 - 25	51,22	46
25 - 50	9,75	23
über 50	2,36	23

15 Groß, Reiner, a. a. O., S. 202.

16 Reuning, Theodor, a. a. O., S. 202. 17 Groß, Reiner, a. a. O., S. 202.

Das Profil der sächsischen Landwirtschaft wurde also weder durch den Großgrundbesitz wie in Mecklenburg oder weiten Gebieten des ostelbischen Preußen noch durch den Kleinbetrieb wie in West- und Südwestdeutschland¹⁸ bestimmt. Mehr als zwei Drittel der landwirtschaftlichen Besitzungen wie auch der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfielen auf die mittel- und großbäuerlichen Betriebe, wobei die Mittelbauern mehr als die Hälfte der bäuerlichen Betriebe ausmachten und fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche besaßen.

Die Analyse der sozialen Struktur der Landbevölkerung kann sich jedoch nicht auf den relativ kleinen Kreis von rund 70 000 bäuerlichen Grundbesitzern beschränken, die mehr als 1,5 Hektar Grund und Boden ihr eigen nannten. Den überwiegenden Teil der Dorfbevölkerung bildeten die Häusler und Hausgenossen. Einige Aufschlüsse über diese armen Schichten der Dorfbevölkerung vermittelt die nachfolgende Statistik, in der alle diejenigen nicht erfaßt sind, die Landwirtschaft nur als Nebengewerbe betrieben.

T a b e l l e 4

*Die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung Sachsens im Jahre 1849*¹⁹

Bevölkerungsgruppen	Anzahl	Prozent
Ackerbauern, Landwirte, Pächter	38 528	12
Gärtner, Häusler	22 173	7
Gesinde, Dienstpersonal	153 584	50
Tagearbeiter	80 190	26
Sonstige	15 984	5
Insgesamt	310 459	100

In dieser Zusammenstellung fällt zunächst auf, daß die Anzahl der Häusler und Gärtner - gemessen an der Zahl der Besitzer von Grundstücken bis zu 5 Hektar (84 936, vgl. Tabelle 1) - relativ klein

¹⁸ Vgl. Abel, Wilhelm, Kurze Geschichte der Agrarverfassung, Wolfenbüttel 1956, S. 26.

¹⁹ Engel, Ernst, Das Königreich Sachsen in statistischer und staatswirtschaftlicher Beziehung = Jahrbuch für Statistik und Staatswissenschaft, Bd. 1, Dresden 1853, S. 244 f.

ist. Das bestätigt die Feststellung, daß sowohl die Besitzer von Kleinstflächen als auch ein beträchtlicher Teil der Kleinbauern die Landwirtschaft nur als Nebenerwerb betrieb.

Weiter zeigt die Tabelle deutlich die zahlenmäßige Stärke des ländlichen Proletariats, die einen wichtigen Gradmesser für die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft bildet. Mehr als drei Viertel aller in der Landwirtschaft Tätigen gehörten dieser "ländlichen Fraktion" der sich formierenden Arbeiterklasse an. Auf jeden Grundbesitzer mit mehr als 5 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche entfielen im Durchschnitt 5 Landarbeiter.²⁰ Im Gegensatz zu den ostelbischen Gebieten Preußens, wo das Landproletariat vorwiegend auf den großen Junkergütern konzentriert war, wurde es in Sachsen in seiner Mehrheit in bäuerlichen Betrieben ausgebeutet. Die besondere Agrarstruktur Sachsens bedingte auch das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Gesinde und "freien" Tagelöhnern. Während die Junkerbetriebe in den meisten ostelbischen Gebieten Preußens ihren Bedarf an Arbeitskräften in erster Linie durch Gutstagelöhner deckten und mit dem Fortschreiten der kapitalistischen Entwicklung das Gesinde zugunsten der Tagearbeiter weiter einzuschränken suchten²¹, war in Sachsen eine entgegengesetzte Entwicklung zu beobachten. Zur Zeit der Revolution überstieg die Anzahl des Gesindes die der "freien" Lohnarbeiter um das Doppelte. Bis zum Beginn der sechziger Jahre erhöhte sich die Anzahl des Gesindes sogar noch etwas, die der Tagelöhner ging dagegen um mehr als ein Fünftel zurück.²² Die Ursache dafür lag darin, daß sich die mittelbäuerlichen Betriebe in der Regel auf Getreideanbau und Viehwirtschaft gleichermaßen orientierten. Der Arbeitsanfall blieb daher das ganze Jahr über relativ gleichmäßig, und die Bauern konnten ihn durch Gesindedienst am vorteilhaftesten bewältigen. Die der Gesindeordnung unterworfenen Knechte und Mägde sicherten den Bauern für längere Zeit einen festen Stamm von Arbeitskräften. Die auf wenige Wochen zusammengedrückte, durch die Ernte bedingte Arbeitsspitze konnte mit Hilfskräften aus der ärmeren Dorfbevölkerung überbrückt werden. Deshalb stellte das Gesinde in den meisten Gegenden Sachsens überwiegend, in einigen Gebieten

20 Vom Verfasser errechnet nach Angaben aus den Tabellen 1 u. 4.

21 Vgl. Bleiber, Helmut, Lage und Kampf der schlesischen Bauern und Landarbeiter im Vormärz (1840 - 1847), phil. Diss. Berlin 1963, S. 105 u. 110.

22 Vgl. Langsdorff, Karl v., Die Landwirtschaft im Königreich Sachsen und ihre

sogar ausschließlich, die dauernd beschäftigten fremden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft.²³

Zur Beleuchtung der sozialen Struktur der im industriellen Sektor beschäftigten Landbevölkerung stehen leider nur wenige zeitgenössische statistische Angaben zur Verfügung. Die Gewerbestatistik von 1846 zeigt, daß nur etwa ein Viertel der gewerblich tätigen Personen in handwerksmäßig, drei Viertel dagegen in fabrikmäßig betriebenen Gewerben arbeiteten.²⁴ Das traditionelle Dorfhandwerk war also von der Hausindustrie, der Manufaktur und der Fabrik bereits in eine bescheidene Rolle am Rande des gewerblichen Lebens zurückgedrängt worden. Viele der Handwerker und Arbeiter besaßen, wie bereits erwähnt, als Gärtner oder Häusler ein bescheidenes Grundstück, das ihnen kleine Nebeneinnahmen abwarf, die übrigen wohnten als Hausgenossen zur Miete und mußten bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter von den Zuwendungen der örtlichen Armenpflege ihr Leben fristen.

Die soziale Struktur der Landbevölkerung in Sachsen bot also am Vorabend der Revolution ein sehr vielgestaltiges Bild. Innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung hatten sich beträchtliche Besitzunterschiede zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbauern herausgebildet. Das Dorfhandwerk, obwohl zahlenmäßig noch stark, spielte nur noch eine unbedeutende Rolle. Der größte Teil der Landbevölkerung gehörte den proletarischen Schichten an, die etwa zu gleichen Teilen im landwirtschaftlichen und im industriellen Sektor tätig waren und in ihren Reihen die ganze soziale Zersplitterung offenbarten, die Friedrich Engels damals als das Charakteristikum der arbeitenden Klassen betrachtete.²⁵ Die klassenmäßige Aufteilung der werktätigen Schichten war jedoch - da die sächsische Industrie in starkem Maße auf hausindustrieller Basis beruhte und viele Arbeiter noch Haus, Garten und Feld besaßen - noch sehr gering ausgeprägt. Zwischen der entstehenden Arbeiterklasse und den kleinbürgerlichen bzw. kleinbäuerlichen Schichten gab es noch unzählige Bande.²⁶

Entwicklung in den Jahren 1876 bis einschließlich 1879, Dresden 1881, S. 49.

23 Vgl. Kähler, Wilhelm, Gesindewesen und Gesinderecht in Deutschland, Jena 1896, S. 97.

24 Mitteilungen des Statistischen Vereins für das Königreich Sachsen, a. a. O., S. 84.

25 Vgl. Engels, Friedrich, Der Status quo in Deutschland, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 49.

26 Vgl. Weber, Rolf, Die Beziehungen zwischen sozialer Struktur und politischer Ideologie des Kleinbürgertums in der Revolution von 1848/49, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), 13. Jg. 1965, S. 1187.

Um das Bild der sozialen Struktur auf dem Lande abzurunden, sei schließlich noch auf den mit feudalen Vorrechten ausgestatteten ritterschaftlichen Grundbesitz eingegangen. In Sachsen gab es um die Mitte des 19. Jahrhunderts 971 Rittergüter in privatem und 29 in staatlichem Besitz.²⁷ Durchschnittlich entfiel etwa auf jedes dritte Dorf ein Rittergut. Ihr Umfang nahm sich allerdings im Vergleich mit den Latifundien der Junker im ostelbischen Preußen bescheiden aus. Nur 41 Güter waren größer als 500 Hektar, fast 150 Rittergüter umfaßten sogar weniger als 100 Hektar, die Masse der übrigen lag zwischen 100 und 250 Hektar. Im Durchschnitt betrug die Größe eines Rittergutes etwa 434 Acker = 240 Hektar.²⁸

Da in Sachsen seit der Mitte des 16. Jahrhunderts eine umfassende Bauernschutzgesetzgebung das Bauernlegen sehr erschwert hatte²⁹, konnte sich die Ritterschaft nicht mehr als 13 Prozent³⁰ des in Privatbesitz befindlichen Grund und Bodens aneignen. Ihre ökonomische Bedeutung war deshalb relativ gering.

Die Rittergutsbesitzer, zu denen seit dem 16. Jahrhundert immer mehr Vertreter des bürgerlichen Standes gehörten, genossen eine Reihe wichtiger Privilegien. Als Grund- und Gerichtsherren über ihre Untertanen erhielten sie Fronleistungen und Feudalabgaben - soweit diese noch nicht abgelöst waren; sie übten die Patrimonialgerichtsbarkeit, die Jagdberechtigung sowie das Kirchenpatronat mit dem Kollaturrecht (Recht zur Besetzung der geistlichen Amtsstellen) aus und besaßen das durch die Verfassung von 1831 modifizierte Recht der Landstandschaft.³¹ Auch einige Städte und kirchliche Institutionen besaßen in Sachsen grundherrliche Rechte. Als Beispiel seien nur die Städte Zittau und Bautzen, die Klosterstifte Marienstern und Marienthal sowie das Domstift Bautzen genannt. Der größte Grundherr allerdings war der Landesherr. Etwa ein Drittel der Landbevölkerung wohnte in Amtsdörfern, die nicht privaten Grundherren, sondern unmittelbar den königlichen Justizämtern unterstanden.³² Dadurch war ein beträcht-

27 Engel, Ernst, a. a. O., S. 129.

28 Ebenda, S. 27.

29 Vgl. Blaschke, Karlheinz, Das Bauernlegen in Sachsen, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, H. 2/1955, S. 99 ff.

30 Reuning, Theodor, a. a. O., S. 27.

31 Vgl. Engel, Ernst, a. a. O., S. 205 ff.; Hofmann, H. L., Die Rittergüter des Königreichs Sachsen, Dresden 1901, S. 14.

32 Vgl. Körner, Paul, Der Kampf um die Aufhebung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit im Königreich Sachsen bis zum Revolutionsjahr 1848, Diss. T. H. Dresden 1935, S. 11.

licher Teil der Landbevölkerung dem direkten Einfluß des Rittergutsbesitzers entzogen. Im Durchschnitt entfielen auf einen Patrimonialgerichtsbezirk schätzungsweise zwei bis drei Dörfer und rund 800 Einwohner. Wenn auch einige Rittergutsbesitzer mehrere Güter erworben hatten und dadurch eine relativ große ökonomische und politische Macht besaßen, so beutete die Mehrzahl von ihnen doch meist nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Untertanen aus.

Die Lage der Landbevölkerung am Vorabend der Revolution wurde in entscheidendem Maße durch den Stand der bürgerlichen Agrarreformen bestimmt. Auch hierbei sind in Sachsen eine Reihe von Besonderheiten zu beachten. Die Grenzlinie zwischen den beiden für Deutschland charakteristischen Typen der Agrarverfassung, der Grundherrschaft und der Gutsherrschaft, verlief mitten durch das Land. In den sächsischen Erblanden hatte sich die mitteldeutsche Grundherrschaft herausgebildet, die sich von den übrigen Formen der Grundherrschaft durch "das fast völlige Fehlen der Elemente persönlicher Unfreiheit", eine "rein reale Bezogenheit aller bäuerlichen Verpflichtungen", das "günstigste bäuerliche Besitzrecht jener Zeit in Form der freien Vererblichkeit" und ein quantitatives Übergewicht des Bauernlandes gegenüber dem Rittergutsland unterschied.³³ Im Gegensatz dazu trugen die Agrarverhältnisse der Oberlausitz deutliche Züge der ostelbischen Gutsherrschaft. Charakteristisch für sie waren das Vorherrschen der feudalen Gutsherrschaft, die zweite Leibeigenschaft in Form der Erbuntertänigkeit, der weitverbreitete unerbliche Laßbesitz und die ungemessenen Dienste der Gutsuntertanen.³⁴ Dennoch dominierten in Sachsen insgesamt die grundherrlichen Beziehungen eindeutig und gaben den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts das Gepräge.³⁵

Obwohl die feudalen Produktionsverhältnisse auf dem Lande bereits seit Mitte des 18. Jahrhunderts in Auflösung und Zerfall begriffen waren, ging die erste Welle bürgerlicher Agrarreformen in Deutschland, die unter dem Einfluß der französischen Revolution und der Herrschaft Napoleons einsetzte, an Sachsen spurlos vorüber. Wie bereits erwähnt, gab auch hier - ähnlich wie in Hannover und Kurhessen - erst die revolutionäre Welle von 1830/31 einen entsprechenden An-

³³ Groß, Reiner, a. a. O., S. 21.

³⁴ Vgl. Kötzschke, Rudolf, Ländliche Siedlung und Agrarwesen in Sachsen, aus dem Nachlaß hg. v. H. Helbig, Remagen 1952, S. 125 f.

³⁵ Zu den bürgerlichen Agrarreformen und zur Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft vgl. Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 2, Berlin 1964, S. 18 - 42.

stoß. Das Gesetz über Ablösungen und Gemeinheitsteilungen vom 17. März 1832³⁶ sollte die Widersprüche zwischen den neuen Produktivkräften und den feudalen Produktionsverhältnissen, die ein ernstes Hemmnis für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft darstellten, durch Reformen beseitigen, um eine mögliche revolutionäre Lösung zu verhindern. Das Gesetz sah die Ablösung der Feudalverpflichtungen vor, das heißt die Aufhebung bestehender Rechtsverhältnisse gegen Entschädigung. Nur einige wenige zweit- und drittrangige Feudalprivilegien sowie der Gesindezwangsdienst, der einen Schritt auf dem Wege zur zweiten Leibeigenschaft darstellte, fielen entschädigungslos fort. Alle Dienste, Fronen und Servituten (Gebrauchsrechte an fremden Grundstücken) waren nicht mehr wie bisher nur in freier Vereinbarung zwischen "Berechtigten" und "Verpflichteten", sondern auch auf einseitigen Antrag hin ablösbar. Als wichtigstes Ablösungsmittel sah das Gesetz die Geldzahlung vor. Eine Entschädigung der Grundherren mit Bauernland war nur in wenigen Fällen zulässig. Als Ablösungssumme galt der 25fache jährliche Geldwert des abzulösenden Gegenstandes.

Dieses Ablösungsgesetz unterschied sich in mancherlei Hinsicht von den preußischen Agrargesetzen, die als Prototyp für bürgerliche Agrarreformen unter den Bedingungen gelten können, wie sie die ostelbische Gutsherrschaft und die zweite Leibeigenschaft darstellten.

Da in Sachsen - abgesehen von der Lausitz - Elemente persönlicher Unfreiheit fast völlig fehlten und das Besitzrecht der meisten Bauern dem bürgerlichen Grundeigentum schon recht nahe kam, waren ein Gesetz analog dem Steinschen Oktoberedikt und eine umfassende Regulierung der Eigentumsverhältnisse nicht notwendig. Im Vordergrund der sächsischen Agrarreform stand die Beseitigung der verschiedensten Feudallasten. Die Oberlausitzer Erbuntertänigkeits- und Laßverhältnisse wurden in einer Reihe von Zusatzbestimmungen geregelt. Während in Preußen die "Bauernbefreiung" einen sehr komplizierten Verlauf vom Oktoberedikt über das Regulierungsedikt von 1811, die Deklaration von 1816 und die Ablösungsordnung von 1821 bis zum Gesetz vom 2. Mai 1850 nahm, trug das sächsische Reformgesetz, für das bereits Erfahrungen anderer Länder berücksichtigt werden konnten, einen relativ komplexen Charakter. Es galt für al-

36 Sammlungen der Gesetze und Verordnungen für das Kgr. Sachsen, Dresden 1832, S. 163 ff. - Eine ausführliche Zusammenfassung und Einschätzung dieses Gesetzes bei Groß, Reiner, a. a. O., S. 134 ff.

le feudal ausgebeuteten Bevölkerungsschichten auf dem Lande. Ein Ausschluß wesentlicher Teile der Landbevölkerung von der Reform, wie er in Preußen 1816 im Interesse der junkerlichen Großgrundbesitzer praktiziert wurde, fand in Sachsen nicht statt. Noch wichtiger ist aber ein anderer Unterschied zwischen den Agrarreformen der beiden Länder: Die preußischen Bauern mußten sich bis 1850 vorwiegend mit Grund und Boden loskaufen. Dadurch kam es, "insbesondere in den östlichen Gebieten Preußens, zu einer neuen Welle des Bodenraubes, sogar zu einer Erweiterung des Großgrundbesitzes und Großgrundeigentums, zu einer Erweiterung des Gutslandes auf Kosten der Bauern."³⁷ In Sachsen dagegen stand wie überall in den Gebieten der Grundherrschaft die Entschädigung durch Geldzahlung im Vordergrund, so daß die Agrarstruktur durch die Reformgesetzgebung nur unwesentlich verändert wurde.

Das Kernproblem dieser Art der Ablösung bestand darin, wie die feudal abhängige Landbevölkerung die notwendigen hohen Ablösungssummen aufbringen sollte. Viele Bauern und vor allem Häusler waren dazu nicht in der Lage. Der Ausweg einer jährlichen Ablösungsrente widersprach jedoch den Interessen der Rittergutsbesitzer, die - weil ihre feudalen Vorrechte wegfielen - mit Hilfe der von den Bauern zu zahlenden Ablösungssummen ihre Wirtschaften auf kapitalistische Produktionsmethoden umstellen wollten. 1832 gründete deshalb die sächsische Regierung in Ergänzung des Ablösungsgesetzes als erste deutsche Regierung eine Landrentenbank; ihrem Beispiel folgten später die meisten deutschen Staaten, 1850 auch Preußen.³⁸ Diese Institution erfüllte beim Ablösungsgeschäft eine doppelte Funktion. Einerseits ermöglichte sie es auch solchen Landbewohnern, die die Ablösungssumme nicht aufzubringen vermochten, sich sofort aus der Abhängigkeit des Grundherrn zu befreien, indem sie ihnen eine Hypothek gewährte, die in 55 Jahresraten zu tilgen war; andererseits schoß sie den Grundherren die volle Ablösungssumme in Landrentenbriefen oder bar vor und stellte ihnen so die Mittel zur Verfügung, die zum Übergang auf die kapitalistische Wirtschaftsweise notwendig waren. Die Landrentenbank schuf so überhaupt erst die Voraussetzung dafür, daß die Feudallasten in vollem Umfange durch Geldzahlungen abgelöst werden konnten und beschleunigte diesen Prozeß wesentlich. Der sächsische Bauer genoß dabei im Vergleich zu den Bauern in Preußen relativ günstige Bedingungen. Wenn jedoch Friedrich Lüt-

³⁷ Mottek, Hans, a. a. O., S. 36.

³⁸ Vgl. Groß, Reiner, a. a. O., S. 152 ff.

ge das sächsische Ablösungsgesetz als Musterbeispiel für ganz Deutschland verherrlicht, es "das wichtigste Beispiel für ein einheitliches Ablösungswerk" nennt³⁹ und behauptet, daß "Besseres kaum gefunden werden konnte"⁴⁰, so darf eine solche Einschätzung nicht unwidersprochen bleiben:

Zunächst darf die Tatsache, daß sich die sächsischen Bauern unter relativ günstigen Bedingungen ablösen konnten, nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch in Sachsen der preußische Weg der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft eingeschlagen wurde. Lenin wies in seinen Arbeiten immer wieder darauf hin, daß dies der für die Volksmassen ungünstigste Weg war, weil er die Bauern "unter Herausbildung einer kleinen Minderheit von Großbauern zu Jahrzehnten qualvollster Expropriation und Knechtung verurteilt"⁴¹, weil er die "gewaltsame Aufrechterhaltung des elenden Lebensniveaus der Massen"⁴² bedeutet und "für die breiten Massen der Bauernschaft und folglich auch des Proletariats maßlos größere Not und Qualen, Ausbeutung und Unterdrückung"⁴³ mit sich bringt als der amerikanische Weg. Zwar wies dieser Weg in Sachsen im Vergleich zu Preußen einige wichtige Besonderheiten zugunsten der Bauern auf⁴⁴; das änderte jedoch nichts daran, daß der sächsischen Landbevölkerung allein mehr als 85 Millionen Mark Ablösungsrenten an die Landrentenbank aufgebürdet wurden.⁴⁵ Diese enorme Summe wurde auch dadurch nicht geringer, daß sie in einem Zeitraum von 55 Jahren tilgbar war. Ein solches Verfahren konnte lediglich die ganze Schwere der neuen drückenden Last verschleiern, und Marx bezeichnete deshalb die Rentenbanken als ein Mittel, "um den Bauern Sand in die Augen zu streuen."⁴⁶ Die Bauernwirtschaften gingen infolge der hohen Loskaufgelder "mit

39 Lütge, Friedrich, Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1963, S. 219.

40 Derselbe, Die mitteldeutsche Grundherrschaft und ihre Auflösung, 2. erw. Aufl. Stuttgart 1957, S. 286.

41 Vgl. Lenin, W. I., Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907, in: Werke, Bd. 13, Berlin 1963, S. 236.

42 Ebenda, S. 427.

43 Ebenda, S. 240 f.

44 Vgl. Groß, Reiner, a. a. O., S. 16 f.

45 Die Landrentenbank im Königreich Sachsen. Festschrift zur Feier des Jubiläums des fünfzigjährigen Bestehens, hg. v. d. kgl. Land-, Landeskultur- und Altersrentenbank-Verwaltung, Dresden 1883, S. 44. - Die Angabe erfolgt in der Goldwährung des Deutschen Reiches von 1871.

46 Karl Marx/Friedrich Engels, Patows Ablösungsdenschrift (Neue Rheinische Zeitung, Nr. 25, v. 25. 6. 1848), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 5, Berlin 1959, S. 107.

starker Verschuldung in die kapitalistische Zukunft" und trugen "noch lange nach der Ablösung der feudalen Lasten die Spuren des Feudalismus."⁴⁷ Auch unter den besonderen Bedingungen Sachsens war "die Verwandlung des feudalen Eigentums in bürgerliches, der Lehns-herrlichkeit in Kapital ... eine neue, grelle Übervorteilung des Unfreien zugunsten des Feudalherrn."⁴⁸ Den objektiven Interessen der Volksmassen hätte ausschließlich eine revolutionäre Lösung der Agrarfrage entsprochen, die in Deutschland auch nach dem Beginn der Ablösungen noch hätte begonnen werden können, wenn eine siegreiche bürgerlich-demokratische Revolution alle feudalen Fesseln mit einem Schlage beseitigt hätte. Eine solche revolutionäre Alternative negiert die heutige bürgerliche Agrargeschichtsschreibung völlig.

Auch von einem anderen Gesichtspunkt aus darf das sächsische Ablösungsgesetz nicht überschätzt werden: Es umfaßte nämlich keineswegs den gesamten Bereich der Feudalbeziehungen, sondern war, wie es in einer bäuerlichen Petition aus dem Jahre 1849 hieß, "höchst unvollkommen, wie sich solches aus der Feder der Herren Rittergutsbesitzer nicht anders erwarten ließ."⁴⁹ Unter den Verbindlichkeiten, die von diesem Gesetz nicht berührt wurden, ragten drei Gruppen besonders hervor. Erstens blieben die Patrimonialgerichte, die ein zeitgenössischer Kritiker schon im Jahre 1809 als "mit gerichtlichem Glauben ausgestattete Werkstätten des öffentlichen Betrugs"⁵⁰ angeprangert hatte, bestehen und damit auch alle diejenigen Leistungen, die der Gerichtsherrschaft entsprangen und eine sehr bedeutende Einnahmequelle für die darstellten, die diese Herrschaft ausübten. Darunter fielen in erster Linie die Gerichtssporteln (Gebühren), die durch einen weitverbreiteten Sportelmißbrauch noch drückender wurden, als sie es ohnehin schon waren, weiter das sogenannte Schutzgeld der Häusler und Hausgenossen, "wofür die Herrschaft ... auch nicht den geringsten Schutz" gewährte⁵¹, das Konzessionsgeld für die Erteilung von Gewerbsberechtigungen aller Art sowie die Verpflichtung der Gerichtsuntertanen zur Übernahme der Untersuchungskosten. Die

47 Mottek, Hans, a. a. O., S. 41 f.

48 Karl Marx/Friedrich Engels, Debatte über die bisherige Ablösungsgesetzgebung (Neue Rheinische Zeitung, Nr. 67, v. 6. 8. 1848), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 5, a. a. O., S. 311.

49 Staatsarchiv Dresden (im folgenden: SAD), Landtag 1849, I. Kammer, Kanzlei- und Direktorialakten (im folgenden: Dir.), Nr. 25 I, Pet. 15, Bl. 2 v - 3 r.

50 Wachsmuth, Carl Heinrich, Versuch einer systematischen Darstellung der Patrimonial-Gerichtsverfassung der Rittergüter, Leipzig 1809, S. 43.

51 SAD, Außerordentlicher Landtag 1848, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 42, Bl. 7 r.

Rittergutsbesitzer behielten mit der Gerichtsherrschaft also weiterhin ihr wichtigstes politisches Vorrecht und damit juristisch ihre alte Herrenstellung. Nicht ablösbar war zweitens das feudale Jagdprivileg mit all seinen nachteiligen Folgen vor allem für die in größeren Wald- und Jagdgebieten lebenden Bauern. Drittens fielen alle an bestimmte Termine gebundenen Geldgefälle sowie das Lehngeld, eine unter den Bauern besonders verhaßte Abgabe für die Neubestätigung des Besitzrechtes, ebenfalls nicht unter das Ablösungsgesetz. Diese Verpflichtungen, auf die weiter unten noch ausführlicher eingegangen werden soll, konnten nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen "Verpflichteten" und "Berechtigten" abgelöst werden. Die Rittergutsbesitzer zeigten allerdings wenig Interesse, diese höchst einträglichen Einkünfte aufzugeben, oder forderten unannehmbar hohe Ablössungssummen. Deshalb kam eine solche freiwillige Übereinkunft nur in den seltensten Fällen zustande. Die bäuerlichen Petitionen der Revolutionszeit vermitteln einen Einblick in die mittelalterlichen Abgaben, die unvermindert auf der Landbevölkerung lasteten. Neben Lehngeld und Erbzins finden wir Hufen- und Gunstgeld, Häuslerzins, Herde- und Mahlgeld, Teilschilling, Eier-, Brot-, Faß-, Hühner-, Mohn- und Angebotsgeld, Hausgenossenzins, Dienst-, Spinn-, Wach-, Jagd-, Dresch-, Wächter-, Führen- und Schloßgeld und sogar so seltsame Bezeichnungen wie Botenfrongeld, Fuchsklappergeld, Hundefütterungsgeld usw. Da für die Grundherrschaft das Überwiegen der Abgaben und speziell der Geldrenten über die Frondienste charakteristisch war⁵², konnten die verbreitetsten feudalen Lasten auch nach 1832 kaum abgelöst werden. Das Gesetz vom 17. März 1832 ließ also deutlich die Absicht seiner Urheber erkennen, alles aus dem Feudalismus in den Kapitalismus zu retten, was zu retten war. Es schuf zwar die Voraussetzungen dafür, daß - nicht zuletzt im Interesse der Rittergutsbesitzer - diejenigen Feudalbeziehungen abgebaut werden konnten, die einer Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion im Wege standen, aber es machte - wie alle deutschen Ablösungsgesetze - diesen Schritt zu einem einträglichen Geschäft für die Feudalherren. Wenn Lütge ein solches Gesetz verherrlicht, dann be-

52 Vgl. Mottek, Hans, a. a. O., Bd. 1, Berlin 1957, S. 333. - In Sachsen wurden von der Generalkommission insgesamt 3 757 Verfahren zur Ablösung von Frondiensten, aber 17 190 zur Ablösung der verschiedenartigsten Abgaben durchgeführt. Davon entfielen 6 922 auf Naturalentrichtungen und 10 268 auf Geldleistungen. (Bär, E. Felix, Die Ablösungsgesetzgebung im Königreich Sachsen bis 1889, phil. Diss. Erlangen 1892, S. 34.) Wenn diese Zahlen auch nichts über den Wert der einzelnen Lasten aussagen, so zeigen sie doch eindeutig die zahlenmäßig dominierende Rolle der Geldabgaben.

weist er nur, daß er sich im Gegensatz zur fortschrittlichen bürgerlichen Agrargeschichtsschreibung der Reformzeit, die den Standpunkt der unterdrückten Bauern vertrat, eindeutig auf einer reaktionären Position befindet.⁵³

Da das Ablösungsgesetz die in den Jahren 1830/31 in Sachsen sehr verbreitete und populäre Forderung nach unentgeltlichem Wegfall der Feudallasten nicht erfüllte, fand es zwiespältige Aufnahme. Kurz nach seiner Verkündung wurde aus dem Leipziger Kreis berichtet, das Gesetz habe eine gewisse Aufregung hervorgebracht, aber auch manche falsche Ansicht vom entschädigungslosen Wegfall der Fronen und Dienste schon einigermaßen berichtigt.⁵⁴ Drei Jahre später meldete der Kreishauptmann dem Ministerium des Innern: "Die Bewohner des platten Landes, welche ohnstreitig die meiste Ursache hätten, mit dem gegenwärtigen Zustand der Dinge zufrieden zu sein, sind noch zu wenig an Berechnungen und Vergleichen gewöhnt, ... um sich ein klares Bild von den Folgen der neuesten Veränderungen zu machen und aus solchen Mut und Zufriedenheit zu schöpfen."⁵⁵ Es gab also auf dem Lande manche Stimme der Kritik am Agrargesetz. Im großen und ganzen war aber das Echo zunächst positiv. Aus dem Zwickauer Kreis wurde gemeldet, das Gesetz habe einen wohltätigen Einfluß auf die Stimmung der Landbevölkerung ausgeübt⁵⁶, gewiß, der größte Teil der Untertanen erkenne dankbar die wesentlichen Verbesserungen und Erleichterungen an⁵⁷. Auch der Zentralvaterlandsverein der vogtländischen Landbewohner stellte 1849 rückblickend fest: "Das Ablösungsgesetz ... wurde von uns mit Freuden begrüßt, weil wir glaubten, doch endlich einmal von der Knechtschaft erlöst und freie Besitzer unseres Eigentums zu werden."⁵⁸ Ähnlich sah es wohl im ganzen Lande aus. Die Bauern konnten das undurchdringliche Gestrüpp der Paragraphen nur schwer und deshalb auch den wahren Charakter des Gesetzes nicht sofort durchschauen. Erst die Praxis belehrte sie oft recht nachdrücklich. Wie viele bittere Enttäuschungen mußten beispielsweise die Einwohner der Gemeinde Erdmannsdorf erlebt haben, wenn sie 1849 klagten: "Hätten wir mit schärferen Augen die uns durch diese Ablösungen erwachsenen

53 Vgl. Heitz, Gerhard, Rezension zu: Friedrich Lütge, Die mitteldeutsche Grundherrschaft und ihre Auflösung, in: ZfG, 6. Jg. 1958, S. 1390.

54 SAD, Ministerium des Innern (im folgenden: MdI), Nr. 492, Bl. 28 v.

55 Ebenda, Bl. 56 v.

56 Ebenda, Nr. 494, Bl. 60 r.

57 Ebenda, Bl. 51 v.

58 Ebenda, Landtag 1849, I. Kammer, Dir., Nr. 25 I, Pet. 19, Bl. 1 v.

nachteiligen Folgen nur einigermaßen überblickt, so hätten wir uns dazu ... unmöglich verleiten und überlisten lassen..."⁵⁹

Da Bauern und Rittergutsbesitzer bei der Ablösung unterschiedliche Interessen verfolgten, wurde sie in vielen Fällen in erbittertem Kampf zwischen den "Verpflichteten" und den "Berechtigten" um die Höhe der Ablösungssumme durchgeführt. Immer wieder beschwerten sich die Bauern darüber, daß "die Ablösungsrenten aufs höchste getrieben" wurden.⁶⁰ Jahrelange kostspielige Verhandlungen und sogar Prozesse waren deshalb an der Tagesordnung. Dabei schreckten die Grundherren vor keinem Mittel des Drucks und der Erpressung zurück. Wie die "Vaterlandsblätter", ein Organ der kleinbürgerlichen Demokratie, enthüllten, kam es häufig vor, daß diejenigen Gemeindemitglieder, die Forderungen der Grundherren nicht als rechtlich begründet anerkannten, einzeln verklagt wurden, um sie durch die Furcht vor größeren Prozeßkosten "eher zu einem Zugeständnisse und einem Vergleiche zu bringen."⁶¹ Welchen Umfang derartige Prozesse annahmen, beweist allein schon die Tatsache, daß im Frühjahr 1849 immer wieder die Forderung nach Sistierung aller Lehngeldablösungsprozesse erhoben wurde. Es war also keineswegs ein besonders krasser Einzelfall, wenn die Gemeinde Markersdorf wegen der Ablehnung übertriebener Forderungen der Grundherrschaft bei der Ablösung des Rauchzehnts und einer völlig einseitigen Verhandlungsführung durch den Ablösungskommissar zu einem 12jährigen Prozeß gezwungen wurde. Er endete schließlich damit, daß die Gemeindemitglieder unter dem Druck der Prozeßkosten der überhöhten Rente von fast 400 Talern zustimmten, um nicht aus ihrem Dorf vertrieben zu werden. Der unersättliche Rittergutsbesitzer kassierte sogar 5 500 Taler Nachzahlung.⁶² Ähnliche Fälle kamen häufig vor.⁶³

Doch nicht nur die Höhe der aufgezwungenen Ablösungssummen erbitterte die Bauern. Sie beschwerten sich in zahlreichen Petitionen auch über die bei der Ablösung angewandte Verfahrensweise.⁶⁴ Die Ablö-

59 Ebenda, II. Kammer, 4. Dep. Nr. 23 II, Pet. 1045, Bl. 3 r.

60 Ebenda, Nr. 23 I, Pet. 194, Bl. 2 v.

61 Vaterlandsblätter, Nr. 31, v. 1. 5. 1848.

62 SAD, Landtag 1849, II. Kammer, 4. Dep. Nr. 23 II, Pet. 787, Bl. 4 r - v.

63 So begründete die Gemeinde Ebersdorf ihr Eingehen auf den vom Rittergutsbesitzer erzwungenen Vergleich mit den Worten: "Wir mußten uns, besonders durch frühere Erfahrungen belehrt, sagen, daß uns zwar Unrecht geschehe, wir aber wie immer kein Recht finden würden." (Ebenda, Nr. 23 I, Pet. 580, B. 9 r - v.)

64 Die Dorfbewohner Sachsens verspürten, wie die in der Revolutionszeit immer wiederkehrenden Klagen zeigen, die gleichen Praktiken wie die schlesische Landbevölkerung, die - wie Wilhelm Wolfs berühmte Artikelserie in unüber-

sungskommissare wurden "von den berechtigten Herren Rittergutsbesitzern recht gastfrei aufgenommen"⁶⁵, sie wohnten und speisten bei den Gutsherrschaften und "machten oft förmlich den Advokaten derselben"⁶⁶. Sie sahen ihre wichtigste Aufgabe darin, "der leicht zu überredenden Menge der Dorfbewohner eine möglichst hohe Rente aufzuschwatzen."⁶⁷ Erklärten die Verpflichteten, daß sie die geforderte Summe nicht aufbringen könnten, wurden sie verspottet und verhöhnt.⁶⁸ Die Tatsache, daß die Ablösungskommissare von beiden am Ablösungsgeschäft beteiligten Parteien bezahlt werden mußten, zog "nicht selten die traurige Folge der Verzögerung und des Sportulierens nach sich."⁶⁹ So klagten vogtländische Bauern: "Die Beamten, die teilweise nichts weniger als diesem Verfahren gewachsen waren, hielten Termin auf Termin, stellten Berechnungen über Berechnungen auf, machten Liquidationen auf Liquidationen, und war eine Sache endlich als falsch erkannt, so erhielt ein anderer Auftrag, das alte Lied begann von neuem und wir armen Bauern mußten diesen Blutsaugern unsern sauer verdienten Schweiß hergeben."⁷⁰ Die Kosten des Ablösungsverfahrens waren nicht selten wesentlich höher als der Wert der abzulösenden Feudallast.⁷¹ So wurde bei der Ablösung der Fronen und der Schaftrift in Dittmannsdorf, Arnsdorf, Ober- und Niederelsdorf (Kreis Rochlitz) eine jährliche Rente von rund 300 Talern ermittelt, die Kosten des Ablösungsverfahrens betrug jedoch 1900 Taler.⁷² Die Einwohner von Röllingshain (im heutigen Kreis Karl-Marx-Stadt) zahlten allein für die Ablösung des Rauchzehnts 1 512 Taler.⁷³ Verfahrenskosten von mehreren hundert Talern für eine kleine Gemeinde waren an der Tagesordnung.⁷⁴

troffener Form zeigt - beim Ablösungsgeschäft von Gutsherren und königlichen Beamten geprellt wurde. (Wolff, Wilhelm, Die Schlesische Milliarde, Berlin 1954, S. 65 ff.; vgl. dazu auch Schmidt, Walter, Wilhelm Wolff als Redakteur der "Neuen Rheinischen Zeitung" 1848/49, in: ZfG, 12. Jg. 1964, S. 603 ff.)

65 SAD, Landtag 1849, I. Kammer, Dir., Nr. 25 I, Pet. 15, Bl. 3 r.

66 Ebenda, Außerordentlicher Landtag 1848, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 41, Bl. 8 r.

67 Ebenda, Landtag 1849, I. Kammer, Dir., Nr. 25 I, Pet. 15, Bl. 4 v.

68 Ebenda.

69 Vogtländischer Anzeiger, Nr. 29, v. 8. 4. 1848.

70 Vogtländische Blätter, Nr. 36, v. 2. 12. 1848.

71 Vgl. SAD, Außerordentlicher Landtag 1848, II. Kammer, 3. Dep. Nr. 20, Bl. 140 v.

72 Ebenda, Landtag 1849, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 23 I, Pet. 748, Bl. 2 v.

73 Ebenda, Nr. 23 II, Pet. 786, Bl. 2 r.

74 Ebenda, Außerordentlicher Landtag 1848, II. Kammer, 3. Dep., Nr. 2 I, Bl. 115 v.

Die Furcht vor diesen unverschämten Ablösungspraktiken führte dazu, "daß eine Menge von Privatvergleichen abgeschlossen wurden, lediglich in der Absicht, um nicht in die unübersehbare Masse von Kosten und Verzögerungen verwickelt zu werden." Das hatte jedoch meist zur Folge, daß "der Verpflichtete sich zur Übernahme unverhältnismäßig hoher Renten genötigt sah."⁷⁵ Die Härten des Ablösungsgesetzes wurden also, wie die angeführten Beispiele zur Genüge beweisen, durch die Art seiner Durchführung noch wesentlich verschärft. Wenn die angeprangerten Mißstände auch nicht bei jedem Verfahren auftraten, so waren sie doch keineswegs nur Ausnahmerecheinungen. Deshalb schlug die anfängliche Freude der Bauern über das Ablösungsgesetz sehr bald in Erbitterung und harte Kritik um. "Aber leider!" hieß 1849 es in einer bäuerlichen Petition, "mußten wir nur bald erfahren, daß wir uns in unseren Erwartungen arg getäuscht hatten und die Ablösung ein weit schlechteres Verhältnis herbeigeführt hat."⁷⁶ Die Gemeinde Tauscha (Kreis Leipzig) kennzeichnete das Ablösungsgesetz als "hart und unzureichend", gegeben in einer Zeit, wo noch diejenigen Gesetze zu machen hatten, welchen jene Gefälle gegeben werden mußten; wo nur so viel nachgelassen wurde, als nachgegeben werden mußte, um nicht gerechte Erbitterung über hartnäckig festgehaltene Ungerechtigkeiten hervorzurufen"⁷⁷, und 16 Gemeinden aus dem Vogtlande nannten das Gesetz "nicht eine Wohltat für das Land, sondern eine Geißel"⁷⁸.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die Ablösung nur zögernd begann und langsam voranging.

T a b e l l e 5

Stand der Ablösung durch die Landrentenbank Ende 1847⁷⁹

Leistungen	Von der LRB insgesamt durchgeführte Ablösungsverfahren (1833 - 1859)	Bis 1847 durchgeführte Ablösungen	
		Anzahl	in %
Fronddienste	3 757	2 879	76,6
Natural- entrichtungen	6 922	3 412	49,3

⁷⁵ Vogtländischer Anzeiger, a. a. O.

⁷⁶ SAD, Landtag 1849, I. Kammer, Dir., Nr. 25 I, Pet. 19, Bl. 1 v.

⁷⁷ Ebenda, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 6, Bl. 6 v - r.

⁷⁸ Vogtländischer Anzeiger, a. a. O.

⁷⁹ Die Tabelle wurde v. Verf. zusammengest. nach Angaben bei Bär, E. Felix, a. a. O., S. 33 f.

Leistungen	Von der LRB insgesamt durchgeführte Ablösungsverfahren (1833 - 1859)	Bis 1847 durchgeführte Ablösungen	
		Anzahl	in %
Landemien	3 459	98	2,8
Geldgefälle	6 809	-	0,0
Hutungen	2 551	1 795	70,3
andere Servituten	1 519	589	38,7
Insgesamt	25,017	8 773	35,0

In der Tabelle sind nur die Ablösungsverfahren erfaßt, die von der Generalkommission für Ablösungen und Gemeinheitsteilungen geleitet wurden. Außerdem wurden bis 1847 ohne Mitwirkung der Generalkommission 439 freie Ablösungsvereinbarungen abgeschlossen.⁸⁰

In den fünfzehn Jahren bis zum Ausbruch der Revolution fand nur ein Drittel aller insgesamt von der Generalkommission geleiteten Ablösungsverfahren seine Erledigung. Die Landrentenbank gewährte den Rittergutsbesitzern dafür Ablösungsgelder in Höhe von 34 493 533 Mark⁸¹, das waren 40,2 Prozent aller ausgeworfenen Summen. Wertmäßig waren somit zwei Fünftel der Feudallasten abgelöst. An der Spitze standen dabei mit weitem Abstand die Frondienste und Hutungen, die den neuen landwirtschaftlichen Produktivkräften am krassesten widersprachen und deshalb in erster Linie die weitere Intensivierung und Rationalisierung der Landwirtschaft gehemmt hatten. Obwohl diese Fesseln noch keineswegs völlig beseitigt waren, erhöhte sich die Getreide- und Kartoffelerzeugung Sachsens von 4 394 381 Scheffeln im Jahre 1830 auf einen jährlichen Durchschnittswert von 22 867 101 Scheffeln in den Jahren 1846/50.⁸² Dieser erstaunliche Aufschwung der landwirtschaftlichen Produktion war zweifellos vor allem eine Folge der weitreichenden Veränderungen, die in der Landwirtschaft durch die Ablösung der Frondienste und der Hutungsgerechtigkeiten ermög-

80 Sächsisches Jahrbuch für vaterländische Geschichte, Geographie, Statistik, und Topographie, bearb. v. H. v. Bose, Jg. 1849, Dresden 1850, S. 53. - Da über diese Verfahren keine näheren Einzelheiten bekannt sind, können sie bei den weiteren Untersuchungen nicht berücksichtigt werden.

81 Vom Verf. errechnet nach Die Landrentenbank im Königreich Sachsen, a. a. O., S. 63 f. - Die Wertangabe erfolgte in der Goldwährung des Deutschen Reiches von 1871.

82 Groß, Reiner, a. a. O., S. 204

licht wurden.⁸³ Wesentlich ungünstiger sah das Bild bei den Abgaben aus. Die Ablösung der Naturalleistungen war 1848 erst zur Hälfte erfolgt. Die Ablösbarkeit des Zehnten an Geistliche und Lehrer war durch das Gesetz vom 7. Oktober 1840 sogar wieder eingeschränkt worden.⁸⁴ Die Geldgefälle lasteten praktisch noch in vollem Umfange auf den Dorfbewohnern. Zwar konnte das Lehngeld durch Gesetz vom 21. Juli 1846 auch auf einseitigen Antrag hin abgelöst werden⁸⁵, die rechtlichen Bestimmungen waren jedoch für die Bauern so nachteilig und riefen so viele Rechtsstreitigkeiten hervor, daß seine Ablösung 1848 über allererste Anfänge noch nicht hinausgekommen war.

Der größte Teil der feudalen Verpflichtungen bestand also am Vorabend der Revolution unverändert fort und gab den sächsischen Agrarverhältnissen das charakteristische Gepräge. Selbst diejenigen Bauern, die Fronen, Dienste und Servituten abzulösen vermochten, lebten noch in feudaler Gebundenheit, denn sie mußten weiterhin einen Teil der Grundrente in Form verschiedener Geldabgaben an den Grundherrn abführen.

Die Positionen des Feudalismus auf dem Lande waren durch die Ablösung noch keinesfalls entscheidend erschüttert worden. Hunderte von Petitionen, in denen die Einwohner vieler sächsischer Landgemeinden in den Jahren 1848/49 dem König, der Regierung und den Landtagen ihre Not klagten, zeigen anschaulich, daß fünfzehn Jahre nach dem Beginn der Ablösung in Sachsen, wie es in einer Bittschrift aus über hundert Gemeinden des Leipziger Kreises hieß, "die Feudallasten wie Lehngelder, Erbzinsen, Schutzgelder, Fronen, Zehnten und wie sie alle heißen, ... noch mit zentnerschwerer Last auf dem bäuerlichen Grundbesitz" lagen. Ihr Betrag überstieg "fast überall bei weitem die Abgaben", die der Staat verlangte.⁸⁶ Eine andere Adresse aus der gleichen Gegend klagte: "... noch darf der Geistliche eine Ausnahme machen in der Ablösung der Pfarrzehnten, ... noch lastet der furchtbare Druck des Lehngeldes auf uns und Hunderte von Prozessen legen sich saugend auf den Wohlstand der Gemeinden."⁸⁷ Alle nicht abgelösten Vorrechte wurden "mit der größten Strenge bewacht und

83 Ausführlich werden die positiven ökonomischen Auswirkungen der Agrarreform in Sachsen ebenda, S. 200 ff., dargestellt.

84 Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen (im folgenden: Gesetz- und Verordnungsblatt), Dresden 1840, S. 291 f.

85 Ebenda, Dresden 1846, S. 70 ff.

86 SAD, Landtag 1849, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 23 I, Pet. 563, Bl. 3 r.

87 Leipziger Tageblatt, Nr. 70, v. 10. 3. 1848.

ausgeübt."⁸⁸ Von diesen Abgaben war der Landbevölkerung das Lehn-
 geld, auch Lehnware oder Laudemium genannt, ganz besonders verhaßt.
 Es gehörte unzweifelhaft zu den drückendsten Lasten, beruhte "nur
 selten auf gegründeten Rechtstiteln"⁸⁹ und erinnerte gar zu sehr "an
 die alten verrosteten Vorrechte einer Klasse bevorzugter Menschen"⁹⁰.
 Es wurde bei Kauf oder Vererbung ländlicher Grundstücke, teilweise
 auch als Sterbelehn geld beim Tode eines Besitzers von der Gerichts-
 herrschaft erhoben, wobei das größte Bauerngut ebenso pflichtig war
 wie die kleinste Häuslerstelle. Seine Höhe war sehr unterschiedlich.
 Sehr häufig berichteten die Petitionen über einen Satz von 5 Prozent
 der Kaufsumme oder des Werts⁹¹, der aber auch darunter oder darüber
 (bis zu 10 Prozent) liegen konnte. Das Lehngeld war eine äußerst
 einträgliche Einnahmequelle für die Inhaber der Feudalprivilegien.
 Beispielsweise erhielt die Herrschaft Hartenstein von einem einzigen
 Gut in Alberode innerhalb von sechs Jahren bei einem zweimaligen Be-
 sitzwechsel insgesamt 727 Taler 14 Neugroschen Lehngeld.⁹² Es war
 deshalb kein Wunder, daß sich die Rittergutsbesitzer gegen den dro-
 henden Verlust dieser Berechtigung wehrten oder bei der Berechnung
 der Ablösungssumme möglichst viele Lehnfälle im Jahrhundert zugrunde
 zu legen suchten, zumal die gesetzlichen Bestimmungen derartigen Ma-
 nipulationen geradezu Vorschub leisteten. So klagten 25 Gemeinden
 aus der Oberlausitz: "In bezug auf das Lehngeld werden von den Ge-
 richtsherrschaften so unbegründete und übertriebene Forderungen an
 uns gestellt, daß dessen Ablösung in der seitherigen Weise nicht we-
 niger drückend für uns ist als die Forterhaltung dieser ... Abga-
 be."⁹³ Die Gemeinde Irfersgrün (Kreis Reichenbach) drückte deshalb
 zweifellos die Meinung sämtlicher Landbewohner aus, wenn sie schrieb:
 "Verhaßter kann keine Abgabe sein!"⁹⁴

Die Feudalverpflichtungen waren zwar seit jeher eine schwere Last
 für die Landbevölkerung gewesen, zu Beginn des 19. Jahrhunderts hat-
 ten sie sich jedoch zu einer ganz besonders drückenden Bürde ent-
 wickelt. Einerseits hatte sich der Druck des Lehngeldes wesentlich
 verstärkt, weil im Zusammenhang mit dem Eindringen des Kapitalismus

88 Der Turmwart, Nr. 19, v. 3. 6. 1848.

89 SAD. Außerordentlicher Landtag 1848, II. Kammer, 3. Dep., Nr. 2 I, Bl. 28 v.

90 Ebenda, Landtag 1849, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 23 I, Pet. 118, Bl. 1 v.

91 Ebenda, Außerordentlicher Landtag 1848, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 23,
 Bl. 11 v.

92 Ebenda, 3. Dep., Nr. 2 II, Bl. 16 r.

93 Ebenda, Nr. 2 I, Bl. 28 v.

94 Ebenda, Landtag 1849, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 23 I, Pet. 188, Bl. 2 r.

in die Landwirtschaft nicht nur der Wert bzw. der Preis der Grundstücke innerhalb weniger Jahrzehnte um das Fünf- bzw. Sechsfache gestiegen war⁹⁵, sondern auch immer häufiger Besitzwechsel erfolgte. Andererseits hatten die feudalen Abgaben in ihrer Gesamtheit den pflichtigen Bauern die Einführung der neuen landwirtschaftlichen Produktionsmethoden erschwert, denn die dazu nötigen Gelder flossen in Form der feudalen Geldrente vorwiegend in die unergründlichen Taschen der Rittergutsbesitzer. Die Feudallasten traten, wie es in einer Petition der Vaterlandsvereine zu Geringswalde und Holzhausen (Kreis Rochlitz) hieß, "dem Aufblühen des Ackerbaus nur hinderlich in den Weg. Könnten die Ökonomen die Summen, welche sie den Rittergutsbesitzern zu zahlen haben, und welche ihnen nicht den geringsten Nutzen gewähren, auf Verbesserung ihrer Grundstücke verwenden, so würden diese einen weit höheren Ertrag geben."⁹⁶ Das änderte sich auch nach 1832 nicht sofort grundlegend. Da in den ersten anderthalb Jahrzehnten nach dem Erlaß des Ablösungsgesetzes die feudalen Abgaben keineswegs nur vereinzelte, zufällige Reste einer überlebten Vergangenheit darstellten, wurde die Lage der Landbevölkerung in Sachsen am Vorabend der Revolution noch immer wesentlich durch sie bestimmt, zumal neben der feudalen Ausbeutung auch die Herrschaftsbefugnisse der Rittergutsbesitzer fast unverändert fortbestanden.⁹⁷ Das betraf zunächst die Patrimonialgerichtsbarkeit - im Industriestaat Sachsen ein besonderer Anachronismus -, deren Aufhebung sogar die konservative Regierung als notwendig erkannt hatte. Sie war jedoch am Widerstand der Ritterschaft gescheitert, die ihre Herrenstellung erbittert verteidigte. Nur eine relativ kleine Gruppe von Gerichtsherren trat die Gerichtsbarkeit freiwillig an den Staat ab.⁹⁸ Das Staats-Handbuch von 1847 verzeichnete noch immer 931 Patrimonialgerichte.⁹⁹ Das alte morsche Gebäude der Patrimonialjustiz, das sich als das wichtigste Mittel der Gerichtsherrschaften zur Ausübung des außerökonomischen Zwangs erwiesen hatte, lastete nach wie vor auf der Masse der Rittergutsuntertanen. Mit seiner Hilfe zwangen viele Gerichtsherren solchen Untertanen, die sich neu auf Rittergutsland ansiedelten, sogar nach 1832 noch die

95 Ebenda, Außerordentlicher Landtag 1848, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 2 II, Bl. 15 v.

96 Ebenda, Landtag 1849, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 23 I, Pet. 613, Bl. 5 r.

97 Eine ausführliche Zusammenstellung aller politischen Vorrechte der Rittergutsbesitzer veröffentlichte das Ministerium der Justiz 1838 in Gesetz- und Verordnungsblatt 1838, S. 368 ff.

98 Vgl. Körner, Paul, a. a. O., bes. S. 112 ff.

99 Staats-Handbuch für das Königreich Sachsen 1847, hg. v. Direktorium des Statistischen Vereins, Leipzig o. J., S. 78 - 106.

alten feudalen Lasten oder ähnliche Abgaben in einem neuen Gewande auf.¹⁰⁰

Außerdem hatte auch die Einführung der Landgemeindeordnung von 1838 die Bevormundung der Landgemeinden noch keineswegs beseitigt. Der Gerichtsherr blieb die Gemeindeobrigkeit, beaufsichtigte das gesamte Gemeindewesen und verwaltete die Ortspolizei. Da er ferner die gewählten Gemeindebehörden bestätigte und ihre Tätigkeit kontrollierte, blieb die Selbständigkeit der Gemeinden auch weiterhin erheblich eingeschränkt.¹⁰¹ Das Patronatsrecht gewährte den Rittergutsbesitzern einen ähnlich bestimmenden Einfluß auf die Kirchgemeinden und das Schulwesen.

Es gab in Sachsen sogar noch eine ganze Reihe von Patrimonialstädten, die unter einer ähnlichen feudalen Abhängigkeit stöhnten. Zu ihnen gehörten die Städte Panig, Taucha, Groitzsch, Hainichen, Lunzenau, Frohburg, Riesa, Strehla, Pulsnitz und Lichtenstein, die sich im Frühjahr 1848 zu einer gemeinsamen Petition an die Landstände zusammenschlossen. Darin klagten sie, die Patrimonialstädte seien "gelähmt in ihrem Haushalte, ohnmächtig für jedes gemeinnützige Unternehmen ..., eingeschüchtert durch Gesetze, Lokal-Statuten, rechtskräftige Entscheidungen und eingeschnürt mit zahllosen Pflichten gegen den Staat und den Gutsherrn."¹⁰² Der Druck des Feudalismus erschwerte die Lage der Volksmassen also nicht nur auf dem Lande, sondern sogar in den kleinen Städten wesentlich.

Aus der Fülle der sonstigen feudalen Vorrechte, die dem bürgerlichen Ideal der formalen Gleichheit aller Staatsbürger widersprachen, ragte vor allem das feudale Jagdprivileg heraus, das in viele Bereiche des ländlichen Lebens eingriff und in krassem Widerspruch zu dem Bemühen der Bauern um eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion stand. Die Grundbesitzer beschwerten sich nicht nur über einen übermäßig hohen Wildbestand, schwere Wildschäden und das Zertreten der Felder durch den herrschaftlichen Jagdtroß, sondern auch über ungenügende Entschädigung und Klassenjustiz bei der Wildschadenvergütung und über erniedrigende Einschränkungen der persönlichen Freiheit, denn sie mußten zusehen, wie die Früchte ihres Schweißes

100 Vgl. SAD, Außerordentlicher Landtag 1848, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 22, Bl. 17 r.

101 Vgl. Kuntze, Hans, Die Landgemeinde und ihre Stellung im Staate im Gebiet des Königreichs Sachsen, unter Ausschluß der Lausitz, vom 16. Jahrhundert bis heute, jur. Diss. Leipzig 1919, S. 92 f.

102 SAD, Außerordentlicher Landtag 1848, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 32 (Petition der Patrimonialstädte ..., Rochlitz 1848, S. 4 f.).

durch das Wild zugrunde gerichtet wurden. Diese feudalen Herrschaftsbefugnisse und Privilegien beeinflussten die Verhältnisse der Landbewohner nicht weniger als die feudale Ausbeutung.

Auch die Zahlung der Ablösungsrenten bildete eine schwere wirtschaftliche Belastung. Sie waren in der Regel an die Landrentenbank, in Ausnahmefällen an die jeweilige Herrschaft zu zahlen und nach einhelliger Meinung vieler Petenten kaum zu erschwingen, da "jede, auch die geringste Dienstleistung ... mit schwerem Gelde aufgewogen werden mußte"¹⁰³. In einer Petition der Landbewohner um Zwickau an die Nationalversammlung in der Paulskirche hieß es: "Die Ablösungsgesetze, ... unter den hauptsächlichsten Einflüssen der bevorrechteten Kaste selbst zustandegebracht, stellten den Grundsatz vollständiger zu übermäßiger Entschädigung auf, und das von ihnen vorgeschriebene Ablösungsverfahren mußte bei seiner Langsamkeit und Kostspieligkeit, bei seiner offenen Parteinahme für die Bevorrechteten, dahin führen, ... daß bei den meisten Verpflichteten der Betrag der übernommenen jährlichen Geldrenten an die Bevorrechteten, ganz abgesehen von andern nicht abgelösten, noch fortbestehenden Feudallasten, den Betrag sämtlicher Steuern und Abgaben an den Staat häufig um das Doppelte und mehr überstieg."¹⁰⁴

Mochten die Renten in den einzelnen Orten je nach der Höhe der Feudallasten und dem Umfang der Ablösungen auch recht unterschiedlich sein, so waren sie doch für die Masse der Landbewohner in jedem Falle drückend und erreichten nicht selten ein solches Ausmaß, daß es nach Meinung vogtländischer Bauern unmöglich war, "bei dieser Abgabenlast ferner zu bestehen"¹⁰⁵.

Die Praxis der Grundentlastung bewies sehr rasch, daß die neuen Ablösungsrenten für die meisten Landbewohner schwerer zu tragen waren als die abgelösten Fronen und Servituten. Natürlich hatten Frondienste und herrschaftliche Trift- und Hutungsrechte die bäuerlichen Wirtschaften einschneidend behindert, aber der Masse der kleinen Grundbesitzer war es viel leichter gefallen, den sich daraus ergebenden Verpflichtungen nachzukommen, als die Renten jetzt in barem Gelde aufzubringen. Das zeigt eine Petition aus der Oberlausitz sehr deutlich. Nachdem darin festgestellt worden war, daß alle bisherigen Schritte zur Lösung des Feudalverhältnisses nicht die ersehnte Erleichterung gebracht hätten, hieß es dann: "Doch man sagt uns,

¹⁰³ Ebenda, Landtag 1849, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 23 I, Pet. 509, Bl. 4 v.

¹⁰⁴ Der Turmwart, a. a. O.

¹⁰⁵ Vogtländische Blätter, a. a. O.

ihr habt nun nicht mehr nötig..., dem Herrn Fronen zu tun, ihr seid nun frei. Sind wir aber frei, wenn wir jahraus, jahrein dafür bezahlen müssen? Und das Geld, das ich für meine Freiheit bezahlen muß, wer gibt mir das? Und man antwortet, siehe zu, wie du es erwirbst. Ist da nicht die Sache dieselbe geblieben, ist da nicht bloß die Art und Weise der Auffassung eine verschiedene geworden? Früher gab ich die Arbeit dem Herrn unmittelbar, jetzt gebe ich meine Arbeit einem andern, aber womit mir dieselbe gelohnt wird, erhält durch die Landrentenbank wieder der alte Herr, der damit die Arbeit, die er braucht, bezahlt, der daher dieselbe auch heute noch umsonst erhält.

Ja der heutige Zustand ist drückender, denn früher war ich gewiß, dem Herrn die Arbeit leisten zu können, jetzt aber habe ich nicht immer die Gewißheit, dem Herrn regelmäßig das Geld dafür auftreiben zu können, denn es gibt mehr Arbeiter als Arbeit."¹⁰⁶

Noch ein weiterer Faktor erhöhte in den vierziger Jahren den finanziellen Druck auf die Landbevölkerung beträchtlich. Mit Wirkung vom 1. Januar 1844 wurde in Sachsen ein neues Grundsteuersystem eingeführt, das die Steuerfreiheit der Rittergüter aufhob und die Steuerlasten auf alle Grundbesitzer verteilte.¹⁰⁷ Dieses an sich fortschrittliche Gesetz brachte jedoch für viele Grundbesitzer wiederum höhere Lasten, weil im Gegensatz zum bisherigen Steuersystem die noch immer auf dem Grundbesitz ruhenden Realabgaben bei der Berechnung der Grundsteuer unberücksichtigt blieben. Auch in dieser Hinsicht machte sich das Nebeneinander von feudalen und kapitalistischen Verhältnissen sehr nachteilig bemerkbar. Der Leipziger Rechtsanwalt Heinrich Graichen zeigte in einer Eingabe die nachteiligen Folgen des Grundsteuergesetzes am Beispiel eines Bauerngutes, auf dem jährliche Reallasten in Höhe von 223 Talern, 10 Neugroschen, 5 Pfennigen hafteten. Sein Besitzer zahlte im Jahre 1843 nicht mehr als 3 Taler, 3 Neugroschen, 1 Pfennig Steuern, weil die Reallasten bei der Steueranlagung vom Wert des Gutes abgesetzt wurden. Nach dem neuen Gesetz mußte er dagegen 36 Taler Grundsteuer entrichten.¹⁰⁸ Mochte das auch ein ausgesprochen krasser Fall sein, so führte die Grundsteuer doch allgemein zu einem erhöhten Steuerdruck. Viele Petition-

106 SAD, Landtag 1849, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 23 II, Pet. 1072, Bl. 1 v.

107 Gesetz- und Verordnungsblatt 1843, S. 97 ff.

108 Graichen, Heinrich, Beleuchtung der Ungleichheiten und Gebrechen, welche sich bei der Einführung des neuen Grundsteuersystems im Königreiche Sachsens für den mit Feudallasten behafteten bauerlichen und bürgerlichen Grundbesitz herausgestellt haben. Zum Behuf der Abstellung durch die jetzigen Volksvertreter, Leipzig 1849, S. 17.

nen spiegelten die wachsenden Ansprüche des Staates wider. Vogtländische Landbewohner klagten zum Beispiel, daß die Rittergutsuntertanen durch die neue Besteuerung "um die Hälfte, ja teilweise mehr als zwei Drittel höher gestellt" seien.¹⁰⁹ Obwohl die Bauern das Prinzip der neuen Grundsteuer begrüßten, erregte die höhere Steuerlast Unzufriedenheit, zumal die Forderungen der Gemeinden für Schulgeld, Armenpflege und sonstige Kommunalabgaben ebenfalls ständig stiegen. Die Bauern kritisierten aber auch das Anwachsen des Beamtenapparates, das "unglückliche und verderbliche Pensionswesen" sowie das kostspielige stehende Heer, "das markverzehrend an den Kräften der Nation nagt", und forderten Einsparungen im Staatshaushalt, um die Last der Abgaben zu erleichtern.¹¹⁰ In erster Linie wuchs jedoch der Haß auf die Feudalgefälle und die Loskaufgelder, deren Berechtigung immer mehr in Zweifel gezogen wurde. Die Gemeinde Staudt- nitz (Kreis Grimma) schrieb beispielsweise 1849: "Für das allgemeine Wohl wollen wir recht gern mit beitragen, dem Staate wollen wir den Haushalt erleichtern zu helfen suchen, aber einem Einzelnen, der in unserem Range steht, glauben wir, sind wir nichts schuldig und verbunden zu geben."¹¹¹ Zu diesen betont antifeudalen Schlußfolgerungen trug nicht zuletzt die Tatsache bei, daß den Rittergutsbesitzern für die Aufhebung der angemaßten Steuerfreiheit einige Millionen Taler "Entschädigung" aus der Staatskasse gezahlt wurden.¹¹² Weil sich so feudale Geldfälle, Ablösungsrenten sowie erhöhte Steuern und Kommunalabgaben summierten, nahm der finanzielle Druck auf die Volksmassen noch nie dagewesene Ausmaße an. Es war kein Wunder, daß die große Masse der ärmeren Landbevölkerung von einer solchen Last fast erdrückt wurde.

Aus der Fülle der Klagen seien einige charakteristische Beispiele zitiert. Die Gemeinde Cunsdorf (Kreis Reichenbach) schilderte ihre Lage wie folgt: "Wir müssen das ganze Jahr schwere und saure Arbeit verrichten, uns mühen und plagen; und wenn wir geerntet, gedroschen und wieder aufs neue den Acker bestellt haben, so will der Ertrag unserer Grundstücke kaum ausreichen, die Renten und Zinsen und überdies noch die ganze Grundsteuer zu bezahlen. Uns bleibt bei guter Zeit nichts übrig, viel weniger bei Mißwachs oder solchen Jahren..., wo das Getreide und andere verkäufliche Feldfrüchte weit unter dem

109 Vogtländische Blätter, a. a. O.

110 Vogtländischer Anzeiger, a. a. O.

111 SAD, Landtag 1849, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 23 I, Pet. 213, Bl. 3 r.

112 Vgl. Graichen, Heinrich, a. a. O., S. 4.

Produktionspreis stehen; wo es nicht ausreichen kann und notwendig Schulden gemacht werden müssen."¹¹³ In einer anderen Petition aus dem Vogtlande hieß es sogar: "Es ist daher nicht selten, daß viele Besitzer ... ein Stück Grund und Boden nach dem anderen verkaufen müssen, um die laufenden Renten decken zu können, bis endlich die unerschwingliche Rentenlast ihre ganze Habe verzehrt und sie ihre Besitzungen mit dem Rücken ansehen müssen."¹¹⁴ In einer Bittschrift aus Stein (Kreis Rochlitz) werden alle finanziellen Verbindlichkeiten der Gemeinde aufgezählt und geschlußfolgert: "... rechnet (man - R. Z.) dies alles zusammen, so kann und wird es niemanden wunderbar erscheinen, wenn wir alle verarmen und endlich zugrunde gehen müssen."¹¹⁵

Diese schlichten und uns gerade deshalb so unmittelbar ansprechenden Worte lassen den ganzen Umfang der Not, die durch das Nebeneinanderbestehen von Feudalabgaben, Loskaufgeldern sowie wachsenden Staatssteuern und Gemeindelasten auf dem Lande hervorgerufen wurde, zumindest erahnen. Wenn die hypothekarische Verschuldung der sächsischen Landwirtschaft im Jahre 1868 mit 533 576 886 Mark¹¹⁶ eine halbe Milliarde bereits überschritt, so war das in erster Linie eine Folge dieses enormen finanziellen Drucks.

Diese wachsende Not der Volksmassen war das sichtbare Ergebnis des preußischen Weges der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, der weitgehend den Klasseninteressen der ehemals feudalen Großgrundbesitzer angepaßt war. Wenn die Auswirkungen dieses Weges in Sachsen die Landbevölkerung auch nicht ganz so hart bedrückten wie beispielsweise im ostelbischen Junkerparadies, so führte die vorrangige Rücksichtnahme auf die Ritterschaft doch gleichfalls dazu, daß die mittelalterlichen Grundbesitzverhältnisse nicht mit einem Schläge vernichtet wurden, sondern sich langsam dem Kapitalismus anpaßten und diesem noch lange Zeit halbfeudale Züge verliehen.¹¹⁷ Diese jahrzehntelange enge Verflechtung feudaler und kapitalistischer Elemente hatte zwangsläufig zur Folge, daß die Landarbeiter und die

113 SAD, Landtag 1849, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 23 I, Pet. 550, Bl. 2 v - 3 r.

114 Ebenda, I. Kammer, Dir., Nr. 25 I, Pet. 19, Bl. 1 r.

115 Ebenda, II. Kammer, 4. Dep., Nr. 23 I, Pet. 90, Bl. 1 v - 2 r.

116 Langsdorff, Karl v., Die bäuerlichen Verhältnisse im Königreich Sachsen, in: Bäuerliche Zustände in Deutschland. Berichte, veröffentl. v. Verein für Sozialpolitik, Bd. 2, Leipzig 1883, S. 211.

117 Vgl. Lenin, W. I., Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts, in: Werke, Bd. 15, Berlin 1962, S. 131.

Masse der Bauernschaft nicht nur der kapitalistischen oder in kapitalistische Formen gekleideten Ausbeutung unterworfen waren, sondern gleichzeitig noch unter nicht unwesentlichen feudalen Lasten und Ausbeutungsmethoden litten. Wenn Karl Marx feststellte, die preußische Regierung habe es verstanden, "die unterdrückten Klassen dem Druck der feudalen und dem der modernen bürgerlichen Verhältnisse zu gleicher Zeit zu unterwerfen und so das Joch doppelt schwer zu machen"¹¹⁸, so gilt das in gleichem Maße auch für Sachsen.

Die angeführten Fakten beweisen, daß sich die Lage der Landbevölkerung besonders im letzten Jahrzehnt vor Ausbruch der Revolution auch in Sachsen¹¹⁹ schwerwiegend verschlechterte. Damit wird zumindest für diesen regionalen Bereich eindeutig die Behauptung des westdeutschen Historikers Stadelmann widerlegt, daß "die Zustände, unter denen gerade der kleine Mann in Deutschland in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts lebte ... fast ausnahmslos um vieles besser" gewesen seien als in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts.¹²⁰ Mit dieser These versucht Stadelmann, die Ursachen der Revolution aus dem Bereich der objektiven, gesetzmäßigen gesellschaftlichen Entwicklung in den Bereich rein subjektiver psychologischer Faktoren zu verlagern und den Nachweis zu führen, daß die Revolution angeblich kein wirkliches Bedürfnis der Volksmassen gewesen sei.

Die aufgezeigten Fakten beweisen das Gegenteil. Aber auch in Sachsen, wo sich der preußische Weg der kapitalistischen Entwicklung in der Landwirtschaft vorwiegend unter den Bedingungen der Grundherrschaft vollzog, waren am Vorabend der Revolution alle Schichten der Landbevölkerung äußerst unzufrieden, weil das Nebeneinanderbestehen von feudalen und kapitalistischen Elementen ihr Los wesentlich verschlechtert hatte. Ihr Haß richtete sich sowohl gegen die vielen noch vorhandenen feudalen Relikte als auch gegen die unerträglichen Härten, die ihnen die vorwiegend im Interesse der alten Feudalklasse liegende Ablösungsgesetzgebung gebracht hatte. Die objektiven Interessen der ausgebeuteten Landbevölkerung erforderten deshalb, die eingeleitete Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft konsequent im Interesse der Bauern zu Ende zu führen. Das bedeutete

¹¹⁸ Karl Marx/Friedrich Engels, Debatte über die bisherige Ablösungsgesetzgebung (Neue Rheinische Zeitung, Nr. 67, v. 6. 8. 1848), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 5, a. a. O., S. 312.

¹¹⁹ Für Schlesien wird derselbe Nachweis geführt bei Bleiber, Helmut, a. a. O., S. 366.

¹²⁰ Stadelmann, Rudolf, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, München 1948, S. 5.

nicht nur, alle noch bestehenden Feudalverpflichtungen entschädigungslos abzuschaffen, sondern auch den radikalen Wegfall aller Ablösungsrenten und die Rückzahlung aller Gelder, die im Rahmen des Ablösungsprozesses bisher von den Bauern erpreßt wurden.¹²¹ Diese Aufgaben waren nicht durch Reformen, sondern nur im revolutionären Kampf zu lösen, weil sie die völlige politische Entmachtung der feudalen Reaktion voraussetzten. Nur eine revolutionäre Lösung der Agrarfrage konnte die Lage der doppelt ausgebeuteten Bauern und Landproletarier wirksam verbessern, aber auch für die sich herausbildenden kapitalistischen Großbauernbetriebe die günstigsten Bedingungen schaffen, denn die agrarkapitalistische Entwicklung vom bäuerlichen Typus bedeutete "rasche Entwicklung der Produktivkräfte und die besten (unter den Verhältnissen der Warenwirtschaft überhaupt möglichen) Existenzbedingungen für die Bauernmasse."¹²²

Die Untersuchung der sozialen Struktur und Lage der Landbevölkerung in Sachsen am Vorabend der Revolution von 1848 zeigt jedoch überzeugend: Auch in einem Lande, wo sich die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft auf dem preußischen Wege unter relativ günstigen Bedingungen vollzog, lag um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein revolutionärer antifeudaler Kampf objektiv noch im Interesse aller ausgebeuteten Dorfbewohner, angefangen von den Großbauern, die allerdings einerseits bereits selbst kapitalistische Ausbeuter waren, andererseits aber immer noch feudal ausgebeutet wurden, bis zum doppelt ausgebeuteten Landproletariat.¹²³ Infolge der bürgerlichen Agrarreformen Sachsens mußte sich dieser Kampf jedoch nicht mehr nur gegen das feudale Eigentum schlechthin, sondern auch gegen den bauernfeindlichen preußischen Weg zur Überwindung des Feudalismus richten.

Die Besonderheiten der sozialökonomischen Struktur Sachsens blieben nicht ohne Einfluß auf die revolutionären Potenzen der Landbevölkerung und wirkten sich teils hemmend, teils fördernd auf sie aus. Zu den abschwächenden Momenten gehörte zunächst die Tatsache, daß nur noch ein Drittel der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebte. Die Massenbasis einer möglichen antifeudalen Bauernbewegung war daher

121 Vgl. Wolff, Wilhelm, a. a. O., S. 79; Schmidt, Walter, a. a. O.

122 Lenin, W. I., Das Agrarprogramm, a. a. O., S. 241.

123 Im Rahmen dieses Artikels ist es nicht möglich, auf die unterschiedliche Lage der einzelnen Schichten der feudal ausgebeuteten Landbevölkerung einzugehen. Vgl. dazu Zeise, Roland, Die antifeudale Bewegung der Volksmassen auf dem Lande in der Revolution von 1848/49 in Sachsen, phil. Diss. Potsdam 1966, S. 65 - 77.

im Vergleich zu typischen Agrarstaaten von vornherein begrenzt. Da die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft auf dem preußischen Wege in Sachsen bis zum Vorabend der Revolution schon relativ weit fortgeschritten war, hatte auch die soziale Differenzierung der bäuerlichen Bevölkerung einen beträchtlichen Grad erreicht. Die Großbauern, die sich zu kleinen Agrarkapitalisten entwickelten, hatten sich dank ihrer starken wirtschaftlichen Positionen ohne wesentliche nachteilige Folgen weitgehend von den feudalen Bindungen losgekauft. Außerdem besaßen sie als kapitalistische Ausbeuter sogar manche gemeinsame Interessen mit den Rittergutsbesitzern, die ja nicht nur feudale, sondern ebenfalls auch kapitalistische Ausbeuter waren und sich hinsichtlich der Größe ihrer Güter oft kaum von den wirtschaftlich stärksten Großbauern unterschieden. Da das sächsische Ablösungsgesetz gerade für die kapitalkräftigen größeren Bauern recht günstige Bedingungen schuf - sie waren in der Regel ökonomisch so stark, daß sie die Feudallasten ohne wirtschaftliche Schwierigkeiten, häufig durch einmalige Kapitalzahlung, ablösen und außerdem noch verhältnismäßig große Mittel für die erweiterte Reproduktion verwenden konnten -, war die großbäuerliche Schicht längst nicht in gleichem Maße an antifeudalen Aktionen interessiert wie die Masse der Klein- und Mittelbauern. Zwar bildeten die Großbauern nur eine Minderheit der Bauern und erst recht der Dorfbevölkerung, aber sie übten auf Grund ihrer ökonomischen Positionen bedeutenden Einfluß im Dorfe aus. Ihre Existenz mußte deshalb die revolutionären Potenzen der Bauernschaft abschwächen.¹²⁴ Auch die teilweise Verschleierung der Härten und des bauernfeindlichen Charakters der Ablösung durch das Wirken der Landrentenbank bildete ebenso einen hemmenden Faktor wie die relativ günstige Lage der Amtsuntertanen im Vergleich zu den Rittergutsuntertanen und die differenzierte sozialökonomische Entwicklung der einzelnen Landesteile.¹²⁵

Die Wirkung dieser hemmenden Faktoren wurde jedoch weitgehend ausgeglichen durch eine Reihe anderer, die die Revolutionierung der Landbevölkerung förderten. An erster Stelle stand dabei die für die

¹²⁴ Bleiber stellt für Schlesien fest, "daß die die revolutionären Potenzen der Bauernschaft abschwächenden Möglichkeiten, die die Ablösungen und Regulierungen mit sich bringen mußten, noch kaum wirksam wurden", weil sich aus der Art und Weise dieser "Bauernbefreiung" soviel neuer Zündstoff ergab, daß sich 1848 gerade die größeren Bauern häufig an die Spitze der antijunkerlichen Aktionen stellten. (Bleiber, Helmut, a. a. O., S. 380.) Das trifft für Sachsen kaum zu.

¹²⁵ Vgl. zu den beiden letztgenannten Faktoren Zeise, Roland, a. a. O., S. 24 - 26 u. 47 - 50.

agrarkapitalistische Entwicklung auf dem preußischen Wege typische Vermengung feudaler und kapitalistischer Widersprüche, die zur doppelten Ausbeutung der Bauern und Häusler führte, wodurch diese eine besonders schwere Bürde zu tragen hatten. Dadurch verstärkten sich selbstverständlich die revolutionären Potenzen der Volksmassen auf dem Lande. Außerdem litten diejenigen kleinbürgerlichen und proletarischen Dorfbewohner, die in Gewerbe und Industrie tätig waren, ebenfalls ausnahmslos noch unter der feudalen Ausbeutung und den Härten, die deren Ablösung mit sich brachte. Damit bestanden günstige Voraussetzungen für ein Zusammenwirken von Bauern, Handwerkern und Arbeitern im antifeudalen Kampf, die für die restlose Zerschlagung der ökonomischen und politischen Machtpositionen der feudalen Kräfte die größte Bedeutung besaßen und dazu führten, daß sich in der Revolution von 1848/49 in Sachsen ein enges Bündnis zwischen den Demokraten der Städte und der Masse der Landbevölkerung herausbildete.¹²⁶

In ihren Grundzügen nahm die antifeudale Bewegung auf dem Lande in Sachsen einen ähnlichen Verlauf wie in anderen deutschen Staaten.¹²⁷ Sie war zunächst durch spontane, lokal zersplitterte und isolierte antifeudale Aktionen gegen die Grund- und Gutsherren und eine sehr begrenzte Zielstellung gekennzeichnet. Die Volksmassen wollten in der Regel die Feudallasten noch nicht konsequent beseitigen, sondern sie lediglich vermindern oder auf leichtere Art und Weise ablösen. Im Gegensatz zu Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg und teilweise Brandenburg, wo die ländlichen Arbeiter der Volksbewegung auf dem Lande das Gepräge gaben und die Bauern sich meist zurückhielten oder sogar auf der Seite der Gutsherren gegen die Landarbeiter auftraten¹²⁸, bestimmten in Sachsen, wie allgemein in den Gebieten der Grundherrschaft, vorwiegend die bäuerlichen Schichten - wenn dabei auch differenziert werden muß - das Bild der antifeudalen Bewegung. Die ländlichen Tagelöhner nahmen daran mehr oder weniger aktiv, aber nicht als selbständig handelnde Kraft teil. Nach wenigen Wochen klangen diese revolutionären Aktionen, deren Schwerpunkt in den Schönburgischen Herrschaften lag, hauptsächlich infolge des Verrats

¹²⁶ Vgl. ebenda, S. 208 - 256.

¹²⁷ Vgl. derselbe, Die antifeudalen Aktionen der Landbevölkerung in Sachsen im Frühjahr 1848, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, 7. Jg. 1965, S. 634 - 642; derselbe, Der Kampf um die Mobilisierung der Landbevölkerung in Sachsen im Frühjahr 1848, in: Sächsische Heimatblätter, 12. Jg. 1966, S. 429 - 444.

¹²⁸ Vgl. Hübner, Hans, Die Bewegung der ostelbischen Landarbeiter in der Revolution von 1848/49, phil. Diss. Halle 1959.

der liberalen Bourgeoisie an den Bauern und des Versagens der kleinbürgerlichen Demokraten rasch ab. Die Landbevölkerung versuchte nun, ihre gerechten Forderungen auf parlamentarischem Wege durchzusetzen. Petitionen an den Landtag und die deutsche Nationalversammlung wurden zur Hauptform der antifeudalen Bewegung. Im Zusammenhang mit der durch den Vormarsch der feudalen Reaktion ausgelösten Verschärfung der Klassenwidersprüche nahm der antifeudale Kampf der Landbevölkerung im Herbst 1848 in einigen Teilen Deutschlands erneut einen Aufschwung. In Sachsen äußerte sich das vor allem darin, daß die Bauern und Häusler immer stärker den unentgeltlichen Wegfall aller Feudallasten forderten und ein enges Bündnis mit der kleinbürgerlichen Demokratie eingingen. Die immer stärkere Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Revolution und Konterrevolution zugunsten der Reaktion schränkte jedoch die Möglichkeiten für eine revolutionäre Lösung der Agrarfrage immer mehr ein, bis schließlich die Niederlage der Revolution die Hoffnungen der Landbevölkerung auf eine konsequente Vernichtung aller Überreste des Feudalismus und auf eine Beendigung der Politik der Ablösung feudaler Verpflichtungen durch Geldzahlung oder Landabtretung unwiderruflich zunichte machte.

Obwohl der Versuch der feudal ausgebeuteten Volksmassen, eine revolutionäre Lösung der Agrarfrage durchzusetzen, scheiterte und es nicht gelang, die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft auf eine Bahn zu lenken, die den Interessen der bäuerlichen Bevölkerung und der gesamten Nation entsprochen hätte, bewiesen die Kämpfe so nachdrücklich die Notwendigkeit einer raschen Beseitigung der Feudallasten, daß sich sogar einflußreiche Kreise der sächsischen Konservativen dieser Erkenntnis nicht verschließen konnten. Deshalb erließ die Regierung in den folgenden Jahren einige wichtige Nachtragsgesetze zum Ablösungsgesetz von 1832, durch die der Loskauf von den Feudallasten wesentlich erleichtert und beschleunigt wurde.¹²⁹ Jeder Untertänigkeits- und Hörigkeitsverband einschließlich der daraus resultierenden persönlichen Abgaben und Leistungen sowie alle Abgaben, die aus der Patrimonialgerichtsbarkeit und der gutherrlichen Polizeigewalt herrührten, wurden unentgeltlich beseitigt. Alle noch bestehenden Einschränkungen für die Ablösung bestimmter Lasten, besonders der Geldgefälle, fielen weg. Die in der Revolution besonders heiß umstrittene Ablösung des Lehngeldes wurde wesentlich erleichtert. Diese Gesetze hatten zur Folge, daß zehn Jahre nach der Niederlage der Revolution in Sachsen alle Feudalla-

129 Vgl. Groß, Reiner, a. a. O., S. 181 ff.

sten abgelöst waren. Da außerdem im Jahre 1855 auch die letzte Bastion des Feudalismus auf dem Lande, die Patrimonialgerichtsbarkeit, fiel, waren am Ende der fünfziger Jahre die feudalen Produktionsverhältnisse mit allen ihren Bindungen in Sachsen endgültig vernichtet. Damit wurde das für den preußischen Weg der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft typische "Übergangssystem, ... das Grundzüge sowohl des fronherrlichen als auch des kapitalistischen Systems in sich vereinigt"¹³⁰ und für die Volksmassen besonders drückend war, weil sie einer doppelten Ausbeutung unterworfen wurden, nach der Revolution in relativ kurzer Zeit beseitigt.

Der antifeudale Kampf der Landbevölkerung hatte die Beseitigung der feudalen Produktionsverhältnisse erheblich gefördert. Wenn die Ablösung in einigen deutschen Staaten während der Revolution überhaupt erst in Gang kam und in allen anderen durch neue Agrargesetze beschleunigt und erleichtert wurde, so war das zweifellos ein sichtbares Ergebnis der antifeudalen Aktionen der Bauern und ländlichen Arbeiter. Ihre Teilerfolge änderten jedoch nichts an der Tatsache, daß die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft infolge der Niederlage der Revolution auf dem für die Volksmassen ungünstigen Wege zu Ende geführt wurde, der die gesamte politische Entwicklung in Deutschland unheilvoll beeinflusste, weil die feudale Reaktion weder politisch noch ökonomisch entmachtet wurde, wie das im internationalen Interesse notwendig gewesen wäre, sondern im Gegenteil sogar auf Kosten der Bauern und Häusler ökonomisch gestärkt aus den bürgerlichen Agrarreformen hervorging. Es dauerte noch mehr als hundert Jahre, bis in unserer Deutschen Demokratischen Republik die Wünsche und Hoffnungen der Bauern von 1848 im Sozialismus auf höherer Ebene Wirklichkeit wurden.

¹³⁰ Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1956, S. 188.

Die Auswanderung von Bewohnern des Kreises Mühlhausen i. Thür. nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, unter besonderer Berücksichtigung der eichsfeldischen Gemeinden des Kreises

von Helmut Godehardt

In das Jahr 1682 fällt für das Eichsfeld der Beginn einer gewerblich-kapitalistischen Produktion. Zu diesem Zeitpunkt legte Valentin Degenhardt mit der Einführung der Wollweberei den Grundstein für eine hausindustrielle Textilproduktion großen Ausmaßes. Eine Voraussetzung für die Entwicklung des eichsfeldischen Textilgewerbes war, daß ein zahlenmäßig großer Anteil der Dorfbevölkerung landarm, landlos und besitzlos war. Andererseits war eine entsprechende Akkumulation von Kapital bei einzelnen Unternehmern vorhanden, um diese von der bäuerlichen Wirtschaft gelösten Arbeitskräfte in den neuen Produktionsprozeß einzugliedern. Somit kam es zu einer grundlegenden Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, und das Eichsfeld wurde schließlich zum wichtigsten Zentrum der Wollzeugweberei in ganz Deutschland.¹

Die Einführung und das rasche Aufblühen des Textilgewerbes bewirkten, daß die Bevölkerung des Eichsfeldes enorm anstieg, da alle Heiratsbeschränkungen, die bisher auf Grund der schlechten Produktionsbedingungen bestanden hatten, jetzt wegfielen. Um mehr als 100 Prozent, und zwar von etwa 40 000 auf 80 000, nahm die Bevölkerung allein vom Beginn des 18. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zu, wobei die Steigerung im Zeitraum von 1766 bis 1804 45 Prozent betrug.² Bereits 1766 waren 24 Prozent der Gesamtbevölkerung ausschließlich als Raschmacher, Leineweber, Woll- und Garnspinner tätig.³

Bald sollte es sich aber rächen, daß auf dem räumlich kleinen Eichsfelde, dessen wenig fruchtbarer Boden längst nicht alle Bewohner er-

1 Vgl. *Blumfeld, Horst*, Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1965, S. 72.

2 *Hartmann, Josef*, Die kurmainzischen Ämter des mittleren und oberen Eichsfeldes. Untersuchungen zur Verwaltung, Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur eines geistlichen Fürstentums, phil. Diss. Halle 1962 (Ms.) S. 156.

3 Ebenda, S. 195.

nähren konnte und das über nicht genügend eigene Rohstoffe zur Verarbeitung verfügte, die Bevölkerung in einem solch großen Maße angewachsen war. Solange das Textilgewerbe "blühte und die Erzeugnisse Absatz auf den Märkten fanden, haben sich aus der dicht besiedelten Bevölkerung keine sonderlichen Schwierigkeiten ergeben, in ihr lag die Stärke des Gewerbes, das seinen Mann nährte, wenn auch zu Zeiten mehr schlecht als recht".⁴

Mit dem Beginn der Vorbereitungsperiode der industriellen Revolution in Deutschland zeigte sich, daß das eichsfeldische Textilgewerbe auf dem alten Stand eines über das ganze Land verstreuten Verlagssystems stehen geblieben war. Seitens der Unternehmer kam es hier nicht zu einer zentralen Massenanlage von konstantem fixen Kapital, so daß die einseitige und schwache bäuerlich-gewerbliche Struktur erhalten blieb. Jetzt wurden die eichsfeldischen Erzeugnisse mehr denn je der Konkurrenz inländischer und ausländischer Waren ausgesetzt, und es sollte sich zeigen, ob sie in diesem Kampf bestehen konnten.

Die einzelnen Handlungshäuser außerhalb und innerhalb des Eichsfeldes hatten nichts unternommen, um die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern oder neue Arten von Geweben auf dem Eichsfeld einzuführen. Ihr Streben war einzig und allein auf Gewinn gerichtet, und sie hatten die Einkaufspreise immer so niedrig wie möglich gehalten, so daß sie als gefürchtete Konkurrenten anderer Handlungshäuser galten.

Wer gehofft hatte, daß mit der Erringung der nationalen Unabhängigkeit und der Beendigung der napoleonischen Kriege die Entwicklung des textilen Gewerbes auf dem Eichsfeld wieder einsetzen würde, wurde enttäuscht. Der Verfall nahm jetzt noch größere Ausmaße an.⁵ Die Unterbindung des Handels während der Kontinentalsperre brachte den Absatz fast gänzlich ins Stocken. Alle früheren Märkte gingen nach und nach verloren, und unter den Webern und Spinnern griffen Not und Elend um sich. Hinzu kam die drückende Konkurrenz der Baumwolle. Die Einführung der Baumwollweberei auf dem Eichsfeld in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts, die sich ausschließlich auf Handarbeit stützte, bot be-

⁴ Haendly, Karl P., Die Ursachen und Beweggründe für die Massenabwanderung vom Eichsfeld, in: Eichsfelder Heimatstimmen, 2. Jg. 1958, S. 153.

⁵ Kabisch, Karl-Heinz, Das Ende des Wollzeuggewerbes und seine sozialen Folgen für die Heimweber im Obereichsfeld, in: Eichsfelder Heimathefte, H. 2/1964, S. 108 f.; Prochaska, Walter, Die Entwicklung des Textilgewerbes auf dem Eichsfeld, in: ebenda, Sonderausg. 1963, S. 55.

schäftigungslos gewordenen Woll- und Leinewebern nochmals für eine begrenzte Zeitspanne eine recht dürftige Erwerbsmöglichkeit.

Das Dahinsiechen des einst blühenden eichsfeldischen Textilgewerbes, dem von staatlicher Seite keinerlei nennenswerte Unterstützung gewährt wurde, mußte mit Beginn der industriellen Revolution in Deutschland in der Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts noch krassere Formen annehmen.

Am Ende des 18. Jahrhunderts gab es auf dem Eichsfeld "kein Haus, in dem nicht eine Tätigkeit, die irgendwie mit den Textilgewerben zusammenhing, ausgeübt wurde. Das ganze Gebiet glich einer einzigen Gewer-
bekolonie".⁶ Kämmer, Spinner, Weber, Färber, Appreteure, Händler, Gestellmacher, Kammacher, Drechsler, Fuhrleute, Schmiede, Stellmacher usw. hatten aus dem Gewerbe den größten Teil ihres Lebensunterhaltes bezogen. Dies änderte sich nunmehr in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts grundsätzlich. "Dem Elend und dem Druck nachgebend, lockte die Sehnsucht, aus der Enge und Hoffnungslosigkeit in der Heimat zu kommen, Tausende Eichsfelder in die Fremde. Auf allen Wegen und nach allen Richtungen, wie die vom Eichsfeld kommenden Bäche und Flüsse, sich teilend in alle Winde, wurden sie zu Heimatlosen wider Willen. Menschen, die ohne ihr Wollen und Zutun zwischen Vergangenheit und Zukunft geraten waren".⁷ So wurde das Eichsfeld in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem Hauptausgangsgebiet temporärer agrarischer und nichtagrarischer Binnenwanderungen.⁸ Eichsfelder konnte man antreffen beim Straßen- und Eisenbahnbau, als Ziegeleiarbeiter und Torfstecher, als Maurer und Zimmerer, als landwirtschaftliche Arbeiter, Wollkämmer und Wollspinner. Sie zogen unter anderem in die Rhein-
genden, in das Magdeburgische, nach Berlin, in das Braunschweigische, in die Gegend von Hannover, nach Halle, Halberstadt, Erfurt und Frankfurt (Main).

Andere, die ehemals ebenfalls in einem der Zweige des textilen Gewerbes Beschäftigung gefunden hatten, zählten jetzt zu der großen Anzahl der

6 Haendly, Karl P., Streiflichter, in: Unser Eichsfeld, Nr. 10/1930, S. 229.

7 Derselbe, Das "arme" Eichsfeld, in: Unser Eichsfeld, Nr. 9/1938, S. 207 f.

8 Godehardt, Helmut, Das Eichsfeld als Ausgangsgebiet agrarischer und nichtagrarischer Wanderungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Eichsfelder Heimathefte, H. 2/1966, S. 78 - 90.

Hausierer, die unter anderem mit Woll-, Baumwoll- und Leinenzeugen, Stroh- und Korbgeflechten, Bürsten, Besen, Matten, Kurzwaren, Schwämmen, Streichhölzern, Gewürzen, Südfrüchten, ja sogar mit Schweinen und Kanarienvögeln handelten.

In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts setzte dann auch die Auswanderungsbewegung von Eichsfeldern nach den USA ein. Die "Zauberformel": "Amerika ist ein freies Land, wo es keine Konksription, keinen Amtmann, keinen Gendarm, keinen Herzog und keinen König gibt"⁹, wurde der Lockruf zur Auswanderung. Zahlreiche Eichsfelder zogen es vor, ihre Heimat für immer zu verlassen, um sich, vorwiegend in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, eine neue Existenzgrundlage aufzubauen. Das überbevölkerte Eichsfeld, ein industrielles Notstandsgebiet, bot ihnen keine gesicherten Lebensmöglichkeiten mehr, denn das Mißverhältnis zwischen Bevölkerungszahl und der Möglichkeit der Verwendung der Arbeitskräfte spitzte sich immer mehr zu.

Mitbestimmend für die Auswanderung war, daß in Deutschland auf der Bevölkerung weiterhin "die feudalen Überbleibsel, die Reste der Leibeigenschaft, der Druck des preußischen Militarismus und der Kleinstaaterei"¹⁰ lasteten. In den USA, "wo neben vielen Illusionen tatsächlich im Vergleich zu Preußen-Deutschland die in bezug auf die kapitalistische Entwicklung überlegenen gesellschaftlichen Verhältnisse, die höheren Löhne sowie der noch leicht zu erwerbende Boden lockten"¹¹, erhoffte man sich günstigere Arbeits- und Lebensbedingungen. Nicht Abenteuerlust, sondern Angst vor bitterster Not trieb viele eichsfeldische Menschen aus ihrer Heimat. Sie reihten sich ein in den Strom der Auswanderer nach den USA, deren Zahl im Zeitraum von 1830 bis 1870 zirka 2 1/2 Millionen betragen haben dürfte.¹²

Der Verfall des eichsfeldischen Textilgewerbes in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts muß als die Hauptursache für die vom Eichsfeld ausgehenden temporären Arbeiterwanderungen wie auch für die Auswanderungsbewegung nach den USA angesehen werden. Zahlreiche Bewohner, in der Heimat ohne ausreichende Erwerbsmöglichkeiten, suchten und fanden diese nicht gerade befriedigenden Auswege.

9 Goldmann, Liborius, Obereichsfeldische Auswanderung nach Amerika in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Unser Eichsfeld, Nr. 12/1928, S. 257.

10 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1964, S. 227.

11 Ebenda.

12 Ebenda; Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961, S. 240.

Falsch ist es, als "Hauptursache der vom Eichsfeld ausgehenden Wanderungen" die Bodenbesitzersplitterung anzusehen¹³, die durch die vorherrschende Realteilung eintrat. Die Feststellung, daß "die zur Gewohnheit gewordene und Jahrhunderte lang betriebene Realteilung des Bodens, ... das Vorherrschen des Klein- bis Parzellenbesitzes auf dem Eichsfeld, andererseits korrelativ damit die starke Vermehrungstendenz der Bevölkerung bei eintretender Verengung des Nahrungsspielraumes und verminderter Arbeitskapazität zum Ergreifen neuer Berufe, zur Saisonwanderung oder gar zur Auswanderung"¹⁴ führte, ist nicht vertretbar. Hier wird die Auffassung deutlich, daß am Elend der Bewohner des Eichsfeldes im 19. Jahrhundert die Erzbischöfe von Mainz schuld seien, denn sie hätten seit dem 15. Jahrhundert die Realteilungen gefördert¹⁵ und das Eichsfeld gegenüber seinen Nachbargebieten abgeschlossen¹⁶.

Wahr ist, daß die Realteilungen erst im 19. Jahrhundert, mit dem Verfall des Textilgewerbes parallel laufend, große Ausmaße annahmen, da man jetzt danach strebte, "durch den Erwerb einer Landparzelle die Existenzbasis zu verbreitern."¹⁷ Während der Blütezeit des Gewerbes wurde der Ackerbau sogar vernachlässigt, denn man konnte vom Ertrag des Spinnrades und Webstuhles leben. Viele waren nur "darauf bedacht, den eigenen Bedarf an Brotgetreide und Kartoffeln anzubauen, um die im Gewerbe auftretenden Krisen leichter überwinden zu können."¹⁸

Mit dem Verfall des Gewerbes wurde es anders, wie zum Beispiel aus einem Bericht des Heiligenstädter Landrates an die Regierung in Erfurt vom 26. Januar 1835 hervorgeht: "Übrigens nimmt der Ackerbau immer mehr einen größeren und besseren Umfang, wozu die Bewohner dadurch genötigt sind, daß die früheren Nahrungsquellen als Wollweberei und Spinnerei ganz versiegt sind, und dieselben bei der Überbevölke-

13 *Molle, Fritz*, Das Eichsfeld als Ausgangsbereich für Arbeiterwanderungen, in: Beiträge zur mitteldeutschen Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftskunde, Halberstadt 1925, S. 69.

14 Ebenda.

15 *Hartmann, Josef*, a. a. O., S. 179, belegt, daß die Regierung in Heiligenstadt bereits 1699 anordnete, Ländereien "nicht weiter als bis zu einer viertel oder höchstens bis zu einer halben viertel Hufe" zu teilen. 1705 wurde die Zerstückelung sogar generell verboten.

16 *Molle, Fritz*, a. a. O., S. 69; vgl. hierzu *Haendly, Karl P.*, Glossen, in: Unser Eichsfeld, Nr. 3/1926, S. 82.

17 *Haendly, Karl P.*, Glossen, a. a. O., S. 84.

18 *Derselbe*, Ursachen und Beweggründe für die Massenabwanderung vom Eichsfeld, a. a. O., S. 152.

rung mithin gezwungen sind, entweder in der Ferne Arbeit und Nahrung zu suchen, oder die Steine von dem bisher öden Lande zu entfernen und solches urbar zu machen."¹⁹

Wenn ich behaupte, daß der Verfall des eichsfeldischen Textilgewerbes als Hauptursache für die Arbeiterwanderungen und Auswanderungen angesehen werden muß, so soll nunmehr nachgewiesen werden, daß noch andere wirksame Gründe einen recht fördernden Einfluß ausgeübt haben.

In der Hebung der Landwirtschaft glaubte man einen Ausweg aus der durch den Niedergang der Textilproduktion herbeigeführten schwierigen Situation zu finden. Aber gerade dieser Sektor der Wirtschaft bot keine günstigen Vorbedingungen dafür, das Übel an der Wurzel zu fassen. Die durch die geltende Realteilung herbeigeführte und im 19. Jahrhundert zunehmende Zersplitterung der Ackerstücke hatte dazu geführt, daß man auch auf dem Eichsfeld neben den Landlosen zwischen Voll-, Halb- und Kleinbauern unterscheiden mußte. Die bäuerliche Ordnung war während der Blütezeit des Textilgewerbes ins Wanken geraten; sie war verändert und entstellt worden, da es zu einer engen Verflechtung landwirtschaftlicher und gewerblicher Tätigkeit gekommen war. Jetzt aber reichte der landwirtschaftlich zu nutzende Boden nicht mehr aus, die stark angewachsene Bevölkerung zu ernähren, denn der Boden ließ sich nicht beliebig vermehren oder in einen entsprechend fruchtbaren umwandeln.

So berichtete beispielsweise der Magistrat der Stadt Heiligenstadt über den Stand der Bodenkultur und der Gewerbe im Jahre 1841: "Mit der steigenden Bevölkerung steigt der Preis der Grundstücke und der Pachtzins, und es wird deshalb von Rainen ..., was irgend nur für den Ackerbau sich eignet, umgerodet und urbar gemacht. Was zum Ackerbau nicht nutzbar ist, wird infolge der gestiegenen Brennholzpreise auch von Privatpersonen mit Holz besät und bepflanzt. Die althergebrachte Dreifelderwirtschaft geht fast ganz ein, nur die schlechten und ... entfernten Äcker werden noch zur Brache liegen gelassen. Alles übrige Land wird übersömmert ... Die gewöhnlichen Gewerbe: Bäcker, Fleischer, Schuhmacher, Schneider und Tischler scheinen immer mehr zu ver-

¹⁹ Historisches Staatsarchiv Gotha (im folgenden: HiStA Gotha), Reg. Erf., Nr. 1877.

fallen, je mehr die Zahl dieser Gewerbetreibenden anwächst, und besteht der größte Teil derselben aus armen oder verarmten Personen ..."²⁰

Im eichsfeldischen Teil des Kreises Mühlhausen, "wo der Ackerbau selbst bei dessen umsichtigsten und höchsten Betrieben insofern immer nur als eine verhältnismäßig wenig Menschen nährenden Nebensache betrachtet werden kann, als es im Verhältnis zu der Seelenzahl am kulturbaren Raum fehlt, als zum anderen der wirklich vorhandene entweder zu kalt belegen oder von zu großer steriler Qualität ist"²¹, konnte man durch eine besondere Förderung der Landwirtschaft beim damaligen Stand der Produktivkräfte nichts erreichen.

Entscheidend wird aber gewesen sein, daß fast sämtliche Grundstücke auf dem Eichsfeld verschuldet und mit hohen gutsherrlichen Lasten beladen waren. Die Junker, die unbeirrt an ihren Vorrechten festhielten, hatten im Laufe der Zeit immer wieder die Dienste und Abgaben willkürlich erhöht und damit eine Situation herbeigeführt, unter deren Lasten die Bauern letztlich zusammenbrechen mußten. Sogar der preußische Minister des Innern und der Polizei, Freiherr von Brenn, stellt für das Eichsfeld nicht in Abrede, daß die starke "Belastung der Grundbesitzer mit gutsherrlichen Abgaben zur Vermehrung des herrschenden Notstandes wesentlich" beigetragen hat. Im gleichen Schreiben heißt es an anderer Stelle: "Gewiß würde indeß die Landwirtschaft im Eichsfelde sich früher verbessern lassen, wenn der Grundbesitz nicht so übermäßig mit gutsherrlichen Abgaben belastet wäre, und von seiten der Gesetzgebung und Verwaltung mehr geschähe, die Abänderung dieser Lasten zu erleichtern und zu befördern."²²

Der preußische Finanzminister Maassen, die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eichsfeldes einschätzend, schreibt am 17. Januar 1833: "Für die Verbesserung der Bodenkultur hat die Königl. Regierung in Erfurt mehrere nützliche Anregungen getroffen. Diese werden aber unzureichend bleiben, solange die gegenwärtige Belastung des von den Gutsherrschaften abhängigen Grundbesitzers - und dieses ist der bedeutendste Teil des Landes - fort dauert. Der Druck dieser Belastung entspringt hauptsächlich daraus, daß die Besitzer die unter der westfälischen Herrschaft eingeführte höhere Grundsteuer allein ohne Konkurrenz der Guts-

20 Ebenda, Landratsamt Heiligenstadt, Nr. 282, Bl. 63 (Bericht vom 28. 12. 1841 an den Landrat des Kreises).

21 Deutsches Zentralarchiv (im folgenden: DZA Merseburg), Rep. 77, CCXV a, Nr. 63, Bl. 62.

22 Vgl. ebenda, Bl. 51 - 54 (Schreiben vom 15. 10. 1832).

herren zu zahlen haben. ... Die Grundsteuer ist nur bei den mit gutsherrlichen Lasten beschwerten Grundstücken drückend; dies rührt aber nicht von der Höhe der Steuer an sich, sondern ... davon her, daß die Steuer den Besitzern, mit Verschonung der Gutsherren, allein aufgebürdet ist, und um so höher steigt, je bedeutender die gutsherrlichen Abgaben sind..."²³

Voll zustimmen kann man dem Landrat des Kreises Heiligenstadt, von Bodungen, der am 30. Juni 1832 an die Regierung in Erfurt berichtet: "Wenn man ... erwägt, daß die sonst einzige aber ergiebige Quelle aus den Wollenmanufakturen ganz versiegt und deren Wiedereröffnung nicht abzusehen ist; die bisher angewendeten Mittel aber dafür keinen hinreichenden Ersatz gegeben haben; die Provinz übervölkert ist; der Ackerbau aber wegen des sterilen Bodens und des kalten Klimas so unergiebig ist; erwägt man ferner, daß in jenen Zeiten, wo Verdienst war, außer den Zinsen und Lehngeldern nichts als eine ganz unbedeutende Abgabe an den Staat entrichtet wurde, da er keine Bedürfnisse hatte, während dem aber die Nahrungslosigkeit immer mehr zugenommen hat, gezwungene Staatsanleihen, Grund-, Klassen-, Gewerbe-, Verbrauchs- und Salzsteuer, Beiträge zu Kreis- und Kommunalausgaben eingeführt sind; läßt man ferner nicht außer acht, welche schwere Kriegslasten die hiesige Gegend hat tragen müssen, wodurch alles in Schulden geraten ist, aus denen eine solch arme Gegend sich nicht wieder herauswinden kann, so geht hieraus klar hervor, wie Armut und Not immer größer geworden ist, die in das schrecklichste Elend übergehen würde, wenn Mißernten eintreten oder verheerende Epidemien ausbrechen würden."²⁴

Die Landräte haben mehrfach um eine allgemeine Steuerermäßigung für das Eichsfeld nachgesucht. Sie zeigten dabei auf, daß eine Revision der Klassensteuerrollen zu einer Erleichterung führen würde, die Erhöhung der Holzpreise in den königlichen Forsten zu erheblichen Klagen Anlaß gebe, die Bonitierung der Grundsteuer viel zu hoch sei, da selbst das Brachland besteuert sei und außerdem noch eine Weidesteuer bezahlt werden müsse, und daß eine Herabsetzung der bedeutenden Zinsen, Lehngelder und besonders der Salzsteuer sehr zu wünschen sei.²⁵

Diese Hilferufe fanden wenig Beachtung. Wohl gründete man im Mai 1844 einen sogenannten "Landeskultur- und Gewerbeverein", der sich 1846 in

23 Ebenda, Bl. 57 - 60.

24 Ebenda, Bl. 78 f.

25 Ebenda, Bl. 61 - 79.

"Landwirtschaftlicher Verein" umbenannte, und richtete 1845 die "Eichsfeldische Tilgungsanstalt" ein, die die drückenden Reallasten in eine Tilgungsrente verwandelte. Sinn und Zweck dieser Bemühungen war, die Positionen der Junker zu sichern, da "der Neid der minderbesitzenden Klassen eine Gefahr" sei und man dem "Zeitgeist begeben" müsse.²⁶

Als 1843/44 die Absatzkrise für Textilien und Mißernten die Notlage der Bevölkerung auf einen Höhepunkt trieb, litten darunter nicht nur die Spinner, Weber und Kämmer, sondern auch die Ackerbauern, Handwerker, Tagelöhner, Dienstboten und andere gerieten in eine für sie nicht mehr tragbare Lage.

Der Erfurter Regierungsrat Werneburg, im März 1844 auf das Eichsfeld beordert, um genaue Erkundigungen über die Ursachen "der seit 1843 eingetretenen Stockung im Gewerbebetriebe und der hieraus entstandenen Erwerbs- und Nahrungslosigkeit" einzuziehen, hielt damals protokollarisch folgendes fest: "Abgesehen von den durch Fabrikation ihren Lebensunterhalt suchenden Einwohnern des Kreises (Mühlhausen - H. G.), sei aber auch die Klasse der Tagelöhner und Dienstboten in großer Allgemeinheit in drückende Lage geraten, denn die Folgen der Mißernte von 1842 und der mangelhaften Ernte von 1843 hätten die Landwirte wie die Städter genötigt, aller Arbeitshilfe, welche irgend entbehrlich, sich zu entledigen."²⁷

Um die temporären Wanderungen und die Auswanderungsbewegung vom Eichsfeld in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu verhindern bzw. auf ein Minimum zu beschränken, hätte man von seiten des Staates nicht das eine (Förderung der Landwirtschaft) in geringem Umfange tun und das andere (Unterstützung des textilen Gewerbes) in großem Maße lassen dürfen. Dies hatte auch der Landrat des Kreises Mühlhausen erkannt, denn er teilte am 15. Oktober 1843 der Regierung in Erfurt mit: "Die in Aussicht gestellte Hilfe zur Ablösung der drückenden Feudallasten ... ist indessen keineswegs geeignet, das Übel radikal zu heilen; es wird dadurch gemildert, aber nicht gänzlich behoben werden: denn nur dadurch, wenn Ackerbau und Industrie hier schaffend Hand in Hand gehen, ist es möglich, einen Bezirk in der großen Kette des Staatsverbandes zu erhalten, welcher sonst demselben auf eine nachteilige Weise zur Last fällt."²⁸

26 *Schröter, Hermann*, Beiträge zur Geschichte des Eichsfeldes im 19. Jahrhundert, in: Unser Eichsfeld, H. 5/1935, S. 115.

27 HiStA Gotha, Reg. Erf., Nr. 2483, Bl. 54.

28 Ebenda, Nr. 2323, Bl. 304.

Leider ist es mir nicht möglich, für das gesamte Eichsfeld eine umfassende Übersicht über die Auswanderer zu geben, da die Akten, die über den Umfang der Auswanderung aus den Kreisen Heiligenstadt und Worbis Aufschluß geben könnten, nicht greifbar sind. Im Historischen Staatsarchiv Gotha sind nur die Übersichten der aus dem Kreis Mühlhausen in Thüringen ausgewanderten Personen greifbar, die die quellenmäßige Grundlage für die folgenden Ausführungen bieten.²⁹

Zum Kreis Mühlhausen gehörten aber im 19. Jahrhundert die sechzehn obereichsfeldischen Gemeinden Beberstedt, Bickenriede, Büttstedt, Diedorf, Effelder, Faulungen, Helmsdorf, Heyerode, Hildebrandshausen, Katharinenberg, Küllstedt, Silberhausen, Struth, Wachstedt, Wendehausen und Zella, deren Auswanderer in den Nachweisungen berücksichtigt sind. Da in diesen obereichsfeldischen Dörfern einst der Schwerpunkt des eichsfeldischen Wollgewerbes lag, wirkte sich hier in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Widerspruch zwischen dem Charakter der Produktivkräfte und dem Stand der Produktionsverhältnisse besonders stark aus, und die sozialen Auswirkungen fanden ihren Niederschlag eben auch in einer mehr oder weniger starken Auswanderungsbe-
wegung.

Für den Kreis Mühlhausen sind die ersten Auswanderungen nach Amerika für das Jahr 1831 quellenmäßig zu belegen. Aus dem eichsfeldischen Teil des Kreises Mühlhausen entschloß sich nachweisbar im Jahre 1832 erstmalig eine Familie aus Helmsdorf zur Auswanderung nach den USA.³⁰ Im Zeitraum von 1816 bis 1829 wurden Konsense an Einwohner der eichsfeldischen Gemeinden Beberstedt, Effelder, Faulungen, Heyerode, Küllstedt, Silberhausen, Wendehausen und Zella zur Auswanderung nach dem Großherzogtum Baden, Herzogtum Gotha, Herzogtum Eisenach, Kurfürstentum Hessen, Fürstentum Waldeck, Königreich Hannover, nach Ulm, Mainz, Hamburg, Österreich und Rußland erteilt.³¹

Am 29. November 1821 wies die Erfurter Regierung den Landrat des Kreises Mühlhausen an, bei der Abfassung der Auswanderungsberichte beson-

29 Ebenda, Landratsamt Mühlhausen, Nr. 96, 72 u. 3170.

30 Ebenda, Nr. 96, Bl. 3.

31 Ebenda, Bl. 1 f. - Aus dieser Nachweisung geht jedoch nicht die genaue Anzahl der Auswanderer hervor. Es werden lediglich 18 Personen aufgeführt, auf deren Namen die Genehmigung ausgestellt wurde. Unklar bleibt, ob es sich dabei um Einzelpersonen oder Familien handelte.

dere Gesichtspunkte zu berücksichtigen.³² Danach kam es darauf an, zu welchem Zeitpunkt jemand die preußischen Staaten bereits verlassen hatte, da nach dem Pariser Friedensschluß vom 30. Mai 1812 ein sechsjähriger Zeitraum festgesetzt worden war, binnen welchem jedem die Wahl des Landesteiles, in dem er seinen Wohnsitz nehmen wollte, freistand. Diese Festlegung entband aber die militärpflichtigen Personen nicht von der Ableistung ihrer Militärdienstzeit. Nach einer Verordnung vom 15. September 1818 durfte männlichen Personen im Alter von 17 bis 25 Jahren nur dann die Erlaubnis zur Auswanderung erteilt werden, wenn ein Attest der Kreisersatzkommission vorlag, aus dem hervorging, daß der Betreffende nicht in der Absicht auswandern wollte, sich der Militärflicht im stehenden Heer zu entziehen.

Hatte der um Auswanderung Nachsuchende bereits im stehenden Heer gedient, so mußte ermittelt werden, ob er noch zur Kriegsreserve gehörte, weil diese einen Teil des stehenden Heeres ausmachte. Eine Auswanderungserlaubnis durfte nämlich erst "nach bewirkter definitiver Entlassung des Auswandernden erteilt werden"³³. Die Verpflichtung zur Kriegsreserve konnte sich auch über das 25. Lebensjahr hinaus erstrecken, weil es auf den Zeitpunkt des Austritts aus dem aktiven Dienst ankam. Befand sich der Auswandernde im landwehrrpflichtigen Alter, so mußte der Landwehrrinspekteur von der erteilten Auswanderungserlaubnis Kenntnis erhalten, da er für Ersatz zu sorgen hatte. War der Auswandernde verheiratet und hatte er Kinder, mußte der Auswanderungskonsens auch die Frau und die Kinder einschließen. Befanden sich unter den Kindern Söhne, war deren Alter genau anzugeben, da ihnen, falls sie bereits das 17. Lebensjahr erreicht hatten, die Erlaubnis zur Auswanderung nur dann erteilt werden konnte, wenn, wie bereits erwähnt, das Attest der Kreisersatzkommission vorlag.

"Im Fall die Auswanderung nach einem Staate beabsichtigt wird", so lautete der sechste Punkt der Regierungsanweisung an den Landrat, "mit welchem keine Freizügigkeit besteht, mithin Abfahrtsgeld zu erheben ist, muß zugleich das Vermögen des Auswandernden genau ermittelt werden. Bei etwaigem Zweifel, ob das zu exportierende Vermögen abschöpfpflichtig sei, kann darüber vorläufig angefragt werden, bevor mit der, mit Schwierigkeiten verbundenen Vermögensermittlung vorgeschritten

32 Ebenda, Nr. 72, Bl. 1 f. - Gleichlautende Schreiben dürften auch an alle anderen Landräte des Erfurter Regierungsbezirkes ergangen sein.

33 Ebenda.

wird. Oberhaupt muß berücksichtigt werden, ob etwa fiskalische Ansprüche, oder von Gemeinden und öffentlichen Instituten an den Auswandernden zu machen sind".³⁴

Aus dieser Anweisung der Regierung ist bereits zu ersehen, daß man den Auswanderungsstrom keineswegs zu unterbinden versuchte, soweit es sich nicht um militär- oder landwehrpflichtige Personen des preußischen Staatsverbandes handelte. Mit Nachdruck wurden die Landräte auch in den folgenden Jahren immer wieder darauf hingewiesen, diese Bestimmungen streng zu beachten.³⁵ Landwehrmänner, die ohne Konsens ausgewandert waren, wurden aber andererseits nicht als desertierte Militärpflichtige, sondern als "ausgetretene Untertanen" behandelt.³⁶ Wanderte ein Militärpflichtiger oder Landwehrmann nach dem Empfang der Urkunde nicht binnen zwei Monaten aus, so galt die Urkunde als erloschen.³⁷

Bei der Erteilung von Auswanderungskonsensen war den Auswanderern "ad protocollum" zu eröffnen, daß sie mit dem Empfang der Urkunde keine preußischen Untertanen mehr seien, "daß, wenn sie eventuell im verarmten Zustande zurückzukehren versuchen sollten, sie an der Grenze unachtsamlich zurückgewiesen und insofern sie sich dennoch einschleichen möchten, als fremde Landstreicher behandelt werden würden".³⁸ Die Möglichkeit zur Rückkehr war bislang dadurch erleichtert gewesen, daß Auswanderern gültige Reisepässe zur Hin- und Rückreise ausgestellt werden konnten. Im Jahre 1838 wurden die Landräte deshalb angewiesen, alle auf die Rückreise sich beziehenden Bemerkungen in den betreffenden Reisepässen zu streichen. Auf dem Paß mußte wörtlich vermerkt werden: "Die auf die Rückreise bezüglichen Stellen des Passes sind als ungültig durchgestrichen, weil der Paßinhaber bei Ausführung seiner Auswanderung auf seine diesseitigen Untertanenrechte verzichtet hat."³⁹

Da wiederholt "zwischen Auswanderern nach Amerika und denjenigen Personen und Vereinen", welche es übernommen hatten, "für ihre Überfahrt und Übersiedelung Sorge zu tragen, noch ehe jene an dem Orte ihrer Be-

34 Ebenda, Bl. 2.

35 Ebenda, Bl. 7 (Schreiben der Reg. Erf. an den Landrat des Kreises Mühlhausen v. 12. 3. 1832) u. 21 (Anweisung der Reg. Erf. v. 30. 5. 1838).

36 Ebenda, Bl. 12 (Schreiben des Ministeriums des Innern an die Reg. Erf. v. 7. 10. 1826).

37 Ebenda, Bl. 10 (Schreiben der Reg. Erf. an den Landrat des Kreises Mühlhausen v. 3. 2. 1834).

38 Ebenda, Bl. 9 (Anweisung der Reg. Erf. an den Landrat des Kreises Mühlhausen v. 4. 11. 1833).

39 Ebenda, Bl. 18 (Anweisung der Reg. Erf. v. 24. 2. 1838).

stimmung angelangt" waren, "Differenzen entstanden, zu deren Ausgleichung und Entscheidung im Auslande, namentlich in Frankreich, es an einer kompetenten Behörde" mangelte, "da die auswärtigen Justizbehörden auf die Aburteilung von im Auslande geschlossenen Verträgen" nicht eingingen⁴⁰, hatte die Regierung im Jahre 1834 eine besondere Verfügung erlassen. Dort heißt es: "Die Auswanderer sind öfters dadurch in eine so nachteilige Lage versetzt worden, daß ihnen, nachdem sie sich der zu ihrer Überfahrt und Übersiedelung nötigen Mittel beraubt sahen, nichts übrig geblieben, als der Versuch, in ihrer hilflosen Lage, die Wiederaufnahme von ihrer früheren heimatlichen Regierung zu erlangen. Es sollen daher in Gemäßheit früherer Bestimmung, teils um die Auswanderer wenigstens ihrem Bestimmungsorte ungefährdet zugeführt zu sehen, teils um den Eintritt von Zuständen nach Möglichkeit zu verhindern, aus welchen hauptsächlich Verlegenheiten für die beteiligten Individuen, sowie für die früheren heimatlichen Behörden, welche sich nur ungern zu durchgreifenden Maßregeln gegen die verarmt zurückkehrenden, um Wiederaufnahme flehenden Auswanderer entschließen können, zu entstehen pflegen, - die Auswanderungslustigen auf den fraglichen Übelstand aufmerksam gemacht, und ihnen zu dessen Vorbeugung in ihrem Interesse der Rat erteilt werden:

daß sie bei den Vereinbarungen, welche sie mit Schiffsunternehmern oder anderen Personen hinsichtlich ihrer Überfahrt nach Amerika und ihrer dortigen Ansiedlung vor Eintritt ihrer Reise treffen, sich jedesmal ausdrücklich ausbedingen, daß, wenn während der Reise oder auch bei ihrer Ankunft in Amerika über die Ausführung der Vereinbarung sich ein Streit zwischen ihnen erheben sollte, beide Teile an dem Orte, wo der Streit entsteht, die Streitpunkte entweder den in der Nähe befindlichen preußischen Konsuln oder aber den Ortsgerichten des Landes zur schiedsrichterlichen Entscheidung vorlegen und dem Ausfalle derselben sich unterwerfen wollen."⁴¹

Diese Bestimmungen machen deutlich, daß es den Behörden darum ging, verarmte Menschen aus ihrem Staat fernzuhalten, auch wenn sie einst Untertanen Preußens waren.

Was das Eichsfeld betrifft, wäre die Regierung bestimmt froh darüber gewesen, wenn ein möglichst großer Teil der bereits verarmten Bevölkerungsschichten den Antrag auf Auswanderung gestellt hätte. Damit wäre

40 Ebenda, Bl. 12 (Anordnung der Reg. Erf. v. 19. 11. 1834).

41 Ebenda.

sie teilweise der Sorge und Mühe enthoben worden, solche Eichsfelder in andere Gebiete des Staates zu verpflanzen. Die preußische Regierung wurde nämlich "mit den Problemen, die mit den Segnungen und Flüssen des hausindustriellen Zeitalters über das Eichsfeld gekommen waren, nie fertig", oder besser, "sie hat es nie ernstlich gewollt".⁴²

Als es im Frühjahr des Jahres 1805 auf dem Eichsfeld zu einer Hungersnot kam, schlug die Eichsfelder Kriegs- und Domänenkammer bereits vor, "einen Teil der Bewohner des Eichsfeldes nach den polnischen Provinzen zu verpflanzen, dort fänden sie Glaubensgenossen und Gelegenheit zur Arbeit, in der Heimat sei Bettelei ihr trauriges Geschick. Führwahr, eine preußische Behörde mußte am Ende ihrer Mittel sein, wenn sie so für ihren Amtsbezirk auf steuer- und kantonspflichtige Untertanen Verzicht zu leisten bereit war. Der Antrag wurde abgelehnt: in Polen wolle man nur wohlhabende Kolonisten oder gar keine".⁴³ Im Jahre 1832 griff die preußische Regierung den Gedanken der Aussiedlung erneut auf, da der weitere Verfall des eichsfeldischen Textilgewerbes zu Massenverarmung und schlimmsten Elenderscheinungen geführt hatte. Man "verfiel auf das Unsozialste, was sich denken läßt: auf die Aussiedlung der überschüssigen Bevölkerung des Eichsfeldes in die östlichen Provinzen der preußischen Monarchie"⁴⁴, um den ostelbischen Junkern mehr oder weniger billige Arbeitskräfte, Knechte und Mägde, zu liefern. Nachdem der König 1833 eine Summe von 1 500 Talern als Aussiedlungsfonds bewilligt hatte, verließen bis zum 9. November 1833 339 Familien und 32 einzelne Personen das Eichsfeld. Von diesen waren aber zum gleichen Zeitpunkt bereits 102 Familien und 6 einzelne Personen zurückgekehrt, deren Anteil bald zwei Drittel der Gesamtzahl betragen sollte.⁴⁵

Im Jahre 1843 spukte der Gedanke der Aussiedlung erneut in den Köpfen preußischer Staatsbeamter, denn in einem Bericht der Erfurter Regierung vom 9. November 1843 an den Minister für Domänen und Forsten⁴⁶ heißt es unter anderem: "Könnte der Überschuß der Bevölkerung in an-

42 Haendly, Karl P., Die Immediatvorstellung des Friedrich Geyer in Thalwenden u. a. vom 28. März 1832 (im folgenden: Die Immediatvorstellung), in: Eichsfelder Heimatstimmen, 1. Jg. 1957, S. 194.

43 Bäsecke, Hermann, Die Einrichtung der preußischen Herrschaft auf dem Eichsfelde. 1802 - 1806, Göttingen 1905, S. 49.

44 Haendly, Karl P., Die Immediatvorstellung, a. a. O., S. 195.

45 Ebenda, S. 225; Kabisch, Karl-Heinz, a. a. O., H. 5/1964, S. 276.

46 HiStA Gotha, Reg. Erf., Nr. 2323, Bl. 311 - 316. - Ein gleichlautender Vorschlag mit wesentlich günstigeren Bedingungen wurde am 10. 8. 1848 gemacht und als unausführbar abgelehnt. (Vgl. DZA Merseburg, Rep. 169, B 4, Anträge, Nr. 5.)

dere Gegenden der Monarchie abgeleitet und dort auf den Ackerbau hingewiesen werden, so würde dies zum großen Segen gereichen. Wir müssen jedoch bemerken, daß ein früher in dieser Hinsicht gemachter Versuch gescheitert ist. Mehrere hundert Eichsfelder waren, nachdem vorher bestimmte Kontrakte mit Gutsbesitzern geschlossen worden waren, welche sich geneigt zeigten, Eichsfelder aufzunehmen und zu beschäftigen, in die östlichen Provinzen übergesiedelt worden. Der größte Teil derselben ist noch ärmer als vorher hierher zurückgekommen."⁴⁷

Wenn als möglicher Beweggrund für die Aussiedlung von Eichsfeldern in die preußischen Ostprovinzen angeführt worden ist, daß man damit "den ständig stärker werdenden Auswanderungsstrom nach Amerika" habe eindämmen wollen⁴⁸, so kann dem nicht zugestimmt werden, da die Anzahl der Auswanderer vom Eichsfeld nach Amerika in den dreißiger Jahren noch äußerst gering war. Andererseits werden sich unter den Familien und Einzelpersonen, die sich zur Übersiedlung in die östlichen Provinzen entschlossen, kaum solche befunden haben, die noch eine geringe solide Existenzmöglichkeit in der Heimat besaßen. Es waren verarmte Familien, denen es an lohnender Arbeit mangelte, die bereits in größter Dürftigkeit lebten und ständig Nahrungssorgen hatten.⁴⁹ Diese Feststellung kann damit belegt werden, daß sich, als die Landräte im Jahre 1832 die erforderliche Anzahl tüchtiger Leute zu werben versuchten, nur eine Familie und ein Knecht fanden, die bereit waren, ihre Heimat zu verlassen. Alle anderen mußten dieses Angebot ablehnen, da es ihnen am notwendigen Reisegeld mangelte.⁵⁰

Erst als die ostelbischen Junker ihre Bereitschaft erklärten, Reisegelder zu bewilligen, und der König einen Fonds in Höhe von 1 500 Talern zur Verfügung stellte, konnte die Aussiedlungsaktion überhaupt anlaufen, konnten die armen und verzweifelten Menschen ihre Fußwanderung über 800 bis 1000 Kilometer antreten. Wer von ihnen, so muß man fragen, wäre in der Lage gewesen, die Reisekosten für eine Auswanderung nach Amerika aufzubringen?

Verarmte Wollspinner des Eichsfeldes schilderten ihre traurige Lage anschaulich, wenn sie dem preußischen König im Jahre 1832 in einer Immediatvorstellung berichteten, daß sie, "fast ohne alles Eigentum,

47 HiStA Gotha, Reg. Erf., Nr. 2323.

48 Kabisch, Karl-Heinz, a. a. O., H. 5/1964, S. 273.

49 Haendly, Karl P., Die Immediatvorstellung, a. a. O., S. 209 ff.

50 Ebenda, S. 196.

zu 6 und 8 Familien in eine enge, kaum 10 bis 15 Quadratmeter Raum enthaltende, mit Streu und verpesteten Ausdünstungen angefüllte, dunkle kalte Stube, fast von aller Kleidung entblößt, auf ein hartes, oft verfaultes Strohlager gebannt, ... beim Wasserkrüge meistens ohne Brot, zur Stillung des Hungers nicht einmal hinreichend Kartoffeln, ohne Salz und Schmalz", das "elende Leben" kaum erhalten könnten.⁵¹ Im Jahre 1846 konnte die Erfurter Regierung einem Bericht entnehmen, daß unter vielen hundert Menschen des Eichsfeldes Jammer und Elend herrsche. Es heißt in dem Schreiben unter anderem: "Es ist eine Schreckensszene dies anzusehen. Nackend und bloß lagern dieselben in ärmlichen Hütten, die vom Wind und Wetter durchbohrt und durchnäßt sind, auf ein paar Halmen Stroh, ganz erstarrt vor Kälte, und was das Schrecklichst ist, durch gänzlichen Mangel an Nahrung sind sie zu Skeletten abgemagert".⁵²

Eine Auswanderung nach Amerika war für diese große Anzahl bettelarmer Menschen überhaupt nicht möglich. Vergegenwärtigt man sich ihre soziale Lage, dann kann man nur zu der Schlußfolgerung gelangen, daß sie von einer Auswanderung wohl geträumt haben mögen, daß aber dieser Traum vorerst ein Wunschtraum bleiben mußte, solange sie nicht durch ihrer Hände Arbeit zu Geld und Ersparnissen gelangen konnten. Beachtet man dabei noch die Anweisung der Erfurter Regierung vom 29. November 1821, in der ausdrücklich eine geschlossene Familienauswanderung gefordert wird, so mußte die Chance, die für einen einzelnen vielleicht noch bestand, für eine Familie mit mehreren Kindern gänzlich schwinden.⁵³

Diese armen Menschen konnten die Überfahrtskosten nicht aufbringen, wenn man bedenkt, daß man zur Auswanderung nach Amerika über nicht unbeträchtliche Geldmittel verfügen mußte. Die Preise der Überfahrt von Rotterdam aus beliefen sich in der Regel auf 44 fl 46 Cents für Erwachsene und 34 fl 36 Cents für Kinder unter 12 Jahren. Im Frühjahr 1847 wurden die Überfahrtspreise auf 90 bis 110 fl für jeden Erwachsenen und 80 bis 100 fl für Kinder erhöht, da in den USA ein Gesetz angenommen worden war, das strenge Bestimmungen über die Anzahl der

51 DZA Merseburg, Rep. 77, CCXV a, Nr. 63, Bl. 112.

52 HiStA Gotha, Reg. Erf., Nr. 7447, Bl. 65.

53 Für das Dorf Geisleden im Kreis Heiligenstadt ist dagegen für das Jahr 1849 belegt, daß ein Mann, der nach Cincinnati im Staate Ohio auswanderte, seine Frau und 3 Kinder auf dem Eichsfeld zurückließ. Die Auswanderung war ihm aber durch ein Auswanderungskonsens gestattet worden. (Vgl. *Diete, Wilhelm*, Ortschronik von Geisleden, Heiligenstadt 1924, S. 295.)

Passagiere enthielt, die jedes nach Häfen der Vereinigten Staaten bestimmte Schiff im Verhältnis zu seinem Tonnengehalt und sonstigen Raum aufnehmen durfte. Dadurch sank die Zahl der zulässigen Passagiere ab 1. Juni 1847 auf etwa zwei Drittel.⁵⁴ Eine weitere Folge dieser gesetzlichen Bestimmungen war, daß die Unternehmer von Auswanderungstransporten in Bremen und Rotterdam nur dann die mit den Auswanderern bereits geschlossenen Kontrakte erfüllen konnten, wenn die Betreffenden einen bedeutenden Zuschuß zu dem bisherigen Überfahrtsgeld zu leisten in der Lage waren.⁵⁵

Als einen weiteren Beweis dafür, daß es den bereits verarmten und notleidenden Menschen versagt bleiben mußte, ihr Heil in der Auswanderung nach Amerika zu suchen, möchte ich noch eine französische Verordnung aus dem Jahre 1836 anführen. Danach mußten Auswanderer, die, um sich nach Amerika zu begeben, durch Frankreich reisten und vielleicht von Le Havre aus die Überfahrt antreten wollten, für jede Person über 18 Jahre 400 fl und für jede Person unter 18 Jahren 200 fl nachweisen.⁵⁶

Andererseits hatte das preußische Innenministerium bereits am 2. Juni 1834 angeordnet, "daß bei Ausstellung der Pässe zur Auswanderung nach Amerika auch der Besitz der erforderlichen Reisemittel berücksichtigt, und wenn solche nicht zulänglich erscheinen, der Paß verweigert werden soll"⁵⁷. Zur Begründung dieser Maßnahme wurde erklärt, es sei immer wieder vorgekommen, daß Untertanen, denen die Auswanderungsurkunden und die Pässe zur Reise nach Amerika erteilt worden waren, die aber wegen Geldmangels die Überfahrt nicht antreten konnten, versucht hätten, in ihrer früheren Heimat Aufnahme zu finden. Im Oktober des Jahres 1839 erging an die Landräte nochmals die Anweisung, immer genau zu prüfen, "ob die den Auswanderungslustigen zu Gebote stehenden Mittel als ausreichend zu betrachten" seien.⁵⁸

Vielfache Beschwerden veranlaßten 1844 den Landrat des Kreises Mühlhausen, von der Erfurter Regierung die Genehmigung zu erbitten, die Namen der Auswanderer, denen Entlassungskonsense ausgestellt worden waren, jeweils im Kreisblatt zu veröffentlichen. Es waren nämlich im-

54 HiStA Gotha, Landratsamt Mühlhausen, Nr. 72, Bl. 49 (Schreiben des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten an die Reg. Erf. v. 30. 4. 1847.

55 Ebenda, Bl. 49.

56 Ebenda, Bl. 16.

57 Ebenda, Bl. 11.

58 Ebenda, Bl. 25.

mer wieder Personen ausgewandert, ohne vorher ihre Schulden beglichen zu haben.⁵⁹ Nun konnte man wöchentlich Anzeigen nachstehender Art lesen: "Der Einwohner ... aus ... hat zur Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika um Entlassung aus dem diesseitigen Untertanenverbande angetragen". "Für den Wollkämmer ... aus ..., den Handarbeiter ... aus ... und den Ackermann ... aus ... sind zur Auswanderung nach Nordamerika die Entlassungsurkunden nachgesucht worden."⁶⁰

Vor leichtfertiger Auswanderung wurde von den preußischen Regierungsstellen immer wieder gewarnt.⁶¹ Man bezeichnete es als einen "Wahn, in dem Lande der chimärischen Freiheiten jenseits des Ozeans ein glücklicheres Leben als im Vaterlande zu finden".⁶² Im "Wochenblatt für den Mühlhäuser Kreis" ließ der Landrat, der damit einer Anweisung der Erfurter Regierung⁶³ nachkam, im Jahre 1838 den Brief eines nach Amerika ausgewanderten lutherischen Separatisten aus Cammin in Pommern abdrucken, um "Verblendeten" die Augen zu öffnen. In dem Brief heißt es unter anderem: "Wir haben uns aus dem ruhigen Hafen in die stürmische See versetzt; in Cammin habe ich Spieltage gehabt, gegen jetzt in Amerika; ... ich wollte, daß dieses nimmermehr geschehen wäre, daß ich mich habe bereden und verführen lassen, nach Amerika zu ziehen ... Nun kamen wir nach New-York. Da war kein Bleiben; da ist schlechte Zeit. Nun haben wir müssen 850 Meilen ins Land fahren, da ist mein Geld dahin gegangen, und dazu habe ich über 100 Thlr. Schulden gemacht. Zuletzt wurde den Andern ihr Geld auch alle, da haben wir müssen 140 Meilen fahren, und wo wir einkehrten, da wurden unsere Kasten ins Pfandhaus gesetzt. Nun habe ich erst müssen verdienen und die Kasten einlösen, nun muß ich erst verdienen und die Schulden bezahlen. Ich habe noch keinen Stuhl, keinen Tisch, keine Bettstelle nicht, ich habe noch nichts. Ich bin so gut wie auf der Reise. Auf dem Kasten essen wir, kein trocken Nachtlager haben wir ... Wir sind einmal im Verderben, darin müssen wir uns schon schicken und zufrieden geben ... Wenn mich Gott gesund erhält, dann will ich meine Schulden bezahlen, und dann will ich mir so viel sparen, daß ich die

59 Ebenda, Bl. 39; Genehmigung der Reg. Erf. ebenda, Bl. 40.

60 Vgl. *Wochenblatt für den Mühlhäuser Kreis*.

61 HiStA Gotha, Landratsamt Mühlhausen, Nr. 72, Bl. 6; vgl. auch *Worbiser Kreisblatt*, Nr. 7, v. 11. 2. 1843 u. Nr. 47, v. 23. 11. 1844.

62 *Wochenblatt für den Mühlhäuser Kreis*, Nr. 49, v. 8. 12. 1838.

63 HiStA Gotha, Landratsamt Mühlhausen, Nr. 72, Bl. 23.

Reise zurückmachen kann... Ich bitte Dich, warne doch einen Jeden, für dieses Elend nach Amerika zu reisen..."⁶⁴

Im Jahresbericht der Deutschen Gesellschaft der Stadt New-York für das Jahr 1849 heißt es: "Möchten doch alle, die auf ... unbedachte Weise, ohne Mittel und ohne Anhaltspunkte Deutschland zu verlassen gedenken, sich die wahrscheinlichen Folgen eines so gewagten Schrittes recht deutlich vor Augen stellen und dann lieber daheim Entbehrungen leiden, als hier in ein weit schrecklicheres Elend zu versinken".⁶⁵

Alle diese Warnungen konnten jedoch viele eichsfeldische Menschen nicht von ihren Auswanderungsabsichten abbringen. Ihnen saß die Angst vor der bereits weit verbreiteten Not im Rücken. Es war keineswegs ein ihnen fälschlich nachgesagter unwiderstehlicher Drang in die weite Ferne, der ihr Handeln bestimmte.⁶⁶ Vom preußischen Staat hatten diese Menschen nichts zu erwarten. Sie mußten auch die letzte sich bietende Möglichkeit nutzen, ein übervölkertes und industrielles Notstandsgebiet, ihre Heimat, mit der Ungewißheit zu vertauschen.

Die folgende Aufstellung gibt eine Übersicht über die eichsfeldische Auswanderung:

*Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika aus den eichsfeldischen Gemeinden des Kreises Mühlhausen (1832 bis 30. September 1844)*⁶⁷

Gemeinde	Anzahl der Auswanderer	Zeitpunkt der Auswanderung	Bemerkungen
Helmsdorf	7	1832	Familie eines Ackermannes mit 5 Kindern (2 Söhne und 3 Töchter)
Bickenriede	4	1836	Familie eines Ackermannes mit 2 Kindern (2 Töchter)
Bickenriede	6	1839	Familie eines Ackermannes mit 4 Kindern

64 *Wochenblatt für den Mühlhäuser Kreis*, Nr. 49, v. 8. 12. 1838.

65 HiStA Gotha, Landratsamt Mühlhausen, Nr. 72, Bl. 59.

66 *Diete, Wilhelm*, a. a. O., S. 301, schreibt allen Eichsfeldern diese Charaktereigenschaft zu.

67 Die Übersicht wurde zusammengestellt nach Angaben in HiStA Gotha, Landratsamt Mühlhausen, Nr. 96, Bl. 3 - 8.

Gemeinde	Anzahl der Auswanderer	Zeitpunkt der Auswanderung	Bemerkungen
Bickenriede	1	1844	Handarbeiter
Bickenriede	5	1844	Familie eines Ackermannes; 2 Personen über und 3 unter 16 Jahre
Bickenriede	2	1844	Familie eines Maurers
Bickenriede	5	1844	Familie eines Ackermannes; 2 Personen über und 3 unter 16 Jahre
Bickenriede	5	1844	Familie eines Handarbeiters; 3 Personen über und 2 unter 16 Jahre
Helmsdorf ⁶⁸	8	1844	Familie eines Webers; 7 Personen über und 1 unter 16 Jahre
Helmsdorf	6	1844	Familie eines Wollkämmers; 2 Personen über und 4 unter 16 Jahre
Helmsdorf	7	1844	Familie eines Handarbeiters; 2 Personen über und 5 unter 16 Jahre
Helmsdorf	6	1844	Familie eines Handarbeiters; 2 Personen über und 4 unter 16 Jahre
Helmsdorf	7	1844	Familie eines Handarbeiters; 3 Personen über und 4 unter 16 Jahre
Helmsdorf	2	1844	Familie eines Raschmachers
Helmsdorf	4	1844	Familie eines Handarbeiters; 2 Personen über und 2 unter 16 Jahre
Helmsdorf	5	1844	Familie eines Handarbeiters; 2 Personen über und 3 unter 16 Jahre
Helmsdorf	1	1844	Wollkämmer
Helmsdorf	6	1844	Familie eines Ackermannes; 2 Personen über und 4 unter 16 Jahre
Heyerode	1	1844	Weber
Silberhausen	4	1844	Familie eines Wollkämmers; 2 Personen über und 2 unter 16 Jahre

68 Die Gemeinde Helmsdorf hatte im März 1844 943 Einwohner. (Vgl. HiStA Gotha, Reg. Erf., Nr. 2483, Bl. 55.)

Gemeinde	Anzahl der Auswanderer	Zeitpunkt der Auswanderung	Bemerkungen
Silberhausen	6	1844	Familie eines Tagelöhners; 2 Personen über und 4 unter 16 Jahre
Silberhausen	6	1844	Familie eines Tagelöhners; 5 Personen über und 1 unter 16 Jahre
Silberhausen	4	1844	Familie eines Tischlers; 2 Personen über und 2 unter 16 Jahre
Silberhausen	5	1844	Familie eines Wollkämmers; 2 Personen über und 3 unter 16 Jahre
Silberhausen	6	1844	Familie eines Handarbeiters 2 Personen über und 4 unter 16 Jahre
Büttstedt	3	1844	Familie eines Raschmachers; 2 Personen über und 1 unter 16 Jahre
Büttstedt	3	1844	Familie eines Raschmachers; 2 Personen über und 1 unter 16 Jahre
Büttstedt	3	1844	Familie eines Schuhmachers; 2 Personen über und 1 unter 16 Jahre
Beberstedt ⁶⁹	1	1844	Handarbeiter und Maurergeselle
Effelder	6	1844	Familie eines Handarbeiters; 2 Personen über und 4 unter 16 Jahre
Effelder	2	1844	Familie eines Handarbeiters
Effelder	8	1844	Familie eines Handarbeiters; 3 Personen über und 5 unter 16 Jahre
Effelder	1	1844	Müller und Tischler
Effelder	1	1844	Kattunweber
Diedorf ⁷⁰	2	1844	Witwe mit einem Kind über 16 Jahre

69 Nach *Rogge, Albert*, Beberstedt im Wandel der Zeiten, Dingelstädt 1929, S. 192, wanderten 1844 7 Personen nach Amerika aus.

70 Nach *Mehler, Ernst*, Chronik von Diedorf im Eichsfeld, Heiligenstadt 1925, S. 320, zählte Diedorf im Jahre 1845 942 Einwohner.

Gemeinde	Anzahl der Auswanderer	Zeitpunkt der Auswanderung	Bemerkungen
Diedorf	3	1844	Familie eines Handarbeiters; 2 Personen über und 1 unter 16 Jahre
Diedorf	1	1844	Raschmacher

Diese Übersicht beweist, daß die Auswanderungsbewegung nach den USA aus den eichsfeldischen Gemeinden des Kreises Mühlhausen im Jahre 1844 enorm anstieg. 137 Personen aus 8 von insgesamt 16 Ortschaften wurden im Zeitraum vom 3. Januar bis 7. August 1844 die Auswanderungskonsense ausgehändigt. Da die Bevölkerungszahl nach der statistischen Erhebung des Jahres 1843 in den 16 Gemeinden 15 209 betrug⁷¹, traten somit 0,9 Prozent der Einwohner die Reise nach Amerika an.

Wie in anderen Teilen Deutschlands herrschte auch auf dem Eichsfeld zu Beginn des Jahres 1844 bitterste Not. Die Krise wütete und fand ihre Opfer. Einem Protokoll vom 14. März 1844 kann man entnehmen, daß sich die Anzahl der Erwerbslosen in den eichsfeldischen Gemeinden des Kreises Mühlhausen auf 5 298 = 34,4 Prozent belief.⁷² Allein in Effelder betrug die Zahl der Beschäftigungslosen 836 bei 1 251 Einwohnern (= 66,8 Prozent).⁷³ In Bickenriede schuf man im Februar des Jahres 1843 durch freiwillige Beiträge und einen Zuschuß aus der Gemeindekasse einen besonderen Fonds, um die vielen Ortsarmen mit Brot unterstützen zu können.⁷⁴ Die meisten Arbeitslosen in den eichsfeldischen Dörfern verschafften sich 1844 durch Betteln den notdürftigsten Unterhalt, nachdem sie ihre Habe verkauft oder versetzt hatten. Viele Arme nutzten im Herbst 1843 die reiche Ernte an Bucheckern, die sie sammeln und verkauften.⁷⁵

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß der Landrat des Kreises Worbis (Eichsfeld) am 22. April 1844 der Erfurter Regierung versicherte,

71 HiStA Gotha, Reg. Erf., Nr. 2323, Bl. 304.

72 Ebenda, Nr. 2483, Bl. 54 (Verhandlungsprotokoll des Regierungsrates Werneburg über die Verhandlung in Mühlhausen v. 14. 3. 1844); über den Notstand vgl. auch DZA Merseburg, Rep. 89, B X (Zeitungsbericht der Reg. Erf. v. 2. 4. 1844 für März 1844).

73 HiStA Gotha, Reg. Erf., Nr. 2483, Bl. 54.

74 DZA Merseburg, Rep. 89, B X (Zeitungsbericht der Reg. Erf. v. 2. 4. 1843).

75 HiStA Gotha, Reg. Erf., Nr. 2483, Bl. 55.

"daß die Not der armen Weber des hiesigen Kreises sowohl im Allgemeinen wie im Einzelnen der derselben im schlesischen Gebirge, so schrecklich sie auch geschildert worden, durchaus nicht nachsteht."⁷⁶

In der folgenden Übersicht sind, ergänzend zu der Auswanderungsübersicht für die eichsfeldischen Gemeinden, die nichteichsfeldischen Gemeinden des Kreises Mühlhausen berücksichtigt. Sie zeigt, daß auch dort der Hauptanteil der Auswanderung in das Jahr 1844 fiel, denn von insgesamt 659 Personen traten 316 die Reise über den Ozean an.

*Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika aus den nichteichsfeldischen Gemeinden des Kreises Mühlhausen (1831 bis 30. September 1844)*⁷⁷

Gemeinden	Anzahl der Auswanderer	Zeitpunkt der Auswanderung	Bemerkungen
Mühlhausen Saalfeld Kaisershagen Treffurt	42	1831	Berufe: Tuchfabrikant, Schneider, Handarbeiter, Tagelöhner, Ackermann, Schuhmacher, Tischler, Strumpfwirker
Mühlhausen Horsmar Lengefeld Oberdorla Eigenrode Saalfeld	93	1832	Berufe: Tischler, Bäcker, Schlosser, Schuhmacher, Mechaniker, Schneider, Musiker, Handarbeiter, Ackermann, Gerber, Glaser, Büchsenmacher, Buchbinder, Seiler, Gymnasiast, Tagelöhner, Zimmergeselle, Schmied, Tuchmacher, Graveur
Oberdorla Niederdorla	60	1833	8 Familien. Berufe: Ackermann, Tagelöhner, Bäcker, Handarbeiter und Leineweber
Mühlhausen	13	1834	2 Familien. Berufe: Bäcker und Zimmermann
Mühlhausen	5	1835	Familie eines Sattlers
Mühlhausen Kaisershagen Großburschla Langula	15	1836	Berufe: Handarbeiter, Tischler, Schneider, Schmied und Pensionär

⁷⁶ Staatsarchiv Magdeburg, Rep. C 20 I a, Nr. 1233, Bd. 2, Bl. 209 (Schreiben des Landrats des Kreises Worbis an die Reg. Erf. v. 22. 4. 1844).

⁷⁷ Die Übersicht wurde zusammengestellt nach den Angaben in HiStA Gotha, Landratsamt Mühlhausen. Nr. 96, Bl. 3 - 8.

Gemeinden	Anzahl der Auswanderer	Zeitpunkt der Auswanderung	Bemerkungen
Lengefeld Saalfeld	3	1837	Ein Zimmergeselle mit seiner Frau und ein allein-stehender Zimmergeselle
Kaisershagen Windeberg Saalfeld Dachrieden	28	1838	Berufe: Handarbeiter, Schneider und Ackermann
Mühlhausen	3	1839	Familie eines Schuhmachers
Mühlhausen Bollstedt	13	1842	Berufe: Handlungslehrling, Glaser und Ackermann
Mühlhausen Großgrabe Langula Oberdorla	68	1843	Berufe: Fuhrmann, Schuhmacher, Ackermann, Böttcher, Weber, Tagelöhner, Schmied, Zimmermann
Mühlhausen Oberdorla Niederdorla Ammern Langula Horsmar Windeberg Görmar Dachrieden Treffurt Schierschwende Großgrabe Dörna Kaisershagen Bollstedt Felchta Großburschla Kleingrabe	316	1844	Berufe: Tischler, Schuhmacher, Weber, Tagelöhner, Handarbeiter, Mützenmacher, Schmied, Töpfer, Barbier, Knecht, Fuhrmann, Hutmacher, Zimmermann, Maurer, Ökonom, Bäcker, Schneider, Wagner, Gerber

Die beiden folgenden Übersichten berücksichtigen die Auswanderung aus dem Kreis Mühlhausen im Zeitraum vom 1. Oktober 1844 bis 1. Oktober 1849. Sie sind insofern besonders aufschlußreich, als hier auch die Summe des exportierten Vermögens angegeben werden kann.

Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika aus den
eichsfeldischen Gemeinden des Kreises Mühlhausen (1. Oktober 1844
bis 1. Oktober 1849)⁷⁸

Gemeinde	Anzahl der Auswan- derer	Zeitpunkt der Aus- wanderung	Exportiertes Vermögen (in Rtlr.)	Bemerkungen
Bickenriede	18	1845	1 820	Ein Tagelöhner, die Familie eines Schmiedes, Acker- mannes und Handels- mannes
Faulungen	5	1845	450	Familie eines Tage- löhners
Helmsdorf	12	1845	700	Ein Tagelöhner und ein Handarbeiter mit ihren Familien
Silberhausen	6	1845	1 500	Familie eines Acker- mannes
Struth	10	1845	450	Ein Handarbeiter und ein Ackermann mit ihren Familien
Wendehausen	26	1845	2 150	Drei Ackermänner mit ihren Familien, die Familie eines Leh- rers, eine allein- stehende Frau und ein Wollkämmer
Zella	9	1845	85	Ein Schmied und ein Wagner mit ihren Familien
Bickenriede	10	1846	1 100	Familie eines Hand- arbeiters
Heyerode	3	1846	150	Familie eines Acker- mannes
Struth	18	1846	850	Zwei Handarbeiter mit ihren Familien, eine Spinnerin mit ihrem Kind und die Familie eines Schmie- des
Wendehausen	2	1846	200	Ein Wollkämmer mit Frau

78 Zusammengestellt nach den Angaben in ebenda, Nr. 3170, Bl. 1 - 14
u. Nr. 96, Bl. 9 - 16.

Gemeinde	Anzahl der Auswanderer	Zeitpunkt der Auswanderung	Exportiertes Vermögen (in Rtlr.)	Bemerkungen
Zella	6	1846	80	Familie eines Kattunwebers und drei Spinnerinnen
Diedorf	3	1848	200	Familie eines Wolkämmers
Faulungen	5	1848	1 500	Familie eines Tagelöhners
Helmsdorf	14	1848	1 000	Ein Maurer und ein Müller mit ihren Familien
Struth	3	1848	300	Familie eines Ackermannes
Wendehausen	6	1848	3 000	Familie eines Ackermannes

Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika aus den nichteichsfeldischen Gemeinden des Kreises Mühlhausen (1. Oktober 1844 bis 1. Oktober 1849)⁷⁹

Gemeinde	Anzahl der Auswanderer	Zeitpunkt der Auswanderung	Exportiertes Vermögen (in Rtlr.)	Bemerkungen
Mühlhausen	26	1845	5 800	5 Familien. Berufe: Schuhmacher, Handarbeiter, Fleischer, Steinhauer, Victualienhändler
Treffurt	38	1845	3 152	Berufe: Weber, Handarbeiter, Lohgerber, Schäfer, Schneider, Dienstmagd

⁷⁹ Zusammengestellt nach den Angaben in ebenda, Nr. 3170, Bl. 1 - 14, u. Nr. 96, Bl. 9 - 16.

Gemeinde	Anzahl der Auswanderer	Zeitpunkt der Auswanderung	Exportiertes Vermögen (in Rtlr.)	Bemerkungen
Bollstedt	17	1845	1 450	3 Familien. 2 Ackermänner mit ihren Familien
Dachrieden	1	1845	-	Überfahrtskosten von der Gemeinde bezahlt
Görmar	8	1845	1 280	Ein Ackermann und ein Handarbeiter mit ihren Familien
Großburschla	1	1845	100	Handarbeiter
Höngeda	4	1845	5 000	Familie eines Handarbeiters
Horsmar	1	1845	-	Überfahrtskosten teils aus Staatsfonds teils von der Gemeinde bezahlt
Kleingrabe	7	1845	600	Familie eines Ackermannes
Saalfeld	1	1845	100	Beruf nicht angegeben
Schierschwende	4	1845	420	1 Schuhmacher, 2 Handarbeiter und 1 Schneidergeselle
Sollstedt	7	1845	300	Familie eines Wagners
Mühlhausen	62	1846	13 050	Nachweisbare Berufe: Fuhrmann, Maler, Metzger, Tischler, Schneider, Hausknecht
Treffurt	38	1846	3 270	Nachweisbare Berufe: Hufschmied, Bäcker, Handarbeiter, Ackermann, Töpfer, Metzger, Schneidergeselle, Korbmacher und Knecht
Eigenrieden	17	1846	1 010	Berufe nicht angegeben
Niederdorla	25	1846	5 850	Nur die Familie eines Ackermannes nachweisbar

Gemeinde	Anzahl der Auswanderer	Zeitpunkt der Auswanderung	Exportiertes Vermögen (in Rtlr.)	Bemerkungen
Großburschla	1	1846	-	Überfahrtskosten von der Gemeinde bezahlt
Schierschwende	18	1846	2 500	Zwei Ackermänner mit ihren Familien
Schnellmannshausen	10	1846	310	Nachweisbar nur die Familie eines Wollkämmers
Mühlhausen	21	1847	2 000	2 Weberfamilien, die Familie eines Kaufmannes, Ackermannes, Schneiders und Sattlers
Treffurt	12	1847	690	Unter den Auswanderern die Familie eines Tischlers
Bollstedt	5	1847	500	1 Familie. Beruf nicht nachweisbar
Großburschla	33	1847	2 720	Familien eines Tischlers, Zimmermannes, Handarbeiters und Hufschmieds sowie ein Leineweber mit seiner Mutter
Dachrieden	5	1847	700	Familie eines Maurers
Horsmar	3	1847	150	3 einzelne Personen. Ein Auswanderer von Beruf Stellmacher
Kaisershagen	13	1847	1 695	Die Familie eines Ackermannes und die eines Handarbeiters. Weiterhin ein Tagelöhner und ein Schneider
Langula	27	1847	4 000	Familie eines Handarbeiters, 4 weitere Familien ohne Berufsangabe mit 17 Personen und ein Mann mit seinem Kind

Gemeinde	Anzahl der Auswanderer	Zeitpunkt der Auswanderung	Exportiertes Vermögen (in Rtlr.)	Bemerkungen
Lengefeld	3	1847	150	Familie eines Handarbeiters
Niederdorla	5	1847	480	Familie eines Leinwebers mit 4 Personen und 1 Tischler
Oberdorla	35	1847	3 728	Insgesamt 5 Familien, darunter die Familie eines Handarbeiters und eines Tischlers
Reiser	5	1847	800	Familie eines Handarbeiters
Saalfeld	6	1847	300	Familie eines Handarbeiters und eine einzelne Person ohne Berufsangabe
Schierschwende	7	1847	250	Familie eines Handarbeiters und 2 einzelne Handarbeiter
Schnellmannshausen	4	1847	280	Familie eines Wirkers
Mühlhausen	27	1848	2 200	Berufe: Seiler, Stellmacher, Schuhmacher, Maurer, Blattbinder, Böttcher, Glaser und ein Ziegeleibesitzer
Treffurt	10	1848	1 160	2 Ackerbauern mit ihren Familien
Eigenrieden	13	1848	2 080	Familien eines Bäckers, Tagelöhners, Handarbeiters und 2 einzelne Tagelöhner
Falken	1	1848	100	Siebmacher
Großgrabe	11	1848	1 500	2 Ackermänner mit ihren Familien

Gemeinde	Anzahl der Auswanderer	Zeitpunkt der Auswanderung	Exportiertes Vermögen (in Rtlr.)	Bemerkungen
Horsmar	2	1848	200	1 Ackerbauer und 1 Tischlergeselle
Langula	1	1848	60	Maurergeselle
Oberdorla	4	1848	450	Familie eines Webers
Saalfeld	2	1848	200	1 Tischler und 1 Ackermann
Schierschwende	21	1848	750	Eine einzelne Frau und die Familien eines Handarbeiters, Gastwirtes und Tagelöhners
Schnellmannshausen	4	1848	250	Familie eines Ackermannes oder Tagelöhners
Sollstedt	6	1848	1 000	Familie eines Ackermannes

Die Übersicht, die die Auswanderer aus den eichsfeldischen Gemeinden aufführt, zeigt, daß an Einwohner der Gemeinden Beberstedt, Büttstedt, Effelder, Hildebrandshausen, Katharinenberg, Küllstedt⁸⁰ und Wachstedt im Zeitraum von 1844 bis 1849 keine Konsense erteilt wurden. Berücksichtigt man noch die Nachweisung für die Jahre 1832 bis 1844, dann ergibt sich, daß aus den Gemeinden Beberstedt, Hildebrandshausen, Katharinenberg, Küllstedt und Wachstedt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts überhaupt keine Auswanderung nach den USA erfolgte.

Diese formale Feststellung schließt aber Auswanderungen ohne amtliches Konsens nicht aus. So wanderten beispielsweise im Jahre 1849 zwei Familien aus Beberstedt, "die weder eine Entlassungsurkunde beantragt

80 Aus Küllstedt wanderten vom 1. 10. 1844 bis zum 30. 4. 1849 insgesamt 42 Personen aus. Hier handelte es sich um Familien von Handelsleuten und Wollfabrikanten, von denen einer nach Bremen und die übrigen vorwiegend in das Königreich Hannover auswanderten. Die 42 Personen exportierten ein Vermögen in Höhe von 13 950 Reichsthalern. (Vgl. HiStA Gotha, Landratsamt Mühlhausen, Nr. 3170 u. 96.)

noch einen Reisepaß erhalten hatten", nach Nordamerika aus.⁸¹ Wie es zu dieser Auswanderung kam, schildert der Landrat recht anschaulich in einem Bericht an die Erfurter Regierung vom 11. April 1849: "Eines Tages im Monat Februar erschienen bei mir die Gebrüder Gottfried und Joh. Georg Rogge aus Beberstedt, welche verheiratet sind, und baten um Erteilung eines Reisepasses nach Amerika. Als ich denselben bemerklich machte, daß ihrem Antrage nicht willfahrt werden könne, da es augenfällig sei, daß sie dorthin auswandern wollten, indem sie, wie ich vernommen, ihre sämtliche Habe verkauft hätten und deshalb anzunehmen sei, daß sie nicht wieder zurückkehren würden; wohl aber sei es ihnen unverwehrt, auf Entlassung aus dem preußischen Untertanenverbande anzutragen.

Unter dem Vorgeben, daß es ihr Wille nicht sei, förmlich auszuwandern, indem sie noch nicht wissen könnten, ob sie ihre Rechnung jenseits finden würden und da der Gottfried Rogge das Vermögen seiner Kinder 1. Ehe zurücklassen müsse, war ich im Begriff, ihrem Ansuchen zu willfahren, weil beide zur Entnahme von Auswanderungskonsensen durchaus nicht zu bewegen waren. Auf die Anfrage, wieviel ein Reisepaß koste, erklärten mir dieselben jedoch, daß sie es nicht für notwendig hielten, sich mit einem solchen zu versehen, vielmehr ohne diesen und ohne einen Auswanderungskonsens ihre Reise antreten würden, worauf sie sich alsbald entfernten."⁸²

Es gab also auch für Personen ohne amtliche Entlassungsurkunden und Reisepässe eine Möglichkeit zur Auswanderung. Diese Möglichkeit haben im Jahre 1848 bestimmt mehrere Teilnehmer an den revolutionären Bewegungen auf dem Eichsfeld genutzt, um sich so dem Zugriff der Reaktion zu entziehen. Das ist beispielsweise für einen an den Aufständigen auf dem Eichsfeld beteiligten und steckbrieflich gesuchten Frachtmann aus Struth bezeugt.⁸³

Wenn man nunmehr die Anzahl der Auswanderer im Zeitraum von 1844 bis 1849 betrachtet und dabei die Not der eichsfeldischen Menschen und die Angaben über das exportierte Vermögen berücksichtigt, so kann man nur zu der Feststellung gelangen, daß es der großen Masse der Armen nicht möglich war, dem allgemeinen Elend in der Heimat durch eine Auswanderung nach Amerika zu entfliehen. Die Masse des Proletariats mußte bleiben. Und über dieses Proletariat berichtete der Landrat des Kreises

81 Ebenda, Nr. 72, Bl. 52 (Schreiben des Landrats des Kreises Mühlhausen an die Reg. Erf. v. 23. 3. 1849).

82 Ebenda, Bl. 54 f.

83 Hoppe, *Vinzenz*, Not vertrieb die Menschen aus der Heimat, in: Eichsfelder Heimatborn, Nr. 50, v. 9. 12. 1960.

Worbis (Eichsfeld) am 14. 12. 1846 an die Regierung in Erfurt: "Wird dieser jetzt noch echt religiösen, patriotischen und fleißigen Arbeiterklasse nicht baldigst einige Erleichterung verschafft, so dürfte auch aus ihr in nicht zu ferner Zeit dem Staate ein zu fürchtendes Proletariat erwachsen."⁸⁴ Der zu veräußernde Besitz der Armen, soweit man davon überhaupt noch sprechen konnte, reichte in den meisten Fällen nicht aus, um damit die Überfahrtskosten zu decken. Die Auswanderer gehörten keineswegs den ärmsten Schichten an. Sie hatten noch Besitz, den sie so schnell wie möglich zum Durchschnittswert zu veräußern versuchten, um die notwendigen finanziellen Mittel zu erwerben. Bei den engen verwandtschaftlichen Bindungen in den eichsfeldischen Dörfern kann auch angenommen werden, daß beispielsweise ein finanziell besser gestellter Ackermann oder Handwerker die Kosten einer Auswanderung getragen oder mitgetragen hat, so daß sich letztlich wohl auch einige der ärmsten Bewohner in die Zahl der Auswanderer einreihen konnten.

Ob jedoch 85 Reichstaler für 9 Personen aus Zella im Jahre 1845 und 80 Reichstaler für 6 Personen aus dem gleichen Ort im Jahre 1846 ausgereicht haben, um damit die Reisekosten zu begleichen, wage ich zu bezweifeln. Ein Handarbeiter aus Struth, dem die Auswanderungsurkunde nach Amerika am 26. Februar 1849 ausgestellt worden war und dessen exportierte Summe 25 Reichstaler betrug, hatte zwar die Reise nach einem Hafen angetreten, die Überfahrt aber wegen "Mangels an Mitteln" nicht ausführen können.⁸⁵

Was den Arbeitskräftebedarf in Amerika anbelangt, so geht aus dem Jahresbericht der Deutschen Gesellschaft der Stadt New-York für das Jahr 1849 hervor, daß denjenigen Einwanderern, die sich der Landwirtschaft zuwenden wollten, in den Staaten Wisconsin, Michigan und Illinois eine solche Möglichkeit geboten werden konnte. Während Schneider und Schuhmacher recht schnell Beschäftigung fanden, war es für andere Handwerker, Tagelöhner und Dienstsuchende schon erheblich schwieriger. Weibliche Dienstboten waren sehr gefragt. Mit der Anstellung von Schreibern und Zimmerleuten ging es dagegen nicht so rasch.⁸⁶

84 Staatsarchiv Magdeburg, Rep. C 20 I a, Nr. 1233, Bd. 2, Bl. 357.

85 HiStA Gotha, Landratsamt Mühlhausen, Nr. 3170, Bl. 14.

86 Ebenda, Nr. 72, Bl. 59.

Wir wissen nicht, wie es all den Eichsfeldern in ihrer neuen Heimat ergangen ist. Mit Bestimmtheit können wir aber sagen, daß diese Menschen nicht aus Abenteuerlust auswanderten. Die Heimat bot ihnen nur unsichere Existenzmöglichkeiten, und diese gaben sie auf, um ihr Glück jenseits des Ozeans zu versuchen.

Soziale Bewegungen und Kämpfe auf dem Lande in England in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

von E. J. Hobsbawm

I

Die Periode der ersten industriellen Revolution in Großbritannien war eine Zeit tiefgreifender Umgestaltung der Landwirtschaft und der agraren Gesellschaft; das gilt besonders für den südöstlichen Teil Englands, also das Gebiet südlich einer Linie, die man etwa vom Wash an der Nordsee bis Portland am Kanal ziehen könnte.¹ Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit den sozialen Bewegungen der Landarbeiter in diesem Zeitraum, das heißt von den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts.² In diesen Jahren war die Unzufriedenheit endemisch, und die Tatsache, daß sie allgemein vorherrschte, ist leicht aus den äußerst unbefriedigenden und sich verschlechternden Bedingungen der Landarbeiter in dem Teil Englands zu erklären, mit dem wir es hier zu tun haben. Hierüber gibt es keine ernstlichen Auseinandersetzungen, denn es wird selbst von solchen Wissenschaftlern zugegeben, die hinsichtlich der Veränderung der La-

¹ Als zeitgenössische Standardanalyse der englischen Landwirtschaft siehe Caird, James, *English Agriculture in 1850-1, 1857*; als geeignetster moderner Leitfaden ist Chambers, J. D./Mingay, G. E., *The Agricultural Revolution 1750 - 1880*, 1966, anzusehen, der auf die neueste Fachliteratur verweist. Die umfassendsten bibliographischen Angaben finden sich bei Lord Ernle, *English Farming, Past and Present*, Aufl. 1961, bei O. R. McGregor, und lfd. in der *Agricultural History Review*; die Arbeit von Ernle, die lange als Standarddarstellung galt, kann heute nicht mehr befriedigen.

² Die Ausführungen über die Erhebung von 1830 in diesem Artikel basieren auf den umfangreichen Materialien im Public Record Office und in einigen County Record Offices, auf gedruckten Quellen und auf drei unveröffentlichten Arbeiten: Gash, N., *The Rural Unrest in England with specific reference to Berkshire*, Oxford B. Litt 1934; Colson, A., *The Revolt of the Hampshire Agricultural Labourer*, London M. A. 1937; Dutt, M., *The Agricultural Labourers' Rising in Kent, Surrey and Sussex*, London Ph. D. 1966. Ausführlichere Quellenverweise siehe bei Rudé, G./Hobsbawm, E. J., *Captain Swing - The Agricultural Labourers' Rising of 1830* (in Vorbereitung).

ge der nichtagraren Arbeiter einen relativ optimistischen Standpunkt vertreten.³ Von Zeit zu Zeit fand die Unzufriedenheit ihren Ausdruck in offenen Protestbewegungen. Die bedeutsamsten fallen in die Mitte der neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts, in das Jahr 1816, in das Jahr 1822, in das Jahr 1830, dann wahrscheinlich in die Jahre 1834/35 und schließlich in die Jahre 1843/44. Bis auf zwei - die Bewegungen der Jahre 1816 und 1830 - weiß man von allen recht wenig.⁴ Es ist jedoch wahrscheinlich, daß sich diese Unruhen entweder, wie in den Jahren 1816, 1822 und 1843/44, auf bestimmte Gegenden - zumeist im östlichen England - beschränkten oder aber mehr die Form vereinzelt aufflackernder Unruhen als die von Massenaktionen großen Stils annahmen. Das Jahr 1830 bildet hierbei eine Ausnahme. Diese Bewegung erfaßte fast gleichzeitig - das heißt innerhalb von sechs bis acht Wochen - faktisch den ganzen Südosten Englands, ein Gebiet von annähernd zwanzig oder mehr Grafschaften, je nachdem, von welchen Kriterien wir bei der Einschätzung ausgehen.⁵

Ehe wir das Wesen dieser Bewegungen nutzbringend analysieren können, müssen wir uns mit dem Charakter der Umgestaltungen in der Landwirtschaft befassen, die ihren Hintergrund bilden. Ökonomisch gesehen, handelte es sich bei den Agrarveränderungen, die die industrielle Revolution begleiteten, im wesentlichen um Versuche, die Produktion von Nahrungsmitteln für die rasch wachsenden städtischen und nicht agraren Bevölkerungsteile auszudehnen. Grob skizziert, sah es so aus, daß sich die westlichen und nördlichen Teile des Landes nicht ohne weiteres zur Produktion von Ackerbaukulturen bereitfanden; sie tendierten zum Ausbau der Weidewirtschaft, während sich der Süden und Osten - das Gebiet also, das uns hier hauptsächlich beschäftigt - vorwiegend als Getreideproduzent entwickelte, allerdings mit einem starken Ele-

3 Siehe hierzu vor allem *Clapham, J. H.*, *An Economic History of Modern Britain*, S. 131.

4 *Peacock, A. J.*, *Bread or Blood*, 1965, beschreibt die Bewegung des Jahres 1816; *Hammond, J. L. u. B.*, *The Village Labourer*, 1911, ist die erste und immer noch einzige umfassende Darstellung des "Last Labourers' Rising" von 1830, aber es gibt außerdem noch einige unveröffentlichte Forschungsarbeiten über diese Bewegung in verschiedenen einzelnen Grafschaften. Prof. G. Rudé und der Verf. der vorliegenden Arbeit bereiten eine Studie darüber vor.

5 In jedem Falle waren folgende Grafschaften als Ganzes unmittelbar betroffen: Kent, Sussex, Hampshire, Berkshire, Wiltshire, Norfolk, Suffolk, Cambridgeshire und Huntingdonshire. Folgende Grafschaften waren teilweise oder in geringerem Grad betroffen: Surrey, Middlesex, Buckinghamshire, Essex, Bedfordshire, Lincolnshire, Dorset, Somerset, Gloucestershire und Oxfordshire. Wie weit die vereinzeltten Vorgänge in anderen Grafschaften als Teil des Aufstandes von 1830 zu betrachten sind, ist ungewiß.

ment gemischter Farmwirtschaft, bedingt durch die Fruchtwechselfsysteme und die vorhandenen Weideenklaven. Dennoch herrschte, vor allem bis zum Ende der napoleonischen Kriege, die Ausdehnung des Ackerbaus, speziell des Weizenanbaus, vor. Die Arbeiterunruhen⁶ waren in erster Linie eine Erscheinung dieses Getreideanbaugesbietes. Die Gegenden mit Weidewirtschaft waren kaum davon betroffen. Dort, wo die Trennungslinie zwischen Weidewirtschaft und Getreideanbau durch eine einzelne Grafschaft verlief (wie zum Beispiel in Dorset, Somerset und Wiltshire), blieben die Unruhen des Jahres 1830 auf das Getreideanbaugesbiet beschränkt. Hier beschränkten sie sich wiederum hauptsächlich auf den zentralen und südlichen Teil des Landes, wo die Löhne der Landarbeiter und ihre Lebensbedingungen eindeutig schlechter waren als im Norden, und dies aus Gründen, die hier nicht näher analysiert werden können. (Am Rande sei jedoch vermerkt, daß die übliche Erklärung für die bessere Lage der Landarbeiter des Nordens - die Nähe der Industriegebiete - wohl doch etwas zu einfach ist.⁷)

Der Landesteil, der die Unruhen und Aufstände erlebte, war jedenfalls derjenige, in dem Getreideanbau und niedrige Löhne zusammenfielen.

Hinsichtlich landwirtschaftlicher Organisation und agrarer Besitzverhältnisse bot England ein einzigartiges Bild. Der Großteil des Bodens befand sich in den Händen einiger tausend großer Grundbesitzer - nicht mehr als viertausend Eigentümer dürften an sechzig Prozent des Bodens besessen haben⁸ -, und bewirtschaftet wurde er von Pächtern, die sich dabei der Arbeit eines agraren Proletariats bedienten. 1851 betrug die Durchschnittsgröße der 225 000 Farmen 110 Acre (1 Hektar = 2,6 Acre), und die Zahl der Männer und Frauen, die sich selbst als Landarbeiter oder dergleichen bezeichneten, machte etwa 1 1/2 Millionen aus. Klammern wir Wales, Scotland und einige untypische Winkel Englands aus, so kann man sagen, daß es somit keine Bauernschaft im kontinentalen Sinne gab. Die große Masse der englischen Landwirtschaft produzierte für den Markt, und nur ein unerheblicher Teil betrieb Wirtschaft für den Eigenbedarf. Der Landbesitz, der nur mit Familienangehörigen bewirtschaftet wurde, fiel nicht sonderlich ins Gewicht, und

6 "Arbeiter" ("labourer") bezeichnet im Kontext dieser Studie durchweg das ländliche Proletariat - d. Übers.

7 Eine der wenigen Analysen dieses Problems findet sich bei *Marshall, J. D., The Lancashire Rural Labourer in the Early 19th Century* (= Transactions of the Lancashire and Cheshire Antiquarian Society, Bd. 71, 1961).

8 *Clapham, J. H., a. a. O., Bd. 2, S. 253.* Für die Zeit vor 1871/73 gibt es keine Grundeigentumsübersicht im Landesmaßstab.

was damals als "kleine" Farm galt (bis zu 100 Acre), hätte in den meisten Gebieten mit bäuerlicher Landwirtschaft als sehr große Farm gegolten. Wenn die Farmarbeiter auch oft Gärten oder kleine Landflecken gehabt haben mögen, so waren sie doch im wesentlichen zu jeder Zeit auf Lohn angewiesen, und ein großer Teil von ihnen war gänzlich landlos. Dafür war die Beschäftigungskonzentration ungewöhnlich hoch. In Suffolk beschäftigte 1851 ein Drittel der rund fünftausend Farmer jeweils sechs oder mehr Arbeiter, während weniger als ein Fünftel von ihnen zehn oder mehr Arbeiter beschäftigte.⁹ In zweihundert Gemeinden von Norfolk entfielen 1831 in den nicht vom Aufstand betroffenen Gemeinden auf jeden Farmer, der fremde Arbeitskräfte beschäftigte, etwa sechs Arbeiter, während die entsprechende Zahl in den vom Aufstand erfaßten Gemeinden 6,4 bis 8,5 betrug; in zwei *Hundreds*¹⁰ von Wiltshire kamen in den vom Aufstand betroffenen Gemeinden zehn, ja sogar vierzehn Arbeiter auf jeden Farmer, der Lohnarbeit anwandte.¹¹ Diese Zahlen sind wesentlich höher, als sonst gewöhnlich in der Literatur angegeben (1 bis 2,5 für das Jahr 1831), denn sie klammern diejenigen Landbesitzer aus, die keine Lohnarbeiter beschäftigten. Der letzteren Lage war unterschiedlich, im allgemeinen aber unvergleichlich schlechter als die des großen Farmers, der sich immer mehr zum Unternehmer entwickelte und selber keine manuelle Arbeit leistete, wie ausländische Besucher mit Überraschung feststellten.¹² Überdies wurde der kleine Farmer sozial gesehen oft mit der Dorfarmut, das heißt mit den Landarbeitern, auf eine Stufe gestellt.

Es wäre irrig anzunehmen, daß diese Situation eine Folge der industriellen Revolution war. Die moderne Forschung stimmt mit Marx darin überein, daß die englische Bauernschaft um die Mitte des 18. Jahrhunderts verschwunden war, wenn sich auch infolge des landwirtschaftlichen Aufschwungs viele Landbesitzer, die an der Grenze der Existenzmöglichkeit standen, noch bis zum Ende der napoleonischen Kriege halten konnten. Dennoch erfuhr das inzwischen entstandene Dreifachgefüge, bestehend aus Großgrundbesitzern, Pächtern und Lohnarbeitern, zweifellos große Veränderungen; davon zeugt der gewaltige Prozeß der parlamentarischen "Einhegungen", durch den in der Zeit von 1750 bis 1850

⁹ *Glyde, J.*, Suffolk in the 19th Century, 1856, S. 336.

¹⁰ Die *Hundred*, eine recht variable Größeneinheit, ist vielleicht die geeignetste Grafschaftsunterteilung zur Einschätzung der Verteilung der Unruhen.

¹¹ Berechnet nach den Erhebungen von 1831.

¹² Siehe *Colman, Henry*, European Agricultural and Rural Economy from Personal Observation, Boston/London 1864.

mehr als sechs Millionen Acre - "offenes Land", Gemeindeland, Wiesen oder Brachland - und 25 Prozent der gesamten Nutzfläche - in Privat-hand übergangen. Von den viertausend Parlamentsakten, die auf diese Weise das Besitzgefüge in vielen Gebieten revolutionierten, fielen dreiviertel in zwei kurze Zeiträume: einmal die sechziger und siebziger Jahre des 18. Jahrhunderts und dann die Kriegsjahre von 1793 bis 1815.¹³ Wie die ökonomischen und sozialen Folgen der Einhegungen im einzelnen auch gewesen sein mögen - sie sind immer noch umstritten -, fest steht jedenfalls, daß eine so einschneidende Veränderung auf eine große Agrarumgestaltung schließen läßt.

Für die Dorfarmut war diese Umgestaltung im wesentlichen ein Prozeß, der die potentiellen oder partiellen Proletarier in tatsächliche Proletarier verwandelte. Die Einhegungen waren ein Weg hierzu, denn sie beraubten den Armen seines bescheidenen Zugangs zu den Produktionsmitteln, so daß er nun gänzlich auf Lohnarbeit angewiesen war. Aber sie waren nicht der einzige Weg. Auch der Verfall der ländlichen Hausindustrie konnte ihn einer zusätzlichen, von der Landwirtschaft unabhängigen Einnahmequelle berauben, und schließlich mußte ganz allgemein die Entwicklung einer spezialisierten Agrarproduktion für den Verkauf auf den städtischen Märkten seine Lage als Kleinbesitzer auf die Dauer unhaltbar machen. Für jeden, der entweder nicht genug Land oder nicht genug Arbeitskräfte besaß, um einen *ständigen* Überschuß für den Markt zu erzeugen, gab es früher oder später nur noch eine einzige Möglichkeit, zu Bareinkünften zu kommen: die Lohnarbeit. Im England der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft hatten nur wenige Angehörige der arbeitenden Klasse, die sich in kleine unabhängige Dorfhandwerker, Fuhrunternehmer, Hausierer oder professionelle Wilddiebe verwandelten, die Aussicht, sich ein gewisses Maß an ökonomischer Unabhängigkeit zu bewahren. Es gibt eine Tendenz, den ganzen Prozeß der Proletarisierung mit den Einhegungen zu identifizieren, aber das ist irrig. Eine Proletarisierung konnte auch in solchen Grafschaften stattfinden, in denen die Einhegungen keine große Bedeutung hatten, und das ist auch tatsächlich geschehen.¹⁴

13 Das Standardwerk über die Einhegungen ist immer noch *Gonner, E. C., Common Land and Inclosure*, 2. Aufl. 1965, das nützliche Karten enthält; siehe auch *Chaloner, W. H., Bibliography of Recent Work on Enclosure, the Open Fields, and related Topics*, in: *Agricultural History Review*, II, 1954, und, als neuere Zusammenfassung, *Chambers, J. D./Mingay, G. E., a. a. O.*

14 Siehe *Kerr, Barbara, The Dorsetshire Agricultural Labourer* (= *Proceedings of the Dorset Archaeological Society*, Bd. 84, 1963).

Die zunehmende Rationalisierung der kapitalistischen Landwirtschaft und der wachsende Kontrast zwischen einer verelendeten Unterschicht und einer immer wohlhabender werdenden Klasse von Großfarmern verschärfte diesen Prozeß. Ökonomisch lohnte es sich für den Farmer, vor allem in den Zeiten der Inflation und der landwirtschaftlichen Blüte, die Naturlöhne in Geldlöhne umzuwandeln (indem er zum Beispiel das Gesinde, das bisher in seinem Hause lebte, zu Landarbeitern machte, die in Mietsstätten wohnten). In Zeiten eines Überangebots an Landarbeitern lohnte es sich für ihn auch, vom bisher üblichen Jahreskontrakt zur wochenweisen oder sogar nur tageweisen Beschäftigung überzugehen. (Nominell gab es wenige Tageskontrakte, aber da die Farmer die Tendenz hatten, den Arbeitern an Regentagen, an denen nicht gearbeitet werden konnte, auch nichts zu zahlen, herrschte, wie oft in den Quellen bemerkt wird, vielfach praktisch die Gelegenheitsarbeit vor.)¹⁵ Sozial gesehen neigte der Farmer mit Mittelstandsaspirationen dazu, vom traditionellen Brauch abzugehen, und sein Gesinde nicht mehr am eigenen Tisch mit essen zu lassen oder gar - wie Beobachter in der Zeit der napoleonischen Kriege zu berichten begannen - seine Erntearbeiter mit zu ernähren.¹⁶ Beides - der Rückgang der Naturlöhne, des "Einwohnens" und der Jahreskontrakte - wird von vielen Quellen bezeugt, wenn es an statistischen Angaben hierüber auch mangelt. Es ist auch möglich, daß in Gegenden mit besonders fortgeschrittener Marktproduktion, zum Beispiel in den östlichen Grafschaften, eine Tendenz bestand, vom Zeitlohn zum Stücklohn überzugehen, aber hier sind die Quellen weniger eindeutig.¹⁷

Bis gegen Ende der napoleonischen Kriege schränkten der Landwirtschaftsboom und der relative Mangel an Landarbeitern die Auswirkungen dieser Umgestaltung noch ein. Während der nachnapoleonischen Depression zeigten sie sich jedoch mit voller Wucht. Sie wurden verschärft durch das Zusammentreffen eines stärkeren Bevölkerungswachstums und der Einführung arbeitsparender Maschinen (vor allem Dreschmaschinen),

15 Siehe *Hasbach, W.*, *A History of the English Agricultural Labourer*, 1908, S. 406 u. 411.

16 Siehe *Batenebor, T.*, *General View of the Agriculture of Bedfordshire*, 1815, S. 585. - In der Praxis war diese Vornehmteurei allerdings dazu angetan, die Arbeitsproduktivität zu senken.

17 In der traditionellen Agrikultur, in der die übliche Leistung des durchschnittlichen Arbeiters allgemein bekannt war, war die Form der Entlohnung unwesentlich. "The regulating medium for all task-work is the value of the day's labour", heißt es bei *Boys, J.*, *General View of the Agriculture of Kent*, 1796, S. 161. Es ist wahrscheinlich, daß dies anders wurde, als sich die landwirtschaftlichen Methoden ziemlich rasch veränderten.

die während der Kriege in großem Umfang in Gebrauch gekommen waren. Jetzt war der Arbeiter nicht mehr nur ein Mann, der ohne Beschäftigungsgarantie für einen unsicheren Geldlohn arbeitete; immer häufiger, vor allem in den Wintermonaten, fand er überhaupt keine Arbeit.

Sowohl die traditionellen linken Einschätzungen der Einhegungen als auch die konservativen jüngeren Datums sind in dieser Hinsicht irreführend. Die ersteren besagen, daß die überschüssigen Arbeiter vom Lande vertrieben wurden, um zum Industrieproletariat der Städte oder der industriellen Dörfer zu werden. Aber wenn es auch zweifellos eine Abwanderung vom Lande in die Stadt gab, so boten die Städte und Manufakturen in diesem Stadium der Industrialisierung doch keine ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten - und sie konnten es vielleicht auch gar nicht - für mehr als einen Bruchteil der ländlichen Überschußbevölkerung, die, zunehmend verelendet und demoralisiert, in den Dörfern verblieb. Im anderen Falle wird geltend gemacht, die Einhegungen hätten keineswegs die Arbeiter von ihren Arbeitsplätzen verdrängt, sondern vielmehr die verfügbare Arbeit in der Landwirtschaft vergrößert. Aber das war eindeutig nur eine zeitweilige Erscheinung. Ohne Zweifel nahm das ständige Überangebot eines offenen oder versteckten Arbeitskräfteüberschusses von 1815 an in den Dörfern in alarmierendem Tempo zu.¹⁸ Das Problem war vor allem saisonbedingt; besonders akut war es in Gegenden mit Getreidemonokultur.¹⁹ Unerträglich wurde es durch die zunehmende Einführung von Dreschmaschinen, wodurch die einzige, noch reichlich vorhandene Winterbeschäftigung abnahm. Es ist nur natürlich, daß der Aufstand von 1830 unter anderem eine große Maschinenstürmerbewegung war. Tatsächlich war sie die größte derartige Bewegung in der britischen Geschichte.

Die verelendeten und unterbeschäftigten Arbeiter waren in zunehmendem Maße auf die Armengesetzgebung angewiesen, vor allem auf jene unheilvolle Gesetzesfassung, die 1795 in einer Zeit der Hungersnot ein-

18 Gash, N., Rural Unemployment 1815 - 1834, in: Economic History Review, Erste Folge, 1935. Versuche zur Schätzung ihres Umfangs siehe insbes. *Selected Committee on Emigration*, Parl. Papers IV, 1826, *Lords Committee on Poor Laws*, Parl. Papers VIII, 1831, und *Selected Committee on Poor Laws*, Parl. Papers IV, 1828.

19 "The difficulty of finding constant employment for a large staff of farm-hands all the year round exists chiefly in the great corn-growing districts in the winter months, after the autumn ploughing and sowing have taken place and the roots have been taken up."
(Fox, Wilson, Wages and Earnings of Agricultural Labourers, Cd 346 HMSO 1900, S. 10.)

geführt worden war, um Massenunruhen abzuwenden: das sogenannte *Speenhamland*-System in seinen vielen Varianten.²⁰

Das Speenhamland-System war ein Versuch, zwei unvereinbare Dinge miteinander zu vereinbaren: die Aufrechterhaltung einer traditionellen sozialen Ordnung auf dem Lande und eine im wesentlichen kapitalistisch betriebene Landwirtschaft. Das erste Ziel diktierte den Zweck: allen Menschen, unabhängig von der Marktlage, ein Existenzminimum zu garantieren und sich dabei ausschließlich auf die lokale Administration zu stützen; das zweite diktierte das Mittel: einen völlig freien Marktlohn, der durch Zuschüsse aus dem örtlichen Armenfonds die Höhe eines offiziellen Existenzminimums erreichen sollte. Die Friedensrichter, die auf dem Lande regierten, hätten auf gesetzlichem Wege einen Mindestlohn festsetzen können. Sie zogen es vor, das nicht zu tun und setzten statt dessen gestaffelte Beihilfen für diejenigen fest, deren Einkommen unter dem Minimum lag, wobei der Brotpreis und/oder die Zahl der zur Familie gehörenden Kinder den Ausschlag gaben. Die Folgen waren von tragischem Widersinn. Die Farmer sahen sich ermutigt, die Löhne weit unter das Existenzminimum zu drücken, waren sie doch gewiß, daß die Gemeinde den Arbeiter unterstützen würde; die Arbeiter wiederum wußten, daß sie durch Arbeit auch nicht mehr verdienen würden als durch Müßiggang, denn in beiden Fällen hatten sie dasselbe Elendseinkommen. Der Unterschied zwischen Beschäftigtem und Unbeschäftigtem, zwischen Unabhängigem und Pauper verschwand. In sechzehn Gemeinden des Weald-Gebietes von Kent bestanden 1823 fast vierzig Prozent der Bevölkerung aus Paupern, in achtzehn Gemeinden von Suffolk waren 1832 fast fünfzig Prozent auf Unterstützung angewiesen.²¹ Die Armenunterstützung schnellte in den Jahren nach Waterloo raketentartig in die Höhe, und als in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts versucht wurde, diese Ausgaben zu kürzen, geschah es natürlich in der Form, daß man das "offizielle" Existenzminimum auf das Niveau eines wahren Hungerdaseins senkte; man konzentrierte die Unterstützung - zum Nachteil der Unverheirateten und Jungverheirateten - auf Leute mit großen Familien und demütigte und bedrückte die Armen in der Hoffnung, ihre öffentliche Demütigung werde sie davon abhalten, die Unterstützung in Anspruch zu

20 Die bei weitem beste Einführung hierzu bietet *The Origins of Our Time*, eine 1945 erschienene und viel zu wenig beachtete glänzende Arbeit des verstorbenen K. Polanyi. Einen Versuch, das Speenhamland-System vom Standpunkt moderner Wirtschaftsführung aus zu verteidigen, unternimmt *Blaug. M., The Myth of the Old Poor Law*, in: *Journal of Economic History*, Bd. 23, 1963.

21 *Selected Committee on Emigration*, a. a. O., S. 136 ff.; *Royal Committee on Poor Laws*, Parl. Papers XXVIII, 1834, S. 372.

nehmen, ohne die sie nicht leben konnten. Auf diese Weise wurden die Ausgaben auf Grund der Armengesetze tatsächlich wesentlich eingeschränkt - doch um den Preis zunehmender Unzufriedenheit.

II

In einigen Gebieten, besonders in den landwirtschaftlich fortgeschrittenen östlichen Grafschaften (Norfolk, Suffolk, Cambridgeshire), kam diese Unzufriedenheit ziemlich früh zum Ausdruck, teils in der Praxis systematischer Brandstiftung, die in dieser Gegend zu einer endemischen Erscheinung wurde, teils in gelegentlichen Massenausschüben wie denen der Jahre 1816 und 1822, die durch ebenso systematische Maschinenstürmerei gekennzeichnet waren. In Suffolk nahmen die Brandstiftungen (zum Beispiel das Abbrennen von Getreideschobern) bis 1815 immerhin solche Ausmaße an, daß die Betroffenen auf eine bis dahin nicht mehr angewandte Parlamentsakte aus dem Jahre 1720 zurückzugreifen begannen, die ihnen die Möglichkeit bot, von der *Hundred* (einem Unterabschnitt der Grafschaft, der *County*) Schadenersatz zu fordern; in Norfolk kam dieses Verfahren nicht vor 1822 in Gebrauch.²² Die ersten Nachrichten über Maschinenstürmerei kamen anscheinend aus Suffolk im März 1815, aus Essex im April 1816 und aus Norfolk im Juli desselben Jahres.²³ Die Unruhen des Jahres 1816 wurden brutal unterdrückt, und zwar in solcher Weise, daß ihre Hauptzentren 1830 ruhig blieben; aber die Bewegungen des Jahres 1822 lösten keine so rücksichtslosen Maßnahmen aus, teils, weil die allgemeine politische Situation im Lande damals weniger gespannt war, teils, weil viele Farmer und Angehörige der Gentry dem Luddismus der Arbeiter offenkundige Sympathien entgegenbrachten, was wir auch 1830 wieder beobachten können.²⁴ Vor 1830 gab es jedoch außerhalb dieser Gegend keine Anzeichen einer systematischen militanten Aktivität.

Es war das Zusammenwirken zweier Faktoren, das die Situation im ganzen südlichen und östlichen England 1830 so explosiv machte. Da waren einmal die ganz ungewöhnlichen Unbilden des Jahres 1829, vor allem des Winters 1829/30, die der ebenso ungewöhnlich milden Witterung

22 Siehe *Peacock, A. J.*, a. a. O., S. 72; ferner *Mackie, C.*, *Norfolk Annals*, 1901, S. 218, wo der Prozeß *Jonathan Wrench vs. the men inhabiting the Hundred of Holt* vom Jahre 1823 als "völliges Novum" bezeichnet wird.

23 *Peacock, A. J.*, a. a. O., S. 70 - 72; *Mackie, C.*, a. a. O., S. 138.

24 Die Farmer einiger Gemeinden und einer *Hundred* (Hoxne) sagten sich von den Dreschmaschinen los, und Sir H. Bunbury Bart schickte seinen Pächtern ein Rundschreiben, in dem er ihnen empfahl, die Maschinen aufzugeben. (*The Times* v. 8. 4. u. 6. 9. 1822.)

des Jahres 1828 folgten. Nach der Kriminalitätsstatistik zu urteilen (die in den ländlichen Gegenden fast ausschließlich ein Index wirtschaftlicher Schwierigkeiten oder sozialer Unzufriedenheit war), muß das Jahr 1828 ein relativ ebenso gutes gewesen sein wie jedes andere normale Jahr zwischen 1805 und 1830, während das Jahr 1829 nur mit dem sprichwörtlich schlimmen Jahr 1817 zu vergleichen sein dürfte. Aber während die Arbeiter, die die Schwierigkeiten überlebten, mit Schrecken dem Winter 1830/31 entgegensahen und die verzweifelten Steuerzahler sich versucht sahen, durch erneute Abschreckungsmaßnahmen oder Kürzung der Beihilfen Einsparungen vorzunehmen²⁵, bewirkten die Tory-Niederlage bei den Parlamentswahlen des Jahres 1830 und die gleichzeitige Julirevolution in Paris, daß sich Furcht in Erwartung, vielleicht sogar in Hoffnung verwandelte - in Hoffnung auf irgendeine große Veränderung, von der man freilich keine klare Vorstellung hatte. Dem schweren Winter 1829/30 und der Julirevolution waren fünf oder sechs Jahre schrittweiser Verschlechterung der Lage der Arbeiter vorangegangen.²⁶ Das Zusammentreffen dieser Umstände wirkte als ein Funke, der die nationale Explosion auslöste. Über den Winter wußten die Arbeiter Bescheid. Von der Revolution hätten sie nur wenig erfahren, wenn Paris und Brüssel zu diesem Zeitpunkt nicht auch Parolen der *britischen* Politik gewesen wären - die Gegner der Tories hatten sie auf ihr Banner geschrieben, und durch radikal gesinnte Dorfhandwerker, auch durch ebensolche Ladenbesitzer und gelernte Handwerker aus antiklerikalen und antiaristokratischen Kleinstädten wurden sie in den Dorfkneipen popularisiert und fanden so Eingang in die Gedankenwelt der Landarbeiter.²⁷

Es gibt jedoch keine Zeugnisse dafür, daß die Bewegung systematisch geplant und propagiert wurde. Sie entwickelte sich in jedem Dorf für sich und griff, um einen zutreffenden zeitgenössischen Ausdruck zu benutzen, wie durch "Ansteckung" um sich; durch herumziehende Gruppen von Männern - Frauen beteiligten sich nur wenig daran - griff sie von einem Zentrum der Aktivität auf die benachbarten Siedlungen über. Allenfalls mag auch die allgemeine Atmosphäre der Erwartung eine Rol-

25 Beide Feststellungen sind für verschiedene Gebiete Südenglands zu belegen, vor allem im Lichte der unschätzbaren *Rural Queries*, die die *Poor Law Commission* des Jahres 1834 versandte und die eine Frage nach den Ursprüngen der Unruhen von 1830 enthielten.

26 Den außerordentlichen schlechten Jahren 1812 - 1817 folgten fünf weitere schlimme Jahre (den Unruhen des Jahres 1822 ging allerdings bezeichnenderweise eine zeitweilige Rezession voraus).

27 Die Fälle, in denen sich Landarbeiter unter der Trikolore versammelten oder erhoben (was zuweilen, besonders in Kent und East Sussex vorkam), waren jedoch recht ungewöhnlich.

le gespielt haben, die jedes Dorf von vornherein empfänglich machte für Pressemeldungen über Unruhen, die (zweifellos durch Vermittlung ortsansässiger radikaler und belesener Handwerker wie zum Beispiel der Schuhmacher) zu ihnen drangen.²⁸ Es war eine völlig spontane Bewegung, wenngleich die herrschende Schicht auf dem Lande, unfähig oder unwillens zu glauben, daß "ihre" Arbeiter aus ihrer traditionellen Passivität heraustreten könnten, die neuen Bierhäuser (die gerade im Oktober jenes Jahres ihre Pforten geöffnet hatten) oder auch ausländische Einflüsse und fremde Agitatoren, vorzugsweise aus den oberen Klassen, dafür verantwortlich machte. Aber die zahllosen Gerüchte von gutgekleideten Männern, die in Gigs über Land fuhren und zu Brandstiftung und Aufruhr hetzten, entsprangen eher einer allgemeinen Hysterie als wirklichen Begebenheiten.

Die Bewegung begann in Kent, der südöstlichsten Grafschaft, im Spätsommer 1830 und hielt sich dort länger als irgendwo anders - bis Ende November. Anfang November griff sie auf Sussex über, wo sie etwa drei Wochen andauerte. Dann breitete sie sich mit wachsender Schnelligkeit nach Westen aus, erfaßte Hampshire zwischen dem 18. und 24. November, Berkshire zwischen dem 19. und 24. November und Wiltshire zwischen dem 21. und 26. November; sie erschöpfte sich in Dorset (23. bis 29. November), Gloucester (26. bis 28. November) und Somerset (30. November bis 1. Dezember); von Berkshire aus griff sie auch nach Norden auf Oxfordshire und Buckinghamshire über. Währenddessen (um den 24. November herum) entwickelte sich in Norfolk völlig unabhängig davon eine ähnliche Welle von Unruhen, die sich offenbar einerseits nach Norden und Westen (Huntingdonshire vom 26. November an, Lincolnshire vom 28. und Northamptonshire vom 29. November an) und andererseits nach Süden (Suffolk und Essex vom 1. Dezember an und Cambridgeshire etwa einen Tag später) ausdehnte.²⁹ Die Gegend zwischen dem Thames-Tal und East Anglia wurde nur sporadisch erfaßt, jedenfalls nicht so akut wie die eben genannten Gebiete. Die Gründe hierfür liegen noch im Dunkeln, und dies um so mehr, als die Lage der Arbeiter in solchen Grafschaften wie Bedfordshire ungewöhnlich schlecht war und sich später gerade in dieser Gegend die endemischsten und epidemischsten Formen ländlicher Brandstiftung entwickelten. Der andere Teil Südosteng-

28 Der höhere Bildungsgrad dieses Handwerks wird durch die Tatsache bezeugt, daß, wie zum Beispiel in Hampshire, ein Schuhmacher oft die Vertretung des Küsters übernahm.

29 Es dürfte irreführend sein, davon zu sprechen, daß die kurze Bewegung in Huntingdonshire von Norfolk aus "propagiert" wurde; es bestand kein direkter Kontakt.

lands, der immun gegen die Bewegung blieb, war das Gebiet etwa zwanzig Meilen im Umkreis von London. Obgleich die Unruhen in diesem Gebiet früher begannen als irgendwo sonst, gingen sie nie über vereinzelte Brandstiftungen hinaus und verebten bald wieder. Die Gründe für diese Immunität mögen in den relativ höheren Löhnen zu suchen sein, die in der Nähe der Metropole gezahlt wurden, vielleicht auch in der Tatsache, daß sich in oder bei London im Winter eher eine Ausgleichsbeschäftigung finden ließ; bestimmt aber spielte der Umstand mit, daß hier Anbauformen vorherrschten, die, wie zum Beispiel der Gartenbau für den Markt, weniger Anlaß zu Unzufriedenheit boten.

Auf den ersten Blick erscheint die Bewegung also in Form zweier Wellen, von denen sich die eine mit zunehmender Schnelligkeit von Kent aus nach Westen verbreitete, während die andere von Norfolk aus um sich griff, wobei die dazwischen liegenden Grafschaften weniger intensiv erfaßt wurden und das Gebiet um London weitgehend immun blieb. Ihre maximale Ausdehnung und Intensität erreichte sie in den letzten neun Tagen des November, als mindestens vierzehn Grafschaften gleichzeitig in Bewegung waren und in dieser Zeitspanne wiederum zwischen dem 21. und 25. November, als alle Hauptkrater dieses sozialen Vulkans gleichzeitig ausbrachen: Kent, Sussex, Hampshire, Berkshire, Wiltshire und Norfolk, von Dorset und Oxfordshire gar nicht zu reden. Bis Ende der ersten Dezemberwoche hatte sich die Bewegung erschöpft. Bei eingehender Nachforschung ergibt sich natürlich, wie zu erwarten, ein komplizierteres Bild, aber hier ist nicht der Platz für eine solche Mikroanalyse. Erwähnenswert ist jedoch, daß der Höhepunkt der Bewegung zeitlich mit dem Amtsantritt der neuen Whig-Regierung zusammentraf, die - vielleicht weil sie weniger revolutionsbesorgt war als die Tories - viel drastischere Unterdrückungsmaßnahmen ergriff. Diese Maßnahmen waren in der Tat drakonisch. Keine britische soziale Bewegung des 19. Jahrhunderts wurde mit größerer Brutalität unterdrückt. Alles in allem wurden an 2 000 Häftlinge wegen ihrer Beteiligung an den Unruhen vor Gericht gestellt. Von diesen wurden 250 zum Tode verurteilt, allerdings nur siebzehn hingerichtet; für die übrigen wurde das Urteil umgewandelt, in den meisten Fällen in Deportation, in einigen Fällen in Gefängnisstrafen. 506 Teilnehmer wurden zur Deportation nach dem Pazifik verurteilt (482 traten die Fahrt an). 644 erhielten Gefängnisstrafen und acht Geldstrafen, während 791 freigesprochen oder unter Bewährung gestellt wurden.³⁰

³⁰ Diese Zahlen, die erheblich größer sind als bisher angenommen, ba-

Die Härte dieser Urteile kontrastiert sowohl mit der milden Behandlung der Aufständischen, die nicht den arbeitenden Klassen angehörten, als auch mit dem bemerkenswert gemäßigten Charakter der Bewegung. Denn bei dieser ausgedehnten Erhebung der Landarmut wurde kein einziger Mensch getötet. Die Bewegung zerstörte Eigentum und forderte höhere Löhne.

Die Arbeitererhebung war tatsächlich vor allem eine unorganisierte Bewegung tradeunionistischer Art. Ihre verbreitetste Forderung galt der Erhöhung der Löhne; in der Regel ging es um einen festen Satz für die jeweilige Gegend, aber in dem Maße, wie sich die Bewegung nach Westen in die Gebiete mit niedrigerem Lohnniveau ausdehnte, wurde diese Forderung immer gemäßigter. Ebenso allgemein war - zumindest dort, wo es schon eine Mechanisierung gab - die Feindseligkeit gegen die Dreschmaschinen, die systematisch zerstört wurden.³¹ Hierbei handelt es sich im wesentlichen um die Forderung nach Vollbeschäftigung. Ein drittes, außerordentlich weit verbreitetes Charakteristikum der Bewegung war die Tendenz der aufrührerischen Gruppen, von ihren Opfern (manchmal als "Gebühr" für die Zerstörung der Maschinen) oder von irgendwelchen reichen Leuten, auch gelegentlich von Durchreisenden in Postkutschen, Geld zu fordern. Dieses Geld wurde in der Regel einem "Säckelbewahrer" oder "Schatzmeister" übergeben und entweder gleichmäßig aufgeteilt oder gemeinschaftlich für einen Bier- und Käseabend in der Dorfkneipe ausgegeben; oft wurde es tatsächlich ausdrücklich "für eine Erfrischung" gefordert. Bei den Unterdrückungsmaßnahmen wurden diese Forderungen als "Erpressung" klassifiziert und als Vorwand für Todesurteile benutzt (die nach dem Gesetz nicht für die Zerstörung von Dreschmaschinen verhängt werden konnten); in Wirklichkeit waren sie jedoch gerade ein Beweis für den äußerst gemäßigten Charakter der Bewegung. Es handelte sich nämlich eindeutig um die gesteigerte Form eines regulären Brauchs in den alten traditionellen englischen Dörfern, wonach die Armen, während eines kurzen sozialen Rollentausches, das *Recht* hatten, von den Reichen einen symbolischen Tribut zu fordern, ehe sie in ihre Untertänigkeit zurückkehrten. Die Teilnehmer der Unruhen huldigten diesem vertrauten und temporären

sieren auf Forschungen, die Prof. G. Rudé in britischen und auch in australischen Archiven vorgenommen hat.

31) Das war so allgemein bekannt, daß Versicherungsgesellschaften sich weigerten, Farminventar zu versichern, sofern die Police nicht die Klausel enthielt: "it is warranted that there is no threshing machine kept or used on hire on the said farm" (siehe z. B. Policenverzeichnis der Sun Insurance Company für das Jahr 1830, Guildhall Library MS 11, 937/186, passim).

Brauch - oft dankten sie den Spendern formell für die erpreßten Gaben -, eben weil sie *in Wirklichkeit* gar nicht versuchten, die soziale Ordnung zu verändern oder die oberen Klassen zu enteignen.

Die Brandstiftungen, die gewöhnlich Schober und Scheunen, nicht aber Gebäude, in denen lebende Wesen vermutet werden konnten, betrafen, waren eine noch allgemeinere, aber dabei doch mehr eine Randerscheinung. Sie ersetzten - oder begleiteten allenfalls - die mehr öffentlichen und kollektiven Bewegungen der Arbeiter und hatten daher die Tendenz, den Hauptaktionen vorauszugehen oder zu folgen; oft waren sie auch gerade da zu beobachten, wo die Unruhen niemals öffentlichen Ausdruck fanden. Auf dem Höhepunkt der Bewegung verschwanden sie in der Regel, wenn nicht persönliche Racheakte oder dergleichen vorlagen. Soweit es sich um eine kollektive Erscheinung handelte, war sie eine Form kollektiver Lohnverhandlung durch Aufstand. Man war sich völlig im klaren, daß der Farmer, der seine Arbeiter über ein bestimmtes Maß hinaus mißhandelte oder unterbezahlte, die Vernichtung seines Eigentums riskierte.³² Aber entgegen zeitgenössischen Auffassungen in der Stadt spielte die Brandstiftung bei der Erhebung nur eine untergeordnete Rolle, in einigen der am stärksten betroffenen Gegenden (zum Beispiel Wiltshire) sogar eine gänzlich unbedeutende.

Die Unzufriedenheit mit dem Armengesetz beherrschte die Bewegung nur in einigen Gebieten, namentlich in der Weald-Gegend von Kent und Sussex, wo das erste Zeichen der Revolte oft die formelle Vertreibung eines unbeliebten Armenaufsehers war. Das waren natürlich Gegenden, in denen ein ungewöhnlich hoher Prozentsatz von Arbeitern auf Gemeindeunterstützung angewiesen war - und die Versuche, die Unterstützungsausgaben durch eine abschreckende und demütigende Handhabung des Armengesetzes zu senken, entsprechend häufig und verhaßt waren. Auch einige weitere Forderungen, wie die nach Senkung der Miete, blieben auf bestimmte Gebiete beschränkt (auch hier wieder Kent und Sussex). Wieder andere Forderungen tauchten faktisch überhaupt nicht auf. So gab es zum Beispiel *nicht einen* nennenswerten Fall von Aufstand oder Demonstration gegen hohe Preise oder Ladenbesitzer, und daß die Arbeiter *Land* in irgendeiner Form forderten, kam überhaupt nicht vor.

32 Die Zeitungen setzten das vielfach als selbstverständlich voraus, wenn sie über Fälle von Brandstiftung berichteten.

Es handelte sich lediglich um eine Bewegung von Landproletariern für die Verbesserung ihrer Lage als Proletarier.³³

Eine Bewegung von Proletariern: Ja, aber eine Bewegung, die ein merkwürdig hohes Maß an Unterstützung bei andern Klassen fand und nicht darauf abzielte, die soziale Ordnung umzustürzen. Immer wieder finden sich in den Quellen Klagen darüber, daß die Farmer mit den Arbeitern sympathisierten oder ihre Bewegung sogar anspornten. Noch überraschender, aber einwandfrei bezeugt ist die Tatsache, daß die Farmer - vielleicht mit Ausnahme einiger Großfarmer - sich der Zerstörung ihrer Dreschmaschinen nicht nur nicht widersetzten, sondern sie oft erleichterten und sich *manchmal daran beteiligten*. Die Ladenbesitzer und Handwerker mehrerer kleinerer Provinzstädte (in denen der Radikalismus einflußreich war) zeigten ihre Sympathie noch aktiver. Und das war keine nur moralische Sympathie. Im größten Teil von Kent und East Sussex zum Beispiel erwies es sich als unmöglich, die "achtbaren" Bürger für eine besondere Garde zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu rekrutieren, obgleich eine Dienstverweigerung technisch nach dem Gesetz strafbar war. Was die Haltung der Großgrundbesitzer betrifft, so verblüfft zumindest bis Mitte November 1830 die außerordentliche Milde der Urteile, die die örtlichen Gerichte gegen Aufständische und Maschinenstürmer verhängten; dasselbe gilt für die weitverbreiteten Sympathien, die dem dörflichen Luddismus entgegengebracht wurden. (Der neue Innenminister der Whig-Regierung mußte ein besonderes Rundschreiben erlassen, in dem er betonte, daß "Maschinen genau so den Schutz des Gesetzes genießen wie jede andere Eigentumsart".) Als die Bewegung ihren Höhepunkt erreichte, trat das Element der Klassenfeindschaft zwar deutlich hervor - besonders in Hampshire, Berkshire und Wiltshire -, und die gemeinsame Front der Arbeiter und Farmer war in einigen Gegenden ausgeprägter als in anderen, namentlich in Kent, Sussex und Norfolk. Aber das geschilderte Phänomen bleibt doch verblüffend und bedarf der Erklärung.

33 Eigenartigerweise befaßte sich die erste "offizielle" Gewerkschaftsbewegung der Farmarbeiter (Anfang der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts) viel stärker mit der Forderung nach kleinem Landbesitz für die Arbeiter als die spontane und archaische Rebellion von 1830. Darin spiegelt sich teils der Einfluß radikaler städtischer Ideologen wider, denen es paradoxerweise stets weit mehr um ein "Zurück aufs Land" ging als den Farmarbeitern, teils auch die Tatsache, daß es zu diesem späteren Zeitpunkt schon verschiedene, wenn auch meist unwirksame Projekte für die Zuweisung von Land an Arbeiter gab. Das erste stammte aus dem Jahre 1833 und war eine Reaktion auf die Erhebung von 1830.

Es mag drei Gründe dafür geben. Erstens und vor allem die politische Situation des Jahres 1830, die durch das Ende einer Tory-Regierung, deren Amtszeit eine Generation währte, den Amtsantritt der Whigs und die Auseinandersetzungen um parlamentarische und andere Reformen bestimmt wurde. Hieraus erklärt sich die Aktivität der Radikalen aus dem Mittelstand der Provinzstädte, die bereit waren, jede Bewegung zu entfalten und voranzutreiben, welche geeignet war, die Herrschaft der Aristokratie, des Landadels und der Kirche zu schwächen. Zweitens die spezifischen Schwierigkeiten der Farmer - vor allem der kleinen Farmer - in einer Zeit landwirtschaftlicher Depression, die sie jeder Bewegung geneigt machten, welche dazu beitragen konnte, die Pacht, den Zehnt und die Steuern zu senken. Tatsächlich war gerade dies die programmatische Formel, die die Farmer mit den Arbeitern vereinte. Die Farmer erklärten sich bereit, höhere Löhne zu zahlen, sofern ihnen eine Herabsetzung der Pacht und, vor allem, des Zehnts gewährt würde - und die Arbeiter forderten, häufig erfolgreich, diese Herabsetzungen auf dem Wege des Aufstands mit der Begründung, daß dies die Farmer in die Lage versetzen würde, ihre Löhne zu erhöhen. So jedenfalls war die Lage in den Gegenden, in denen die gemeinsame Front am augenfälligsten war. Die Unpopularität der Kirche, deren Einkünfte selbst einige Laien-Grundbesitzer durchaus zu opfern bereit waren, verwandelte die Bewegung an mehreren Orten in eine öffentliche Bekundung des Antiklerikalismus.³⁴

Der dritte Grund ist allgemeinerer Art. Wie wir sahen, waren die oberen Klassen der englischen Gesellschaft auf dem Lande hin- und hergerissen zwischen der Hoffnung, durch die Ausbreitung des Kapitalismus in der Landwirtschaft Profite zu machen, und dem Wunsch, die traditionelle, hierarchische Ordnung aufrechtzuerhalten, wie sie in der Vergangenheit auf dem Lande bestanden hatte und die der Kapitalismus zu zerstören drohte. In gewissem Sinne war die Sympathie mit den Arbeitern ein Ausdruck dieses Verlangens, und zwar ein um so bestechenderer Ausdruck, als der agrare Kapitalismus nach 1815 eindeutig Depression erzeugte und die Absurdität des Armengesetz-Systems sichtbar machte. Die Mechanisierung war ein Symbol dieser Absurdität. Die arbeitsparende Dreschmaschine, so rationell sie bei kriegsbedingtem Arbeitskräftemangel war, hatte wenig Sinn beim Vorhandensein einer star-

³⁴ Steuern konnten natürlich nicht durch örtliche Unruhen gesenkt werden, und in dem einen Dorf, in dem ein Radikaler vorschlug, sie beim örtlichen Steuereinnahmer zu konfiszieren, weigerten sich die Dorfbewohner mit der Begründung, es sei "the king's money and would not do".

ken ländlichen Reservearmee an Arbeitskräften, die durch Armenunterstützung aus den Einkünften der Reichen unterhalten werden mußte.³⁵ Keinem Farmer, mit Ausnahme des sehr großen, boten die damals üblichen wenig produktiven, kleinen Maschinen nennenswerte Vorteile - vielleicht bis auf den einen, daß sie es ermöglichten, das Getreide schneller zu dreschen und dadurch auf den Markt zu bringen, noch ehe die Preise nach der üblichen jährlichen Erntespitze allzusehr fielen. Aber auf Grund der Konkurrenz, einer Konkurrenz in wirklich liberalem Sinne, konnte es sich keiner von ihnen leisten, sich einseitig davon zu trennen. Die allgemeine Revolte der Arbeiter war ein *deus ex machina*, oder besser ein *deus contra machinam* - eine Kraft, die alle gleichzeitig nötigte, sich einer Erfindung zu entledigen, mit der fast jeder auf seine Weise unzufrieden war. Die Zerstörung der Maschinen stieß auf so wenig Widerstand oder Vorbeugungsmaßnahmen, weil so wenige daran interessiert waren, sie zu verteidigen. Und wie wir sehen werden, vergingen in vielen Gebieten bis zu zwanzig Jahre, ehe sie wieder eingeführt wurden.

Die Arbeiter selbst empfanden ihre Revolte nicht als eine Revolte gegen die Gesellschaft, sondern als eine formelle Behauptung ihrer alten, wenn auch bescheidenen Rechte innerhalb einer traditionellen sozialen Ordnung. In ihren Augen war das nicht einfach Klassenkampf, denn sie hatten nicht die Absicht, mehr zu fordern, als die sozial Höhergestellten selbst für recht erkannten oder als ihnen ihre Arbeitgeber - wie sie meinten - gern gegeben hätten, wenn sie es nur gekonnt hätten. Daher die Bereitschaft, den Farmern die Gewährung von Lohnerhöhungen zu erleichtern, indem sie ökonomische Konzessionen für sie forderten. Die Arbeiter rechneten nicht mit Widerstand. In ihrer Arglosigkeit erwarteten sie, als Menschen behandelt zu werden, als Menschen mit jenen bescheidenen Rechten - und ihre Forderungen waren jämmerlich bescheiden -, die der subalternen Gesellschaftsstufe entsprachen, von der sie gar nicht fort wollten. Sie erwarteten das, weil auch die große Mehrheit der Öffentlichkeit auf dem Lande die Berechtigung ihrer Forderungen nicht bestritt. Daher die außerordentliche Mäßigung, das Fehlen von Gewalttätigkeit, die Bereitschaft, gewährte Konzessionen mit Dank und Hochrufen auf ihre "Vorgesetzten" zu quittieren, die Weigerung, die Bewegung gegen den Staat und die oberen Schichten der ländlichen Hierarchie zu kehren und große Massen zu

³⁵ Während Nicht-Farmer und kleine Farmer möglicherweise mehr zahlten, als wieder hereinkam, wurden die großen Farmer zugebenermaßen subventioniert, indem sie Pauper beschäftigen konnten, deren Einkünfte durch die von anderen gezahlten Steuern erhöht wurden.

mobilisieren, deren tatsächliche Stärke sich aus ihrer physischen Drohung herleitete und denen Menschen angehörten, die an Gewalttätigkeit gewöhnt waren. Sie töteten niemand; sie waren nicht gewalttätiger, als es junge Leute gewöhnlich in Kneipen oder auf Jahrmärkten sind, und vertrieben sogar die verhaßten Armenaufseher, die sie bewußt so gedemütigt hatten, ohne ihnen ernsthaften physischen Schaden zuzufügen. Sie entlehnten von den Radikalen, selbst den gelegentlich zu ihnen stoßenden Republikanern und Revolutionären, das, was ihren Zwecken diente, schenkten jedoch dem übrigen Teil ihres Programms praktisch keine Beachtung.³⁶

Der Traum von der Rückkehr zu einer gerechten traditionellen Gesellschaft war natürlich völlig unrealistisch. Die logische Konsequenz der Tendenzen des letzten halben Jahrhunderts war eine ländliche Gesellschaft, die die schlimmsten Züge der traditionellen Ordnung - die außerökonomische Herrschaft der oberen Schichten über die unteren - mit den schlimmsten Zügen des Kapitalismus - durch Angebot und Nachfrage geregelte Existenzlöhne - verband. Es war die Verwandlung der Arbeiter in eine Art minderwertige Rasse, die jeglicher Rechte beraubt war und bestenfalls (wenn sie "gefügig" war) Anspruch auf die Wohltätigkeit und Mildtätigkeit ihrer Herrscher hatte.³⁷

Die Männer, die arglos glaubten, sie brauchten nur um Gerechtigkeit zu bitten, um sie zu bekommen, wurden in die 12 000 Meilen entfernten Sträflingskolonien gebracht, und wenige Jahre später nahm man ihnen auch ihr letztes Recht, das Recht auf ein Existenzminimum, wie es das alte Armengesetz vorsah. Es ist kein Zufall, daß nach 1830 ein neuer Ton von Haß und Rache, eine neue Bereitschaft zu agrarischem Terrorismus im englischen Landleben bemerkbar werden, bis vierzig Jahre später der landwirtschaftliche Tradeunionismus eine Alternative bietet, die nicht mehr von archaischen Vorstellungen und archaischen Methoden abhängt.

36 Gelegentlich gab es auch örtliche Führer - anscheinend hauptsächlich Männer mit Erfahrungen von außerhalb des Dorfes, zum Beispiel ehemalige Soldaten, Seeleute und Londoner Polizisten -, die den Einfluß revolutionärer Ideen erkennen ließen (so in Kent und Sussex). Ihre Anschauungen waren aber ohne Wirkung auf die Massen, die ihnen folgten.

37 *Ashby, M. K., The Life of Joseph Ashby of Tysoe, Cambridge 1961*, ein klassisches Werk der ländlichen Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts, schildert diese Degradierung anschaulich aus der Sicht einer Landarbeiterfamilie.

Der Aufstand von 1830 erfaßte ein großes Gebiet Englands, aber innerhalb dieses Gebietes war er sehr ungleich verteilt. Wenngleich in den am stärksten betroffenen Teilen (namentlich dort, wo die Grafschaften Hampshire, Berkshire und Wiltshire zusammenstoßen) die Mehrheit, zuweilen eine große Mehrheit der Gemeinden erfaßt wurde kam es auch in den stark betroffenen Hundreds durchschnittlich doch in nicht mehr als einem Drittel der Gemeinden zu offenen Unruhen, und recht häufig gab es sogar nur ein oder zwei aktive Gemeinden in einem sonst ruhigen Gebiet. Damit ergibt sich die Frage, wovon es abhing, ob eine Gemeinde zum Aufstand bereit war.³⁸

Im großen und ganzen kann man sagen, daß ein potentiell aufrührerisches Dorf größer war als der Durchschnitt und daß es einen höheren Prozentsatz von Arbeitern je Farm-Unternehmer und eine weit größere Zahl von ortsansässigen Handwerkern aufwies, als das durchschnittlich der Fall war; auch die Angehörigen solcher Schichten der agraren Gesellschaft, die ökonomisch und ideologisch unabhängig waren von Landadel, Kirche und Großfarmern - kleine Landwirte, die nur mit Familienmitgliedern arbeiteten, Ladenbesitzer und dergleichen - mochten zahlreicher sein. Bestimmt gab es in den potentiellen Aufstandsdörfern auch Gruppen von Menschen, die stärker zu religiöser Unabhängigkeit tendierten, wie das in der Einrichtung nichtkonformistischer Gemeinden zum Ausdruck kam. Was das Grundeigentum betrifft, so war es in diesen Dörfern wohl nicht so "geschlossen" wie anderswo, das heißt nicht völlig in der Hand eines einzelnen Grundherren oder einer kleinen Oligarchie von Landadligen. In Gegenden, wo es nicht viele ansässige "Squires" gab (etwa 30 Prozent der Gemeinden oder weniger), machte die Anwesenheit eines örtlichen Grundherren eine Gemeinde weniger geneigt zum Aufruhr. Es scheint jedoch, daß das für Gegenden mit einer konzentrierten ortsansässigen Gentry und Aristokratie - etwa 40 Prozent der Gemeinden oder mehr - nicht zutrifft. Woran das liegt, ist noch recht unklar. Örtliche Kommunikationszentren wie Gemeinden mit Märkten oder Jahrmärkten kamen eher als Unruhezentren in Frage; ihre Zahl war allerdings zu gering, um daraus die Verteilung der Unruhen zu klären. Das von der Bewegung erfaßte Dorf hatte vielleicht einen höheren Anteil an Pauperismus und Arbeitslosigkeit als das ruhig gebliebene, aber es besteht kein Grund zu der Annahme, daß es in

38 Die folgenden Betrachtungen basieren auf einer ziemlich vollständigen Analyse einer Gruppe von etwa 200 Gemeinden in den Grafschaften Norfolk, Suffolk, Hampshire und Wiltshire.

der Regel sehr viel elender war als seine verarmten Nachbarn. Wir brauchen kaum zu wiederholen, daß es wohl aber mit größerer Wahrscheinlichkeit Ackerbau, und zwar speziell Getreideanbau oder aber die Produktion spezialisierter Kulturen mit einem stark fluktuierenden Arbeitskräftebedarf - und mit geringer Wahrscheinlichkeit Weidewirtschaft - betrieb. Hatte es in der Vergangenheit örtliche Auseinandersetzungen - am wahrscheinlichsten wegen der Einhegungen, vielleicht auch wegen örtlicher politischer oder administrativer Fragen - erlebt, so erhöhte das seine Anfälligkeit für Unruhen. In einigen Fällen wurden Dörfer mit einer solchen Vergangenheit zu Agitationszentren, von denen sich die Unruhen dann in die Umgebung ausbreiteten.

Diese Untersuchungsergebnisse sind im großen und ganzen weder dramatisch noch unerwartet und bedürfen kaum der Erläuterung - bis auf den Umstand, daß einige Wechselbeziehungen einen Kausalzusammenhang erkennen lassen und andere nicht. So besteht zum Beispiel ein offensichtlicher Zusammenhang zwischen dem ungewöhnlich großen Anteil von Handwerkern in den aufständischen Dörfern und der verhältnismäßig großen Zahl solcher Handwerker (hauptsächlich Schuhmacher, Bauarbeiter, Schmiede usw.) unter den Führern der Unruhen und Demonstrationen. Andererseits gibt es nur ganz schwache Anhaltspunkte dafür, daß religiöse Dissenter die Führung in der Arbeiterbewegung vom Jahre 1830 übernahmen, wenngleich die Korrelation zwischen Unruhen und nonkonformistischen Gemeinden verblüffend ist.³⁹

Jedenfalls unterliegen die eben vorgenommenen Verallgemeinerungen vielen örtlichen Variationen und auch einer gewissen statistischen Unsicherheit, denn es ist schwierig, eine zuverlässige Karte der Verteilung der Unruhen aufzustellen.⁴⁰ Das allgemeine Bild kann insbesondere durch die Auswirkungen der "Ansteckung" und der Isolierung verzerrt werden. So konnte die Bewegung in einem Gebiet allgemeiner

39 So war in Kent das Dorf Elham das erste Zentrum systematischer Maschinenstürmerei. Es gehörte auch zu den beiden einzigen landeinwärts gelegenen Dörfern von Kent, die vor 1830 von der Sekte der Bibelchristen "kolonisiert" wurden, welche später eng mit dem Agrar-Tradeunionismus verbunden waren. Ebenso war North Walsham in Norfolk 1830 der größte und dynamischste Bezirk der Primitiven Methodisten, und hier begannen auch die Unruhen in dieser Grafschaft.

40 Schwierig deshalb, weil die Unruhen in einigen Fällen nicht das Werk von Ortsansässigen waren, sondern durch herumziehende Gruppen aus anderen, militanten Dörfern ausgelöst wurden, während umgekehrt einige militante Dörfer ruhig blieben, da die örtlichen Farmer den Forderungen rechtzeitig friedlich nachgaben, um offene Unruhen zu vermeiden.

Unruhe (zum Beispiel in der Kinwardstone-Hundred von Wiltshire, wo sich zwölf bis siebzehn Gemeinden mit 80 Prozent der Bevölkerung erhoben) durch Ansteckung auf Zentren übergreifen, die sonst ruhig geblieben wären, während sich in ruhigen Gegenden vielleicht nur außergewöhnliche Dörfer mit außergewöhnlichen Verhältnissen oder einer ungewöhnlichen Geschichte tatsächlich erhoben. Faktisch stützt sich das "Profil" der aufständischen Dörfer, das wir hier zu zeichnen versuchten, im wesentlichen auf die weniger ausgeprägten Gegenden.

IV

Wir müssen uns schließlich noch den dunklen Jahrzehnten zuwenden, die dem Zusammenbruch der Bewegung von 1830 folgten.

Wie bereits angedeutet, gelang es den Arbeitern weitgehend, die Maschinen zu zerstören und Lohnerhöhungen und andere Verbesserungen durchzusetzen; einige Jahre lang konnten sie ihre Errungenschaften bewahren, und zwar vor allem, weil das völlig unerwartete Schauspiel ihrer kollektiv mobilisierten Massenkraft den Landadel und die Farmer mit heilsamer Furcht erfüllte.⁴¹ Wahrscheinlich mit Ausnahme der östlichen Grafschaften mit ihrem fortgeschrittenen und relativ mechanisierten Farmwesen erreichte der Maschineneinsatz bis in die fünfziger Jahre nicht annähernd wieder den alten Umfang.⁴² Dennoch konnte sich die Lage der Arbeiter im Grundlegenden nicht wesentlich verbessern, bis die Massenmigration der fünfziger Jahre begann und, zum ersten Mal in zwei Generationen, einen Mangel an ländlichen Arbeitskräften erzeugte.⁴³ In einer entscheidenden Hinsicht verschlechterte sie sich. Das neue Armengesetz von 1834 beraubte die Arbeiter auch des letzten "Rechtes", das sie unter dem alten Regime auf dem Lande noch gehabt hatten - des Rechts auf ein Familien-Existenzminimum. Die Unruhen von 1830 vermochten also die anhaltende Degradierung des englischen Landarbeiters nur hinauszuzögern. Und in gewissem Sinne brach dieses unvermeidliche Scheitern der ehrgeizigsten und eindrucksvollsten Bewegung dem Widerstand des Landproletariats, soweit es seine archaische Phase betrifft, das Rückgrat.

41 Hauptquelle hierfür sind die parlamentarischen Untersuchungen über die Landwirtschaft und das Armengesetz aus den Jahren 1833 und 1836.

42 Die zwar interessanten, aber nicht sehr guten Quellen hierfür finden sich in den Untersuchungen über das Farmwesen in den verschiedenen Grafschaften, die die *Royal Agricultural Society* vom Beginn der 40er Jahre an vornahm, und in verschiedenen parlamentarischen Umfragen.

43 Siehe *Jones, E. L., The Agricultural Labour Market in England, 1793-1872*, in: *Economic History Review*, XVII, 1964/65.

Die Bewegungen auf dem Lande hörten indessen nicht auf, wenngleich sie nie wieder, zumindest nicht bis zur Entstehung des modernen Tradeunionismus Anfang der siebziger Jahre, ein so großes Ausmaß erreichten. Die Bewegung von 1830 verebte aber viel langsamer, als bisher angenommen wurde, und war, nach gelegentlichem örtlichen Wiederauf-flackern, nicht vor Mitte 1832 tatsächlich zu Ende. 1834/35, in einer Zeit starker Unruhen unter der städtischen Arbeiterklasse, schlugen die Landarbeiter ihre letzte Schlacht gegen das neue Armengesetz, und wieder hören wir von öffentlichen Massendemonstrationen, Unruhen und sogar hier und da von Versuchen, das neue Mittel des Tradeunionismus anzuwenden. Der Fall der Arbeiter von Dorchester erregte im ganzen Land Aufmerksamkeit, und vereinzelt wurde auch aus anderen Gegenden die Bildung örtlicher Gewerkschaften bekannt, aber keine von ihnen hatte Bestand.

Seit der Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts gab es praktisch keine offene Aktivität mehr; zur charakteristischen Form ländlichen Protestes wurden die Brandstiftungen, die nach 1830 stark zunahmen und in der Folgezeit weit größere Ausmaße erreichten als je zuvor. Ihre tatsächliche Häufigkeit ist leider schwer zu ermitteln; gewisse Rückschlüsse läßt jedoch die Tatsache zu, daß nach 1833 verschiedene örtliche *Associations for the Prosecution of Felons* (Vereinigungen zur Verfolgung von Verbrechern) durch ortsansässige Farmer gegründet wurden: in Lincolnshire entstanden 1834 fünf solcher Gesellschaften.⁴⁴ Die letzte allgemeine Unruhwelle (1843/44) war gänzlich dieser Art. Wie weit verbreitet die Brandstiftung in einigen Gebieten war, ist aus Zahlenangaben für Suffolk um 1850 zu schließen. In dieser Grafschaft waren fast 38 Prozent der ländlichen Häftlinge in den Gefängnissen von Ipswich und Bury wegen dieses Deliktes verurteilt.⁴⁵

Möglicherweise - die Informationen sind allerdings spärlich und ungenau - hatten diese letzten Phasen archaischer ländlicher Bewegungen einen etwas anderen sozialen Charakter. Die Bewegung von 1830 war eine Erhebung der gesamten Landarmut, und wenn sich unter den örtlichen Führern auch ein ganz unverhältnismäßig hoher Anteil von Handwerkern befand (hauptsächlich Schuhmacher, Bauarbeiter, Schmiede usw.), so kann doch kaum bezweifelt werden, daß unter den Massen die seßhaf-

44 Die Angaben über diese Grafschaft mit ihren vielen Brandstiftungen verdanke ich Mr. Rex C. Russell, einem Fachmann für ihre Landarbeiterbewegungen.

45 Glyde, J., a. a. O., S. 144.

ten soliden Familienväter aus den Reihen der Farmarbeiter den Ton angaben und nicht wilde junge Burschen aus den Randschichten der Gesellschaft, in denen Gewalttätigkeit und Ungesetzlichkeit herrschten. Nach 1830 scheinen diese vorherrschend gewesen zu sein, wenn wir wohl auch hier und da noch Handwerker finden.⁴⁶ Umgekehrt kann es auch sein, daß die Bekehrungswelle verschiedener Dissidentensekten, die den Unruhen ziemlich rasch folgte⁴⁷ - und wahrscheinlich eine Verlagerung der Hoffnung von dieser Welt auf die nächste widerspiegelte -, die "achtbaren" Kader der Dorfarmut von der terroristischen Aktivität ablenkte. Denn die dörflichen Sektenanhänger stellten zwar in den siebziger Jahren die Kader des ländlichen Tradeunionismus, aber ihre Religion begünstigte doch gewiß nicht die Gewalttätigkeit.

Diese Nachhutgefechte der archaischen Widerstandsbewegungen der Landarbeiter hatten geringe Bedeutung. Sie versickerten allmählich, hier und da gelegentlich wieder einmal aufflackernd. Immerhin dauerte es bis Ende der fünfziger Jahre, ehe die Zeitungen aufhörten, jedes Abbrennen eines Schobers oder einer Scheune automatisch als Akt sozialen Protestes zu werten. Doch als die letzte Glut des alten Feuers auf dem Lande verglomm, wurden die ersten Funken des neuen sichtbar. Mitte und Ende der sechziger Jahre werden die ersten modernen Landarbeiterstreiks gemeldet - geradlinige Vorfahren der großen *Revolt of the Field* Anfang der siebziger Jahre. Wie weit diese neue Phase ländlicher Bewegungen ein direkter Nachfahre der alten war, ist ungewiß. Für eine Gegend - die östlichen Grafschaften, insbesondere Norfolk - ist eine direkte Kontinuität festzustellen. Der Vater von George Edwards, einem Kämpfer der siebziger Jahre und Führer nach 1889 (übrigens, wie so viele der neuen Gewerkschafter, Anhänger der Primitiven Methodisten), war 1833 gemäßregelt worden, weil er als Sprecher sei-

46 Ashby, M. K., a. a. O., bringt Licht in diese Phase der Bewegung. Die Analyse der Häftlinge, die in Norfolk und Suffolk 1843/44 wegen Brandstiftung festgenommen wurden (*House of Lords Paper* 258 vom Jahre 1844), ergibt, daß 42 % 18 Jahre oder jünger waren - darunter 17,5 % unter 15 Jahren; 37,5 % waren zwischen 19 und 30 Jahren, 10 % zwischen 30 und 40 Jahren und 10 % über 40 Jahre. Von 40 Gefangenen in Suffolk konnten nur 8 perfekt lesen und schreiben, 17 waren gänzlich Analphabeten.

47 Das ist für die Primitiven Methodisten, deren Zahl sich vor allem in den östlichen Grafschaften vervielfachte, hinreichend zu belegen, und zwar dank ihrer guten Statistiken und der bewundernswerten Tagebücher ihrer Bekehrungsaktionen, die im *Primitive Methodist Magazine* erschienen. So folgte dem Zusammenbruch des Aufstandes in einem sehr stark betroffenen Teil von Norfolk innerhalb von Wochen eine spontane "Wiederbelebung".

ner Kameraden auftrat. Aber im ganzen gesehen, waren die Hauptzentren der neuen Gewerkschaften in Südengland nicht diejenigen der Unruhen von 1830. Erst weitere Forschungen werden allerdings diese Frage restlos aufklären können.

(Übersetzt von Roswitha Czollek)

Wirtschafts- und Rechtsfragen in Homers Gedichten

von Vladimír Pazderník

I

Zweck dieser Studie ist es, auf die wichtigsten ökonomischen Aspekte in Homers Werk aufmerksam zu machen, vor allem die ökonomisch-juristischen Wechselbeziehungen und die dadurch entstandenen juristischen Probleme, die für die Entwicklung des europäischen Rechtsdenkens Bedeutung hatten. Dies werden wir am Beispiel der Digesten des Justinian erkennen. Die übrigen Fragen, die in engem Zusammenhang zu dieser Problematik stehen, wie Eigentum, Besitz und ähnliches, werde ich nur in margine behandeln, da sie in letzter Zeit Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit so bedeutender Fachleute wie G. Thomson, J. W. Jones und anderer waren. Dort findet der ernste Interessent ausreichend Anregungen und Informationen für weiteres Forschen. Den juristisch-philosophischen Aspekt, der bei Homer ein interessantes Bild des juristischen Denkens der frühgriechischen Gesellschaft ergibt, habe ich bereits an anderer Stelle¹ behandelt.

Gleichzeitig soll diese Betrachtung ein Beitrag zur Erforschung der ökonomischen und eigentumsrechtlichen Beziehungen in der griechischen Gesellschaft zu einer Zeit sein, in der der Grund für ein Staatsgebilde gelegt wurde, das für das Griechenland des Altertums so charakteristisch wurde: den Stadtstaat (πόλις).

Allerdings ist der Umfang der ökonomischen und juristischen Probleme jener Zeit noch verhältnismäßig klein; denn der Stand der Produktivkräfte gestattete noch keine Vielfalt der Warenproduktion, so daß auch noch kein Anlaß zu einer Fülle von mit dieser verbundenen

¹ Pazderník, Vladimír, Základní právní kategorie v eposech homéřských (Grundlegende Rechtskategorien in den Epen Homers), in: Zprávy Jednoty Klasických filologů, Jg. 7, 1965, S. 72 - 83. - In den Anmerkungen ist die zuständige Literatur (Thomson, Jones u. a.) aufgeführt. Resumé in englischer Sprache.

Rechtsfragen bestand. Dennoch haben Homers Epen für die Weiterentwicklung dieser Fragen eine gewisse Bedeutung, der wir im folgenden nachgehen wollen.

Was den Gesamtumfang der Produktion als der Basis der materiellen Existenz und des kulturellen Niveaus der Gesellschaft zur Zeit Homers anbelangt, so ist aus beiden Gedichten ersichtlich, daß es sich um solche Arten der Produktion handelte, die für ursprüngliche gesellschaftliche Gebilde typisch sind. Wir müssen jedoch, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Erforschung der Gesellschaft von Mykene im Zusammenhang mit der Entdeckung der Linear-B-Schrift, in unserer Beurteilung vorsichtig sein, denn es zeigt sich im Bereich der Länder des Ägäischen Meeres eine ziemliche Uneinheitlichkeit in der Entwicklung der Produktivkräfte. Wir dürfen auch die Tatsache nicht vergessen, daß die Epen Homers ein Konglomerat gesellschaftlicher und ökonomischer Erscheinungen einiger Jahrhunderte umfassen. Es ist also die Aufgabe einer präzisen archäologischen Forschung und einer philologisch-historischen Analyse der Texte, die einzelnen Entwicklungsschichten auch vom ökonomischen bzw. juristischen Standpunkt zu differenzieren. Es übersteigt den Rahmen dieses Artikels, diese Fragen weiter zu verfolgen, doch ist es zweckmäßig, gleich zu Beginn auf sie aufmerksam zu machen.²

II

Aus der Ilias und insbesondere aus der Odyssee können wir durch Analyse ihrer ökonomischen Seite beurteilen, daß die Zeit, die wir als die Homers bezeichnen, bereits die ursprüngliche gesellschaftliche Arbeitsteilung (Fischerei, Viehzucht, Ackerbau) und einen verhältnismäßig entwickelten internationalen Handel kennt, der sich im Leben des griechischen Volkes widerspiegelt und die gesellschaftlichen Strukturveränderungen beschleunigt. So zum Beispiel nennt die Odyssee 1, 182 - 185, Produkte, die Gegenstand des Handels sind:

"Ich kam mit dem Schiff, um Kupfer zu holen, ich führe Eisen mit!"
Zahlreiche Verse betonen Gebiete, die vom ökonomischen Standpunkt aus bedeutungsvoll sind, wie zum Beispiel Od. 5, 34.38 - 39: Scherie, reich an Gold und Bronze; Ilias 7, 180; 9, 44; 11, 45. 765 - 766; Od. 3,34: Reichtum von Mykene (πολλόχρυσος Μυκῆνη); ferner die Stadt

² Kurze Übersicht zu dieser Frage siehe z. B. Burn, *Andrew Robert*, *The Pelican History of Greece*, Harmondsworth 1966, Kap. 2.

Orchomenos, reich an Schafen (Il. 2, 605), Argos, reich an Weizen (Il. 15, 372), so auch Buprasion (Il. 11, 756), Bulichion (Od. 14, 335) und Syrien (Od. 15, 406). In Arne wächst viel Wein (πολυσταφύλος Il. 2, 507), während Sidonia einen großen mineralischen Reichtum an Kupfer (πολύχαλκος) aufweist. Argos war auch durch seine Pferdezucht berühmt (ἵπποβοτός: Il. 2, 287; 3, 75; 9, 246), ähnlich Thrakien (Il. 13, 4; 14, 227). Troja besaß große Goldmengen (Il. 18, 289).

Die Kunstgewerbe besaßen ein hohes Niveau. Homer drückt seine Bewunderung für die hervorragenden handwerklichen Arbeiten wiederholt aus (zum Beispiel Il. 5, 725: θαῦμα ἰδέσθαι). Zu nennen sind hier etwa der berühmte goldene Kelch des Nestor (Il. 11, 632 - 635), der künstlerisch wertvolle Kelch δέπας τετυγμένον (Il. 16, 225, ähnlich Od. 4, 615). Hephaistos erzeugte "sehr viele Kostbarkeiten", größtenteils goldene Ziergegenstände (Il. 18, 400 - 401), und auch den berühmten Schild (Il. 18, 478 - 608) und die übrige Bewaffnung des Achilleus (Il. 18, 610 - 613). Einen hohen künstlerischen Wert besaßen die goldene Spange des Odysseus (Od. 19, 227 - 231), die einen Jagdhund darstellt, der in den Vorderpfoten ein Rehkitz hält, und der Panzer des Agamemnon (Il. 11, 24 - 40). Erwähnenswert erscheinen noch ein verzierter Kessel, der den Wert eines Stiers hat (Il. 23, 855), und künstlerische Waffen (Il. 23, 806).

In den Versen können wir weiter Töpfereierzeugnisse (Il. 18, 600 - 602), den Schiffsbau (Od. 5, 249 - 250) und die Herstellung von Dachbalken (Il. 23, 710 - 714) kennenlernen. In Od. 3, 432 - 433 wird Schmiedewerkzeug aufgezählt: Amboß, Hämmer und Zangen. Die Frauen widmeten sich vorwiegend dem Weben, wie wir das am Beispiel der Penelope (Od. 1, 356 - 359 u. a. m.) sehen, auch zu Erwerbszwecken (Il. 12, 433 - 435). Besondere Aufmerksamkeit wurde der Landwirtschaft gewidmet, und zwar sowohl der pflanzlichen als auch der tierischen Produktion. Die Intensivbewirtschaftung überwog (Il. 16, 392: μινῶθει δέ τε ἔργ' ἀνθρώπων), was bei dem überwiegend gebirgigen Terrain des Landes und dem gegebenen Kulturniveau der Bevölkerung verständlich ist. Eine Ausnahme bildeten die Zyklopen, die den Boden überhaupt nicht bearbeiteten und sich auf die Freigebigkeit der Natur verließen (Od. 9, 107 - 111). Homer entwirft hier offenbar ein Bild der Urgemeinschaft, denn die Zyklopen haben weder eine staatliche Ordnung (Od. 9, 112 - 115) noch Sinn für soziale Zusammengehörigkeit.

Landwirtschaftlichen Arbeiten ist auch der zweite und dritte Ring des Achilleus-Schildes gewidmet, wo der Dichter in lebhafter Weise Pflügen und Ernten (Il. 18, 541 - 560) und die Weinlese (Il. 18, 561 - 572) schildert. Gut bestellte Felder und gepflegte Anlagen haben einen erheblichen Wert (Il. 20, 184 - 185, bzw. auch Il. 14, 121 - 123), weshalb Prozesse um Grundstücke offenbar keine seltene Erscheinung waren, wie uns der bekannte Vergleich Il. 12, 421 - 423, lehrt. Mit der pflanzlichen Produktion hängt auch die Bearbeitung des Getreides zusammen: Ein Bild vom Dreschen des Kornes gibt Il. 20, 495 - 498, vom Mahlen Od. 7, 103 - 104, und Od. 20, 105 - 107.

Die tierische Produktion beschäftigte sich hauptsächlich mit der Rinderhaltung (Od. 14, 100), mit der Haltung von Schweinen, wie wir das aus der Beschreibung des Gutes des Odysseus erkennen, das der Hirt Eumaios verwaltet (Od. 14, 5 - 20) und das für die damaligen Verhältnisse durch die große Anzahl der Tiere (50 Zuchtsauen, 360 Eber, Ferkel nicht eingerechnet) Verwunderung erregt. Zahlreich wurden auch die bis heute in Griechenland traditionellen Ziegen und Schafe gehalten (Od. 14, 100 - 104; 9, 118 und 184) und entsprechende Produkte hergestellt (Od. 9, 219 - 222). In Argos und in Thrakien war, wie erwähnt, die Pferdezucht berühmt.

In der späteren Phase der homerischen Zeit war der Handel ziemlich verbreitet. Allerdings unterzieht der Autor der Odyssee die Kaufleute einer scharfen moralischen Kritik (Od. 8, 161 - 164). Ohne Achtung spricht er von den Leuten, "die hinter dem Profit herjagen" (ἀλφιστῆς ἄνδρες, Od. 6, 8). Die berüchtigten phönikischen Kaufleute charakterisiert er als Erpresser (τροῦκται, Od. 15, 415 - 416), die nach Griechenland eine Menge unbrauchbaren Tandens bringen (μυρὸν ἄγοντες ἀθόρματα). Offenbar spielt er damit indirekt auf die Unterhöhnung der traditionellen guten Sitten seines Volkes an, die durch diese Tätigkeit bedroht werden. Diese ungünstige Meinung über die Phönikier hat sich in den Sagen bis in die Zeiten von Herodot erhalten, der sie in seinem Geschichtswerk gleich im Einführungskapitel (1, 1) als die Ursache der späteren Zwiste und Kriege, vor allem aber des Trojanischen Krieges (1, 3 - 4), bezeichnet.

III

Aus der Vielfalt der Produktion können wir schließen, daß eine tiefgreifende Teilung der gesellschaftlichen Arbeit bestand sowie eine solche Form des Warenaustausches, die elastische Handelsbeziehungen

ermöglichte. Das Wachsen der Produktion und die Vervollkommnung der Arbeitsmittel zwangen den Menschen der Zeit Homers zu Erwägungen über die Grenzen seiner Möglichkeiten als Individuum. In der Urgemeinschaft war der Mensch sein eigener Produzent, denn der Kreis seiner Bedürfnisse war klein. Aus diesem Grunde wurde er zu solchen Erwägungen gar nicht angeregt. Jedoch in der Gesellschaft der Zeit Homers, insbesondere in ihrem späteren Stadium, hat sich die Situation wesentlich verändert. Die Verse aus Il. 23, 670 - 671, sind kennzeichnend für diese Erkenntnis:

... οὐδ' ἄρα πῶς ἦν

Ἐν πάντεσσι' ἔργοισι δαήμονα φῦτα γενέσθαι.

("ja unmöglich könnt' in jeglichem Werk ein Sterblicher Kunde gewinnen"). Der Kern des Verses ist das Adjektivum δαήμων= erfahren, mit einer Sache vertraut. Dieses Adjektivum wird von dem Verbum δάω (δάσσειν) abgeleitet und bedeutet: etwas erfahren, lernen, zum Beispiel Il. 21, 487: πολέμοιο δαήμεναι, einen Wettkampf versuchen, Od. 17, 518 - 519: ... ἔξ τε θεῶν ἔξ ἀείδων δεδαδάς (Sänger), der von den Göttern die Gesänge gelernt hat. Es handelt sich also um die Erlangung dauernder Erkenntnisse durch Übung, sei es durch physische oder geistige Tätigkeit. Bei der wachsenden Vielfalt der gesellschaftlichen Bedürfnisse ging es über die Kräfte des einzelnen, universale Kenntnisse zu erlangen. Auf diese Weise entsteht der Gedanke für die Bestimmung des richtigen Maßes, für die Grenzen des menschlichen Handelns, der später unter dem Begriff πέρας für die Bildung des griechischen Charakters in der Polis eine wesentliche Rolle spielte: Er drang in die Sphäre der Moral ein, von wo der Grieche die Kraft zu einer strengen Selbstdisziplin und den Sinn für die gesellschaftliche Disziplin schöpfte.³ Auf dieses Problem weist auch Il. 13, 725 - 735, hin, wo Panthons Sohn den Hektor warnt, der die Grenzen seiner Fähigkeiten zu überschreiten im Begriff ist, indem er nicht nur als ausgezeichneter Kämpfer, der er wirklich war, sondern auch als weniger fähiger Berater auftritt:

"Aber du kannst unmöglich doch alles zugleich dir erwerben.

Anderem ja gewährte der Gott Arbeiten des Krieges,

Anderem Reigentanz und anderem Harf' und Gesänge;

Anderem legt' in den Busen Verstand Zeus' waltende Vorschrift"

(13, 729 - 733).

Der Mensch beginnt auf diese Weise den Wert des eigenen Intellekts zu erkennen, um ihn für eine produktive Tätigkeit zu nutzen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere der oben zitierte Vers 732 wichtig: ἄλλω δ' ἐν στήθεσσι τιθεῖ νόον εὐρύοπα Ζεὺς ..., wobei νόος, wie Snell⁴ bemerkt, eigentlich den Übergang von der Vorstellung zum Denken bedeutet. Mit dem Substantiv νόος ist hier das Wort μῆτις eng verwandt, das Scharfsinn, Weisheit bedeutet (Il. 2, 169). Die Anwendung des Scharfsinns auf die produktive Arbeit bedeutet ihre Rationalisierung, wie das die Verse Il. 23, 315 - 317, andeuten:

μητι τοι δρυτῶμος μέγ' ἀμείνων ἦε βίηφιν
μητι δ' αὖτε κυβερνήτης ἐνὶ οἴνοπι πόντῳ
νῆα θοὴν ἰθὺναι ἐρεχθομένην ἀνέμοισιν

Wer Scharfsinn anwendet, schont Kräfte, erreicht mit weniger Energieaufwand größere Leistungen, das heißt, daß er seine Tätigkeit rationell ausübt (siehe 23, 315: "Mehr ja vermögen durch Rat Holz-hauende ...").

Dem Stand der Produktivkräfte und der Arbeitsteilung entsprachen auch die Wertformen, die den Warenaustausch ermöglichten. Der Mensch der homerischen Zeit kannte offenbar bereits die Form des allgemeinen Äquivalents, wofür uns Ilias und Odyssee genügend Beweise liefern. Ein allgemeines Äquivalent, auf das der Wert verschiedener Warengattungen bezogen wurde, war zum Beispiel das Rind, βοῦς = Stier, Ochse oder Kuh, im Plural Vieh, wobei in der Regel der Wert durch das entsprechende Zahlwort + der adjektiven Wortform βοίων festgelegt wurde, wie zum Beispiel Il. 21, 79, ...ἐκατόμβοιον δέ τοι ἦλφον, Il. 23, 702 - 703, μέγαν τρίποδ' ... δωδεκάβοιον, ein Dreifuß im Werte von 12 Kühen, während erstaunlicherweise ein Mädchen, das "viele Arbeiten beherrschte", nur den Wert von 4 Kühen (τεσσαράβοιον) besaß. Daraus können wir schließen, daß zu jener Zeit kein Mangel an Tagelöhnern oder Sklaven bestand, obwohl wir berücksichtigen müssen, daß die Wertrelationen häufig subjektiv und durch das momentane Bedürfnis des Interessenten für den Gegenstand gebildet wurden. Den Wert des Äquivalents konnte allerdings auch eine andere Ware haben, worüber uns die Verse vom Schluß des 7. Gesanges der Ilias (472 - 475) am besten informieren:

⁴ Snell, Bruno, Die Entdeckung des Geistes, 3. Aufl. Hamburg 1955, S. 32.

ἐνθ' ἄρ' οἴνιζοντο κάρη κομβίωντες Ἀχαιοί,

ἄλλοι μὲν χαλκῷ, ἄλλοι δ' αἴθωνι σιδήρῳ,

ἄλλοι δὲ βίνοϊς, ἄλλοι δ' αὐτῆσι βόεσσιν,

ἄλλοι δ' ἀνδραποδέεσσι·

Den Wein bezahlten die einen mit Kupfer (χαλκός), die anderen mit Eisen (σίδηρος), andere wiederum gaben dafür Rinderhäute (βίνος) oder Vieh (βοῦς) oder aber Sklaven (ἀνδραποδόν). Die angeführten Verse geben ein Beispiel für die entwickelten Wertformen, wobei es möglich war, für eine Warengattung Waren verschiedener Gattungen einzutauschen. Beide Epen geben uns auf diese Weise ein interessantes Bild vom Übergang von der entwickelten Wertform zu der Form des allgemeinen Äquivalents, das durch das Vieh repräsentiert wurde. Allerdings muß man sich die Frage stellen, ob sich dieser Übergang nicht daraus ergibt, daß Homer Verhältnisse der griechischen Gesellschaft aus einem sehr ausgedehnten zeitlichen Bereich schildert. Handelt es sich bei der entwickelten Wertform um die Zeit der Entstehung der Geschichte oder um eine längst verflossene Vergangenheit, also eher um eine historische Reminiszenz?

Die angeführten Verse aus dem 7. Gesang der Ilias sind nicht nur wegen ihres ökonomischen Gehalts bedeutungsvoll geworden, sondern auch für das Verständnis der Problematik des Kaufvertrages (emptio venditio) im Römischen Recht. In diesem Zusammenhang analysiert sie bereits Gaius in seinen Institutionen (141), während er ihnen in den Digesten (D.18, 1, 1, § 1) äußerliche Aufmerksamkeit widmet. Der zitierte Text ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie es die Römer verstanden haben, für die Zwecke der Rechtspraxis das Kulturerbe des an Gedanken sehr reichen griechischen Schrifttums zu nutzen, und zwar nicht nur für das Gebiet der Fachphilosophie, sondern auch direkt für Werke, die zum Bereich der schöngeistigen Literatur gehören. Gaius stellt im Zusammenhang mit den Versen Il. 7, 472 - 475, die Frage, ob man den aufgeführten Vertrag (das heißt den Kauf des Weines für Kupfer, Eisen, Vieh usw.) als emptio venditio oder als permutatio, das heißt Tauschvertrag, betrachten kann. Der erste Typ, die emptio venditio, wird abgelehnt, und zwar weil dabei der Preis in Bargeld bezahlt werden müßte: Item pretium in numerata pecunia consistere debet: nam si in ceteris rebus an pretium esse possit, velut aut toga, aut fundus alterius rei (pretium esse possit), valde queritur. Wenn also ein Gegenstand durch einen anderen Gegenstand

bezahlt wird, dann muß es sich um einen anderen Vertragstyp handeln, nämlich um den Tausch (permutatio), das heißt Tausch einer Sache gegen eine andere. Diese Frage wurde dann in den Digesten an oben genannter Stelle noch genauer analysiert. Im § 1 heißt es: Sed an sine numis venditio dici hodieque possit, dubitatur, veluti si ego togam dedi, ut tunicam acciperem. Sabinus et Cassius esse emptionem et venditionem putant: Nerva et Proculus permutationem, non emptionem hoc esse. Sabinus Homero teste utitur, qui exercitum Graecorum aere fero hominibusque vinum emere refert, illis versibus: - hier werden die Verse Il. 7, 472 - 475, zitiert. Der Text lautet weiter: sed hi versus permutationem significare videtur, non emptionem. Sicut illi ... und hier werden wiederum die Originalverse Il. 6, 234 - 236:

ἔνθ' αὖτε Γλασκῶ Κρονίδης ... τεθεχε ἄμειβεν aufgeführt, ... magis autem pro hac sententia illud diceretur, quod alias idem poeta dicit - hier führt der Text Od. 1, 430: τρίτατο κτεάτεσσιν ἑόσιον, an. Sed verior est Nervae et Proculi sententia: nam ut aliud est vendere, aliud emere, alius emptor, alius venditor, sic aliud est pretium, aliud merx: quod in permutationem discerni non potest, uter emptor, uter venditor sit. Die Digesten erinnern zum Schluß an dieser Stelle daran, daß es sich nicht um eine emptio venditio aus dem Grunde handeln kann, weil man aus einem solchen Kauf nicht feststellen kann, wer eigentlich der Käufer und wer der Verkäufer, was die Ware und was der Preis ist, denn beide Seiten bieten Gegenstände an. Dadurch werden die Grundbedingungen eines Kaufvertrages emptio venditio nicht erfüllt, bei dem die Subjekte (Käufer-Verkäufer) genau bestimmt sein müssen, der Gegenstand der Erfüllung des Kaufes in Geld bestehen und der Marktpreis objektiv bestimmt werden muß.⁵

Die Frage, ob somit die Römer den Sinn der Verse, von denen die Rede war, überhaupt begriffen haben, müssen wir positiv beantworten, obwohl das auf den ersten Blick zweifelhaft erscheinen könnte. Vom Standpunkt der römischen Jurisdiktion müssen wir nämlich das Problem woanders suchen. Die römische Rechtskasuistik benutzte für die abstrakte Formulierung von Präzedenzfällen Belege aus dem täglichen Leben, um deren Dynamik zu erfassen, wozu sich die berühmte Plastizität der Situationen in Homers Gedichten ausgezeichnet eignete, insbesondere durch die Vielzahl der Vorgänge und Episoden.

An dieser Stelle bleibt uns noch die Aufgabe, die Frage der Bestimmung des Tauschwertes einer genaueren Analyse zu unterziehen. Aus
5 Sommer, Otakar, Učebnice soukromého práva římského (Lehrbuch des Römischen Zivilrechts), Bd. 2, Prag 1935, S. 55 - 58.

den in der Ilias und Odyssee aufgeführten Beispielen geht hervor, daß bei der Bestimmung des Warenwertes bei den Verhandlungspartnern überwiegend subjektive Beweggründe vorherrschten. Einerseits war es das Bedürfnis für den Gegenstand, wie wir das aus dem Beispiel des 7. Gesangs der Ilias kennengelernt haben, häufig aber überwogen auch andere Beweggründe, hauptsächlich emotionaler Art. Das Beispiel des Tausches der Waffen zwischen Diomedes und Glaukos wurde sprichwörtlich: In einem Freudenausbruch über die unerwartete Begegnung mit dem alten Freund der Familie tauscht Glaukos seine goldene Rüstung im Werte von hundert Stieren gegen die kupferne von Diomedes, die nur mit neun Stieren bewertet wurde: Il. 6, 235 - 236: ὅς πρὸς Τυδείδην Διομήδεα τεύχε ἀμειβεν / χρύσεια χαλκείων, ἑκατόμβοι ἔννεαβοίων. Hierbei ging es natürlich nicht um den typischen Fall eines Tausches, jedoch kann man ihn für die Beurteilung der Frage des Tauschwertes nicht übersehen. Verlangt doch Achilleus für seine glänzenden Kriegstaten ebenfalls keinen angemessenen Gegenwert, das heißt einen objektiv bestimmten Wert (Il. 1, 135 - 136), sondern κατὰ θυμόν, ὅπως ἀντάξιον ἔσται. Θυμός charakterisiert hier subjektiv die gefühlsmäßige Seite der Angelegenheit. Snell schreibt bei seiner Analyse der homerischen Begriffe ψυχή, θυμός und νόος: "Wenn, wie gesagt, θυμός das geistig-seelische Organ ist, das Regungen verursacht, νόος dagegen dasjenige, das Vorstellungen aufnimmt, so umfaßt νόος im allgemeinen mehr das Intellektuelle, θυμός mehr das Emotionale."⁶ Später bemerkt er dann: "Wenn gesagt wird, daß jemand κατὰ θυμόν etwas empfindet, so ist θυμός ein Organ - da können wir mit 'Seele' übersetzen, nur müssen wir daran denken, daß es die Seele ist, sofern sie 'Regungen' hat".⁷ Allerdings war sich Achilleus dieses wertmäßigen Unverhältnisses voll bewußt, und er macht Agamemnon darauf aufmerksam (Il. 1, 165 - 168):

"... die schwerste Last des tobenden Schlachtengetümmels
 Trag' ich mit meinem Arm. Doch kommt zur Teilung es endlich,
 Dein ist das größte Geschenk, und ich, mit wenigem fröhlich,
 Kehre heim zu den Schiffen, nachdem ich erschlaft von dem Streite."

Achilleus betont hier, daß Agamemnon immer ein weitaus größeres Geschenk habe, das heißt ein teureres (πολλὸν μείζον), während er selbst zwar ein kleineres, also billigeres, jedoch ihm liebes Geschenk - ἔγδ' ὁ ὄλγρον τε φίλον τε - besäße. Die Hauptursache

⁶ Snell, Bruno, a. a. O., S. 30.

⁷ Ebenda, S. 32.

der Verärgerung des Achilleus ist allerdings in diesem Falle nicht nur das beleidigte Empfinden für das geliebte Mädchen, sondern vielmehr, daß seine Ehre gekränkt wurde: Il. 1, 170 - 171: οὐδέ σ' οἶω ἐνθάδ' ἄτιμος ἔδν ἄφενος καὶ πλοῦτον ἀφόξειν - "Schwerlich auch wirst du, weil du allhier mich entehrst, noch Schätz' und Güter dir häufen" (ähnlich siehe Il. 1, 189 - 196). Man muß bedenken, daß der Krieger das höchste Ziel des gesellschaftlichen Prestiges zu Homers Zeiten war und einen grundlegenden ethischen Wert darstellte.⁸

In engem Zusammenhang mit unserer Frage steht auch die Bestimmung des Lösegeldes für die Auslösung aus Kriegsgefangenschaft und für die Erhaltung des Lebens. Hierbei kann man, da es sich eigentlich um das Äußerste handelt, einen objektiven Wert erwarten. Hauptsächlich in der Ilias gibt es eine Reihe solcher Beispiele: zum Beispiel Il. 6, 45 - 48; 10, 378 - 381; 11, 131 - 135, auch der Fall der Freier in Od. 22, 57 - 59. In ähnlicher Weise betrifft das die Bitten um Herausgabe des toten Körpers zum Zwecke einer ehrenvollen Bestattung, worauf im antiken Griechenland großer Wert gelegt wurde. Die Ilias widmet diesem Motiv die letzten zwei Gesänge (23 und 24). So bittet Hektor den Achilleus während der letzten Augenblicke seines Lebens um eine würdige Bestattung seines Körpers gegen ein Lösegeld (Il. 22, 340 - 341), ähnlich führt Priamos für die Herausgabe der Leiche Hektors an Achilleus ein erhebliches Lösegeld herbei, wie wir das aus Il. 24, 145 - 148 und 228 - 235, erfahren.

Im übrigen wurde der Wert der Gegenstände sehr unterschiedlich aufgefaßt, was aus den Versen ersichtlich ist, die ich bereits oben erwähnte: so wird zum Beispiel Il. 23, 702 - 705, ein Kessel mit zwölf Kühen bewertet, eine qualifizierte Sklavin mit vier Kühen, während ein verzierter Kessel nach Il. 23, 855, eine Kuh kostete. Zum Abschluß der Problematik des Warenwerts bei Homer möchte ich mir eine kleine Bemerkung gestatten: Es ist interessant, daß Karl Marx im "Kapital"⁹ bei den historischen Untersuchungen über die Wertformen dem Werk Homers in dieser Beziehung keine größere Aufmerksamkeit widmete, obwohl sich zur Begründung der Theorie der Wertformen Beispiele aus Homer geradezu angeboten hätten. In der ersten Ausgabe des "Kapital" ist Homer nicht erwähnt, während in der zweiten Ausgabe der Autor nur folgende Anmerkung unter dem Strich macht: "Z. B. bei Homer

8 *Pazdernik, Vladimir*, a. a. O., S. 78.

9 *Marx, Karl*, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 76.

wird der Wert eines Dings in einer Reihe verschiedener Dinge ausgedrückt." Das ist um so interessanter, als Marx zeitlebens sehr enge Beziehungen zur griechischen Kultur hatte und Homer sehr schätzte. Zu einer so lakonischen Haltung führte Marx in dieser Angelegenheit wahrscheinlich das Bestreben, sich gänzlich auf den Kern des Problems, die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise, zu konzentrieren.

IV

Für die ökonomische Bewertung der Gesellschaft zur Zeit Homers ist ihre soziale Situation bedeutungsvoll. Wenn wir dieses genauer betrachten, kommen wir zu der Erkenntnis, daß die klassenmäßige Schichtung nicht so einfach war, wie das auf den ersten Blick erscheinen mag. Allerdings existierte eine abgeschlossene Adelskaste, deren materieller Reichtum gleichzeitig ein Maß für ihre politische Macht und gesellschaftliche Bedeutung (τιμή) war. Der Größe ihres jeweiligen Eigentums entsprach die Anzahl der Schiffe, die Könige und Adlige für die Überfahrt nach Troja stellten. Darüber informiert uns der Katalog der Schiffe in Il. 2 (484 - 759). So besaß der Führer dieser Expedition, Agamemnon, 100 Schiffe, Nestor 90, Achilleus 50 und Odysseus nur 12. Die Eigentumsbeziehungen¹⁰, auf die sich diese Macht gründete, sind in dem Katalog Homers durch die Substantive τέμενο, γέρας, μοῖρα, κτήμα, κλήρος bzw. κτέρας ausgedrückt. Das Substantiv τέμενος erscheint bei Homer noch in seiner ursprünglichen Funktion als ein bestimmtes Stück Land, das von der gemeinsamen Zuteilung abgetrennt, entweder dem König in Eigentum übergeben (Il. 6, 194; 9, 758; 12, 313; 20, 184. 191; Od. 17, 299) oder der Gottheit zu Kultzwecken gewidmet wurde (Il. 2, 696; 8, 48; Od. 8, 363). Motiv für eine solche Teilung waren in der Regel Verdienste des betreffenden Königs um das Volk (γέρας = Ehrengabe) oder häufig auch das Drängen des Königs, wie wir das zum Beispiel in Il. 1, 231, sehen: δημοβόρος βασιλεύς, das heißt ein König, der das Volk ausbeutet. In einer ähnlichen Funktion (wie zum Beispiel ein bestimmtes Stück Land) erscheint auch das Substantiv μοῖρα (zum Beispiel Il. 16, 68) und κλήρος (Il. 15, 498; Od. 14, 64). Das Substantiv κτήμα bzw. κτέρας bedeutet Eigentum im weitesten Sinn des Wortes, nämlich auf verschiedene Weise erworbenes Eigentum, wie zum Beispiel durch Geschenk, Raub, Kauf und ähnliches: Il. 10, 216; 24, 235;

¹⁰ Pazderník, Vladimír, a. a. O., S. 78.

Od. 14, 92. In Il. 9, 382, und Od. 4, 127, handelt es sich bei κτήμα um durch Erbschaft erworbenes Eigentum.

Je nachdem, welche Art des Eigentums die Grundlage des Reichtums des Eigentümers bildet, wird in den Epen dessen Wohlhabenheit geschildert. So zum Beispiel wird in Il. 2, 106, Thyestes als reich an Herden (πολόβαρος), Mentor reich an Pferden (πολόπιπος) in Il. 13, 171, Iphiklos und Phorbantos reich an Schafen (πολόμηλος) in Il. 2, 705, bezeichnet, während Dolon, Il. 10, 315, in Gold schwimmt (πολύχρυσος). Selagos besitzt viel Ackerland (πολυαγίος) Il. 5, 613. Ein außergewöhnlich wohlhabender Mensch wird durch das Adjektiv πολυκλήρος (Od. 14, 211) oder πολυκτήμων (Il. 5, 613) bzw. πολυπάρων (Il. 4, 433) >πείρομαι, πέπαμαι = Erwerb, Besitzhaltung, bezeichnet. So lesen wir bei Pindar P. 8, 73: εἰ γὰρ τις ἔσθ' ἀπέπαται μὴ σὺν μακρῷ πόνῳ, das heißt: wenn jemand das Vermögen nicht durch anstrengende Arbeit erworben hat. In Od. 4, 71 - 74, wird das Eigentum des Menelaos aufgezählt. Aus den Beispielen sehen wir, daß es vor allem aus Mobilien und Immobilien auf dem Gebiet der Landwirtschaft gebildet wird, was bei dem gegebenen Stand der Produktivkräfte der Gesellschaft zur Zeit Homers natürlich ist. Es ist interessant, daß in der Odyssee die Eigentumsfrage nicht mehr so betont wird wie in der Ilias; sie tritt vielmehr in den Hintergrund und erhält eher die Bedeutung einer Anstrengung, um eine bestimmte soziale Gleichheit zu erreichen:

"Gast, nicht mir ja geziemt, käm auch ein geringerer Mann noch, Einen Gast zu verschmähen; denn dem Zeus gehöret ein jeder Fremdling und Darbender an ..."

(Od. 14, 56 - 58). Das können wir übrigens auch aus dem 6. Gesang der Odyssee erkennen, wobei das unglücklich verliebte Mädchen, die Königstochter Nausikaa, obwohl dem Ursprung nach aus vornehmerem Geschlecht, die üblichen Hausarbeiten ausführt. Ähnlich beschäftigen sich Penelope und der Vater des Odysseus, Laertes, mit gewöhnlichen manuellen Arbeiten. Vom Standpunkt des gesellschaftlichen Prestiges waren, wie es scheint, beliebte Berufe der des Arztes, des Zimmermanns und des Sängers (Od. 17, 383 - 386, die Bedeutung der Sänger wird insbesondere in Od. 8, 479 - 480, hervorgehoben).

Was die soziale Stellung der Tagelöhner und Sklaven anbelangt, so hing sie von dem Maß der Ausbeutung durch ihre Herrscher ab. So erfahren wir in Il. 12, 433 - 435, von dem traurigen Schicksal einer Spinnerin, die sich durch harte Arbeit ihren Lebensunterhalt erarbeiten mußte: γυνὴ χερυθίς ἀλητιέε, wie sie ängstlich die Wolle wiegt,

um für ihre Kinder durch einen bescheidenen Verdienst die notwendigen Lebensbedürfnisse zu befriedigen; andererseits war die Stellung der Sklaven ganz gut. Darüber berichtet uns Homer durch die Beschreibung der Arbeiten des Pflügens, des Erntens und der Weinlese auf dem Schild des Achilleus (Il. 18, 542 - 572). Allerdings ist es sehr wahrscheinlich, daß sich an diesen Arbeiten auch freie Bürger gegen Lohn beteiligten, was jedoch nichts am Wesen der Sache ändert, wie wir das zum Beispiel aus dem Fall des treuen Hirten des Odysseus, Eumaios, erkennen, den der Vater des Odysseus auf dem Sklavenmarkt gekauft hat (Od. 15, 412 - 484). Eumaios genoß im Hause des Odysseus großes Vertrauen und kaufte sich sogar aus eigenen Mitteln, ohne die Zustimmung seiner Herrschaft, den Sklaven Mesaulios (Od. 14, 447 - 451). Der Hirt erinnert an den gütigen Charakter seines Herrn, der, wenn er noch leben würde, ihm Feld und Haus und auch eine ordentliche Ehefrau gegeben hätte: οἶκόν τε κληρόν τε πολυμύστην γυναῖκα (Od. 14, 62 - 64), und fügt hinzu: "... wie das gütige Herren für ihre Diener tun, wenn diese fleißig für sie gearbeitet haben." Odysseus selbst verspricht in Od. 21, 212 - 216, seinem treuen Hirten Eigentum und eine Behandlung wie die eines eigenen Bruders. Auch die Haltung der Nausikaa im 6. Gesang der Odyssee zeugt von einer demokratischen Handlungsweise der Herrin gegenüber ihren Sklavinnen, als die Königstochter mit ihnen Wäsche wäscht und in ihrem Kreise mit dem Ball spielt (Od. 6, 91 - 101).

Die Stellung der Gefangenen war jedoch sehr schlecht (Od. 14, 71 - 72). Auch Sklaven wurden sehr hart bestraft, wenn sie sich eines Verrats an ihrem Herrn schuldig machten, wie das in dem Fall der untreuen Sklaven im Hause des Odysseus (Od. 22, 465 - 477) der Fall war.

Mit dieser durch Beispiele aus dem Text illustrierten Darstellung verbinde ich keineswegs ein Lob auf die Sklaveninstitutionen. Ich möchte nur auf die Tatsache hinweisen, daß das Problem der Sklavenhalterordnung in der antiken Gesellschaft (insbesondere der griechischen) sehr vielschichtig und kompliziert war und man keine einseitigen Schlüsse ziehen darf, wie das leider ziemlich häufig in Kompedien, populären Arbeiten und Lehrbüchern der Fall ist.

V

Die vorangehenden Erwägungen, die überwiegend die ökonomischen Fragen der Gedichte Homers betreffen, geben Veranlassung zu der Frage, in welcher Weise diese Eigentumsbeziehungen durch das Recht gesichert

wurden. Leider bieten uns weder die Ilias noch die Odyssee soviel Material, um bestimmte positive, zu jener Zeit gültige Rechtsvorschriften ableiten zu können. Anders verhält sich die Sache in bezug auf den juristisch-philosophischen Standpunkt, den ich in der Einleitung dieser Arbeit bereits erwähnte. An dieser Stelle möchte ich nur einige, vom Standpunkt der Vertragstypen bedeutungsvolle Institutionen erwähnen. Es scheint, daß der Abschluß eines Vertrags in bestimmten, besonders wichtigen Fällen die Ableistung eines feierlichen Gelübdes (Il. 1, 526 - 527) und eines Eides (Il. 2, 124: ὄρκια πιστὰ ταμῶντες, das heißt einen heiligen Vertrag schließen) erforderlich machte, wobei zum Beispiel rituelle Worte und ein Opfer an die Gottheit hinzukamen (Il. 3, 276 - 295): Der Vertrag ist abgeschlossen, pacta sunt servanda, in Il. 4, 159: σπονδαί τ' ἄκριτοι καὶ δεξιάς, ἧς ἐπέπιθμεν, das heißt: "das Opfer ehrlicher Verträge, der Druck mit der rechten Hand, das Fundament des Glaubens". Die Nichterfüllung eines feierlich abgeschlossenen Vertrages wurde als Beleidigung der Gottheit (Il. 4, 235 - 239) betrachtet, und den Schuldigen traf ein hartes Schicksal. Der freie Bürger genoß den Schutz des Eigentums, und der Verletzer des Eigentums konnte bestraft werden (Od. 1, 402 - 404). Auch der Schadenersatz (τίσις) war offenbar eine übliche Institution: So zum Beispiel macht ihn Achilleus für Briseis geltend, und Telemachos erwägt Schadenersatzforderungen für sein Eigentum, das die Freier vergeuden (zum Beispiel Od. 2, 75 - 78); Poseidon verspricht dem Hephaistos, daß Ares den Wert der "Morgengabe" bezahlen werde (τεῖσειν αἴσιμα πάντα), die der betrogene Ehegatte dem Vater der Aphrodite hatte geben müssen (Od. 8, 344 - 348), und daß, wenn Ares es nicht täte, Poseidon es selbst tun würde: αὐτὸς τοι ἐγὼ τὰδε τεῖσω Od. 8, 355 - 356. In diesem Zusammenhang tritt auch die Frage der Garantie und des Bürgen¹¹ in den Vordergrund. Aus den Texten der beiden Gedichte können wir auch den Schluß ziehen, daß Gerichtsprozesse häufig waren. Eine Gerichtsverhandlung wird auf dem Schild des Achilleus geschildert (Il. 18, 497 - 508). In Od. 12, 438 - 440, wird die späte Heimkehr eines Richters von Gerichtsverhandlungen erwähnt. Auch im Leben nach dem Tode spielt das Gericht eine wichtige Rolle, wie zum Beispiel Richter Minos in der Unterwelt, Od. 11, 568 - 569. Ein Prozeß

11 Erlers, Adalbert, Die Bürgschaft Poseidons im 8. Gesange der Odyssee, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanistische Abt., Bd. 65, 1947, S. 312 - 319. - Der Artikel stand mir leider nicht zur Verfügung.

über den Grundstücksbesitz wird in dem bekannten Vergleich in Od. 12, 421 - 423, geschildert.

Mit dieser kurzen Betrachtung über die Rechtsverhältnisse schließe ich meine Arbeit. Natürlich kann man in einem Artikel einen so reichen Stoff, wie ihn die gegebene Problematik darstellt, nicht erschöpfend behandeln. Hierzu wäre eine Monographie größeren Umfangs erforderlich. Der Verfasser möchte vielmehr den instruktiven Charakter seiner Arbeit betonen, um denjenigen, die ein größeres Interesse für diese Fragen besitzen, eine orientierende Übersicht darüber zu geben, inwieweit sie in den Epen Homers eine Rolle spielen.

Betriebsgeschichte

Agrare Betriebsgeschichtsschreibung im Bezirk Potsdam

Zwei Konferenzen im Bezirk Potsdam zur Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution für die regionale Agrarbetriebsgeschichte

von Hartmut Harnisch

Die Bezirksleitung Potsdam der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abteilung Agitation und Propaganda, und die Konsultationsstelle für agrare Betriebsgeschichte des Bezirks (vertreten durch den Berichterstatter), veranstalteten am 24. Mai 1967 in Liebenwalde (Kreis Oranienburg) und am 13. Juni 1967 in Schönermark (Kreis Kyritz) je eine Konferenz über die Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution für die Entwicklung unserer Landwirtschaft und die Probleme der agraren Betriebsgeschichtsschreibung im Bezirk Potsdam. Daß kurz hintereinander gleich zwei Konferenzen an zwei verschiedenen Orten zu ein und derselben Thematik durchgeführt wurden, geschah mit Rücksicht auf die örtlichen Verkehrsbedingungen. In Liebenwalde tagten die Vertreter der südlichen Kreise, in Schönermark die aus den Nordkreisen des Bezirkes. Beide Konferenzen waren gut, überwiegend jedoch von hauptamtlichen Mitarbeitern der Parteien und Massenorganisationen sowie von Angehörigen des Staatsapparates besucht. Ortschronisten, Heimatforscher und besonders Werktätige aus den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben, die sich mit der Geschichte ihrer Volksgüter und Genossenschaften befassen, waren demgegenüber nicht so zahlreich vertreten. Das Hauptreferat stand auf beiden Tagungen unter dem Thema "Die Rolle und Bedeutung der sowjetischen Landwirtschaft für die Herausbildung unserer sozialistischen Großbetriebe auf dem Lande". In Liebenwalde referierte darüber der Dekan der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin Prof. Dr. Fruck. Er ging dabei besonders auf die Bedeutung der in der Sowjetunion bei der Organisation der genossenschaftlichen Großbetriebe in den verschiedenen Etappen der Agrarpolitik gesammelten Erfahrungen für die Entwicklung der genossenschaftlichen Großproduktion in der DDR ein. Die Entwicklungsformen der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die in der

Sowjetunion bestanden und bestehen, habe man bei uns studieren und unter Berücksichtigung der speziellen Verhältnisse in der DDR auswerten können. Auf Grund der sowjetischen Erfahrungen sei es möglich gewesen, bestimmte Fehler zu vermeiden, was sich auf die Festigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der DDR günstig ausgewirkt habe.

Das Parallelreferat in Schönermark hielt der Direktor des Instituts für Landwirtschaft in Genshagen Dr. Lindner. Seine Ausführungen bewegten sich in ähnlichem Rahmen; sie waren jedoch stärker theoretisch angelegt und zeigten, wie die Überlegungen und Hinweise der Klassiker des Marxismus-Leninismus (Äußerungen von Marx und Engels über die im Sozialismus einzuschlagende Agrarpolitik und Lenins Genossenschaftsplan) in unserer Agrarentwicklung ihren Niederschlag gefunden haben.

Für das zweite Hauptreferat hatte sich dankenswerterweise auf beiden Konferenzen der Vorsitzende der Forschungsgemeinschaft für agrare Betriebsgeschichte in der DDR Prof. Dr. Berthold von der Universität Rostock zur Verfügung gestellt. Er sprach über "Bedeutung und Aufgaben der agraren Betriebsgeschichte", ein Thema, zu dem er seine Gedanken bereits in einem ausführlichen Beitrag schriftlich niedergelegt hatte.¹

In Liebenwalde wurden zwei aufschlußreiche Referate zu Gegenwartsproblemen der Agrarentwicklung gehalten. Über die Perspektiven der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam sprach ein Mitarbeiter des Bezirkslandwirtschaftsrates. Das zweite Referat hielt der Parteisekretär der mit Recht weithin bekannten LPG "Georgi Dimitroff" in Neuholand Bertram; er sprach "zu einigen Fragen und Erfahrungen bei der Durchsetzung des Neuen Ökonomischen Systems in der LPG Neuholand". Nach einem kurzen Rückblick auf die Geschichte des betreffenden Dorfes und der LPG, die aus ihm hervorgegangen ist, erläuterte er die Entwicklung und die Probleme des innergenossenschaftlichen Vertragssystems - ein Gebiet, auf dem diese LPG bekanntlich eine beispielgebende Rolle spielt.²

1 Siehe Berthold, Rudolf, Bedeutung und Aufgaben der agraren Betriebsgeschichte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 2, S. 218 - 240.

2 Die wichtigsten Referate und Diskussionsbeiträge werden in Kürze in der vom Bezirkslandwirtschaftsrat des Bezirks Potsdam herausgegebenen Zeitschrift Agrarinformation gedruckt vorliegen.

In einigen kleineren Beiträgen gaben Archivare der Staatsarchive Potsdam und Schwerin Hinweise auf Quellen zur Geschichte unserer sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe und zur Agrargeschichte seit 1945 überhaupt.

Schließlich wurden auf beiden Konferenzen noch größere Diskussionsbeiträge von Lehrern gehalten, die an Kreiskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung mitwirken und die über ihre bei der praktischen Erarbeitung der Geschichte von Dörfern bzw. landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gesammelten Erfahrungen berichteten. Sie gingen in ihren interessanten Ausführungen auf die Verwendung regional erarbeiteter Materialien in den Unterrichtsfächern Geschichte und Staatsbürgerkunde ein.

Beide Konferenzen waren hoffnungsvolle Auftakte zu einer Intensivierung der Agrarbetriebsgeschichtsschreibung im Bezirk Potsdam. Die eigentliche Forschung können sie freilich nur anregen, aber nicht ersetzen. Aufgabe der Konsultationsstelle wird es nun sein, in Zusammenarbeit mit der Bezirks- und den Kreiskommissionen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Genossenschaften und volkseigenen Gütern jeden Ansatz zur Bildung eines Kollektivs von Werktätigen zu unterstützen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, die Geschichte ihres Betriebes zu schreiben.

Als erfreuliches Zeichen der Weiterarbeit darf gelten, daß die Kreiskommissionen in Neuruppin am 27. Juli 1967 eine Konferenz über Probleme der Agrargeschichte ihres Kreises seit 1945 veranstaltete. Die beiden im Bezirksmaßstab durchgeführten Konferenzen haben also schon ein erstes Echo auf lokaler Ebene gefunden.

Eine neue Etappe in der Zusammenarbeit zwischen den kubanischen und deutschen Wirtschaftshistorikern

Zweiter Bericht über die Tätigkeit der deutsch-kubanischen Wirtschaftshistorikergruppe

von Horst Handke

Die Arbeit der deutsch-kubanischen Wirtschaftshistorikergruppe ist gegenwärtig in ein neues Stadium getreten. Die ersten Forschungen in den Archiven der US-Monopole in Kuba wurden abgeschlossen. Das Ziel, ein deutsch-kubanisches Forschungskollektiv zu bilden, wurde erreicht und die Arbeit in einem langfristigen Programm fixiert. Der Zeitpunkt ist deshalb geeignet, noch einmal einen Rückblick auf die Entwicklung der gemeinsamen Forschungsprojekte zu geben² und die nächste Etappe der Arbeit durch eine Vorausschau auf die künftigen Aufgaben abzustechen. (Eine Liste aller bisher veröffentlichten, abgeschlossenen oder in Arbeit befindlichen Artikel ist dem Bericht als Anhang beigefügt.)

Da D. Baudis im ersten Forschungsbericht das Anfangsstadium der Zusammenarbeit ausführlich dargestellt hat, streifen wir es hier nur und berichten vor allem über den Fortgang der Arbeiten. Von Anfang 1964, als Akademiemitglied J. Kuczynski einen ersten Einblick in eine Reihe von Archiven ehemaliger US-Monopole in Kuba nahm, bis zum Frühjahr 1967 haben vier Mitarbeiter des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin - E. Mohrmann, D. Baudis, H. Handke und K. Lärmer - dort Studien betrieben.

Bei diesen Forschungen konnten neue Erkenntnisse über die Funktion der US-Monopole in Kuba und darüber hinaus in Lateinamerika gewonnen werden. Allgemeine Vorstellungen konnten konkretisiert, Legenden und falsche Vorstellungen widerlegt oder berichtigt werden.

1 Siehe den ersten Bericht von Baudis, Dieter, über die Bildung und Tätigkeit einer deutsch-kubanischen Wirtschaftshistorikergruppe, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 1.

2 Außer Baudis, Dieter, a. a. O., siehe auch Kuczynski, Jürgen, Investigando los archivos de los monopolios norteamericanos en Cuba (Untersuchung der Archive der nordamerikanischen Monopole in Kuba), in: Cuba socialista, Januar 1966.

Die wichtigsten Themenkomplexe, die bisher bearbeitet wurden, sind: die Planung in Monopolbetrieben und deren Ergebnisse, die Public-Relations-Tätigkeit der US-Monopole, Fragen der kubanischen Arbeiterbewegung an den Höhepunkten ihres revolutionären Kampfes in den dreißiger und fünfziger Jahren, die Haltung der US-Monopole in Kuba zur kubanischen Revolution und die Wirtschaftspolitik eines der größten US-Monopole in Lateinamerika, der American & Foreign Power Co., in den Jahren vor der Kubanischen Revolution. Die beiden letzten Themenkomplexe sind im ersten Forschungsbericht noch nicht erwähnt worden; deshalb seien hierzu einige Bemerkungen gemacht.

Aus den Dokumenten, die sich vor allem in den Archiven des Elektrizitäts- und des Telefonmonopols finden, lassen sich einige interessante Schlußfolgerungen über die Haltung der US-Monopole in Kuba zur Kubanischen Revolution ziehen. Protokolle von Staff Meetings, Managerberichte an die New Yorker Konzernleitungen, ungedruckte Rededispositionen und andere monopolinterne Veröffentlichungen gestatten es, auch wenn sie nicht vollständig sind, die Haltung dieser Monopole bis in den Sommer 1959 hinein darzustellen. Sie zeigen, daß zwischen den Forderungen und Wünschen der Monopole und der tatsächlichen Politik der US-Regierung weitgehend Übereinstimmung bestand. Die Monopole sahen in Batista den bestmöglichen Vertreter ihrer Interessen und waren deshalb bestrebt, ihn solange wie möglich zu stützen. Das Urteil, das der letzte US-Botschafter in Havanna, Smith, vor dem Untersuchungsausschuß für Innere Sicherheit abgab, nämlich, daß "jene, die auf ökonomischem Gebiet arbeiten", ohne Unterschied "pro-batistianisch" seien³, wird anhand der Dokumente vollumfänglich bestätigt. Und nicht nur das, es wird auch offenbar, daß die US-Monopole die treibende Kraft für die Politik des Weißen Hauses und des State Department waren, daß sie es waren, die jede Lösung verhinderten, die auch nur im geringsten ihren Interessen entgegenstand. Fast bis zum letzten Tag standen sie auf der Seite Batistas. Zunächst rechneten sie nicht mit einem so schnellen Ende des Diktators, dann spekulierten sie darauf, daß ein von Batista eingesetzter Nachfolger die "profitable Partnerschaft" mit ihnen fortsetzen würde, und endlich versuchten sie über die pro-imperialistischen Kräfte innerhalb der Bewegung des 26. Juli die Oberhand zu gewinnen und die alte Politik fortzusetzen.

3 *Smith, Robert F.*, What happened in Cuba. A documentary history, New York 1963, S. 272.

Aus einigen Dokumenten der US-Handelskammer in Kuba geht hervor, daß die auf der Insel ansässigen US-Monopole die Abdankung des völlig diskreditierten Botschafters Smith erzwangen, um eine bessere Verhandlungsposition gegenüber der revolutionären Regierung zu bekommen, und später durchgesickerte Stellungnahmen beweisen auch, daß die Monopole die entscheidende Rolle spielten, als die Politik des Weißen Hauses und des State Department immer stärker auf einen Gewaltkurs hinsteuerte.

Nicht weniger bedeutungsvoll sind die Unterlagen, die Aussagen über die Politik eines der größten US-Monopole in Lateinamerika der zur Bond & Share-Gruppe gehörenden American & Foreign Power Company gestatten. In den persönlichen Akten des Präsidenten der kubanischen Tochtergesellschaft befindet sich ein Aktenfaszikel mit Reden und Rededispositionen einiger führender Repräsentanten dieses Monopols, die diese in den Jahren vor der Kubanischen Revolution gehalten haben. Die Reden lassen erkennen, daß sich im Denken dieser Lateinamerika-Experten - vom Standpunkt des US-Monopolkapitals - bereits vor dem Sieg der Kubanischen Revolution eine politische Linie abzuzeichnen begann, die die Herrschaft der US-Monopole in Lateinamerika stärker tarnen wollte und einige Zugeständnisse an die lateinamerikanischen "Partner" verlangte. In gewisser Weise fand diese Linie nach dem Sieg der Kubanischen Revolution in der Kennedyschen Politik der "Allianz für den Fortschritt" ihren Ausdruck, ohne daß sich dadurch auch nur im geringsten die imperialistische Herrschaft und die Misere in den lateinamerikanischen Staaten geändert hätte. Die wirtschaftspolitische Konzeption der American & Foreign Power zwischen 1955 und 1958 macht den ökonomischen Hintergrund solch spektakulärer Programme wie der Allianz für den Fortschritt offenkundig.

In den Archiven fanden sich auch verschiedene Unterlagen, die in der Tagespresse ausgewertet werden konnten. So erschien unter der Überschrift "Die Trennungslinie" ein Artikel, der Beweise dafür lieferte, daß die Kubaner systematisch von leitenden Stellungen in den US-Monopolen ferngehalten wurden.⁴ 1934, inmitten der revolutionären Wirren jener Jahre, war es zu einem offenen Konflikt zwischen den Arbeitern des Elektrizitätsmonopols und der Geschäftsleitung gekommen. Die kubanische Regierung war gezwungen, eine Kommission einzusetzen, die die "nicht duIdbaren Bedingungen" in diesem Monopol untersuchen sollte.

⁴ *La línea divisoria*, in: Granma v. 21. 3. 1966.

Unter anderem kam der Bericht zu dem Ergebnis, daß das Elektrizitätsmonopol eine Politik verfolge, die die Kubaner von verantwortlichen Stellen ausschließe. In der Gesellschaft bestehe eine totale Abwesenheit von kubanischem Personal auf technischen oder administrativen Vertrauensposten. Die Kubaner seien dazu bestimmt, nur zweitrangige Positionen einzunehmen. Auf 44 Positionen von größerer Bedeutung erscheine kein einziger kubanischer Bürger. Es existiere damit eine Trennungslinie innerhalb des Gesamtpersonals der Gesellschaft. Über die hinweg ein Kubaner niemals aufsteigen könne und unter der selten ein Ausländer anzutreffen sei.

Der Kampf der kubanischen Elektrizitätsarbeiter im Jahre 1934 endete mit einem Teilerfolg. Das US-Monopol wurde gezwungen, den geschäftsführenden Vorsitzenden der Gesellschaft zurückzuziehen und einen Kubaner in diese Stellung zu berufen. Da jedoch die Auswahl dieser Person völlig in den Händen des Monopols lag, bedeutete dieser Wechsel keine grundlegende Änderung. Abgesehen davon, daß sich die eigentliche Geschäftsleitung der kubanischen Tochtergesellschaft in New York befand, blieben auch die meisten wichtigen Funktionen in Kuba weiterhin in den Händen von US-Bürgern. Schließlich, als einige Jahre verstrichen waren, wurden selbst die unter dem revolutionären Druck gemachten geringen Zugeständnisse wieder zurückgenommen. Mitte und Ende der dreißiger Jahre waren drei der zwölf Exekutivbeamten des Elektrizitätsmonopols in Kuba Kubaner. 1943 war es nur noch einer, und dieser nahm den am wenigsten einflußreichen Posten ein. Der geschäftsführende Vorsitzende war erneut ein Amerikaner. Die Trennungslinie zwischen kubanischem und amerikanischem Personal blieb bis zum Sieg der Revolution bestehen, auch wenn in den Jahren vor dem Sieg der Revolution noch einmal einige kleinere Zugeständnisse gemacht wurden, teils um den Kritiken, ein amerikanisches Unternehmen zu sein, zu begegnen, teils aber auch, weil Techniker und Spezialisten in den USA immer knapper wurden. Es besteht kein Zweifel, daß das systematische Fernhalten von Kubanern von den leitenden und technischen Positionen eine nachteilige Auswirkung der Herrschaft der US-Monopole in der kubanischen Wirtschaft von heute - und nicht nur dort - ist, weil es die Entwicklung eigener Kader verhinderte.

Ein Schwerpunkt der gegenwärtigen wirtschaftshistorischen Forschung in Kuba ist die Untersuchung der Batista-Ära⁵, und einen besonders wich-

5 Siehe *Le Riverend Brusone, Julio*, Zur Wirtschaftsgeschichte in Kuba. Eine historiographische Betrachtung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsge-
schichte 1967, T. 2, insbes. S. 395, und *García Rodríguez, Gloria*,
Die Wirtschaft unter Batista, in: ebenda.

tigen Platz in der Wirtschaftsgeschichte jener Zeit nehmen die Großprojekte ein, die die US-Monopole noch unmittelbar vor dem Sieg der Revolution begannen, so das Fünfjahres-Expansionsprogramm des Elektrizitätsmonopols von 1957 bis 1961, das sogenannte Moa-Projekt der Freeport Sulphur Co., des wichtigsten Schwefelmonopols der USA, das auch auf vielen anderen Gebieten aktiv war⁶, und schließlich der Vertrag des Telefonmonopols vom 14. März 1957 mit der Batista-Regierung, der nicht umsonst von dem Vizepräsidenten des internationalen Telefongiganten, Eugene Le Baron, "ein historisches Abkommen" genannt wurde.⁷

Gerade der Vertrag des Telefonmonopols ist ein klassisches Muster für die unersättliche Profitgier der US-Monopole. Einen Tag nach dem Scheitern eines Aufstandes gegen die blutige Diktatur Batistas abgeschlossen, räumte er dem Monopol bisher einmalige Vergünstigungen ein. Die hauptsächlichsten Zugeständnisse bestanden erstens in der Garantie von Minimalprofiten in Höhe von 7 Prozent auf das investierte Kapital. Allein durch die sofort geplante Kapitalaufstockung um 23,88 Millionen Dollar auf 80 Millionen Dollar sollte dem Monopol eine jährliche Mindestsumme von 5,6 Millionen Dollar zugeschanzt werden. Zweitens wurden die sogenannten Managementgebühren, die für Dienstleistungen an die Muttergesellschaft oder andere assoziierte Gesellschaften in den USA gezahlt wurden, keinen Beschränkungen mehr unterworfen. Drittens wurde dem Monopol gestattet, eine zusätzliche Mindestabschreibung von 4 Prozent auf die Betriebsanlagen vorzunehmen, um daraus die neu festgelegte Profitsteuer zu zahlen. Allein die Neuregelung der Profitsteuer bedeutete bereits für 1958 eine Ersparnis von 270 000 Dollar. Die zusätzlichen Abschreibungen "für Steuer- und Tarifzwecke" brachten jedoch zusätzliche Millionen ein, die für innere Reservenbildung und Akkumulation verwendet werden konnten. 1958 belief sich dieser Betrag auf 4,2 Millionen Dollar, d. h., er überstieg die Gesamtsteuerbeträge um 1,4 Millionen Dollar. Viertens schließlich wurde dem Monopol das Recht auf Tarifierhöhungen eingeräumt, um die notwendigen Mittel für diese Millionenbeträge aufzubringen. Die ersten Tarifierhöhungen traten bereits 3 1/2 Monate später in Kraft. Die durchschnittlichen Einnahmen pro Inlandgespräch erhöhten sich um 11,5 Prozent, wie ein Vergleich der Monopolleitung zwischen Juli 1957 und dem entsprechenden

6 Siehe Handke, Horst, Die Freeport Sulphur Co. und der kubanische Bergbau, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 2.

7 Las ganancias estaban garantizadas hasta 1991 (Die Gewinne waren bis 1991 garantiert), in: Granma v. 22. 4. 1966.

Monat des Vorjahres ergab.⁸ Kein Wunder, daß Kuba zu den Ländern mit dem teuersten Telefondienst der Welt zählte!

Dieser kurze Überblick über einige Forschungen in den Archiven der ehemaligen US-Monopole macht deutlich, daß jene vielfältig, umfassend und von aktueller Bedeutung sind. Sie werfen neue Fragen auf und führen auch zu neuen Lösungen.

Insgesamt kann die Arbeit als erfolgreich eingeschätzt werden. Ein wichtiger Gradmesser für den Erfolg ist die Zahl der Veröffentlichungen. Die Aufstellung in der Anlage zeigt, daß zwischen November 1965 und Februar 1967 zwölf wissenschaftliche und propagandistische Artikel in Kuba und der DDR veröffentlicht und drei größere Manuskripte abgeschlossen wurden; fünf weitere Studien sind in Arbeit. Außerdem wurden von Mitgliedern der Gruppe fünfzehn wissenschaftliche Vorträge gehalten.

Die Publizität, von der bereits im ersten Forschungsbericht die Rede war, verminderte sich auch später nicht. In der kubanischen Presse, insbesondere im zentralen Parteiorgan "Granma", erschienen sämtliche Artikel unter der Rubrik "De los archivos de los monopolios norteamericanos" (Aus den Archiven der nordamerikanischen Monopole) an exponierter Stelle, und ein Artikel wurde wegen seiner Bedeutung in die dreisprachige, zusammenfassende Wochenendausgabe der Zeitung übernommen. Einen wichtigen Platz nahmen die Forschungen auch auf der internationalen Konferenz über Monopole ein, die in der Zeit vom 13. bis 15. Februar 1967 in Havanna stattfand.⁹

Wie bereits eingangs erwähnt, ist auch das Ziel, eine deutsch-kubanische Forschungsgruppe für Wirtschaftsgeschichte auf lange Sicht zu bilden, erreicht worden. Heute besteht ein fester Kern von Mitarbeitern: auf kubanischer Seite drei jüngere Mitarbeiterinnen des Instituts für Geschichte der Kubanischen Akademie der Wissenschaften (Gloria García Rodríguez, María de los Angeles Ayón und María de los Reyes)¹⁰ und auf deutscher Seite ein Mitarbeiter des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Horst Handke). Jeder Mitarbeiter bearbeitet bestimmte Themen; einige Arbeiten werden gemeinschaftlich verfaßt. Über alle Vorhaben findet ein ständiger Meinungsaustausch statt.

⁸ Archiv der Empresa Nacional de Teléfonos, Caja XIX A 1, Manager's Monthly Letters, Juli 1957.

⁹ *Le Riverend Brusone, Julio*, Resultate des Seminars über Monopole, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 3.

¹⁰ Vgl. *Baudis, Dieter*, a. a. O.

Unter den bisher aufgesuchten Archiven befinden sich vier Betriebsarchive (Empresa Consolidada del Petróleo, früher Standard Oil Co., Empresa Consolidada de la Electricidad, früher American & Foreign Power Co., Empresa Nacional de Teléfonos, früher International Telephone & Telegraph Co., und Empresa Consolidada de Jabonería y Perfumería, früher Colgate-Palmolive Co.). Hinzu kommt das Nationalarchiv (Archivo Nacional) mit seinen aus Betrieben, vor allem den nationalisierten Banken übernommenen Beständen.

In Zukunft werden auch andere Archive in die Forschung einbezogen werden. Am 10. Februar 1967 wurde in Havanna ein Memorandum über die künftige Zusammenarbeit auf diesem so wichtigen Forschungsgebiet unterzeichnet, das die hauptsächlichen Aufgaben der deutsch-kubanischen Forschungsgruppe bis 1970 festhält. Das Memorandum geht davon aus, daß der Schwerpunkt der Arbeit in den kubanischen Archiven bei der Erforschung der Geschichte der US-Monopole liegt, um die großen Möglichkeiten dort optimal zu nutzen. Die Fragen der deutsch-kubanischen Wirtschaftsbeziehungen, zu denen Unterlagen in den Archiven der DDR zu finden sind, werden von kubanischen Mitgliedern der Gruppe bearbeitet. Die erste dieser Arbeiten wird 1968 von Gloria García aufgenommen.

Für die Arbeiten der Gruppe in Havanna ist Gloria García unmittelbar verantwortlich, während in Berlin Horst Handke die unmittelbare Verantwortung trägt. Die Arbeit der Gruppe läßt sich nach drei Hauptrichtungen ordnen:

1. Es muß eine Übersicht über die zur Monopolgeschichte vorhandenen archivalischen Unterlagen gewonnen werden. Dazu sind nicht nur die Archive der ehemaligen US-Monopole zu überprüfen, sondern auch die der Ministerien und anderer offizieller und halboffizieller Organisationen und Institutionen.
2. Die wissenschaftliche Forschung wird durch die Beendigung der alten und die Aufnahme von neuen Arbeiten fortgesetzt. Als Grundlage dienen zunächst die bereits gesichteten Unterlagen. Das Fernziel sollen umfassende Darstellungen zur Tätigkeit der bedeutendsten US-Monopole in Kuba sein. Die begonnenen Detailstudien schaffen wichtige Voraussetzungen dafür.
3. Die propagandistische und agitatorische Arbeit wird möglichst vielseitig fortgesetzt. Vor allem sollen wie bisher wichtige Dokumente und Fakten in der Tagespresse publiziert werden.

Besondere Erwähnung verdienen auch die Formen, in denen sich die künftige Zusammenarbeit entwickelt. Der gegenseitige Austausch von Mitarbeitern wird auch in Zukunft ein hervorragendes Mittel der Zusammenarbeit sein. Die bisherige Entwicklung der deutsch-kubanischen Forschungsprojekte auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß die gewählten Kooperationsformen schneller zu neuen Erkenntnissen und tieferem Verständnis der Probleme der beiden Länder führen, als dies bei nur gelegentlichen, kurzen Kontakten möglich wäre. Gleichzeitig führt die Zusammenarbeit zu einer Art Arbeitsteilung im Hinblick auf die wirtschaftshistorischen Interessenschwerpunkte der beiden Länder.

Arbeiten und Vorträge der deutsch-kubanischen
Wirtschaftshistorikergruppe

I. Veröffentlichungen

A Zeitschriftenartikel

1. *Baudis, Dieter*, Insolencia de los monopolios: tratan de pronosticar la lucha de clases (Unverschämtheit der Monopole: Sie versuchen, den Klassenkampf zu planen), in: Cuba Socialista, Januar 1966.
2. *Baudis, Dieter/García, Gloria/Kuczynski, Jürgen/Piñera, J. A.*, Aus den Geheimarchiven amerikanischer Monopole in Kuba: die Planung bei Standard Oil (1957 bis 1960), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 3.
3. *Baudis, Dieter*, Über Bildung und Tätigkeit einer deutsch-kubanischen Wirtschaftshistorikergruppe, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 1.
4. *Handke, Horst*, Die Freeport Sulphur Company und der kubanische Bergbau, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 2.
5. *Handke, Horst/Mohrmann, Elli*, Public Relations eines US-Monopols in Lateinamerika. Eine aktenmäßige Darstellung am Beispiel Kubas, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 3.
6. *Kuczynski, Jürgen*, Investigando los archivos de los monopolios norteamericanos en Cuba (Untersuchung der Archive der nordamerikanischen Monopole in Kuba), in: Cuba Socialista, Januar 1966.

B Zeitungsartikel

1. *Baudis, Dieter*, Esperanzas quebrantas (Gescheiterte Hoffnungen), in: Granma v. 22. 1. 1966.
2. *Handke, Horst*, La línea divisoria (Die Trennungslinie), in: Granma v. 21 3. 1966.
3. *Derselbe*, Las ganancias estaban garantizadas hasta 1991 (Die Gewinne waren bis 1991 garantiert), in: Granma v. 22. 4. 1966.
4. *Derselbe*, Moa: feudo ayer, hoy la mejor fábrica (Moa: gestern monopolistisches Lehen, heute beste Fabrik), in: Granma v. 6. 11. 1966.
5. *Kuczynski, Jürgen/Baudis, Dieter*, Destino del pronóstico monopolista en Cuba (Schicksal der Monopolplanung in Kuba), in: Granma v. 16. 11. 1965.
6. *Kuczynski, Jürgen*, Rockefellers Planirrtümer. Aus den Geheimarchiven amerikanischer Monopole, in: Neues Deutschland v. 12. 12. 1965.

II. Abgeschlossene Manuskripte

1. *Handke, Horst*, Die Haltung der US-Monopole gegenüber der Kubanischen Revolution bis zu deren Triumph Ende 1958.
2. *Derselbe*, Die Haltung der US-Monopole gegenüber der Kubanischen Revolution vom militärischen Sieg der revolutionären Kräfte bis zur ersten Agrarreform (Januar bis Juni 1959).
3. *Derselbe*, Un ejemplo de las buenas relaciones con el gobierno (Ein Beispiel für gute Beziehungen zur Regierung).

III. In Arbeit befindliche Manuskripte

1. *Ayón, María de los Angeles*, La lucha antiimperialista de los trabajadores y empleados de la Cuban Electric Company dentro del movimiento revolucionario 1933/34 (Der antiimperialistische Kampf der Arbeiter und Angestellten der Cuban Electric Company innerhalb der revolutionären Bewegung 1933/34).
2. *Dieselbe*, La huelga política en la Cuban Electric Company en Abril 1957 en relación con el alza de la revolución y la lucha contra la dictadura militar (Der politische Streik in der Cuban Electric Company im April 1957 in Verbindung mit dem Aufschwung der Revolution und dem Kampf gegen die Militärdiktatur).
3. *Baudis, Dieter/Garota, Gloria*, Die langfristige Planung der Cuban Electric Company vom zweiten Weltkrieg bis zur Nationalisierung des Unternehmens im Jahre 1960.
4. *Handke, Horst*, Qué detenía el desarrollo del puerto de la Habana (Was die Entwicklung des Hafens von Havanna aufhielt).
5. *Lärmer, Karl*, Aspekte der Wirtschaftspolitik der American & Foreign Power Co. gegenüber Lateinamerika in den Jahren vor der Kubanischen Revolution.

IV. Vorträge

1. *Ayón, María de los Angeles*, Fuentes para el estudio del movimiento obrero (Quellen zum Studium der Arbeiterbewegung), auf dem Seminar über "Los Monopolios Imperialistas" v. 15. - 17. 2. 1967 in der Zentralbibliothek der Kubanischen Akademie der Wissenschaften in Havanna.
2. *García, Gloria*, La planificación de los monopolios (Die Planung der Monopole), auf dem internationalen Seminar über "Los Monopolios Imperialistas".
3. *Handke, Horst*, Algunos problemas de las actividades de los monopolios norteamericanos en Cuba con respecto a las relaciones públicas (Einige Probleme der Tätigkeit der nordamerikanischen Monopole in Kuba in bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit), auf einer Arbeitssitzung, veranstaltet vom Institut für Geschichte der Kubanischen Akademie der Wissenschaften in Havanna.

4. *Derselbe*, Sobre el trabajo realizado por el grupo de investigaciones históricas y económicas Cubano-alemán (R. D. A.) (Über die Arbeit der deutsch-kubanischen Gruppe für Wirtschaftsgeschichte), auf dem Seminar über "Los Monopolios Imperialistas".
- 5.-15. *Kuczynski, Jürgen*, Über Betriebsgeschichtsschreibung und Funde in den Archiven der Monopole, am 2. 12. 1965 im Institut für Geschichte der Kubanischen Akademie der Wissenschaften, sowie zehn weitere Vorträge von November bis Dezember 1965 und von Januar bis März 1967 in Havanna.

Literaturkritik

Das verschwundene Monopol — Kein staatsmonopolistischer Kapitalismus ?

Hans Mauersberg, Deutsche Industrien im Zeitgeschehen eines Jahrhunderts. Eine historische Modelluntersuchung zum Entwicklungsprozeß deutscher Unternehmen von ihren Anfängen bis zum Stand von 1960

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1966, 585 Seiten,
Preis: DM 65,--

Paul A. Baran and Paul M. Sweezy, Monopoly Capital. An essay on the American economic and social order

Monthly Review Press, New York und London 1966, 402 Seiten,
Preis: USA \$ 8,75, U. K. 62 sh

von Jürgen Kuczynski

Zunächst sei ganz offen gesagt, daß die Hauptkritik, die an diesen Büchern geübt wird, so ernst sie ist, Jahrzehnte hindurch auch an der überwiegenden Mehrheit marxistischer Veröffentlichungen solcher Thematik geübt werden konnte: nämlich daß ein ganz entscheidendes Charakteristikum in der Analyse wirtschaftlich-gesellschaftlicher Vorgänge fehlte - nicht etwa, daß wir je, wie Mauersberg, die Existenz der Monopole vergaßen, wohl aber, daß wir, wie Baran und Sweezy, über lange Zeit hindurch nicht begriffen bzw. wieder vergessen hatten, was staatsmonopolistischer Kapitalismus ist und welche Rolle er spielt.

Mauersberg bemerkt über sein Vorhaben:

"Die Frage nach dem Aufkommen des Fabrikwesens und einer mit ihm sich ganz neu entwickelnden Produktionsweise, Beschaffenheit und Quantität der gewerblichen Güter, die sich von denen des seit Menschengedenken bekannten Handwerks wesentlich unterscheiden, und der hiermit nicht nur auf der ökonomischen Ebene, sondern auch in den gesellschaftlichen Verhältnissen eingeleitete, strukturelle Umformungsprozeß haben den Verfasser bei seinen sozial-, wirtschafts- und bevölkerungsgeschichtlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen schon seit vielen Jahren beschäftigt.

Im Fortgang eben dieser Studien reifte bei ihm der Plan, einmal an einigen repräsentativen Demonstrationsobjekten dem Werdegang des industriellen Entwicklungsprozesses nachzuspüren und an der Unterneh-

Wirtschaftsgeschichte verschiedenster Beispiele darzutun, welche Motive und Ursachen hierbei in subjektiver wie auch in objektiver Hinsicht für das Beginnen mit im Spiele waren, und welche technisch-materiellen sowie finanziellen Kräfte die Industrialisierung dann weitergetragen und auf eine, an den Anfangszeiten gemessen, völlig ungeahnte Höhe hinaufgehoben haben." (Mauersberg, S. V.)¹

Das Vorhaben an sich ist natürlich überaus interessant und nützlich, zumal es von den Betrieben, die Mauersberg untersucht, scheinbar (oder anscheinend?) großzügig unterstützt wurde: "Bei diesem recht komplexen und dem Arbeitsanfall nach so voluminösen Unterfangen wurde der Verfasser seitens der Leitungen der in diesem Buch zur Demonstration herangezogenen Unternehmen in außerordentlicher Weise unterstützt, insofern ihm jeweils durch deren verständnisvolle Bereitschaft nicht nur die entsprechenden Werksarchive geöffnet, sondern darüber hinaus auch noch durch die Fachreferenten Material großzügig zur Verfügung gestellt wurde." (Mauersberg, S. V.)

Mauersberg macht die Lektüre seines Buches nicht leicht, da sein Stil überflüssig gewunden, gelehrt im primitiven Sinne ist, ein Bestreben zeigend, sich möglichst kompliziert auszudrücken. Etwa, wenn er den ersten Abschnitt über "Beweggründe für die ersten Industrie Gründungen" so formuliert: "Ein einheitlicher Zug waltete im Prozeß der Industrialisierung der gewerblichen Wirtschaft nicht. Die Ausformung ihrer existenten Gegebenheit war in sich je nach der örtlichen und zeitlichen Lage, selbst auch in Ansehung der jeweiligen Branche differrent, und zwar häufig auch schon vom Akt der einzelnen Betriebsgründung her. Historisch gesehen schließt sich gerade hierin ein allgemein verbindlicher Schematismus bei den real stattgefundenen Vorgängen aus. Die geschichtliche Wirklichkeit kennt hier nur die Vielfalt individueller Vorkommnisse und Existenzen, während die Ratio im nachhinein gar zu gern die Wirksamkeit einer aus der Abstraktion gewonnenen einheitlich geltenden Theorie postulieren möchte, die dem Ganzen ihren Gestaltrhythmus nach einem vorgeformten idealen Leitbild als obligatorisch verbindlich aufprägt. Trotzdem besteht die Forderung zu Recht, auch für den volkswirtschaftlich historisch evidenten Prozeß der Industrialisierung der gewerblichen Wirtschaft nach einer wissen-

¹ Sämtliche Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bücher.

schaftlich gesicherten theoretischen Doktrin Ausschau zu halten, aus der die wesentlichen Merkmale und Funktionen dieses Vorganges gleichsam gesetzmäßig zu gewinnen sind, die eben auch für in der Vergangenheit erfolgte Industrie Gründungen ihre Bedeutung haben." (Mauersberg, S. 28)

Zwar bringt der Verfasser hier (und auch in den folgenden Abschnitten) viel interessantes Material zusammen, doch ist seine Beherrschung selbst der Sekundärliteratur mäßig. Sogar ein für ihn so bedeutungsvolles Standardwerk wie Forbergers "Die Manufaktur in Sachsen" scheint ihm nicht bekannt - überhaupt zitiert er wenig Literatur aus der Deutschen Demokratischen Republik und wenn, dann (wie im Fall von Kuczynski) falsch schon dem Titel oder der Namensorthographie nach.

Philosophisch-historisch ist Mauersberg im Grunde ein Anhänger der Geschichte als Unternehmensgeschichte, wie sie zuerst in den USA (Harvard-School) entwickelt wurde. So unrichtig uns diese Variante der Institutional School erscheint, so fördert sie doch eine Fülle von Material in oft interessanter Zusammenstellung zutage. Oberdies wird Mauersberg gelegentlich vom "Schauer der Geschichte" gepackt und ist dann auch lesbar:

"Der Einblick in die Sitzungsberichte der Aufsichtsräte und der leitenden Vorstände all dieser Gesellschaften und Industriefirmen, die Protokolle über anstehende schwerwiegende Verhandlungen oder durchzuführende getroffene Entscheidungen geben auch der Nachwelt noch zu erkennen, wie spannungsgeladen oft die Situation anlässlich der Beschlußfassung über großzügige Ausbaupläne gewesen sein muß, und wie hier wirklich im Kleinen, häufig aber auch im Großen Wirtschaftsgeschichte von epochaler Bedeutung gemacht wurde. Man mag hierbei an Entscheidungen des Hauses Siemens, der BASF als eine der großen Vorläuferfirmen der IG Farben, an die der AEG, der Bosch, der großen Stahlkonzerne an Rhein, Ruhr und der Saar, an die MAN, an die Röchlings, die Hoesch, Henschel, Daimler-Benz und all die vielen anderen bedeutsamen industriellen Unternehmen denken.

Im Grunde war allen diesen erfolgreich sich weiterentwickelnden Industrieneugründungen das Stignum einer von ihnen nicht abzuschüttelnden Bürde mit aufgegeben, das der Unrast, der immer weiter vorwärtsdrängenden materiellen Ausweitung mit einem immer mehr und hastiger sich steigernden Kapitalbedarf. In diesem Spiel einer kraftvollen Ausweitung der Kapazitäten mit allen möglichen drückenden finanziellen Begleiterscheinungen und Notwendigkeiten dieses progressiven Ablaufes

gab es keine Ausnahme von der Regel. Das Moment einer perpetuierlichen Anspannung aller Kräfte blieb für alle immer existent." (Mauersberg, S. 141)

Wenn ich von Unternehmensgeschichte und Institutional School sprach, so ist das um so berechtigter, als Mauersberg sich sehr deutlich gegen einen einseitigen, subjektiven Unternehmerkult wendet, etwa wenn er bemerkt: "Die persönliche Tüchtigkeit der jeweils agierenden Unternehmer hat hier immer nur als eine der möglichen Voraussetzungen zu gelten, während in den mehr objektiv bestimmten Gegebenheiten, sie seien nun unmittelbar oder auch nur mittelbar mit dem gerade in Frage stehenden Geschehen verbunden, sich doch häufig ganz andere Kräfte bemerkbar zu machen pflegen, die plötzlich Konjunkturen, aber auch wirtschaftliche Depressionen hervorzurufen vermögen, Ereignisse, deren Eintreten oft auf Faktoren zurückgeführt werden muß, die mehr politischer Natur sind oder hinter denen sich auch lediglich Momente des technisch zivilisatorischen Fortschrittes verbergen." (Mauersberg, S. 152)

Von entscheidender Bedeutung für die rein ökonomisch-institutionelle Behandlung (die politische und soziale Stellungnahme von Mauersberg ist von grotesker Primitivität) der Unternehmensgeschichte durch Mauersberg ist, daß für ihn im Grunde der Monopolisierungsprozeß identisch ist mit dem Prozeß der Konzentration (kein Wunder, daß Liefmann unter diesen Umständen ebenfalls nicht erwähnt wird). Dadurch beraubt er sich jeder Möglichkeit einer qualitativen Bewertung der Entwicklung. Dazu kommt, daß die Behandlung der Zeit des Faschismus eine recht kümmerliche Apologetik des deutschen Kapitals darstellt, etwa in der Art wie ein Gartenzweig sich ein warmes Herz für Moloch bewahrt.

Sicherlich sind die letzten zweihundert Seiten des Buches die schwächsten. Im Material, in der Analyse - Imperialismus ohne Monopol! - und von doch sehr miekriger Apologetik ... wenn schon Apologetik, dann im Stil und von der Kraft eines Churchill! aber nicht solch weinerliches Gewimmer, das niemanden täuscht außer die, die eine eiserne Energie zum Selbstbetrug aufbringen.

Hören wir etwa das folgende über die Haltung der Unternehmer 1933: "Man darf die seinerzeit existenten Verhältnisse hierbei nicht einfach unberücksichtigt lassen und seine Kritik nicht nur an dem 'später hieraus Gewordenen', also nicht allein an der Erkenntnis des post festum orientieren. Handelt man so, wird man der Einstellung und Hal-

tung der damals an führenden Stellen der Wirtschaft stehenden Männer nicht gerecht. Eine so lediglich vom Wissen des 'Später' beeinflusste Kritik verzeichnet die geschichtliche Situation zumeist." (Mauersberg, S. 430)- und besinnen wir uns auf die Warnungen der KPD, und auch so mancher linker Sozialdemokraten, bürgerlich Radikaler usw., dann kann man wirklich Mauersbergs "Erkenntnis des post festum" nur als primitive und recht jämmerliche Frechheit bezeichnen.

Doch entbehrt Mauersbergs Apologetik nicht immer jeden Interesses. So ist auf der letzten Seite des Textes eine Apologetik zu finden, die namentlich im Zusammenhang mit dem im folgenden zu besprechenden Buche, eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hat:

"So ist dem Gesetz zufolge, nach dem dieser Entwicklungsprozeß der gewerblichen Wirtschaft begonnen hat, also die Industrialisierung in allen Ländern, in denen sie aufkam, damit gleichermaßen auch in Deutschland bereits seit ihren ersten Anfängen immer stark eingebettet gewesen in den Stromverlauf sowohl der Außen- wie auch der Innenpolitik, und diese haben in wirtschaftlicher wie auch in sozialer Hinsicht auf sie in wechselseitigem Einfluß eingewirkt. Keine Periode der deutschen Geschichte seit 1840 bis zur Gegenwart ist hiervon auszunehmen; lediglich der Grad und die Art der Einflußnahme waren nicht immer konstant und gleich ihnen mithin auch nicht der Kausalnexus zum Komplex der Wirtschaft im ganzen.

Dieser Aspekt einer geschichtlichen Analyse bestimmter Vorgänge und Fakten hält fest, daß der allgemeine Fortschritt in Technik und Wissenschaft gerade auf dem Felde der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeit jeden einzelnen in der Neuen Zeit doch auch immer wieder an die Macht der öffentlichen Gewalt gebunden hat, ohne die, wie es dem aufmerksam beobachtenden Zeitgenossen stets bewußt wird, keine Gemeinschaftsverhältnisse der Menschen untereinander möglich sind, seien sie nun rein materiell wirtschaftlicher, sozialer oder gar geistiger Art. Die staatliche Macht setzt in ihren Leitformen eine Ordnung, und ohne dieses konstitutive Element gibt es einfach keine tragbare soziale Leistung, die der Wirtschaft als Ganzem doch inhäriert." (Mauersberg, S. 550)

Nachdem man zuvor das Monopol als Faktor "vergessen" hat, soll jetzt die Rolle des Staates, die sich nicht "vergessen" läßt, zu einem stets mehr oder noch mehr wichtigen Wirtschaftsfaktor hochgeschraubt werden, um den staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht nur durch den Fortfall des Monopolismus, sondern auch des Staats als gerade heute für

die Wirtschaft so ungewöhnlich wichtigen Faktor verschwinden zu lassen.

Baran und Sweezy lehnen den Ausdruck staatsmonopolistischer Kapitalismus ausdrücklich ab, und zwar aus zwei Gründen:

Einmal: "Der Staat hat immer eine entscheidende Rolle in der Entwicklung des Kapitalismus gespielt, und während seine Rolle sicherlich quantitativ zugenommen hat, so überzeugt uns die Beweiskraft des für einen qualitativen Wandel in den letzten Jahrzehnten Vorgebrachten nicht."

Und sodann: "Ausdrücken wie 'Staatskapitalismus' und 'staatsmonopolistischer Kapitalismus' hängt stets irgendwie etwas davon an, daß der Staat eine unabhängige gesellschaftliche Kraft wäre." (Baran/Sweezy, S. 66 f.)

Baran und Sweezy sind, im Gegensatz zu Mauersberg, Marxisten. Nicht sehr tiefgehende. Vieles bei Marx haben sie nicht verstanden oder übersehen.² Baran hat eine Reihe interessanter Gedanken, und Sweezy ist heute unübertroffen in der einfachen Darstellung komplizierter Gedankengänge. Die Lektüre des Buches läßt einen abwechselnd seufzen: Ach, hätten Baran und Sweezy nur die Kenntnis von Marx oder Lenin, die unsere dem Alter nach jungen Kader im Fach Politische Ökonomie haben! - Oder: Ach, könnten unsere Politökonomen nur halb so gut schreiben wie Sweezy!

Darum ist das Buch glanzvoll, wann immer die amerikanische Gesellschaft beschrieben wird, und kümmerlich in der Analyse der Ursachen und Bewegung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Wie mechanistisch ist die Gegenüberstellung von Konkurrenz und Monopol, wie oberflächlich die "grundlegende" Kritik an der marxistischen Theorie der Gegenwart!

Wie falsch und verfehlt ist das ganze Unternehmen, wenn es zu der Schlußfolgerung führt: "Die Antwort der traditionellen marxistischen Orthodoxie - daß das industrielle Proletariat am Ende gegen seine kapitalistischen Unterdrücker in revolutionärem Kampf aufstehen muß - überzeugt nicht mehr. Die Industriearbeiter sind eine an Zahl sinkende Minderheit der amerikanischen Arbeiterklasse, und ihr organisierter

² Vgl. dazu die kritischen Bemerkungen von Hess, Peter, und Niebyl, Karl H., in: Wirtschaftswissenschaft, 2/1967, S. 306 ff. u. 315 ff.

Kern in den Hauptindustrien ist zu einem Großteil eingegliedert in das System als Konsumenten und ideologisch 'formierte' Mitglieder der Gesellschaft. Sie sind nicht mehr, wie zu Zeiten von Marx, die speziellen Opfer des Systems, auch wenn sie grundsätzlich unter ihm leiden wie alle anderen Klassen und Schichten - mehr als manche, weniger als andere." (Baran/Sweezy, S. 363) Sieger über das Monopolkapital wird vielmehr die Weltrevolution minus das Proletariat der am stärksten entwickelten kapitalistischen Länder und der Völker der sozialistischen Länder sein (Baran/Sweezy, S. 365 ff.). Da das Buch die Widmung trägt "For Che", geht man nicht fehl, wenn man annimmt, daß nach Meinung von Baran und Sweezy die Sieger über das Weltmonopolkapital die Guerillas der ländlichen Gebiete in Lateinamerika, Afrika und Asien sein werden.

Natürlich geht der Prozentsatz des industriellen Proletariats an der Gesamtbevölkerung heute zurück - eine Selbstverständlichkeit unter den Bedingungen des zunehmenden Parasitismus, wie ihn Hobson so glänzend geschildert hat und wie ihn Lenin von Hobson zu einem Teil in seine Theorie kritisch übernommen hat. Und es scheint mir völlig überflüssige Apologetik von so mancher marxistischer Seite, heute alle möglichen anderen Schichten in das Industrieproletariat einfügen zu wollen, nur damit es wächst. Die revolutionäre Rolle des Industrie-
proletariats wird nicht davon berührt, ob es prozentmäßig wächst oder nicht - nur die Notwendigkeit, die objektiv verbündeten Schichten mit in den revolutionären Kampf hineinzuziehen, eine Notwendigkeit, auf die hinzuweisen Engels, Marx und Lenin niemals müde wurden, wird noch dringender. Auch hat Lenin schon auf die wachsende, auf die im 20. Jahrhundert ganz fundamentale Bedeutung der nationalen und sozialen Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika hingewiesen, ohne deswegen die revolutionäre Aufgabe des Industrieproletariats in Europa oder den USA im geringsten in ihrer Weltbedeutung vermindern zu wollen. Im Gegenteil!

Vieles ist neu heute. Und dies Neue muß man mit offenen Augen und wachem Hirn betrachten. Man bedenke, wie falsch manche Kommunisten die Castro-Bewegung beurteilt hatten, bevor sie gesiegt hatte. Man bedenke, wie viele neue Probleme uns in den Ländern Afrikas heute begegnen. Aber all das Neue kann kein Grund sein, alte Weisheiten, die von Engels, Marx und Lenin uns überkommen sind, Weisheiten, basierend auf tiefeschürfender Untersuchung der Wirklichkeit, über Bord zu werfen - sei es, daß man plötzlich die Notwendigkeit von Überproduktionskrisen

alten Typs leugnet oder die Rolle des Industrieproletariats in den alten, fortgeschrittensten Ländern des Kapitalismus herabsetzt.

Ganze Kapitel des Buches von Baran und Sweezy, wie die über "Monopolkapital und Rassenbeziehungen" und "Über die Qualität der monopolkapitalistischen Gesellschaft", sind reiche Quellen zur Geschichte der USA seit dem zweiten Weltkrieg. Und so verwaschen auch der (von Baran) eingeführte Begriff des Economic Surplus der Gesellschaft ist, mit den statistischen Tabellen über seine Entwicklung von 1929 bis 1963 läßt sich viel anfangen (die Berechnungen stammen von Joseph D. Phillips).

Wie soll man heute ein Buch wie das von Baran und Sweezy beurteilen? Marxisten können formal viel von ihm lernen: gut zu schreiben und so manche interessante Tatsachen und Zusammenhänge. Theoretisch ist es vielfach falsch. Im Klassenkampf wirkt es demobilisierend in den USA, England, der Bundesrepublik oder Frankreich.

Bevor man sich aber in das Getümmel des Klassenkampfes auf der richtigen Seite stürzt, muß man den wahnsinnigen, todbringenden Charakter der amerikanischen Gesellschaft begriffen haben. Zu einem solchen Begreifen, das in den genannten Ländern, nicht zum wenigsten in den USA, noch völlig ungenügend verbreitet ist, wird man auf den verschiedensten Wegen kommen. Ich kann mir vorstellen, daß für einen beachtlichen Teil der Intelligenz das Buch von Baran und Sweezy auf dem Wege zu solcher Erkenntnis hilft. Und darum hat es in der heutigen Zeit seinen Wert.

Rückblick und Analyse

zu: Roczniki Dziejów Społecznych i Gospodarczych.
Annales d'histoire sociale et économique

Lwów 1931 bis 1939, Poznań 1946 ff.

von Władysław Rusiński

"Roczniki Dziejów Społecznych i Gospodarczych. Annales d'histoire sociale et économique" ("Jahrbücher für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte"⁺) begannen mit dem Jahre 1931 zu erscheinen. 36 Jahre sind für das Bestehen einer allgemeinhistorischen Zeitschrift keine bedeutende Zeitspanne. Dagegen ist eine solche Zeitspanne ansehnlich, wenn man die verhältnismäßig junge geschichtliche Disziplin, der diese Jahrbücher gewidmet sind, in Betracht zieht. Als die ersten "Jahrbücher" erschienen, war die Wirtschaftsgeschichte nur mit wenigen Zeitschriften vertreten. Führend war in dieser Hinsicht entschieden die deutsche Geschichtswissenschaft. Auf die "Zeitschrift für Social- und Wirtschaftsgeschichte", die in den Jahren 1893 bis 1900 herausgegeben wurde, folgte 1903 die "Vierteljahrschrift für Social- und Wirtschaftsgeschichte". Fünf Jahre später, im Jahre 1908, erschien in Frankreich die "Revue d'histoire des doctrines économiques et sociales", die 1913 in "Revue d'histoire économique et sociale" umbenannt wurde, und im Jahre 1915 wurde das erste Heft der holländischen Zeitschrift "Economisch-historisch Jaarboek" herausgegeben. Eine neue Etappe editorischer Rührigkeit auf diesem Gebiete begann in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen. In England erschien im Jahre 1927 die erste Nummer des Periodikums "The Economic History Review", und 1929 wurde in den Vereinigten Staaten von Amerika das "Journal of Economic and Business History" herausgegeben. In Frankreich begann man 1929 die Herausgabe einer zweiten wirtschaftsgeschichtlichen Zeitschrift unter dem Titel "Annales d'histoire économique et sociale". In den slawischen Ländern gab es keine analogen Publikationen, wenn man von der tschechischen Zeitschrift "Agrární

+ Im folgenden: "Jahrbücher".

Archiv" absieht, mit deren Herausgabe bereits vor dem ersten Weltkrieg begonnen wurde. Die Veröffentlichung der "Jahrbücher" war somit eine wichtige Etappe in der Entwicklung sowohl der polnischen als auch der allgemeinen wirtschaftsgeschichtlichen Wissenschaft, und dies um so mehr, als sie von der ersten Nummer an ihre Thematik nicht auf die polnischen Gebiete beschränkten, sondern darüber hinaus Beiträge zur allgemeinen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte brachten.

Es erscheint angebracht, den Initiatoren der Zeitschrift, die zugleich ihre Redaktoren waren und bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges sowie in den ersten Nachkriegsjahren dieses Publikationsorgan leiteten, einige Worte zu widmen. Als Begründer werden sie auch heute noch auf dem Titelblatt der Zeitschrift namentlich genannt.

Der eine von ihnen, Franciszek Bujak, war seinerzeit Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität in Lwow. Der andere, Jan Rutkowski, hatte einen analogen Lehrstuhl an der Universität Poznań inne. Zur Zeit der Gründung der Zeitschrift hatten beide den Höhepunkt ihrer wissenschaftlichen Laufbahn erreicht; sie wiesen sich durch ausgezeichnete Forschungsergebnisse aus. Ihr Einfluß auf das wissenschaftsorganisatorische Leben in Polen war beachtenswert. Sie hatten einen ansehnlichen Kreis junger Geschichtsforscher ausgebildet, die zur "Schule" von Lwow bzw. zur "Schule" von Poznań gehörten, heute als Professoren der Wirtschaftsgeschichte an polnischen Hochschulen tätig sind und weiterhin aktiv an den "Jahrbüchern" mitarbeiten.

Weder Bujak noch Rutkowski sind als Vertreter einer klassenorientierten gesellschaftlichen Ideologie anzusehen. Bujak stammte aus dem Bauernmilieu und stand weiterhin mit der Bauernbewegung in enger Verbindung; Rutkowski, der von bürgerlicher Herkunft war, engagierte sich hingegen politisch nicht. Jedoch schon allein auf Grund ihrer Forschungsinteressen ist die Rolle beider, objektiv genommen, in der Entwicklung der polnischen Historiographie als fortschrittlich zu bewerten. Dieselbe Rolle spielten die von ihnen begründeten "Jahrbücher". Diese lenkten das Forschungsinteresse der Historiker auf wirtschaftliche Angelegenheiten, und sie hoben die Bedeutung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in der Entwicklung der Gesellschaft hervor. So bereiteten sie den Boden vor, auf dem sich nach

dem Kriege in Volkspolen eine neue, auf materialistischer Grundlage fußende Forschungsströmung entwickelte.

Formal jedoch hat sich die Schriftleitung der Vorkriegsbände zu keiner ideologischen Richtung bekannt. In der Einleitung zum ersten Band heißt es: "Das einzige Bekenntnis, das wir abzulegen für nötig halten, ist dies, daß wir die methodischen Grundsätze der wissenschaftlichen Arbeit streng beachten werden und redlich der nationalen und allgemeinen Wissenschaft und Kultur dienen wollen."¹ In Übereinstimmung mit diesem Grundsatz des Forschungsliberalismus wurden in den Spalten der "Jahrbücher" Beiträge verschiedener gesellschaftlicher Orientierung veröffentlicht. Neben Verfassern, die linksgerichtete Strömungen in der derzeitigen Geschichtsschreibung vertraten (Arnold, Gašiorowska), stehen Autoren, die im traditionell-konservativen Geiste schrieben.

Die von den "Jahrbüchern" sowohl in den Rubriken "Artikel" wie auch "Rezensionen" berührte Problematik wurde von den Redaktoren in mehrere Abschnitte geordnet. Diese Einteilung hat sich mit nur geringen Änderungen bis auf den heutigen Tag erhalten.

Und hier der Aufbau:

1. Methodologie, Bibliographie, Quellen;
2. Sozialökonomische Geschichte; allgemeine Darstellungen;
3. Landwirtschaftsverhältnisse;
4. Stadtverhältnisse;
5. Industrie und Bergbau;
6. Handel und Verkehr;
7. Geld, Preise, Kredit, Finanzwesen;
8. Bevölkerung und Siedlungswesen;
9. Soziale Angelegenheiten (Arbeit, soziale Fürsorge, soziale Bewegungen);
10. Geschichte der ökonomischen und sozialen Lehren;
11. Verschiedenes.

Die "Jahrbücher" enthielten die Rubrik "Abhandlungen", wozu sich auch Artikel informatorischen Charakters gesellten sowie "Rezensionen" und "Polemiken". Später wurde auch eine Chronik des wissenschaftlichen Lebens eingeführt. Im Gegensatz zu anderen vergleichbaren Zeitschriften wurde von den "Jahrbüchern" die Rubrik "Materia-

1 *Od wydawców* (Von den Herausgebern), Bd. 1, 1931, S. V.

lien" nicht eingeführt. Und so ist es bis auf den heutigen Tag geblieben.

Bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges wurden in den "Jahrbüchern" insgesamt 56 Abbildungen und bibliographische Referate sowie über 1 700 Rezensionen und Kurzberichte veröffentlicht. Das publizierte Material betraf sämtliche oben erwähnten Gebiete. Außerdem wurden einige Artikel bibliographischen Charakters aufgenommen (unter anderem Arnolds Arbeit über Georg von Below²). Die Schriftleitung war bestrebt, die wirtschaftsgeschichtlichen Disziplinen in Polen mit der allgemeinen sozialökonomischen Geschichtsschreibung eng zu verbinden. Ein beträchtlicher Teil der in den "Jahrbüchern" publizierten Beiträge berührte allgemeine Probleme, die die Grenzen der polnischen Gebiete und Angelegenheiten überschritten. Die Schriftleitung bemühte sich besonders um engere wissenschaftliche Beziehungen zu den Nachbarstaaten in Mitteleuropa. Diese Bestrebungen fanden beispielsweise ihren Ausdruck in der Veröffentlichung von bibliographischen Artikeln tschechoslowakischer und ungarischer Verfasser, die neue wirtschaftsgeschichtliche Forschungsergebnisse aus ihren Ländern vermittelten. Die Verbundenheit mit der Wissenschaft in der ganzen Welt äußerte sich noch deutlicher im Rezensionsteil. Die Zahl der besprochenen fremdsprachigen Werke in den vor dem Kriege erschienenen "Jahrbüchern" war entschieden größer als die Zahl der rezensierten polnischen Neuerscheinungen. Außerdem gehörten die "Jahrbücher" zu den wenigen wirtschaftsgeschichtlichen Zeitschriften, die eine systematische bibliographische Übersicht wirtschaftsgeschichtlicher Neuerscheinungen einführten und dort alljährlich über die entsprechenden Veröffentlichungen aus aller Welt informierten.

Bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges sind sieben vollständige Bände der Zeitschrift veröffentlicht worden. Für das Jahr 1939 liegt nur ein Heft für das erste Halbjahr vor. Nach Kriegsausbruch wurde selbstverständlich jegliche Tätigkeit der Zeitschrift unmöglich. Beide Redaktoren überstanden glücklicherweise die Kriegsjahre, doch ein beträchtlicher Teil der Mitarbeiter kam durch Kriegseinwirkungen oder in Gefängnissen und Konzentrationslagern um. Nach der Befreiung setzten sofort Bemühungen ein, die Zeitschrift zu neuem Leben zu erwecken. Ein erstes Heft erschien im Jahre 1946 unter dem bisherigen Titel. Die Schriftleitung lag wiederum in den Händen von Bujak und Rutkowski.

² Arnold, Stanisław, Georg von Below, Bd. 2, 1932, S. 123 ff.

Für die Zeitschrift begann eine neue Ära erfolgreicher Entwicklung. Gleichzeitig begann der Prozeß der Vertiefung und Bereicherung des ideologischen Gehalts der in den "Jahrbüchern" veröffentlichten Beiträge. Dies geschah in Anlehnung an fortschrittliche methodologische Grundsätze. Die dabei notwendigen Veränderungen ließen sich nicht leicht und schnell durchführen. Die "Jahrbücher" mußten sich anfänglich mit den noch verbliebenen Kadern aus der Vorkriegszeit begnügen. Diese Mitarbeiter verstanden es nicht immer, sich die Position der materialistischen Geschichtsauffassung zu eigen zu machen und in der Praxis die neuen methodologischen Mittel anzuwenden. Überdies wurden sie durch Erscheinungen des Dogmatismus und Schematismus, wie sie in der Zeit des Personenkults um Stalin auftraten, desorientiert und entmutigt. Nichtsdestoweniger machte sich der Prozeß der methodologischen Vertiefung des Inhalts der "Jahrbücher" bemerkbar. Von 1946 bis 1966 wurden weitere 20 Bände der Zeitschrift herausgegeben. Ihre Problematik berührt einen weiten Fragenkreis aus dem Bereich der Geschichte der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse. Besondere Aufmerksamkeit wird in den "Jahrbüchern" der Nachkriegszeit Problemen des Klassenkampfes in Stadt und Land sowie der Lage der Arbeiterklasse gewidmet.

In räumlicher und zeitlicher Hinsicht werden den Verfassern thematisch keine Fesseln angelegt. In den "Jahrbüchern" erschienen Beiträge sowohl zur allgemeinen wie auch zur polnischen Wirtschaftsgeschichte. Zeitlich reichen sie von der Ära der ältesten menschlichen Zivilisationen bis in die Gegenwart. In den letzten Jahren hat sich jedoch der Schwerpunkt des Interesses ganz offensichtlich in den "Jahrbüchern" in die Neuzeit (19. und 20. Jahrhundert) verlagert.

In jeder Nummer der Zeitschrift erscheint weiterhin eine ausführliche Bibliographie polnischer und ausländischer wirtschaftsgeschichtlicher Publikationen. In Wahrung ihrer traditionellen Struktur veröffentlichen die "Jahrbücher" nur selbständige Abhandlungen und Referate, während sie die Rubrik der sogenannten "Materialien" nach wie vor nicht führen. Traditionsbedingt werden auch Resümees der Artikel in französischer Sprache angegeben.

Es ist nun an der Zeit, die Abhandlungen in den nach dem Kriege bisher erschienenen 20 Bänden der "Jahrbücher" inhaltlich näher in Augenschein zu nehmen. Gleich nach dem Kriege legte der Redaktor der Zeitschrift, Rutkowski, gewissermaßen eine Bilanz der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung im frühen Polen vor, wobei er besonders auf stritti-

ge und ungeklärte Probleme hinwies.³ Einige weitere Artikel waren theoretischen und methodischen Fragen gewidmet. So warf Rutkowski die Frage der Planung geschichtlicher Forschungen auf. Dabei wies er auf neue Möglichkeiten hin, wie sie sich aus dem gesellschaftlichen Wandel, der sich in Polen nach dem Kriege vollzog, ergaben.⁴ Einige Autoren nahmen auch an der auf internationaler Ebene geführten Diskussion über die Eigenart der feudalen Gesellschaftsordnung und das Wachstum der Keime des Kapitalismus teil (Rusiński⁵, Wojtowicz⁶ und andere). Das von Kula veröffentlichte Buch über Probleme und Methoden der Wirtschaftsgeschichte⁷ gab Anlaß zu einem Symposium, das im Jahre 1963 stattfand und auf dem die in der Arbeit von Kula berührten Themen eingehend besprochen wurden. Die Ergebnisse dieser Tagung wurden in den "Jahrbüchern" zusammengefaßt.⁸

Die Thematik einiger Artikel reicht in sehr frühe Zeiten zurück. Unter anderen wurde der Artikel des bedeutenden fortschrittlichen polnischen Soziologen Krzywicki über das Thema der wirtschaftlichen Entwicklung der Urgesellschaft⁹ postum veröffentlicht; unter den das Altertum betreffenden Abhandlungen sei besonders auf die Arbeit von Mrozek über die Arbeitsbedingungen im römischen Bergbau im 2. Jahrhundert¹⁰ hingewiesen.

- 3 Rutkowski, Jan, Niewyjaśnione i sporne zagadnienia z zakresu gospodarczych dziejów Polski w czasach przedrozbiorowych (Ungeklärte und strittige Probleme der polnischen Wirtschaftsgeschichte aus der Zeit vor den Teilungen Polens), Bd. 9, 1947, S. 65 ff.
- 4 Derselbe, Uwagi o planowaniu badań historycznych (Bemerkungen zur Planung geschichtlicher Forschungen), Bd. 11, 1949, S. 43 ff.
- 5 Rusiński, Władysław, Kilka uwag o istocie ekonomiki feudalnej w XV - XVIII w. (Einige Bemerkungen über das Wesen der Feudalökonomik im 15. - 18. Jh.), Bd. 27, 1965, S. 9 ff.
- 6 Wojtowicz, Jerzy, Ze studiów nad początkami układu kapitalistycznego na terenie Prus Królewskich w XVIII w. (Aus den Studien über die Anfänge des kapitalistischen Systems auf dem Gebiete Westpreußens im 18. Jh.), Bd. 15, 1953, S. 269 ff.
- 7 Kula, Witold, Problemy i metody historii gospodarczej (Probleme und Methoden der Wirtschaftsgeschichte), Warschau 1963. - Siehe auch die Besprechung in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 2, S. 286 ff.
- 8 Bd. 26, 1964, S. 213 ff.
- 9 Krzywicki, Ludwik, Obraz rozwoju gospodarczego na niższych stopniach kultury (Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung auf niederen Kulturstufen), Bd. 10, 1948, S. 1 ff.
- 10 Mrozek, Stanisław, Warunki pracy w kopalniach rzymskich w II w. n. e. (Vipasca - Alburnus Maior) (Arbeitsbedingungen in römischen Bergwerken im 2. Jh. u. Z. [Vipasca - Alburnus Maior]), Bd. 26, 1964, S. 9 ff.

Einige Artikel betreffen verschiedene Fragen des Frühfeudalismus. Buczek befaßte sich mit der strittigen Frage der sozialökonomischen Funktionen der sogenannten Wächter (custodes), einer dienstleistenden Schicht im Rahmen der sozialökonomischen Struktur der damaligen Landbevölkerung Polens.¹¹ Die wirtschaftlichen Vorrechte der katholischen Kirche im mittelalterlichen Litauen werden in der Abhandlung von Ochmański¹² erörtert. Der allgemeinen Wirtschaftslage im Ostseeraum galten die Erwägungen von Małowist, der besonders den Handelsbeziehungen, die in diesem Raum in der Frühzeit des Feudalismus bestanden, seine Aufmerksamkeit zuwandte.¹³

Probleme der Entwicklung der Produktivkräfte wurden unter verschiedenen Gesichtspunkten in den Spalten der "Jahrbücher" wiederholt erörtert. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei der Bevölkerungsstruktur eingeräumt. Grundlegend sind in dieser Hinsicht zwei zusammenfassende Abhandlungen, die sich mit den demographischen Verhältnissen in polnischen Gebieten vom 10. Jahrhundert bis zu den Anfängen des 19. Jahrhunderts befassen. Die Artikel stammen aus der Feder von Hoszowski¹⁴ und Kula¹⁵. Der letztere umriß gleichzeitig ein Forschungsprogramm für weitere Jahre auf dem Gebiete der historischen Demographie. Einige andere Artikel berühren Einzelfragen aus dem Kreise demographischer Probleme. So wurde die Besiedlung der polnischen Waldgebiete im Mittelalter besprochen.¹⁶ Sehr interessant ist auch der Artikel über die Bevölkerung der polnischen Gebiete in der Mitte des 14. Jahrhun-

11 Buczek, Karol, Stróże; studium z ustroju społecznego Polski wczesno-feudalnej (Wächter [custodes]; ein Beitrag zur Gesellschaftsordnung Polens im Frühfeudalismus), Bd. 19, 1957, S. 11 ff.

12 Ochmański, Jerzy, Uprzywilejowanie gospodarcze kościoła katolickiego na Litwie w średniowieczu (Wirtschaftliche Vorrechte der katholischen Kirche in Litauen im Mittelalter), Bd. 23, 1961, S. 89 ff.

13 Małowist, Marian, Z problematyki dziejów gospodarczych strefy bałtyckiej we wczesnym średniowieczu (Zur Problematik der Wirtschaftsgeschichte des Ostseeraumes im Frühmittelalter), Bd. 10, 1948, S. 81 ff.

14 Hoszowski, Stanisław, Dynamika rozwoju zaludnienia Polski w epoce feudalnej (X - XVIII w.) (Die Dynamik der Bevölkerungsentwicklung im feudalen Polen [10. - 18. Jh.]), Bd. 13, 1951, S. 137 ff.

15 Kula, Witold, Stan i potrzeby badań nad demografią historyczną dawnej Polski (do pocz. XIX w.) (Stand und Aufgaben der Forschungen zur historischen Demographie des früheren Polens [bis zum Beginn des 19. Jh.]), Bd. 13, 1951, S. 23 ff.

16 Ślaski, Kazimierz, Zaludnienie puszczy Polski zachodniej w okresie do XIV w. (Die Besiedlung der Waldgebiete Westpolens bis zum 14. Jh.), Bd. 16, 1954, S. 51 ff.

derts.¹⁷ Die Feststellungen und Schlüsse dieses Aufsatzes riefen eine lebhafte Diskussion hervor. Erwähnt seien ferner zwei Abhandlungen über die Bevölkerung Litauens und Belorußlands im 16. und 17. Jahrhundert¹⁸, interessante Bemerkungen zur natürlichen Bevölkerungsbewegung auf dem Lande im 18. Jahrhundert¹⁹ sowie ein Artikel über den Einfluß der wirtschaftlichen Lage auf die Bevölkerungsstruktur in Großpolen im 19. Jahrhundert.²⁰

Mit den demographischen Problemen stehen Siedlungsfragen in enger Verbindung. Von den Arbeiten, die in den "Jahrbüchern" dazu erschienen, verdient in erster Linie die Abhandlung von Szwagrzyk über die Zahl und Ansiedlung freier Bevölkerung im Gebiete der heutigen Woiwodschaft Olsztyn im 16. und 17. Jahrhundert Beachtung.²¹ Großes Interesse riefen auch zwei Beiträge zur deutschen Immigration im Gebiete des ehemaligen Kongreßpolens hervor. Der eine dieser Beiträge berichtet, gestützt auf umfangreiche archivalische Quellen, die bisher zwar verbreiteten, aber unzutreffenden Ansichten über die Anzahl der deutschen Einwanderer in den Industriegebieten Mittelpolens, besonders im Gebiet von Łódź²², der andere überprüft für das Gebiet von Łódź die bisherigen Ansichten über die Bedeutung der Einwanderer für das Wirtschaftspotential.²³

- 17 *Mitkowski, Józef*, Uwagi o zaludnieniu Polski na początku panowania Kazimierza Wielkiego (Bemerkungen zur Bevölkerung Polens zu Beginn der Regierungszeit Kasimirs des Großen), Bd. 10, 1948, S. 121 ff.
- 18 *Horn, Maurycy*, Zaludnienie województwa bełzkiego w 1630 r. (Die Bevölkerung der Woiwodschaft Bełz im Jahre 1630), Bd. 21, 1959, S. 67 ff.; *Alexandrowicz, Stanisław*, Zaludnienie miasteczek Litwy i Białorusi w XVI i pierwszej poł. XVII w. (Die Bevölkerungszahl der litauischen und belorussischen Kleinstädte im 16. Jh. und in der ersten Hälfte des 17. Jh.), Bd. 27, 1965, S. 35 ff.
- 19 *Vielrose, Egon*, Przyczynek do demografii wsi polskiej w XVIII w. (Ein Beitrag zur Demographie des polnischen Dorfes im 18. Jh.), Bd. 14, 1952, S. 122 ff.
- 20 *Borowski, Stanisław*, Gospodarcze podłoże zmian ludnościowych w Wielkopolsce w l. 1807 - 1914 (Die wirtschaftliche Grundlage der Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur in Großpolen in den Jahren von 1807 - 1914), Bd. 25, 1963, S. 73 ff.
- 21 *Szwagrzyk, Józef*, Stan liczebny i rozmieszczenie posiadłości ziemskich ludności wolnej na obszarze dzisiejszego województwa olsztyńskiego w XVI i XVII w. (Ausmaß und räumliche Verteilung des Grundeigentums der freien Bevölkerung im Gebiet der heutigen Woiwodschaft Olsztyn im 16. und 17. Jh.), Bd. 27, 1965, S. 69 ff.
- 22 *Rożański, Adolf*, Próba określenia liczby imigrantów niemieckich przybyłych na teren Królestwa Kongresowego (Versuch einer zahlenmäßigen Erfassung der deutschen Einwanderer in Kongreßpolen), Bd. 10, 1948, S. 185 ff.
- 23 *Małecki, Zygmunt*, Próba oceny stanu majątkowego Łódzkich imigrantów przemysłowych (Versuch einer Schätzung der Vermögensverhältnisse der in der Industrie beschäftigten Einwanderer in Łódź), Bd. 25, 1963, S. 99 ff.

Einige Artikel sind der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen in der Landwirtschaft gewidmet. Der Stand der bisherigen Forschungen über die Beutnerei in Polen wurde von Zabko-Potopowicz dargestellt.²⁴ Chmielewski berührt in seinem Artikel das strittige Problem der Verbreitung des Hakenpflugs (socha) in Europa²⁵ während sich Rusiński mit dem Problem der Wüstungen in den Gebieten West- und Mitteleuropas auseinandersetzt.²⁶ Der Verfasser stellt die These auf, daß das Entstehen und Schwinden der Wüstungen vor allem mit technischen Unzulänglichkeiten der Dreifelderwirtschaft, insbesondere mit ungenügender Düngung, zusammenhängt. Míka²⁷ stellt Erwägungen zur Entwicklung der Gutsherrschaft auf tschechischem Gebiet an. Die Entwicklung der Produktivkräfte und die Produktionsleistungen in der polnischen Landwirtschaft in der Zeit vom 16. bis 18. Jahrhundert wurden von Śreniowski²⁸, Topolski²⁹ und Fierich³⁰ behandelt. Mit der Struktur des adligen und bäuerlichen Eigentums in dieser Zeit befaßten sich Sobczak³¹, Trzyna³² und Borowiak³³. Der Übergang zur Geldren-

- 24 *Zabko-Potopowicz, Antoni*, Dzieje bartnictwa w Polsce w świetle dotychczasowych badań (Geschichte der Beutnerei in Polen im Lichte der bisherigen Forschungen), Bd. 15, 1953, S. 7 ff.
- 25 *Chmielewski, Stefan*, Zmiany w zachodniej granicy zasięgu sochy w Europie w świetle źródeł historycznych (Verschiebungen in der westlichen Verbreitungsgrenze des Hakenpflugs [Zocha] in Europa im Lichte von Geschichtsquellen), Bd. 23, 1961, S. 51 ff.
- 26 *Rusiński, Władysław*, "Pustki" - problem agrarny feudalnej Europy (Wüstungen - ein Agrarproblem des feudalen Europas), Bd. 23, 1961, S. 9 ff.
- 27 *Míka, Alois*, Rozwój gospodarki dworskiej na ziemiach czeskich od XIV do XVII w. (Entwicklung der Gutswirtschaft auf tschechischem Gebiet vom 14. - 17. Jh.), Bd. 22, 1960, S. 11 ff.
- 28 *Śreniowski, Stanisław*, W kwestii plonów w ustroju folwarczno-pańszczyźnianym Polski XVI - XVIII w. (Zur Frage der Erträge in der Gutswirtschaft Polens vom 16. - 18. Jh.), Bd. 14, 1952, S. 107 ff.
- 29 *Topolski, Jerzy*, O literaturze i praktyce rolniczej w Polsce na przełomie XVI i XVII w. (Über landwirtschaftliche Fachliteratur und Praxis in Polen an der Wende vom 16. zum 17. Jh.), Bd. 14, 1952, S. 43 ff.
- 30 *Fierich, Jerzy*, Kultury rolnicze, zmianowania i zbiory w katastrze Józefińskim 1785/7 (Bodenkulturen, Fruchtfolge und Erträge im Josephinischen Kataster 1785/87), Bd. 12, 1950, S. 25 ff.
- 31 *Sobczak, Tadeusz*, Zmiany w stanie posiadania dóbr ziemskich w woj. Łęczyckim od XVI do XVIII w. (Grundeigentumsveränderungen in der Woiwodschaft Łęczyca vom 16. - 18. Jh.), Bd. 17, 1955, S. 163 ff.
- 32 *Trzyna, Edward*, Królewsczyzny województwa krakowskiego w XVII w. (Königliche Domänen der Woiwodschaft Kraków im 17. Jh.), Bd. 24, 1962, S. 9 ff.
- 33 *Borowiak, Jan*, Stan posiadania gospodarstw chłopskich w królewsczyznach powiatu konińskiego na schyłku XVIII w. (Der bäuerliche Bodenbesitz in den königlichen Domänen des Kreises Konin gegen Ende des 18. Jh.), Bd. 18, 1956, S. 239 ff.

te, der als Ausdruck einer in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts einsetzenden Krise der feudalen Verhältnisse auf dem polnischen Land zu werten ist, wurde von Topolski³⁴, Gołębiowski³⁵ und Rychlikowa³⁶ anhand ausgewählter Materialien illustriert.

Eine besondere Gruppe von Artikeln behandelt die Agrarverhältnisse in den polnischen Gebieten im 19. und 20. Jahrhundert. Sie befassen sich mit der Konjunktorentwicklung in der Landwirtschaft zur Zeit der großen Agrarreformen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts³⁷, mit dem Fortschritt der Mechanisierung der Landwirtschaft im Gebiet Großpolens³⁸ wie auch mit der sozialen und beruflichen Struktur der Landbevölkerung nach 1900³⁹ und endlich mit der Gestaltung von Agrarprogrammen zur Zeit des ersten Weltkrieges.⁴⁰ Auf den Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen bezieht sich der Artikel von Majewski zum Thema der Schuldenentlastungsaktion, die in Polen während der großen Wirt-

- 34 Topolski, Jerzy, Problem oczyszczania w Polsce na tle reformy klucza kamieńskiego w 1725 r. (Zur Frage des Übergangs zur Geldrente in Polen auf Grund der Reform des Güterkomplexes in Kamień im Jahre 1725), Bd. 15, 1953, S. 57 ff.
- 35 Gołębiowski, Tadeusz, Reforma rolna pana na Konarach i Ozdobie (Die Bodenreform des Gutsherrn in Konary und Ozdoba), Bd. 9, 1947, S. 43 ff.
- 36 Rychlikowa, Irena, Realizacja społeczno-gospodarczych reform tere-
zjańsko-józefińskich w Galicji (na przykładzie klucza wielkopoleń-
skiego w powiecie limanowskim) (Die Realisierung der theresianisch-
josephinischen sozialökonomischen Reformen in Galizien [dargestellt
am Beispiel des Güterkomplexes Porąbka Wielka im Kreise Limanowa]),
Bd. 19, 1957, S. 91 ff.
- 37 Borowski, Stanisław, Kryzys agrarny w Wielkopolsce w przeddzień de-
kretu uwłaszczeniowego z 1823 r. (Die Agrarkrise in Großpolen am
Vorabend des Dekrets vom Jahre 1823 über die Aufhebung der Leib-
eigenschaft), Bd. 24, 1962, S. 117 ff.; Żychowski, Marian, Stan
gospodarstwa wiejskiego w Królestwie Polskim w świetle statystyk z
lat 1842 - 1848. (Stand der Landwirtschaft in Kongreßpolen im Lich-
te der Statistiken aus den Jahren 1842 - 1848), Bd. 19, 1957, S.
133 ff.
- 38 Borowski, Stanisław, Rozwój mechanizacji pracy w rolnictwie Wiel-
kopolski w l. 1823 - 1890 (Entwicklung der Mechanisierung der land-
wirtschaftlichen Arbeiten in Großpolen in den Jahren 1823 - 1890),
Bd. 18, 1956, S. 131 ff.; derselbe, Rozwój mechanizacji pracy w
rolnictwie Wielkopolski w l. 1890 - 1918 (Entwicklung der Mecha-
nisierung der landwirtschaftlichen Arbeit in Großpolen 1890 - 1918),
Bd. 19, 1957, S. 161 ff.
- 39 Jezierski, Andrzej, Próba analizy statystycznej rozwarstwienia wsi
na ziemiach polskich na początku XX w. (Versuch einer statistischen
Analyse des Differenzierungsprozesses der Landbevölkerung in polni-
schen Gebieten zu Beginn des 20. Jh.), Bd. 20, 1958, S. 55 ff.
- 40 Piatkowski, Wiesław, Kształtowanie się programów agrarnych w Kró-
lestwie Polskim w okresie od listopada 1917 do listopada 1918 r.
(Gestaltung der Agrarprogramme in Kongreßpolen in der Zeit vom
November 1917 bis November 1918), Bd. 26, 1964, S. 31 ff.

schaftskrise durchgeführt wurde.⁴¹ Eine Reihe von Verfassern berührt in ihren Beiträgen verschiedene Gesichtspunkte des Klassenkampfes auf dem Lande sowohl für die Zeit des ehemaligen Königreichs Polen (bis zum Jahre 1795)⁴² als auch für die späteren Zeitabschnitte.⁴³ Was die Zeit vor dem ersten Weltkrieg anbetrifft, so wurden außerdem die Lage der besitzlosen Landbevölkerung zur Zeit der Aufhebung der Leibeigenschaft⁴⁴ sowie Agrarstreiks im Bezirk Lublin zur Zeit der Revolution von 1905⁴⁵ erörtert. Sozialagrare Probleme aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen wurden von Rogala in seinem Beitrag über die Streik-

41 *Majewski, Jan*, Struktura i rola urzędów rozjemczych do spraw majątkowych posiadaczy gospodarstw wiejskich w l. 1932 - 1939 (Struktur und Rolle der Arbitrage-Ämter in Schuldenentlastungsangelegenheiten bäuerlicher Besitzer in den Jahren 1932 - 1939), Bd. 22, 1960, S. 109 ff.

42 *Szczotka, Stanisław*, Uwagi o zbiegostwie włościan w dawnej Polsce (Bemerkungen über die Bauernflucht im früheren Polen), Bd. 11, 1949, S. 119; *Ochmański, Jerzy*, Położenie społeczno-gospodarcze i walka klasowa chłopów w ekonomii kobryńskiej w drugiej poł. XVII w. (Die sozialökonomische Lage und der Klassenkampf der Bauern in den königlichen Gütern in Kobryń in der zweiten Hälfte des 17. Jh.), Bd. 19, 1957, S. 45 ff.; *Baranowski, Bohdan*, Walka klasowa chłopów ze starostwa brańskiego na Podlasiu w XVII - XVIII w. (Der Klassenkampf der Bauern der Starosteij Brańsk in Podlachien im 17. und 18. Jh.), Bd. 15, 1953, S. 77 ff.; *Burszta, Józef*, Zbiegostwo chłopów znad Sanu w I ćwierci XVIII w. (na przykładzie klucza sieniawskiego i oleszyckiego latyfundium Sieniawskich) (Bauernflucht aus dem Gebiet am San im ersten Viertel des 18. Jh. [dargestellt am Beispiel des Güterkomplexes Sieniawa und Oleszyce des Großgrundbesitzes der Familie Sieniawski]), Bd. 17, 1955, S. 55 ff.; *Topolski, Jerzy*, Zbiegostwo chłopów w dobrach kapituły gnieźnieńskiej w pierwszej poł. XVIII w. (Bauernflucht aus den Gütern des Domkapitals zu Gniezno in der ersten Hälfte des 18. Jh.), Bd. 16, 1954, S. 95 ff.; *Bieniarzówna, Janina*, Wrzenie chłopskie w dobrach mogiłskich w XVIII w. (Bauernaufuhr in den Gütern von Mogiła im 18. Jh.), Bd. 14, 1952, S. 137 ff.; *Topolski, Jerzy*, Walka chłopów podlaskich w przeddzień i w czasie insurekcji kościuszkowskiej (Der Kampf der Bauern in Podlachien am Vorabend und während der Kościuszkoin-surrektion), Bd. 18, 1956, S. 109 ff.

43 *Pasdur, Jan*, Społeczne podłoże ruchu ks. Ściegiennego pod Kielcami (Die soziale Grundlage der Propst-Ściegienny-Bewegung bei Kielce), Bd. 11, 1949, S. 211; *Nawrocki, Stanisław*, Zaburzenia chłopskie w powiecie ostrzeszowskim w l. 1848 - 1849 (Bauernunruhen im Kreise Ostrzeszów in den Jahren 1848 und 1849), Bd. 17, 1955, S. 85 ff.

44 *Ohryzko-Włodarska, Czesława*, Sprawa bezrolnych w reformie uwłaszczeniowej w Królestwie Polskim (Die Frage der besitzlosen Landbevölkerung während der Aufhebung der Leibeigenschaft in Kongreß-polen), Bd. 23, 1961, S. 109 ff.

45 *Loposzko, Maria*, Pierwsza fala strajków robotników rolnych w guberni lubelskiej w czasie rewolucji 1905 - 1907 r. (Die erste Streikwelle der Landarbeiter im Gouvernement Lublin während der Revolution 1905 - 1907), Bd. 19, 1957, S. 279 ff.

bewegung in Großpolen⁴⁶ sowie von Warkoczewski in seinem Aufsatz über die Lage der Landarbeiter desselben Gebietes⁴⁷ angeschnitten.

Einen ansehnlichen Platz nimmt die industrielle Thematik in den "Jahrbüchern" ein. Über den Forschungsstand zur Entwicklung der Produktivkräfte in den Städten des mittelalterlichen Polens schrieb Małowist⁴⁸; einige andere Autoren befaßten sich mit dem Problem des Anwachsens von Elementen des Kapitalismus in der polnischen Industrie während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.⁴⁹ Die Entwicklung der Industrie und des Bergbaus auf polnischem Boden im 19. Jahrhundert und in den Anfängen des 20. Jahrhunderts bildete auch das Thema einiger weiterer Abhandlungen.⁵⁰ Außerdem befaßte sich Pazdur mit der Frage der bäuerlichen Arbeitskraft in dem sogenannten altpolnischen Bergbaurevier (im Gebiet von Kielce) zur Zeit der Fronwirtschaft⁵¹, während Broda und Błaszyk den Einfluß des Bergbaus und Hüttenwesens auf die Entwicklung der Forstwirtschaft in demselben Gebiet behandel-

46 Rogala, Władysław, Strajki proletariatu rolnego Wielkopolski w l. 1919 - 1922 (Streiks des Dorfproletariats Großpolens in den Jahren 1919 - 1922), Bd. 18, 1956, S. 289 ff.

47 Warkoczewski, Stanisław, Ze studiów nad położeniem robotników folwarcznych w Poznaniu przed II wojną światową [1937 - 1939] (Untersuchung zur Lage der Landarbeiter im Bezirk Poznań vor dem zweiten Weltkrieg [1937 - 1939]), Bd. 19, 1957, S. 313 ff.

48 Małowist, Marian, W sprawie badań nad historią rzemiosła miejskiego w średniowiecznej Polsce (Forschungsprobleme zur Geschichte des städtischen Handwerks im mittelalterlichen Polen), Bd. 13, 1951, S. 1 ff.

49 Kula, Witold, Manufaktura sukien na Radziwiłłów w Nieświeżu (Die Radziwiłłsche Tuchmanufaktur in Nieśwież), Bd. 9, 1947, S. 1 ff.; Huczak, Czesław, Technika przemysłu spożywczego w Poznaniu w XVIII w. (Die Technik der Lebensmittelindustrie in Poznań im 18. Jh.), Bd. 12, 1950, S. 69 ff.

50 Derselbe, Górnictwo wielkopolskie w l. 1815 - 1918 (Der großpolnische Bergbau in den Jahren 1815 - 1918), Bd. 20, 1958, S. 107 ff.; Nawrocki, Stanisław, Ożywienie działalności przemysłowej w Wielkopolsce w l. 1830 - 1850 (Die Belebung der industriellen Tätigkeit in Großpolen in den Jahren 1830 - 1850), Bd. 20, 1958, S. 159 ff.; Kołodziejczyk, Ryszard, Zakłady budowy maszyn w Żarkach - przyczynek do działalności gospodarczej Piotra Steinkellera (Maschinenfabriken in Żarki - ein Beitrag zur wirtschaftlichen Tätigkeit Piotr Steinkellers), Bd. 21, 1959, S. 99 ff.; Wielopolski, Alfred, Sukiennictwo na Pomorzu Zachodnim w XIX w. (Das Tuchmacherhandwerk in Westpommern im 19. Jh.), Bd. 17, 1955, S. 111 ff.

51 Pazdur, Jan, Oczyszczanie dóbr we wschodnim okręgu górnictwem Królestwa Polskiego (Der Übergang zur Geldrente bei den Gütern im östlichen Bergbaurevier Kongreßpolens), Bd. 12, 1950, S. 105 ff.

ten.⁵² Auf den Zeitraum zwischen beiden Weltkriegen bezieht sich der Beitrag von Zimowski über die Anfänge der polnischen Schiffbauindustrie.⁵³

Einige Abhandlungen beziehen sich auf die Lage und den Kampf der Industriearbeiter. So standen im Mittelpunkt des Forschungsinteresses: der Kampf um bessere Löhne im Salzbergwerk von Bochnia Ende des 16. Jahrhunderts⁵⁴, der Streik der Handwerksgesellen in Gdańsk im 18. Jahrhundert⁵⁵, die gegen die streikenden Handwerker in Poznań Ende desselben Jahrhunderts erlassenen Vorschriften⁵⁶, Hungerunruhen in den Städten Großpolens Mitte des 19. Jahrhunderts⁵⁷ sowie Lage und Kampf der Bergarbeiter in Kongreßpolen während des ersten Weltkrieges⁵⁸. Arbeiterfragen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen waren Gegenstand der Erörterungen von Hass⁵⁹ und Tomaszewski⁶⁰.

Probleme der Gestaltung der Städte und ihrer Bevölkerungsstruktur sowie die Entwicklung des Warenaustausches lenkten die Aufmerksamkeit einiger Autoren auf sich. Trawkowski besprach Herkunft und wirtschaft-

- 52 Broda, Józef, Błaszyk, Henryk, Wpływ rządowego górnictwa i hutnictwa na rozwój wczesnokapitalistycznej gospodarki w lasach górniczych Królestwa Polskiego (Der Einfluß des staatlichen Bergbaus und Hüttenwesens auf die Herausbildung einer frühkapitalistischen Wirtschaft in den Forsten des Bergbaugebiets in Kongreßpolen), Bd. 21, 1959, S. 133 ff.
- 53 Zimowski, Lech, Z dziejów polskiego przemysłu okrętowego w okresie międzywojennym (Zur Geschichte der polnischen Schiffbauindustrie in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen), Bd. 24, 1962, S. 153 ff.
- 54 Gilewicz, Aleksy, Zatarę o płacę w żupie bocheńskiej w 1592 r. (Lohnkonflikte im Salzbergwerk von Bochnia im Jahre 1592), Bd. 10, 1948, S. 135 ff.
- 55 Cieślak, Edmund, Strajk czeladników powroźniczych w Gdańsku w 1762 r. (Der Seilergesellenstreik in Gdansk im Jahre 1762), Bd. 18, 1956, S. 75 ff.
- 56 Łuczak, Czesław, Poznańska ustawa antystrajkowa z 1785 r. (Das Antistreikgesetz von Poznan aus dem Jahre 1785), Bd. 13, 1951, S. 199 ff.
- 57 Derselbe, Rozruchy głodowe w Wielkopolsce w r. 1847 (Hungerunruhen in Großpolen im Jahre 1847), Bd. 15, 1953, S. 111 ff.
- 58 Gąsiorowska, Natalia, Położenie i walka ekonomiczna i polityczna górników z okupantem niemieckim w Królestwie Polskim w czasie I wojny imperialistycznej (1914 - 1918) (Die Lage sowie der ökonomische und politische Kampf der Bergarbeiter gegen die deutschen Okkupanten in Kongreßpolen während des ersten Weltkrieges [1914 - 1918]), Bd. 14, 1952, S. 1 ff.
- 59 Hass, Ludwik, Pracownicze organizacje zawodowe w Polsce (1918 - 1939) (Berufsorganisationen der Erwerbstätigen in Polen in den Jahren 1918 - 1939), Bd. 25, 1963, S. 119 ff.
- 60 Tomaszewski, Jerzy, Liczba robotników w Polsce w l. 1925 - 1938 (Die Zahl der Arbeiter in Polen in den Jahren 1925 - 1938), Bd. 26, 1964, S. 57 ff.

liche Rolle der frühmittelalterlichen Vorstadtsiedlung Ołbin bei Wrocław ("Olbino" nach einem Dokument aus dem Jahre 1175)⁶¹, Grodecki untersuchte die Anfänge des Stadtrats von Kraków⁶², und Waszak unternahm am Beispiel der Stadt Poznań den Versuch, die Durchschnittsgröße einer Bürgerfamilie um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert festzustellen.⁶³ Arłamowski gibt einen Überblick über die Entwicklung der Stadtfläche von Przemyśl bis zum 19. Jahrhundert.⁶⁴

Eine Reihe von Artikeln betrifft verschiedene Probleme des Warenumsatzes. So befaßte sich Biskup mit dem Weichselhandel zur Zeit des dreizehnjährigen Krieges⁶⁵, Zins hob den Quellenwert der englischen Hafengebühren aus dem 16. Jahrhundert hervor⁶⁶, Śádowa stellte die Bedeutung des Getreideexports in Böhmen im 16. und 17. Jahrhundert dar.⁶⁷ Komarzyński veröffentlichte zwei Beiträge, die ein Licht auf die Handelsbeziehungen zwischen Gdańsk und Frankreich werfen⁶⁸. Horn beschrieb den Ochsenhandel in Ruthenien im 17. Jahrhundert⁶⁹, und Burszta sowie Broda trugen neue Bemerkungen zum Problem des Weichsel-

- 61 *Trawkowski, Stanisław*, Ołbin wrocławski w XII w. (Ołbin bei Wrocław im 12. Jh.), Bd. 20, 1958, S. 69 ff.
- 62 *Grodecki, Roman*, Początki rady miejskiej w Krakowie (Die Anfänge des Stadtrats von Kraków), Bd. 25, 1963, S. 47 ff.
- 63 *Waszak, Stanisław*, Dzietność rodziny mieszczańskiej i ruch naturalny ludności m. Poznania w końcu XVI i w XVII w. (Kinderzahl der in der Stadt ansässigen Familien und die natürliche Bevölkerungsbewegung in der Stadt Poznań am Ende des 16. und im 17. Jh.), Bd. 16, 1954, S. 316 ff.
- 64 *Arłamowski, Kazimierz*, Rozwój przestrzenny Przemyśla (Die Entwicklung der Stadtfläche von Przemyśl), Bd. 15, 1953, S. 161 ff.
- 65 *Biskup, Marian*, Handel wiślany w l. 1454 - 1466 (Der Weichselhandel in den Jahren 1454 - 1466), Bd. 14, 1952, S. 155 ff.
- 66 *Zins, Henryk*, Angielskie księgi portowe jako źródło do historii handlu XVI w. (Englische Hafengebühren als Quelle zur Geschichte des Handels im 16. Jh.), Bd. 23, 1961, S. 145 ff.
- 67 *Śádowa, Věra*, Eksport czeskiego zboża do Niemiec a rozwój produkcji towarowej w Czechach w okresie przedbiałogórskim (Der böhmische Getreideexport nach Deutschland und die Entwicklung der Warenproduktion in Böhmen in der Zeit vor der Schlacht am Weißen Berge), Bd. 22, 1960, S. 31.
- 68 *Komarzyński, Michał*, Transakcja solą dworu francuskiego w Gdańsku (1636 - 1637) (Eine Salztransaktion des französischen Hofes in Gdańsk in den Jahren 1636 - 1637), Bd. 24, 1962, S. 89 ff.; *derselbe*, Działalność kupców francuskich w Gdańsku w XVII i XVIII w. (Die Tätigkeit französischer Kaufleute in Gdańsk im 17. und 18. Jh.), Bd. 16, 1954, S. 239 ff.
- 69 *Horn, Maurycy*, Handel wołami na Rusi Czerwonej w pierwszej poł. XVII w. (Der Ochsenhandel in Ruthenien in der ersten Hälfte des 17. Jh.), Bd. 24, 1962, S. 73 ff.

transports im 17. und 18. Jahrhundert vor⁷⁰. Biernat beschrieb die Veruntreuungen der Getreidemesser in Gdańsk im gleichen Zeitraum⁷¹, Wojtowicz erforschte die Tätigkeit eines frühkapitalistischen Handelsunternehmens in Toruń⁷², während Grodek einem Warschauer Unternehmen ähnlicher Art seine Betrachtungen widmete⁷³. Einen Teilaspekt der polnisch-türkischen Handelsbeziehungen im 18. Jahrhundert untersuchte Reychman.⁷⁴ Über die Rolle von Gdańsk im polnischen Getreideexport schrieb Hoszowski⁷⁵, während sich Gierszewski mit Elbląg als Exporthafen befaßte.⁷⁶ Ein interessantes Licht auf die Bedeutung wichtiger Kontrakte (einer Art Messen) für Handel und Kreditwesen im 18. Jahrhundert wirft der Artikel von Bielecka.⁷⁷ Schließlich besprach Dopierała die Entwicklung des Hafens von Szczecin im Zeitraum von 1919 bis 1939.⁷⁸

Einige Abhandlungen waren Problemen des Geld- und Kreditsystems gewidmet. Darunter befinden sich sowohl theoretisch-methodische Arbei-

- 70 *Burszta, Józef*, Handel magnacki i kupiecki między Sieniawą nad Sanem a Gdańskiem od końca XVII w. do poł. XVIII w. (Der Handel der Magnaten und Kaufleute zwischen Sieniawa am San und Gdańsk vom Ende des 17. Jh. bis zur Mitte des 18. Jh.), Bd. 16, 1954, S. 174 ff.; *Broda, Józef*, Cech wióczków krakowskich (Die Schlep-perinnung in Kraków), Bd. 16, 1954, S. 285 ff.
- 71 *Biernat, Czesław*, Stanowisko Rady gdańskiej wobec nadużyć mierzniaków zbożowych w XVII i XVIII w. (Eine Stellungnahme des Rates von Gdańsk zu den Veruntreuungen der Getreidemesser im 17. und 18. Jh.), Bd. 15, 1953, S. 195 ff.
- 72 *Wojtowicz, Jerzy*, Toruńskie przedsiębiorstwo handlowe Samuela Edwardsa w XVII w. (Das Handelsunternehmen des Samuel Edwards in Toruń im 17. Jh.), Bd. 14, 1952, S. 203 ff.
- 73 *Gródek, Andrzej*, Warszawski Dom Handlowy lat 1723 - 1727 (Ein Warschauer Handelshaus aus den Jahren 1723 - 1727), Bd. 12, 1950 S. 1 ff.
- 74 *Reychman, Jan*, Zatarę handlowy polsko-turecki o handel wódką w XVIII w. (Ein polnisch-türkischer Handelskonflikt um den Branntweinhandel im 18. Jh.), Bd. 13, 1951, S. 215 ff.
- 75 *Hoszowski, Stanisław*, Z dziejów handlu zbożowego w Toruniu, 1760 - 1860 (Zur Geschichte des Getreidehandels in Toruń in den Jahren, 1760 - 1860), Bd. 11, 1949, S. 51 ff.
- 76 *Gierszewski, Stanisław*, Elbląski cech armatorski w XVIII w. (Die Reederinnung in Elbląg im 18. Jh.), Bd. 15, 1953, S. 241 ff.
- 77 *Bielecka, Janina*, O zjazdach kontraktowych w Polsce (Messen [Kontrakte] in Polen), Bd. 16, 1954, S. 152 ff.
- 78 *Dopierała, Bogdan*, Tendencje rozwojowe portu szczecińskiego i szczyecińskiej żeglugi w dwudziestoleciu międzywojennym (1919 - 1939) (Entwicklungstendenzen des Hafens und der Schifffahrt von Szczecin zwischen den beiden Weltkriegen [1919 - 1939]), Bd. 22, 1960, S. 53 ff.

ten⁷⁹ als auch Beiträge zur Steuerfrage im feudalen⁸⁰ und im kapitalistischen Polen⁸¹; weiter wurden Fragen des Agrarkredits im 19. Jahrhundert⁸² und schließlich die Geldpolitik des polnischen Staates in den Jahren 1936 bis 1939⁸³ behandelt.

Eine besondere Gruppe von Artikeln in den nach dem Kriege herausgegebenen "Jahrbüchern" bilden bibliographische und quellenkundliche Referate. Auf die Notwendigkeit von Quellenpublikationen geht Rusiński ein.⁸⁴ Topolski bringt im 25. Jubiläumsband der "Jahrbücher" eine retrospektive Übersicht über die bisherigen Forschungsrichtungen auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte in Polen.⁸⁵ Weiterhin führen die "Jahrbücher" Besprechungen ausländischer wirtschaftsgeschichtlicher Publikationen. So untersuchte Kula westeuropäische Neuerscheinungen über den Verlauf von Konjunkturen und Wirtschaftszyklen im Feudalismus und Kapitalismus.⁸⁶ Małowski gibt einen Überblick über die neue-

- 79 *Górski, Janusz*, Teoria pieniądza Decjusza i Kopernika (Die Geldtheorie des Decius und diejenige des Kopernik), Bd. 17, 1955, S. 9 ff.; *Zabiński, Zbigniew*, Biologiczny wskaźnik siły nabywczej pieniądza (Die biologische Indexziffer der Kaufkraft des Geldes), Bd. 20, 1958, S. 37 ff.
- 80 *Weymann, Stefan*, Pierwsze ustawy podatkowe generalnego w Polsce (rok 1498, 1520) na tle ówczesnego systemu podatkowego (Die ersten Gesetze zur allgemeinen Kopfsteuer in Polen in den Jahren 1498 und 1520 im Rahmen des damaligen Steuersystems), Bd. 18, 1956, S. 11 ff.
- 81 *Szpunar, Janusz*, Polityka podatkowa Polski w okresie kryzysu w l. 1929 - 1933 (Die Steuerpolitik Polens zur Zeit der Krise in den Jahren 1929 - 1933), Bd. 20, 1958, S. 225 ff.
- 82 *Tyrowicz, Marian*, Stuletnia instytucja kredytowa i wojenne losy jej archiwum (Towarzystwo Kredytowe Ziemskie we Lwowie) (Eine hundertjährige Kreditanstalt und die Kriegsschicksale ihres Archivs [die Landschaft in Lwów]), Bd. 9, 1947, S. 129 ff.
- 83 *Drozdowski, Marian*, Uwagi o polityce walutowo-pieniężnej rządu polskiego lat 1936 - 1939 (Bemerkungen zur Währungs- und Geldpolitik der polnischen Regierung in den Jahren 1936 - 1939), Bd. 23, 1961, S. 159 ff.
- 84 *Rusiński, Władysław*, Potrzeby w zakresie wydawnictw źródłowych do historii gospodarczej Polski na tle dotychczasowego dorobku wydawniczego (Die Notwendigkeit von Quellenveröffentlichungen zur Wirtschaftsgeschichte Polens im Blickfeld der bisherigen Verlagsproduktion), Bd. 13, 1951, S. 111 ff.
- 85 *Topolski, Jerzy*, Badania historycznogospodarcze w Polsce (Wirtschaftsgeschichtliche Forschungen in Polen), Bd. 25, 1963, S. 9 ff.
- 86 *Kula, Witold*, Nowsza literatura do dziejów fluktuacji gospodarczych w Europie (Neuere Literatur zur Geschichte wirtschaftlicher Fluktuationen in Europa), Bd. 10, 1948, S. 205 ff.; Bd. 11, 1949, S. 193 ff.; *derselbe*, Dwa "kryzysy" gospodarcze; Francja w 1789 r. i 1848 r. (Zwei "Wirtschaftskrisen"; Frankreich in den Jahren 1789 und 1848), Bd. 11, 1949, S. 177 ff.

ren wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen in Schweden⁸⁷, Komóroczy stellt Neuerscheinungen der ungarischen⁸⁸ und Žáček entsprechende Veröffentlichungen der tschechoslowakischen⁸⁹ Geschichtsschreibung vor, während Reychman die Aufmerksamkeit auf rumänische Literatur über die walachischen Siedlungen lenkt⁹⁰.

In dem ersten Nachkriegsheft erschien eine Trauerchronik zum Gedenken an die Verluste, die die polnische Wirtschaftsgeschichte während der faschistischen Besatzungszeit erlitten hat.⁹¹ Ausführliche Nachrufe wurden später Rutkowski⁹², Bujak⁹³ sowie dem englischen Forscher Tawney⁹⁴ gewidmet.

Die Zeitschrift führt weiterhin die Rubriken Rezensionen und Bibliographie. Die Schriftleitung ist bemüht, möglichst gründliche und sachkundige Beiträge zu veröffentlichen, um dem "Jahrbuch" ein entsprechendes wissenschaftliches Niveau zu sichern. Dazu verpflichten die fast dreißigjährige Tradition der Zeitschrift und der Fortschritt der Geschichtswissenschaft im sozialistischen Polen.

87 Małowist, Marian, Historia gospodarcza Szwecji w świetle nowszych badań (Die Wirtschaftsgeschichte Schwedens im Lichte neuerer Forschungen), Bd. 9, 1947, S. 107 ff.

88 Komóroczy, György, Przegląd badań z zakresu węgierskiej historii gospodarczej opublikowanych w l. 1938 - 1958 (Überblick über die in den Jahren 1938 - 1958 veröffentlichten Forschungsergebnisse zur ungarischen Wirtschaftsgeschichte), Bd. 22, 1960, S. 167 ff.

89 Žáček, Václav, Práce badawcze z zakresu dziejów gospodarczych i społecznych Czechosłowacji od r. 1938 (Forschungsarbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Tschechoslowakei seit dem Jahre 1938), Bd. 13, 1951, S. 231 ff.

90 Reychman, Jan, Zagadnienie osadnictwa wołoskiego w Karpatach w rumuńskiej literaturze naukowej lat ostatnich (Das Problem der walachischen Siedlungen in den Karpaten in der rumänischen wissenschaftlichen Literatur der letzten Jahre), Bd. 8, 1939/46, S. 29, ff.

91 Pamięci zmarłych (Den Toten zum Gedenken), Bd. 8, 1939/46, S. 355 ff.

92 Rusiński, Władysław, Jan Rutkowski - wspomnienie pośmiertne (Jan Rutkowski - ein Nachruf), Bd. 11, 1949, S. 1 ff.

93 Hossowski, Stanisław, Franciszek Bujak - w piątą rocznicę śmierci (Franciszek Bujak - zum fünften Jahrestag seines Ablebens), Bd. 20, 1958, S. 11 ff.

94 Zins, Henryk, Richard Henry Tawney (1880 - 1962) - badacz historii społeczno-gospodarczej epoki Tudorów i Stuartów (Richard Henry Tawney [1880 - 1962] - ein Forscher der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Epoche der Tudors und Stuarts), Bd. 25, 1963, S. 171 ff.

„Lange Wellen“ als Modell für die Erklärung des Geschichtsablaufs ?

Bemerkungen zu: Rosenberg, Hans, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa = Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 24

Walter de Gruyter & Co., Berlin 1967, 301 Seiten,
Preis DM 28,-

von Herbert Schwab

Hans Rosenberg, zuletzt Professor für Geschichte an der University of California, Berkeley, ist bereits in den dreißiger Jahren durch Arbeiten zu Problemen der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland hervorgetreten, welche nach 1945 fortgesetzt wurden und die bürgerliche Historiographie vor neue Aufgaben stellten.¹ Vor allem seine Quellenpublikationen sind heute noch eine unentbehrliche Grundlage für die Arbeit des Historikers, der sich mit der Einigung Deutschlands von oben befaßt.²

Das vorliegende Werk schließt Forschungen ab, die in ihren Anfängen auf die frühen vierziger Jahre zurückgehen.³ Mit ihm folgt Rosenberg einer Linie in der bürgerlichen Historiographie, die sich in ihren Untersuchungen vom Primat der Innenpolitik leiten ließ und deren wichtigste deutschsprachige Repräsentanten vor 1945 Eckart Kehr⁴,

1 Vgl. dazu Herzfeld, Hans/Berges, Wilhelm, Rezension über: Rosenberg, Hans, Bureaucracy and Autocracy. The Prussian Experience 1660 - 1815, Cambridge (Mass.) 1958, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 11, 1962, S. 282 - 296.

2 Siehe z. B. Rosenberg, Hans, Die Nationalpolitische Publizistik Deutschlands vom Eintritt der Neuen Ära in Preußen bis zum Ausbruch des Deutschen Krieges, 2 Bde., München 1935.

3 Derselbe, Political and Social Consequences of the Great Depression in Central Europe 1873 - 1896, in: Economic History Review, Bd. 13, 1943, S. 58 - 73. - Eine wesentlich veränderte und erweiterte Fassung dieses Aufsatzes erschien unter dem Titel: Wirtschaftskonjunktur, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, 1873 - 1896, in: Moderne deutsche Sozialgeschichte, hg. v. Hans-Ulrich Wehler, Köln 1966, S. 225 - 253 = Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Geschichte, Bd. 10.

4 Kehr, Eckart, Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894 - 1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus, Berlin 1930.

Arthur Rosenberg⁵ und Alfred Vagts⁶ waren und die gegenwärtig unter anderem von George W. F. Hallgarten⁷, Fritz Fischer⁸ und dessen Schüler Helmut Böhme⁹ vertreten wird.

Wie die hier genannten Autoren, war auch Rosenberg, nach dessen Urteil die diplomatische Geschichtsschreibung sich nur mit Oberflächenerscheinungen zufrieden gibt (S. 270)¹⁰, darauf bedacht, den Zusammenhängen zwischen Wirtschaft und Politik nachzuspüren. Aber viel mehr als diesen war es ihm um eine theoretische Durchdringung seines Forschungsgegenstandes und darüber hinaus um die Erklärung des "totalen" Geschichtsablaufs zu tun. Deshalb hat Rosenberg sein Buch, das "Anregung und Experiment" zugleich sein soll, als eine "stark methodologisch orientierte historische Studie" bezeichnet (S. VII).

Ein derartiger Versuch, der gegenwärtig keine Einzelercheinung mehr ist, entspricht jener seit einiger Zeit vorhandenen Strömung in der bürgerlichen Historiographie, die erkannt hat, daß die bloße Ideographie weder den denkenden Wissenschaftler befriedigt noch für die Auseinandersetzung mit der vorwärtsdrängenden, ständig an Boden gewinnenden marxistischen Geschichtswissenschaft geeignet ist.¹¹ Ein besonderer Ausdruck dieser neuen Tendenz ist in Westdeutschland die Förderung der Sozialgeschichte, welche die herkömmliche Geschichte mit der Soziologie verbinden soll.¹² Nicht zufällig gewinnt daher

5 Rosenberg, Arthur, Die Entstehung der Deutschen Republik 1871 - 1918, Berlin 1930.

6 Vagts, Alfred, Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik, 2 Bde., New York 1935.

7 Hallgarten, George F. W., Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem ersten Weltkrieg, 2 Bde., 2., durchgearb. u. stark erw. Aufl. München 1963.

8 Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des Kaiserlichen Deutschland 1814/18, 2. Aufl. Düsseldorf 1962.

9 Böhme, Helmut, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848 - 1881, Köln/Berlin 1966.

10 Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

11 Vgl. dazu die zusammenfassende Wertung von Kon, J. S., Die Geschichtsphilosophie des 20. Jahrhunderts. Kritischer Abriß, Bd. 2, Berlin 1964, S. 184 ff. - Für die gleichen Tendenzen in der bürgerlichen Historiographie Englands und Frankreichs siehe Carr, Edward H., Was ist Geschichte?, Stuttgart 1963, S. 63 ff.; Samaran, Charles, Vorwort zu L'histoire et ses méthodes, Paris 1961, S. XII.

12 Vgl. Wehler, Hans-Ulrich, Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966, S. 9 - 16; Conze, Werner u. Mommsen, Hans, Sozialgeschichte, in: ebenda, S. 19 - 34; Lipset, Seymour Martin, Bemerkungen zum Verhältnis von Soziologie und Geschichtswissenschaft, in: Logik der Sozialwissenschaften, hg.

auch Max Webers Lehre von den Idealtypen, die bereits in bewußter Abwehr gegen die marxistischen Kategorien geschaffen wurde, heute immer mehr Anhänger unter den bürgerlichen Historikern.¹³ Auch Rosenberg hat sich, allerdings ohne expressis verbis auf Max Weber zu rekurrieren, eines solchen "Idealtypus", respektive eines "dynamischen Entwicklungsmodells" bedient. Rosenberg legte seinen Untersuchungen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der "Bismarckzeit" den "Begriff und die Realität der langen Wechsellagen der Wirtschaft", die Theorie der "langen Wellen" zugrunde (S. VII).

"Geschichte, nicht nur Wirtschaftsgeschichte, im Schatten der langen ökonomischen Wechsellagen des 19. Jahrhunderts - das ist die Dimension des historischen Entwicklungsprozesses", die in seinem Buch aufgerollt und zur Diskussion gestellt werden soll (S. VIII). Rosenberg geht zwar einer offenen Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie aus dem Wege, aber daß seine theoretische Konzeption objektiv gegen sie gerichtet ist, wird nicht nur aus der Behauptung ersichtlich, daß der moderne Imperialismus dem historischen Ursprung nach ein Nebenprodukt der Großen Depression von 1873 bis 1896 sei (S. 273), sondern das geht aus der gesamten Anlage der Studie deutlich hervor.

Das vorliegende Buch ist in sieben Kapitel gegliedert. Das erste Kapitel, "Die langen Wechsellagen der Wirtschaft" (S. 1 - 21), befaßt sich mit methodologischen Fragen und umreißt die Problemstellung und die Zielsetzung der Untersuchung. Rosenberg geht von den wirtschaftlichen Konjunkturperioden aus, die von verschiedenen Ökonomen in den zwanziger Jahren bei der Untersuchung der wirtschaftlichen Entwicklung seit der kapitalistischen Industrialisierung festgestellt worden waren (S. de Wolff, A. Spiethoff, N. D. Kondratieff, C. A. R. Wardwell). Obwohl über die "Trendzyklen" oder "Trendperioden", die in der Regel 20 bis 25 Jahre umfassen, in der bürgerlichen Sozial- und Wirtschaftsforschung bisher keine Einigung über die damit verbundenen Probleme erzielt werden konnte, sind sie vom Ver-

v. Ernst Topitsch, Köln 1965, S. 477 - 486 = Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Soziologie, Bd. 6; Hofstadter, Richard, Geschichte und Sozialwissenschaften, in: Geschichte und Geschichtsschreibung. Möglichkeiten, Aufgaben, Methoden. Texte von Voltaire bis zur Gegenwart, hg. u. eingeleitet von Fritz Stern, München 1966, S. 372 f.

13 Siehe Vogt, Joseph, Wahrheit in der Geschichte, in: Die Wissenschaften und die Wahrheit. Ein Rechenschaftsbericht der Forschung, hg. v. Karl Ulmer, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966, S. 96 ff.

fasser in den Rang eines "dynamischen Entwicklungsmodells" erhoben worden, das ihm einerseits als "heuristisches Erkenntniswerkzeug und Periodisierungsmittel" dient und andererseits "reales Erkenntnisobjekt" ist (S. 19). Mit Hilfe dieses Entwicklungsmodells will Rosenberg einen Rückschlag zwischen den verschiedenen "Forschungsinsele" versuchen und am Beispiel der "langen Welle" von 1873 bis 1896 in Mitteleuropa die Hypothese verifizieren, "daß die langen Wechsellagen sinnvolle Epochenabschnitte und fruchtbare Untersuchungseinheiten nicht etwa nur für die empirische Erforschung des Wirtschaftsablaufs und -wachstums sind, sondern auch für das Studium nichtökonomischer Entwicklungsphasen und struktureller Zusammengehörigkeiten und Querverbindungen und somit für das Verständnis 'der' Geschichte" (S. 19).

Wir können dem Verfasser beipflichten, wenn er betont, daß Geschichtswissenschaft ohne Gesichtspunkte und Auswahlprinzipien unmöglich ist (S. VIII). Gerade der marxistische Gesellschaftswissenschaftler bedient sich ihrer, da Erkenntnis der objektiven Realität nicht nur Widerspiegelung, sondern in dialiktischer Wechselwirkung davon gleichzeitig Entwurf von der jeweiligen Realität ist. Wenn aber der Historiker zu wissenschaftlich überprüfbareren Ergebnissen seiner Untersuchung gelangen will, dann kann er nicht irgendwelche, beliebige Auswahlprinzipien oder Modelle seiner Forschung zugrunde legen, wie das Rosenberg freistellt (S. 21), sondern er muß solche Kategorien verwenden, die der gesellschaftlichen Realität und ihren Gesetzmäßigkeiten adäquat sind und damit Schlüssel für die Erkenntnis werden können.

Auf den ersten Blick hat das Konzept Rosenbergs einiges für sich, weil die "Große Depression" äußerlich mit einer wichtigen Entwicklungsetappe des Kapitalismus in Deutschland, mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus koinzidiert¹⁴ und die wirtschaftliche Entwicklung dieser Jahre beeinflußt hat, aber sie kann nicht die *innere* Logik der Etappe, ihre neuen ökonomischen und sozialen Triebkräfte und Widersprüche erklären.¹⁵ Um die gesellschaftliche und politische Entwicklung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in Deutschland richtig zu verstehen, muß der Historiker dagegen von

14 Siehe Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 205 f.

15 Zum Problem der Periodisierung vgl. Bollhagen, Peter, Soziologie und Geschichte, Berlin 1966, S. 217 ff.

der Tatsache ausgehen, daß auf der Grundlage des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus der Großbourgeoisie ihre progressive Rolle verlor, das Proletariat in das Zentrum der gesellschaftlichen Entwicklung zu rücken begann und der Gegensatz zwischen diesen beiden Klassen zum Grundwiderspruch der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung avancierte.¹⁶ Die Politik der herrschenden Klassen und der bürgerlichen Parteien in Deutschland nach 1871 läßt sich nur dann hinreichend erklären, wenn weiter berücksichtigt wird, daß sich nach der Niederschlagung der Pariser Kommune das Schwergewicht der internationalen Arbeiterbewegung nach Deutschland verlagerte und die deutsche Sozialdemokratie in den siebziger Jahren kräftig an Boden gewann.¹⁷ Besonders diesen wichtigen methodologischen Grundsatz¹⁸ hat Rosenberg aber auf Grund seiner Konzeption so gut wie außer acht gelassen.

Um die Einwirkungen der Wirtschaft auf Gesellschaft und Politik und insbesondere den von der Marktlage ausgehenden Antriebe zu untersuchen, "der auf die sozialen und politischen Kräfte einwirkt, zu der Umorientierung ihres Wollens, Denkens und Handelns und damit zur Prägung des geistigen Habitus und des Gesamtcharakters der Epoche wesentlich beigetragen hat" (S. 58), behandelt Rosenberg im zweiten Kapitel "Die Große Depression" (S. 22 - 57). Er unterzieht, indem er weit über die räumlichen und zeitlichen Grenzen seines Gegenstandes hinausgeht, die ökonomischen Verhältnisse nach dem Gründerkrach von 1873 und dessen Auswirkungen auf das Wirtschafts- und Lohngefüge sowie auf die soziale Psyche einer eingehenden Betrachtung. Neben vielen richtigen Beobachtungen, zum Beispiel daß damals die Tendenzen zum Staatskapitalismus und zum autoritären Regieren verstärkt und der Einfluß der Parlamente geschwächt wurden (S. 45), finden sich hier auch manche interessante Hinweise auf die durch die wirtschaftliche Unsicherheit hervorgerufene "Neurose" in verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, die künftig von der Geschichtswissenschaft beachtet werden sollten. Daß jedoch die "Mehrheit des Proletariats,

16 Vgl. dazu Lenin, W. I., Unter fremder Flagge, in: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 135.

17 Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1966, S. 135 ff.

18 Zu diesem Gedanken vgl. auch Schwab, Herbert, Zur Wandlung von Funktion und Organisationsstruktur der deutschen bürgerlichen Parteien im Übergang zur imperialistischen Epoche, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe 14. Jg. 1965, S. 205.

zumindest nach 1880, zweifellos nicht zu den Leidtragenden, sondern zu den Nutznießern der langen Abwärtsschwingung der Konjunktur und der für sie charakteristischen Relationsverschiebung in der Verteilung des Nationaleinkommens auf die einzelnen Klassen der Bevölkerung" gehört haben soll, kann mit den Tatsachen schwerlich in Einklang gebracht werden.¹⁹

Das dritte und vierte Kapitel, "Die geistig-willensmäßige Reaktion" (S. 58 - 117) und "Die politische Umgruppierung" (S. 118 - 168), sind den sozialpsychischen und politischen Veränderungen der Zeit nach 1873 gewidmet. Es werden hier viele für die parteipolitische Entwicklung in Deutschland wichtige Vorgänge in großen Zügen und aus der fundierten Kenntnis der Quellen heraus richtig und treffend beschrieben. So zum Beispiel der Verfall des ökonomischen und parteipolitischen Liberalismus, die Entstehung von Interessenverbänden, die Anfänge der Strukturveränderungen in den bürgerlichen Parteien, die Verschiebung der parteipolitischen Konstellation und die Bedeutung und der Einfluß der Interessenverbände in der Politik. Allerdings ist es dem Verfasser nicht gelungen, den Verfall des Liberalismus, den er zwar im Unterschied zu anderen bürgerlichen Historikern²⁰ eindeutig erkennt, vollständig zu erklären, weil er den nachhaltigen Wirkungen zuwenig Aufmerksamkeit schenkte, die von der wachsenden organisierten Arbeiterbewegung ausgingen. Dabei gibt es eindeutige Belege, aus denen zu ersehen ist, daß die Liberalen selbst, vor allem nach dem Ausfall der Reichstagswahlen 1877, in der Arbeiterbewegung einen ernstzunehmenden Gegner erkannten²¹, der nur im Bunde mit den "staatserhaltenden" Kräften, also mit der Reaktion bekämpft werden konnte. Sehr deutlich wird dieses Manko der Darstellung in dem Zusammenhang, wo Rosenberg auf die Entstehung des sogenannten Sozialliberalismus eingeht. Diese Bestrebungen, für die Rosenberg den Verein für Sozialpolitik und den Nationalsozialen

¹⁹ Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 319; Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 3: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871 bis 1900, Berlin 1962, S. 253 ff.; Hilferding, Rudolf, Das Finanzkapital, Berlin 1947, S. 510.

²⁰ Zum Beispiel Freund, Michael, Der Liberalismus, Stuttgart 1965.

²¹ Aus der Vielzahl der Zeugnisse z. B. das Rundschreiben der nationalliberalen Parteileitung v. 20. 2. 1877, in: Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung, Bd. 2: Im Neuen Reich, hg. v. Paul Wentzcke, Bonn/Leipzig 1926, S. 172 f., sowie den Brief v. Cunys an R. v. Bennigsen v. 7. 7. 1878, in: Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Nachlaß R. v. Bennigsen, Nr. 59, Bl. 2.

Verein Friedrich Naumanns anführt, werden vom Verfasser zu sehr als Funktion der Wirtschaftsbewegung gedeutet. Aber gerade diese beiden Organisationen sind in erster Linie deshalb gegründet worden, um der wachsenden Arbeiterbewegung Paroli zu bieten.²²

Zu ebenso einseitigen bzw. abwegigen Auffassungen gelangte Rosenberg mit seiner Theorie der "langen Wellen", als er damit den Revisionismus zu den "historisch folgenreichsten ideellen Begleiterscheinungen der Epoche von 1873 bis 1896" deklarierte (S. 88). Um seine Konstruktion zu stützen, zitiert Rosenberg Marx und Engels (S. 83 f.), wobei allerdings nicht nur die Angaben ungenau sind und die Zitate entstellt werden, sondern auch dem Satz von Engels ein Sinn unterlegt wird, der im Kontext nicht enthalten ist. Es ist natürlich nicht von der Hand zu weisen, daß die wirtschaftliche Entwicklung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts auf die Struktur und Politik der Arbeiterbewegung einen großen Einfluß ausübte, aber die Wurzeln des Revisionismus liegen im sozialen und politischen Bereich.²³ Wie im Falle des Liberalismus, so läßt sich auch hier erkennen, daß politisch-ideologische Phänomene nicht einfach mit der ökonomischen Entwicklung kurzgeschlossen werden können, sondern nur aus der konkreten Situation des Klassenkampfes zu erklären sind.

Auch an anderen Beispielen wird evident, daß es für Rosenberg charakteristisch ist, den Klassenkampf als grundlegendes Agens des Geschichtsverlaufs und als Kategorie der Geschichtserkenntnis zu eliminieren respektive zu umgehen. So zu ersehen, wenn er die Umstrukturierung der Parteien und des Parteiensystems in den siebziger Jahren in Anlehnung an die Auffassung der Parteienrechtskommission²⁴ als Übergang zu Interessen- und Klassenparteien hinstellt (S. 126) und den Vorschlag macht, die "langen Trendperioden der Wirtschaftskonjunktur: 1849 - 1873, 1873 - 1896, 1896 - 1914 für die Periodisierung der Geschichte der konservativen Parteien" und der Arbeiter-

22 Vgl. Rede Gustav Schmollers auf der ersten Tagung des Vereins für Sozialpolitik, in: Verhandlungen der Eisenacher Versammlung zur Besprechung der sozialen Frage am 6. und 7. Oktober 1872, Leipzig 1873, S. 1 ff.; Rede Rudolph Sohms auf dem 2. Delegiertentag des Nationalsozialen Vereins, in: Protokoll über die Verhandlungen des Nationalsozialen Vereins (2. Delegiertentag) zu Erfurt vom 26. - 29. September 1897, Berlin 1897, S. 29 ff.

23 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin 1966, S. 32 u. 55 ff.

24 Rechtliche Ordnung des Parteiwesens. Probleme eines Parteiengesetzes. Bericht der vom Bundesminister des Innern eingesetzten Parteienrechtskommission, 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1958, S. 16 ff.

bewegung zu verwenden (S. 146 f. u. 198). Was die Frage der Interessenvertretung der politischen Parteien betrifft, so muß der Verfasser selbst für die konservativen Parteien zugeben, daß sie "bis zu einem gewissen Grade" auch vor 1878 "landwirtschaftliche Klassen- und Interessenparteien" waren (S. 149). Hinsichtlich der Periodisierung der konservativen Parteien übergeht der Verfasser das Jahr 1866, dessen politische Ereignisse zu einer entscheidenden Zäsur nicht nur in der Geschichte des Konservativismus führten.²⁵ Was schließlich die Periodisierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung angeht, so muß sie selbstverständlich anderen Prinzipien folgen als sie von Rosenberg empfohlen werden.²⁶

Das fünfte Kapitel, "Die Schutzzollpolitik" (S. 169 - 191), enthält eine Reihe von Feststellungen, die von dem Bestreben des Verfassers zeugen, von gängigen Klischees der bürgerlichen Historiographie loszukommen. Rosenberg enthüllt zum Beispiel den "Schutz der nationalen Arbeit" als demagogischen Schwindel und klassifiziert den Schutzzoll als eine "ausgesprochen reaktionäre Neuerung und noch dazu im Effekt eine reine Klassengesetzgebung, die vor allem auf die Subventionierung der ostelbischen Großgrundbesitzer auf Kosten der deutschen Staatsbürger hinauslief ..." (S. 182). Die Getreidezölle führten nach Rosenberg dazu, nicht nur den technischen Fortschritt in den landwirtschaftlichen Großbetrieben zu hemmen und den Schlendrian zu prämiieren (S. 185), sondern auch die politische und soziale Vormachtstellung der Junkerkaste und damit des Militarismus zu erhalten (S. 189 ff.). So richtig diese Interpretation der 1879 inaugurierten Schutzzollpolitik auch hinsichtlich der Vorteile für die Junkerkaste ist, so berührt sie aber auffälligerweise nicht die ökonomischen und sozialen Konsequenzen für die Großbourgeoisie, die als Bundesgenosse des Junkertums ebenso davon profitierte.²⁷

Auch im sechsten Kapitel, das sich ausführlich mit der Sozialpolitik im Deutschen Reich und der Donaumonarchie beschäftigt (S. 192 - 257), werden vom Verfasser Einsichten geboten, die in der bürgerli-

25 Vgl. Lenin, W. I., Die politischen Parteien in Rußland, in: Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 30.

26 Siehe Ulbricht, Walter, Zum Entwurf "Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", in: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 10, Berlin 1966, S. 569 ff.

27 Vgl. Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 53 ff.; vgl. speziell Sonnemann, Rolf, Die Auswirkungen des Schutzzolls auf die Monopolisierung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie 1879 - 1892, Berlin 1960, S. 82 ff. - Diese letztere Arbeit wurde von Rosenberg nicht benutzt.

chen Historiographie nicht zu den Alltäglichkeiten gehören. Ihre Aussagekraft wird allerdings abgeschwächt, weil sie nicht in den richtigen Zusammenhang gestellt werden. Das betrifft vor allem das Sozialistengesetz und die Rolle, die es bei der Niederhaltung der einzig konsequenten Gegner der reaktionären Schutzzollpolitik spielen sollte²⁸; es gilt, auch wenn der Verfasser Bismarck allein die Schuld zuschiebt, die "große Mehrheit der aufsteigenden Arbeiterschichten" dem herrschenden System entfremdet (S. 199) und den Nationalstaat in einen "Klassenstaat" verwandelt zu haben (S. 201).

Demgegenüber sind solche Feststellungen unbestreitbar, daß die "Arbeiterpolitik" Bismarcks nichts anderes als die "vorläufige Antwort der Regierung und der 'staatserhaltenden Schichten' auf das plötzliche Anschwellen der Sozialdemokratie" war (S. 192), daß die Sozialversicherungsordnung als "politisches Anhängsel zum Sozialistengesetz" entstand und als Zuckerbrot die Peitsche ergänzen sollte (S. 213) und ihr Sinn letztlich darin bestand, "die 'Brotherren' gegen die Arbeiter, nicht die Arbeiter gegen die Unternehmer zu schützen" (S. 223). Wir stimmen Rosenberg auch zu, wenn er schreibt, daß sozialdemokratische Arbeiter oft eine politische Bildung und ein Allgemeinwissen besaßen, "an dem sich mancher hochnäsige Armeeleutnant, der mit Ach und Krach durch die Kadettenschule gekommen war, hätte ein Beispiel nehmen können" (S. 221).

Trotzdem blieb auch Rosenberg im Banne eines "Philistenvorurteils"²⁹ befangen, als er versuchte, den Geist der Männer um August Bebel und Wilhelm Liebknecht zu beurteilen, von denen nicht wenige "trotz (sic!) des grundsätzlichen Bekenntnisses zu einer materialistischen Weltanschauung" "praktische Idealisten" gewesen wären (S. 219). Nun, dieses Vorurteil wird man einem bürgerlichen Historiker nicht weiter verübeln können, dagegen wirft es kein gutes Licht auf die Akribie des Verfassers, wenn er in diesem Kapitel vom Gothaer Programm nur solche Passagen auswählte, die seinem Konzept entsprechen und das Zitat obendrein nur unvollständig wiedergab (S. 204).³⁰

28 Vgl. Rathmann, Lothar, Bismarck und der Übergang zur Schutzzollpolitik (1873/75 - 1879), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 4. Jg. 1956, S. 925.

29 Engels, Friedrich, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 282.

30 Rosenberg hat nicht nur die grundsätzlichen Forderungen des Programms übergangen, sondern auch den Punkt 7 "Regelung der Gefängnisarbeit" ohne Kennzeichnung weggelassen.

Rosenberg schließt seine Untersuchung mit einer kurzen Betrachtung über die Außenpolitik des Deutschen Reiches ab (Kapitel 7, S. 258 - 273). Hier werden nur noch skizzenhaft die Linien zwischen den "Trendperioden der Außenpolitik und den wirtschaftlichen Wechsellagen" (S. 258) angedeutet, ohne daß der Verfasser auf die Stellung des Deutschen Reiches im System der europäischen Großmächte nach 1871 eingeht. Wie bei der Darlegung der innenpolitischen Probleme, so klammert Rosenberg auch in dieser Frage die spezifisch politischen Faktoren aus, um seine Auffassung von der "friedlichen, behutsamen, vorwiegend vermittelnden deutschen Außenpolitik in der Trendperiode von 1873 bis 1896" (S. 259) glaubwürdig zu machen. In Wirklichkeit war aber die sogenannte Friedenspolitik Bismarcks alles andere als friedlich, insbesondere Frankreich gegenüber.³¹ Daß die Kolonialpolitik des Deutschen Reiches³², die von Rosenberg als eine defensive Politik gewertet wird, ohne größere Komplikationen in Szene gesetzt werden konnte, war jedoch weniger den friedlichen Absichten Bismarcks als der dafür günstigen internationalen Situation zuzuschreiben.³³

Der Anhang des Buches besteht aus einem Literaturverzeichnis, in dem der Leser allerdings manches wichtige einschlägige Werk vermißt, und einem Namen- und Sachregister.

Zum Schluß möchte der Rezensent darauf verweisen, daß es aus Platzgründen nicht möglich war, auf alle zweifellos vorhandenen sachlichen Vorzüge und auf alle einer Diskussion werten Probleme einzugehen, die in dem interessanten Buch enthalten sind. Verschiedene Begriffe, wie "freie Marktwirtschaft" für Kapitalismus der freien Konkurrenz, "Kollektivismus" und "neuer 'Kollektivismus'" für die Konzentrationsbewegung in der Wirtschaft, "Deutschmitteleuropa" und "deutschmitteleuropäischer Wirtschaftsraum", "Kulturantisemitismus" und andere mehr, bedürfen einer Kritik ebenso wie die Erwähnung verschiedener sachlicher Ungenauigkeiten und offensichtlicher Druckfehler. Dem Rezensenten kam es vor allem darauf an zu zeigen, daß Rosenberg - und das ist sein Verdienst - zwar einigen "heiligen Kühen"

31 Zur grundsätzlichen Beurteilung der Außenpolitik Bismarcks vgl. Engelberg, Ernst, Deutschland von 1871 bis 1897, Berlin 1965, S. 89 ff.

32 Vgl. dazu die von Rosenberg nicht benutzten Untersuchungen von Nussbaum, Manfred, Vom "Kolonialenthusiasmus" zur Kolonialpolitik der Monopole, Berlin 1962; Müller, Fritz Ferdinand, Deutschland - Zanzibar - Ostafrika. Geschichte einer deutschen Kolonialeroberung 1884 - 1890, Berlin 1959.

33 Vgl. Engelberg, Ernst, a. a. O., S. 217.

der bürgerlichen Historiographie den Garaus gemacht hat, aber daß sein "Modell" nicht geeignet ist, die politische Entwicklung Deutschlands in den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts richtig und allseitig zu erklären. Das kann der Historiker nur auf der sicheren Grundlage der marxistischen Geschichtstheorie erreichen.

Bibliographie

Bibliographie von Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Altertums (1945 bis 1966)

Teil I

Autoren aus der Deutschen Demokratischen Republik

von Hagen Fischer

Die vorliegende Bibliographie enthält im ersten Abschnitt Monographien und Zeitschriftenartikel, im zweiten Abschnitt Rezensionen von Autoren aus der DDR zum oben genannten Themenkreis.

Was Veröffentlichungen von Wissenschaftlern der Deutschen Demokratischen Republik in ausländischen Publikationsorganen angeht, stützte sich der Verfasser der vorliegenden Bibliographie auf die Auskünfte der Autoren selbst, denen hiermit für ihre Bereitwilligkeit, besonders für die eingesandten Sonderdrucke, herzlichst gedankt sei.

Die Bibliographie umfaßt in der geographischen Begrenzung Arbeiten über den Nahen Orient und den Bereich des klassischen Altertums.

Die Grenzen zwischen Wirtschaftsgeschichte, Rechtsgeschichte, geographischer und politischer Geschichte sowie der Kunstgeschichte sind selbstverständlich fließend und müssen es sein. Infolgedessen wird der Leser in dieser Zusammenstellung manches finden, was auf den ersten Blick nur bedingt zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu zählen ist, ebenso vielleicht das eine oder andere vermissen, zumal bei der Auswahl der Arbeiten sicher auch der subjektive Standpunkt des Auswertenden eine Rolle spielt. Der Verfasser ist für Ergänzungen dankbar und wird sie in den Fortsetzungen berücksichtigen.

Die Bibliographie soll jährlich ergänzt werden. Es ist beabsichtigt, in einem der nächsten Teile des Jahrbuches für Wirtschaftsgeschichte eine Literaturübersicht von Arbeiten ausländischer Autoren, die in Zeitschriften der DDR zur Wirtschaftsgeschichte des Altertums veröffentlicht wurden, sowie eine solche westdeutscher Wissenschaftler zusammenzustellen.

Als Redaktionsschluß der vorliegenden Bibliographie gilt der 31. Dezember 1966.

Die Arbeiten sind alphabetisch nach Verfassern, innerhalb eines Verfassernamens nach dem Erscheinungsjahr und innerhalb eines Erscheinungsjahres alphabetisch nach dem ersten Substantiv im Nominativ geordnet.

Die genauen bibliographischen Angaben für die Sammelbände "Neue Beiträge zur Geschichte der Alten Welt" und "Sozialökonomische Verhältnisse im Alten Orient und im klassischen Altertum", aus denen Arbeiten unter dem Namen der einzelnen Verfasser aufgenommen wurden, finden sich unter "Beiträge" bzw. "Verhältnisse" in der Bibliographie.

Die dem Titel der Zeitschrift ohne Komma folgende Zahl bezeichnet die Jahrgangs- oder Bandnummer, die Zahl nach dem Komma das Erscheinungsjahr.

Für einige Zeitschriften wurden Abkürzungen bzw. Kurztitel benutzt:

AAntHung	Acta antiqua Academiae scientiarum Hungaricae
DLZ	Deutsche Literaturzeitung
MIO	Mitteilungen des Instituts für Orientforschung
Wiss. Ztschr. Berlin	Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität Berlin. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
Wiss. Ztschr. Greifswald	Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
Wiss. Ztschr. Halle	Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
Wiss. Ztschr. Jena	Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
Wiss. Ztschr. Leipzig	Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
Wiss. Ztschr. Potsdam	Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Potsdam. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe

I. Monographien

- Barth, Hannelore: Das Verhalten des Themistokles gegenüber dem Gelde, in: *Klio* 43, 1965, S. 30 - 37.
- Neue Beiträge zur Geschichte der Alten Welt. II. Internationale Tagung der Fachgruppe Alte Geschichte der Deutschen Historiker-Gesellschaft vom 4. bis 8. September 1962 in Stralsund, hg. v. E. Ch. Welskopf. - Berlin: Akademie-Verlag, Bd. 1: Alter Orient und Griechenland, 1964, X, 388 S.; Bd. 2: Römisches Reich, 1965, XV, 400 S.
- Bockisch, Gabriele: Die Lakedaimonier auf Lesbos, in: *Klio* 43 - 45, 1965, S. 67 - 73.
- Bockisch, Gabriele: 'Ἀρμῶσται (431 - 387), in: *Klio* 46, 1966, S. 129 - 239.
- Böttger, Burkhard: Die städtische Be- und Entwässerungsanlage Olbias und der Versuch einer Charakteristik der Kommunalpolitik der Stadt, in: *Wiss. Ztschr. Jena* 14, 1965, S. 67 - 71.
- Brentjes, Burchard: Geräte altorientalischen Bodenbaues, in: *Wiss. Ztschr. Halle* 6, 1956/57, S. 679 - 712.
- Brentjes, Burchard: Der Elefant im Alten Orient, in: *Klio* 39, 1961, S. 8 - 30.
- Brentjes, Burchard: Wildtier und Haustier im Alten Orient. - Berlin: Akademie-Verlag 1962, 50 S. (= Lebendiges Altertum, Bd. 11).
- Brentjes, Burchard: Land zwischen den Strömen. - Leipzig: Koehler & Amelang 1963, 195 S.
- Brentjes, Burchard: Die Haustierwerdung im Orient. - Wittenberg: Ziemsen 1965, 112 S. (= Die neue Brehmbücherei 344).
- Büttner, Theodora: Die Circumcellionen, eine sozial-religiöse Bewegung. - Leipzig 1957, 125 gez. Bl. (phil. Diss.).
- Büttner, Theodora/Werner, Ernst: Circumcellionen und Adamiten. - Berlin: Akademie-Verlag 1959, VII, 141 S. (= Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte 2).
- Dieckhoff, Max: Caesar und die gesellschaftlichen Verhältnisse in Rom um die Mitte des 1. Jahrhunderts v. u. Z., in: *Wiss. Ztschr. Potsdam* 1, 1954/55, S. 95 - 109.
- Dieckhoff, Max: Über die Klassengebundenheit der Quellen des Altertums, in: *Wiss. Ztschr. Potsdam* 2, 1955/56, S. 147 - 159.

Dieckhoff, Max: Krieg und Frieden im griechisch-römischen Altertum. - Berlin: Akademie-Verlag 1962, 95 S. (= Lebendiges Altertum, Bd. 10).

Dieckhoff, Max: Über Krieg und Frieden im griechisch-römischen Altertum, in: Das Altertum 12, 1966, S. 17 - 28.

Diesner, Hans-Joachim: Der "römische Imperialismus" im Urteil Augustins, in: Wiss. Ztschr. Greifswald 1, 1951/52, S. 106 - 108.

Diesner, Hans-Joachim: Studien zur Gesellschaftslehre und sozialen Haltung Augustins. - Greifswald 1953 (Habil.-Schrift); gedruckt: Halle: Max-Niemeyer-Verlag 1954, 124 S.

Diesner, Hans-Joachim: Bemerkungen zum Helotenproblem, in: Wiss. Ztschr. Greifswald 3, 1953/54, S. 43 - 44.

Diesner, Hans-Joachim: Zur Rolle des Plebs in den Werken Sallusts, in: Wiss. Ztschr. Greifswald 3, 1953/54, S. 37 - 42.

Diesner, Hans-Joachim: Sparta und das Helotenproblem bis zum Ausgang der klassischen Zeit, in: Wiss. Ztschr. Greifswald 3, 1953/54, S. 219 - 225.

Diesner, Hans-Joachim: Zur Sozialgeschichte bei Thukydides, in: Wiss. Ztschr. Greifswald 4, 1954/55, S. 109 - 121.

Diesner, Hans-Joachim: Bürger und Untertan bei Herodot, 1: Die Demaratgestalt, in: Wiss. Ztschr. Greifswald 5, 1955/56, S. 403 - 409.

Diesner, Hans-Joachim: Wirtschaft und Gesellschaft bei Thukydides. - Halle: Max-Niemeyer-Verlag 1956, 198 S., mehr. Taf.

Diesner, Hans-Joachim: Der athenische Bürger bei Herodot und Thukydides, in: Wiss. Ztschr. Halle 6, 1957, S. 899 - 904.

Diesner, Hans-Joachim: Das Söldnerproblem im alten Griechenland, in: Das Altertum 3, 1957, S. 213 - 223.

Diesner, Hans-Joachim: Spätantike Widerstandsbewegungen: Das Circumcellionentum, in: Aus der Byzantinischen Arbeit der DDR, hg. v. Johannes Irscher. - Berlin: Akademie-Verlag 1957, S. 106 - 112 (= Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Institut für griechisch-römische Altertumskunde, Berliner Byzantinische Arbeiten, Bd. 5).

Diesner, Hans-Joachim: Agathoklesprobleme: Der Putsch vom Jahre 316. Ein Beitrag zur Strukturanalyse antiker Tyrannenherrschaften, in: Wiss. Ztschr. Halle 7, 1958, S. 931 - 938.

Diesner, Hans-Joachim: Probleme der älteren griechischen Tyrannis, in: ZfG 6, 1958, S. 841 - 849.

Diesner, Hans-Joachim: Die Stellung der Bibel und der alten christlichen Kirche zur Sklaverei, in: Glaube und Gewissen 4, 1958, S. 117.

Diesner, Hans-Joachim: Methodisches und Sachliches zum Circumcellionentum I, in: Wiss. Ztschr. Halle 8, 1959, S. 1009 - 1016; II, in: Wiss. Ztschr. Halle 9, 1960, S. 183 - 189.

Diesner, Hans-Joachim: Peisistratidenexkurs und Peisistratidenbild bei Thukydides, in: Historia 8, 1959, S. 12 - 22.

Diesner, Hans-Joachim: Die Circumcellionen von Hippo Regius, in: Theologische Literaturzeitung 85, 1960, S. 498 - 508.

Diesner, Hans-Joachim: Die griechische Tyrannis bei Herodot, in: Forschungen und Fortschritte 34, 1960, S. 270 - 272.

Diesner, Hans-Joachim: Griechische Tyrannis und griechische Tyrannen. - Berlin: Akademie-Verlag 1960, 45 S. (= Lebendiges Altertum, Bd. 2).

Diesner, Hans-Joachim: Zu einigen Kernproblemen der älteren griechischen Tyrannis, in: Sozialökonomische Verhältnisse im Alten Orient und im klassischen Altertum. - Berlin: Akademie-Verlag 1961, S. 80 - 87.

Diesner, Hans-Joachim: Volk und Volksaufstände bei Optatus von Mileve, in: Wiss. Ztschr. Halle 10, 1961, S. 63 - 65.

Diesner, Hans-Joachim: Gildos Herrschaft und die Niederlage bei Theuste (Tebessa), in: Klio 40, 1962, S. 178 - 186.

Diesner, Hans-Joachim: Konservative Kolonen, Sklaven und Landarbeiter im Donatistenstreit, in: Forschungen und Fortschritte 36, 1962, S. 214 - 219.

Diesner, Hans-Joachim: Die Lage der nordafrikanischen Bevölkerung im Zeitpunkt der Vandaleninvasion, in: Historia 11, 1962, S. 97 - 111.

Diesner, Hans-Joachim: Die Periodisierung des Circumcellionentums, in: Wiss. Ztschr. Halle 11, 1962, S. 1329 - 1338.

Diesner, Hans-Joachim: Sklaven und Verbannte, Märtyrer und Confessoren bei Victor Vitensis, in: Philologus 106, 1962, S. 101 - 120.

Diesner, Hans-Joachim: Kirche und Staat im römischen Reich. - Berlin: Evangelische Verlagsanstalt 1963, 167 S.

Diesner, Hans-Joachim: Römische und vandalische Sklaven, in: Acta Antiqua Philippopolitana. Studia historica et philologica. - Sofia 1963, S. 53 - 57.

Diesner, Hans-Joachim: Der Untergang der römischen Herrschaft in Nordafrika. - Weimar: Böhlau 1964, XI, 208 S.

Diesner, Hans-Joachim: Vandalen und Völkerwanderung, in: ZfG 12, 1964, S. 1406 - 1414.

Diesner, Hans-Joachim: Das Vandalenreich, Aufstieg und Untergang. - Leipzig: Koehler & Amelang 1966, 164 S.

Ditten, Hans: Βάρβαροι, Ἕλληνες und Ῥωμαῖοι bei den letzten byzantinischen Geschichtsschreibern, in: Actes du XII^e Congrès International d'Etudes Byzantines. 2. Comité Yougoslave des études byzantines, Belgrad 1964, S. 273 - 299.

Döhle, Bernhard: Die Handelspolitik Olbias im Lichte der archäologischen Funde, in: Wiss. Ztschr. Jena 14, 1965, S. 61 - 66.

Doer, Bruno: Neros Menschenfackeln, in: Das Altertum 2, 1956, S. 15 - 28.

Doer, Bruno: Cicero und seine Korrespondenzpartner, in: Acta Antiqua Philippopolitana. Studia historica et philologica. - Sofia 1963, S. 247 - 262.

Doer, Bruno: Cicero und Spartacus, in: Wiss. Ztschr. Berlin 12, 1963, S. 199 - 204.

Dunst, Günther: Die Bestimmungen des Vertrages zwischen Eumenes II. und den kretischen Städten vom Jahre 183 v. Chr., in: Philologus 100, 1956, S. 305 - 311.

Dunst, Günther: Zu den altmilesischen Phylen, in: Forschungen und Fortschritte 35, 1961, S. 272 - 273.

Endesfelder, E.: Über die Arbeiter der thebanischen Nekropole im Neuen Reich, in: Sozialökonomische Verhältnisse im Alten Orient und im klassischen Altertum. - Berlin: Akademie-Verlag 1961, S. 88 - 93.

Fischer, Karlheinz: Der große Helotenaufstand von 464 - 460 v. u. Z., in: Wiss. Ztschr. Halle 2, 1952/53, S. 620 - 624.

Freydank, Helmut: Zwei spätbabylonische Urkunden im Prager Keilschriftseminar, in: Archiv Orientalní 33, 1965, S. 19 - 26.

Gründel, Roland: Das Verhältnis zwischen Stadt und Territorium in der römischen Kaiserzeit (Resümee), in: Neue Beiträge zur Geschichte der Alten Welt, Bd. 2. - Berlin: Akademie-Verlag 1965, S. 23.

Günther, Rigobert: Der Beschluß des ZK der SED "Die Verbesserung der Forschung und Lehre der Geschichtswissenschaft der DDR" und das Studium der alten Geschichte, in: ZfG 3, 1955, S. 904 - 907.

Günther, Rigobert: Einige Fragen der altrömischen Agrarpolitik, in: ZfG 3, 1955, S. 278 - 283.

Günther, Rigobert: Sklaverei, Wirtschaft und Ständekampf im ältesten Rom. - Leipzig 1957, IV, 113, 11 gez. Bl. (phil. Diss.).

Günther, Rigobert: Wirtschaftliche und soziale Differenzierung im ältesten Rom, in: Wiss. Ztschr. Leipzig 7, 1957/58, S. 593 - 612.

Günther, Rigobert: Etruscisch serve - lateinisch servus, in: AAntHung 8, 1960, S. 45 - 50.

Günther, Rigobert: Die Entstehung der Schuldklaverei im alten Rom, in: AAntHung 7, 1959, S. 231 - 249.

Günther, Rigobert: Der Klassencharakter der sozialen Utopie in Rom in den letzten zwei Jahrhunderten v. u. Z., in: Sozialökonomische Verhältnisse im Alten Orient und im klassischen Altertum. - Berlin: Akademie-Verlag 1961, S. 94 - 105.

Günther, Rigobert: Einige Bemerkungen zur historischen Gesetzmäßigkeit in der Sklavenhalterordnung, in: Neue Beiträge zur Geschichte der Alten Welt, Bd. 1. Berlin: Akademie-Verlag 1964, S. 141 - 147.

Günther, Rigobert: Die Entstehung des Kolonats im 1. Jahrhundert v. u. Z. in Italien, in: Klio 43 - 45, 1965, S. 249 - 260.

Günther, Rigobert: Revolution und Evolution im Weströmischen Reich zur Zeit der Spätantike, in: ZfG, Sonderheft 1965: Evolution und Revolution in der Weltgeschichte, S. 19 - 34.

Günther, Rigobert/Schrot, Gerhard: Einige Probleme zur Theorie der auf der Sklaverei beruhenden Gesellschaftsordnung, in: ZfG 4, 1956, S. 950 - 1008.

Günther, Rigobert/Schrot, Gerhard: Die Klasse der Sklaven und ihr Klassenkampf, in: ZfG 8, Sonderheft 1960: Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte zum 11. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm, August 1960, S. 104 - 112.

Günther, Rigobert/Schrot, Gerhard: Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Altertums in der DDR, in: ZfG 8, 1960, S. 22 - 52.

Günther, Rigobert/Schrot, Gerhard: Bemerkungen zur Gesetzmäßigkeit in der auf Sklaverei beruhenden Gesellschaftsordnung, in: Wiss. Ztschr. Leipzig 12, 1962/63, S. 229 - 240.

Härtel, Gottfried: Bemerkungen zu sozial-ökonomischen Fragen im ptolemäischen Ägypten. - Leipzig 1961, 153 S. (phil. Diss.).

Härtel, Gottfried: Sozialökonomische Verhältnisse im ptolemäischen Ägypten, in: Sozialökonomische Verhältnisse im Alten Orient und im klassischen Altertum. - Berlin: Akademie-Verlag 1961, S. 106 - 118.

Härtel, Gottfried: Bemerkungen zu sozialökonomischen Fragen im ptolemäischen Ägypten, in: *Wiss. Ztschr. Leipzig* 11, 1961/62, S. 421 - 424.

Härtel, Gottfried: Siehe auch Schrot, Gerhard/Härtel, Gottfried.

Hartke, Werner: Römische Kinderkaiser. Eine Strukturanalyse römischen Denkens und Daseins. - Berlin: Akademie-Verlag 1951, XI, 487 S.

Haufe, Christoph: Die antike Beurteilung der Sklaven, in: *Wiss. Ztschr. Leipzig* 9, 1959/60, S. 603 - 616.

Haufe, Christoph: Die antike Beurteilung der Sklaven, in: *Glaube und Gewissen* 6, 1960, S. 92; 108 - 111; 133 - 136; 153 - 154.

Held, Wieland: Die Lex Manciana - ein Zeugnis für die Kolonatsverhältnisse im römischen Reich zu Beginn des 2. Jahrhunderts u. Z., in: *Das Altertum* 11, 1965, S. 223 - 235.

Herrmann, Hans-Joachim: Studien über Usurpationen und Krise im 3. Jh. unserer Zeit unter bes. Berücksichtigung ihrer Darstellung in der "Historia Augusta". - Greifswald 1964, 2 Bde. (phil. Diss.).

Hintze, Fritz: Fragment einer demotischen Landverkaufsurkunde (P. dem. Heidelberg 700), in: *MIO* 1, 1953, S. 234 - 249.

Hofmann, Walter: Plautinische Sklaven, in: *Sozialökonomische Verhältnisse im Alten Orient und im klassischen Altertum*. - Berlin: Akademie-Verlag 1961, S. 140 - 147.

Irmscher, Johannes: Palladas und Hypatia (Zu *Anthologia Palatina* 9, 400), in: *Acta Antiqua Philippopolitana. Studia historica et philologica*. - Sofia 1963, S. 318.

Irmscher, Johannes: Die Weltanschauung des Agathias, in: *Wiss. Ztschr. Jena* 13, Sonderheft: Tagung für allgemeine Religionsgeschichte, 1964, S. 47 - 53.

Irmscher, Johannes: Das Zeitalter Justinians, in: *Ziva antika* 13, 1964, S. 171 - 171 - 186.

Irmscher, Johannes: Die poetische Ekphrasis als Zeugnis Justinianischer Kulturpolitik, in: *Wiss. Ztschr. Jena* 14, 1965, S. 79 - 87.

Irmscher, Johannes: Römische Satire und byzantinische Satire, in: *Wiss. Ztschr. Rostock* 15, 1966, S. 441 - 446.

Jakob-Rost, Liane: Beiträge zum hethitischen Hofzeremoniell, in: *MIO* 11, 1966, S. 165 - 225.

Junge, Reinhard: Weltgeschichte der Standortentwicklung der Wirtschaft in der Klassengesellschaft, Bd. 1: Die territoriale Standortentwicklung der Wirtschaft unter den Bedingungen der Produktionsweise des Alten Orients und der frühen Antike etwa 3000 bis 146 v. u. Z. - Berlin: Verlag der Wissenschaften 1961, XIX, 581 S., 100 Spezialkarten.

Kaemmel, Ernst: Finanzgeschichte, Bd. 1: Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Vormonopolismus, Kapitalismus. - Berlin: Verlag Die Wirtschaft 1966, 416 S.

Kalex, Helmut: Über die Ehe bei Griechen und Römern, in: Wissen und Leben 2, 1957, S. 542 - 545.

Kalex, Helmut: Zu einigen Problemen der Sklaverei im ptolemäisch-römischen Ägypten. - Leipzig 1960, 127 gez. Bl. (phil. Diss.).

Kalex, Helmut: Über die Arbeitsbedingungen und den Gesundheitszustand der Arbeiter in der Antike, in: Sozialökonomische Verhältnisse im Alten Orient und im klassischen Altertum. - Berlin: Akademie-Verlag 1961, S. 168 - 179.

Kehnscherper, Gerhard: Die Stellung der Bibel und der alten christlichen Kirche zur Sklaverei. Eine biblische und kirchengeschichtliche Untersuchung von den alttestamentlichen Propheten bis zum Ende des Römischen Reiches. - Halle: Max-Niemeyer-Verlag 1957, 187 S.

Klaffenbach, Günther: Zur Siedlungsinschrift von Korkyra Melaina, in: Jzagedvanija v čeeet na akad. D. Dečev. - Sofia 1958, S. 727 - 730.

Klengel, Horst: Zur Sklaverei in Alalah, in: AAntHung 11, 1963, S. 1 - 15.

Klengel, Horst: Aziru von Amurru und seine Rolle in der Geschichte der Amärnazeit, in: MIO 10, 1965, S. 57 - 83.

Klengel, Horst: Lullubum. Ein Beitrag zur Geschichte der vorderasiatischen Gebirgsvölker, in: MIO 11, 1966, S. 349 - 371.

Kloch-Kornitz, Peter v.: Hesiod und die frühgriechische Gesellschaft, in: Wiss. Ztschr. Rostock 6, 1956/57, S. 205 - 215.

Köpstein, Helga: Zum byzantinischen Sklavenhandel, in: Wiss. Ztschr. Leipzig 15, 1965/66, S. 487 - 493.

Köpstein, Helga: Konferenz zu Problemen der Spätantike, in: ZfG 14, 1966, S. 281 - 285.

Körner, E.: Warum scheiterte der Sklavenaufstand unter Spartacus? in: Geschichte in der Schule 9, 1956, S. 392 - 393.

Koerner, Reinhard: Inschriftliche Nachrichten zur Wasserversorgung von Delos, in: Neue Beiträge zur Geschichte der Alten Welt, Bd. 1. - Berlin: Akademie-Verlag 1964, S. 333 - 342.

Krebs, Walter: Einige Transportprobleme der antiken Schifffahrt, in: Das Altertum 11, 1965, S. 86 - 102.

Kreißig, Heinz: Der Makkabäeraufstand. Zur Frage seiner sozialökonomischen Zusammenhänge und Wirkungen, in: *Studii Clasice* 4, 1962, S. 143 - 175.

Kreißig, Heinz: Zur Rolle der religiösen Gruppen in den Volksbewegungen der Hasmonäerzeit, in: *Klio* 43 - 45, 1965, S. 174 - 182.

Kreißig, Heinz: Die Tagung der Fachgruppen auf dem III. DHG-Kongreß: Fachgruppe Alte Geschichte, in: *ZfG* 13, 1965, S. 845 - 846.

Kreißig, Heinz: Die sozialen Zusammenhänge des Jüdischen Krieges. - Berlin 1965, 224 gez. Bl. (phil. Diss.).

Krenkel, Werner: Währungen, Preise und Löhne in Rom, in: *Das Altertum* 7, 1961, S. 167 - 178.

Krenkel, Werner: Sachgebiet 'Antike Technik', in: *Lexikon der Alten Welt*. - Zürich/Stuttgart: Artemis-Verlag 1965, Sp. 2986 - 2989.

Krenkel, Werner: Zu den Tagelöhnern bei der Ernte in Rom, in: *Romanitas* 6 - 7, 1965, S. 130 - 153.

Krenkel, Werner: Vom Korn zum Brot, in: *Das Altertum* 11, 1965, S. 209 - 223.

Krenkel, Werner: Römische Satire und römische Gesellschaft, in: *Wiss. Ztschr. Rostock* 15, 1966, S. 471 - 478.

Krummrey, Hans: Stragularius - ein bisher unbekannter Beruf. Zu CIL VI 12951 u. 17768, in: *Forschungen und Fortschritte* 39, 1965, S. 303 - 308.

Kühne, Hans-Joachim: Die Arbeit von Sklaven und Freien in der römisch-italienischen Landwirtschaft, in: *Fremdsprachen-Unterricht* 10, 1964, S. 560 - 566.

Kühne, Heinz: Zur Teilnahme von Sklaven und Freigelassenen an den Bürgerkriegen der Freien im 1. Jahrhundert v. u. Z., in: *Studii Clasice* 4, 1962, S. 189 - 209.

Kusch, Horst: Studien über Augustinus. - Leipzig 1961 (Habil.-Schrift); Teildruck in: *Festschrift, Franz Dornseiff zum 65. Geburtstag*. - Leipzig: Bibliographisches Institut 1953, S. 124 - 200.

Leipold, Johannes: Der soziale Gedanke in der altchristlichen Kirche. - Leipzig: Koehler & Amelang 1952, 259 S.

Leipold, Johannes: Die Frau in der antiken Welt und im Urchristentum. - Leipzig: Koehler & Amelang, 1. Aufl. 1954, 292 S.; 2. Aufl. 1955, 296 S.; 3. Aufl. 1965, 200 S.

Lotze, Detlev: Hektemoroi und vorsolonisches Schuldrecht, in: *Philologus* 102, 1958, S. 1 - 12.

Lotze, Detlev: Μεταξὺ ἔλευθερῶν καὶ δοῦλων, Studien zur Rechtsstellung unfreier Landbevölkerungen in Griechenland bis zum 4. Jahrhundert v. Chr. - Berlin: Akademie-Verlag 1959, VII, 86 S. (= Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften der Sektion für Altertumswissenschaft, Bd. 17).

Lotze, Detlev: Μόθαιες in: Historia 11, 1962, S. 427 - 435.

Lotze, Detlev: Zu den φοικίαιες von Gortyn, in: Klio 40, 1962, S. 32 - 43.

Lotze, Detlev: Aspekte der Sklaverei im Altertum, in: Zeichen der Zeit 17, 1963, S. 330 - 338.

Lotze, Detlev: Zur Rekonstruktion der frührömischen Großfamilie, in: Neue Beiträge zur Geschichte der Alten Welt, Bd. 2. - Berlin: Akademie-Verlag 1965, S. 63 - 67.

Meyer, Gerhard Rudolph: Die urartäische Festung "Stadt des Techeba" bei Jerevan in Sowjet-Armenien, in: Wissenschaftliche Annalen 1, 1952, S. 407 - 417.

Meyer, Gerhard Rudolph: Zwei neue Kizzuwatna-Verträge, in: MIO 1, 1953, S. 108 - 124.

Müller, Wolfgang: Das Edikt des Tiberius Julius Alexander. - Leipzig 1950, 139 ges. Bl. (phil. Diss.).

Müller, Wolfgang: Sklaven in der Textilindustrie des ptolemäischen Ägypten, in: Acta Antiqua Philippopolitana. Studia historica et philologica. - Sofia 1963, S. 27 - 32.

Nagel, Peter: Die Motivierung der Askese in der alten Kirche und der Ursprung des Mönchtums.-Berlin: Akademie-Verlag 1966, XVIII, 120 S. (= Texte und Untersuchungen zur Geschichte der altchristlichen Literatur 95).

Pätsch, Gertrud: Die ideologische Entwicklung im georgischen Frühfeudalismus, in: Das Altertum 12, 1966, S. 233 - 241.

Pape, Ingeborg: Bedeutungswandel von "colonus" im Früh- und Hochfeudalismus, in: Das Altertum 12, 1966, S. 162 - 168.

Petschow, Herbert: Neubabylonisches Pfandrecht. - Leipzig 1956 (Habil.-Schrift); gedruckt: Berlin: Akademie-Verlag 1956, 186 S. (= Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, philolog.-hist. Kl. 48, H. 1).

Piekiewski, Edmund: Die Rechtsstellung des Verpächters und Pächters in den Landpachtverträgen im Lichte der griechischen Papyri, in: Neue Beiträge zur Geschichte der Alten Welt, Bd. 1. - Berlin: Akademie-Verlag 1964, S. 343 - 353.

Rechenberg, Eberhard: Beobachtungen über das Verhältnis der alten attischen

Komödie zu ihrem Publikum. - Berlin 1966, 172 gez. Bl. (= Dissertationes Berolinenses 2).

Riemschneider, Kaspar: Die hethitischen Landschenkungsurkunden, in: MIO 6, 1958, S. 321 - 381.

Riemschneider, Kaspar: Zum Lehnswesen bei den Hethitern, in: Archiv Orientalní 33, 1965, S. 333 - 340.

Riemschneider, Margarete: Wirtschaftsformen und Militärwesen in Urartu, in: Sozialökonomische Verhältnisse im Alten Orient und im klassischen Altertum. - Berlin: Akademie-Verlag 1961, S. 237 - 244.

Rühlmann, Gerhard: Produktionsmittel und -vorgänge im vorachäminidischen Susa dargestellt an Hand der Siegelfunde, in: Wiss. Ztschr. Halle 5, 1955/56, S. 729 - 737.

Rudolph, Werner: Der Sport in der spätantiken Gesellschaft, in: Forschungen und Fortschritte 40, 1966, S. 208 - 210.

Schmidt, Peter: Die 'Ungläubigen' in der Bibel. Überlegungen und Beobachtungen zur soziologischen Funktion religiöser Begriffe, in: Klio 43 - 45, 1965, S. 410 - 434.

Schneider, Johannes: Der Beitrag der Urgemeinde zur Jesusüberlieferung im Lichte der neuesten Forschung, in: Theologische Literaturzeitung 87, 1962, S. 401 - 412.

Schönert, Edith: Zur Geschichte der Stadt Perinthos, in: Das Altertum 8, 1962, S. 73 - 80.

Schönert, Edith: Die wirtschaftliche Auswertung seleukidischer und ptolemäischer Münzfunde (306 - 197 v. u. Z.), in: Neue Beiträge zur Geschichte der Alten Welt, Bd. 1. - Berlin: Akademie-Verlag 1964, S. 355 - 362.

Schönert, Edith: Die Münzprägung von Perinthos, bearb. Textbd. u. Tafelbd. - Berlin: Akademie-Verlag 1965, IV, 227 S., 57 Taf. (= Griechisches Münzwerk, Berlin 1965 = Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften der Sektion für Altertumswissenschaft 45).

Schönert-Geiß, Edith: Der Hafen von Perinthos in der römischen Kaiserzeit, in: Congresso Internazionale di Numismatica, Roma, 11. - 16. Settembre 1961, Bd. 2: Atti. - Rom 1965, S. 313 - 317.

Schottländer, Rudolph: Heraklids angeblicher Aristokratismus, in: Klio 43 - 45, 1965, S. 23 - 29.

Schottländer, Rudolph: Persius und Seneca über die Problematik der Freilassungen, in: Wiss. Ztschr. Rostock 15, 1966, S. 471 - 478.

Schrot, Gerhard: Die Nahrungsmittelproduktion der Germanen - ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte der Germanen, in: Wiss. Ztschr. Leipzig 5, 1955/56, S. 295 - 303.

Schrot, Gerhard: Die Verwendung des *ager publicus* in der Zeit der römischen Republik als Ausdruck patrizischer Wirtschaftspolitik, in: ZfG 4, 1956, S. 39 - 61.

Schrot, Gerhard: Wasserversorgung und Kanalisation im alten Rom, in: Wiss. Ztschr. Leipzig 6, 1956/57, S. 285 - 294.

Schrot, Gerhard: Über die Rentabilität der römischen Landwirtschaft der ausgehenden Republik. - Leipzig 1957, II, 72 gez. Bl. (phil. Diss.).

Schrot, Gerhard: Der Charakter der Wirtschaftskrisen im Altertum, in: AAntHung 7, 1959, S. 251 - 283.

Schrot, Gerhard: Das Handwerk im frühen Rom, in: Sozialökonomische Verhältnisse im Alten Orient und im klassischen Altertum. - Berlin: Akademie-Verlag 1961, S. 245 - 263.

Schrot, Gerhard: Untersuchungen zur Geschichte des Handwerks im republikanischen Rom. - Leipzig 1963, 221 gez. Bl. (Habil.-Schrift).

Schrot, Gerhard: Die Funktion der produktiven Arbeit in der Sklavenhaltergesellschaft. Ein Literaturbericht, in: Helikon 4, 1964, S. 430 - 444.

Schrot, Gerhard: Die historische Stellung der *glebae adscriptio* des Kaisers Constantin vom Jahre 332 u. Z., in: Wiss. Ztschr. Greifswald 14, 1965, S. 205 - 212.

Schrot, Gerhard: Wirtschaftliche und soziale Veränderungen in der Spätantike, in: Neue Beiträge zur Geschichte der Alten Welt, Bd. 2. - Berlin: Akademie-Verlag 1965, S. 119 - 131.

Schrot, Gerhard/Härtel, Gottfried: Erste Konferenz der Sektion Alte Geschichte der Deutschen Historiker-Gesellschaft, in: Wiss. Ztschr. Leipzig 9, 1959/60, S. 235 - 237.

Schubart, Wilhelm: Aus dem Reiche der Wandalen, in: Forschungen und Fortschritte 27, 1953, S. 87 - 88.

Schulz-Falkenthal, Heinz: Zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte an der Universität Halle, in: Wiss. Ztschr. Halle 10, 1961, S. 915 - 926.

Schulz-Falkenthal, Heinz: Zur Frage der Entstehung der römischen Handwerkerkollegien, in: Wiss. Ztschr. Halle 14, 1965, S. 55 - 64.

Schulz-Falkenthal, Heinz: Zur Lage der römischen Berufskollegien zu Beginn des 3. Jhs. u. Z. (die Privilegien der centonarii in Solva nach einem Reskript des Septimius Severus und Caracalla), in: *Wiss. Ztschr. Halle* 15, 1966, S. 285 - 294.

Schwarze, Kurt: Versuche der Bodenreform in der römischen Republik, in: *ZfG* 2, 1954, S. 687 - 700.

Schwarze, Kurt: Geld und Geldverkehr im Altertum, in: *Das Altertum* 2, 1956, S. 90 - 102.

Seibert, Ilse: Untersuchungen zu Hirt und Herde im alten Mesopotamien. - Halle 1963, 162 gez. Bl. (phil. Diss.).

Seyfarth, Wolfgang: Antiker Staat oder Feudalstaat? in: *Palaeologia* 7, 1959, S. 252 - 261.

Seyfarth, Wolfgang: Neue sowjetische Beiträge zu einigen Problemen der alten Geschichte. Das Problem der Bagauden und die Frage der freien Lohnarbeit in neuem Lichte. - Berlin: Akademie-Verlag 1960, 22 S. (= Lebendiges Altertum, Bd. 3).

Seyfarth, Wolfgang: Soziale Fragen der spätrömischen Kaiserzeit im Spiegel des Theodosianus. - Berlin: Akademie-Verlag 1963, X, 158 S. (= Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften der Sektion für Altertumswissenschaft 33).

Seyfarth, Wolfgang: Die Rechtstheorie und die Entwicklung der Sklavenklasse an der Basis in der späten römischen Kaiserzeit, in: *Acta Antiqua Philippopolitina. Studia historica et philologica.* - Sofia 1963, S. 59 - 66.

Seyfarth, Wolfgang: Ehe zwischen freien Frauen und Sklaven. Ein Beitrag zur Frage der Entwicklung der Beziehungen zwischen den Freien und der Sklavenklasse in den ersten sechs Jahrhunderten u. Z., in: *Byzantinistische Beiträge.* - Berlin: Akademie-Verlag 1964, S. 41 - 54.

Seyfarth, Wolfgang: Miles cautus. Eine merkwürdige Parallele zwischen Ammianus Marcellinus und einer afrikanischen Inschrift, in: *Miscellanea critica.* Aus Anlaß des 150jährigen Bestehens der Verlagsgesellschaft und des Graphischen Betriebes B. G. Teubner, Leipzig, hg. v. den Mitgliedern der Bibliotheca Teubneriana J. Irmscher, B. Doer, R. Müller, U. Peters, Teil 2. - Leipzig 1965, S. 334 - 336.

Seyfarth, Wolfgang: Um die Problematik der Spätantike, in: *Forschungen und Fortschritte* 40, 1966, S. 177 - 180.

Stroux, Johannes: Neues zur Geschäftsordnung des römischen Senats, in: *Philologus* 98, 1954, S. 150 - 154.

Thierfelder, Helmut: Zu einer Zensusdeklaration aus Arsinoë 189 PCN, in: *Wiss. Ztschr. Leipzig* 3, 1953/54, S. 425 - 429.

Thierfelder, Helmut: Ein Bauernstreik im ptolemäischen Ägypten, in: *Wiss. Ztschr. Leipzig* 4, 1954/55, S. 217 - 221.

Thierfelder, Helmut: Die römische Reichspolitik von Septimius Severus bis zum Senatskaisertum (193 - 238 n. Chr.) im Spiegel der Münzen, in: *Wiss. Ztschr. Leipzig* 6, 1956/57, S. 257 - 284.

Thierfelder, Helmut: Zur sozialen Lage der Weber im ptolemäisch-römischen Ägypten, in: *ZfG* 5, 1957, S. 118 - 123.

Treu, Kurt: Griechische Schreiberprotokolle als Quelle für politische, soziale und kulturelle Verhältnisse ihrer Zeit, in: *Byzantinobulgarica II*, Sofia (Académie bulgare des sciences. Institut d'histoire; Université de Sofia. Faculté de philosophie et d'histoire). - Sofia: Edition de l'Académie des Sciences de Bulgarie 1965, S. 127 - 143.

Uebel, Fritz: Die Kleruchen im ptolemäischen Ägypten bis um die Mitte des 2. Jahrhunderts v. Chr. - Jena 1959, XXXII, 356 S. (phil. Diss.).

Uebel, Fritz: Über Liturgie- und Steuerprivilegien für Angehörige antinoinischer Bürger, in: *Listy filologické* 86, 1963, S. 236 - 255.

Uebel, Fritz: Μονοπώλια φακῆς. Ein bisher unbegrenztes Handelsmonopol früh-ptolemäischer Zeit in einem Jenaer Papyrus (P. Jen. Inv. 900), in: *Actes du X^e Congrès International de Papyrologues*. - Wrocław 1964, S. 165 - 181.

Sozialökonomische Verhältnisse im Alten Orient und im klassischen Altertum. Tagung der Sektion Alte Geschichte der Deutschen Historiker-Gesellschaft vom 12. - 17. 10. 1959 in Altenburg, Redaktionsleitung Rigobert Günther und Gerhard Schrot. - Berlin: Akademie-Verlag 1961, XI, 354 S.

Wachtel, Klaus: Zur sozialen Herkunft des Bankiers im Römischen Reich bis zum Ende des dritten Jahrhunderts u. Z., in: *Neue Beiträge zur Geschichte der Alten Welt*, Bd. 2. - Berlin: Akademie-Verlag 1965, S. 141 - 146.

Wachtel, Klaus: Freigelassene und Sklaven in der staatlichen Finanzverwaltung der römischen Kaiserzeit von Augustus bis Diokletian. - Berlin 1966, XIII, 140 gez. Bl. (= *Dissertationes Berolinenses* 1).

Wallis, Gerhard: Die soziale Situation der Juden in Babylonien zur Achämenidenzeit auf Grund von fünfzig ausgewählten babylonischen Urkunden. - Berlin 1952, II, 219 gez. Bl. (phil. Diss.).

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Bemerkungen zum Wesen und Begriff der Sklaverei, in: *ZfG* 5, 1957, S. 581 - 602.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Modernisierung der Antike? in: Das Altertum 3, 1957, S. 145 - 150.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Die Produktionsverhältnisse im Alten Orient und in der griechisch-römischen Antike. Ein Diskussionsbeitrag. - Berlin: Akademie-Verlag 1957 (= Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften der Sektion für Altertumswissenschaften 5).

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Probleme der Periodisierung der Alten Geschichte: Die Einordnung des Alten Orients und Altamerikas in die weltgeschichtliche Entwicklung, in: ZfG 5, 1957, S. 296 - 313.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: 23. Versammlung deutscher Historiker in Ulm. Vorträge und Diskussionen zur Geschichte des Alten Griechenlands, in: ZfG 5, 1957, S. 345 - 352.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Zum Inhalt der Begriffe ΜΕΓΑ ΕΡΓΟΝ und ΚΑΛΟΝ ΕΡΓΟΝ von Homer bis Pindar, in: Philologische Vorträge, hg. v. Johannes Irmscher und Wiktor Steffen, Wrocław 1959, S. 47 - 57.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Die Muße als Problem im Leben und Denken der Hellenen von Homer bis Aristoteles, Teil 1 - 3. - Berlin 1959, VI, 412 gez. Bl. (Habil.-Schrift).

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Einige Bemerkungen zur Lage der Sklaven und des Demos in Athen zur Zeit des dekeleisch-ionischen Krieges, in: AAntHung 8, 1960, S. 295 - 307.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Probleme der Muße im alten Hellas. - Berlin. Rütten & Loening 1962, 320 S.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Die Analyse von Herrschafts- und Knechtschaftsformen durch Aristoteles, in: Acta Antiqua Philippopolitana. Studia historica et philologica. - Sofia 1963, S. 11 - 16.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Zur Entstehung der Utopie bei Platon, in: Wiss. Ztschr. Berlin 12, 1963, S. 229 - 235.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Entwicklungsstufen des sozialen Typenbegriffs bei den Griechen vor Platon, in: Acta universitatis Carolinae philosophica et historica 1, 1963, S. 235 - 243 (= Graecolatina Pragensia II).

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Zum Generationenproblem bei Hesiod und Platon, in: Neue Beiträge zur Geschichte der Alten Welt, Bd. 1. - Berlin: Akademie-Verlag 1964, S. 301 - 307.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Leitung und Organisation der gesellschaftlichen Arbeitskraft als Thema der Geschichtsforschung, in: ZfG 12, 1964, S. 649 - 662.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Elitenvorstellungen und Elitebildung in der hellenischen Polis, in: *Klio* 43 - 45, 1965, S. 49 - 64.

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Entfremdung, historisch gesehen, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 13, 1965, S. 711 - 720.

Welskopf-Henrich, Liselotte (Welskopf, Elisabeth Charlotte): Das Reich Cäsars, in: *Geschichte in der Schule* 5, 1962, S. 229 - 239.

Wilsdorf, Helmut: Bergleute und Hüttenmänner im Altertum bis zum Ausgang der römischen Republik. Ihre wirtschaftliche, soziale und juristische Lage. - Berlin: Akademie-Verlag 1952, 284 S. (= Freiburger Forschungshefte, Reihe D, H. 1.).

Wilsdorf, Helmut: Der Bergbau als literarisches Motiv bei den römischen Dichtern, in: *Römische Literatur der Augusteischen Zeit*, hg. v. Johannes Irmscher und Kazimierz Kumaniecki. - Berlin: Akademie-Verlag 1960, S. 52 - 67.

Winkler, Sabine: Byzantinische Dämonen und Faktionen, in: *Sozialökonomische Verhältnisse im Alten Orient und im klassischen Altertum*. - Berlin: Akademie-Verlag 1961, S. 317 - 328.

Winkler, Sabine: Zur Problematik der Volksbewegungen unter Justinian (Bemerkungen zu Prokop), in: *Studi classiche* 3, 1961, S. 429 - 433.

Winkler, Sabine: Die Samariter in den Jahren 529/30, in: *Klio* 43 - 45, 1965, S. 435 - 457.

Zeise, Roland: Die Ursachen des Unterganges des weströmischen Sklavenhalterstaates, in: *Geschichte in der Schule* 6, 1953, S. 325 - 329.

Zimmermann, Franz: Chariton und die Geschichte, in: *Sozialökonomische Verhältnisse im Alten Orient und im klassischen Altertum*. - Berlin: Akademie-Verlag 1961, S. 329 - 345.

Zimmermann, Hans-Dieter: Historische Untersuchungen zu attischen Personennamen. - Halle 1964, 150, XII gez. Bl. (phil. Diss.).

Zinserling, Gerhard: Architektur und Gesellschaft im alten Griechenland, in: *Urania* 24, 1961, S. 67 - 72.

Zinserling, Gerhard: Republikanische Historienmalerei und Tagespolitik, in: *Sozialökonomische Verhältnisse im Alten Orient und im klassischen Altertum*. - Berlin: Akademie-Verlag 1961, S. 346 - 359.

Zucker, Friedrich: Athen und Ägypten bis auf den Beginn der hellenistischen Zeit, in: *Aus Antike und Orient. Festschrift Wilhelm Schubart zum 75. Geburtstag*, hg. v. Siegfried Morenz, Leipzig: Harrassowitz 1950, S. 146 - 165.

Zucker, Friedrich: Betrachtungen zur Kopfsteuer im römischen Ägypten, in: Archiv für Papyrusforschung 16, 1956/58, S. 20 - 25.

Zucker, Friedrich: Versuch unzulässiger Überführung eines Handwerkers in ein anderes Handwerk, in: Studi in onore di A. Calderini e R. Paribeni II, 1957, S. 339 - 343.

Zucker, Friedrich: Ägypten im Römischen Reich. - Berlin 1958, 23 S. (= Berichte über die Verhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, philolog.-hist. Kl., Bd. 104, H. 7).

II. Rezensionen

Diesner, Hans-Joachim: Johannes Leibold, Der soziale Gedanke in der altchristlichen Kirche, Leipzig 1952 (ZfG 2, 1954, S. 789 - 791).

Diesner, Hans-Joachim: W. H. C. Frend, The Donatist Church, Oxford 1952 (Theologische Literaturzeitung 81, 1956, S. 549).

Diesner, Hans-Joachim: Th. Büttner/E. Werner, Circumcellionen und Adamiten, Berlin 1959 (Theologische Literaturzeitung 84, 1959, S. 830).

Diesner, Hans-Joachim: J. A. Rasin, Geschichte der Kriegskunst I und II, Berlin 1959 (DLZ 83, 1962, S. 49 - 53).

Diesner, Hans-Joachim: Wolfgang Seyfarth, Soziale Fragen der spätrömischen Kaiserzeit im Spiegel des Theodosianus, Berlin 1963 (DLZ 86, 1965, S. 125 - 128).

Diesner, Hans-Joachim: E. Tengström, Donatisten und Katholiken, Göteborg 1964 (Theologische Literaturzeitung 90, 1965, S. 520 - 522).

Diesner, Hans-Joachim: V. Ehrenberg, Polis und Imperium, Zürich/Stuttgart 1965 (ZfG 14, 1966, S. 681 - 682).

Doer, Bruno: Christoph Sasse, Die Constitutio Antoniana. Eine Untersuchung über den Umfang der Bürgerrechtsverleihung auf Grund des Papyrus Giss. 40 I, Wiesbaden 1958 (DLZ 82, 1961, S. 894 - 895).

Doer, Bruno: Friedrich Lossmann, Cicero und Caesar im Jahre 54. Studien zur Theorie und Praxis der römischen Freundschaft, Wiesbaden 1962 (= Hermes. Zeitschrift für klassische Philologie. Einzelschriften, H. 17) (DLZ 86, 1965, S. 401 - 402).

Gründel, Roland: Werner Krenkel, Pompejanische Inschriften, Leipzig 1961 (DLZ 84, 1963, S. 207 - 208; Helikon 3, 1963, S. 768 - 770).

Gründel, Roland: A. Piganiol, Les documents cadastraux de la colonie romaine d'Orange, Paris 1962 (Helikon 5, 1965, S. 702 - 703).

Koerner, Reinhard: Heinrich Meusel, Die Verwaltung und Finanzierung der öffentlichen Bäder zur römischen Kaiserzeit, Diss. Köln 1960 (Helikon 3, 1963, S. 782 - 787).

Günther, Rigobert: E. Ch. Welskopf, Die Produktionsverhältnisse im Alten Orient und in der griechisch-römischen Antike, Berlin 1957 (ZfG 6, 1958, S. 1387 - 1389).

Günther, Rigobert: Jean-Paul Brisson, Spartakus, Paris 1959 (= Portraits de l'Histoire [21]) (ZfG 8, 1960, S. 235 - 237).

Günther, Rigobert: J. A. Lencmann, Die Sklaverei im mykenischen und homerischen Griechenland, Wiesbaden 1966 (ZfG 14, 1966, S. 1240 - 1241).

Jaehner, Erich: W. Nippoldt, Die Anfänge des Eigentums bei den Naturvölkern und die Entstehung des Privateigentums, Gravenhage 1954 (ZfG 3, 1955, S. 947 - 949).

Kothe, Heinz: Karl Jettmar, Die frühen Steppenvölker, Baden-Baden 1964 (Zeitschrift für Ethnologie 30, 1965, S. 302 - 305).

Krenkel, Werner: M. Cato, De Agricultura, rec. A. Mazzarino, Leipzig 1963 (DLZ 86, 1965, S. 414 - 415).

Krenkel, Werner: R. J. Forbes, Studies in Ancient Technology vol. I, Leiden 1964 (Gnomon 37, 1965, S. 314 - 315).

Krenkel, Werner: R. J. Forbes, Studies in Ancient Technology vol. II, Leiden 1965 (Gnomon 37, 1965, S. 630 - 631).

Krenkel, Werner: R. J. Forbes, Studies in Ancient Technology vol. IV, Leiden 1965 (Gnomon 37, 1965, S. 840).

Krenkel, Werner: R. J. Forbes, Studies in Ancient Technology vol. VII, 1963; VIII, 1964; IX, 1964 (DLZ 87, 1966, S. 70 - 72).

Lotze, Detlev: Fritz Gschnitzer, Studien zur griechischen Terminologie der Sklaverei, 1: Grundzüge des vorhellenistischen Sprachgebrauchs, Wiesbaden 1964 (Historische Zeitschrift 201, 1965, S. 174).

Lotze, Detlev: Claude Mossé, La fin de la démocratie athénienne, Paris 1962 (DLZ 86, 1965, S. 435 - 438).

Ritter, Kurt: Emilio Sereni, Comunità rurali nell' Italia antica, Rom 1955 (ZfG 5, 1957, S. 1331 - 1333).

Schrot, Gerhard: Christoph Haufe, Die antike Beurteilung der Sklaven, in: Wiss. Ztschr. Leipzig 9, 1959/60, S. 575 - 588⁺ (Wiss. Ztschr. Leipzig 11, 1961/62, S. 101 - 104).

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Joseph Vogt, Gesetz und Handlungsfreiheit in der Geschichte - Studien zur historischen Wiederholung, Hertingen 1955 (= Lebendiges Wissen) (ZfG 4, 1956, S. 1259 - 1267).

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Die Produktionsverhältnisse im Alten Orient und in der griechisch-römischen Antike, Selbstanzeige der Verfasserin. (Listy filologické 81, 1958, S. 84 - 89).

Welskopf, Elisabeth Charlotte: Rolf Sannwald, Marx und die Antike, Zürich 1957 (= Staatswissenschaftliche Studien. Neue Folge, Bd. 27) (DLZ 82, 1961, S. 636 - 640).

Welskopf-Henrich, Liselotte (Welskopf, Elisabeth Charlotte): Beiträge der sowjetischen Geschichtswissenschaft zur Geschichte der Sklavenhaltergesellschaft. In deutscher Übersetzung erschienen 1950 bis 1952 (ZfG 1, 1953, S. 127 - 149).

⁺Die aus der Anzeige Schrots entnommenen Seitenangaben sind unrichtig! Vgl. die vorliegende Bibliographie unter H a u f e .

- Czollek, Roswitha*, Diplomhistoriker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Eichholtz, Dietrich*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Fischer, Hagen*, Diplomhistoriker, Wissenschaftlicher Assistent, Arbeitsgruppe Wirtschaftsgeschichte des Altertums am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Godehardt, Helmut*, Dr. phil., Fachlehrer für Geschichte an der Polytechnischen Oberschule in Leinefelde und Chefredakteur der "Eichsfelder Heimathefte", Breitenholz.
- Grienig, Horst*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abteilung Ökonomie der Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens, Orientalisches Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig.
- Handke, Horst*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Harnisch, Hartmut*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Archivar im Staatsarchiv Potsdam.
- Helling, Gertrud*, Diplomlandwirt, Berlin.
- Hobsbawm, E. J.*, Prof. Dr., Birkbeck College, London.

Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Mottek, Hans, Dr. rer. oec., Professor mit Lehrstuhl, Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie, Berlin.

Pazdernik, Vladimír, Dr., Professor an der Zentralschule für Ökonomie in Česká Lípa.

Rusiński, Władysław, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Ökonomischen Hochschule, Poznań.

Schwab, Herbert, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität, Jena.

Zeise, Roland, Dr. phil., Direktor des Instituts für Geschichte und Methodik des Geschichtsunterrichts an der Pädagogischen Hochschule "Karl Friedrich Wilhelm Wander", Dresden.

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

D. Baudis

Kampf um die Arbeiterkontrolle und Mitbestimmung in
Deutschland 1918/19

R. Berthold

Modell einer agraren Betriebsgeschichte

Ph. S. Foner

Karl Liebknecht in den Vereinigten Staaten. Eine dokumentarische
Studie

K. Gossweiler

Die Krise der faschistischen "Arbeitsbeschaffung" im Frühjahr
und Sommer 1934

G. Helling

Berechnung eines vergleichbaren Index der Agrarproduktion im
19. Jahrhundert für Großbritannien

J. Kahk

Zu den Hauptproblemen der Krise des Feudalsystems in Estland
im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts

K. H. Niebyl

Über die Natur des griechischen Denkens und seine Beziehung
zur Struktur der altgriechischen Gesellschaft

H. Nusebaum

Versuche zur reichsgesetzlichen Regelung der deutschen Elektrizitätswirtschaft und zu ihrer Überführung in Reichseigentum 1909 bis 1914

H. Radandt

Werke Walter Ulbrichts - Quellen für die Betriebsgeschichtsschreibung

L. S. Rogačevskaja

Probleme der Betriebsgeschichte in der russischen Historiographie von 1963 bis 1967

S. I. Tjul'panov

Der staatliche Sektor als zentrale Kategorie der Ökonomik der Entwicklungsländer

R. Wimmer

Die staatsmonopolistische Orientierung und Ausbildung der Kommunalwirtschaft Berlins unter Oberbürgermeister Gustav Böß (1921 bis 1929)

Bisher sind erschienen:

BÄNDE 1 bis 6, die eine Geschichte der deutschen Gesellschaft (Produktivkräfte, Basis, Überbau) in den Jahren 1789 bis 1945 geben, und BÄNDE 7a und 7b, die Westdeutschland behandeln. Ferner sind als "Studien- und Dokumentenbände" zu den BÄNDEN 1 bis 6 erschienen die BÄNDE 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17 und 18. Die BÄNDE 11, 12 und 15 enthalten eine Geschichte der Überproduktionskrisen in Deutschland von 1826 bis 1945, die BÄNDE 14 und 16 eine Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, BAND 18 gibt eine Geschichte der Lage der arbeitenden Frau. Ferner sind erschienen die BÄNDE 22 bis 28, die die Geschichte der Lage der Arbeiter in England und im englischen Kolonialreich behandeln, sowie die BÄNDE 29 bis 31 über die Lage der Arbeiter in den USA und die BÄNDE 32 und 33 über die Lage der Arbeiter in Frankreich und BAND 37, der die Weltwirtschaft und die Weltlage der Arbeiter behandelt.

Im weiteren Verlaufe des Jahres 1968 erscheinen die BÄNDE 34 (Studien- und Dokumentenband zur Geschichte der Lage der Arbeiter in Frankreich), 36, der die Theorie der Lage der Arbeiter behandelt, sowie 19 und 20, die eine Geschichte der Lage des arbeitenden Kindes geben.

Die restlichen Bände werden 1969 erscheinen.

Jürgen Kuczynski